REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 321 · 20.8.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 63 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. 2 + 4 vor dem Abschluß: Deutschland erwacht Die alten Sieger treten ins zweite Glied
2. NATO auf Kriegskurs - Der Aufmarsch am Golf
3. Südafrika: Ein Stück Freiheit durch Verhandlungen
4. Nicaragua: Erfolgreicher Massenstreik
5. Neue Fronten im arabischen Raum
6. "Atomare Teilhabe oder Atomwaffenverzicht?" Hearing "BRD und Atomwaffen" am 15./16.9.90 in Bonn
7. Kein Frieden um Kaliningrad
8. Das Ende der Solidarnosc
9. BRD verweigert Entschädigung der polnischen NS-Opfer
10. Vertriebene: Schlesien europäisieren
11. Nach bayrischem Vorbild: DDR-Polizeigesetz erlaubt Geheimpolizei und Vorbeugehaft
12. Von der "Einigung" zur "Überleitung" Der zweite Staatsvertrag
13. Bundestagswahl am 2. Dezember Ein Hauch von Staatsstreich weht durch"s Land
14. Proteste gegen "Bauernsterben" in der DDR
15. Vereint in die Sackgasse? - Der Streit um die Abtreibungsregelung im zukünftigen Gesamtdeutschland
16. Errungenschaften oder abschreckendes Beispiel Kindertageserziehung in der DDR
17. Die medienpolitische Praxis in der "Noch-DDR" oder Das Ende demokratischer Illusionen, von Michael Mäde
18. Wunsiedel: Demo gegen Heß-Gedenkaufmarsch
19. Sozialismus und "kulturelles Erbe" Kulturpolitik in der SBZ/DDR in der Nachkriegszeit
20. Der Kampf der BRD-Feuilletonisten gegen eine eigenständige DDR-Kulturidentität - Christa Wolfs Erzählung "Was bleibt"
21. Neue Sicht auf DDR-Geschichte, Interview mit Prof. Benser, Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung
22. Der XXVIII. Parteitag der KPdSU: Die stärkste der Parteien auf dem Weg ins Abseits?
23. Wie viele Armeen braucht ein Staat? Gorbatschow fordert Auflösung der bewaffneten Milizen
24. Kambodscha/Afghanistan: Der Krieg hält an
25. Interview mit Karl von Holdt Der ANC und der Staatsapparat
26. Aus der Traum vom sanften Kapitalismus - Perus neuer Präsident entpuppt sich als neoliberaler Hardliner
27. Das Scheitern des "Modells Garcia" - Ein "sozialdemokratischer Entwicklungsweg" in Lateinamerika
28. Dokumentation Programm der Linken Liste/PDS
29. Linke Liste/PDS als Bündnisprojekt von Linken aus der BRD und der DDR und der PDS
30. Dokumentation: Beschluß des DKP-PV vom 11.8.1990 Beschluß des VSP-ZK vom 12.8.1990
31. Doku: Für eine linke Opposition in Deutschland Aufruf zur Unterstützung der Linken Liste/PDS
32. "Die Grünen/Bündnis 90" gegründet - "...mit uns GRÜNEN Bürgern zu Fuß in die neue Republik Deutschland..."
33. Dokumentation: Beschluß des Parteivorstandes der PDS zu gesamtdeutschen Wahlen vom 9.8.90
34. Offener Brief des KB an die Volkskammerfraktion der PDS Betr.: RAF/STASI/DDR
35. Unvereinbarkeitsbeschluß in der PDS?
36. Doku: Grundlagenpapier "Radikale Linke in der PDS" Sozialismus oder Barbarei
37. Keine Zeit zum Träumen - Warum sich radikale Linke an der Linken Liste/PDS beteiligen
38. Take it Gysi?
39. Linke Liste/PDS: Über Ängste und Vorbehalte
40. Bedenkliches - Beitrag zur Kölner Konferenz der Linken Liste/PDS, von Detlef zum Winkel
41. "Menschen, die sich weigern, den Kampf zu beenden (...) " Erklärung der RAF zu Neusel

42. Was passiert mit den RAF-AussteigerInnen?
43. Unnachgiebige Haltung der Regierung führt zum ersten Toten im Hungerstreik der GRAPO
44. PKK-Prozeß in Düsseldorf Bundesanwaltschaft unterschlägt Entlastungsmaterial
45. Das Zuchthaus lebt - Aufstände von Gefangenen weisen auf die unhaltbaren Zustände im Knast hin
46. eine weitere antwort auf den text von "einigen menschen aus der hafenstr."(AK 318)
47. Aufruf zur Beobachtung des zweiten 129a-Verfahrens gegen Luitgard Hornstein in Stuttgart-Stammheim
48. Diskussionen um Auschwitz Wissenschaftliche Debatte oder Geschichtsrevision
49. Jüdische Gräber in Stuttgart und Tübingen geschändet
50. Antifaschismus ist...? - Auseinandersetzung mit Fülberths Kritik antifaschistischer Begriffsverwirrung
51. Die Reps auf der Suche nach einem neuen Profil
52. Nazi-Terror: Mit Äxten gegen AntifaschistInnen Rund um den FAP-Parteitag Niedersachsen
53. Großdemonstration am 3.11. in Westberlin Gegen das Feiern! Gegen das Vergessen!
54. Demonstrationsplanunge: Gegen die Einverleibung der DDR
55. Aufgeblättert: Broschüren-Vorstellung
56. Aufbruch oder Untergang (Leserbriefe)
57. Schwarz-Rot-Gold
58. Der Rassismus einer Volkspartei
59. "... Einleitung einer langen Kampfphase ..."
60. Kalender
61. Aus für den "Gegendruck"
62. NATO AUF KRIEGSKURS
63. Linke Liste/PDS

1. 2 + 4 vor dem Abschluß: Deutschland erwacht Die alten Sieger treten ins zweite Glied

2+4 Verhandlungen segnen Großdeutschland ab

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:61

Am 13.2. wurde in Ottawa der sogenannte 2+4-Prozeß aus der Taufe gehoben. Die Außenminister der Siegermächte über Deutschland und die Minister der DDR und BRD verkündeten der Welt, in einer Reihe von Konferenzen die außenpolitischen Belange der Wiedervereinigung zu klären.

Die erste Sitzung fand fast auf den Tag genau 45 Jahre nach Kriegsende in Bonn statt. In Moskau, am 12.9., soll das Ergebnis verkündet werden: "Das vereinte Deutschland erhält zum Zeitpunkt seiner Vereinigung seine volle und uneingeschränkte Souveränität". Völkerrechtlich verbindlich werden die Siegerrechte für Gesamt-Deutschland aufgehoben. Eine Woche später in Paris sollen auf einem KSZE-Treffen alle europäischen Staaten ihren Segen erteilen.

Gefeilt wird derzeit nur noch an Details. Die immer größere Anschlußhektik verlangt Eile: Im Februar waren noch einige Jahre bis zur Wiedervereinigung veranschlagt worden, im Mai sprach Kohl von 1991, jetzt sind wir schon bei August oder September dieses Jahres angelangt. Nun müssen noch einige Hilfskonstruktionen ersonnen werden, weil das neue Großdeutschland am Tag der Wiedervereinigung seine volle Souveränität beansprucht. Die Verträge können strenggenommen erst dann gelten, wenn nicht nur die Regierungen sondern auch die Parlamente ihre Zustimmung erteilt haben. Und letzteres ist bis zur Wiedervereinigung nicht mehr zu schaffen.

Mit dem Abschluß dieser Vereinbarungen erhält das neue Großdeutschland als zukünftige europäische Hauptmacht im Unterschied zu den Reichsgründungen 1871 und 1933 den internationalen Segen und gleichzeitig wird so etwas wie ein Schlußstrich unter das Kapitel des 2. Weltkrieges gezogen.

Das aus der Sicht deutschen Großmachtstrebens so erfolgreiche, sowie für jeden Antiimperialisten so erschreckende Ergebnis ist weniger der "Erfolg" des Verhandlungsgeschicks der "Deutschen" bzw. ihres Außenministers, wie es gern hingestellt wird, sondern der Ausdruck der neuen Machtkonstellation in Europa.

Eine neue Machtkonstellation

Nachdem die Sowjetunion den Ländern ihres Machtbereichs ihren zukünftigen Weg freigestellt hatte, dachte international niemand mehr daran, das Recht auf eine Einheit Deutschlands zu bestreiten, wenn die DDR nicht einen eigenständigen Weg beschreiten wollte. Der polnische Ministerpräsident Mazowiecki drückte das so aus: "Unsere Haltung dazu war - wie übrigens bei vielen Europäern - immer von zwei, in gewissem Sinn einander widersprechenden Elementen geprägt. Einerseits erkennen wir das unbezweifelbare Recht der Deutschen auf nationale Einheit an - ein grundlegendes Recht, das wir in unserer Geschichte immer uns gegenüber respektiert wünschten und das wir anderen gegenüber respektieren. Andererseits gibt es mancherlei Sorge. Wie wird dieses vereinte Deutschland aussehen? Welches Gewicht wird es in Europa haben? Wie weit ist dies schon ein anderes Deutschland? Und wie wird die europäische Geschichte nach der deutschen Vereinigung verlaufen?" (1)

Alle osteuropäischen Staaten aus dem ehemaligen Machtbereich der Sowjetunion drängen bei ihrem kapitalistischen Umbau in die europäische Integration und müssen eher wie die Länder der Dritten Welt an die Tür der kapitalistischen Mächte klopfen und allen voran bei der BRD.

Die Sowjetunion steht nach dem Verlust ihres durch den 2. Weltkrieg gewonnenen Machtbereichs vor dem immer rasanteren inneren Zerfall. Die westlichen Staaten stehen nun zwischen den Optionen, aus diesem Zerfall ihren Profit zu ziehen und/oder mit Gorbatschow ein Stück weit bei seinem Plan des kapitalistischen Umbaus der Sowjetunion gemeinsame Sache zu machen, oder wie es Genscher nennt, die Sowjetunion in die europäische Völkergemeinschaft zu integrieren, weil man ansonsten das Umkippen in einen neuen russischen Großmachtchauvinismus befürchten muß. Speziell die BRD war bei den 2+4-Verhandlungen daran interessiert, zwar den Kotau der Sowjetunion zu erzwingen, aber ihr andererseits ein Stück Gesichtswahrung zu ermöglichen. Die Sowjetunion konnte zwar ihre Forderungen gegen ein militärisch starkes

Gesamt-Deutschland in der NATO vorbringen, aber entweder ihre Zustimmung verweigern oder um den Preis dafür verhandeln.

Zu welchem Preis?

Die Wiedervereinigung sei ohne Preis nicht zu haben, betonte Genscher immer wieder. Die BRD-Medien sahen Kohl und Genscher immer mit dem Scheckbuch unterwegs. Dabei geht es aber zuallerletzt um Anerkennung von Kriegsschuld, weder um gönnerhafte Trinkgelder oder Abfindungen, sondern um die Tatsache, daß die BRD so oder so zum Hauptkreditgeber und Hauptgeschäftspartner für die neue ökonomische Entwicklung in Osteuropa wird. Kreditbanken und Großkonzerne stellen sich natürlich gerne als Wohltäter der Menschheit dar, jammern gern über ihr Risiko, ob ihre Schuldner und Geschäftspartner auch wirklich zahlen, aber das sind klassische Mittel zur Ausweitung ihres Marktes, ihrer Macht und ihres Reichtums.

Im Unterschied zu den Ländern Osteuropas hätten die Westmächte natürlich die Möglichkeit und Macht gehabt, dem neuen Großdeutschland Auflagen zu machen. Stattdessen herrschte zwischen den Westmächten und der BRD von Anfang an ein Schulterschluß vor, so daß die Verhandlungsformel von deutschen Medien gern in 5:1 umgewandelt wurde. Schon mit dem Beginn des kalten Krieges waren die Auflagen des Potsdamer Abkommens nach dem Kriege, die ein neues mächtiges Großdeutschland verhindern sollten, zugunsten der NATO-Partnerschaft aufgehoben worden und die Zielsetzung einer Wiedervereinigung zur gemeinsamen Sache erklärt worden. Aus Sicht des BRD-Imperialismus haben die NATO- Staaten die Bewährungsprobe dieser Freundschaft jedenfalls fast voll bestanden. Ganz offensichtlich ist die Furcht vor einem wiedererstarkenden Deutschland derzeit denkbar gering im Vergleich zu den gemeinsamen Interessen in der Welt und speziell gegenüber dem gemeinsamen Vorstoß in das Machtvakuum Osteuropas, auch wenn dies unter Federführung der BRD geschieht.

Wenden wir uns nun den Ergebnissen im einzelnen zu.

Kein Friedensvertrag - keine Reparationen

Es soll zwar die völkerrechtlich verbindliche Aufhebung der Rechte der Siegermächte, aber keinen Friedensvertrag geben. Die BRD betrachtet mit diesen Verträgen auch die Frage der Reparationsleistungen als (weitgehend) erledigt.

Die Sowjetunion und Polen hatten in den Verhandlungen die Forderungen nach einem Friedensvertrag gestellt. Speziell die CDU/CSU hatte bis in dieses Jahr hinein ihrerseits die Anerkennung der polnischen Grenze mit der Begründung abgelehnt, daß dies nur im Rahmen einer friedensvertraglichen Lösung geschehen könne. Jetzt aber legte die BRD entscheidenden Wert darauf, daß die 2+4-Verhandlungen alle Friedensverträge ersetzen sollte, womit man alle Reparations- und Entschädigungsforderungen loszuwerden gedenkt. So hat es zwar gewisse Wiedergutmachungsleistungen gegenüber Juden und anderen Opfern des Nationalsozialismus in Deutschland gegeben und auch einige vertraglich vereinbarte Zahlungen an westeuropäische Staaten bzw. gegenüber Israel, die auch die Entschädigungsforderung der Opfer abdekken sollten, speziell aber die besonders betroffenen osteuropäischen Länder waren in der Frontstellung des kalten Krieges leer ausgegangen. Sehr viele Länder hatten beim Schuldenabkommen 1953 in London auf Zahlungen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages verzichtet.

Anerkennung der polnischen Westgrenze

Hier waren sich ausnahmslos alle Siegermächte und auch die DDR einig: Das neue Deutschland erkennt die polnische Westgrenze und alle übrigen Grenzen als völkerrechtlich verbindlich an. Die BRD hat zugesagt, "baldmöglichst" einen entsprechenden Grenzvertrag mit Polen auszuhandeln und im Grundgesetz und sonstigen Bestimmungen alle Anschlußmöglichkeiten und Ansprüche auf das Reich in den Grenzen von 1937 zu tilgen. Es soll keine Wiederholung für einen Anschlußfall z.B. über deutsche Minderheiten an das "Wirtschaftswunderland" geben.

Auch die CDU/CSU und Helmut Kohl hatten bis zur letzten Minute ihre endgültige Anerkennung hinausgezögert oder mit Gegenleistungen verbinden wollen. Bis kurz vor der gemeinsamen Erklärung des Bundestages und der Volkskammer zur polnischen Westgrenze sollte Anerkennung der Schuld der Polen an

den Vertriebenen eingeklagt werden. Einige konservative Medien beklagten auch dann noch den "bitteren Preis" der Aufgabe eines Viertels des "deutschen Staatsgebietes".

Vertriebenenpolitiker sprechen von "Diktat" und "Demütigung", da aus dem alten "drei geteilt - niemals" nur noch ein "zwei geteilt - niemals" geworden ist. Dies sei die Aufgabe des bisherigen Deutschland-Verständnisses und alter Verfassungsprinzipien. Der Bund der Vertriebenen hat eine Kampagne fürn eine Volksentscheid gestartet, um mit Hilfe deutscher Minderheiten Teile Polens nach Europa herauszulösen, also nach dem Vorbild anderer Teilrepubliken in der Sowjetunion oder Jugoslawien zu verfahren. (2)

Die polnische Regierung konnte ihre Beteiligung, wenn auch nur an einem der 2+4-Gespräche, durchsetzen, ist aber mit allen übrigen Forderungen abgewiesen worden. Ihre Sicherheitsbedenken durften sie nicht am Tisch der Siegermächte vortragen. Ihre Forderung, genauso wie das 2+4-Abkommen den Grenzvertrag schon vor der Wiedervereinigung zu unterzeichnen, konnte die ansonsten so eilige BRD angeblich nicht erfüllen. Die Polen verlangten daraufhin (vergeblich), daß dann die Rechte der Siegermächte auch erst nach Unterzeichnung des Grenzvertrages erlöschen sollten. Schulmeisterlich erklärte die BRD, die Polen hätten keinerlei Grund, den Deutschen zu mißtrauen. Außerdem wollte Polen wie die Sowjetunion eine Zusage, daß die bisherigen Wirtschaftsverträge mit der DDR eingehalten würden. Hier mußten sie sich ohne jede verbindliche Zusage auf ein Wirtschaftstreffen vertrösten lassen. Polen wollte auch die Entschädigungsforderungen für Opfer des Faschismus geklärt haben und war dafür bereit, im Gegenzug über weitere Rechte der deutschen Minderheit zu verhandeln. Ihnen ist das Recht schon zugestanden worden, sich politisch-kulturell zu organisieren, was angesichts der Kampagne der Vertriebenen ja nicht nur Freundschaft erwarten läßt. Das alles soll nun in Verhandlungen für einen "Freundschaftsvertrag" behandelt werden, wenn der Grenzvertrag fertig ist. (3)

Die NATO rückt an die Oder vor

Mit dem Tag der Wiedervereinigung gelten auch Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrages für die DDR (Beistandspflicht im Falle eines bewaffneten Angriffs). Schon jetzt können Armeeangehörige der Bundeswehr sich frei in der DDR bewegen oder dort nach vermeintlichem sowjetischen Giftgas suchen. Mit dem Tag der Vereinigung dürfen auch die Truppen der Territorialeinheiten der Bundeswehr vorrücken. Allerdings sollen der NATO unterstellte Kampfeinheiten der Bundeswehr erst nach vollständigem Abzug der Roten Armee folgen. Die BRD übernimmt von der jetzigen DDR die Stationierungskosten der Roten Armee bis zu ihrem Abzug (für die 363.000 Mann zahlte die DDR pro Jahr 2,8 Mrd. Mark). Die NATO-Partner der BRD haben zwar eine Zusage gegeben, ihre Truppenkontingente zu reduzieren (bei den US-Truppen wird eine Zahl unter 100.000 gehandelt), sie werden aber in Deutschland verbleiben.

Die Ausdehnung der NATO an die Oder war lange Zeit als der entscheidende Knackpunkt gehandelt worden, an dem sogar die Verhandlungen scheitern könnten. Die Sowjetunion hatte eine NATO-Mitgliedschaft eines neuen Deutschlands für unannehmbar erklärt. Deutschland müsse neutral oder aber in beiden Militärbündnissen sein. Schließlich müßten die beiden Militärblöcke in einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur unter Beteiligung der Sowjetunion aufgehen.

Gab es anfangs noch in NATO-Kreisen Planspiele, die hier nach Kompromissen suchten, so hatte man sich bald in den NATO-Stuben und auf dem NATO-Gipfel in London auf ein Hartbleiben verständigt. Dies wurde in optische Schönheitskorrekturen sowie einige schön klingende Abrüstungserklärungen eingebettet. Genscher hatte sich schon frühzeitig trotz gegenteiliger Aussagen der Sowjets hingestellt und ein Einlenken der Sowjets angekündigt. Intern hatten die Sowjets bei entsprechenden Gegenleistungen schon längst ihr Einlenken durchblicken lassen. So hieß es auch immer wieder, Gorbatschow müsse in der Sowjetunion sein Gesicht wahren und dürfe nicht als Totalverlierer dastehen, damit er zustimmen könne.

Neben ökonomischen Zusagen (s. unten) gab es eine Reihe militärischer "Zugeständnisse". Gesamt-Deutschland übernimmt die Stationierungskosten bis zum festgelegten vollständigen Abzug der Roten Armee aus der DDR. Doch schon für das Jahr 1990 wurden die Leistungen kurzerhand um 150 Mio. DM gestrichen. Für die kommenden Jahre sollen die Zahlungen erst ausgehandelt werden. Die BRD möchte gern eine Prämienregelung für den schnelleren Abzug aushandeln. Die Gelder, die die BRD dabei spart, soll die SU

zum Teil als DM-Devisen mitnehmen können. Außerdem will die BRD beim Bau von Wohnungen in der Sowjetunion für die Rückkehrer mit Hand anlegen.

Keine eigenen Atomwaffen - aber nicht atomwaffenfrei

Großdeutschland verzichtet auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügungsgewalt über ABC-Waffen und bleibt Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages.

Auch ein Großdeutschland wird absehbar erst einmal den bisherigen Kurs der BRD beibehalten, auch wenn zahlreiche Militärs und Politiker eigene Atomwaffen für das "non-plus-ultra" eigener Souveränität halten. "Wird es immer ein Fehler sein, nach deutschen Kernwaffen zu streben? (...) Morgen oder übermorgen könnte Deutschland die militärischen Attribute brauchen, um einem ökonomischen Einfluß politischen Nachdruck zu verleihen (...) zur Stabilisierung eines demokratischen Europa", schrieb Arnulf Baring in der "Frankfurter Allgemeinen".

Die NATO hat außerdem eine Reihe weiterer atomarer Abrüstungsmaßnahmen zugesagt, die aber im Kern nichts weiter bedeuten als eine konsequente atomare Umrüstung. Neue atomare landgestützte Kurzstreckenraketen, ein Nachfolgesystem für die US-Lance-Raketen (bis 1.000 km Reichweite) sind endgültig vom Tisch. Im letzten Jahr hatte die BRD mit dieser Forderung noch den Ärger in London und Washington geerntet, die Sache war vertagt worden. Von der Sowjetunion werden als Gegenleistung Verhandlungen über den Abbau ihrer Kurzstreckenraketen gefordert. Die USA kündigten den Stop ihres Erneuerungsprogramms der taktischen atomaren Artilleriegranaten an. An einen vollständigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland ist aber keineswegs gedacht. Die Atomwaffen sollen derzeit "nur" auf dem BRD-Gebiet (in Friedenszeiten) verbleiben, aber der sogenannte Atomschirm wird auf die DDR ausgeweitet. Ausgebaut werden soll hingegen die atomare Bewaffnung auf Flugzeugen. Unter dem Stichwort TASM (= Taktikal-Air-Surface-Misseles) wird ein atomares System vorbereitet, das durch die Kombination der Flugzeug- und Raketenreichweite überall die Sowjetunion treffen kann. Mit dieser atomaren Umrüstung wird eine im Grunde seit den 50er Jahren bestehende und seit Mitte der 70er Jahre verschärft geführte Debatte in der NATO um den Sinn kurzreichweitiger Atomwaffen endgültig im BRD-Sinne entschieden. Die kurzreichweitigen Atomwaffen wurden hauptsächlich als Mittel der "Selbstabschreckung" eingestuft. In deutscher Variante hieß es, sie "treffen nur Deutsche". Schon heute wird der Aufbau möglicherweise sogar gemischter Luftwaffenträger-Verbände unter Beteiligung der USA, Großbritanniens und auch der BRD vorangetrieben. Nach NATO- Verständnis bedeutet der Verzicht der BRD auf Atomwaffen keineswegs, daß sie auf Trägersysteme von Atomwaffen mit einem Zweitschlüsselsystem verzichten muß. Schon jetzt macht man sich detaillierte Gedanken, ob diese neuen Atomwaffen in Großbritannien allein oder auch in der BRD stationiert werden sollen. (4)

Eine europäische Sicherheitsordnung?

Zugesagt wurde der Sowjetunion außerdem, die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) auszubauen und fest zu institutionalisieren.

Während die Sowjetunion klipp und klar gefordert hat, die bisherigen Militärblöcke müßten zugunsten eines europäischen Sicherheitssystems aufgelöst werden, haben die USA und Großbritannien ebenso eindeutig erklärt, daß solche Vereinbarungen oder Konferenzen oder die Schaffung einer sogenannten europäischen UNO alles andere als ein Ersatz für die NATO wären. Genscher oder auch die SPD nehmen hier sowjetische Stichpunkte als Zukunftsmusik gerne auf, wobei etwa die SPD feinsinnig hinzufügt, daß es vorher natürlich keine Alternative zur NATO gebe. Es ist allerdings eine Tatsache, daß die bisherige Konstruktion für mögliche militärische Konflikte in Osteuropa in der bestehenden Form nicht tauglich ist. Man wird wohl kaum mit NATO-Verbänden allein nationale Konflikte in Osteuropa militärisch "befrieden" wollen, wenn man das für notwendig erachtet. Es ist noch vollkommen offen, ob man sich künftig gegen die Sowjetunion weiterhin in einer möglichen militärischen Konfrontation oder auch in militärischer Kooperation bei internationalen oder gar Nationalitäten-Konflikten befinden wird. (5) Solche Überlegungen für die Zukunft ändern nichts daran: an eine Auflösung denkt in der NATO derzeit niemand.

Die Zukunft der Bundeswehr

Lange Zeit hatte sich die BRD unter dem Stichwort, keine "Singularisierung", kein "neues Versailles" geweigert, im Rahmen der 2+4-Gespräche eine Beschränkung für die Bundeswehr zu erörtern. Dies könne im

gesamteuropäischen Verbund im Rahmen der konventionellen Abrüstungsverhandlungen in Wien geschehen. Doch die Wiedervereinigungseile in Deutschland "erzwang" nun doch die "einseitige" Beschränkung auf 370.000 Mann für Großdeutschland.

Die Reduzierung der jetzigen Bundeswehrgröße auf dem Papier von fast 100.000 Mann in einem zukünftigen Gesamt-Deutschland klingt fast wie eine Abrüstungsmaßnahme, wenn man noch hinzufügt, daß nach der Rücknahme der Ausweitung der Wehrpflicht auf 18 Monate jetzt sogar die Reduzierung auf 12 Monate gefolgt ist. Tatsächlich besagt die Friedensstärke gar nichts für den Kriegsfall. Außerdem kann bei 12-monatiger Wehrpflicht ohne Ausbau eines Anteils von Berufsarmee die nun vereinbarte Zahl nur schwer überschritten werden. Man hatte schon längst errechnet, daß ohne Ausdehnung der Wehrpflicht die Bundeswehr (auf Bundesgebiet allein) unter 300.000 Mann hätte fallen müssen. So hatte auch die Sowjetunion an eine Beschränkung auf 200.000 gedacht und damit die Zahlen übernommen, die auch die SPD in ihren Plänen für ausreichend hält. Kohl hat auch nur 30.000 weniger als die bisherige Höchstforderung der Bundeswehr angeboten.

Die jetzige Planung ist nur dann zu verwirklichen, wenn in der DDR gegen die dort noch herrschenden Regierungspläne, die NVA ersatzlos zugunsten der Bundeswehr aufgelöst und die Wehrpflicht auf Gesamt-Deutschland ausgedehnt wird. Ex-Verteidigungsminister Scholz blieb die Erläuterung vorbehalten, "daß jede Verringerung der Bundeswehr von derart grundlegendem Ausmaß zugleich ein besonderes Maß an moderner Ausrüstung und Ausbildung bedingt." Und tatsächlich ist zum einen bei der Kürzung der Wehrpflicht an eine Ausdehnung der Wehrübungen gedacht. Zum andern konnte der Verteidigungsetat in diesem Jahr mit der Auslagerung einiger Posten auf bisheriger Höhe gehalten werden, auch für die Zukunft ist keine substantielle Kürzung in Sicht, geschweige international verkündet worden.

Gekauft...

Nichts gekostet hat es die BRD bei den Verhandlungen, die Vorschläge der DDR und ihres Außenministers Meckel nach Atomwaffenfreiheit, niedrigeren Zahlen für die Bundeswehr, Unterstützung der polnischen Regierung usw. entweder zurechtzuweisen oder einfach zu übergehen. Alles übrige hatte seinen Preis. Der sowjetische Außenminister hat es verständlicherweise weit von sich gewiesen, daß sich die Sowjetunion ihre Zustimmung habe abkaufen lassen. Wie man es auch darstellen will, es kommt auf das gleiche hinaus. Die sofortige Zustimmung der übrigen noch Warschauer- Pakt-Staaten zur NATO-Mitgliedschaft Gesamt-Deutschlands war von Wirtschaftsverhandlungen begleitet. Die Regierung Kohl stellte noch vor der Abmachung mit Moskau einen 5 Mrd. DM-Kredit zur Verfügung. In scheinbar völlig selbstloser Manier hatte man diesmal an den Kredit keine besonderen Auflagen gestellt, allerdings hätte andernfalls die Sowjetunion die bisher bezogenen Lieferungen aus der BRD nicht mehr bezahlen können. Kohl reiste dann außerdem mit der Forderungen nach einer Art "Marshall- Plan" für die Sowjetunion in einem Umfang von insgesamt etwa 35 Mrd. DM Finanzhilfe zum EG- und anschließend zum Weltwirtschaftsgipfel der großen Sieben. In beiden Fällen bekam er die Antwort, man werde den sinnvollen Einsatz von Kapitalhilfen für das kommende Jahr prüfen. Man geht davon aus, daß die BRD selbst den Großteil als Hauptnutznießer im daraus folgenden Handel aufzubringen habe. Außerdem - so pfiffen es die Spatzen vom Dach - wird von den verschiedenen Ländern laut über neue Gegenleistungen der Sowjetunion nachgedacht. Die USA möchten nicht nur die Reduzierung sondern die Aufgabe der sowjetischen Unterstützung für Kuba, Japan möchte die Frage der Kurilen, die sie nach dem 2. Weltkrieg an die Sowjetunion verloren haben, noch klären usw. Der Umbruch ist noch nicht zu Ende, er beginnt ja erst.

HH

Anmerkungen:

(1) in "Zeit", 4.5.90

(2) s. Extra-Artikel in diesem AK dazu

(3) s. Extra-Artikel in diesem AK dazu

(4) Eine lesenswerte Studie zum Thema "Die atomare Planung der NATO nach dem Ende des kalten Krieges" hat das "Institut für internationale Politik" in 5600 Wuppertal, Postfach 131821 herausgebracht.

(5) s. Extra-Artikel in diesem AK dazu

2. NATO auf Kriegskurs - Der Aufmarsch am Golf

Rubrik: Golfkrieg; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/67.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:67

"Jeder Versuch einer ausländischen Macht, die Kontrolle über die Golfregion zu erlangen, wird als ein Angriff auf lebenswichtige Interessen der USA angesehen und mit allen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt zurückgeschlagen werden", so definierte der ehemalige US-Präsident Carter die bis heute gültige Nahost-Strategie in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 1980.

Nun ist der Ernstfall eingetreten, nachdem das irakische Regime Kuwait überfiel, annektierte und sich damit zum zweitgrößten erdölexportierenden Staat der Welt aufschwang. Entscheidender noch ist die "Kontrolle über die Golfregion" seitens des Irak, die nicht nur die USA, sondern alle imperialistischen Staaten als einen substantiellen Eingriff in ihre "lebenswichtigen Interessen" betrachten.

Die Antwort erfolgte prompt und reichte weit über die Nato-Hemisphäre hinaus. Nach Auflösung der bipolaren Nachkriegsordnung fand sich, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die gesamte "internationale Völkergemeinschaft" zusammen, um einhellig die Annexion Kuwaits zu verurteilen, und verhängte im Weltsicherheitsrat der UN wirtschaftliche Sanktionen nach Artikel 41 der UN-Charta.

Derweil beriefen sich die USA, Großbritannien, Ägypten, Marokko und Syrien auf Artikel 51 der UN-Charta und leisteten dem "Hilfeersuchen" Saudi-Arabiens und der kuwaitischen Exilregierung Folge, um an der irakisch-kuwaitisch-sau- dischen Grenze Truppenverbände zu massieren. Bis Ende September wollen die USA eine Viertelmillion Soldaten und entsprechendes Kriegsgerät eingeflogen haben - das mit Abstand größte militärische Unternehmen der USA seit dem Vietnamkrieg.

Stillschweigend geduldet wird von dieser "Völkergemeinschaft" auch die Tatsache, daß die UN-Sanktionen von den USA schon längst zu einer regelrechten Seeblockade ausgeweitet wurden, nach geltendem Völkerrecht eine Kriegshandlung.

Der Irak soll - vorerst - durch den gigantischen militärischen Aufmarsch zu See, Land und Luft sowie die nahezu vollständige Blockade auf politischem Wege in die Knie gezwungen werden.

Internationale Verurteilung des Irak

Binnen einer Woche reagierte der Weltsicherheitsrat der UN mit der Verabschiedung dreier Resolutionen auf die Annexion Kuwaits durch das irakische Regime. Bei zwei Enthaltungen (Kuba, Jemen) wurde das irakische Regime verurteilt und die Annexion für "null und nichtig" erklärt. Einmütig verhängte der Sicherheitsrat unter Berufung auf Artikel 41 der UN-Charta wirtschaftliche Sanktionen und ein vollständiges Handelsembargo gegen den Irak, das für alle 159 UN-Mitglieder verbindlich ist. Über die Wirksamkeit dieses Embargos befindet der Weltsicherheitsrat nach 30 Tagen und kann nach Artikel 42 auch zu Maßnahmen der Blockade und militärischen Maßnahmen greifen.

Tatsächlich halten sich fast alle Staaten an diesen Embargobeschluß. Die Sowjetunion stellte sofort alle Waffenlieferungen ein und annullierte faktisch ihren Friedens- und Freundschaftsvertrag mit dem Irak. Die EG beschloß postwendend einen Ölimportstopp, einen Handelsboykott, ein Verbot des Waffenexports und das Einfrieren aller kuwaitischen Guthaben auf den Konten ihrer Banken. Japan und China schlossen sich dem Handelsembargo an.

Die Türkei sperrte nach einigem Zögern die irakische Ölpipeline zum Mittelmeer, nachdem der Irak zuvor den Ölhahn zudrehte, da sein Öl ohnehin nicht mehr abgenommen wurde. Schließlich bezieht die Türkei 60% ihres Öls aus dem Irak und kassiert jährlich 400 Mio. US-Dollar Pipelinegebühren. Erst nach einem Besuch des US-Außenministers und dessen Zusicherung, die Türkei für ihre finanziellen Einbußen zu entschädigen, willigte Präsident Özal ein.

Eskalation durch die USA: vom Embargo zur Blockade

Die USA begrüßten zwar die einmütigen Entscheidungen des Weltsicherheitsrats, riefen gleichzeitig aber zur Bildung einer "weltweiten Einheitsfront" mit dem Ziel der totalen "wirtschaftlichen Isolierung" des Irak (Bush) auf. Der US-Präsident nannte vier Ziele seiner Politik; der Irak müsse sich sofort und vollständig aus Kuwait

zurückziehen, die legitime Regierung des Emir in Kuwait wieder einziehen können, die US-Bürger müßten geschützt und "Sicherheit und Stabilität" in der Golfregion wiederhergestellt werden.

Um dem Wirtschaftsembargo genügend Nachdruck zu verleihen, beriefen sich die USA auf einen anderen Artikel der UN-Charta. Zu diesem Zweck suchte US-Verteidigungsminister Cheney den saudi-arabischen König auf und legte ihm eindrucksvolle Satellitenaufnahmen über die Massierung irakischer Truppen an ihrer Grenze vor. Prompt erreichten die USA und Großbritannien sowie einige arabische Regimes "Hilfeersuchen" zur Entsendung von Truppen nach Saudi-Arabien, denn unter Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta ist ein bedrohtes Land zu Maßnahmen seiner kollektiven Selbstverteidigung berechtigt. Den Anlaß dazu biete wiederum der Irak, der einen Teil der "neutralen Zone" an der Grenze zu Saudi-Arabien besetzte.

Am 12. August gab der amerikanische Außenminister die totale Abriegelung der maritimen Zufahrtswege zum Irak bekannt. Hier beriefen sich die USA auf ein entsprechendes "Hilfeersuchen" des exilierten kuwaitischen Emirs, um ihre US-Navy in Trab zu setzen. Damit waren die USA weit über die Beschlüsse des Weltsicherheitsrats hinausgegangen und verhängten eine totale See- und Landblockade gegen den Irak - eine eindeutige Kriegserklärung, die US-Außenminister Baker als "interdiction" ("Abschneiden") umschrieb.

Die von Bush geforderte "Einheitsfront" war damit gesprengt, denn sowohl die Sowjetunion als auch Kuba, China, Frankreich, Kanada, Malaysia und UN- Generalsekretär Peres de Cuellar sprachen sich gegen die einseitige "Interpretation" der UN-Resolution durch die USA aus. De Cuellar bestritt zwar nicht das Recht der USA, den Saudis und dem kuwaitischen Emir zur Hilfe zu eilen - dies stehe jedoch nicht im "Kontext der UN-Resolution".

Die USA sicherten sich jedoch ab. Sie wollten unter allen Umständen eine Solidarisierung und aktive Unterstützung ihres Vorgehens erreichen. Nach hektischen diplomatischen Aktivitäten erwirkten sie, daß nicht nur die USA, sondern auch Großbritannien, Marokko, Syrien und Ägypten Truppen und militärisches Gerät nach Saudi-Arabien entsandten. An der Seeblockade nehmen neben den USA auch Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, die BRD und Australien in unterschiedlichem Ausmaß teil.

Das Ziel der USA, zu direkten "multinationalen" Verbänden zu kommen, wurde nur mit Großbritannien realisiert. Alle anderen am Aufmarsch beteiligten Staaten betonen, zwar ihren notwendigen "Beitrag" leisten zu wollen, ohne sich aber als Teil eines "multinationalen" Verbandes zu verstehen. Das gilt insbesondere für Frankreich.

Um die Blockade zu komplettieren, fehlt nur noch die Sperre der jordanischen Hafenstadt Akaba. Präsident Bush versuchte den jordanischen König Hussein zu einer Solidarisierung zu veranlassen und sicherte ihm - wie auch der Türkei - Entschädigungen für die entstehenden Einnahmeverluste zu.

Maritimer Aufmarsch am Golf

Die Dimensionen des Flottenaufmarsches am Golf gegen den Irak entsprechen in etwa der Konzentration der maritimen Verbände der Nato während des irakisch-iranischen Golfkrieges vor drei Jahren. Damals befanden sich etwa 80 Kriegsschiffe in der Golfregion. Die mit Abstand größten Kontingente stellten die USA, wobei sie von Verbänden aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und drei Minensuchschiffen der BRD im östlichen Mittelmeer unterstützt wurden (vergl. ak 288 vom 16.11.1987: "Flottenaufmarsch am Golf").

Gegenwärtig besteht die maritime Armada aus folgenden Verbänden:

- Die USA befindet sich mit dem Flugzeugträger "Saratoga", dem mit Cruise Missiles bestückten Schlachtschiff "Wisconsin" und zwölf Begleitschiffen einschließlich 60 Kampfflugzeugen im östlichen Mittelmeer und löst dort den Flugzeugträger "Eisenhower" ab, der inzwischen im Roten Meer stationiert ist. Auf der "Eisenhower" befinden sich weitere 60 Jäger und Bomber. Begleitet wird dieser Flugzeugträger von den Lenkwaffenzerstörern "Ticonderoga" und "Scott". Im Golf von Oman kreuzt der dritte Flugzeugträger "Independence" mit F-15- Bombern, Kampfhubschraubern, Raketen und 2.500 US-Marines-Elitesoldaten. Dazu kommen sieben weitere Fregatten, Zerstörer, zwei weitere Lenkwaffenkreuzer und das Führungsschiff "LaSalle".

- Großbritannien entsandte einen Zerstörer, zwei Fregatten und ein Versorgungsschiff in die Nähe der Vereinigten Arabischen Emirate.

- Frankreich schickte den Flugzeugträger "Clemenceau", einen Kreuzer, einen Zerstörer und ein Versorgungsschiff in den Golf. Auf der "Clemenceau" befinden sich u.a. 600 Soldaten der eigenen "Schnellen Eingreiftruppe", 48 schwere Transporthubschrauber und mehrere leichte Kampfhubschrauber des Typs "Gazelle".

- Belgien entsandte einige Minensuchboote ins östliche Mittelmeer.

- Die Niederlande sind mit zwei Fregatten, die mit Raketenabwehrsystemen bestückt sind, vertreten.

- Australien entsandte ebenfalls zwei Fregatten in den Golf, die mit Lenkwaffen ausgestattet sind.

- Schließlich ist auch die BRD mit der Entsendung von sieben Minensuchbooten ins östliche Mittelmeer dabei, um - wie es auch schon zu Zeiten des Golfkrieg-Einsatzes hieß - die USA zu "entlasten".

Stützpunkte

Die entscheidenden Stützpunkte in unmittelbarer Nähe zum Irak sind, Israel einmal ausgenommen, das Nato-Land Türkei im Norden, Oman, Diego Garcia im Indischen Ozean und vor allem Saudi-Arabien. Bereits während des Golfkrieges wurde der Südosten der Türkei (Anatolien) zu einem wichtigen Stützpunkt der Nato weiter ausgebaut. Derzeit massiert die Türkei ihre Truppen an der irakischen Grenze. Die USA dislozierten 28 Jagdbomber des Typs F-111 von Großbritannien nach Incirlik.

Die USA haben bereits erklärt, daß ein irakischer Angriff auf die Türkei unweigerlich die Beistandsverpflichtungen der übrigen Nato-Staaten nach den Artikeln 5 und 6 zur Folge haben würde. Der türkische Ministerpräsident hat sich mit umfassenden Notstandsvollmachten im Falle eines Krieges ausstatten lassen.

In Oman nutzt Großbritannien seine traditionellen Beziehungen und Stützpunktrechte. Dort befinden sich derzeit etwa zwölf "Jaguar"-Kampfbomber und Aufklärer des Typs "Nimrod".

Auf Diego Garcia, einem wichtigen Stützpunkt der USA im Indischen Ozean, sind neun schwere B-52-Bomber, die für weitreichende Flächenbombardements ausgerüstet sind, stationiert.

Von eminenter strategischer Bedeutung ist Saudi-Arabien. Die USA unterhalten traditionell gute und enge Beziehungen zu dieser Monarchie, die nach dem Sturz des iranischen Schah-Regimes zum wichtigsten Verbündeten der USA in der Golfregion aufstieg. Saudi-Arabien wurde im Verlaufe des Golfkriegs zum wichtigsten "Horchposten" der USA, die dort insgesamt neun Luftaufklärungsmaschinen des modernen Typs "Awacs" unterhalten und damit die gesamte Golfregion überwachen. Rund 10.000 US-Militärberater sind in Saudi-Arabien tätig. Die Saudis kauften modernstes Kriegsgerät vornehmlich aus den USA und beteiligten sich so am für die USA profitablen Recycling der Petro-Dollars; allerdings ist die modern gerüstete saudische Armee praktisch kampfunfähig. Ihre F-15-Bomber wurden bezüglich der Reichweite aus Rücksichtnahme gegenüber Israel kastriert, ihre Bodentruppen waren in Brigadestärke über das ganze Land verteilt, wiederum aus Rücksichtnahme gegenüber Israel. Die Kampfunfähigkeit resultiert auch aus dem Umstand, daß die saudische Armee auf Nachschub, Ersatzteile und Fachpersonal aus den USA angewiesen.

Aus innenpolitischen Rücksichtnahmen gegenüber der islamischen Bevölkerung sowie gegenüber den anderen arabischen Regimes lehnte die saudische Monarchie es stets ab, als direkter US-Stützpunkt zu fungieren. Zug um Zug wurde Saudi-Arabien jedoch logistisch und infrastrukturell zu einem großen Stützpunkt der USA ausgebaut. Dazu gehören die Waffenarsenale ebenso wie moderne Landepisten für die US-Bomber. Nur US-Soldaten wurde die Stationierung verwehrt, was auch für die "Schnelle Eingreiftruppe" (Rapid Deployment Force) gilt. Sie dürfe nur im Bedarfsfall nach ausdrücklicher Zustimmung des saudischen Königs einrücken (vergl. ak 283 vom 1.6.1987: "Saudi-Arabien - Westlicher Vorposten am Golf").

Dieser "Fall" ist nunmehr eingetreten. Bis Mitte September werden 100.000 US-Soldaten in Saudi-Arabien eingetroffen sein. Alle 10 Minuten werden sie und weiteres Kriegsgerät von amerikanischen Stützpunkten aus eingeflogen. Geplant ist, insgesamt 250.000 GIs nach Saudi-Arabien zu entsenden. Darüber hinaus befinden sich bereits 1.000 britische Soldaten, die ersten 1.000 von 30.000 ägyptischen Soldaten und Einheiten aus

Marokko und Syrien im Land. Zur Herstellung der totalen Luftüberlegenheit entsandten die USA außerdem 50 F-15 und F-16-Bomber auf die saudischen Stützpunkte.

Nachschublinien

Eine zentrale Rolle bei der "Operation Wüstenschild", wie die USA ihren Aufmarsch am Golf nennen, spielen die Nato-Stützpunkte, über die der gesamte Nachschub organisiert und betrieben wird. Portugal, Spanien, Italien und die BRD haben den USA die uneingeschränkte Nutzung ihrer dortigen Stützpunkte zugesichert; die BRD auf der Grundlage des "Wartime Host Nation Support"-Abkommens aus dem Jahre 1982, das die USA mit umfangreichen Lande-, Überflug- und Nachschublieferungsrechten ausstattet, wenn darüber ein förmliches Einverständnis mit der Bundesregierung hergestellt wird. Dieses Abkommen kam bereits beim Golf-Aufmarsch 1987 zur Anwendung.

Von besonderer Bedeutung ist die BRD, weil sich hier u.a. das US-Oberkommando der Luftstreitkräfte (MAC, Military Airlift Command) befindet. In Bitburg stehen 72 F-15-Bomber einsatzbereit, und über den Luftwaffenstützpunkt in Ramstein wird derzeit ein Teil des Nachschubtransports mit den "Galaxy"- Maschinen abgewickelt.

BRD: "out of area"?

Inzwischen ist es zu innenpolitischen Auseinandersetzungen in der BRD über die Beteiligung am Golfaufmarsch gekommen. Unstrittig ist zwischen den Bundestagsparteien mit Ausnahme der Grünen die Entsendung von sieben Minenräumschiffen ins östliche Mittelmeer nach dem Vorbild von 1987.

Die Diskussionen erhielten Auftrieb durch Forderungen aus CDU, CSU, FDP und SPD, die berühmte Nato-Einsatzgrenze "nördlich des Wendekreises des Krebses" zu überschreiten und etwa Persischen Golf einzugreifen. Kanzler Kohl bemühte die deutsche Einheit und die damit verbundene Nato-Solidarität, für die die BRD sich nunmehr revanchieren müsse. Genscher möchte im Zuge des Einigungsvertrages mit der DDR gleich das Grundgesetz an die neuen Erfordernisse anpassen und die Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen im UNO-Kontext gestatten. Die SPD und die Grünen berufen sich dagegen auf das Grundgesetz, um eine Ausdehnung des Bundeswehr-Einsatzgebietes zu verhindern, während Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz überhaupt keine rechtlichen Bedenken hat. Einige SPD-Abgeordnete wiederum plädieren für eine Euro-Eingreiftruppe unter möglicher Beteiligung der Roten Armee, während wiederum andere SPD-Experten wie Egon Bahr die kollektive UNO-Lösung à la Genscher favorisieren.

Kohl und die italienische Regierung wiederum brachten eine WEU-Lösung ins Spiel; sollten die neun Nato-Staaten im Rahmen der WEU ein koordiniertes militärisches Vorgehen beschließen, könne sich die BRD dem nicht entziehen, heißt es vom Kanzler.

Die innenpolitischen Kontroversen werden fast ausschließlich unter juristischen Aspekten geführt, das heißt um die Frage einer rein rechtlichen Legitimation eines Bundeswehreinsatzes außerhalb des Nato-Gebiets. Diese Diskussionen sind zum einen unsinnig und reine Pseudodebatten, zum anderen umschiffen sie gerade die politische Diskussion.

Fakt ist, daß sich die BRD mit ihrer Entsendung von sieben Minensuchschiffen bereits im Kriegszustand mit dem Irak befindet, denn eine Beteiligung an einer Seeblockade ist nicht durch die verabschiedete UN-Resolution abgedeckt und eine kriegerische Handlung, auch wenn das aus politischen Gründen derzeit noch anders umschrieben wird ("interdiction"). Da spielt es keine Rolle, ob das Nato-Gebiet überschritten wird oder nicht, und insofern handelt es sich um eine reine Scheindebatte, die genau von diesem Punkt abstrahiert.

Auf die WEU-Option kann sich nicht berufen werden, da Artikel5 des WEU- Vertrages die Beistandsverpflichtungen im "Verteidigungsfall" nur für das europäische Territorium vorsieht.

Anders ist es da um den Nato-Vertrag bestellt. Im Artikel5 heißt es, "daß ein bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als Angriff gegen sie alle angesehen wird". Im Artikel6 erfolgt eine Präzisierung; der Bündnisfall werde ausgelöst durch einen Angriff "auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika, (...) auf die Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses". Als die Türkei und Griechenland Anfang der 50er Jahre der Nato beitragen, kam noch das Mittelmeer hinzu. Die Nato-Verträge grenzen das Nato- Operationsfeld

einerseits zwar ein, schließen andererseits gemeinsame militärische Operationen außerhalb dieses Gebietes keinesfalls aus.

Auch die Berufung auf das Grundgesetz führt keinen Schritt weiter. Dieses sieht nämlich den Einsatz der Bundeswehr im Nato-Gebiet vor; ferner könne die Bundeswehr auch "außer zur Verteidigung" dann eingesetzt werden, soweit es das Grundgesetz zuläßt. Und es läßt zu. Das Grundgesetz beinhaltet eben auch den Bund "zur Wahrung des Friedens in einem System kollektiver Sicherheit", wozu selbstredend etwa die Nato oder die UNO zählen. Ebenso gelten die allgemeinen Vereinbarungen des Völkerrechts als grundgesetzlich bindend.

Letztlich gibt es keine einzige juristische Handhabe gegen den Golfeinsatz seitens der Bundesmarine, einmal ganz abgesehen davon, daß die BRD allein schon durch das "Wartime Host Nation Support"-Abkommen ihren nicht unbedeutenden Beitrag zum US-Aufmarsch im Nahen Osten leistet. Sie lenkt vom eigentlichen politischen Problem ab.

Setzt sich eine "Internationalisierung" durch?

Die USA haben im Verbund mit anderen Nato-Ländern und einigen arabischen Regimes eine Internationalisierung des militärischen Aufmarsches unter ihrer unumstrittenen Führung erzielt und damit zunächst vollendete Tatsachen geschaffen, die über die Embargolösung des UN-Sicherheitsrates hinausgehen. Nunmehr setzen die USA an, auch die übrige "Völkergemeinschaft" auf ihren Kurs zu trimmen, und es ist nicht ganz unwahrscheinlich, daß ihnen das gelingen könnte.

Am 14.8.90 griffen die USA einen bereits früher gemachten Vorschlag der Sowjetunion nach Einberufung des "Military Staff Committee" der UNO auf, einem Ausschuß aus den Generalstabchefs der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und die VR China), um eine militärische Lösung im Einvernehmen eben dieser Länder zu erreichen. Das militärische Oberkommando müßten sich die USA dann zwar mit den übrigen vier Staaten teilen, aber damit hätten die USA zum einen ihre "weltweite Einheitsfront" (Bush) erreicht, zum anderen determiniert die militärische Dominanz der USA am Golf die weiteren Entscheidungen.

Daß diese Option nicht unrealistisch ist, bezeugt die Sowjetunion, die militärische Schritte wie eine vollständige Blockade unter eigener Beteiligung nicht ausgeschlossen hat, wenn sie einvernehmlich erfolgt. Offenbar setzt auch Genscher auf diese Variante, wenn er sich für den Bundeswehreinsatz außerhalb des Nato-Gebietes ("out of area") im Kontext von UN-Entscheidungen stark macht. Dies ließe sich auch innenpolitisch mit dem Verweis auf die internationalen Verpflichtungen viel besser legitimieren.

Während die BRD als einstige "heimliche Großmacht" dem irakischen Regime Giftgas nebst dazugehörigen Anlagen, Waffen und Raketenteilen lieferte, geht es aktuell darum, ihren Part als wirtschaftliche und politische Weltmacht zu spielen. Wenn Kanzler Kohl nunmehr mahnt, die BRD dürfe sich der internationalen Solidarität nicht verweigern und abseits stehen, so wird damit der Boden bereitet für die neue Rolle auf dem internationalen Parkett.

D./Westberlin

3. Südafrika: Ein Stück Freiheit durch Verhandlungen

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:31

Die aktuelle Entwicklung in Südafrika und speziell des ANC (Afrikanischer National-Kongreß) ist nicht von der Art, daß sie Interesse, Sympathie oder gar Solidarität engagierter linker Menschen finden oder gar fördern könnte: wie kann es angehen - fragen sich manche -, daß Nelson Mandela nach zweieinhalb Jahrzehnten Apartheid-Knast F.W. De Klerk jetzt nicht nur die Hand schüttelt, sondern ihn noch als glaubwürdig preist? Diese Geste mag Mr. Bush (United States) und Dr. Kohl (United Fatherland) freuen, sie gibt jedoch der Vermutung größere Glaubwürdigkeit, daß Mandela und De Klerk in einer großen Koalition "die Nation" retten wollen. Das der ANC die Aktivitäten seiner militärischen Abteilung "Umkhonto We Sizwe" suspendiert und ihm dafür besonders die ehedem durch zahlreiche kleinere Bombenattentate betroffenen Konzerne dankbar sind, läßt hier Ausverkauf wittern. Schon die teilweise geheimen Gespräche, die der ANC in den vergangenen Jahren mit südafrikanischen und internationalen Konzernherren geführt hatte, mußten den Verdacht einer Strategie des Arrangements von Apartheid-Regime und ANC hervorrufen. Ist damit nun die letzte einfluß- und teilweise erfolgreiche Oppositionsbewegung auf dem afrikanischen Kontinent gekauft, die Ziele von Demokratie und Gerechtigkeit, also Sozialismus, ausverkauft?

Schon seit einigen Jahren wurde vom ANC erkennbar eine Strategie verfolgt, in der der bewaffnete Kampf und die Massenaktionen durch das dritte Element von Vorverhandlungen ("talks about talks") ergänzt wurde. Die Absicht des ANC dabei war, das harte burische Element im Apartheid-Regime zu isolieren und eine Nach-Apartheid-Struktur vorzubereiten. Während der ANC einerseits international den Boykott der Apartheid organisierte und andererseits Gespräche mit den Profiteuren der Apartheid führte, knüpfte Nelson Mandela noch vom Gefängnis erste Gesprächskontakte mit Botha und, nach dessen Demission, mit F.W. De Klerk, dem Präsidenten der weißen Minderheit in Südafrika. Durch diese Politik wurden die dann doch überraschenden und allemal erfreulichen Ereignisse dieses Jahres vorbereitet: Die Entlassung etlicher prominenter politischer Gefangener im Januar, die von Nelson Mandela im Februar, die Legalisierung aller verbotenen politischen Organisationen, die weitreichende Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Rückkehr zahlreicher politischer Aktivisten aus dem Exil, die bevorstehende Lockerung zahlreicher Sicherheitsgesetze und geplante Freilassung aller noch inhaftierten politischen Gefangenen. All dies wurde von den schwarzen und wenigen weißen Menschen in Südafrika bejubelt. Die politische Diskussion und der politische Kampf haben einen großen Aufschwung genommen. Seit fast einer Generation hat es diese Möglichkeiten zu leben und - legal - zu kämpfen nicht mehr gegeben. Davon profitieren auch die politischen Gruppen, die mehr oder weniger scharf die Verhandlungspolitik des ANC kritisieren.

Die Kritischen: PAC, AZAPO und WOSA

Der PAC (Pan African Congress) lehnt die Verhandlungsstrategie des ANC klar ab. Nun besteht die Strategie des PAC im wesentlichen darin, "radikale" Opposition zum ANC zu sein, aus dem er in den fünfziger Jahren als Abspaltung hervorging. Der PAC setzt weiter und demnächst vermutlich verstärkt auf den bewaffneten Kampf mit dem Ziel eines direkten Sturzes der weißen Herrschaft in Südafrika. Es ist verständlich, wenn er damit gerade jetzt verstärkte Sympathien in den Ghettostädten der Schwarzen findet. "Das Land denen, denen es gehört" ist die grundlegende politische Absicht des PAC, die allerdings offen läßt, wem das Land denn nun gehört. Darüber gibt es auch in der schwarzen Opposition unterschiedliche Auffassungen, bis hin zu den reaktionären Ansprüchen alter Clan-Patriarchen.

Die AZAPO (Azanian People Organisation) ist eine relativ junge Organisation, die sich auf der von Steve Biko mit ins Leben gebrachten BCM (Schwarzes-Bewußtsein-Bewegung) gründet. Die AZAPO ist wie der PAC eine nur schwarzen Menschen offenstehende Organisation. Ihr geht es weniger um den militärischen als den politischen Kampf für die Herausbildung von Selbstbewußtsein und Selbstorganisation als Voraussetzung einer Befreiung, die über den Sturz der alten Herrschaft hinaus von Bestand ist. Die AZAPO ist kritisch, aber nicht radikal ablehnend gegenüber der derzeitigen ANC-Strategie.

In der WOSA (Workers Organisation for Socialist Action) haben sich erst in diesem Jahr kleine linke Gruppen mit marxistischem, sozialistischem und/oder trotzkistischem background zusammengefunden, die sich sehr stark auf den gewerkschaftlichen Kampf in Südafrika beziehen. Der ANC wird als nationales Bündnis verschiedener Kräfte mehr oder weniger anerkannt und wohl teilweise als Diskussions- und Aktionsfeld

genutzt. Dabei existieren allerdings weiterhin Schwierigkeiten, gibt es doch immer noch eine sehr rigide und bisweilen militante Abgrenzungspolitik der großen Organisationen wie ANC, PAC und SACP gegen Diskussionsversuche kleinerer Gruppen.

Der Grund dafür liegt sowohl in den Dominanzansprüchen dieser Organisationen als auch in der langen Zeit harter Illegalität, die die Entfaltung demokratischer Strukturen fast unmöglich gemacht hat.

Das gibts: Kommunistische Partei gewinnt Einfluß

Besonders stark ausgeprägt war und ist das in der SACP, der traditionsreichen südafrikanischen kommunistischen Partei, die sich stets in großer Übereinstimmung mit der KPdSU befand. Dementsprechend gab sie der nationalen Befreiung Südafrikas Vorrang vor der sozialistischen Revolution und agierte als absolut loyaler Teil des ANC. Ohne die SACP wäre der ANC nicht zur beständigen Hauptkraft im südafrikanischen Befreiungskampf geworden. Fast 40.000 Menschen kamen Anfang August zur ersten legalen Kundgebung der SACP in Soweto zusammen. Auch darin zeigt sich der große Einfluß der Partei, der beständig zunimmt, zumal sich die SACP jetzt in der Legalität stärker als eigenständige Organisation mit realer Verankerung in der real existierenden(!) Arbeiterklasse profilieren kann, ohne dabei den ANC aufgeben oder brüskieren zu müssen. Joe Slovo, Generalsekretär der SACP, ist unter den Aktivistinnen und Aktivisten der im weitesten Sinne linken Opposition und insbesondere der Gewerkschaften der am meisten beachtete Leader - und bei den weißen Rassisten inzwischen der meistgehaßte. Allerdings hat es De Klerk nicht geschafft, ihn aus der sonst so entgegenkommenden ANC-Delegation herauszuisolieren. Die Glaubwürdigkeit und Weisheit Slovos haben neben den rasch anwachsenden Klassenkämpfen dazu beigetragen, daß entgegen dem Welttrend die kommunistische Partei und die sozialistische Option im Kommen ist.

Die Gewerkschaften werden radikaler

Neben diesen Organisationen nehmen die Gewerkschaften einen zunehmend stärkeren und eigenständigen Einfluß auf die politische Entwicklung in Südafrika. Gerade darum ist es auffällig, daß in der ersten größeren Verhandlungsdelegation keine Gewerkschafterin bzw. Gewerkschafter vertreten war. Während sich der ANC in Fragen der zukünftigen ökonomischen Struktur noch nicht so recht festlegen will und es viele Hinweise auf die Übernahme kapitalistischer Strukturen - freilich mit schwarzer "Gleichberechtigung" - gibt, betonen die Gewerkschaften, daß die umfassende Abschaffung des Rassismus in Südafrika nicht ohne Überwindung des Kapitalismus möglich ist. Es ist sicher, daß die ideologische Auseinandersetzung über diese Fragen in den Gewerkschaften noch zunehmen wird. Nebenbei bemerkt geben sich die bundesdeutsche Sozialdemokratie, diverse Stiftungen und Gewerkschaftszentralen schon heftig Mühe mit Fortbildungsprogrammen ("fort" vom Sozialismus) für schwarze Gewerkschafter. Sie dürften es schwer haben, da wohl die meisten Gewerkschaftsmitglieder mit bitteren Repressionserfahrungen (Haft, Kündigung, Verletzung) dafür bezahlt haben, daß sie gleiche Rechte und volle Demokratie für alle Arbeiterinnen und Arbeiter forderten. Und die meisten scheinen davon auszugehen, daß die Apartheid erst dann besiegt ist, wenn den weißen Herren nicht nur der Staatsapparat, sondern auch die Gewalt der Verfügung über den Reichtum, über die Fabriken, Bergwerke und Plantagen des Landes genommen ist.

Neben den Gewerkschaften, dem ANC und den anderen politischen Organisationen sind in den letzten Jahren noch eine Vielzahl von Gruppen, Initiativen und Bewegungen entstanden, die einen großen Reichtum an Kreativität, politischer Erfahrung und Kraft enthalten, der sich in den nächsten Jahren noch mehr entfalten kann. Die Frauenbewegung, Jugendverbände, Selbsthilfeorganisationen im medizinischen, pädagogischen und juristischem Bereich, unabhängige christliche Basisgemeinden - sie alle werden mit dafür sorgen, daß die Zukunft Südafrikas nicht nur zwischen ANC und Nationaler Partei entschieden wird, auch wenn es derzeit so dargestellt wird.

Ist der Preis zu hoch?

Die seit Anfang des Jahres neu eroberte Freiheit der politischen Diskussion und Aktion auf allen Ebenen der südafrikanischen Gesellschaft wird eingeschränkt durch die anhaltende und teilweise verstärkte Gewalt, die wie schon zuvor führende Aktivisten der Opposition ebenso trifft wie die Bewohnerinnen und Bewohner der Ghettostädte (das "Township" Soweto hat dreimal soviel Einwohner wie die "Town" Johannesburg) und der Ghettoprovinzen ("Homelands"). Polizeitrupps schießen in friedliche Demonstrationen, weiße - z.T. originär faschistische - Vereinigungen trainieren mit Duldung der Regierung öffentlich den bewaffneten Kampf, die

Terrorgruppen von Dr. Buthelezis INKATHA-Organisation haben in diesem Jahr schon mehrere Hundert Menschen in Natal umgebracht. Die Gesamtzahl der Opfer der von der Apartheid direkt ausgeübten, geduldeten und/oder inspirierten Gewalt übersteigt inzwischen die im Libanon. Es wird eine Strategie erkennbar, die Ausübung von Repression und Terror von Polizei und Militär wegzuverlagern hin zu halbstaatlichen und privaten paramilitärischen Verbänden. Darin wird gleichzeitig die für Süd- und Mittelamerika entwickelte Strategie des "Low Intensity Conflict" auf die südafrikanischen Verhältnisse angewendet.

An der materiellen Lebenssituation der Menschen hat sich bislang ebensowenig zum Besseren bewegt wie an ihrem Recht auf Unversehrtheit und Leben. Auch Mandela selbst hat immer wieder darauf hingewiesen, daß ihm wie allen Schwarzen das Wahlrecht noch genauso verweigert wird wie vor dreißig Jahren. Angesichts dieser Situation wird der ANC kritisch gefragt, ob er mit seinem Entgegenkommen nicht einen zu hohen Preis für die errungenen Freiheiten zahlt. Die Frage nach der Berechtigung einer Strategie läßt sich aber erst beantworten, wenn deren Erfolg oder Mißerfolg sichtbar wird, also zukünftig. Die Kriterien dafür sind seit 1956 in der Freiheits-Charta nachzulesen, u.a. "Das Volk soll regieren! Das Land soll unter denen verteilt werden, die es bearbeiten! Wohnungen, Sicherheit und Wohlstand für alle! Das Volk soll am Reichtum des Landes teilhaben!" Die Freiheits-Charta ist kein sozialistisches Programm, sprengt mit ihren Zielen aber allemal die auch von der liberalen Bourgeoisie für ein Nach-Apartheid-Südafrika vorgesehenen marktwirtschaftlichen Segnungen. Die Konflikte innerhalb und außerhalb des ANC zwischen denen, die an der Charta umfassend festhalten wollen und denen, die um rascher Erfolge willen insbesondere im ökonomischen Bereich zu Zugeständnissen bereit sind, werden zunehmen und - anders als die Frage des bewaffneten Kampfes - die Einheit der Opposition aufheben. Der ANC hat sich auf einen schmalen Grat begeben.

Die Frage ist, ob er eine andere Wahl hatte. Wäre die jetzt gegebene Gefahr einer Loslösung des ANC von den Massenkämpfen und -erwartungen vermeidbar gewesen? Mußte sich Nelson Mandela in eine enge Partnerschaft mit De Klerk begeben? Wäre nicht gegen die Apartheid-Gewalt eine Ausweitung des bewaffneten Kampfes notwendig? Diese Fragen werden auch in Südafrika und auch im ANC gestellt. Sie bedenken allerdings nur unzureichend, daß sich einige wichtige Voraussetzungen - gerade auch des bewaffneten Kampfes - in Südafrika in den letzten Jahren erheblich geändert haben, und zwar zuungunsten der Befreiungsbewegung:

- Die ehemals enorme Unterstützung von befreundeten Organisationen und Ländern im südlichen Afrika ist verhindert worden durch die Kriegszüge und Terroraktionen des Apartheid-Regimes, z.B. gegen die MPLA in Angola, die Frelimo in Mocambique, gegen Namibia und die SWAPO, Lesotho.

- Die UDSSR hat ihre Hilfe erheblich reduziert und bedrängt den ANC, sich mit der Nationalen Partei zu verständigen. Das gleiche gilt für die anderen Länder Osteuropas. Von der DDR, die sich mit einigem Aufwand um eine gewisse Wiedergutmachung deutscher Verbrechen im südlichen Afrika bemühte, kommt nun nach der "deutschen Revolution" nichts mehr.

- Das Apartheid-Regime selbst ist militärisch unbesiegbar geworden, nicht zuletzt durch bundesdeutsche Beihilfe, z.B. im atomaren Bereich. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß Modelle anderer Befreiungskämpfe auf Südafrika wahrlich nicht übertragbar sind. Weder geht es wie in den ehemals portugiesisch besetzten Angola und Mocambique um den Kampf gegen die Armee einer geschwächten Kolonialmacht, noch - wie in den mittelamerikanischen Ländern - um den Kampf gegen einige Oligarchen und ihre jeweiligen Armeen. In Südafrika geht es um den Kampf gegen eine immer noch relativ homogene und über die Reichtümer des Landes verfügende Gruppe von fast fünf Millionen einheimischer Weißer.

Bedingt durch den massiven Rückgang der internationalen Solidarität und herausgefordert durch den gleichzeitigen enormen Aufschwung der Massen-Aktionen im Lande selbst hat der ANC keine andere Wahl, als auf die letztere zu setzen. Möglicherweise wird sich dieser Zwang zum Vorteil entwickeln.

Die Probleme kommen noch

Einen historischen Umschwung hat es in Südafrika also tatsächlich gegeben. Zum ersten Mal nach vier Jahrzehnten Apartheid mußte die weiße Regierung Zugeständnisse an die schwarze Bevölkerung machen und gleichzeitig die Befreiungsbewegung als politische Macht im Lande real anerkennen. Andererseits ist ein Ende

des rassistisch strukturierten Kapitalismus überhaupt nicht absehbar. Bei allen Freundlichkeiten und aller Koalitionsbereitschaft gibt es klare Bruchlinien.

Der ANC steht für die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht für alle in Südafrika lebenden Menschen. Keine Gruppe darf wegen ihrer Hautfarbe oder anderer Auffälligkeiten bevor- oder benachteiligt werden. Eben das aber will De Klerk erreichen: zwar Wahlrecht für alle, aber in einem zukünftigen und sogar gemeinsamen Parlament keine Entscheidungen gegen die weiße Minderheit in deren Angelegenheiten. Die Rassisten entdecken den Minderheitenschutz! Da fast alle sinnvollen Entscheidungen in einem neuen Südafrika an die Privilegien der Weißen rühren müßten, bedeutet das de facto ein Vetorecht. Ein Kompromißmodell a la Zimbabwe, in dessen Parlament den Weißen für die ersten 10 Jahre nach der Befreiung etliche Sitze garantiert waren, dürfte für die Mehrheit der schwarzen Menschen in Südafrika kaum akzeptabel sein. In Zimbabwe selbst ist die ökonomische Vorherrschaft der Weißen nur stabiler geworden.

Da ein Kompromiß in dieser Frage wohl kaum durch Diskussionen aufgetan werden kann, bemühen sich beide Lager um die Schwächung des jeweiligen Gegners. Der ANC versucht, nicht zuletzt durch seine Zugeständnisse in der letzten Zeit und die damit verbundenen internationalen diplomatischen Erfolge, Teile der weißen Bevölkerung und insbesondere der Wirtschaft für seine Position zu gewinnen. De Klerk versucht, entgegen anderslautenden Gerüchten nicht als mutiger Einzelner, sondern als Advokat der liberalen Bourgeoisie, Teile der schwarzen Opposition für eine Apartheid-freie, reformierte und funktionierende demokratische Marktwirtschaft zu gewinnen. Unter diesem Aspekt wird man die meisten politischen Aktivitäten der nächsten Zeit verstehen müssen. Allerdings sollte man nie vergessen, daß die Politik gerade in Südafrika nicht nur in Parteizentralen entschieden wird. Jugendorganisationen, Frauenbewegungen, Gewerkschaften und viele andere Gruppen mehr haben im Kampf für ihre Befreiung in den letzten Jahren Erfahrungen gesammelt, die weder durch Terror noch durch Diplomatie und Propaganda auszulöschen sind.

Ulli Kize

4. Nicaragua: Erfolgreicher Massenstreik

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:30

Mit einem Erfolg für den Gewerkschaftsverband Nationale Arbeiterfront (FNT) endete am 12. Juli ein Generalstreik in Nicaragua, der das Land zehn Tage lang vollständig lahmgelegt hatte. Im Verlauf des Generalstreiks kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Chamorro-Regierung, unterstützt von - offiziell entwaffneten - Contras und den Streikenden. Ein Bürgerkrieg drohte, US-amerikanische Streitkräfte liefen sich bereits warm. Anhand der Ereignisse in der Streikwoche läßt sich die verzwickte Lage in Nicaragua recht gut aufzeigen.

Begonnen hatte der Streik am 2. Juli. Seit Amtsantritt der Regierung Chamorro am 25. April hatte sich die Situation der ArbeiterInnen dramatisch verschlechtert: Der Cordoba wurde 25 Mal abgewertet, das Geld verlor 90 Prozent seines Wertes, einen sozialen Ausgleich oder entsprechende Lohnerhöhungen gab es nicht. Die Regierung begann mit der Umsetzung ihres Wirtschaftsprogramms: Privatisierung des öffentlich-staatlichen Sektors, Streichung sämtlicher Subventionen und Reduzierung des Staatshaushalts für den Sozialbereich - ein Programm, das direkt vom IWF stammen könnte. Die von den USA versprochenen 300 Millionen US-Dollar wurden bisher noch nicht ausgezahlt: die US-Regierung macht die Freigabe dieses Betrags von der Umsetzung des Wirtschaftsprogramms abhängig.

Schließlich stellte die Regierung die Bezahlung offener Rechnungen an volkseigene Unternehmen ein. Das führte zu einem "technischen Stillstand", von dem Ende Juni mehr als 3000 ArbeiterInnen betroffen waren, Tendenz: steigend. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich noch weiter erhöhen, wenn die angekündigten Entlassungen im öffentlichen Dienst vorgenommen werden.

Streik gegen die Wirtschaftspolitik der UNO

Der Juli-Streik begann in der Textilindustrie, in der rund 3000 ArbeiterInnen durch die Maßnahmen der Regierung in Zwangsurlaub geschickt wurden. Innerhalb kurzer Zeit schlossen sich die Beschäftigten anderer Wirtschaftsbereiche dem Streik an. Im Gegensatz zu den Streiks im Mai, bei denen es vor allem um Lohnerhöhungen und die Sicherung der Arbeitsplätze ging, legte der FNT, mit 100.000 Mitgliedern größter Gewerkschaftsverband des Landes, jetzt einen Forderungskatalog vor, in dem wesentliche Punkte der Wirtschaftspolitik der Regierung Chamorro in Frage gestellt werden. Neben der Forderung nach einem Mindestlohn von umgerechnet 200 US-Dollar sollten Mitspracherechte bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Weiterfinanzierung der staatlichen Industriebetriebe sowie die Rücknahme des Dekrets 10-90 durchgesetzt werden. Ziel dieses Dekrets war es, die Agrarreform - eine der wichtigsten Errungenschaften der sandinistischen Revolution - rückgängig zu machen, Großgrundbesitzer hätten ihr enteignetes Land zurückfordern können. Die Bauernorganisationen reagierten mit Landbesetzungen, der Streik wurde auf dem Land breit unterstützt.

100.000 Streikende legen das Land lahm

Als die FNT am 2. Juli ihre Forderungen vorlegte, befanden sich in den Städten und auf dem Land mehr als 30.000 ArbeiterInnen im Streik, zwei Tage später waren es bereits 80.000. Die Staatsbetriebe, die Zentralbank, das Finanzwesen, die Mehrheit der Zollbehörden, verschiedene Ministerien und Dutzende von Landwirtschaftsbetrieben wurden durch den Streik lahmgelegt. Auch die Studenten und die Sekundarstufenschüler wehrten sich mit Streik gegen die Streichung der Subventionen für ihre Fahrkosten im öffentlichen Nahverkehr.

Der Stufenplan des Gewerkschaftsverbandes schaffte eine beständig ansteigende Mobilisierung, sämtliche Repressionsandrohungen der Regierung verstärkten dies nur: so wurden acht Gewerkschaftsführer vorläufig festgenommen, allen, die am 9. Juli nicht zur Arbeit erschienen, drohte Arbeitsminister Rosales die sofortige Kündigung an. Am 9. Juli war Managua vollständig blockiert durch Barrikaden, die an allen wichtigen Kreuzungen aufgebaut waren und die Stadt lahmlegten, 100.000 Menschen beteiligten sich am Streik. Überall brannten Autoreifen und die Situation glich mehr und mehr einem "Aufstand". (1) Die FSLN unterstützte den Streik von Beginn an. Der frühere sandinistische Staatspräsident Daniel Ortega versicherte den Streikenden die Solidarität der Partei und appellierte an die Bevölkerung, die Aktionen zu unterstützen. Er betonte aber auch, daß die Frente den Streik nicht anführe. (2)

Gratwanderungen

Die Regierung lehnte Verhandlungen kategorisch ab. Arbeitsminister Rosales nannte den Streik "illegal und nicht existent". (3) Violeta Chamorro rief am 9. Juli das Militär zu Hilfe: "Heute habe ich der Armee befohlen, zusammen mit der Nationalen Polizei sofort vorzugehen, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten," verkündete sie im staatlichen Rundfunk. (4) Mit Spannung wurde erwartet, wie sich das sandinistische Heer (EPS) verhalten würde. Bewaffnete Einheiten räumten am Dienstag die Barrikaden, sahen aber auch zu, wie sie von Streikenden wiederaufgebaut wurden. Es gab keinerlei Berichte über Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Angehörigen der Polizei oder des Militärs. Armeechef Humberto Ortega versicherte, daß es dazu nie kommen werde: Die Armee sei nicht dazu da, um einen Staatsstreich zu verüben, doch werde sie auch nicht auf das Volk schießen. (5) Die FNT und andere am Streik beteiligte Organisationen hatten die strikte Weisung ausgegeben, es zu keinerlei Eskalation kommen zu lassen. Die Regierung Chamorro war mit ihrer harten Linie gescheitert: das Wirtschaftsprogramm war militärisch nicht durchzusetzen, der Streik nur durch Verhandlungen zu beenden.

Contras gegen Streikende

Die Situation auf den Straßen spitzte sich derweil immer mehr zu: Anhänger der Chamorro-Regierung, darunter Contra-Verbände, gingen bewaffnet gegen die Streikenden vor, es gab Auseinandersetzungen, bei denen sechs Menschen getötet und Dutzende verletzt wurden. Rechtsaußen und Vize-Minister Virgilio Godoy warf Armee und Polizei vor, als Ordnungsmacht zu versagen und kündigte die Bildung eines "Komitees zur nationalen Rettung" an, eine von Unternehmern und regierungstreuen Gewerkschaften unterstützte paramilitärische Truppe, die den Streik gewaltsam niederschlagen sollte. Präsidentin Chamorro autorisierte dieser Gruppe allerdings nicht. (6) Der ultrarechte Unternehmerverband COSEP und die mit ihm verbündeten Kreise - die Politiker um Godoy, die Contra, verschiedene Radiosender und die katholische Amtskirche - versuchten, den Konflikt aktiv für sich zu nutzen und die Machtfrage zu stellen. In Verlautbarungen von COSEP wurde die Chamorro-Regierung massiv angegriffen, da diese nicht in der Lage sei, das Land zu regieren und immer noch von den Sandinisten kontrolliert werde. Die Aktivitäten dieser Kreise gipfeln in der Aufforderung an die US-Regierung, durch militärische Intervention den innenpolitischen Konflikt zu beenden. Auch Kardinal Obando y Bravo sprach sich in verschiedenen Radiosendern für eine Intervention aus. Parallel dazu wurden am 12. Juli im kalifornischen Fort ARD Sondereinsatztruppen der US-Streitkräfte in Alarmbereitschaft gesetzt. Fort ARD ist eine der US-Basen, die innerhalb der militärischen Strategie der US-Regierung für Einsätze in Lateinamerika fungieren. Die Truppen, die in Panama einmarschierten, starteten von dieser Basis aus. (7)

Verhandlungslösung

In dieser Situation blieb der Präsidentin nur die Einwilligung in Verhandlungen, wollte sie eine weitere Eskalation und eine drohende Invasion verhindern. Sie stimmte den von der FNT und Frente immer wieder geforderten Verhandlungen zu. Am Morgen des elften Streiktages unterzeichneten die Gewerkschaftsführer und vier Minister der Regierung ein Abkommen, das auf die wesentlichen Forderungen der Streikenden eingeht. Beschlossen wurde eine 43-prozentige Lohnerhöhung für die ArbeiterInnen und Angestellten, Kündigungsschutz und die Rücknahme des Dekrets 10-90.

Dieses Übereinkommen verschärfte den Konflikt innerhalb des Regierungsbündnisses, es wurde gegen den erbitterten Widerstand des Vize Godoy unterzeichnet. Das nicaraguanische Nachrichtenprogramm "sin fronteras" berichtete von einem Komplott gegen die Präsidentin. Demnach soll Godoy zusammen mit dem Ex-Contra-Führer Israel Galeano, der Parlamentspräsidentin und Ex-Contra-Funktionärin Miriam Argüello sowie US-Botschafter Harry Shlaudeman und mit Unterstützung der Kirchenhierarchie sowie des COSEP nach Möglichkeiten suchen, Violeta Chamorro zum Rücktritt zu zwingen, was Godoy verfassungsgemäß zum Präsidenten machen würde. Die sandinistische Tageszeitung "Nuevo Diario" meldete, Shlaudeman habe erst kurz zuvor der 60jährigen Präsidentin vorgeschlagen, in Anbetracht ihres Alters und ihrer angeschlagenen Gesundheit "zurückzutreten, um auszuruhen". (8)

Harry Shlaudeman ist eine schillernde Figur in diesem Komplott. Nach dem Wahlsieg der UNO in Nicaragua übernahm er die Botschaftsgeschäfte in Nicaragua. Von 1969 bis 1973 war er Botschaftsrat in Chile, 1984 bis `86 Sonderbotschafter für Zentralamerika. (9) Harry Shlaudeman ist und bleibt ein Garant für Eskalation in

zukünftigen Auseinandersetzungen. Und diese werden nicht lange auf sich warten lassen, da sich an der zunehmenden Verschlechterung der materiellen Lage der Bevölkerung nichts ändern wird. Der ultrarechte Regierungsflügel um Godoy geht gestärkt aus den Streikauseinandersetzungen hervor. Der Chamorro-Clan verfügt im Gegensatz zu den "Godoyisten" kaum über eine soziale Basis innerhalb des Landes, die USA mit ihrem putscherfahrenen Botschafter unterstützen die Rechten.

A. Westberlin

Spenden für die Nationale Front der Arbeiter und die Massenorganisationen auf das Konto 976 738, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00.

Anmerkungen

1) ides 492, 13.7.1990 2) Süddeutsche Zeitung, 6.7.1990 3) ANN, 11.7.1990 4) Süddeutsche Zeitung, 11.7.1990 5) Berliner Zeitung, 13.7.1990 6) taz, 12.7.1990 7) ides 492, 13.7.1990; taz, 12.7.1990 8) Frankfurter Rundschau, 01.8.1990 9) ANN Nr. 207, 20.6.1990

5. Neue Fronten im arabischen Raum

Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/70.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:70

Unter Führung eines promovierten Juristen annektiert einer der reichsten Staaten der Erde seinen Nachbarn, - nach jahrelangen Anstrengungen, diesen innenpolitisch zu destabilisieren -, auf dessen Gebiet er historisch stets Ansprüche erhoben hatte. Bei der Annexion macht er sich das soziale Gefälle zwischen beiden Staaten sowie nationalistische Stimmungen in der Bevölkerung zunutze. Er handelt dabei im Einklang mit der Verfassung seines Staates und dem Programm seiner Partei, welche die Vereinigung aller Volksangehörigen in einem Staat zum Programm erheben. Um den Anschluß dauerhaft zu besiegeln, wird ein Heer von Beratern und Experten entsandt, die die Lenkung des annektierten Gebietes übernehmen, während pro forma eine abhängige Marionettenregierung eingesetzt wird.

Die Weltöffentlichkeit ist begeistert, der Jurist wird als Mann des Jahrzehnts in die Annalen der Geschichte eingehen.

Unter Führung eines Bauernsohnes annektiert ein mäßig entwickelter Staat seinen Nachbarn - nach jahrelangen Anstrengungen, diesen innenpolitisch zu destabilisieren -, auf dessen Gebiet er historisch stets Ansprüche erhoben hatte. Bei der Annexion macht er sich das soziale Gefälle zwischen beiden Staaten sowie nationalistische Stimmungen in der Bevölkerung zunutze. Er handelt dabei im Einklang mit der Verfassung seines Staates und dem Programm seiner Partei, welche die Vereinigung aller Volksangehörigen in einem Staat zum Programm erheben. Um den Anschluß dauerhaft zu besiegeln, wird ein Heer von Beratern und Experten entsandt, die die Lenkung des annektierten Gebietes übernehmen, während pro forma eine abhängige Marionettenregierung eingesetzt wird.

Die Weltöffentlichkeit heult empört auf und holt unter Führung der Weltpolizei zum gemeinsamen Schlag gegen den "Irren aus der Wüste" aus.

Einige Gedanken zur Kriegsgefahr im Golf

1. Während die Massenmedien der "zivilisierten Welt" die erste Klasse der Weltbevölkerung auf Kriegskurs gegen den "tyrannischen Aggressor" trimmen, der für sein Land ein kleines, aber saftiges Stück vom Ölkuchen abschneiden wollte, spielt der eigentliche Akt der Annexion Kuwaits in der internationalen Diskussion kaum noch eine Rolle: "Oder glaubt noch jemand, daß die USA vier Flugzeugträgerverbände, über zweihundert modernste Kampfflugzeuge, sieben Elite-Divisionen samt modernstem Kriegsmaterial in Bewegung gesetzt haben, bloß um Saudi-Arabien vor einem längst unwahrscheinlich gewordenen Angriff des Irak zu schützen?

Die beiden ursprünglichen Ziele des Wirtschaftsboykotts und der Entsendung amerikanischer Truppen - Schutz Saudi-Arabiens und Wiederherstellung des Status quo ante in Kuwait - sind so weit in den Hintergrund getreten, daß man sie auf der Bildfläche schon fast gar nicht mehr wahrnimmt. Es geht jetzt ganz klar um die politische und wohl auch physische Eliminierung von Saddam Hussein, der mit seinem schamlosen Raubzug gegen Kuwait die ganze prekäre Ordnung in einer für die Industrienationen des Westens lebenswichtigen Weltgegend über den Haufen geworfen hat. Hält sich nämlich Saddam Hussein an der Macht, .. - selbst für den Fall, daß er pro forma aus Kuwait abziehen sollte - ... hätte er de facto die Hegemonie in der arabischen Welt und die Herrschaft über das für den Westen unentbehrliche Öl der arabischen Halbinsel." (Weltwoche 16.8.90)

2. Das ist Klartext. Es geht den USA und mit ihnen dem gesamten Westen darum, ihren Zugriff auf die größten Ölreserven der Welt dauerhaft sicherzustellen und Saddam Hussein als (ungeachtet seiner diktatorischen Innenpolitik) einzigen Vertreter des arabischen Nationalismus, der über - militärische - Machtmittel verfügt und wegen seiner antiamerikanischen Haltung derzeit die Stimmung großer Teile der arabischen Bevölkerung auf seiner Seite hat "physisch zu eliminieren" (s.o.), was man auf Deutsch auch als ermorden bezeichnet.

3. Wie zur Zeit der sogenannten Ölkrise 1973 und zur Zeit des Tankerkriegs im Golf 1987 soll die Bevölkerung der Metropolen durch chauvinistische und rassistische Hetze auf die Kriegsziele des Westens eingestimmt werden. Leitmotiv ist (wieder) die selbstverständliche Voraussetzung, daß die erste Klasse der Weltbevölkerung das alleinige Recht habe, weltweit über Ressourcen und Bodenschätze zu verfügen. Stellvertretend für den arabischen Nationalismus wird Saddam als "Wüstenbauer", "orientalischer Tyrann",

"offensichtlich größenwahnsinnig" etc. bezeichnet. Ein Teil der Presse ist dazu übergegangen, ihn schlichtweg als "den Irren" zu bezeichnen; "Man solle ihn umgehend aus dem Verkehr ziehen und einer Behandlung zuführen", zitiert der "Spiegel" einen "Experten". Das Gefährliche daran ist, daß sich diese Hetze nur stellvertretend gegen Saddam richtet, in ihrer Zielrichtung aber die arabischen Massen, den arabischen Nationalismus sowie letztlich das Recht der Völker, über ihre Ressourcen selbst zu verfügen, treffen soll.

Zur Anheizung der Volksseele wurden sofort nach der irakischen Invasion die Öl- und Benzinpreise erhöht, obwohl sich auch jeder Dumme ausrechnen kann, daß alles, was heute hier aus den Tankern und Zapfsäulen läuft, natürlich Wochen vor den Ereignissen im Golf verladen und bezahlt wurde. (Auf den Wirtschaftsseiten ist nachzulesen, daß für die BRD - dank Ölpreis- und Dollarverfall - der Ölpreis (inflationsbereinigt) auf dem Niveau von vor der "Ölkrise" liegt.)

4. Die Hetze gegen Saddam Hussein und den Irak ist nebenbei ein Lehrstück an politischer Doppelmoral: Bekanntlich haben an der immensen Hochrüstung des Irak fast alle Industrienationen der Welt Milliardensummen verdient. Nach der SU und Frankreich war vor allem die BRD am Geschäft beteiligt, die dem Irak u.a. schlüsselfertige Industrieanlagen zur Giftgasproduktion lieferte.

1980, als westliche Geheimdienste den Irak ermunterten, gegen den Iran "loszuschlagen", und 1987, als der Irak im Golfkrieg immer offener auch politisch und (durch den Flottenaufmarsch im Golf) auch militärisch unterstützt wurde, war das irakische Regime nicht weniger grausam und diktatorisch als heute. Damals jedoch bestätigte das Deutsche Orientinstitut demselben Irak eine "pragmatische" Innenpolitik, die sich nach "den Gesetzen einer Präsidialrepublik" richte; das Parlament habe "an Profil gewonnen"; "weitreichende Reformen wurden in Gang gesetzt" (Jahrbuch Nahost 1987).

5. Auch die nunmehr erfolgten Verhaftungen von sieben im Giftgasgeschäft mit dem Irak verantwortlichen Technikern und Geschäftsleuten lassen kaum Genugtuung aufkommen. Die für die Giftgaslieferungen verantwortlichen Firmen und Scheinfirmen, die sich über dieses Geschäft am Tod von Tausenden Kurden in Halabja und anderen Orten des Irak 1988 mitschuldig gemacht haben, waren den bundesdeutschen Ermittlungsbehörden und Politikern seit Jahren namentlich bekannt. Die Ermittlungsverfahren schleppten sich ihren bürokratischen Gang. Noch im März dieses Jahres erklärte der hessische Verwaltungsgerichtshof die Lieferung der Chemieanlagen an den Irak für Rechtens und erwog sogar, Schadensersatz für die angeklagte Firma Pilot Plant zu verordnen. "Damals" waren ja nur die Tausende Toten des kurdischen Volkes zu beklagen. Jetzt, wo die Bundeswehr möglicherweise gegen den Irak in den Krieg zieht und dadurch auch deutsche Jungs mit der Gefahr des Giftgaskrieg konfrontiert sind, werden die Ermittler (nach drei Jahren) urplötzlich aktiv; zynischer geht's nicht.

6. Die USA hatte einen Großeinsatz im Golf seit gut zehn Jahren geplant und vorbereitet. Der Sturz des Schah 1979 fegte nicht nur den bis dahin für die Region wichtigsten Hilfssheriff der USA hinweg, sondern rief den US-Strategen ins Bewußtsein, wie instabil ihre reaktionären Verbündeten am Golf sein können. Die Besetzung der großen Moschee in Mekka 1980 durch Aufständische warf ein Schlaglicht auf die innenpolitischen Probleme in Saudi-Arabien, dem nach dem Verlust des Iran wichtigsten US-Verbündeten am Golf. So wurde seit 1980 die Schnelle Einsatztruppe RDF aufgebaut. Aus innen- wie außenpolitischen Rücksichten hatten die meisten Staaten der Region (außer Ägypten und dem Oman) den USA bisher jedoch die Einrichtung fester Stützpunkte verweigert. Der irakische Einmarsch in Kuwait schaffte den Amerikanern die erwünschte Gelegenheit, die unsicheren Verbündeten auf Linie zu trimmen und nun selbst für Ordnung zu sorgen.

7. Die Gründe des Irak für den Einmarsch in Kuwait sind vielfältig: Zum einen beruft sich Saddam darauf, Kuwait sei "historisch" zum Irak gehörig. Richtig daran ist, daß das Scheichtum Kuwait während des osmanischen Reiches zur Provinz Basra gehörte, die einen Teil des heutigen Irak bildet. Die Abtrennung wurde seitens der britischen Kolonialisten tatsächlich willkürlich vollzogen. (Gegenüber dieser Argumentation muß sich Saddam natürlich sagen lassen, daß die Aufteilung der kurdischen Provinzen und die Einverleibung eines großen Teils von Kurdistan in den neu gegründeten Irak ein genauso willkürlicher Akt des britischen Kolonialismus war.

Als Kuwait 1961 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, blieb der Grenzverlauf zum Irak ungeklärt. Irak reklamierte vor allem zwei Inseln im Golf. Durch diese Gebietsansprüche hätte Irak seinen "eigenen" Zugang zum Golf und könnte auf den umstrittenen Schatt el-Arab verzichten - wie jetzt im Friedensangebot an Iran

geschehen. Diese Gebietsansprüche gegenüber Kuwait wurden vom Irak auch in der Vergangenheit gestellt; bereits 1958 hatte Saddams Vorgänger Kassem einen militärischen Aufmarsch an der kuwaitischen Grenze veranstaltet, ohne daß es jedoch zum Krieg kam. 1973 und 1976 kam es zu bewaffneten Grenzzwischenfällen.

8. Der Grund für den nunmehr erfolgten Überfall dürfte vor allem ökonomischer und innenpolitischer Natur sein: Obwohl der Irak nach Saudi-Arabien zum zweitgrößten Erdölexporteur des Golfgebiets aufstieg, vermehrten sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren zusehends. Enorme Preissteigerungen, Streichung von Sozialleistungen und Senkung des Lebensstandards führten in Teilen der Bevölkerung zu Unzufriedenheit. Ursachen der ökonomischen Probleme sind zum einen 80 Mrd. US-Dollar Schulden, die acht Jahre Golfkrieg dem Irak (außer 250.000 Toten) einbrachte. Zweiter Grund ist der bis zur OPEC-Konferenz vom Juli anhaltende Ölpreisverfall, der die Einnahmen des Irak gegenüber dem Vorjahr erheblich schmälerte. Nicht zu Unrecht beschuldigte Saddam vor allem Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate, durch Nichteinhaltung der festgelegten Ölfördermengen am Verfall des Ölpreises schuldig zu sein. Kuwait wurde darüber hinaus vorgeworfen, im umstrittenen Grenzgebiet Öl aus den zum Irak gehörigen Rumeilafeldern zu fördern. Als Ausgleich hierfür verlangte der Irak von Kuwait 2,4 Mrd. US- Dollar Schadensersatz.

Durch Druck u.a. auf Kuwait konnte der Irak (im Verbund mit Iran) auf der OPEC-Konferenz Ende Juli eine verbindlichere Festlegung der Quoten und eine Steigerung des Ölpreisses auf 21 US- Dollar (von 18 US-Dollar) durchsetzen.

Nachdem es auf Vermittlung Saudi-Arabiens noch am 1. August zu irakisch-kuwaitischen Verhandlungen gekommen war, brach der Irak die Gespräche plötzlich ab, und besetzte noch in derselben Nacht den Nachbarstaat.

9. Nicht zuletzt dürften innenpolitische Gründe für Saddams Schritt eine Rolle spielen, die sich nicht auf die genannten ökonomischen Probleme beschränken lassen. Während der elfjährigen diktatorischen Herrschaft Saddams wurde systematisch jede Opposition brutal verfolgt und unterdrückt, ein allgegenwärtiger Geheimdienst hoher Effizienz aufgebaut, zahllose Oppositionelle wurden gefoltert, eingesperrt und hingerichtet oder - die Kurden - massenweise ermordet. Im vergangenen Jahr soll es nach unbestätigten Berichten zu Putschversuchen aus den Reihen der Baathpartei bzw. der Armee gekommen sein, die wiederum umfangreiche "Säuberungen" nach sich zogen. Im Januar diesen Jahres soll es in den Sümpfen im Grenzgebiet zu Jordanien, wo mehrere 10.000 Oppositionelle und Kriegsdeserteure interniert sind, zu Massenmorden der irakischen Armee gekommen sein. Ebenfalls Anfang des Jahres erschien (in Europa) ein von Oppositionellen der verschiedenen Spektren unterzeichneter Appell für Demokratie und Menschenrechte im Irak, der zwar nichts über die organisierte Stärke der Opposition im Lande aussagt, aber deutlich macht, daß es zu Bündnissen der kurdischen, demokratischen, linken und schiitischen Oppositionellen gekommen ist. Ein gefährliches Machtpotential dürften die nach dem Golfkrieg demobilisierten Soldaten und Offiziere sein, die sich nach acht Jahren Krieg in die Gesellschaft eingliedern sollten. In eine Gesellschaft, die gar nicht auf Friedenszeiten ausgerichtet ist: In den elf Jahren Alleinherrschaft Saddams wurde acht Jahre Krieg geführt; bei einer Gesamtbevölkerung von nur 16 Mio. Irakern, (einer aktiven Bevölkerung von 4,5 Mio.), zählt das Heer 1 Mio. Mann plus 800.000 Reservisten bzw. Milizen. Die einfachste Art, diese "sinnvoll zu beschäftigen" und dabei politisch und psychologisch an ihren Führer zu binden, ist die Front in Kuwait.

10. Laut "Spiegel" berief sich Saddam auf den angeblichen Hilferuf einer "revolutionären Jugend Kuwaits". Dies ist sicherlich Unsinn. Andererseits kann man davon ausgehen, daß die Mehrheit der Bevölkerung Kuwaits den Verlust ihrer feudalen Herrscherfamilie nicht gerade bedauert. (So hat es außer der 200köpfigen Leibgarde keine Berichte von Widerstandshandlungen gegeben.)

Die Opposition gegen die autoritäre Dynastie des Sabah-Familie, die seit 250 Jahren über Kuwait herrscht, rekrutiert sich vor allem aus der schiitischen Minderheit und der einen Million "Gastarbeitern" aus asiatischen und arabischen Ländern, die 60% der Bevölkerung Kuwaits bilden und sozial wie politisch stark benachteiligt sind. Bereits in den 70er Jahren kam es zu vor allem von Palästinensern getragenen Unruhen, woraufhin das Parlament geschlossen und weitere Rechte eingeschränkt wurden. In den 80er Jahren wurde auch die schiitische Minderheit aktiv. Nach Anschlägen und Untergrundaktivitäten kam es zu Staatsschutzprozessen und Todesurteilen, Vertreibung der Schiiten aus wichtigen Ämtern sowie weiterer Entrechtung und Abschiebung von Ausländern.

Selbst die BRD-Presse kommt nicht umhin zuzugeben, daß die Wiedereinsetzung des autoritären Familienclans auch im Fall eines irakischen Rückzugs kaum zu bewerkstelligen wäre. Saddam hingegen hat die Absetzung der kuwaitischen Herrscher bei den ärmeren Bevölkerungsschichten in den arabischen Staaten weitere Sympathien eingebracht, die dies als "Umverteilung arabischen Reichtums" ansehen. (Kuwait mit nur 700.000 Staatsbürgern verfügt über doppelt so große Erdölreserven wie z.B. Ägypten mit über 50 Mio. Einwohnern.) Der "Spiegel" zitiert den ägyptischen Journalisten Heikal, einen früheren Berater Nassers: "Wenn es Saddam gelingt, sich endgültig in Kuwait festzusetzen, kann er die arme und entwurzelte Bevölkerungsmasse der arabischen Welt auf seine Seite bringen und eine stürmische, revolutionäre Entwicklung herbeiführen, wie sie diese Region bisher noch nicht kannte. Wenn in den Golfstaaten erst mal der Sturm losgeht, wird er alle hinwegfegen."

11. Nach dieser "Umverteilung" verschafft nun die amerikanische Invasion am Golf Saddam verstärkt Gelegenheit, sich als Vorkämpfer der arabischen Sache zu profilieren. In mehreren arabischen Hauptstädten kam es zu Demonstrationen, die sicher in erster Linie gegen die USA gerichtet und nicht ohne weiteres als "Pro Saddam"-Bekundungen zu verstehen sind. Im Falle eines offenen Kriegsausbruchs oder einer längerdauernden US-Präsenz dürfte die Stimmung jedoch noch weiter zugunsten Saddams ausschlagen, der in den vergangenen Monaten bereits durch seine verstärkten Drohungen gegen Israel Sympathien bei den von den USA enttäuschten Palästinensern gewinnen konnte (Abbruch des Dialogs USA-PLO Ende Juni). 80 Prozent der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten erklärten sich mit Saddam solidarisch.

12. Die jetzige Frontstellung am Golf bedeutet einen qualitativ neuen Schritt: Erstmals in der Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg hat ein arabischer Staat offiziell westliche Militärs ins Land gerufen. Noch weitergehend: arabische Staaten - darunter Syrien - beschließen, gemeinsam mit den USA und weiteren westlichen Staaten gegen einen arabischen Nachbarn ins Feld zu ziehen. Die sich nun bildenden Konstellationen scheinen die gesamte Ordnung und die bisherigen Allianzen im arabischen Raum durcheinanderzubringen. Eine wesentliche Rolle hat dabei der Druck der USA auf ihre "befreundeten Regimes" gespielt.

13. Saudi-Arabien ist traditionell einer der engsten Verbündeten der USA, auch wenn die saudische Regierung ihre militärischen Abmachungen mit den Amerikanern aus Angst vor Reaktionen immer wieder versucht, vor der Bevölkerung geheimzuhalten. So wurden den USA in der Vergangenheit offiziell keine Rechte zur Stationierung von Truppen und zum Aufbau von Stützpunkten gestattet. Dennoch hielten sich zeitweilig Tausende von amerikanischen Militärs und Experten im Lande auf. Die militärische Infrastruktur des Landes wurde bereits vor Jahren für die Aufnahme größerer US-Kontingente ausgebaut und ergibt in ihrer Größe für die kleinen saudischen Streitkräfte überhaupt keinen Sinn.

Die innenpolitische Situation Saudi-Arabiens ist derjenigen Kuwaits und der Emirate vergleichbar. Seit der Unabhängigkeit 1932 wird der Staat von der Saudi-Dynastie beherrscht, die die Kabinettssitzungen im wahrsten Sinne des Wortes am Familientisch abhalten können: König Fahd, absoluter Herrscher, oberster Richter und geistliches Oberhaupt in einer Person hat Ministerposten und weitere wichtige Ämter unter Brüdern und Vettern aufgeteilt. Dank westlicher Hilfe verfügt Saudi-Arabien über ein ausgeklügeltes Sicherheitssystem, welches nach den Unruhen 1980 (Besetzung der großen Moschee) aufgebaut wurde. (Dabei konnte die GSG 9 ihre Unterstützung natürlich nicht versagen.)

Neben islamischen Fundamentalisten (Muslimbruderschaft) bilden auch in Saudi-Arabien die wie Arbeitssklaven gehaltenen "Gastarbeiter" aus den ärmeren arabischen Staaten das Konfliktpotential. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung sind Ausländer.

Die Entscheidung des Königs, diesmal dem amerikanischen Druck nachzugeben und US-Truppen im Lande aufmarschieren zu lassen, ist unter erheblichem Druck zustande gekommen: "Eindringlich machten Verteidigungsminister Richard Cheney und General Norman Schwarzkopf, Chef des amerikanischen Central Command, zuständig für alle Operationen am Golf, dem König klar, daß sein Land tödlich bedroht sei." Erst nach Stunden und der Beschwörung eines vermeintlichen Zweifrontenkrieges, den der Irak angeblich vorbereite, "gelang es ihnen schließlich, dem saudischen Herrscher die Zustimmung zur Entsendung amerikanischer Schutztruppen abzuringen. ... Cheney unterrichtete Bush, ein ‚Hilfsgesuch` läge vor." ("Spiegel") Wie bereits 1987 leugnete König Fahd gegenüber der eigenen Bevölkerung auch diesmal, den

US-Truppen die Erlaubnis zum Aufmarsch erteilt zu haben und sprach selbst nach Eintreffen der ersten US-Kontingente im saudischen Radio noch von "einem gemeinsamen Manöver".

Dies mag verdeutlichen, daß der US-Aufmarsch auch hier die Stimmung im Lande nicht zugunsten des Monarchen verändern wird und ein offener Kriegsausbruch die innenpolitischen Widersprüche erheblich zuspitzen könnte. Der Aufmarsch selbst könnte damit die Gründe für eine längerfristige Präsenz schaffen.

Für die muslimische Bevölkerung des gesamten arabischen Raumes dürfte es allein schon eine unerträgliche Provokation darstellen, daß sich seit dem amerikanischen Einmarsch nunmehr die höchsten Heiligtümer des Islam, in Mekka und Medina, unter US-Schutz befinden.

14. Eine entscheidende Rolle im amerikanischen Vorgehen spielt auch Ägypten, das bislang als einziges arabisches Land den Amerikanern direkte Stützpunkte eingeräumt hatte und zudem in hohem Maße finanziell von den USA abhängt. Die Amerikaner zahlen jährlich 1 Mrd. US- Dollar, was in amerikanischen Kreisen als "indirekte Hilfe für Israel" bezeichnet wird, um sich dessen Nachbarn gefügig zu machen. Interessanterweise war es gerade der Irak, über den Ägypten seine nach Camp David 1979 erfolgte Isolation im arabischen Lager aufbrechen konnte, da Kairo während des Golfkriegs für den Irak Partei nahm. So entstand eine Achse Kairo-Bagdad, die Saddam im Konkurrenzkampf mit Syrien auszuspielen versuchte. Noch Anfang des vergangenen Jahres gründeten beide Staaten gemeinsam mit Jordanien und dem Jemen den "arab cooperation council". Im Sommer letzten Jahres kam es zu einer erheblichen Abkühlung der Beziehungen, nachdem mehr als tausend im Irak beschäftigte ägyptische "Gastarbeiter" offensichtlich unter Duldung des Regimes umgebracht wurden. Irakische Banken sperrten zudem die Konten der Ägypter und hielten Überweisungen ins Heimatland zurück. Folge war ein Massenexodus: etwa die Hälfte der zwei Millionen Ägypter im Irak kehrten überstürzt in ihre Heimat zurück.

Während der Zuspitzung der irakisch-kuwaitischen Krise schaltete sich Mubarak als Vermittler ein und versuchte noch tagelang nach der irakischen Invasion zu verhandeln, bis er offenkundig auf Linie gebracht wurde und nun zur "Front gegen den Irak" aufrief. Die Entscheidung des arabischen Sondergipfels in Kairo zur Entsendung multiarabischer Truppen an der Seite der USA wurde wesentlich auf Drängen Mubaraks durchgesetzt, der sich damit zum "unumstrittenen Führer des gemäßigten arabischen Lagers" machte. "Ägyptens Rolle ist unverzichtbar wie schon lange nicht mehr", lobt die "Weltwoche".

Bislang hat Ägypten neben Marokko als einziges Land Truppen nach Saudi- Arabien entsandt. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die innenpolitische Situation im Land entwickelt, falls es tatsächlich zum Einsatz kommt. "Darin liegt die große Gefahr für Mubarak wie für alle gemäßigten Herrscher der Region."

15. Verwirrend scheint es, daß König Hussein von Jordanien, der "älteste, engste und konsequenteste Freund des Westens" (Weltwoche), sich dem amerikanischen Druck am längsten widersetzte und sich bis heute weigert, ein vollständiges Embargo gegen den Irak mitzutragen. Auch auf dem arabischen Gipfel hatte Jordanien, gemeinsam mit dem Sudan und Mauretanien, Vorbehalte gegen die von Ägypten durchgesetzte Resolution erhoben. Eine Beteiligung an der gemeinsamen arabischen Streitmacht lehnt König Hussein strikt ab, "solange die USA und andere nicht-arabische Staaten im Golf präsent sind".

Jordanien ist zum einen wirtschaftlich sehr stark abhängig vom Handel und Transport irakischer Güter. 80% der im Hafen Akaba umgeschlagenen Güter sind von oder für den Irak bestimmt. 10.000 Arbeitsplätze im Hafen und Transport sind hiervon abhängig. Darüber hinaus muß Hussein befürchten, daß die Befolgung der US-Sanktionen zu starken innenpolitischen Unruhen, wenn nicht zu einem Aufstand führen könnte: die Sympathie der Bevölkerung liegt eindeutig bei Saddam. Innerhalb weniger Tage hatten sich bereits 80.000 Freiwillige gemeldet, um auf Seiten des Irak zu kämpfen. Ebenso entscheidend dürfte die Bedrohung Jordaniens durch Israel sein. Nachdem Jordanien jahrzehntelang als das "israelfreundlichste" der arabischen Staaten galt, befürchtet Jordanien heute, daß Israel seine "Lösung" der Palästinafrage - "Jordanien ist Palästina" -, also die Vertreibung der Palästinenser nach Jordanien, durchsetzen könnte. Aufgrund dieser Entwicklungen hat Jordanien sich bereits im vergangenen Jahr um eine stärkere Zusammenarbeit mit Ägypten, Jemen und Irak im "arab cooperation council" bemüht und eine militärische Zusammenarbeit mit dem Irak begonnen.

Es steht die Frage, wie weit der König die aktuelle Entwicklung politisch überleben kann. König Hussein, der in den 70ern auf der Gehaltsliste des CIA stand, "macht heute eine der schwersten Krisen seiner 40jährigen

Herrschaft durch ... massivem Druck von Israel auf der einen Seite ausgesetzt, wirtschaftlich hängt er fast vollständig von Saudi-Arabien und den Golfstatten ab; strategisch von den Amerikanern, und auf Iraks Militärhilfe baut er, sollte es eines Tages zum Krieg mit Israel kommen". (Weltwoche)

16. Die offene Zusammenarbeit mit den USA wird voraussehbar zu einer Verschärfung der innenpolitischen Spannungen führen und - im Falle des offenen Kriegsausbruchs - die Regimes in ernsthafte Schwierigkeiten bringen. Der Einmarsch der USA schafft damit selbst die Gründe für eine längerfristige Präsenz der USA und/oder eine noch stärkere Anbindung dieser Regimes an die USA. So warnt die halbamtliche Kairoer Zeitung "Al Comhuriya": "Die Präsenz ausländischer Truppen in der Golfregion droht eine Explosion heraufzubeschwören. Der kleinste Funke kann schon genügen."

17. Verwirrend erscheint die Entscheidung Syriens, das in der Vergangenheit stets mit dem Irak um die Vormacht als "entschiedenster Verfechter der arabischen Sache" wetteiferte, sich ebenfalls an der gemeinsamen arabischen Front mit den USA zu beteiligen. Erklärbar ist dies aus zweierlei Gründen. Zum einen ist Saddam Hussein aufgrund der Konkurrenz beider Staaten um die Vormacht im arabischen Raum sowie des ideologischen Streits zwischen den beiden Baathparteien der Erzfeind Assads. (Während des Golfkriegs unterstützte Syrien als einziger arabischer Staat den Iran!) Zum zweiten wird das ärmere Syrien, das kaum über eigene Ölvorräte verfügt, seit langer Zeit finanziell von Saudi-Arabien unterstützt und ist von daher gewissermaßen zur Solidarität mit seinem Geldgeber verpflichtet.

Einschränkend muß hinzugefügt werden, daß Assad zunächst keine öffentliche Verurteilung des Irak ausgesprochen hatte und in einer späteren Erklärung Saddam als "verantwortlich für den US-Aufmarsch" bezeichnete. Bisher hat Syrien kein Truppenkontingent nach Saudi-Arabien entsandt, und es bleibt fraglich, ob die Stimmung in der syrischen Bevölkerung einen solchen Schritt Assads zuließe.

18. PLO-Chef Arafat hat sich bislang am deutlichsten hinter Saddam gestellt und für eine friedliche Beilegung des Konflikts eingesetzt. Diese Unterstützung ist erklärlich: Seit 1986 befindet sich ein Teil des Hauptquartiers der PLO in Bagdad. Nach dem Bruch zwischen Syrien und der PLO ist der Irak in den letzten Jahren zum wichtigsten Verbündeten der PLO geworden. Mehr als 400.000 Palästinenser leben im Irak.

Auf dem arabischen Gipfeltreffen in Bagdad im Mai diesen Jahres profilierte sich Saddam mit scharfer antiisraelischer Rhetorik, was ihm starke Sympathie bei der palästinensischen Bevölkerung einbrachte; die größten pro-irakischen Demonstrationen dieser Tage fanden in den von Israel besetzten Gebieten statt.

Zudem treibt auch der harte Kurs Israels und der USA (Abbruch des Dialogs USA-PLO Ende Juni) Arafat dazu, eine harte anti-amerikanische Haltung zu demonstrieren. Dies könnte für die PLO allerdings erhebliche finanzielle Einbußen bedeuten: 2/3 der Beiträge kamen bislang aus den reichen Golfstaaten.

19. Die Türkei, die in den vergangenen Monaten gebangt hatte, die NATO-Verbündeten würden im Zuge der Ost-West- Entspannung ihre strategische Bedeutung vergessen, kann diese nun voll zur Geltung bringen. Auf den US-Basen in der Türkei herrscht hektisches Treiben; in Incirlik, nahe der türkisch-syrischen Grenze, landeten Einheiten der amerikanischen RDF. Brandneue "stealth"- Kampfbomber F117, die feindliche Radarortung unterfliegen können, wurden in Stellung gebracht. Auch die türkische Luftwaffe wird mobilisiert.

Die Umsetzung der Boykottmaßnahmen gegen den Irak, einen ihrer wichtigsten Handelspartner, bedeutet für die Türkei jedoch hohe finanzielle Einbußen: gut die Hälfte des irakischen Ölexports wurde bislang über zwei Pipelines in den türkischen Mittelmeerhafen Yumurtalik gebracht und dort verladen, was der Türkei ein regelmäßiges Deviseneinkommen sicherte. Die Türkei bezog bislang die Hälfte ihrer Erdölimporte aus dem Irak, den sie ihrerseits mit Nahrungsmitteln und Industriegütern versorgte. Obwohl es in den letzten Monaten zu verstärkten Spannungen mit dem Irak gekommen war, nachdem die Türkei diesem das Wasser von Euphrat und Tigris reduzierte, regt sich in der Türkei auch Kritik an der Mobilmachung gegen den Nachbarn. Vor allem fundamentalistische Kreise, aber auch Sozialdemokraten rügen eine abmachungswidrige Nutzung der US-Basen außerhalb des "Nato-Auftrags". Ein Versuch der türkischen Regierung, die zugespitzte Situation zur Lösung innenpolitischer Probleme zu nutzen und kurzerhand das Kriegsrecht zu verhängen, scheiterte vorerst am Widerspruch des Parlaments.

20. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die fortschrittlichen Kräfte in dem Raum ist noch kaum absehbar. Nach den bisher verlauteten Stimmen scheint sich die Mehrheit auf die Wahl zwischen Pest und

Cholera eingelassen zu haben und unterstützt Saddam. Es muß an dieser Stelle noch einmal betont werden, daß Saddams Politik, bei allem antiamerikanischem Getöse, nicht das geringste mit fortschrittlicher, antiimperialistischer Politik gemein hat. Die Baath-Partei, die nachweislich ideologische Anleihen bei den Nazis machte, muß wegen ihrer rassistischen Politik, der Zwangsarabisierung und Vernichtung der kurdischen Bevölkerung, der brutalen Kommunistenverfolgung und absoluten "Gleichschaltung" kompromißlos verurteilt und bekämpft werden. Auch wenn die Unterstützung, die Saddam innerhalb der Bevölkerung zahlreicher arabischer Staaten nun entgegenschlägt, aus den genannten Gründen erklärbar ist, muß diese Konstellation sicher auch als Ausdruck der Schwächung linker Positionen und Erstarken rechter und fundamentalistischer Kräfte gewertet werden.

21. Eine aktuelle Gefahr droht wieder der kurdischen Bevölkerung und der Opposition im Irak. Nach Berichten aus der Türkei wurde bereits die irakische Militärpräsenz in den kurdischen Gebieten verstärkt. Auch das "Freiwerden" von 300.000 bislang an der Front zum Iran eingesetzten Soldaten sowie die absehbare Einigung mit dem Iran geben Anlaß zu Befürchtungen: Zehntausende irakischer Kurden waren in den Iran geflohen und werden nun möglicherweise in den Irak zurückgetrieben.

Gleichzeitig kommen aus dem Irak Berichte über Massenhinrichtungen (angeblich unbotmäßiger Offiziere). Innerhalb der letzten sechs Monate sind allein zwei ausländische Journalisten im Irak hingerichtet worden. Es steht zu befürchten, daß mit steigender Kriegsstimmung und nationaler Ausrichtung eine weitere Eskalation der Repression erfolgt.

22. Es sieht so aus, als ob dies nun der Ernstfall ist, auf den sich die USA in unzähligen Planspielen, Manövern etc. vorbereitet haben: Die amerikanische Presse und Präsident Bush sprechen vom größten US-Militäreinsatz seit dem Vietnamkrieg, bis zu 250.000 Soldaten sollen innerhalb der nächsten Wochen in den Golf und nach Saudi-Arabien verlegt werden. Allein diese Dimension unterstreicht, was US-Verteidigungsminister Cheney gegenüber Saudi-Arabien noch einmal ausdrücklich erklärt: Die USA stellen sich auf eine langfristige Operation ein.

In den USA werden bereits Reservisten eingezogen und private Söldnertruppen mobil gemacht. Unverholen wird mit dem Einsatz chemischer und atomarer Waffen gedroht: "Der demokratische Abgeordnete Robert Tpricelli gab am Wochenende der Meinung vieler seiner Kollegen Ausdruck, daß die US-Regierung klarmachen muß, daß sie einen etwaigen Gebrauch chemischer Waffen von irakischer Seite mit einem Atomangriff gleichsetzen und entsprechend erwidern werde." (dvz)

23. Die Ziele von Bush und Saddam sind - für sich genommen - gar nicht so unähnlich, nur daß sich Bush anschickt, im Golf Krieg zu führen und nicht Saddam in Amerika. Beide möchten eine größere Verfügungsgewalt über die Erdölreserven und größeren Anteil am Ölprofit für sich durchsetzen. Auch Bush versucht über die Mobilmachung einen nationalen Konsens zu erreichen, der von innenpolitischen und ökonomischen Problemen ablenkt. Der Kriegskurs löste in den USA einen "politischen Wettersturz" aus und verschaffte dem US-Präsidenten eine Zustimmung von über 75% der Bevölkerung, wie seit Jahren nicht mehr.

Wie Saddam sich als "arabischer Vorkämpfer" profiliert, um seine Vormacht im arabischen Raum durchzusetzen, dient der Kriegskurs dem imperialistischen Vorkämpfer nicht zuletzt dazu, international zu beweisen, daß auch eine verschuldete und wirtschaftlich angeschlagene USA militärisch noch immer die Nr. 1 ist: "Setzt sich Präsident Bush in diesem Kampf durch, dann hätte er das Gerede vom unaufhaltsamen Niedergang der Weltmacht USA widerlegt", schreibt der "Spiegel" und die FAZ kommentiert "Der Überfall des Irak auf Kuwait hat unabhängig vom weiteren Verlauf die Vorstellungen von einem neuen Kräftegleichgewicht zwischen Europa und Amerika zumindest wieder relativiert. Die Europäer erleben nun wieder, was in den letzten vierzig Jahren die Regel war: die Initiative liegt bei Amerika".

24. Betont werden muß, daß die USA die Situation planmäßig eskaliert und angeheizt haben: Bereits am 25.7., eine Woche vor dem irakischen Einmarsch in Kuwait, begann die US-Kriegsflotte im Golf ein Manöver. Dabei wurde erklärtermaßen kalkuliert, daß "eine demonstrative Flottenübung ... Bagdad gleichzeitig Vorwände zu einer weiteren Verschärfung der Spannung geben könnte". (NZZ, 27.7.)

Am 27. Juli, vermutlich auch als Reaktion darauf, daß der Irak durch Druck auf Kuwait und die Emirate in der OPEC eine schärfere Quotenregelung und Erhöhung der Richtpreise um drei US-Dollar durchsetzen konnte,

beschloß der amerikanische Senat Wirtschaftssanktionen gegen den Irak. Die seit dem Golfkrieg gewährten Kredite für irakische Nahrungsmittelkäufe in den USA wurden gestrichen.

Nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait wurden alle Versuche arabischer Staaten, den Konflikt im "Kreise der Familie" zu lösen, als opportunistisch gebrandmarkt und statt dessen die Verbündeten in der Region von den USA "auf harte Linie" getrimmt. Ein Vermittlungsvorschlag der arabischen Staaten, die US-Truppen in Saudi-Arabien durch panarabische Einheiten zu ersetzen, wurde zurückgewiesen.

Mit gezielten Falschmeldungen, der Irak wolle auch Saudi-Arabien überfallen und habe gar den USA "den heiligen Krieg erklärt" ("Spiegel"!) wurde die Eskalation vorangetrieben, während Vermittlungsangebote des Irak an die amerikanische Adresse (Außenminister Aziz am 15.8.) unterschlagen wurden.

Neben den USA betätigt sich auch Großbritannien als Kriegstreiber und erklärte prompt seine Beteiligung an der Militäraktion. Presseberichten zufolge ist die Stimmung im Königreich "wie zu Falklandzeiten".

25. Erstmalig seit dem zweiten Weltkrieg wird nunmehr ein militärischer Einsatz von Bundeswehrangehörigen praktisch eingeleitet. Bereits 1987 auf dem Höhepunkt des Golfkriegs hatten Einheiten der Bundeswehr amerikanische Verbände im Mittelmeer ersetzt und waren bereits damit zumindest indirekt am Flottenaufmarsch beteiligt. Diesmal wurden die auslaufenden Marinesoldaten gleich vorsorglich mit Giftgasfiltern und Klimaschutz für "Wüstenregionen" ausgerüstet. "Noch lautet der Einsatzbefehl Kreta" spöttelte der Kommentator im ARD-Bericht, "doch es ist allen klar, daß es auch zum direkten Einsatz vor Ort kommen kann." Und Vizeadmiral Braun mochte beim Auslaufen des Minensuchverbands aus Wilhelmshaven die Frage nach dem Ziel der Expedition nicht hundertprozentig beantworten.

Währenddessen streiten sich Wehrexperten von CDU und SPD um juristische Aspekte der für einen Einsatz außerhalb der Nato notwendigen Verfassungsänderung. (Inzwischen haben SPD und FDP "Widerstand" angekündigt, man darf gespannt sein.)

Die FAZ bemängelt, "daß die militärische Unterstützung der Amerikaner durch die Europäer mit Ausnahme von Großbritannien äußerst schwach ist. Das wäre eine Gelegenheit gewesen, das neuerwachte europäische Bewußtsein unter Beweis zu stellen."

Getragen von der Welle neu erwachten Großmachtstolzes möchten auch "patriotische" Teile der Grünen nicht zurückstehen und fordern, sich zu der "Verantwortung der Weltmacht Deutschland" zu bekennen.

26. Die internationale Blockade gegen den Irak und der Truppenaufmarsch sind darüber hinaus eine erste praktische Anwendung des "neuen Denkens" im Weltmaßstab: Nord-Süd statt Ost-West. Erstmalig seit 22 Jahren verhängte der Sicherheitsrat der UNO ohne Gegenstimme ein totales Embargo. "Wichtiger noch", triumphiert der Spiegel, "zum ersten Mal seit 1945 verhielten sich Moskau und Washington wie Verbündete im Kampf gegen die Unvernunft."

Dabei ist offenkundig, daß in den vergangenen 25 Jahren allein von den USA zig kriegerische Akte weit größeren Ausmaßes verübt wurden, als es die irakische Invasion in Kuwait darstellt, das "Verbrecherische" des irakischen Handelns besteht darin, daß es die Verfügung über die Ölressourcen bedroht.

Trotz Kritik am militärischen Alleingang der USA und Bemühens um eine friedliche Beilegung des Konflikts, hat die UdSSR mittlererweile "sowjetische militärische Maßnahmen auf kollektiver Basis" nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Für die internationale Entwicklung, insbesondere die Bedingungen der Befreiungsbewegungen und Staaten der Dritten Welt sind in diesem Zusammenhang Tendenzen bedrohlich, die UNO zu einem Weltordnungsinstrument der Reichen auszubauen.

27. Für uns als Linke ist es ein beschämendes Zeugnis, daß es bisher nicht gelang, ja nicht einmal versucht wurde, den imperialistisch-chauvinistischen Konsens zu durchbrechen und gegen den Nato-Aufmarsch, vor allem den offen diskutierten Bundeswehreinsatz, Front zu machen. Nicht einmal das Auslaufen der Bundesmarine aus Bremerhaven und Kiel wurde von Protesten begleitet. Als Datum für Protestaktionen bietet sich der 1. September an, es ist auch jedes andere recht.

6. "Atomare Teilhabe oder Atomwaffenverzicht?" Hearing "BRD und Atomwaffen" am 15./16.9.90 in Bonn

Hearing zum Thema "BRD und Atomwaffen" am 15./16.9.1990 in Bonn

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Atomwaffenverzichtskampagne · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:25

BRD - Atomwaffen-Exportland Nr. 1

Als in der zuständigen Kommission der UNO und im Auswärtigen Amt die Vorbereitungen für die nach 1975, 1980 und 1985 vierte Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag vom 20. August bis 14. September 1990 in Genf getroffen wurden, konnte niemand damit rechnen, daß diese Konferenz mitten in die heiße Zeit des Wiedervereinigungs-Wahlkampfes fallen würde. Aber auch ohne dies hätte die Überprüfungskonferenz genug Gesprächsstoff geboten: Im Januar 1988, als in Hanau die Atomfässer überliefen, mußte der hessische Ministerpräsident Wallmann auf eine Frage von Joschka Fischer einräumen, er könne nicht ausschließen, daß mit den Atomexporten der Atomwaffensperrvertrag verletzt worden sei. Der daraufhin eingesetzte Hanau-Untersuchungsausschuß (ein Grüner Abschlußbericht wird gerade fertiggestellt) förderte eine solche Menge halb- bzw. illegaler Atom(export)geschäfte zutage, daß die BRD international zum Proliferationsland Nr. 1 avancierte (Proliferation = Weiterverbreitung). So wird der BRD in einer erst kürzlich veröffentlichten Studie der Washingtoner Carnegie-Friedensstiftung vorgeworfen, daß durch ihre Exporte Länder wie Pakistan, Indien, Argentinien und Brasilien eigene Atomwaffen entwickeln konnten. Diese internationale Atomwaffen-Kooperation verhalf der BRD zu einem umfangreichen Know, wodurch die Deutschen in puncto Atomwaffen-Technologie zu einer führenden Macht geworden sind.

... und der atomare Status eines wiedervereinigten Deutschlands?

Die aktuellen politischen Entwicklungen (Wiedervereinigung; sicherheitspolitische Neuordnung Europas) stellen die Frage des Verhältnisses zu den Atomwaffen zusätzlich von einer anderen Seite: Welchen "atomaren Status" wird ein wiedervereinigtes Deutschland in Zukunft haben? Zwar hat Kohl bei seinem aktuell vollzogenen Durchmarsch zur Wiedervereinigung vor allem die ökonomische Macht der BRD im Rücken. Doch in der Vergangenheit gab es stets ein Jammern, daß der "ökonomische Riese" BRD nur ein "atomarer Zwerg" sei, und von der Vorstellung, daß Deutschlands Weltmacht zumindest durch die Mitverfügung über Atomwaffen untermauert werden müsse, hat sich die offizielle Sicherheitspolitik bis heute nie verabschiedet. In der Vergangenheit mußte die BRD der Weltkriegsvergangenheit mit den widerstrebend abgegebenen - und unzulänglichen - Atomwaffenverzichten von 1954 (NATO-Beitritt) und 1974/5 (Ratifikation des Atomwaffensperrvertrages) Tribut zollen. Außerdem nutzte die BRD die Atomwaffen-Drohung des NATO-Partners USA schon seit Jahrzehnten für druckvolle Weltmachtpolitik.

Inzwischen haben Kohl und Genscher durch ihre machtvolles Auftreten im Laufe des letzten Jahres die Schatten der deutschen Kriegsvergangenheit hinter sich gelassen - der SPIEGEL titelte (30/90): "Der Krieg ist zu Ende.

" Gleichzeitig hat die NATO auf ihrer Frühjahrstagung 1990 den Atomwaffeneinsatz ganz weit nach hinten geschoben - eine Situation ähnlich derer, die Helmut Schmidt 1977 veranlaßt hatte, die Stationierung der "Ankopplungswaffen" Pershing II und Cruise Missiles zu fordern. Nach herrschender sicherheitspolitischer Logik ist somit wieder "Gefahr im Verzug", nach neuen Möglichkeiten atomarer Mitverfügung im europäischen Rahmen wird daher Ausschau gehalten.

Auch 1990: Zweifel an der "Atomwaffen-Unschuld" der BRD sind angebracht

Im Herbst werden zwei Gesetze in 2. Lesung ins Parlament kommen, in deren Zusammenhang Zweifel an der "Atomwaffen-Unschuld aufkommen lassen: Zum Grünen Gesetzentwurf "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" haben die Regierungsparteien ihre Ablehnung erklärt. Die SPD hat zwar auf ihrem Programmparteitag im Dezember 1989 beschlossen: "Der Verzicht auf ABC-Waffen soll verfassungsrechtlich abgesichert werden." Realität ist aber noch ihr Gegenantrag zur Grünen Grundgesetz-Initiative, in dem eine verfassungsrechtliche

Verankerung nicht vorgesehen ist. Bei dem zweiten Gesetz, dem Ratifikationsgesetz der Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention zum Kriegsvölkerrecht von 1949, hat die Bundesregierung einen Zusatz eingebaut, der besagt, daß die völkerrechtliche Ächtung des Waffeneinsatzes nicht für den Atomwaffeneinsatz gelten soll. Frage: Warum hält sich die BRD völkerrechtlich die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes offen? Weitere Fakten, die Zweifel aufkommen lassen, ist die geplante Beteiligung der BRD-Luftwaffe an dem Jäger-Geschwader, welche mit atomaren Abstandswaffen (TASM) ausgerüstet werden sollen. Auch der jüngste Vorstoß von Kohl und Mitterand zur Bildung einer "Europäischen Politischen Union" analog zur Wirtschafts- und Währungsunion wirft Fragen auf, denn der Atomwaffensperrvertrag sieht vor, daß eine solche Union mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik den Status eines seiner Mitgliedsstaaten, also z.B. den atomaren Status Frankreichs übernehmen kann, der dann auch für ein wiedervereinigtes Deutschland gälte.

Diese kurz angerissenen Problembereiche sollen auf der Wochenendveranstaltung am 15./16. September in Bonn diskutiert werden. Dabei wird es auch um friedenspolitische Konsequenzen gehen: Ist ein wiedervereinigtes Deutschland bereit, einen umfassenden Verzicht auf Atom- und andere Massenvernichtungswaffen in der Verfassung festzuschreiben? In Diskussion mit VertreterInnen aller Parteien soll sich dann auch zeigen, wie glaubwürdig der von Kohl gegenüber Gorbatschow erklärte ABC-Waffen-Verzicht (Punkt 8 der Gemeinsamen Erklärung) und die Programmaussage der SPD vom Dezember-Parteitag 1989 ist.

Als Teilnehmer haben u.a. der Autor der Carnegie-Studie, Leonhard Spector, der Staatssekretär im DDR-Außenministerium, Dohmke, die SPD-MdB Catenhusen und Scheer, Andreas Zumach, Mycle Schneider, Ottfried Nassauer zugesagt.

Anmeldungen und weitere Informationen: Büro Tay Eich, Die Grünen im Bundestag, Bundeshaus HT 213, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/169145/6

7. Kein Frieden um Kaliningrad

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:36

"Eine der ältesten Verallgemeinerungen über die internationale Politik schreibt den Ausbruch von Kriegen Veränderungen im Kräfteverhältnis unter den führenden Nationen zu."

"Einige Politikwissenschaftler, die solche Theorien auf moderne Zeiten anwenden, glauben, daß 'eine Periode zunehmender Kriegshandlungen um 2000 bis 2030 erwartet werden könnte'." (Joseph S. Nye, Professor für internationale Studien an der Harvard Universität)

Während nach einhelligem Verständnis in Bildzeitung, Spiegel und TAZ, Hitler den Blitzkrieg im Nahen Osten führt, geht von deutschem Boden nur mehr die DM aus, in ihrem Gefolge Freiheit und Demokratie. So auch, wenn der Stern am 9. August 90 von der "Republik Königsberg" berichtet: "Der Freiheitsdrang baltischer Länder greift auch auf Nord-Ostpreußen über", spricht die Propaganda, und es wird von der neuerlichen Sitte berichtet, nach dem Hochzeitsfest von der Kirche zu dem Mahnmal zu pilgern, das den gegen Kriegsende gefallenen deutschen Soldaten gewidmet ist. Oder da gibt es den Maler, der dem ehemaligen sowjetischen Staatschef Breschnew eine Hitlerfrisur verpaßte, weil der in den 60er Jahren die Mauern des Schlosses "mit dem eckigen Turm jener Kirche, in der die preußischen Könige gekrönt wurden", niederreißen ließ. Der Chefredakteur einer Jugendzeitung wird mit den Worten zitiert: "Die Stadt hieß Königsberg, und sie wird wieder so heißen. Wenn wir wirklich die Herren dieses Landes sein wollen, dann müssen wir auch sein kulturelles und geschichtliches Erbe antreten". Viele Tausende Rußlanddeutsche würden schon darauf warten, sich "als Landwirte zwischen Memel und Masuren niederzulassen". Was fällt Armin Guhl eine Woche darauf in der Zeit nach seiner Reise in "die einst blühende ostpreußische Metropole" ein? -: "wenig erinnert daran, daß hier einmal eine Kornkammer Deutschlands war". Und welches Gefühl muß die verjagten Ostpreußen und zwangsweise alle Deutschen bei diesem Anblick befallen -: sie "sind schockiert. Königsberg, die alte Residenz preußischer Herzöge, die Stadt der Ostmesse und des deutschen Ritterordens, existiert nicht mehr". Der Schlußsatz müßte eigentlich mit einem Aber beginnen: "In ihnen wird Königsberg immer weiterleben".

Die traditionellen territorialen Begehrlichkeiten Deutschlands erhielten mit dem sukzessiven Rückzug der sowjetischen Streitkräfte seit Mitte der 80er Jahre eine realpolitische Dimension. Gleichzeitig hat der Aufstieg der europäischen Imperialismen zu einer Veränderung der internationalen Machtkonstellation geführt, die insbesondere dem deutschen einen deutlichen Zuwachs an außenpolitischem Spielraum einbrachte - die internationalen Ereignisse seit Ende 1989 zeugen davon. Dennoch bildet gegenwärtig etwa die polnische Westgrenze eine Schranke, deren Überschreitung einen Krieg auslösen müßte und Helmut Kohl selbst zollte diesem Tatbestand Rechnung, als er die Anerkennung dieser Schranke damit begründete, die Wiedervereinigung nicht gefährden zu wollen. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen sind jedoch erheblich unkonstant. Überdeutlich ist die Tatsache, daß die Propaganda von dem Freiheit, Demokratie und Wohlstand bringenden Kapitalismus zwar schon im Zuge der Annexion der DDR Lack läßt, weiter östlich aber frontal mit der Wahrheit kollidiert. So resumiert selbst das 19. NATO-Wirtschaftskolloquium die Einschätzung: "In allen Ländern Mittel- und Osteuropas ist ein wirtschaftlicher Niedergang festzustellen und sie versuchen, sich dieser im Gefolge politischer Umwälzungen und der nachteiligen Auswirkungen der Veränderung ihrer Wirtschaftssysteme eingetretenen Verschlechterungen entgegenzustemmen. Im wesentlichen läuft dies darauf hinaus, daß sie sich selbst einen Schock versetzen müssen". Laut Berichterstatter wurde auf dem Kolloquium ein "Bild der krisenhaften Zuspitzung der sowjetischen Wirtschaftslage" gezeichnet, die zu einer "schlimmen Rezession und politischer Instabilität" führen könne. In der August-Ausgabe der Moskow News hatten sowjetische Wissenschaftler für die Sowjetunion eine 25 Millionen Menschen erfassende Fluchtbewegung prognostiziert. Der Außenminister Italiens schlußfolgert im NATO-Brief daraus, die Situation erfordere "ein Eingreifen von unserer Seite". Seiner Einschätzung nach, könne man aus der gegenwärtigen Entwicklung nicht nur Gutes erwarten, sondern die bevorstehenden Konflikte könnten auch eine nationale "Fragmentation zur Folge haben, was eine Katastrophe für alle bedeuten würde". Diese Tendenz würde besonders deutlich "in dem Teil Europas, der sich schon immer in einer Art Schwebezustand zwischen der slavischen und der germanischen Welt befunden hat". Die zunehmende Ungewißheit der gegenwärtigen Situation führt er nicht nur auf die Folgen der innenpolitischen Probleme der Sowjetunion zurück, sondern sie sei auch Folge "des zunehmenden Tempos des deutschen Vereinigungsprozesses, der angesichts seiner zahlreichen innen-und

außenpolitischen Auswirkungen fortwährend neue Überraschungen" böte. Die damit berechtigte "Furcht vor der Zerschlagung, die Angst vor dem Chaos zwischen der Elbe und dem Ural" könne nur mit verstärkten Integrationsbestrebungen gebannt werden.

In Deutschland angestellte Analysen gehen lieber gleich schon von dem Eventualfall aus, daß die Integration auf diplomatischen Schienen scheitert. Als Weltmacht muß man sich mehr den Problemen der globalen Machtrelationen, dem Abstecken von Einflußzonen und - für den Fall von Schwierigkeiten - deren militärischen Absicherungen widmen. In der Folge 10 des Europa Archiv stellt Th. Enders (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, früher Konrad Adenauer Stiftung) folgende Überlegungen an: Es könnte sein, "daß eine neostalinistische oder großrussisch-orthodoxe Führung im Kreml versuchen könnte, die unbotmäßigen Vorfeldstaaten wieder unter die sowjetische Knute zu zwingen", daraus könne "leicht ein Weltkrieg entstehen". Dieses von ihm selbst als eher unwahrscheinlich bezeichnete Szenario - es stellt die militärischen Gegebenheiten in Osteuropa tatsächlich zu offensichtlich auf den Kopf -, verdeutlicht dennoch sehr gut die grundsätzliche Verschiebung der Machtverhältnisse in dieser Region: Nachdem die Sowjetunion dadurch, daß sie die Deutschen bis an die Elbe zurückgeschlagen und dort für Jahrzehnte gestoppt hatte, das Gebiet der Warschauer Vertrags Organisation als einen gewissen militärischen Schutz gegenüber einem neuen deutschen Überfall begreifen konnte, bilden heute "die postkommunistischen Staaten Ostmitteleuropas für den Westen eine Art Pufferzone gegenüber der Sowjetunion". Soll heißen: Wenn heute jemand in dieser Region militärisch interveniert, wird der Westen zur Stelle sein. Eine weitere "Gefahr für den Frieden in Europa" erblickt Th. Enders auch in der Möglichkeit eines "Überschwappens der Nationalitätenkonflikte in der UDSSR auf die osteuropäischen Nachbarländer". Der eine oder andere osteuropäische Staat könnte dann versucht sein, "Sezessionsbestrebungen von Angehörigen der eigenen Nation in den Randbezirken des sowjetischen Imperiums indirekt oder gar direkt militärisch zu unterstützen oder die Rückgabe früheren Staatsgebietes zu verlangen". Denn Rumänien und Polen hätten nicht vergessen, daß die Sowjetunion "sich in Absprache mit Hitler-Deutschland während des Zweiten Weltkrieges erhebliche Teile ihres früheren Staatsterritoriums aneignete". Möglicher Kriegsauslöser seien auch "Pogrome und Bürgerkriegszustände zwischen Schwarzem Meer und Kaspischem Meer und im Grenzgebiet zu Türkei und Iran". Auch wenn sich Auseinandersetzungen ohne die Beteiligung der Sowjetunion auf die Staaten Ost- und Südosteuropas beschränkten; "allein schon aufgrund der räumlichen Nähe" seien deutsche Interessen belangt. Und wenn Kapitalismus und DM die wirtschaftliche Krise im Hinterhof der deutschen Kolonialmacht ins unermeßliche gesteigert haben werden, soll sich der Kreis schließen, dann nämlich, wenn die von Deutschland diktierten Bedingungen zu "gewaltigen Flüchtlingsströmen in den Westen führen".

Wenngleich die Bundesrepublik Deutschland dann nicht mehr wie früher gegen den schon erledigten Bolschewismus "Frontstaat sein wird, im Hinblick auf mögliche Flüchtlingsbewegungen aus dem Osten (und dem Süden?) wird sie es weiterhin bleiben".

tho

8. Das Ende der Solidarnosc

Rubrik: Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:08

Ein Jahr nach den ersten Wahlen in Polen hat sich der politische und parlamentarische Arm der Gewerkschaft Solidarnosc, das Bürgerkomitee Solidarnosc, in zwei Flügel gespalten.

Der eine eher rechts-nationale Flügel um Lech Walesa formierte sich in der "Zentrumsallianz". Er plädiert für eine vorzeitige Ablösung des amtierenden Präsidenten Jaruzelski durch Walesa, eine Forcierung der monetaristischen Austerity-Politik und eine drastische Säuberung der Staats- und Verwaltungsapparate von ehemaligen Funktionären der PVAP. Die bekannten Intellektuellen der Solidarnosc um Adam Michnik, Geremek, Kuron, Bujak, Wujek, Frasyniuk und den Regisseur Andrzej Wajda gründeten Ende Juli die Partei "Bürgerbewegung - Demokratische Aktion" (ROAD). Sie kritisieren scharf den "Despotismus" und autoritären Führungsstil Walesas und unterstützen das "gemäßigt" monetaristische Programm der amtierenden Regierung Mazowiecki. Damit holt Polen das nach, was es in anderen osteuropäischen Staaten bereits gibt, nämlich die Etablierung eines pluralistischen Parteiensystems.

Die Krise in Polen ...

Das polnische System durchläuft eine tiefe Krise. Mit dem monetaristischen Programm konnte zwar die Inflationsrate heruntergefahren werden, dafür aber stieg die Arbeitslosigkeit in Polen an und die Arbeiter mußten Reallohnsenkungen von 30% in Kauf nehmen. Der Subventionsabbau führte zu drastischen Einschnitten ins soziale Netz und traf insbesondere die Bauern, die nunmehr keine staatlich garantierten Abnahmepreise mehr erhalten. Es kam bereits zu zahlreichen Streiks der Bauern und der Arbeiter, insbesondere in den Kohlerevieren.

Die erhofften ausländischen Direktinvestitionen und Joint Ventures blieben jedoch weitgehend aus, wofür die westlichen Banken die stockenden Wirtschaftsreformen in Polen verantwortlich machen. Die Umwandlung der Betriebe in Aktiengesellschaften und GmbHs geht nur langsam vonstatten, häufig sitzen die alten Betriebsdirektoren und Leiter der inzwischen sozialdemokratisch transformierten PVAP in den Vorständen dieser Gesellschaften. Polen, einst Vorreiter der Umwälzungen in den einst realsozialistischen Ländern, droht hinter die CSFR, Ungarn und die DDR zurückzufallen.

... und die Angriffe Walesas

Diese Entwicklung mag den Gewerkschaftsführer der Solidarnosc, Lech Walesa, veranlaßt haben, eine offene Polarisierung in den Reihen der Bürgerkomitees zu betreiben. Anfang Juni setzte er per Brief den Sekretär der Bürgerkomitees, Wujek, ab und entzog dem Chefredakteur der Solidarnosc-Wochenzeitung "Gazeta Wyborcza", Adam Michnik, das Vertrauen. Er wollte der "Gazeta" verbieten, das Solidarnosc-Emblem zu verwenden. Damit hatte Walesa allerdings keinen Erfolg, denn längst ist die "Gazeta" eine GmbH und somit kein Eigentum der Gewerkschaft mehr, sondern gehört der Gruppe um Michnik, dem Fraktionsvorsitzenden des Bürgerkomitees im Sejm, Geremek, Andrzej Wajda, Zbigniew Bujak und dem Wohnungsbauminister Paszynski.

In der gleichen Zeit gründete der Chefradakteur der Wochenzeitung "Tygodnik Solidarnosc", Kaczinsky, ein "Verständigungszentrum" und forderte öffentlich vorgezogene Präsidentschaftswahlen und die Ablösung Jaruzelskis durch Walesa. Kaczinsky warf der amtierenden Regierung vor, die Reformen in Polen zu verschleppen und zu verzögern.

In der öffentlichen Auseinandersetzung konterte die "Gazeta Wyborcza", Polen brauche mehr Demokratie und keinen über der Regierung stehenden Präsidenten; man stehe zur Politik Mazowieckis und wende sich gegen die Versuche Walesas, die Linken in den Bürgerkomitees auszuschalten.

Mitte Juni kam es zu einem Treffen der regionalen Bürgerkomitees in Warschau. Walesa sieht in diesen Bürgerkomitees entscheidende Hindernisse für die Herausbildung eines Parteienpluralismus westlicher Prägung und polemisiert dagegen, daß sich die Bürgerkomitees mehrheitlich als bloße Stütze der Mazowiecki-Regierung verstehen. Er wolle den "Krieg auf höchster Ebene" gegen Geremek und Mazowiecki, um "wieder Ordnung herzustellen". Walesa mußte allerdings eine Niederlage hinnehmen, da die Delegierten

der Bürgerkomitees die Absetzung des Sekretärs Wujek annullierten und auch Bujak in seiner Funktion bestätigten.

Anschließend warf er in einem längeren Interview in der "Gazeta Wyborcza" seinen ehemaligen Solidarnosc-Freunden Geremek, Michnik, Wujek und Bujak "Treulosigkeit" vor und kritisierte die "neue Einheitsfront", gegen die er "Sturm laufen" wolle. Polen brauche "einen Präsidenten mit Axt", der hart durchgreifen müsse.

Am 24.6.90 erklärten 63 führende Solidarnosc-Mitglieder, darunter Geremek, Michnik, Wujek, Bujak, Wajda, Frasyniuk usw. ihren Austritt aus den Bürgerkomitees und deren Auflösung. Die beiden Flügel jedoch verschoben ihren endgültigen Bruch um vier Wochen "Bedenkzeit" auf Antrag Walesas. Auf dem Treffen der regionalen Bürgerkomitees konzentrierten sich die Auseinandersetzungen um die vorgezogenen Wahlen, um die sofortige Entlassung der noch amtierenden ex-realsozialistischen Minister und die Säuberung der Staatsapparate. Demgegenüber forderten Michnik u.a. die Einhaltung des Wahltermins 1991, die Erarbeitung einer neuen Verfassung und lehnten eine Beschleunigung der Reformen ab, da dies die politische Destabisierung des Landes provozieren würde. Außerdem wurde sehr heftige Kritik am autoritären Führungsstil Walesas laut, der von seinen Gegnern nur noch mit "Herr Vorsitzender" angeredet wurde.

Anfang Juli lehnten die regionalen Bürgerkomitees auf einem weiteren Krisentreffen das Vorhaben der "Linken" ab, die örtlichen Bürgerkomitees zu einer landesweiten, verbindlichen Organisation zu formieren, denn dies hätte faktisch die Formierung einer neuen Partei, basierend auf eben diesen regionalen Komitees, bedeutet.

Walesa hatte in dieser Frage knapp gesiegt, mußte andererseits jedoch in einer Erklärung der Komitees hinnehmen, die Politik der Mazowiecki-Regierung zu unterstützen, allerdings unter der Bedingung, die "Beseitigung der Folgen des kommunistischen Systems" zu beschleunigen.

Mazowiecki versuchte, die tiefe Kluft zwischen den beiden Flügeln im Bürgerkomitee zu verhindern. Er feuerte die drei ehemaligen PVAP-Minister Kiszcak (Inneres), Siwicki (Verteidigung) und Wieladek (Verkehr) und sprach sich in einer Regierungserklärung für vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen aus. Auf der anderen Seite nahm er einige Sparmaßnahmen insbesondere gegenüber den Bauern wieder zurück.

Ende Juli schließlich kam es zum endgültigen Bruch. Die "Linken" konnten sich nach wie vor nicht durchsetzen, die regionalen Bürgerkomitees in Basisorganisationen einer künftigen Regierungspartei umzuwandeln, andererseits lehnten die Komitees die Unterstützung einer Präsidentschaftskandidatur Walesas mit 50:39 Stimmen ab.

Nun gründeten etwa 700 bekannte Personen die "Bürgerbewegung - Demokratische Aktion" (ROAD), darunter auch die 63 bekannteren Führungspersonen der Bürgerkomitees, die bereits Ende Juni mit ihrem Austritt drohten. ROAD will sich im Oktober ein Programm geben, versteht sich als "Bewegungspartei" und stützt voll die Regierungspolitik Mazowieckis. ROAD besitzt die Basis vor allem unter den Intellektuellen, Anhängern der katholischen Soziallehre, unter den Parlamentariern im Sejm und in Teilen der Bürgerkomitees. Das Prädikat "links" ist nur in Relation zur rechts-nationalen "Zentrumsallianz" (PC) Walesas zu verstehen, denn ROAD unterstützt voll und ganz das monetaristische Austerity-Programm der Regierung.

Parallel zur Gründung der ROAD starteten 34 Sejm-Abgeordnete eine Unterschriftensammlung mit der Forderung nach einem sofortigen Rücktritt General Jaruzelskis. Walesa und die "Zentrumsallianz" kontaktierten bereits die konservative "Demokratische Partei" sowie die "Polnische Bauernpartei", um ein rechtskonservatives Bündnis zu schmieden. Die "Zentrumsallianz" profitiert in erster Linie von der nach wie vor hohen Autorität Walesas und seinem Einfluß auf die Gewerkschaft Solidarnosc.

Die größte Differenz zwischen beiden Gruppierungen besteht in den Lösungsmodellen für die künftige Entwicklung in Polen. Walesa setzt auf die autoritäre Lösung, um die eingeleitete wirtschaftspolitische Schocktherapie noch zu forcieren, während die Gruppierung um Adam Michnik und Professor Geremek nicht nur die autoritäre Lösung ablehnt, sondern im Verlaufe der monetaristischen Therapie auch zu geringeren Dosierungen bereit ist, falls es zu größeren sozialen Auseinandersetzungen kommen sollte. Die politische Formation der Bürgerkomitees, in denen sich fast die gesamte Opposition gegen das alte Regime gesammelt hatte, entsprang der spezifischen ge- sellschaftlichen Transformation in Polen. Die Wahlen vor gut einem Jahr

waren nicht ganz frei, sondern am runden Tisch ausgehandelt, wobei der damaligen PVAP 35% der Sitze zugestanden wurden, während sie bei den Wahlen nicht einmal 5% erzielten. Die PVAP hat sich längst in eine sozialdemokratische Partei mit marginalem gesellschaftlichen Einfluß gewendet, während die Bürgerkomitees im wesentlichen die eigene Regierung und ihre Maßnahmen unterstützen.

Faktisch existierte in Polen eine Art Einparteiensystem in Gestalt der Bürgerkomitees, die sich einig waren im Widerstand gegen das alte System. Diese gemeinsame Klammer löst sich jetzt auf in die national-konservativen Hardliner um Walesa einerseits und die eher sozialdemokratischen Kräften um Adam Michnik.

Offen ist dabei, wer als Sieger hervorgehen wird. Nicht nur Walesa, auch die derzeitige Regierung Mazowiecki genießt in der Bevölkerung eine relativ hohe Popularität.

D./Westberlin

9. BRD verweigert Entschädigung der polnischen NS-Opfer

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Osteuropa, Osteuropapolitik; Geschichte des Faschismus; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:21

Polen hatte, neben der Sowjetunion und dem jüdischen Volk, am schwersten unter dem Faschismus zu leiden. 6 Millionen Polen (ein Fünftel der damaligen Bevölkerung) wurden zwischen 1939 und 45 ermordet oder kamen um.

Der polnische "Verband der Geschädigten des Dritten Reiches" legte Anfang dieses Jahres eine Studie vor, in der 13.315.000 Opfer des deutschen Faschismus aufgeführt sind, die Ansprüche erheben könnten. Zu ihrer Entschädigung schlägt der Verband die Zahlung von 537 Milliarden Mark vor. Die Studie unterteilt die Nazi-Opfer in neun Kategorien. Die auf mehr als 3,5 Millionen Menschen bezifferte größte Gruppe stellen Witwen und Erben der in Vernichtungslagern umgekommenen oder hingerichteten Polen. Für sie fordert der Verband Entschädigungsleistungen von je 40.000 DM. Die zweitgrößte Gruppe bilden 2.841.000 ins Deutsche Reich deportierte Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, für die Entschädigungen von je 36.000 DM für sie oder ihre Hinterbliebenen gefordert werden. (1) Der größte Teil dieser Zwangsarbeiter war Opfer regelrechter Menschenjagden im sogenannten "Generalgouvernement" geworden. (2) Die deutschen Besatzungskräfte umstellten Dörfer und Wälder, um diese zu durchsuchen. Leuten, die sich verbargen, wurde das Vieh konfisziert oder es wurden Familienmitglieder als Geiseln genommen. "Von Straßen, aus Zügen, aus Kirchen und von Marktplätzen wurden Menschen regelrecht weggefangen", darunter 10jährige Kinder. (3)

Der Historiker Stanislaw Kania (4) führt weitere, in besonderer Weise geschädigte Opfer des Faschismus in Polen auf, für die uns keine Entschädigungsforderungen vorliegen. Kania nennt

- 863.000 schwer geschädigten Häftlinge von Gefängnissen und Konzentrationslagern aus (zusätzlich zu den Ermordeten), von denen noch 50.000 leben. Bei den Häftlingen der Konzentrationslager handelte es sich neben den Juden u.a. um Ausgesiedelte oder Armeeangehörige, die man nazifeindlicher Betätigung beschuldigte, um polnische Widerstandskämpfer sowie ganze Familien, denen man Zusammenarbeit mit den Partisanen vorwarf. Nach Dachau wurden 1780 polnische Geistliche gebracht, was ein Fünftel von ihnen nicht überlebte. In Auschwitz-Birkenau waren Polen nach den Juden die zahlenmäßig größte Gruppe. Unter ihnen befanden sich neben Politikern aus der Zeit zwischen den Weltkriegen Schriftsteller und Künstler, große Teile der polnischen Intelligenz, deren Ausrottung Ziel der Faschisten war. In das KZ-Buchenwald wurden große Gruppen Polen nach dem Warschauer Aufstand eingeliefert. In der Endphase des Krieges, als sich der Arbeitskräftebedarf der den KZs angeschlossenen Rüstungsfirmen erhöhte, wurden auch Häftlinge der Gefängnisse des Generalgouvernements in KZs eingeliefert.

- 590.000 Zivilpersonen, die durch Mißhandlungen invalide wurden, von denen noch 40.000 Betroffenen leben.

- 1.544.132 verwaiste oder in den Wirren von Deportation und Aussiedlung verloren gegangene Kinder, 800.000 von ihnen leben heute noch.

- Hinzu kommen noch die im Rahmen der Okkupation unter Beraubung ihres Vermögens Aus- und Umgesiedelten, ihre Zahl lag bei 2.478.000 und beträgt heute fast 600.000. (5) Der Schwerpunkt der Aussiedlungen lag in den dem Reich eingegliederten Gebieten, am stärksten betroffen war der "Warthegau", von dort allein wurden 630.000 Menschen vertrieben. Erreichte jemand die Anordnung zur Aussiedlung, so hatten die Betreffenden innerhalb von 10 bis 20 Minuten die Wohnung zu verlassen, mitnehmen durften sie lediglich Handgepäck sowie bis zu zwanzig Reichsmark. Bei den Aussiedlungen handelte es sich in Wirklichkeit um Deportationen großen Ausmaßes. Die Ausgesiedelten wurden oft nach mehrtägigen Fahrten ohne Nahrung und Wasser im Generalgouvernement regelrecht "ausgesetzt", sie mußten dann dort, sofern sie den Transport überlebten, um das nackte Überleben kämpfen. Vertrieben wurden neben "unerwünschten Polen" wie Besitzer großer Wohnungen oder Güter oder Mitglieder deutschfeindlicher Organisationen auch Besitzer von Bauernwirtschaften, die deutschen Umsiedlern Platz machen mußten. Im Generalgouvernement kam es vor allem im Raum Zamosc, wo das erste deutsche Kolonisierungsgebiet geschaffen werden sollte, zu Aussiedlungen. Hier wurden zwischen November 1942 und August 1943 100.000 Polen vertrieben.

- Die Zahl der Besitzer von Wohnhäusern, Bauerngehöften, Geschäften, Werkstätten, deren Vermögen durch Terroraktionen oder Plünderung und nicht durch Kriegshandlungen zerstört wurden, betrug nach dem Krieg 1.768.000 bei 400.000 noch Lebenden. Opfer von Grausamkeiten oder Zerstörungen wurden oft völlig willkürlich Einwohner ganzer Dörfer oder Stadteile als Vergeltungsaktionen für angebliche Untaten von Polen. Zu Plünderungen und Konfiskationen von Eigentum kam es beispielsweise schon infolge nicht ausreichend abgelieferter Getreidekontingente. (2)

Von der Bundesregierung wurden die Ansprüche dieser Menschen bislang nicht anerkannt. Die meisten von ihnen sind aufgrund der ihnen zugefügten Leiden krank und verarmt, der überwiegende Teil zwischen 60 und 70 Jahren alt. Von Bonner Seite wird auf eine "biologische Lösung" des Problems spekuliert.

Ohne sich die Forderung des Verbandes zu eigen zu machen, bekräftigte das polnische Parlament zuletzt in einer Entschließung von Anfang Juni 1990 die Ansprüche Polens auf eine Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter. "Die Regierung Polens legte seine Stellung zum Entschädigungsproblem sowohl bei Verhandlungen zum Abkommen über Grundlagen der Normalisierung gegenseitiger Beziehungen 1970 als auch in Noten an die Bundesregierung im Dezember 1983, April 1984 und im Oktober 1986 dar." (4) In ungewöhnlich scharfer Form wurde die Forderung anläßlich des Weizsäcker-Besuches im Mai dieses Jahres in Polen von Staatspräsident Jaruzelski vorgetragen: "Unser Volk erwartet eine Genugtuung für die Hunderttausenden von polnischen Häftlingen der KZs sowie die nach Deutschland verschleppten und zur Sklavenarbeit Gezwungenen. Es ist höchste Zeit, diese schmerzliche Frage ein für allemal zu regeln". Weizsäcker sah sich keineswegs gezwungen, in seiner Erwiderung darauf einzugehen. Warschau fühlt sich den NS-Opfern in seinem Land moralisch verpflichtet, es hat allerdings immer darauf verzichtet, diese Forderung zur Bedingung polnisch-deutscher Vertragswerke zu machen.

Kein Friedensvertrag - keine Entschädigung

Schon im Vorfeld der 2 plus 4-Verhandlungen war überdeutlich, daß entscheidende Bemühungen Kohls der Verhinderung eines Friedensvertrages galten. Dies ist für die BRD primär eine finanzielle Frage, denn all jene, die ihre Reparationsforderungen bis zum Tag der Wiedervereinigung bzw. der Unterzeichnung eines Friedensvertrages zurückgestellt hatten, könnten wieder vor der Tür stehen. Zu diesen zurückgestellten Forderungen zählen auch die Entschädigungsleistungen für polnische Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer. Die Bundesregierung versucht die Befriedigung dieser Ansprüche auf zwei Wegen zu umgehen. Zum einen mit dem von Kohl verlangten Junktim Bestätigung des polnischen Reparationsverzichtes als "Gegenleistung" für die Anerkennung der polnischen Westgrenze. Er beruft sich dabei auf einen 1953 gegenüber der DDR erklärten Verzicht, in dem statt von der DDR von "Deutschland" die Rede ist. Polen verlor zwischen 1939 und '45 durch die Deutschen die Hälfte seines Volksvermögens - der Verzicht gegenüber "Deutschland" wird in Warschau als "fatale Entscheidung" der Regierung Bierut gegenüber dem polnischen Volk gesehen.

Nun hat Polen jedoch Reparationsansprüche im Sinne von Zahlungen für Kriegsschäden an die BRD bislang nicht gestellt. Kohl zielt mit seinem Junktim einzig und allein (und entgegen internationalem Recht) auf die individuellen Entschädigungsansprüche der Zwangsarbeiter. Dies wurde von Regierungssprecher Klein bestätigt, als sich in den 2 plus 4-Verhandlungen abzeichnete, daß es keinen Friedensvertrag geben würde. Prompt erklärte er alle Entscheidungen, die bis zu einer "endgültigen friedensvertraglichen Regelung ausgesetzt wurden, (für) hinfällig." Für die Bundesregierung, so der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Gerster, sei die Frage der Reparationen (sprich Entschädigungen) erledigt. (6)

Noch im November 89 versprach Kohl auf polnisches Drängen, die Wiedergutmachungsansprüche "zu prüfen". Zu Hause angekommen erklärte er, sollten derartige Forderungen aus Warschau erhoben werden, so würden sie von der Bundesregierung abgelehnt. Abgeschmettert wurden im März dieses Jahres auch Anträge der Grünen im Bundestag, unter Beteiligung der Industrie eine Stiftung zu gründen, aus deren Fond ehemalige Zwangsarbeiter oder deren Angehörige entschädigt werden könnten.

Zwangsarbeit - kein NS-Unrecht

Bonn beruft sich bei seiner Ablehnung von Zahlungen an ehemalige polnische Zwangsarbeiter auf das bundesdeutsche "Wiedergutmachungsrecht".

Danach hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus "rassischen, politischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen" im Faschismus geschädigt wurde. Doch in Wirklichkeit wurde diese Entschädigung nur dem kleinsten Teil der Opfer "gewährt", jenen, die sich nach dem Faschismus noch oder wieder auf den Boden der BRD trauten, nicht schwul, Roma oder Sinti waren. Dem steht gegenüber, daß ein großer Teil der Opfer entweder nicht mehr in Deutschland leben will oder Angehöriger eines okkupierten Gebietes war, also nie auf bundesdeutschem Boden lebte. "Darüberhinaus waren im Bundesentschädigungsrecht Ansprüche von Angehörigen solcher Staaten, mit denen die BRD keine diplomatischen Beziehungen unterhielt (dies betraf praktisch die gesamten Länder des ehemaligen RGW, Anm. sab.), bis zum Jahre 1965 explizit ausgeschlossen." (7)

Für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" flossen aus Bonn in Form von "Globalabkommen" Beträge zwischen 10 und 400 Mio. DM an Frankreich, die Niederlande, Griechenland, Belgien, Norwegen, Luxemburg, Dänemark, England, die Schweiz und Schweden sowie die einstigen Verbündeten Österreich, Ungarn und Italien, weitere 3 Milliarden DM gingen (neben weiteren kleinen Beträgen) für die Wiedereingliederung ehemaliger KZ-Häftlinge nach Israel. Den betreffenden Ländern wurde es dann zugeschoben, aus den Zahlungen auch Zwangsarbeiter abzufinden - die Bundesregierung hatte so erfolgreich unterlaufen, daß jemals individuell an sie gestellte Ansprüche von ZwangsarbeiterInnen befriedigt wurden. An Polen wurden bis heute lediglich 100 Mio. DM gezahlt für Opfer pseudomedizinischer Versuche und Zwangssterilisierungen, wobei die Bundesregierung die Auszahlung 16 Jahre hinschleppte.

Der allierte Militärgerichtshof setzte nach 1945 die im Faschismus abgepreßte Zwangsarbeit mit "Versklavung gleich, die als Kriegsverbrechen und als Verbrechen gegen die Menschheit" qualifiziert wurde. Geschichtlich handelt es sich bei dieser Art von Zwangsarbeit, die insbesondere bei jüdischen, polnischen und sowjetischen ArbeiterInnen die rassisch motivierte Vernichtung durch Arbeit einkalkulierte und damit über "Versklavung" noch hinausging, um einen einmaligen Fall. Das Völkerrecht ging bis dahin nur von der Kriegführung "zivilisierter Nationen" aus, die das Heranziehen von Kriegsgefangenen zur Arbeit nur unter ganz eng begrenzten Bedingungen zuließ, aber jede Deportation von Zivilbevölkerung für unzulässig erklärt.

Im bundesdeutschen Recht wird Zwangsarbeit nicht als "typisches NS-Unrecht" eingestuft. Die Umdefinition von Deportation und Ausbeutung polnischer "Untermenschen" in Verfolgung aus "nationalen" Gründen, d.h. als "allgemeine Kriegsfolgemaßnahme gegen bestimmte Volksgruppen oder Staatsangehörige", die prinzipiell keine Ansprüche auslöst (8), darf als juristische Meisterleistung bezeichnet werden.

Damit wird suggeriert, alle ausländischen Arbeiter seien gleichermaßen nur als Angehörige okkupierter, Deutschland feindlich gegenüber stehender Länder zur Arbeit gezwungen und dabei gleich behandelt worden. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Während dienstverpflichteten ausländischen Arbeitern westlicher Länder in den Betrieben die gleichen Löhne und Arbeitsbedingungen (was nicht nicht immer eingehalten wurde) zustanden wie deutschen Arbeitern, galt dies nicht für polnische und sowjetische Zwangsarbeiter ("Ostarbeiter"). Sie waren in den Betrieben räumlich getrennt von anderen Arbeitern unter elendesten Bedingungen untergebracht, ihre Essensrationen hatten chronische Unterernährung zur Folge. Die "Ostarbeiter" im Volkswagenwerk beispielsweise wiesen von allen Zwangsarbeitern die höchste Todesrate auf. (9) Ihre Behandlung stützte sich auf Weisungen wie die des Reichspropagandaministeriums vom Oktober 1939. Es müsse "auch der letzten Kuhmagd in Deutschland klargemacht werden, daß das Polentum gleichwertig ist mit dem Untermenschentum." Hans Frank äußerte sich als "Generalgouverneur" 1942 folgendermaßen über die Ziele faschistischer Polenpolitik: "Sie wissen, ... daß die Aussiedlung der Polen, ihre Vernichtung oder ihre Behandlung lediglich als Arbeitswesen Ausdruck unserer Polenpolitik ist." (2)

Die Verweigerung von Entschädigungszahlungen an polnische NS-Opfer stützt sich auf die gleiche Frontstellung wie während des Faschismus. Mit wenigstens symbolischen Beträgen abgefunden wurden Menschen aus jenen Ländern, die auch in der Konzeption der Faschisten Teil der europäischen Staatengemeinschaft sein sollten und nach dem Krieg verbündete Nationen der BRD wurden. Die annektierten Länder Osteuropas, denen das Schicksal einer deutschen Kolonie zuteil werden sollte, wurden nach dem Faschismus zu "Feindstaaten", erklärt, denen man sich wiederum in keiner Weise moralisch oder politisch verpflichtet fühlte.

sab.

Anmerkungen:

(1) FR, 3.3.90

(2) Planungen von 1940 sahen zunächst vor, zehn Prozent der Bevölkerung des Generalgouvernements zu deportieren, was jedoch nicht einmal annähernd verwirklicht werden konnte. (Czeslaw Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945, Köln 1988)

(3) ebenda

(4) Zahlen von Stanislaw Kania, Vortrag auf einer Veranstaltung in Hamburg, 8.5.1990

(5) Frühe Pläne Himmlers sahen vor, aus den dem "Reich" angegliederten polnischen Gebieten sechs bis acht Millionen Einwohner in das Generalgouvernement zu vertreiben.

(6) FAZ, 19.7.90

(7) TAZ, 13.3.90

(8) FR, 27.6.90

(9) Klaus Siegfried, Das Leben der Zwangsarbeiter im VW-Werk 1939-45, Campus 1988

10. Vertriebene: Schlesien europäisieren

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Rechtsradikale, Neonazis; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:11

Schon heute ist vorgezeichnet, daß die scheinbare Grenzabklärung zwischen Großdeutschland und Polen vorläufigen Charakter hat. Um die polnische Westgrenze wird es keine Ruhe geben.

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat sich - nachdem absehbar war, daß die Wiedervereinigung mit dem "Preis" einer weitergehenden Grenzanerkennung "bezahlt" werden muß, mit neuen Forderungen auf die veränderte Situation eingestellt.

Unter dem Motto "Frieden durch freie Abstimmung", hat der BdV eine Unterschriftensammlung gestartet, die "eine "Alternative" bieten soll. Verhindert werden soll die "Preisgabe von 114.000 qkm Deutschlands, also der Verzicht auf Schlesien, Oberschlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen" - gemeint ist die Unterzeichnung eines völkerrechtlich verbindlichen deutsch-polnischen Grenzvertrages. Europa klingt heute immer gut, deshalb hat man dem alten Kack einen europäischen Frack umgelegt. In den oben aufgeführten Gebieten möchte der BdV "vor Gebietsentscheidungen" eine "freie Abstimmung" aller "Betroffenen" - dazu zählen laut BdV neben den "Deutschen" und "Nichtdeutschen" der betreffenden Gebiete die von dort "vertriebenen und ausgesiedelten Deutschen und ihre direkten Nachkommen" - durchführen lassen. Entschieden werden soll, ob die "Abstimmungsgebiete zu Deutschland, zu Polen ... oder zu einem neuen europäischen Territorium" gehören sollen. Während man in Kreisen der Vertriebenen, auch angesichts des sogenannten Betroffenenspektrums der Abstimmung, auf eine Angliederung an Deutschland setzt, wird die "Europäisierung" der Territorien in der Öffentlichkeit nach vorne gestellt. Begründung von Generalsekretär Koschyk: "Polen schafft es niemals allein, dort Wirtschaft und Umwelt wieder in Ordnung zu bringen" - Schlußfolgerung: also übernehmen die Deutschen dies am besten direkt oder via "Europa". Die Deckungsgleichheit mit regierungsoffiziellen EG-Angliederungskonzepten brachte Phillip von Bismarck, Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft auf den Punkt: "Wie soll Pommern die Freiheit wiedererlangen, wenn nicht Europa bis zum Schwarzen Meer geht?"

Der Generalsekretär des BdV, Koschyk, empfiehlt Polen die Aktion als kürzesten Weg nach Europa ("Polen wäre sehr schnell dort, wo es hingehört, in Europa").

Die Minderheit organisiert sich

Die Aktion der Vertriebenen stützt sich auf eine sich formierende deutsche Minderheit in Polen.

Im Sommer 1989 wurde die "Sozialkulturelle Gesellschaft Minderheitsdeutscher in Schlesien" gegründet, der sich mittlerweile 200.000 Menschen angeschlossen haben sollen. Weitere Gesellschaftsgründungen "Minderheitsdeutscher" in Czestochowa, Opole, Katowice und Walbrzych folgten, in der zweiten Hälfte d.J. soll ein Dachverband der deutschen Minderheit in Polen gegründet werden.

Die PVAP hatte Bemühungen um die Organisierung der deutschen Minderheit mit Ausnahmen in der Ära Gomulka immer einen Riegel vorgeschoben. Staatspräsident Jaruzelski erklärte Mitte 1985, das Problem der deutschen Minderheit habe aufgrund der anhaltenden Aussiedlung aufgehört zu bestehen. (1) Die Regierung Mazowiecki macht's heute möglich, daß die Vertriebenenverbände ungehindert ihr Hauptbetätigungsfeld ins westliche Polen verlegen können. Kaum eine Versammlung, kaum ein Jubiläum, bei denen keiner ihrer Vertreter anwesend ist. Bei der deutschen Minderheit, von denen einige in der Hoffnung leben, eines Tages würden sie wieder zu Deutschland gehören, findet die Aktion des Bundes der Vertriebenen Anklang. Laut Koschyk könnten sich die Menschen vorstellen, "auch ihre polnischen Mitbürger für die Idee einer Europäisierung zu gewinnen." (2)

Einhergehend mit ihrer Organisierung wächst der politische Einfluß der deutschen Minderheit. Zu den Kommunalwahlen stellte sie erstmals eigene Kandidaten auf. In 36 Gemeinden der Woywodschaft Opole kandidierten beispielsweise 500 "Minderheitsdeutsche", von denen 380 gewählt wurden, in 25 Gemeinderäten stellen sie jetzt die Mehrheit.

Mit einem politischen Mandat möchte Henryk Krol, dessen Vater die "Sozialkulturelle Gesellschaft" in Schlesien ins Leben rief und der selbst als Senator kandidierte, erreichen, daß "die Schlesier endlich Herr in

ihrem eigenen Hause würden. Schlesier müßten in den Amtsstuben sitzen und die Schulleiter werden". Gewiß, Polen dürfe es auch geben, "Hauptsache sie haben unser Vertrauen", so Krol. Krol strebt neben einer zusätzlichen deutschen Staatsangehörigkeit eine Beteiligung in den Gesprächen um die polnische Westgrenze an. Er gehört im Spektrum der deutschen Minderheit zum gemäßigten Flügel. Eine polnische Gemeinderätin beklagt, daß sich in den westlichen Landesteilen die deutsche Minderheit zunehmend als Herren des Landes aufführe und die Polen als Gäste betrachte. Rechte Aktivisten überkleben polnische Ortsnamen, im Wahlkampf tauchten Parolen an Häusern auf "Diese Häuser gehören uns" und "Polen raus", an einer Dorfdisko fand sich das Schild "Nur für Deutsche".

Eine Heimat für Vertriebene

Doch die politischen Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Minderheit dürften mit dem Erreichten erschöpft sein, denn ihre Zahl nimmt aufgrund der anhaltenden Abwanderungen ständig ab.

Ziel der sozialkulturellen Gesellschaften ist, dieser Abwanderung Einhalt zu gebieten. Die gleiche Sorge umtreibt den Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen, Koschyk, der fordert, einem kultur- und wirtschaftspolitischem Hilfsprogramm für die "ostdeutsche Minderheit jenseits von Oder und Neiße jetzt höchste Dringlichkeit zu geben." Die Bundesregierung verknüpft die Forderung nach "Minderheitenrechten" mittlerweile mit jeder Erklärung zum deutsch-polnischen Verhältnis und konstatiert eine "Schutzpflicht" für die "Deutschen im polnischen Machtbereich" (3), so der ehemalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen. (Der verlogene und revisionistische Charakter der Forderung nach "Minderheitenrechten" wird deutlich angesichts der Behandlung, die ethnische Minderheiten, geflohen vor Verfolgung und Tod, hierzulande "genießen" dürfen.)

Voraussetzung weitergehender politischer Optionen wie dem Ruf nach "Selbstbestimmung" dürfte neben einem Stopp der Abwanderung eine "Auffüllung" der deutschen Minderheit sein - und wer käme da besser in Frage als die Vertriebenen. Polen kann sich für die Verhandlungen um Grenz- und Freundschaftsverträge auf einen umfänglichen Nachschlag bereit machen. Der CSU-Vorsitzende Waigel und der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger forderten, in einem Generalvertrag mit Polen neben dem Recht der Deutschen auf kulturelle Autonomie eine "Niederlassungsfreiheit" festzuschreiben. Heimatvertriebene sollten das Recht bekommen, sich wieder in Schlesien oder Pommern anzusiedeln. Der Vertrag soll darüber hinaus den "europäischen Charakter der Oder-Neiße Grenze festlegen", so Dregger. (4)

Eine ähnliche Vision breitete der ehemalige Ministerpräsident Albrecht anläßlich der Feierstunde zum 40jährigen Jubiläum der Patenschaft des Landes Niedersachsen für die Landsmannschaft Schlesien im März d.J. aus: Er äußerte die Erwartung, daß zwar "die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 nicht möglich" sei, "wohl aber etwas anderes". Er sehe nicht "nur eine realistische Chance, daß in einigen Jahren jeder Deutsche, der Schlesien liebt und in Schlesien leben möchte, dort in Freiheit leben kann", sondern das Recht auf Freizügigkeit, auf Annahme eines Arbeitsplatzes und auf freie Niederlassung werde in ganz Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei gelten, sobald sie EG-Mitglieder geworden seien. (5)

Entschädigung für schwere Grausamkeit

Attraktiver dürfte die Wiederansiedlungsmöglichkeit für heutige BRD-Bürger in Polen allemal sein, wenn sie mit der Wiederaneignung ehemaliger Besitztümer oder Ländereien verbunden werden kann. "Hohe Entschädigungsansprüche Deutscher für konfisziertes Eigentum, Zwangsarbeit und schwere Grausamkeiten" , die laut BdV in "sorgfältige Verhandlungen zur vertraglichen Regelung" aufgenommen werden sollen, können nach der DDR auch auf Polen zukommen. Der BdV stellt sich vor, daß die vier Siegermächte die Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands dazu ermächtigen, mit der polnischen Regierung Verhandlungen über die Forderungen bei- der Seiten aufzunehmen. Vorher dürfe sich die Bundesregierung auf nichts festlegen. (6)

Dies könnte sich ziemlich nahtlos in Politik umsetzen und Teil des "Draufsattelns" für einen Grenzvertrag zwischen dem dann souveränen Deutschland und Polen werden. Die Bundesregierung teilte dem BdV laut Koschyk noch im Juni 89 mit, daß sie auf Entschädigungs- und Rückgewährungsansprüche gegenüber Polen nicht verzichtet und Enteigungsmaßnahmen niemals rechtmäßig anerkannt habe.

Der BdV sieht seine Aktion als "Stütze für Kohl bei der Vertretung gesamtdeutscher Interessen auf internationaler Ebene." Die Bundesregierung hält sich derzeit mit offiziellen Stellungnahmen zur BdV-Aktion

zurück. Doch die Position der Vertriebenen in diesem Spiel mit verteilten Rollen dürfte die gleiche sein wie bisher. Die Rolle von "Konservatoren" einer Forderung, die seit der Regierungsübernahme von Willy Brandt eher verdeckt vertreten wurde und auf deren Potential man sich bei der Offenhaltung der Grenzen von 1937 berief, muß heute ausgespielt sein. Geblieben ist die Rolle, im bewährten Chor mit Dregger und Waigel Politikkonzepte vorzutragen, welche die Bundesregierung in dieser Offenheit international nicht vertreten kann. Der BdV fordert die Europäisierung, Kohl nennt dies in der Erklärung der Bundesregierung vom 18.5.90: Gemeinsam müsse es darum gehen, "in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße ein Modell des friedlichen Zusammenlebens in Europa zu gestalten". Kohl bezeichnet Forderungen aus Warschau nach einer völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze als "Erpressung", der BdV nennt es "wachsenden polnischen Chauvinismus." Während für den BdV Nord- und Westpolen nie aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen wurden, man sich mithin "täusche", wenn man von deutschen Ansprüchen an Polen rede, spricht die Bundesregierung bei Erlassen, die diese Woywodschaften betreffen, bis heute nicht von der Republik Polen, sondern vom "polnischen Bereich". Noch im Juli letzten Jahres erklärten Wilms, Hupka und Waigel auf dem Schlesiertreffen in Hannover die "deutsche Frage" (in den Grenzen von 1937) für offen - zur Jubelfeier "40 Jahre Charta der Heimatvertriebenen" unterbricht Kohl seinen Urlaub, um die Vertriebenen auf den Kurs der "offiziellen" Anerkennung der Grenze einzuschwören, aber nicht zuletzt auch, um unter der Hand ihre erneuerte Wühlpolitik abzusegnen.

Die Bundesregierung kann sich heute ruhig zurücklehnen und auf den Tag warten, an dem im Angesicht einer wirtschaftlich erfolgreichen Währungs- und Wirtschaftsunion jenseits ihrer Ostgrenze der Ruf nach Selbstbestimmung und Angliederung an's Wirtschaftswunderland ertönen wird, importierte "Gesinnungsvertriebene" wie der 1959 in Oberfranken geborene Koschyk werden entsprechend nachhelfen.

Ein Leserbrief der FAZ zeichnet vor, was Polen droht und die Bundesregierung denkt: "Dieser Verzicht könnte genauso unwirksam sein wie wenige Jahre zuvor der damals praktizierte Verzicht auf die staatliche Einheit ... Wenn jetzt die DDR gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beitritt, so muß dies nicht der letzte Beitritt dieser Art gewesen sein. (Wenn die Wirtschafts- und Währungsunion ein großer Erfolg wird), ... dann wird man sich in Schlesien, Pommern und Ostbrandenburg, ob Polen oder Deutsche, immer mehr die Frage stellen, ob ein schneller wirtschaftlicher Aufschwung nicht auch hier möglich ist, wenn man ‚einen großen Bruder aus dem Westen` hat, der mit seinem Geld ... zu Hilfe kommt ... Dann ist es nicht auszuschließen, daß den Deutschen nach der staatlichen Einheit erneut ein beachtlicher Erfolg zuteil wird ... Es wird sich zeigen, daß nicht pathetische Verzichtsgesten, sondern Geduld und Konsequenz die Grundsteine des politischen Erfolges sind." (7)

sab.

Anmerkungen:

(1) SZ 9.5.85

(2) Die Welt, 21.4.90

(3) FAZ 3.6.85

(4) FR 1.8.90

(5) FR 26.5.90

(6) FAZ 7.3.90

(7) Leserbrief, K.-J. Bremm in FAZ v. 1.8.90

11. Nach bayrischem Vorbild: DDR-Polizeigesetz erlaubt Geheimpolizei und Vorbeugehaft

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:47

Völlig unbeachtet von der Öffentlichkeit diesseits und jenseits der Grenze steht in der DDR-Volkskammer möglicherweise noch im August die Verabschiedung eines Polizeigesetzes bevor. Der vorgelegte Entwurf enthält umfassende Ermächtigungen zum Einsatz von Wanzen und versteckten Kameras, V-Leuten und Under Cover Agents, eine vorbeugende Durchlöcherung möglicher datenschutzrechtlicher Bestimmungen, die Verhängung von Vorbeugehaft und die Erlaubnis zum Schußwaffeneinsatz gegen Menschenmengen.

Das Gesetz steht im Kontext von Gesetzesvorhaben in der BRD über Datenschutz, Geheimdienste und Polizei, die für eine neue, mit immensen technischen Mitteln ausgestattete geheime Staatspolizei umfassende gesetzliche Vollmachten schaffen sollen.

Der Entwurf steht unter dem Titel "Vorläufiges Rahmen-Polizeiaufgabengesetz für die künftigen Länder auf dem Territorium der DDR", und die Eile, mit der das Gesetz noch vor der Auflösung der DDR durch die Volkskammer gepeitscht werden soll, unterstreicht die Absicht: Der "föderale Wirrwarr", der bundesdeutsche Polizeistrategen schon immer ärgert, soll in der DDR schon im Ansatz unterbunden werden. Für die neu zu bildenden DDR-Länder wird eine unter formeller Länderhoheit stehende, aber durch die identische gesetzliche Grundlage (und sicherlich auch einen gleichen organisatorischen Aufbau) zentral vereinheitlichte Polizei präjudiziert. Dasselbe wurde in der BRD mit dem "Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" probiert, ist aber nie vollständig gelungen.

Inhalt des Gesetzes sind fast durchweg die Maximalpositionen der law-and-order-Fraktion innerhalb des BRD-Sicherheitsapparates. Die in Gesetzesform gegossenen Polizeiermächtigungen erscheinen so frappierend bekannt, daß es uns wundern würde, wenn der Entwurf nicht geradewegs aus der Feder der bundesdeutschen Berater des DDR-Innenministers, Boge und Stümper, stammte. Auch nicht zufällig: die Ähnlichkeiten mit dem jüngst verabschiedeten bayerischen Polizeiaufgabengesetz. Ab 1. Oktober darf die Polizei in Bayern ganz offiziell Personen observieren, die "Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen könnten". Bild- und Tonaufnahmen bei öffentlichen Versammlungen sind ebenso erlaubt wie der verdeckte Einsatz polizeilicher Ermittler und geheimes Abhören und Filmen in Wohnungen. Bereits im vorigen Jahr wurde ein "Unterbindungsgewahrsam" gesetzlich verankert, der der bayerischen Polizei erlaubt, Menschen ohne Haftbefehl bis zu 14 Tage lang einzusperren, "um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit zu verhindern". (Nach taz, 19.7. und Süddt. Ztg., 3.8.90) Erstmals angewandt wurde die Bestimmung in diesen Tagen gegen vier AKW-GegnerInnen, die im Gedenken an den 45. Jahrestag von Hiroshima vor dem AKW Gundremmingen eine Zufahrtsstraße blockiert und gegen Demo-Auflagen verstoßen haben sollen. Mit dem Gesetz kann die Polizei ohne ordentliches Gerichtsverfahren Haftstrafen für "Taten" verhängen und vollstrecken, die in der Regel allenfalls mit Geldstrafen belegt werden oder für die (im Falle von Ordnungswidrigkeiten) Gefängnisstrafen sogar prinzipiell ausgeschlossen sind.

Eine der bayerischen analoge Regelung enthält der DDR-Gesetzentwurf. Wer an verbotenen Demonstrationen oder Versammlungen, Streiks oder Blockaden teilnehmen will, wer dazu aufrufende Flugblätter oder Transparente mitführt - oder auch nur Werkzeuge oder sonstige Gegenstände, "die erfahrungsgemäß bei solchen Taten verwendet werden", den kann die Polizei für bis zu zwei Tage festsetzen. (Alle Zitate aus dem Entwurf.) Angehörige oder Vertrauenspersonen dürfen nur benachrichtigt werden, "soweit dadurch der Zweck der Freiheitsentziehung nicht gefährdet wird". Für Personen, die "bereits in der Vergangenheit aus vergleichbarem Anlaß bei der Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit als Störer betroffen" (nicht etwa: rechtskräftig verurteilt!) worden sind und wo "nach den Umständen eine Wiederholung dieser Verhaltensweise zu erwarten ist", ist das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit de facto außer Kraft gesetzt. Die Polizei kann sie ohne jeglichen konkreten Anhaltspunkt auf geplante Aktivitäten festnehmen, und zwar nicht erst auf dem Weg zur Demo, sondern bereits zu Hause in der Wohnung, die zu diesem Zweck jederzeit betreten und durchsucht werden darf. Bei verbotenen Großdemonstrationen könnten nach dem Wortlaut des Gesetzes jederzeit Fußballstadien mit vermuteten Störern gefüllt werden.

Datensammelwut legal

Ein umfangreicher Teil des Gesetzes, der sich mit der polizeilichen Datenverarbeitung befaßt, soll dafür sorgen, daß auch die Führung entsprechender Schwarzer Listen, Störerdateien etc. rechtlich nicht angreifbar ist. Unverkennbar will der Gesetzentwurf hier vollendete Tatsachen schaffen, bevor für die DDR überhaupt datenschutzrechtliche Regelungen bestehen. Die Erlaubnis zur Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten könnte umfassender kaum sein. Es reichen schon Anhaltspunkte dafür, daß der oder die Betroffene "Straftaten mit erheblicher Bedeutung begehen will" oder auch nur mit Personen "in Verbindung steht", für die es Anhaltspunkte gibt, daß diese solche Straftaten begehen wollen. Ebenfalls reicht die räumliche Nähe zu gefährdeten Personen aus, und ganz pauschal darf die Polizei "zur Abwehr einer Gefahr" Daten erheben und diese speichern und nutzen, "soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist". Zu diesen Aufgaben gehört insbesondere die "vorbeugende Bekämpfung von Straftaten" - womit immer gerechtfertigt werden kann, daß die Polizei alles nur irgendwie Verdächtige über praktisch jeden speichern kann. Aufbewahrt und abgerufen werden können die Daten bis zu 10 Jahre, nachdem die letzten Erkenntnisse über eine Person hinzugekommen sind.

Die Datensammlung darf sich selbst auf "nicht gefahren- oder tatbezogene persönliche Merkmale wie über Erkrankungen oder besondere Verhaltensweisen" erstrecken - womit die Grundlage für die polizeilicherseits so beliebten AIDS-oder Schwulendateien geschaffen wird.

Selbstverständlich dürfen polizeiliche Erkenntnisse nach Bedarf weitergereicht werden - nicht nur an Behörden oder öffentliche Stellen, sondern ebenso an nichtöffentliche Stellen oder Personen. Auch ausländische oder zwischen- oder überstaatliche Stellen können davon profitieren. Andere Behörden oder öffentliche Stellen können der Polizei ihrerseits Informationen übermitteln, und sie müssen es tun, wenn die Polizei es fordert. Das gilt insbesondere - "bei gegenwärtiger Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Landes" - auch zum Zwecke der Rasterfahndung in beliebigen (auch nichtstaatlichen) personenbezogenen Datenbeständen. Man muß befürchten, daß beim Aufbau der Datenverarbeitung bei Behörden, Energieunternehmen oder Krankenkassen schon von Beginn an auf Kompatibilität mit den Staatsschutzcomputern gedrängt wird.

Stasi-Methoden jetzt für die Polizei

Die "Verdachtsgewinnung" und "Verdachtsverdichtung" - nach Diestel-Berater Alfred Stümper eine zentrale Aufgabe der Polizei - kann sich neben den üblichen Methoden (offenes und verdecktes Ausfragen, Errichtung polizeilicher Kontrollstellen, Durchsuchung von Wohnungen etc.) auch auf die Überwachung öffentlicher Veranstaltungen oder Demos stützen. Wenn Anhaltspunkte vorliegen, daß Straftaten begangen werden sollen, können personenbezogene Daten über alle Vorbereiter, Aufrufer und Teilnehmer von Versammlungen oder Demos erhoben werden. Bild- und Tonaufzeichnungen sind zulässig, wenn eine Straftat angeblich unmittelbar bevorsteht. Bei nicht angemeldeten Ansammlungen oder bei öffentlichen Veranstaltungen reicht sogar der Verdacht auf eine bevorstehende "nicht geringfügige Ordnungswidrigkeit" aus.

Wo sie damit nicht weiterkommt, kann sich die Polizei einer breiten Palette geheimpolizeilicher Methoden bedienen:

- Observieren darf die Polizei kurzfristig jeden, bei dem sie das für erforderlich hält. Eine langfristige Observation ist zulässig bei Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit anderer oder "soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß diese Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen wollen". Observiert werden können auch "deren Kontakt- und Begleitpersonen, wenn die Datenerhebung zur vorbeugenden Bekämpfung dieser Straftaten erforderlich ist".

- Heimliches Fotografieren und Videoaufnahmen sind unter denselben Voraussetzungen zulässig, ebenso das Abhören von Gesprächen. "Soweit dies erforderlich ist", können dabei auch Daten über andere Personen - also gänzlich Unbeteiligte - erhoben werden. Bei "Gefahr im Verzug" bedarf es für die Bespitzelungsaktionen nicht einmal einer vorherigen rich

terlichen Anordnung. Jede gerichtliche Überprüfung für den "verdeckten Einsatz technischer Mittel" zur Bespitzelung entfällt, wenn dieser mit dem notwendigen Schutz von Polizisten oder V-Leuten begründet wird.

- Auf die Verdächtigten und ihr gesamtes Umfeld dürfen V-Leute angesetzt werden.

- Wer die eingangs genannten Voraussetzungen erfüllt, kann zur polizeilichen Beobachtung ausgeschrieben werden - alle polizeilich erfaßbaren Bewegungen werden gespeichert (samt Begleitpersonen, mitgeführten Sachen, Umständen des Antreffens etc.).

- Für polizeiliche Under Cover Agents (UCAs) wurde eine Generalermächtigung eingefügt. Sie können - mit Legende und gefälschten Dokumenten ausgestattet - immer dann tätig werden, wenn "Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen werden sollen, und dies zur vorbeugenden Bekämpfung dieser Straftaten erforderlich ist".

Der zentrale Begriff der "Straftat von erheblicher Bedeutung", deren angebliche Planung all diese Methoden rechtfertigen soll, ist selbst völlig verwaschen definiert - alles, was eine "Gefahr für die Allgemeinheit darstellen" und die "Rechtssicherheit der Bevölkerung beeinträchtigen" könnte, reicht als Begründung hin. In der bundesdeutschen Diskussion um den hier zu ähnlichen Zwecken eingeführten Begriff (s.u.) wird davon ausgegangen, daß davon selbst die Kleinkriminalität erfaßt würde, sofern sie gewerbsmäßig betrieben wird.

Nach Datenschutzstandards, wie sie aus dem BVG-Urteil zur Volkszählung ableitbar sind, müßte die Polizei eine insgeheim erfolgte Datenspeicherung den Betroffenen zumindest nachträglich mitteilen. Vorsorglich wurden deshalb in dem Gesetz an jeder dafür in Frage kommenden Stelle Ausnahmeregelungen definiert: wenn der Zweck der Aktion dadurch gefährdet würde, wenn ein Ermittlungsverfahren gegen den oder die Bespitzelte eingeleitet wurde oder wenn die weitere Verwendung der eingesetzten V- Leute oder UCAs beeinträchtigt würde.

Bald gesamtdeutsche Geheimpolizei?

Die juristische Aufrüstung der DDR-Polizei ergänzt die Lieferung von modernen Polizeiwaffen, für die sich DDR-Innenminister Diestel angesichts zu erwartender sozialer Unruhen schon Anfang Mai stark gemacht hatte. So ist es nur konsequent, daß das Gesetz auch den Schußwaffeneinsatz gegen eine Menschenmenge, "die Gewalttaten begeht oder durch Handlungen erkennbar billigt oder unterstützt", ausdrücklich erlaubt.

Doch wäre es verkürzt, das Gesetz nur als Vorbereitung auf die befürchteten Aktionen von enttäuschten und wütenden DDR-Bürgern zu sehen. Es steht im Kontext von Anstrengungen in der BRD, hier ebenfalls auf breiter Front einen Durchbruch für geheimpolizeiliche Verfahrensweisen zu erzielen. Das bayerische Polizeiaufgabengesetz wurde oben bereits vorgestellt; Novellierungen in anderen Bundesländern gehen in ähnliche Richtung. Mit einer Bundesratsinitiative, getragen von einer großen Koalition von CDU-und SPD-regierten Ländern, sollen Wanzen und Richtmikrofone, versteckte Kameras und Telefonüberwachung, Rasterfahndung und geheimes Betreten von Wohnungen, der Einsatz von V-Leuten und UCAs zum alltäglichen Rüstzeug der Polizei werden.

Zugleich steht in nächster Zeit die Verabschiedung einer Novelle zum Datenschutz bevor, die die Sicherheitsapparate noch unkontrollierbarer machen soll, sowie weiterer Gesetze über Verfassungsschutz, BND und MAD. In den Verfassungsschutzämtern wird eine Ausweitung der Kompetenzen des VS in Richtung organisierte Kriminalität und Drogenhandel gefordert, während die Polizei ihrerseits die Barrieren zum Geheimdienst niederreißt.

All diese Vorstöße verfolgen die Revision einer wichtigen Folgerung aus der Geschichte Nazi-Deutschlands: Die Trennung von Polizei und Geheimdiensten sollte sicherstellen, daß nie wieder eine Geheime Staatspolizei entstehen kann. Mit den geplanten Maßnahmen wird diese Trennung aufgehoben - wenn nicht nominell, so doch faktisch. Auf dem Weg über die DDR-Länder, so ist zu befürchten, soll die Pressure-Group für umfassende Staatsschutzermächtigungen gestärkt werden. Wenn das geplante Gesetz durchkommt, ist die Gefahr groß, daß es zur Vorlage für ein einheitliches Polizeirecht und damit zur Leitlinie für eine weitere Zentralisierung und geheimpolizeiliche Ausrichtung eines großdeutschen Polizei- und Sicherheitsapparates wird.

anti-rep/KB Hamburg

12. Von der "Einigung" zur "Überleitung" Der zweite Staatsvertrag

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/62.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:62

Welch weise Voraussicht! Die Bundesregierung ist tatsächlich für den Fall vorbereitet, daß der sog. Einigungsvertrag scheitern sollte, die entsprechenden Überleitungsgesetze schlummern bereits in den Schubladen. Die letzten Pressemeldungen anläßlich des bevorstehenden Koalitionsbruchs in der DDR machen die brutale Unverfrorenheit, mit der der Anschluß betrieben wird aufs Neue deutlich. Voraussichtlich geht's schneller, ungeregelter, demütigender und undemokratischer als geplant und behauptet - aber auch hier lassen sich inzwischen öffentliche Gewöhnungseffekte feststellen. Das Motto des bekannt gewordenen Vertragsentwurfs des sog. Einigungsvertrags lautet: so unkonkret und offen wie möglich, Hauptsache die Katze ist im Sack.

Der sog. Einigungsvertrag, auch 2. Staatsvertrag genannt, wird vermutlich nicht einmal mehr zustande kommen, da beabsichtigt ist, den Beitritt unmittelbar nach den "2+4"-Verhandlungen am 12.9.90 zu vollziehen.

Dieses Werk sollte ursprünglich die rechtliche Basis für den Vollzug der Wiedervereinigung, ja sogar dessen unabdingbare Voraussetzung werden. Es hieß unmittelbar nach Abschluß des ersten Staatsvertrages, daß Voraussetzung für die Einheit eine weitgehende Rechts"angleichung" in beiden Ländern sei, auf jeden Fall Veränderungen des Grundgesetzes, überhaupt sämtliche Verfassungsfragen und die Regelung von Übergangsgesetzen, insbesondere auch zur DDR-Fristenlösung zum Schwangerschaftsabbruch geklärt und "partnerschaftlich" beschlossen sein müßten. Das alles sei dem Beitritt vorzuschalten in einem Vertrag zwischen zwei souveränen Staaten, ein bloßes Überleitungsgesetz der BRD reiche nicht aus. Und nun wird zusehends analog der Geschwindigkeit, mit der Wahl- und Beitrittstermine vorgezogen werden, vertraglich abgespeckt, gleichzeitig wachsweiche Regelungen zum finanziellen und rechtlichen Ausbluten der DDR geschaffen.

Die bürgerlichen Parteien der BRD können dieser Entwicklung aus unterschiedlichen Gründen durchaus etwas abgewinnen: Die CDU wittert die Chance, in einigen nichtverfassungsrechtlichen Teilen des Vertrages um die leidige 2/3-Mehrheit zu kommen, denn wegen der geplanten Grundgesetzänderungen bedarf der Vertrag einer Zweidrittelmehrheit sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat und der Volkskammer. Teilt man die Verfassungsfragen von den übrigen Gegenständen des Vertrages, so ist nur noch für den verfassungsrechtlichen Teil eine Zweidrittelmehrheit nötig. Die SPD der BRD hingegen verspricht sich größere Einflußmöglichkeiten über den Bundesrat auf die verschiedenen Überleitungsgesetze, denn einem Staatsvertrag könnten die Abgeordneten nur zustimmen oder ihn ohne Änderungsmöglichkeit ablehnen. Wie es auch letztlich laufen möge: der bisher vorliegende Vertragsentwurf gibt erneut Auskunft über die Ausgestaltung der Annexionspolitik, die ihren Niederschlag genauso in einem oder mehreren Überleitungsgesetzen finden wird.

Annexion in sieben Kapiteln

Nach der Präambel, mit der u.a. "dankbarer Respekt" denen gezollt wird, die "auf friedliche Weise der Freiheit zum Durchbruch verholfen haben, die an der Aufgabe der Herstellung der Einheit Deutschlands unbeirrt festgehalten haben und sie vollenden" - nach der Präambel also, werden die Länder der nach dem Beitritt ehemaligen DDR benannt. Die leidige Hauptstadtfrage bleibt insofern offen, als zwar Berlin zur Hauptstadt erklärt wird, aber die Ansiedelung des Regierungssitzes, wovon sich die DDR im wahrscheinlichen Fall von Berlin eine strukturelle Stärkung ihrer Länder versprochen hat, wird auf einen Sanktnimmerleinstag nach der "Herstellung der Einheit" verschoben.

Kapitel zwei dient der Verfassungsgeschichte der BRD. Hier hatte es im Vorfeld bis heute Streitereien nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch innerhalb der BRD zwischen Regierungskoalition und SPD gegeben. Schäuble, Schmied des Einigungsvertrages, präferierte angesicht des Zeitdrucks eine Regelung nur des Allernötigsten, was im Prinzip jede weitere Verfassungsdebatte in Anbetracht der herrschenden Verhältnisse ad absurdum führt, aber auch jede Übernahme fortschrittlicher Regelungen aus der DDR verhindert, was schließlich auch Absicht der Regierungspolitik Kohls ist.

Die Verfassung wird danach nur noch dem Kaufvertragsdiktat angepaßt. Geändert werden soll die Präambel. In freier Selbstbestimmung sei die Einheit und Freiheit nun vollendet durch die Deutschen in allen 16 Ländern. Das deutsche Volk habe sich kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben - wann das insbesondere für die Bevölkerung der jetzt noch bestehenden DDR der Fall gewesen sein soll, wird verschwiegen.

Art. 23 GG - die Entdeckung seit Maueröffnung - soll nun entgegen vormals anderen Erklärungen nach erfolgtem Beitritt aufgehoben werden. Im beibehaltenen Art. 146 wird das Grundgesetz nach Vollendung der Einheit als für alle Deutschen gültig erklärt werden, die Schaffung einer neuen Verfassung bleibt zumindest auf dem Papier erhalten.

Eine Regelung der Verhältnisse zwischen Bund und Ländern, sprich eine mögliche, von den Ländern geforderte Kompetenzausweitung derselben, Aufnahme von sog. Staatszielbestimmungen sowie die Frage der "Anwendung des Art. 146 GG", sprich der Schaffung einer neuen Verfassung, wird den politischen Verhältnissen im kommenden Großdeutschland anheimgegeben, die Forderungen der Bürgerbewegungen der DDR, aber auch anderer werden auf den für sie vorgesehenen Platz politischer Bedeutungslosigkeit verwiesen: Einführung eines Plebiszits, Aufnahme von sozialen Grundrechten wie Recht auf Arbeit, Wohnraum, Schutz der Umwelt, Selbstbestimmungsrecht der Frau, Verbot der Aussperrung und Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene u.a.m.

Nach dem Beitritt gilt grundsätzlich Bundesrecht auch in den Ländern der DDR, von Ausnahme- und Übergangsregelungen abgesehen, gleiches gilt für EG- Recht. Hinsichtlich der am heftigsten umstrittenen Schwangerschaftsabbruchregelung ist nun eine Übergangsfrist von fünf Jahren im Gespräch, während der die Fristen-Regelung der DDR für ihr ehemaliges Territorium fortgelten soll, in der BRD nach wie vor der § 218 das Selbstbestimmungsrecht der Frau beschneiden wird.

Neue Qualitäten

Vorrangig sind selbstredend auch völkerrechtlich die Verträge, die die BRD abgeschlossen hat. Diese haben nun grundsätzlich auch Gültigkeit für das Gebiet der DDR, auch im Hinblick auf die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, also auch im Hinblick auf die NATO. Unter den "Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes, der Interessenlage der beteiligten Staaten und der vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland" sowie unter Berücksichtigung der FdGO sind wohl kaum aus reinen Kontinuitätsgründen Verträge zwischen DDR und anderen Staaten zu erörtern. Über deren Fortbestand oder Anpassung entscheidet dann eine gesamtdeutsche Regierung.

Wie Genscher gegenüber Schewardnadse anläßlich der Regelung außenpolitischer Modalitäten zur Wiedervereinigung sagte, gehe es keineswegs nur um eine Addition der vertraglichen Bindungen zwischen BRD und SU einerseits und derjenigen zwischen DDR und SU andererseits, sondern das neue Deutschland werde Bindungen neuer Qualität gegenüber der Sowjetunion entwickeln. Wenn der ökonomische und strukturelle Vorsprung der BRD bzw. des vereinten Deutschlands im Zugang zu Osteuropa und Sowjetunion gegenüber anderen westeuropäischen Ländern gemeint sein soll, so dürfte er durchaus Recht haben im Sinne einer absoluten Hegemonialstellung der BRD.

Kapitel 5: Radikalenerlaß

Zu heftigen Debatten haben bereits heute die Fragen geführt, wie eigentlich aus linientreuen RealsozialistInnen linientreue Beamte der FdGO gemacht werden, wie also in Nullkommanix ein verfassungstreuer Staatsapparat herzustellen ist.

Erste Meldungen brachten eine Art erweiterten Radikalenerlaß in die Debatte. Besondere Kündigungsmöglichkeiten sollten für ehemalige Staatsangestellte der DDR geschaffen werden, um unliebsame Anhänger sozialistischer Ideen wie auch ehemalige SED-Mitglieder aus dem sicherheitsrelevanten Staatsbereich zu vertreiben. Eine offene Flanke ist - so unkonkret der 2. Staatsvertrag auch gehalten ist - geblieben. Als "Protokollnotiz" wird vermerkt: "Soweit Einrichtungen ganz oder teilweise auf den Bund überführt werden, ist geeignetes Personal entsprechend den Notwendigkeiten der Aufgabenerfüllung in angemessenem Umfang zu übernehmen." Der Schlüssel ist das Wörtchen "geeignet", die Kriterien liegen auf

der Hand. Näheres wird wieder nach der Vereinigung, also wenn die DDR als Verhandlungspartner nicht mehr existent ist, geregelt.

Die öffentliche Aufgabenerfüllung wird Beamten übertragen, wobei festzuhalten ist, daß es in der DDR keine Beamten im klassischen Sinne gab. Infolgedessen müssen hier auch keine Personen nach mühsamen Gesinnungsprüfungen übernommen werden, sondern für BRD-Beamte werden sich ungeahnte Aufstiegs-und Versetzungsmöglichkeiten ergeben.

Länder dem Armenhaus anheimgegeben

Finanzen, wie könnte es anders sein, nehmen auch in diesem Vertrag breiten Raum ein. Strittigster Punkt ist die Aufnahme der DDR-Länder in den sog. Länderfinanzausgleich. Dieser soll u.a. einen "gerechtere" Verteilung der durch die Umsatzsteuer eingenommenen Mittel zwischen strukturstarken und strukturschwachen Ländern ermöglichen. Die DDR-Regierung bemühte sich in den Verhandlungen darum, in den Länderfinanzausgleich von Anfang an reinzukommen. Ziel war es, den DDR-Ländern auch über die Umsatzsteuer Einnahmen zu sichern und sie an den Transferzahlungen zu beteiligen. Hier sperren sich vor allem Länder der BRD wie z.B. das Saarland, das - selbst auf Ausgleichszahlungen durch finanzstärkere andere Bundesländer angewiesen - nicht für DDR-Länder zur Kasse gebeten werden will

Die DDR-Regierung konnte sich mit ihren Forderungen nicht durchsetzen. Der Länderfinanzausgleich findet für die DDR-Länder nicht statt, erst 1995 soll hier eine Änderung möglich sein. Stattdessen soll im nächsten Jahr den Ländern der DDR ein Umsatzsteueranteil von 60% zufließen, bis 1995 soll er 100% betragen. Die Bundesländer sind auch hiermit nicht einverstanden. Sie behaupten, mit ihren Leistungen an den Fond "Deutsche Einheit" dem Einheitsaltruismus Genüge getan zu haben. Im Vertrag wollen sie keine prozentuale Festlegung, sondern über eine "Verordnungsermächtigung" den DDR-Ländern allenfalls 50% der Umsatzsteuereinnahmen zubilligen.

Das Objekt der Begierde: Grund und Boden

Kapitel 6 des Vertrages geht auf die Behandlung des öffentlichen Vermögens und die Schulden der DDR ein. Das Verwaltungsvermögen soll grundsätzlich in Bundesvermögen verwandelt werden. Bonner Begehrlichkeiten gingen ursprünglich weiter, als nun im Vertrag vorgesehen, betrifft doch das Finanzvermögen der DDR vor allem wertvolle Liegenschaften - Grundstücke und Gebäude. Die DDR-Regierung wollte diese den künftigen Ländern der dann ehemaligen DDR übertragen. Bonn wollte alles für sich. "Die Länder brauchen die Verkauferlöse gewiß dringender als der Bund. Überdies benötigen sie die Flächen, um neue Unternehmen ansiedeln zu können", so die "Zeit" vom 20.7.90. Im Vertrag ist nun eine Regelung für dieses Finanzvermögen getroffen, wonach dieses zur Hälfte auf den Bund, zur anderen Hälfte auf die neuen Länder der dann ehemaligen DDR aufgeteilt werden soll, der Erlös aus dem Bundesvermögen ist allerdings für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben in den Ländern der DDR zu verwenden.

Schulden der DDR sind von einem nichtrechtsfähigen Sondervermögen des Bundes zu übernehmen, 1994 sollen die dann noch bestehenden Verbindlichkeiten auf den Bund, die DDR-Länder und die Treuhandanstalt verteilt werden. Strittig ist noch die Zinslastverteilung. Die Treuhandanstalt wird bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts. Auch wenn die hier zu erzielenden Gewinne nach dem Vertrag ausschließlich zugunsten der Länder der DDR verwendet werden sollen, zeichneten sich doch bereits durch die ersten Erfahrungen mit der Treuhandanstalt ab, welches Diktat westdeutschen Kapitals die Entscheidungen dort prägt.

The rest of the story

Die letzten beiden Kapitel widmen sich so unbedeutenden Bereichen wie "Arbeit, Soziales Familie und Gesundheitswesen" und "Kultur, Bildung und Wissenschaft". Auch hier eindeutig: das System bundesdeutscher Vorschriften wird komplett übernommen, lediglich rücksichtvoll klingende Allgemeinplätze halten noch das Image zweier selbständiger Staaten mehr schlecht als recht aufrecht. Als letztes beredtes Beispiel sei noch folgendes zitiert: "Die erhaltenswerte kulturelle Substanz in der Deutschen Demokratischen Republik darf keinen Schaden nehmen." Dabei wird im Absatz davor benannt, was erhaltenswert ist; nämlich Kunst und Kultur als "eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation". Alles, was unterscheidet, trennt, fremd und in der Tendenz eigenständig unbequeme DDR-Identität ist, soll technokratisch

der Finanzkatastrophe, und in den Köpfen dem Feldzug gegen jedwede nonkonformistische oder gar sozialistische Gesinnung zum Opfer fallen.

A., Hamburg

13. Bundestagswahl am 2. Dezember Ein Hauch von Staatsstreich weht durch"s Land

Rubrik: Wahlen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:56

Nachdem die staatliche Souveränität der DDR praktisch aufgelöst und die ökonomische Unterwerfung des Landes seit der Wirtschafts- und Währungsunion vom 2. Juli vollzogen ist, macht sich die Bundesregierung im Verein mit der SPD daran, den letzten Akt des Anschlusses der DDR zu organisieren. Mit den Wahlen zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember und dem hierfür vorgesehenen Wahlgesetz wird das zu Ende gebracht, was von Anfang an die Zielvorgabe des "Projekts Wiedervereinigung" war: Die vollständige Liquidation der DDR.

Nichts soll nach dem 2. Dezember noch daran erinnern, daß es auf deutschem Boden jemals etwas anderes gab, als "den freiheitlichsten Staat der Welt" in Form der Bundesrepublik Deutschland (offizielle Selbsteinschätzung der BRD). Die 40jährige realsozialistische Existenz der DDR wird unter diesen Voraussetzungen zum rein gedanklichen Phantomgebilde, mit der einzigen Ausnahme vielleicht, daß Erich Mielke auch noch nach dem 2. Dezember im Knast sitzen wird. Die vier Monate bürgerbewegte Zeiten in der DDR von November '89 bis zum März '90 schließlich, die immerhin maßgeblich zum Sturz einer bestehenden Staatsordnung beitrugen, werden bestenfalls dem Gedenken zukünftiger Feiertagsreden überantwortet, damit klar bleibt, daß die Macht im neuen Deutschland keineswegs jemals vom Druck der Straße beeinflußt werden kann. Das jetzt zwischen CDU und SPD ausgehandelte Wahlgesetz, offiziell "Wahlvertrag zwischen der BRD und der DDR" genannt, schafft die Bedingungen dafür, daß es im zukünftigen Parlament Großdeutschlands nur jene etablierten Bonner Parteien geben wird, die schon jetzt im Bundestag sitzen und lediglich die DSU dazugebeten wird. Für die parlamentarische Vertretung von DDR-Interessen oder die Bildung einer relevanten Opposition gegen die rigorose Annexionspolitik bleibt da wenig Raum. Selbst nach bürgerlich-demokratischen Prinzipien ist die Art und Weise, mit welchen Mitteln an der Zusammensetzung des nächsten Bundestags gezimmert wird, für die BRD einzigartig. War es bisher üblich, sich bei knappen Mehrheitsverhältnissen den einen oder anderen Abgeordneten einzukaufen, wird jetzt offen mit Grundgesetzänderungen, dem Bruch von Verfassungsprinzipien, Wahlkreismanipulationen, erzwungenen Parteivereinigungen und dem Überstülpen eines einheitlichen Wahlgebiets mit 5%-Hürde, die bisher in der DDR unbekannt war, gearbeitet. Die derart untergebutterte DDR- Opposition hat für diesen Vorgang aus ihrer Sicht völlig verständlich den Begriff der "Mehrheitsdiktatur" verwandt. Auch wenn mensch sich demgegenüber als hiesiger Linke/r angesichts solcher Verhältnisse nur noch wenig über die alltägliche Praxis imperialistischer Herrschaftsausübung wundern mag, haben wir es doch mit einem Stück parlamentarischer Machtergreifung zu tun. Ein Hauch von Staatsstreich weht mit beim ersten Akt der Gründung des wiedervereinigten Großdeutschlands. Die schon jetzt manipulierten Wahlen am 2. Dezember geben einen Vorgeschmack darauf, daß, wie vorhergesagt, Großdeutschland nicht demokratischer sein wird als die dann ehemalige BRD es war, wie es Teile der Grünen propagiert haben, um sich dem Einheitsstreben anzuschließen, sondern die linke und liberale Öffentlichkeit in einem Deutschland wird leben müssen, in dem hemmungsloses Leistungsstreben, Individualisierung und Isolation noch mehr als heute den sozialen und politischen Alltag prägen werden.

Diskussionen um den Wahltermin

Noch im April und Mai wurde zwischen den Bundestagsparteien darüber gestritten, wie schnell der Anschluß der DDR mit gesamtdeutschen Wahlen zum formellen Abschluß gebracht werden solle. Während die SPD einen Zeitraum von drei bis vier Jahren ins Auge faßte, favorisierte die FDP in Person von Genscher 1992 als Termin, um bei den damals anstehenden 4 plus 2-Verhandlungen mit den Alliierten keinerlei Bedenken wegen der Rasanz der Wiedervereinigung zu erregen. Die CDU ließ durch ihren Generalsekretär Rühe erklären, sie könne sich einen Wahltermin im Laufe des Jahres 1991 vorstellen. Nachdem damit keineswegs ein Termin für die Wahlen und den endgültigen Anschluß der DDR feststand, stimmten die vier Alliierten dem Vorgehen der Bundesregierung zu, sich für die Annexion alle Handlungsalternativen und Zeitabläufe offenzulassen. Einziges Zugeständnis von Bonner Seite an die ehemaligen Siegermächte war dabei nach einigem diplomatischen Gezerre eine Erklärung Kohls in Paris, die die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze zum Inhalt hatte. Für die Regierung in Bonn war spätestens nach dem ersten Durchgang der 4 plus 2-Konferenz das angestrebte Ziel erreicht, für die Neuordnung in Mittel- und Osteuropa freie Hand zu haben und die

Wiedervereinigung als rein deutsche und damit westdeutsche Angelegenheit zu organisieren. Ein eher zaghafter Versuch der Sowjetunion, mit dem Vorschlag, die inneren und äußeren Aspekte der Wiedervereinigung zu trennen, um damit wenigstens außenpolitisch für ein bis zwei Jahre eine Einbindung der Bundesrepublik zu garantieren, wurde von allen Westmächten einschließlich der BRD zurückgewiesen und verschwand in der Versenkung. Die übrigen EG- und NATO-Staaten wurden anschließend nur noch über die Ergebnisse der Konferenz informiert und stimmten dem Kurs der Westalliierten zu, eine Einflußnahme auf die Bonner Politik nur noch durch Anpassung zu versuchen.

Mit dem Erfolg im Rücken, auf Nachbarländer keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen, wurde von der CDU/FDP- Koalition der Vorschlag ins Spiel gebracht, den Anschluß der DDR spätestens mit Wahlen im Frühjahr 1991 zum Abschluß zu bringen. Innenpolitisch wurde diese weitere Forcierung des Annexionstempos mit dem Argument gefördert, die "Interessen der Menschen in der DDR" verlangten rasches Handeln. Diese Formulierung sollte ab Juni dann zum propagandistischen Schlüsselwort der weiteren Wahldebatte werden. Während die CDU zumindest öffentlich noch von getrennten Wahlen ausging, wobei die Bundestagswahlen für die BRD im Januar 1991 abgehalten werden sollten und die DDR durch eine Nachwahl auf ihrem Gebiet im nächsten Frühjahr Abgeordnete nachschicken sollte, favorisierte die FDP zunächst eine Verlängerung der Legislaturperiode des jetzigen Bundestages, um dann im Frühjahr in beiden Ländern zu wählen, freilich bei getrennten Wahlgebieten. Mit diesem Vorschlag war gleichzeitig das Tor dafür aufgestoßen, wegen der "einmaligen geschichtlichen Situation in der wir leben", das Grundgesetz zu ändern. Nach der entsprechenden Verfassungsbestimmung muß der neue Bundestag spätestens im Januar gewählt werden und der bestehende Bundestag hat ohne Grundgesetzänderung keinerlei Kompetenz, sich seine Amtszeit zu verlängern. Auf das Stichwort Grundgesetzänderung reagierte die CDU eleganterweise mit dem Vorschlag, eine solche könne man sich sparen, wenn zum ursprünglich angestrebten Termin im Dezember in beiden Staaten gewählt würde. Die FDP war einverstanden. Die DDR-Regierung fragte niemand, sie stimmte trotzdem zu. Damit waren Wahlen für den Dezember vereinbart, allerdings in zwei Wahlgebieten mit unterschiedlichen Wahlbestimmungen. Das DDR-Wahlrecht kennt z.B. keinerlei Beschränkungen in Form von Sperrklauseln.

Zur laufenden Debatte um die Wahltermine wurde im Juni eher beiläufig mitgeteilt, daß sich CDU/FDP/SPD-West mit ihren jeweiligen Juniorpartnern in der DDR auf jeden Fall vor den Wahlen vereinigen wollen. Die Parteivereinigungen wurden für August und September angesetzt. Der FDP-Vereinigungsparteitag hat bereits Mitte August in Hannover stattgefunden und die mehr als doppelt so mitgliederstarken DDR-Liberalen haben sich in die FDP aufgelöst.

Nachdem der Wahltermin damit festgelegt war und die Sozialdemokratie, deren tatsächlicher Beitrag zur Wiedervereinigung sich im Staatsvertrag zur sog. Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auf die Anordnung der Beschlagnahme des PDS-Vermögens beschränkte, sich die Rolle des Vorreiters der DDR-Unterwerfung zugeschrieben hatte, wurde von der SPD, welch ein Zusammenspiel, die Debatte um das Wahlverfahren eröffnet.

Streit um Wahlmodus

Mit der Forderung nach einem einheitlichem Wahlrecht nach bundesdeutschem Muster, d.h. konkret 5%-Sperrklausel und die Möglichkeit der neuen Wahlkreiseinteilung in der DDR, versprach sich die SPD den größtmöglichen Nutzen, ihre ohnehin schlechten Chancen bei gesamtdeutschen Wahlen zu verbessern.

Für all jene Parteien und Gruppierungen in der DDR, die nicht bereit waren, sich freiwillig mit einer bundesdeutschen Partei zu vereinigen und in ihr unterzugehen, bedeutet dies, aus dem Stand heraus ohne Organisation in der BRD die gesamtdeutsche 5%-Hürde überwinden zu müssen. Der faktischen Wirkung nach bedeutet diese 5%-Sperre - gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten in der BRD und der DDR - für eigenständige DDR-Parteien eine Sperrklausel von 23% der Stimmen, die sie auf dem Gebiet der DDR erreichen müßten. Mit einem solchen Ansatz wären nach SPD-Vorstellungen PDS, Bürgerbewegungen und die DSU aus dem Rennen gewesen. Den Bürgerbewegungen wurden dafür sichere Listenplätze bei der SPD angeboten. Gleichzeitig bot diese Regelung die Gewähr, jede organisierte Form von parlamentarischen Vertretungen gesellschaftlicher Gruppen aus der dann ehemaligen DDR nicht im neuen deutschen Bundestag zu haben. Es soll auch im neuen Parlament alles so weitergehen wie zuvor, nur eben um das Territorium der DDR erweitert, das von den etablierten Parteien dann mitverwaltet wird.

Einer Vereinbarung, die insbesondere der PDS schadet, aber gleichzeitig die DSU herausfallen läßt, konnte die CDU/CSU natürlich nicht zustimmen. Die DSU hätte zwar, wie andere Parteien auch, mit ihrer CSU-Zentrale in München fusionieren können, doch sprachen für CDU/CSU Gründe der Wahlstrategie dafür, die Eigenständigkeit der DSU als Partei zu erhalten. Eine in die CSU aufgenommene DSU hätte bedeutet, daß dann die CSU gegen die CDU im Gebiet der DDR hätte kandidieren müssen. Dies widerspricht sämtlichen Vereinbarungen der Unionsparteien, sich bei Wahlen nicht ins Gehege zu kommen und gegeneinander zu kandidieren. Es mußte also eine Lösung gefunden werden, die eigenständigen DDR-Parteien als Wahlbewerber auszuschalten und gleichzeitig der DSU inclusive der von ihr erzielten Stimmenergebnisse, den Einzug in das Parlament zu ermöglichen. Mitte Juli wurden dann zwei Wochen lang, allerlei Varianten diskutiert. Die CDU bevorzugte dabei die Lösung einer DDR-weiten 3%-Klausel oder einer länderbezogenen 5%-Sperre für das Gebiet der DDR. Propagandistisch wurde diese Regelung als demokratischer verkauft, um "den Helden der deutschen Oktoberrevolution in der DDR" den Einzug ins Parlament zu ermöglichen. Kalkül dabei war, den eigenen Stimmanteil über die DSU zu vergrößern und den Konkurrenten der SPD, Bürgerbewegungen und zur Not auch der PDS, auf Kosten der Sozialdemokratie den Einzug ins Parlament zu ermöglichen. Dies war aber wegen des dann sicheren Einzuges der PDS ins Parlament nur die zweitbeste Lösung. Außerdem beharrte die SPD auf ihrem Vorschlag einer einheitlichen 5%-Klausel und kündigte über ihre Mehrheit im Bundesrat eine Verzögerung der zukünftigen Einheitsverträge an. Ende Juli wurde dann die praktische Lösung für die wahlstrategischen Überlegungen gefunden und gleich in Form eines Wahlvertrages mit der DDR vereinbart, die ihr Wahlrecht dafür ersatzlos aufgab: einheitliches Wahlgebiet, gesamtdeutsche 5%-Klausel und die Möglichkeit für nicht in den Ländern konkurrierende Parteien, sich zu Listenverbindungen zusammenzuschließen.

Das Konstrukt der nichtkonkurrierenden Listenverbindung war der Clou, mit der die DSU drin, die PDS und die anderen aber draußen waren.

Der Wahlvertrag verstößt gleich gegen mehrere verfassungsmäßige Wahlrechtsgrundsätze und wurde zutreffend als LEX- DSU angegriffen. Die Wahlrechtsgleichheit ist über die nicht mehr bestehende Chancengleichheit der Parteien und die außerdem nicht mehr bestehende Erfolgswertgleichheit der Wählerstimmen ausgehebelt. Zwar bot auch die althergebrachte 5%-Hürde nicht allen Parteien gleiche Chancen und Stimmen für Kleinparteien fielen regelmäßig ersatzlos unter den Tisch. Doch bei der reinen 5%-Hürde entschied sich über die abgegebenen Stimmen, welche Partei im Parlament saß. Jetzt hingegen entscheidet der Zwang, sich mit einer Großpartei zu vereinigen oder auf ihr Angebot einer Listenverbindung einzugehen, darüber, wer ins Parlament einziehen kann. Es steht damit im Belieben der etablierten Parteien, wen sie ins zukünftige Parlament einziehen lassen wollen. Praktisch heißt Listenverbindung nicht konkurrierender Listen auch nicht Lockerung der 5%-Hürde, da gemeinsam eben die 5% überwunden werden müssen. Anders als nur 5%-Hürde ist es aber doch. Es wird zukünftig nicht mehr nur die bisher bekannten zwei Kategorien von Parteien geben, nämlich die einen, die im Bundestag sitzen und die anderen, die an der 5%-Hürde gescheitert sind sondern es kommt als dritte Kategorie hinzu, daß es Parteien geben wird, die die 5%-Hürde nicht überwunden haben, aber trotzdem in den Bundestag kommen, z.B. die DSU.

Das Thema für juristische Prüfungen und Dissertationen im Staatsrecht ist damit für die nächsten Jahre vorgegeben: Prüfung der Wahlrechtsgleichheit bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990. Eine Verfassungsklage gegen diese Regelung hätte zwar formal betrachtet gute Chancen, würde aber sicher praktisch nicht durchgehen, da die Debatte um den Wahlmodus wieder einmal eindrucksvoll gezeigt hat, wie die Verfassung hingebogen wird, wenn es um konkrete Machtausübung geht.

Erstes Opfer der Wahlmodusmanipulationen wurden die Bürgerbewegungen in der DDR, die bei Strafe des Untergangs mit den Grünen eine gemeinsame Wahlliste bilden mußten.

Beitrittsdiskussion

In Verbindung mit dem Wahltermin stand vor zwei Wochen auch noch die Diskussion um den Anschlußtermin der DDR. Die Ost-CDU schlug im Alleingang den 14. Oktober vor und wollte zu diesem Termin gleichzeitig wählen lassen. Was hier als großartiger Krach in der DDR-Koalitionsregierung abgefeiert wurde und unter dem Aspekt eines nochmals vorgezogenen Wahltermins mit möglicher Grundgesetzänderung oder konstruiertem Mißtrauensvotum gegen den Kanzler diskutiert wurde, hat sich inzwischen insofern erledigt, als jetzt der Anschlußtermin von dem Wahltermin getrennt wurde. Es dürfte danach bei einer Wahl am 2. Dezember

bleiben, auch wenn der Anschluß der DDR schon Mitte September oder wann auch immer vor dem Dezembertermin vollzogen wird. Gestritten wird nur noch darüber, ob ein Einigungsvertrag mit der DDR nötig ist, der z.B. für eine Übergangszeit die Fristenregelung auf dem Gebiet der DDR sichern würde, oder ob durch ein einfaches BRD-Überleitungsgesetz die DDR angeschlossen wird. Dann würden sämtliche BRD-Gesetze unmittelbar in der DDR gelten und die Änderung der Grundgesetzpräambel z.B. wäre entbehrlich.

Drei Direktmandate

Da nach dem Wahlvertrag das bundesdeutsche Wahlgesetz gilt, kann der Einzug ins Parlament außer mit dem Überspringen der 5%-Hürde auch mit dem Gewinn von drei Direktmandaten geschafft werden. Eine Variante, auf die Gregor Gysi nicht müde wird, hinzuweisen. Tatsächlich hat die PDS bei den Volkskammerwahlen im letzten März in einigen Wahlkreisen die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht, was ihr im Dezember z.B. in Frankfurt/Oder, Neubrandenburg, Eisenhüttenstadt und Berlin-Mitte Direktmandate für den Bundestag einbringen würde. Allerdings ist mit dem bundesdeutschen Wahlgesetz auch die Möglichkeit verbunden, die Wahlkreise in der DDR neu zu ordnen. Hiervon wurde, wer hätte das bezweifelt, auch hinlänglich Gebrauch gemacht. Die neue Wahlkreiseinteilung in der DDR für die Wahlen zum Bundestag am 2. Dezember ist dem Wahlvertrag als Anlage beigefügt und wird mit ihm zusammen verabschiedet werden. Nachdem das Volkskammerergebnis vom März detailliert vorlag, wurden, so ist sicher zu vermuten, verschiedene Rechner angeworfen, um genau auszurechnen, wie Direktmandate der PDS durch Wahlkreisveränderungen verhindert werden können. Das hat auch prima geklappt. Die alten Wahlkreise sind so aufgeteilt und neu zugeschnitten worden, daß wohl nur noch in Frankfurt/Oder ein Direktmandat für die PDS herausspringen kann. Alle anderen Hochburgen wurden wahlkreismäßig aufgeteilt und dem Umland bzw. anderen Stadtbezirken zugeschlagen. So wird Berlin-Marzahn mit einigen Dörfern in der Umgebung von Berlin gemeinsam einen Wahlkreis bilden, Berlin-Hohenschönhausen ist einem benachbarten Bezirk mit hohem SPD- Stimmergebnis zugeschlagen worden usw. Die Möglichkeiten der PDS, sicher in den Bundestag zu gelangen verflüchtigen sich damit. Außerdem ist aus dem West-SPD-Parteivorstand bekannt geworden, daß es mit der CDU Absprachen gibt, gegebenenfalls auf eine CDU-Direktkandidatur zugunsten der SPD überall dort zu verzichten, wo eine relative Mehrheit im Wahlkreis für die PDS möglich scheint. Gregor Gysi, dem dies alles bekannt sein dürfte, wirbt trotzdem fleißig mit den drei Direktkandidaturen für die PDS, wohl damit niemand fürchten muß, seine/ihre Stimme an die PDS wäre wegen der drohenden 5%-Klausel womöglich verschenkt.

Bei all diesen Wahlmanipulationen anläßlich der ersten gesamtdeutschen Wahl und dem Anschluß der DDR ist offenbar doch noch ein Satz aus der Geschichte der DDR bei den Bonner Parteien in lebendiger Erinnerung geblieben: "Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben."(Walter Ulbricht vor den ersten Wahlen in der DDR).

mar., Hamburg

14. Proteste gegen "Bauernsterben" in der DDR

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:60

15. August: Aktionstag der Beschäftigten der Landwirtschaft in der gesamten DDR. 250.000 Menschen beteiligen sich, davon allein 50.000 bei der zentralen Demonstration in Berlin.

Die Eroberung der DDR durch das BRD-Kapital trifft die Landwirtschaft besonders rasch und schwer. Von den 800-900.000 Beschäftigten dieses Sektors sollen in den nächsten Jahren mindestens die Hälfte "freigesetzt", also entlassen oder vorzeitig in Rente geschickt werden. Die DDR-Regierung rechnet bis Jahresende mit 1,5 Millionen Arbeitslosen, davon 250.000 aus der Landwirtschaft.

Schon heute ist die Lage vieler LPGs katastrophal. Von den über 4000 landwirtschaftlichen Genossenschaften gilt rund ein Drittel als "stark konkursgefährdet", und nur einem Drittel wird zugetraut, sich künftig "am Markt behaupten" zu können. Ungefähr ein Fünftel der LPGs müßte wohl nach kapitalistischen Kriterien bereits als ausweglos bankrott abgeschrieben werden, und tatsächlich haben sich in den letzten Monaten eine Reihe von Genossenschaften aufgelöst. Drastische Reduzierungen der Personalbestände durch Entlassungen, Kurzarbeit oder "Frühruhestand" sind an der Tagesordnung. Ein Großteil der LPG kann nur noch mit Hilfe staatlicher Kredite die Löhne weiterzahlen und gerät immer tiefer in Verschuldung. Zuschüsse aus dem DDR-Haushalt in Milliardenhöhe gehen fast in Gänze für die Deckung laufender Kosten - Löhne und sonstige feste Verpflichtungen - drauf; für echte Investitionen bleibt kaum etwas übrig.

Die BRD-Medien sparen nicht mit der bewährten Mischung aus triefender Häme und Krokodilstränen: Schuld haben "sozialistische Mißwirtschaft" und "Kommandosystem"; die Bäuerinnen und Bauern der DDR kommen mit der "freien Marktwirtschaft" nicht zurecht; überhaupt seien sie eigentlich gar keine richtigen Bauern mit "Unternehmerinitiative" und "Risikobereitschaft", sondern hätten die "Mentalität von Landarbeitern", die am Produktionsergebnis nicht sonderlich interessiert seien; mit Acht- Stunden-Tag, regulärem Urlaubsanspruch und "sozialem Klimbim" (beispielsweise Kinderkrippen als Bestandteil und Kostenfaktor der LPGs) könne man eben in der modernen Landwirtschaft nichts werden.

Wahr ist: die DDR-Landwirtschaft holt jetzt innerhalb von Monaten oder wenigen Jahren das "Bauernsterben" nach, das in der kapitalistischen Industriegesellschaft unvermeidlich ist. In der BRD hat in den letzten Jahrzehnten die Hälfte der bäuerlichen Betriebe aufgeben müssen; 400.000 allein seit 1970. Überlange Arbeitszeiten und unterdurchschnittliche Einkommen machen den Beruf unattraktiv für die jüngere Generation. Ohne staatliche Subventionen und Bankkredite wäre der gesamte Sektor angesichts der niedrigeren Produktionskosten in anderen Ländern nicht mehr lebensfähig. Die durchschnittliche bäuerliche Verschuldung pro Hektar liegt in der BRD sogar weit höher als in der DDR.

Der Anschluß-Kurs, den die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung, leider wohl auch der Bäuerinnen und Bauern, gewollt und "erkämpft" hat, mußte zwangsläufig und absehbar zum raschen Kollaps der DDR-Landwirtschaft führen. Der Produktivitäts-Rückstand der DDR gegenüber der BRD ist gerade auch auf diesem Sektor groß und schloß Wettbewerbsfähigkeit von vornherein aus. Die DDR-Landwirtschaft hätte eine mehrjährige Übergangszeit gebraucht, in der sie durch massive protektionistische Maßnahmen (Schutzzölle, Einfuhrbeschränkungen) abgeschottet worden wäre. Das war angesichts der offenen Grenzen und der bedingungslosen Auslieferung des Landes an die BRD und die D-Mark eine Illusion. Schutzmaßnahmen, die die Regierung de Maiziere versprochen hatte und die am 1. Juni in Kraft traten, mußten schon zwei Monate später wieder aufgehoben werden.

Produktivitätsrückstand

Das Verhältnis der DDR-Produktivität zur BRD-Produktivität läßt sich schwerlich exakt bestimmen, und entsprechend unterschiedlich sind die Angaben. Daß in der DDR pro Hektar Nutzfläche doppelt soviel Menschen tätig seien wie in der BRD, ist nur von eingeschränkter Aussagekraft: die LPGs des bisherigen Typs waren Gemeinschaften, die auch vielfältige Nebentätigkeiten integrierten, also beispielsweise eigene Bautrupps, Handwerksabteilungen, Reparaturbetriebe und Wäschereien unterhielten. Für alle diese Dienste muß selbstverständlich auch ein bäuerlicher Betrieb in der BRD bezahlen. Umgekehrt führt jetzt die Ausgliederung solcher Arbeitszweige aus den LPGs zwar statistisch zu einer Reduzierung der "landwirtschaftlichen Arbeitskräfte", aber per se noch keineswegs zu einer Steigerung der Produktivität.

Vieles läßt sich aber doch vernünftigerweise vergleichen. So ist beispielsweise unbestritten, daß in der DDR erheblich weniger Getreide per Hektar und Arbeitszeit geerntet wird, daß die Milchproduktion per Kuh weit geringer ist, daß die Mastzeit von Schweinen und Rindern deutlich länger ist, daß die Zuchtquoten niedriger liegen, daß die Maschinen großenteils überaltert und stark reparaturbedürftig sind.

Die Bäuerinnen und Bauern der DDR produzieren erheblich teurer als ihre bundesdeutschen Kolleginnen und Kollegen - und nur Subventionen in Höhe von zig Milliarden jährlich konnten die Preise für Lebensmittel künstlich auf einem niedrigen Niveau halten. Mit dem Fortfall dieser Subventionen mußte das System rasch zusammenbrechen.

Vergleichen wir einige bisherige Erzeugerpreise in DDR und BRD - Stand 1989 -, wobei der DDR-Preis jeweils gleich 1 gesetzt ist. Für die BRD ergeben sich dann: bei Getreide 0,6; bei Zuckerrüben 0,6; bei Milch 0,4; bei Schlachtrindern 0,3; bei Schlachtschweinen 0,4%; bei Eiern 0,4; bei Wolle 0,06.

Das heißt, praktisch ausgedrückt, daß nach der Währungsumstellung 1:1 BRD-Rindfleisch für den Großhandel der DDR nur ein Drittel des bisher an die LPG zu zahlenden Preises kostet, Milch nur 40% usw. Oder andersherum gerechnet: die LPGs müßten, um mit den billigeren Importen aus der BRD (und anderen EG-Ländern) konkurrieren zu können, auf Abgabepreis runtergehen, die nur noch 60%, 40% oder 30% oder sogar weniger als ein Zehntel - siehe Beispiel Wolle - ihrer bisherigen Erlöse betragen. Dies selbstverständlich bei gleichbleibenden Löhnen. Zwar verbilligen sich für die LPGs nun auch viele Betriebsmittel (Dünger, Pflanzenschutzmittel, Futter, Strom, Kraftstoff, Maschinen), aber die Rechnung geht am Ende trotzdem bei weitem nicht auf. Die Bestände an Rindern, Schweinen und Geflügel wie auch die Anbauflächen müssen erheblich reduziert werden. So sollen z.B. nach dem Willen der DDR-Regierung die Milcherzeugung um 600 kt, der Kuhbestand um 150.000 Stück, die Schlachtschweinproduktion um 160 kt und die Ackerfläche um 250.000 Hektar reduziert werden. Für die vor allem auf Wollproduktion orientierte Schafzucht der DDR bedeuten die Verhältnisse sogar das Aus, da sich selbst mit verzweifelten Maßnahmen keine Konkurrenzfähigkeit mit dem niedrigen Weltmarktpreis herstellen ließe.

Provozierter Ruin

Noch vor der Währungsunion führten die kritische Situation und schließlich der Zusammenbruch von Verarbeitungsindustrie und Handel der DDR zu schweren Einbußen für die DDR-Landwirtschaft. Bei vielen verarbeiteten Lebensmitteln - Milchprodukte, Gemüsekonserven, Wurstwaren etc. - gaben Handel und VerbraucherInnen der DDR den attraktiver verpackten und mutmaßlich wohlschmeckenderen BRD-Produkten den Vorzug. Schon in den ersten fünf Monaten 1990 verdreifachten sich die Lebensmittel-Importe aus der BRD, mit teilweise explosionsartigen Raten - Biere um das 60fache, Joghurts um das 15fache. Schokoladen-Produkte der DDR wurden von der BRD-Konkurrenz geradezu vom Markt gefegt, und sie hatten bisher selbstverständlich DDR-Milch verarbeitet. Handel und Verarbeitungsbetriebe (Molkereien, Schlachthöfe, Konservenfabriken u.a.) ließen langfristige Abnahmeverträge mit den LPGs platzen oder nützten deren verzweifelte Situation aus, um günstigere Konditionen und niedrigere Preise zu erpressen. Die LPGs, die praktisch ausschließlich schnellverderbliche Waren produzieren - auch Schweine und Kühe kann man nicht über die Zeit füttern, weil sie sonst zuviel Fett ansetzen und im Wert sinken -, sind solchen Methoden schutzlos ausgesetzt. Vielfach ist es sogar "rentabler", Gemüse, Kartoffeln und Getreide unterzupflügen, statt abzuernten. Daß viele LPGs dazu übergegangen sind, Produkte selbst an Markt- ständen zu verkaufen - mit guten Absätzen -, hilft ihnen wenig, sofern unter dem Selbstkostenpreis verkauft wird, was wohl oft der Fall ist.

Inzwischen gehen "überschüssige" Rohstoffe der DDR-Landwirtschaft wie Milch und Fleisch auch zu Dumping-Preisen in die BRD. Es steht die Frage, wieweit die DDR als Standort eigener Verarbeitungsbetriebe für Lebensmittel überhaupt noch eine Zukunft hat. Jedenfalls ist jetzt schon klar, daß ohne engste Kooperation und Verflechtung mit den marktbeherrschenden Lebensmittel-Konzernen der BRD nichts mehr läuft.

Die LPGs sind entgegen der landläufigen Propaganda nicht durch "mangelnde Flexibilität" und "fehlendes marktwirtschaftliches Denken" in die Existenzkrise geraten. Sie sind durch den rasanten Anschluß der DDR an die BRD ohne eigenes Verschulden, aber absehbar und gezielt, in eine Krise gestürzt worden, die ihnen als Start in den Kaptalismus Milliardenverluste bescheren mußte, denen mit keinerlei kapitalistischer Cleverness zu entgehen gewesen wäre. Die Phantasie und der Arbeitseinsatz, womit sich jetzt die Bäuerinnen und Bauern der DDR in die ungewohnte Marktwirtschaft stürzen, Neues anpacken, nach "Nischen" und

Nebenerwerbsmöglichkeiten suchen, westliche Erfahrungen studieren, ist beachtlich, vermag aber leider nur relativ wenig auszurichten. Vielleicht hätte das genossenschaftliche System der DDR mit seinen großen Produktionseinheiten eine Chance gehabt, im Wettbewerb mit dem privaten Familienbetrieb des Kapitalismus zu bestehen und Vorzüge zur Geltung zu bringen - falls den LPGs ein schonender mehrjähriger Übergang eingeräumt worden wäre. Aber ihnen diese Chance zu geben, lag niemals im Interesse des BRD-Kapitals und der Bundesregierung. Im gesteuerten Ruin der genossenschaftlichen Landwirtschaft soll noch einmal der Sozialismus getroffen und die Überlegenheit des Kapitalismus manifestiert werden.

Kt., Hamburg

15. Vereint in die Sackgasse? - Der Streit um die Abtreibungsregelung im zukünftigen Gesamtdeutschland

Rubrik: Frauen und der § 218; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:17

Im Zuge des deutsch-deutschen Trubels sind auch in der Abtreibungsfrage festgefahrene Positionen in Bewegung geraten. Für den 2. Staatsvertrag wurde zwischen BRD und DDR ein sogenanntes "Übergangsmodell" ausgehandelt, das für Frauen geteiltes Recht im "einig Vaterland" vorsieht: in der DDR die liberale Dreimonatsfrist, in der BRD die Indikationsregelung nach Memminger Art.

Falsche Hoffnungen wecken Frauen aus SPD und FDP, Teile der GRÜNEN, die Frauenzeitschrift EMMA und einige Feministinnen, die die historische Chance witternd das Fristenmodell als einzige realistische Lösung propagieren. Auch die Vorzeige-Emanze der CDU, Rita Süßmuth, bietet sich als Vermittlerin im Streit um eine Abtreibungsregelung im künftigen Gesamtdeutschland an und präsentiert einen "dritten Weg" zwischen §218 und Fristenregelung.

Auf der Demonstration am 12.6. in Bonn hatte noch die Mehrzahl der 15.000 Frauen offensiv zum Ausdruck gebracht, daß sie sich mit einer Fristenregelung nicht zufrieden geben würde. Inzwischen scheinen aber Teile der Frauenbewegung den Rückzug anzutreten. Die Forderung nach ersatzloser Streichung des §218, zu der sich nach langen Auseinandersetzungen auch Einzelgewerkschaften, die GRÜNEN und Frauen aus der SPD bekannt hatten, soll offensichtlich der "Wiedervereinigung" geopfert werden.

Das "Übergangsmodell - Galgenfrist für die DDR-Fristenregelung

Da trotz heftigem Druck die CDU in der DDR vor Abschluß des 2. Staatsvertrags noch nicht zu einer Übernahme des Indikationsmodells zu bewegen war, einigte man sich auf eine "Übergangsregelung". Im wiedervereinigten Deutschland soll für eine kurze Übergangszeit zweierlei Recht beim Schwangerschaftsabbruch gelten. Auf dem Gebiet der DDR ist Abtreibung weiterhin in den ersten drei Monaten straffrei, vorausgesetzt die Schwangere hat ihren Wohnsitz in der DDR. Frauen aus der BRD dagegen, die in der DDR abtreiben, machen sich nach wie vor strafbar. Um einen bundesdeutschen Abtreibungstourismus zu verhindern, soll abweichend vom üblichen "interlokalen Strafrecht" nicht das "Recht des Tatorts", sondern das "Recht des Wohnorts" gelten. "Strafverfolgung nach Postleitzahlen" kommentierte der "Spiegel" zutreffend.

Die Beibehaltung der Strafandrohung für Frauen aus der BRD stieß bei Frauen aus SPD, FDP und CDU, den GRÜNEN, Pro Familia und der Bundesärztekammer auf empörte Kritik. Eine "gesamtdeutsche Schnüffelpraxis" (Karsten Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer), ein "einig Memmingen" wären die Folge: Patientinnenkarteien würden beschlagnahmt, der Willkür wären Tür und Tor geöffnet, ÄrztInnen und Krankenschwestern würden zu Erfüllungsgehilfen der BRD-Justiz degradiert, ÄrztInnen in der DDR der Strafverfolgung ausgesetzt, wenn sie bei einer Frau aus der BRD eine Abtreibung vornehmen, ohne ihren Wohnsitz und ihre Indikation geprüft zu haben. Offen ist bislang, ob ein kurzfristiger Wohnungswechsel von West nach Ost Straffreiheit garantiert oder als "Scheinwohnsitz" gilt. Ungeklärt ist ebenfalls, ob ein Abbruch in der DDR von westdeutschen Krankenkassen finanziert wird.

Den DDR-Frauen bliebe mit dieser Regelung zunächst das restriktive Indikationsmodell erspart. Aber vorgesehen ist nur eine kurze Galgenfrist. Mit diesem billigen Trick wird die Beerdigung des DDR-Modells auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben, um dann den Frauen in der DDR den §218 aufzudrücken.

Das Süßmuth-Modell - die dritte Sackgasse

In Abgrenzung gegenüber der "unzumutbaren" Übergangsregelung legte Rita Süßmuth gemeinsam mit der Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes, Ingeborg Retzlaff, ein Modell für einen "Dritten Weg" vor, den sie als "Lösungsperspektive" schon in den 2. Staatsvertrag aufgenommen wissen will. Mit diesem Vorschlag scheinen sich in der Abtreibungsfrage neue politische Konstellationen zu eröffnen. Insbesondere der angekündigte Verzicht auf Strafandrohung brachte ihr quer durch alle politischen Lager Zustimmung und ließ die "taz" von "heimlicher Fristenregelung" munkeln.

"Feministische Schlagseite" - so der Vorwurf von CSU-Generalsekretär Huber - kann Süßmuth allenfalls insofern bescheinigt werden, als sie vom Entscheidungsrecht der Frau spricht und nach den Erfahrungen der Memminger Hexenprozesse Frauen mehr Rechtssicherheit garantieren will. Ansonsten aber lassen ihre Pläne an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Es geht mitnichten um eine Abschaffung des §218, sondern um eine geschickt verpackte Modernisierung des Indikationsmodells. Die Mogelpackung heißt "Lebensschutzgesetz". Der "Schutz des ungeborenen Lebens im geeinten Deutschland" - so der Titel des Modells - soll durch ein umfassendes "Lebensschutzgesetz" gewährleistet werden, in den der "Regelungsgehalt der §§218 und 219 StGB" übernommen wird. Über ein "Nebenstrafrecht" bleibt also Schwangerschaftsabbruch weiterhin strafbar. Die geltende Indikationsregelung soll grundsätzlich beibehalten werden, mit einigen Änderungen wie Fristverkürzung der "eugenischen Indikation" von der bisher 22 auf 12 Wochen. Nach einer Zwangsberatung, deren Inhalte in einem Gesprächsprotokoll festgehalten werden, kann die Frau innerhalb der ersten drei Monate "die persönliche Verantwortung tragen und die Entscheidung treffen". Die Beratungsbescheinigung muß dem Arzt/der Ärztin, der/die den Abbruch vornimmt, vorgelegt werden. Zwischen Beratung und Abtreibung ist eine Karenzzeit von drei Tagen vorgeschrieben.

Süßmuth präsentiert damit eine modifizierte Neuauflage des vor zwei Jahren gescheiterten Beratungsgesetzes und verkauft ihren "dritten Weg" zugleich als Erfolg der Frauenbewegung. Auch weiterhin macht sich eine Frau, die ohne Beratung und nach der Dreimonatsfrist abtreibt, strafbar. Weder bleibt ihr das entwürdigende Verhör der Zwangsberatung erspart, noch die Suche nach einem Arzt/einer Ärztin, der/die den Abbruch vornimmt. Aber - so das Kalkül von Süßmuth, das sie mit ihrem Vorgänger im Familienministerium, Heiner Geissler, teilt - Zwangsberatung eignet sich besser als Kriminalisierung, Frauen einzuschüchtern, zu gängeln und ihren "Willen zum Kind" zu stärken.

Das "Lebensschutzgesetz" sieht eine Vielzahl von staatlichen Maßnahmen mit Rechtsanspruch vor, um die "Entscheidung für das Kind" zu stärken. Dazu gehören u.a. Erhöhung des Kindergeldes, Erziehungsurlaub bis zum 3. Lebensjahr, Kinderbetreuung, nachzuholende Berufsausbildung und Wiedereingliederungsmaßnahmen nach der Familienphase, Teilzeitarbeit und Bereitstellung einer Wohnung. Die Leistungen der Stiftung "Mutter und Kind" sollen in Bundes- und Landesleistungen mit Rechtsanspruch umgewandelt werden.

Das zentrale Anliegen des Süßmuth-Vorstoßes zielt darauf, den "Schutz des ungeborenen Lebens" aus dem Strafgesetzbuch herauszunehmen und ihm Verfassungsrang einzuräumen. Neben dem Schutz des behinderten und des sterbenden Lebens soll der "Schutz des ungeborenen Lebens" in das Grundgesetz Art. 2 Abs. 2 aufgenommen werden. In dieser verfassungsrechtlichen Trennung der symbiotischen Einheit von Schwangerer und Embryo liegt die eigentliche Brisanz des Vorschlags. Als eigenständiges Rechtssubjekt wird der Embryo auf verfassungsrechtlicher Ebene der Frau gegenübergestellt, das Lebensrecht des Embryos normativ über die Frau und ihr Recht auf Selbstbestimmung gesetzt. In der Euphorie über Süßmuths "Entkriminalisierungs"absicht blieb es der feministischen Rechtsanwältin Claudia Burgsmüller vorbehalten, in der "taz" klarzustellen: "Dieser Preis ist zu hoch!". Fraglich ist zudem, auf welcher rechtlichen Grundlage überhaupt noch eine Abtreibung durchführbar ist, wenn erst einmal das "ungeborene Leben" verfassungsrechtlich geschützt ist. Auch das Beratungsziel wäre damit endgültig festgelegt. Originalton Süßmuth: "Die Verantwortung der Schwangeren muß in einer Weise, die mit der Wertordnung des Grundgesetzes übereinstimmt, gestärkt werden."

Sollte sich der "Schutz des ungeborenen Lebens" mit Verfassungsrang als nicht durchsetzbar erweisen, besteht für Abtreibungsgegner noch begründete Hoffnung, auf anderem Wege zum Ziel zu kommen. Im Herbst steht im Bundestag die Verabschiedung des Embryonenschutzgesetzes, das sich derzeit noch im Rechtsausschuß befindet, an. Im §9 des Entwurfs wird der Beginn menschlichen Lebens definiert: "Als Embryo ... gilt bereits die befruchtete Eizelle vom Zeitpunkt der Kernverschmelzung an ...".

Ungeahnter Beifall für das modifizierte Indikationsmodell

Innerhalb der eigenen Partei wird Süßmuths Vorschlag, den sie vorher nur im "kleinsten Kreis" diskutiert hatte und als "nicht abgestimmt" bezeichnet, kontrovers diskutiert. Widerstand kam v.a. aus der CSU. Der bayerische Innenminister Stoiber und CSU-Generalsekretär Huber lehnten das Modell als verfassungswidrig ab und kündigten "härtesten Widerstand" an. Scharfe Töne kamen auch aus der CDU-Frauenunion von Seiten der stellvertretenden Vorsitzenden Rita Verhülsdonk sowie der nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Leni Fischer. Der Fuldaer Bischof und die "Christdemokraten für das Leben" forderten den Rücktritt Süßmuths

von ihren Ämtern. Zunehmend erfährt der Vorschlag aber Unterstützung aus den eigenen Reihen. Das Präsidiumsmitglied Christa Thoben, die Landesvorsitzenden der Frauenunion Hessen und Saarland, die CDU-Niedersachsen sowie die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft äußern Zustimmung. Mitstreiterinnen findet Süßmuth sogar bei den Frauen aus der CSU wie der Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Aus der katholischen Kirche begrüßte die "Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands" den Vorschlag als eine "neue Basis".

Auf deutliche Zustimmung stieß das fragwürdige Modell bei Frauen aus der SPD, FDP und den GRÜNEN (die niedersächsische Frauenministerin Waltraud Schoppe und die Berliner Frauensenatorin Anne Klein/AL); außerdem beim Deutschen Frauenrat, dem DGB sowie 50 Frauenärztinnen aus Ost- und West-Berlin. Nahezu übereinstimmend wird die geplante "Entkriminalisierung" gefeiert und Süßmuth bescheinigt, sie wolle den §218 abschaffen. Die Zustimmung der Parteifrauen verwundert kaum, hatten sie doch schon seit längerem im Rahmen einer parteiübergreifenden Fraueninitiative (unter Einschluß der CDU-Frau Rita Verhülsdonk) eine Beibehaltung der Indikationsregelung ohne Strafandrohung favorisiert. Kritik rief allenthalben die vorgesehene Zwangsberatung hervor. ASF-Vorsitzende Inge Wettig-Danielmeier bescheinigte dem "dritten Weg", er führe in eine "Sackgasse".

Deutschland einig Fristenlösung?

Die Annäherung an das Süßmuth-Modell ist inzwischen weit gediehen. Frauen aus SPD, FDP und den GRÜNEN propagieren derzeit die Fristenregelung als "letzte Chance" und geschickten Schachzug, den §218 "zu Fall" zu bringen. Die Frauenzeitschrift EMMA sieht Verbündete unter prominenten SPD-Männern wie Momper, Schröder, Spöri und Wedemeier, und jubelt "Momper geht voran!" über den Antrag des Berliner Senats für ein "Gesetz über selbstbestimmte Schwangerschaft", der in den Bundesrat eingebracht werden soll. Der grüne Willi Hoss erklärt gar das Kinderkriegen zur "Männersache" und ruft alle Männer zu einer "ganz großen Koalition" für die Fristenregelung auf. Nach anfänglich zögerlicher Ablehnung der Zwangsberatung signalisieren v.a. die SPD-Frauen weitgehende Konzessionsbereitschaft. An einem "Runden Frauentisch" solle "Punkt für Punkt" ausgelotet werden, ob das Süßmuth-Modell für alle Parteifrauen kompromißfähig sein könne. Mit den Sozialdemokratinnen - so die ASF-Vorsitzende - könne man sehr wohl über die Pflicht zur Beratung, ohne Gesprächsprotokoll und vorgegebenes Beratungsziel, reden. Damit geht die SPD noch hinter den halbherzigen ASF-Entwurf über ein Schwangerschaftsgesetz zurück, das zumindest Straffreiheit bis zur 22. Woche ohne Beratungszwang vorsieht. Einig sind sich die Frauen des "Runden Tisches" offenbar in der Fürsorge für die DDR-Frauen, die bislang auf beratende Unterstützung verzichten mußten, und denen frau jetzt den Segen der BRD-geprüften Zwangsberatung zuteilwerden lassen will. Mit dem Trick der "verbesserten" Beratung ist ein Kompromiß mit der CDU in greifbare Nähe gerückt.

Auf dem 2. Treffen der parteiübergreifenden Fraueninitiative, zu dem auf Einladung der ASF ca. 30 "hochkarätige Expertinnen" (Däubler-Gmelin), darunter zehn Landesministerinnen, acht Bundestags- und Volkskammerabgeordnete, die stellvertretende Vorsitzende des DGB, die Vorsitzenden des Deutschen Frauenrates, des Juristinnen- und Ärztinnenverbandes, gekommen waren, wurde ein Protokollantrag verabschiedet, der in den 2. Staatsvertrag aufgenommen werden soll.

Gefordert wird die Einführung der Fristenregelung mit einem "Recht für schwangere Frauen auf Hilfe und Beratung" sowie Straffreiheit für Frauen aus der BRD, die bis zu einer Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in der DDR abtreiben. Deutliche Signale in Richtung CDU, die trotz zweimaliger Einladung den Treffen fernblieb, gaben die "Schwestern" mit der erklärten Bereitschaft, auch einer Zwangsberatung ohne festgelegtes Beratungsziel zustimmen zu wollen. Einen gleichlautenden Antrag zur Fristenregelung verabschiedeten Vertreterinnen aller - auch der CDU- Volkskammerfraktionen in Ost-Berlin. Die Fraueninitiative begrüßte außerdem einen Protokollantrag der beiden Berliner Stadtregierungen, die schon während der geplanten "Übergangsregelung" die Einführung der Fristenregelung für das ganze Stadtgebiet fordern.

DDR-Frauen unter Druck

Skepsis ist angebracht gegenüber den Illusionen, die DDR würde beim Anschluß die Fristenlösung als Geschenk mitbringen. Denn inzwischen bröckelt in der DDR die Front der Fristenlösungsbefürworter. Am 12.7. hatte zwar die Mehrheit in der DDR-Volkskammer für die Beibehaltung des Fristenmodells bis zur Neuregelung

durch ein gesamtdeutsches Parlament gestimmt, aber zunehmend sprechen sich auch CDU-Abgeordnete für eine Verschärfung der Abtreibungsregelung aus. Ministerpräsident de Maizière und der Gesundheitsminister Kleditzsch begrüßten den Süßmuth-Vorschlag. Familienministerin Christa Schmidt besteht auf der Fristenregelung und erteilte der Zwangsberatung eine deutliche Absage, hält ansonsten die Zeit für gemeinsame Lösungen für "noch nicht reif", obgleich sie bei der Aufwertung von Familie und Mutterschaft in der DDR einen "großen Nachholbedarf" sieht. Noch bleibt die Ost-SPD bei der Beratungspflicht hart. Angelika Barbe, stellvertretende SPD-Vorsitzende erklärte auf dem 1. Treffen der parteiübergreifenden Fraueninitiative, eine Zwangsberatung keinesfalls akzeptieren zu wollen. Das Votum der Frauen in der DDR ist deutlich: Nach einer Umfrage des Leipziger Jugendforschungsinstitut haben sich 77% der DDR-Bürgerinnen für die Fristenlösung ausgesprochen. In einem Brief an die Familienministerin Schmidt forderten über 110.000 die Beibehaltung der Fristenregelung. Gegen soviel Selbstbewußtsein der DDR-Frauen formieren sich die Abtreibungsgegner auch in der DDR und machen gegen das Recht auf Abtreibung mobil. Mit einem Hungerstreik vor dem Gesundheitsministerium protestierten DDR-Lebensschützer der "Kooperative Arbeit Leben ehrfürchtig bewahren" gemeinsam mit der bundesdeutschen "Aktion Lebensrecht für alle" gegen die Fristenregelung. Lebensschützer ermuntern Ärzte unter Verweis auf die BRD-Praxis, den Eingriff einfach zu verweigern. Inzwischen fordern auch DDR-Ärzte die finanzielle Beteiligung der Frauen an den Kosten des Abbruchs.

Kein einig Memmingen!

Die Frauenbewegung sollte sich von den klugen Ratgeberinnen, die das "kleinere Übel" Fristenlösung als das derzeit einzig Machbare verkaufen wollen, nicht einlullen lassen. Wer, wie Teile der parteiübergreifenden Fraueninitiative, auf lange Übergangsfristen und die Fristenregelung, erweitert um eine "verbesserte" Zwangsberatung, setzt, unterstützt das Süßmuth-Modell und fördert die schleichende Einführung des §218 in Gesamtdeutschland. In jedem Fall ist die Fristenlösung der "falsche Schachzug" (Verena Krieger von den GRÜNEN), denn sie schwächt die Bewegung gegen den §218 und erklärt sich mit der halbherzigen Liberalisierung einverstanden, die zwar für westdeutsche Frauen einen realen Fortschritt bedeuten würde, aber vom Selbstbestimmungsrecht noch meilenweit entfernt ist.

Statt Rückschritten und Bescheidenheit steht die politische Offensive gegen den §218 auf der Tagesordnung. Auch eine "gesamtdeutsche Fristenregelung" wird den Frauen nicht geschenkt werden. Das westdeutsche Indikationsmodell muß v.a. hier in der BRD bekämpft werden. Das ist eine geeignete Form der Solidarität mit den Frauen in der DDR, deren gesamte Lebensverhältnisse mit der Annexion durch die BRD einschneidend verschlechtert werden.

Da, Bremen

Quellen:

Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Tageszeitung, Spiegel und EMMA von Juni bis August 1990.

16. Errungenschaften oder abschreckendes Beispiel Kindertageserziehung in der DDR

Rubrik: Jugend und Studenten; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:14

Die Versorgung mit Kindertagesplätzen ist einer der wenigen Bereiche, in dem die DDR sich in ihrer jetzt zu Ende gehenden vierzigjährigen Geschichte einen meßbaren und insofern auch nicht unbedingt bestreitbaren Vorsprung gegenüber der Bundesrepublik erarbeitet hat, was allerdings angesichts der langen Vernachlässigung dieses Bereichs hierzulande nicht besonders schwer war. Zeitweise wurde dieser Vorsprung auch anerkannt; inzwischen allerdings wird in der Bundesrepublik eine Kampagne gegen die Kindergärten in der DDR betrieben, die an dieser Errungenschaft kein gutes Haar läßt.

Dieser Kampagne kann schlecht nur mit dem Ruf "Erhaltet die Kindergärten in der DDR" oder gar "Ein Vorbild für die BRD" begegnet werden. Gilt doch für den realen Sozialismus der DDR, daß sich hinter Glanz nicht unbedingt Gold verbergen muß. Vieles an den DDR-Kindergärten war und ist für Leute, die Kinder vernünftig großwerden sehen möchten, tatsächlich zum Gruseln.

Erfreulicherweise beginnen sich gerade damit auch in der DDR Erzieher(innen) zu beschäftigen. Im Vordergrund steht für sie jedoch im Augenblick die Sorge, ob sich ihre Arbeitsplätze erhalten können, was der Sorge von Eltern entspricht, ob nicht demnächst im Zuge der "Einführung der Marktwirtschaft" die Kindergärten geschlossen oder so verteuert werden, daß sie unbezahlbar werden.

Es gibt also genug Gründe, sich mit der Situation der Kindergärten in der DDR und der Diskussion darum zu beschäftigen.

Der Systemvergleich

Der Vergleich der Kindergartenversorgung in der Bundesrepublik und der DDR führt zu einem für das Mutterland der "sozialen Marktwirtschaft" vernichtenden Ergebnis. In der Bundesrepublik gibt es für 9 Millionen Kindern unter 14 Jahren knapp 1,6 Millionen Kindertagesplätze, d.h. noch nicht einmal für jedes fünfte Kind. Für eine Altersgruppe, die Drei- bis Sechsjährigen sieht es dabei auf den ersten Blick noch ganz erträglich aus: 70% können in einen Kindergarten gehen, die meisten davon allerdings nur ein paar Stunden täglich, wenn die Mutter halbtags arbeitet, die Wohnung aufräumt oder Einkäufe macht. Kleine Kinder sind dagegen chancenlos. Für 1,8 Millionen Kinder unter drei gibt es gerade 28.000 "Krippen"plätze. (Versorgungsquote unter 2%). Auch bei den Schulkindern sind es nur etwa 2%, die einen Kindertagesplatz haben. (1)

Dabei ist für Kleinst- und Schulkinder die Situation auch noch von Bundesland zu Bundesland verschieden. Mehr als die Hälfte der Krippenplätze konzentrieren sich auf die Großstädte Hamburg und Westberlin; in anderen Bundesländern gibt es demgegenüber praktisch gar nichts.

Die DDR wartet demgegenüber auf mit einer Versorgungsquote von 95,1% bei den Kindern im Kindergartenalter und 79,9% bei den Kindern unter drei Jahren, d.h. während die Bundesrepublik knapp 30.000 Plätze in dieser Altersgruppe aufzuweisen hat, sind es in der DDR etwa 400.000. (2)

Auch bei den Preisen für die Tagesbetreuung ergibt sich eine deutlich bessere Situation jenseits der Elbe. Eltern zahlen dort 35 Pfg. pro Tag fürs Essen und 20 Pfg. für die Milch. In Hamburg z.B. müssen Eltern mit geringem Einkommen mindestens 60 DM im Monat aufbringen, alleinstehende, berufstätige Mütter kommen selten mit weniger als 150 DM im Monat davon, in anderen Bundesländern ist es teilweise noch wesentlich mehr.

Träger der Kindergärten sind in der DDR Städte und Betriebe, in der Bundesrepublik ebenfalls die Städte, aber zu einem sehr erheblichen Teil auch die Wohlfahrtsverbände, insbesondere der Kirchen, die in der DDR keine vergleichbare Funktion hatten.

Das Ergebnis des Vergleichs kann man so formulieren: Die DDR hat eine preisgünstige Vollversorgung mit ganztägigen außerschulischen Betreuungsangeboten, die Bundesrepublik in weiten Bereichen eine Notversorgung, sieht man von den zahlreichen Halbtagskindergärten ab.

Kindertageserziehung als "Keim des Kommunismus"

Da an den Zahlen nicht herumzumäkeln ist, haben sich konservative Medien in der Bundesrepublik auf eine andere Argumentation verlegt, mit der die BRD im Systemvergleich doch noch als Gewinner dasteht. Nach dieser Argumentation ist es nämlich gut, wenn ein Land wenig Kindergärten hat, und schlecht, wenn es damit gut ausgestattet ist.

In der Bundesrepublik gibt es seit Jahren eine lautstarke Gruppe von Kritikern der "Fremdbetreuung" von Kindern, insbesondere in den ersten drei Lebensjahren. Diese Kritiker haben zwar alle einschlägigen Ergebnisse der neueren pädagogischen Forschung gegen sich (3) und auch die zuständige Bundesfamilienministerin gehörte zu den heftigsten wissenschaftlichen Gegnerinnen (4), aber auf ideologischer Ebene sind sie sehr wirksam. Sie vertreten die feste Überzeugung, daß Kleinstkinder zumindest in den ersten drei Lebensjahren die Mutter als "Hauptbindungspartner" benötigen, ihnen soziale Kontakte zu anderen Kindern sowieso nichts bringen, und der beste Platz damit natürlich zu Hause ist.

Bei ihren Bemühungen, diesen Gedanken möglichst wirksam unterzubringen, spielt kurioserweise immer wieder ein Aufsatz von W.I. Lenin eine Rolle. So warnte z.B. 1985 der Psychologe Horst Schetelig in der "Welt am Sonntag" vor dem Ausbau der Krippenbetreuung in der Bundesrepublik unter der Überschrift "Lenin nannte Kinderkrippen 'Keime des Kommunismus'" (5). Und genau auf diesen Beitrag Lenins kommt fünf Jahre später, diesmal unter der Überschrift "Kinderkrippen - empfehlenswerte Errungenschaft der DDR" (6) der Mainzer Kinderarzt J. Pechstein, einer der führenden Vertreter der Krippenkritiker, zurück. Ihm geht es in seinem Beitrag wesentlich darum, die Krippenerziehung in der DDR als "Relikte des gescheiterten marxistisch-leninistischen Staats- und Wirtschaftssystems" anzugreifen, als Ergebnis "leninistischer Staatsmacht und der Ideologie von der Vergesellschaftung der Hausarbeit": "Das Phantom von der 'Befreiung der Frau' durch gleichberechtigte Schwerarbeit gemeinsam mit dem Mann verleitete jenen Staat dazu, die Menschenrechte der Kinder in übler Weise zu verfälschen und einzuschränken. Auf dem Altar dieser Ideologie wurden wesentliche Lebensansprüche der Kinder unter Inkaufnahme manifester Gesundheitsgefährdung bedenkenlos geopfert."

Etwas nüchterner, aber mit derselben Tendenz sprang Peter Hoffstätter, erzkonservativer Psychologe, wenig später dem Kollegen bei und prophezeite: "Insofern dürfte in der DDR der Bedarf an Kinderkrippen in den nächsten Jahren etwas zurückgehen, wenn unter günstigeren ökonomischen Verhältnissen die Familie als solche und das Recht der Frauen auf Mutterschaft und die Symbiose mit dem Kleinkind im Sinne der christlich-bürgerlichen Wertordnung zur Geltung kommen." (7)

Es verwundert dann auch nicht, daß inzwischen auch aus der DDR Stimmen zu vernehmen sind, die in die gleiche Kerbe schlagen. Dort war seit Jahren bereits festgestellt worden, daß gerade die Krippen in der DDR nicht nur Segnungen für die Kinder mit sich bringen, was natürlich nicht öffentlich diskutiert werden durfte. Jetzt wird aber das Krippenkind mit dem Bade ausgeschüttet und die Phantasie beginnt zu galoppieren, wie die von Arnulf Baring genüßlich wiedergegebene Äußerung der "Ost-Berliner Kinder und Jugendpsychotherapeutin Agathe Israel" zeigt: "Die gesellschaftliche Norm ist, Kinder früh von ihren wesentlichsten Bezugspersonen zu trennen ..., obwohl gerade die Eltern-Kind-Bindung in der frühen Kindheit zu den wichtigsten gesicherten anthropologischen Entdeckungen des 20. Jahrhunderts gehört. Was sehen wir auf der Straße? Kinder, deren Mund ein Strich ist, Gesichter, die blaß sind, Arme, die an den Leib gepreßt sind. Eltern, besonders Mütter, die ihre Kinder hinter sich herziehen, die überwiegend kommandieren (...) Wie konnte es so weit kommen? Wie konnten wir wider besseres Wissen unsere Kinder in Einrichtungen geben, die ihnen nicht gut tun konnten?" (8)

Lenins Keimzellen

Tatsächlich kann sich die DDR, mit dem, was angeblich "wider besseres Wissen", unter Verstoß gegen die "christlich-bürgerliche Wertordnung" im Bereich gesellschaftlicher Kleinstkindererziehung getan wurde, auf eine Aussage Lenins berufen. Diejenigen, die sie jetzt hervorkramen, gehen aber höchst unredlich mit diesem Beitrag um. Und ob die DDR-Realität tatsächlich im Einklang stand mit den Vorstellungen des Mannes, dessen Denkmäler nun abmontiert werden, ist auch noch eine offene Frage.

Lenin zieht knapp zwei Jahre nach der Oktoberrevolution eine kurze Bilanz der von seiner Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Befreiung der Frau: rechtliche Gleichberechtigung, Scheidungsrecht, Aufhebung der Diskriminierung unehelicher Kinder usw. Er weist dann darauf hin, daß all diese Gesetze nichts nutzen,

wenn die Frau Haussklavin bleibt: "erdrückt, erstickt, abgestumpft, erniedrigt von der Kleinarbeit der Hauswirtschaft, die sie an die Küche und an das Kinderzimmer fesselt" (9). Da es für ihn ohne "wahre Befreiung der Frau" keinen Kommunismus gibt, sind gesellschaftliche Einrichtungen, die der Frau erlauben, aus der Rolle der Haussklavin herauszutreten, für ihn "Keime des Kommunismus", denen - das scheint das Hauptanliegen seines Artikels zu sein - zu wenig Beachtung geschenkt wird. Dann folgt die von den Krippenkritikern angefeindete Aussage, die allerdings bei diesen immer arg verkürzt wird: "Öffentliche Speisehallen, Krippen, Kindergärten - das sind Musterbeispiele derartiger Keime, das sind jene einfachen, alltäglichen Mittel, die frei sind von allem Schwülstigen, Hochtrabenden, Feierlichen, die aber tatsächlich geeignet sind, die Frau zu befreien, tatsächlich geeignet sind, ihre Ungleichheit gegenüber dem Mann in Hinblick auf ihre Rolle in der gesellschaftlichen Produktion wie im öffentlichen Leben zu verringern und aus der Welt zu schaffen." (10) Bei dem oben zitierten Pechstein liest sich das so: "'Öffentliche Speiseanstalten, Krippen ... - das sind jene einfachen alltäglichen Mittel, die tatsächlich geeignet sind, ...', daß 'die wahre Befreiung der Frau, der wahre Kommunismus' beginnen könne".

Was Lenin hier als Schritte auf dem Weg zum Kommunismus bezeichnet, sind zu einem nicht unerheblichen Teil Maßnahmen, zu denen sich, später als das revolutionäre Rußland, auch ganz normale kapitalistische Staaten durchringen mußten, z.B. rechtliche Gleichstellung der Frau. Und einige Jahre nach dieser Rede Lenins hatte auch Deutschland zumindest eine gesetzliche Regelung für das (unzureichende) Kindergartenwesen.

Was die Krippenkritiker so aufbringt an diesem Beitrag Lenins und sie so empört, ist der unerhörte Gedanke, daß es die Notwendigkeit geben könnte, Frauen von der "Mutterrolle" zu befreien, sie ihrer "natürlichen Profession" zu entziehen.

Kindertageserziehung und die "Befreiung der Frau"

Dieser Gedanke wird inzwischen allerdings nicht nur von Leninisten geäußert. Das Deutsche Jugendinstitut meinte schon Mitte der siebziger Jahre, daß Kindern nicht damit gedient ist, wenn ihre Mütter gezwungenermaßen bei ihnen zu Hause bleiben müssen und unzufrieden werden. (11) Die ebenfalls unverdächtigen CDU-Politiker(innen) Lehr, Süßmuth und Fink fordern den Ausbau der Krippenerziehung mit dem Argument, Frauen müßte ermöglicht werden, Berufstätigkeit und Kind miteinander zu verbinden. Dabei schwebt diesen aber eine Verbindung zwischen der ihrer Ansicht nach großartigen Erfindung des bundesdeutschen "Erziehungsurlaubs" und einer Tagesbetreuung nach dessen Ende vor.

Dieses Modell gewinnt auch in der DDR Fürsprecher, z.B. die Volkskammerpräsidentin Bergmann-Pohl, die, bezugnehmend auf eigene Erfahrungen äußerte, sie hätte es sehr viel schöner gefunden, ihr Kind in den ersten Lebensjahren etwas länger bei sich zu haben, weil in diesen Jahren eben die wesentlichen Prägungen stattfinden. (12)

Das in diesem Zusammenhang vorgetragene, wesentliche Argument gegen die bisherige DDR-Praxis lautet, daß die Krippenbetreuung gerade nicht in erster Linie der "Befreiung der Frau" diente, sondern dem ökonomischen Interesse der "Planwirtschaft", Frauen möglichst frühzeitig wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern.

Dieser Einwand ist, auch wenn ihn sich konservative Krippenkritiker wie die oben zitierten zu eigen machen, nicht so einfach vom Tisch zu wischen. Es hat in der Tat nichts mit "Befreiung der Frau" zu tun, wenn sie morgens zwischen sechs und sieben ihr Kind wecken, in den Kindergarten oder die -krippe bringen, dann einen Arbeitstag hinter sich bringen, danach noch zwei bis drei Stunden bei Einkäufen anzustehen und kurz vor sieben Uhr abends das Kind wieder abholen muß. Eine solche "Befreiung der Frau" ist im übrigen auch nicht unbedingt in Lenins Sinne, der gerade nicht, wie z.B. Herr Pechstein behauptet, die Gleichberechtigung bei der "Schwerstarbeit" forderte. In einem ebenfalls 1919 verfaßten Beitrag, der von den konservativen Medien natürlich nie zitiert wird, heißt es nämlich ausdrücklich: "Natürlich handelt es sich nicht darum, die Frau in Bezug auf die Arbeitsproduktivität, den Arbeitsumfang, die Arbeitsdauer, die Arbeitsbedingungen gleichzustellen, sondern darum, daß die Frau nicht durch ihre wirtschaftliche Lage im Vergleich zum Mann unterdrückt sein darf." (13)

Heißt das, daß selbst nach Lenin das bundesdeutsche Modell "frauen-" oder "mütterfreundlicher" ist?

Es erlaubt Eltern - in der Praxis sind es die Frauen - nach der Geburt eines Kindes achtzehn Monate aus dem Beruf auszusteigen und mit einem "Erziehungsgeld" von 600 DM auszukommen (was natürlich erheblich billiger ist als ein Krippenplatz, der über 1.000 DM kostet). Dann kommt das große "Loch" bis zum 3. Lebensjahr, in dem die Mutter eigentlich wieder arbeiten müßte, aber mangels Krippenplatz nicht kann. Nach diesen anderthalb Jahren dann gibt es die Chance auf einen Halbtags-Kindergartenplatz, so daß die Frau, wenn dann noch die Kraft und der Willen dazu da ist, wieder ein paar Stunden arbeiten kann (bis zur nächsten Schwangerschaft). Dies ist ein Modell, daß darauf angelegt ist, Müttern die Verlockung des Mutterdaseins erst einmal eineinhalb Jahre "schmackhaft" zu machen bzw. sie aus ihrem Beruf herauszuziehen in der Voraussicht, daß der Neueinstieg danach sowieso nicht klappt.

Die DDR hat in Hinblick auf die "Befreiung der Frau" von der Mutterrolle nur eine sehr wichtige Voraussetzung erfüllt: eine ausreichende Kindergartenversorgung. Sie hat aber gleichzeitig den Müttern nicht solche Arbeitsbedingungen angeboten, die ihnen Zeit und Möglichkeit lassen, Beruf und Kinder wirklich vernünftig zu verbinden. Und es hat ganz offensichtlich auch eine weitere notwendige Voraussetzung für die Befreiung der Frau bzw. Mutter gefehlt, nämlich die gleichberechtigte Teilnahme der Männer als Väter an der Erziehung, die es hierzulande ja auch weitgehend nur ausnahmsweise gibt; am liebsten sind die Männer Wochenendpapis. In der Krippenerziehung der DDR gibt es im übrigen keine männlichen Erzieher (in der Bundesrepublik sind es einige wenige in Elterninitiativen).

Das BRD-Modell kann sicher kein Vorbild sein. Daß es nach dem Beitritt der DDR trotzdem übertragen werden soll, steht allerdings wohl außer Zweifel. Es spart Kosten (man muß nicht mehr so viel Krippen und Kindergärtnerinnen bezahlen) und der Mangel an Plätzen wird weibliche Arbeitskräfte, die dann eben zu Hause bleiben müssen, "freisetzen", was angesichts erwarteter hoher Arbeitslosigkeit ein sehr erwünschter "Nebeneffekt" sein wird. Der Traum der linken DDR-Wochenzeitung "UNZ" wird sich sicher nicht erfüllen, obwohl er, sieht man von einzelnen Formulierungen ab, gar nicht so schlecht klingt: "Jede berufstätige Mutti bzw. jede Familie sollte selbst entscheiden können, ob sie ihr Kind ein paar Stunden des Tages in eine Gemeinschaft von Kindern gibt, in der es sich wohl und geborgen fühlt, liebevoll umsorgt wird und einen abwechslungsreichen, ja fröhlichen Tagesablauf erleben kann." (14)

Indoktrination und Verwahrung?

Wohl und geborgen? Liebevoll umsorgt? Fröhlicher Tagesablauf? Daß die DDR-Kindergärten, trotz allen Engagements der dort Tätigen, diese Bedingungen erfüllen, darf genauso bezweifelt werden wie für die meisten bundesdeutschen Kindergärten. Dort wehren sich Erzieher(innen), zuletzt in einem langen Streik in Westberlin, seit langem gegen Bedingungen, die genau dieses individuelle Eingehen auf Kinder unmöglich machen wie überfüllte Gruppen mit zu wenig Betreuer(inne)n. In der DDR sehen die Relationen teilweise noch ungünstiger aus (eine Kindergärtnerin muß mit 18 bis 20 Kindern fertig werden).

Solche Bedingungen haben Einfluß auf den Erziehungsstil: die Erzieherin wird zur Dompteuse, die Kinder dressiert. Und genau diese Dressur entsprach dann auch noch - welch glückliche Fügung fürs System - dem "realsozialistischen Erziehungsideal". Die Richtlinien für die Kindergärten z.B. proklamieren solche Erziehungsziele wie "Sauber essen, nicht kleckern, nicht schlürfen", "achtgeben, daß die Kleidung nicht befleckt wird" für Kinder, die noch nicht zwei Jahre alt sind. Insgesamt waren die Kinder "so zu führen, daß sie die Erfahrung erwerben, daß umsichtiges, fleißiges, pünktliches und sorgfältiges Arbeiten Anerkennung findet und Freude bereitet" (15) Und um Sorgfalt zu lernen, war selbst vorgegeben, wie Kinder sich die Hände zu waschen haben: "Die Hände mußten beidseitig gewaschen, die Seife gut abgespült und die Wassertropfen abgeschüttelt werden. Bei den Mahlzeiten mußten sie demgemäß gewaschen und gekämmt am Tisch Platz nehmen." (16)

Das erinnert fatal an die Erziehungspraxis, die Ende der sechziger Jahre die Studentenbewegung aufbrachte und zur Gründung der ersten Kinderläden, die dieser Erziehung zu Tugenden wie "Disziplin, Fleiß, Ordnung" etwas entgegensetzen wollten. (17) In der DDR hielt sich diese vielleicht typisch deutsche Erziehung bis heute. Und selbst wenn langsam Erzieherinnen umzudenken beginnen, kommen noch krause Ergebnisse heraus, z.B. wenn die Zeitschrift "Elternhaus und Schule" allen Ernstes im Sommer 1990 in einem wohlmeinenden Artikel, der sich von der prüden "sozialistischen Geschlechtserziehung" absetzen will, anmerkt, häufiges Onanieren von Kindern könne auf Würmer im Darm zurückzuführen sein.

Die DDR-Kindertageserziehung war, zumindest wenn sie nach den Vorgaben Margot Honeckers, der zuständigen Ministerin, ausgeführt wurde, klassische "autoritäre Erziehung". Erziehungsziel waren Erwachsene, die das eigene Denken weitgehend aufgegeben haben und sich dem, was "von oben" kommt, fügten. Ganz geklappt hat es ja nicht.

Während westdeutsche Kritiker diese rigide Erziehungspraxis eher mit Kopfschütteln kommentieren und gar sanft, wie Ariane Barth im "Spiegel", heimliche Sympathien äußern ("Während im Westen nach dem Lustprinzip und seinen törichten Übersteigerungen viele kleine Hedonisten mit nimmersatten Komsumbegierden produziert werden, erzieht der Ost-Kindergarten fortwährend zur 'Bescheidenheit'" (18), werden sie ganz heftig, wenn es um die politischen Erziehungsinhalte geht. Da ging es in der DDR tatsächlich nach der Regel: Wo Disziplin gelehrt wird, gehört die Ehrfurcht vor den "höchsten Werten" auch dazu. Die Kinder sollten "verstehen lernen, daß die Kinder und die Erwachsenen im Sozialismus sicher und geborgen leben, weil viele Menschen, insbesondere die Genossen der Partei der Arbeiterklasse, durch ihre verantwortungsbewußte Arbeit die DDR stärken, für die Erhaltung des Friedens kämpfen und das sozialistische Vaterland vor Feinden schützen ... und daß es ehrenvoll ist, Dienst in der Nationalen Volksarmee zu leisten." (19)

Die Mischung aus autoritärer, disziplinierender Erziehung und platter Einübung in Ergebenheitsadressen ans "sozialistische Vaterland

" und die Partei ist typisch für eine ganze Tradition sich als sozialistisch verstehender Erziehung, sie findet sich nicht nur in Ländern des "realen Sozialismus", sondern z.B. auch in Beiträgen der Pädagogen der KPD der Weimarer Republik. Abweichende Ansätze sind demgegenüber meist macht- und einflußlos geblieben, z.B. Experimente einer "freien Erziehung" in den Anfangsjahren der Sowjetunion.

Inzwischen ist dieses Kapitel offenkundig sogar der aus der SED hervorgegangenen PDS peinlich. Im Vorfeld der Kommunalwahlen schlug sie ganz neue Töne an, ohne näher auf den Schrott einzugehen, der früher in den Köpfen der Kinder fabriziert worden ist. Da heißt es dann auf einmal: "Es geht nicht um eine Aufbewahrung, sondern um ein fröhliches Gemeinschaftsleben in überschaubaren Gruppen und um vielfältige Möglichkeiten zu Spielen, musischem und sportlichem Tätigsein." (20) Das sind sehr magere Konsequenzen; die Partei hätte besser getan, sich einmal mit einem Text zu befassen, den die DDR-Bürgerin Bettina Wegner Ende der siebziger Jahre geschrieben hat, bevor sie u.a. wegen dieser ketzerischen Gedanken aus dem Land getrieben wurde: "Sind so kleine Hände, winzge Finger dran, Darf man nie drauf schlagen, die zerbrechen dann ... Sind so schöne Münder, sprechen alles aus, Darf man nie verbieten, kommt sonst nichts mehr raus ... Ist so' n kleines Rückgrat, sieht man fast noch nicht. Darf man niemals beugen, weil es sonst zerbricht ... Gerade, klare Menschen wärn ein schönes Ziel. Leute ohne Rückgrat hab'n wir schon zuviel." (21)

Heidi Kaiser

Anmerkungen:

1) Vgl. zur Versorgungssituation mit Kindertagesplätzen in der Bundesrepublik Jürgen Moysich, Alternative Kindertageserziehung, Möglichkeiten und Grenzen, Frankfurt, 1990, S. 161 ff.

2) Nach Angaben des Statistischen Amtes der DDR, das für Schulkinder leider keine Zahlen herausgegeben hat.

3) Vgl. Kuno Beller, Untersuchungen zur familialen und familienergänzenden Erziehung von Kleinstkindern, in: Jürgen Zimmer, Hrsg., Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Bd. 6., Stuttgart, 1984, S. 207 ff.

4) Vgl. Ursula Lehr, Die Bedeutung der Familie im Sozialisationsprozeß, Bonn-Bad-Godesberg, 1973

5) Welt am Sonntag, 28.4.1985

6) Welt am Sonntag, 25.3.1990

7) P.R. Hofstätter, Wie auswendig gelernt? Welt, 28.4.1990

8) Arnulf Baring, Planziel Erziehung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.5.1990

9) W.I. Lenin, Die große Initiative, in: ders., Werke, Bd. 29, Berlin (DDR), 6. Auflage. o.J., S. 419

10) ebd.

11) Arbeitsgruppe Tagesmütter des Deutschen Jugendinstituts, Das Modell Tagesmütter, Stuttgart, 1980

12) Interview NDR, 3. Fernsehprogramm, 14.5.1990

13) W.I. Lenin, Über die Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung in der Sowjetrepublik, in: ders., Werke, Bd. 30, Berlin (DDR), 4. Aufl., o.J., S. 26

14) "Krippenaufzucht" - der Schrecken aller Mütter?, UNZ, 25.7. 1990

15) zit. n. Ariane Barth, Manches machen wir besser, Der Spiegel, 26.2.1990

16) Ingrid Müller-Münch, Gealbert wird im Kollektiv, Frankfurter Rundschau, 16.6. 1990

17) Vgl. Jürgen Moysich, a.a.O., S. 15 ff.

18) Ariane Barth, a.a. O., S. 93

19) Programm für die Erziehungs- und Bildungsarbeit im Kindergarten, zit. n. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.3. 1990

20) Unser Land muß ein kinderfreundliches Land sein und bleiben! PDS-Pressedienst 11.4. 1990

21) Bettina Wegner, Kinder

17. Die medienpolitische Praxis in der "Noch-DDR" oder Das Ende demokratischer Illusionen, von Michael Mäde

Rubrik: Medien; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:18

Die Medienpolitik der SED und die beinahe vollständige Kontrolle von Rundfunk, Fernsehen und Presse durch diese Partei war gekennzeichnet vom politischen Selbstverständnis der Herrschenden, von ihrer Auffassung der Rolle der Medien zur Sicherung und Festigung ihrer Machtposition. Die Meinung der Herrschenden hatte die herrschende Meinung zu sein. Doch dabei ist es nicht geblieben. Andere Meinungen und der Versuch, sie zu artikulieren, wurden unterdrückt, marginalisiert, ausgegrenzt und verfolgt. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Realität und medialer Darstellung dieser Realität wurde immer unerträglicher. Bezeichnend war für diese Zeit, daß die Künste (insbesondere Theater, Literatur und Spielfilm) Ersatzfunktionen hinsichtlich mangelnder gesellschaftlicher Kommunikation über Alltagsprobleme und politische und soziale Konflikte übernommen hatten.

Mit den Ereignissen im Herbst 1989 schien sich auch die Möglichkeit zu einer umfassenden Demokratisierung der Medien in der DDR zu ergeben. Der schrittweise Abbau des Medienmonopols der SED war dazu ebenso Voraussetzung wie die Ausbildung demokratischer Instrumente und Konzepte zur Entwicklung einer demokratischen pluralen Medienstruktur in der DDR.

Die Installation des Medienkontrollrates, Arbeitsgremien des Runden Tisches, die sich mit Prinzipien einer neuen Medienpolitik befaßten, sowie die neugeschaffenen Gremien bei Fernsehen und Hörfunk (Fernsehrat,Hörfunkrat) stellten dafür hoffnungsvolle Ansätze dar. Insbesondere bei der Bürgerbewegung gab es Versuche auch konzeptionell neue Ansätze jenseits der ehemaligen monopolisierten Struktur in der DDR aber auch in bewußter Alternativsuche zu den vorhandenen Medienstrukturen der BRD zu entwickeln. Auch in der Medienkommission der damaligen SED-PDS gab es zu diesem Zeitpunkt ernsthafte Bemühungen um den Abbau des übernommenen Medienmonopols einerseits als auch Versuche konzeptionell einen neuen Weg zu finden.

Diese Bemühungen wurden aber immer wieder durch den sehr komplizierten Entflechtungsprozeß der einzelnen Medienbereiche (insbesondere bei den Printmedien) und die zahlreichen dadurch anstehenden ökonomischen, sozialen und politischen Fragen behindert bzw. überlagert.

Mit dem Medienbeschluß der Volkskammer vom 5.2.1990 über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations-und Medienfreiheit wurden die Grundprinzipien einer demokratischen Medienpolitik niedergelegt. Dieser Beschluß enthielt das Bekenntnis zu einer Meinungs-und Informationsfreiheit für jeden Bürger der DDR und sprach sich für die Abschaffung jeglicher Zensur aus. Der Beschluß entsprach dem damaligen demokratischen Selbstverständnis sehr verschiedener politischer Kräfte und war somit auch Ausdruck des damaligen politischen Kräfteverhältnisses. Der Beschluß konnte nichts anderes als ein Provisorium bis zur Erarbeitung eines neuen Mediengesetzes der DDR darstellen. Es war somit nur natürlich, daß er eine Reihe von Regelungen nicht enthalten konnte. Diesen rechtsfreien Raum machten sich jedoch Medienkonzerne der BRD in Zusammenarbeit mit den sich formierenden konservativen Kräften der DDR zunutze. Zunächst stießen westdeutsche Großverlage in die Grauzone der Regelung des Zeitungsvertriebs der DDR vor. Maßgeblich unterstützt durch das Postministerium (schon zu dieser Zeit durch einen CDU-Minister besetzt) gelang es, eine zum Postzeitungsvertrieb (PVZ) alternative Grossistenstruktur zu entwickeln. Dies führte zum massenhaften Vertrieb von großen westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften außerhalb der Kontrolle des PVZ und somit auch unter Ausschluß einer Preiskontrolle, die einer sich gerade völlig verändernden DDR-Zeitungsstruktur eine faire Chance eingeräumt hätte.

Trotz massiver Proteste vor allem aus den Reihen der Bürgerbewegungen gelang es nicht mehr, die geschaffenen Tatsachen rückgängig zu machen. Ideen, wie die Installation eines zum Teil öffentlich-rechtlichen Printmediensystems waren damit ebenso gegenstandslos wie das Bestreben, einen schrittweisen Umstrukturierungsprozeß der Printmedien der DDR zu ermöglichen.

Die zunehmenden Forderungen an die SED-PDS, sich von ihrem Medienmonopol und ihrem unrechtmäßig erworbenen Eigentum zu trennen wurden immer häufiger in den politischen Kampf gegen die Existenz dieser Partei integriert. Ähnliche Forderungen in Richtung der Blockparteien CDU, LDPD, DBD und NDPD blieben aus. Keine dieser Parteien hat sich bis heute von den ihnen zur Verfügung stehenden Medien (Zeitungen, Verlage u.a. Publikationsmöglichkeiten) getrennt.

Nach den Volkskammerwahlen am 18.3. und den wachsenden Anschlußbestrebungen der Regierungen in beiden deutschen Staaten wurde auch die Entwicklung der Medienpolitik zunehmend durch Bonner Interessen bestimmt. Die Hauptaktivitäten richteten sich jetzt auf den Deutschen Fernsehfunk (DFF) und den Rundfunk der DDR sowie auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Bereich der Printmedien. Sanierungskonzepte für die z.T. veraltete Infra- und Technikstruktur von DFF und Rundfunk standen nicht mehr zur Debatte. Mit dem Argument alte stalinistische Strukturen in den elektronischen Medien abbauen zu wollen, begann die Demontage der gesamten Medienstruktur. Gefragt waren alsbald Konzepte zur Einordnung von DDR-Medien in die Medienlandschaft der BRD. Es geht jetzt um nicht mehr und nicht weniger als die Zerschlagung der elektronischen Massenmedien der DDR und die möglichst nahtlose Einpassung der bestehenden Substanz in das Mediensystem der BRD. Dies ist das wesentliche Interesse des Medienministeriums der DDR, dessen Minister zudem die Gelegenheit nahm, seine Inkompetenz hinsichtlich des von ihm verantworteten Bereichs in der Volkskammer unter Beweis zu stellen. Vorläufiger Höhepunkt dieser Politik ist der Versuch, das Rundfunküberleitungsgesetz im Entwurf des besagten Ministeriums (wer hat das wohl geschrieben?) noch vor der Sommerpause in der Volkskammer durchzupeitschen. Das war dann selbst der SPD zuviel (und das will schon was heißen). In diesem sogenannten Rundfunküberleitungsgesetz ist u.a. vorgesehen, das fünf Landesrundfunkdirektorate errichtet werden, die gemeinschaftlich die Gesamtrechtsnachfolge des DFF und des Rundfunks der DDR antreten. Der Zusammenschluß zu Mehrländeranstalten oder die Schließung von Staatsverträgen bleibt den Länderregierungen anheim gestellt. In Paragraph 13 Abs. 3 des Entwurfs des Rundfunküberleitungsgesetzes heißt es: "Der Direktor wird im Einvernehmen mit dem Volkskammerausschuß für Presse und Medien vom Ministerpräsidenten berufen und abberufen." Ein ebensolches "demokratisches" Verfahren ist bei der Installation eines entsprechenden Beirates vorgesehen. Die Beiräte sollen ebenso vom Ministerpräsidenten berufen werden. Zieht man in Betracht, daß es weder gewählte noch entwickelte politische Vertretungskörperschaften in den Ländern gibt, ja die Länder noch nicht einmal politisch existieren, ist das vorgesehene Verfahren eher als ein Versuch zu werten, unter Umgehung gewählter Körperschaften ein Rundfunk-"Ermächtigungsgesetz" zu installieren. Zudem soll mit dem Gesetz die Zuständigkeit des Medienkontrollrats für den Bereich der elektronischen Medien beendet werden, das mit einer Ausschaltung dieses Gremiums gleichzusetzen ist. Weiterhin eröffnet das Gesetz den Ländern alle Möglichkeiten, bereits in dieser Phase privaten Rundfunk und privates Fernsehen zuzulassen.

Man braucht nicht sehr viel Phantasie, um sich die künftige Medienstruktur in der DDR vorzustellen. Demokratische Illusionen so wie sie auch im politischen Bereich existiert haben mögen, sind schnell durch die politische Praxis der bürgerlichen Parteien und durch die Profitinteressen großer Medienkonzerne korrigiert worden. Die Übernahme eines großen Teils der Printmedienstruktur der DDR durch westdeutsche Großverlage vollzieht sich in atemberaubendem Tempo. So ist dem Handelsblatt vom 13.8. zu entnehmen, daß der Heinrich-Bauer-Verlag Hamburg die jeweils 100%ige Übernahme der Verlage und Zeitungen, Schweriner Volkszeitung, Märkische Oder-Zeitung, Nordkurier, Magdeburger Volksstimme, Brandenburgische und Norddeutsche Neueste Nachrichten vom Amt für Wettbewerbsschutz in der DDR genehmigt bekommen hat. Ebenso hat sich der Kölner Verlag Dumont Schauberg an zwei mitteldeutschen Verlags- und Druckhäusern beteiligt, und nach Informationen verschiedener Zeitungen setzt auch der Springer-Verlag erneut zum Sprung auf den Zeitungsmarkt der DDR an. Und das sind nur die Nachrichten eines Tages.

Mit diesen Aktivitäten und den gleichzeitigen "Bemühungen" im Bereich der privaten elektronischen Medien werden vollendete Tatsachen geschaffen, die der Entwicklung einer alternativen Medienstruktur kaum eine Chance lassen. Umso dringlicher ist es erforderlich, daß die Linke in Deutschland sich Gedanken um ein medienpolitisches Gesamtkonzept, welches eine wirkliche Meinungs- und Informationsfreiheit gewährleistet, macht. Hier scheinen aber bisher nur isolierte Überlegungen zu einzelnen Bereichen zu existieren und die medienpolitische Praxis der Linken stimmt auch nicht gerade hoffnungsvoll. In die Überlegungen sind Erfahrungen mit Selbstverwaltungsmodellen ebenso einzubeziehen, wie die sich verändernde inhaltliche Struktur bei Integration von linken Medienprojekten in den freien Medienmarkt. Selbstverständlich ist hierbei

eine politische Richtungsveränderung, wie sie die taz in den letzten Jahren durchgemacht hat, jenseits von persönlichen Anfeindungen und der Erstellung von Psychologieprofilen der Zeitungsmacher zu analysieren. Vordringliche Aufgabe linker Medienpolitik muß es sein, in einem sich nicht zum Besseren verändernden Deutschland mediale Präsenz linker Ideen, Konzepte und Argumente verstärkt zu sichern. Dies wird nicht zu bewerkstelligen sein, wenn es nicht gelingt, Kräfte zusammenzuführen. Voraussetzung ist dabei zunächst die Entwicklung eines substantiellen Pluralismus innerhalb der Linken. Für die Entwicklung linker Medienstrukturen, die den Namen verdienen, gibt es durchaus sowohl im elektronischen als auch im Printmedienbereich vielversprechende Ansätze. Diese gilt es zu entwickeln und vor allen inhaltlich neu zu bestimmen. Das herkömmliche "Vereinsblatt" bspw. hat durch seine eingeschränkte Verbreitbarkeit und durch die Unmöglichkeit, sich auf dem Markt zu behaupten, nur noch begrenzten Sinn. Es muß also zum Beispiel gelingen, eine überregionale linke Tageszeitung in Deutschland zu entwickeln, welche nicht nur einem begrenzten Teil der Linken zur Verfügung steht. Zur Verständigung über linke medienpolitische Konzeptionen scheint mir ein Kongreß von linken Medien-Theoretikern und - Praktikern sinnvoll. Dies könnte der Anfang sein, eine inhaltliche Leerstelle im linken Denken weit über die Grenzen des eigenen "Vereins" hinaus zu besetzen.

18. Wunsiedel: Demo gegen Heß-Gedenkaufmarsch

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/64.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:64

Es war schwer einzuschätzen, wie die alljährliche faschistische Manifestation zum Todestag von Rudolf Hess dieses Jahr nach dem Wegfall der Grenze zur DDR und der Öffnung zur Tschechoslowakei verlaufen würde. Befürchtungen, Wunsiedel könnte zu dem Sammelort der Faschisten werden, bestätigten sich. Die gesamte BRD-Prominenz (Kühnen, Worch, Busse, Reisz und Co.) waren unter den ca. 600 aufmarschierten Alt- und Neonazis. Etwa ein Drittel kam aus der DDR. Nach deren Angaben haben sie in "Mitteldeutschland 15.000 mobilisierbare Anhänger". Europaweit konnten sie Faschisten aus den Niederlanden, Belgien, England, Spanien, der Tschechoslowakei und Österreich mobilisieren.

In Erwartung eines massiven und aggressiven Auftretens der Faschisten fiel die Gegendemonstration stärker aus als im letzten Jahr. Vom AK Antifa Wunsiedel und dem bayerischen Antifa-Plenum konnten bundes- und DDR-weit ca. 2.000 Leute mobilisiert werden. Leider gelang es nicht, die Demo wesentlich über das autonome Spektrum hinaus zu verbreitern. Zum einen dürften Berichte über die Aggressivität der Faschisten viele von der Teilnahme abgeschreckt haben, zum anderen zeigt es, welche Breite in der Antifabewegung derzeit möglich ist. Dennoch gelang unter dem Motto "Gemeinsam gegen Nationalismus und Faschismus" eine bunte Demo mit Redebeiträgen des AK Antifa, Fantifa und einem Vertreter der VVN.

Die Staatsmacht hatte in bekannter Manier alles in Bewegung gesetzt, um die AntifademonstrantInnen einzuschüchtern - weiträumige Fahrzeugkontrollen, vornehmlich gegen Antifas, einige Festnahmen im Vorfeld nach §16 Bayerisches Polizeiaufgabengesetz, teilweise Begleitung des Demozuges durch das Unterstützungskommando. Im Gegensatz zum letzten Jahr wurden bis zum Beginn der Faschokundgebung Provokationen der Skinheads von der Polizei toleriert. Ebenso durften die bereits auf dem Veranstaltungsplatz versammelten Faschisten den Polizeiwagen für ihre Lautsprecherdurchsagen nutzen. Während die TeilnehmerInnen der Gegendemo nach der Schlußkundgebung versuchten, mit verschiedenen Gruppen die Demoroute der Faschos zu blockieren, sammelte sich die Kühnentruppe unbehelligt von Polizei und Bundesgrenzschutz vor dem Ort, um in einem formierten Zug bewaffnet mit Zaunlatten und Gaspistolen zum Kundgebungsplatz zu ziehen. Das Ziel der Autonomen, den Demozug zu verhindern, wäre beinahe erreicht worden, denn durch Verzögerungen war es bereits nach 18 Uhr, als der Zug, massiv von der Polizei geschützt, startete. Doch mit den verbliebenen Leuten waren die Blockaden nicht lange zu halten.

Letztlich konnten die Faschisten, geschützt von BGS und Unterstützungskommando, ihr Konzept voll verwirklichen, und es bedarf seitens der Antifa in Zukunft einiger Anstrengungen und Ideen, dem massiven Anwachsen des Naziaufmarschs (Verdreifachung der Teilnehmerzahl seit einem Jahr) etwas entgegenzusetzen.

U./KB Nürnbg.

19. Sozialismus und "kulturelles Erbe" Kulturpolitik in der SBZ/DDR in der Nachkriegszeit

Rubrik: Geschichte; Kultur; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:27

Als die Ulbricht-Gruppe 1945 aus dem sowjetischen Exil zurückkehrte, brachte sie außer dem politischen Programm der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung Deutschlands auch ein kulturpolitisches Konzept mit. Bei der geplanten "geistigen Umerziehung des deutschen Volkes", der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auch auf kulturellem Gebiet" sollte die Vermittlung der humanistischen Ideale der deutschen Klassik eine entscheidende Rolle spielen. War politisch von der Notwendigkeit einer bürgerlich-demokratischen Vorstufe auf dem Weg zum Sozialismus die Rede, von der "Vollendung" der 1848 gescheiterten "bürgerlich-demokratischen Revolution", so kulturpolitisch von der Orientierung am "klassischen Erbe", an den Idealen der bürgerlichen Aufklärer, die "von der sozialistischen Arbeiterbewegung in die Tat umgesetzt werden" sollten. Anders als in den damaligen Westzonen und der späteren Bundesrepublik, wo auch der Humanismus der Lessing und Goethe "wiederentdeckt" wurde, waren die Ideale der frühbürgerlichen Aufklärer in der SBZ/DDR Bestandteil einer Politik, die Bodenreform, Entflechtung der Konzerne und Entnazifizierung durchführte.

Problematisch und folgenreich wurde die ausschließliche Orientierung am "klassischen Erbe", weil sie - ab 1950 in Verbindung mit der Propagierung des "Sozialistischen Realismus" - die Auseinandersetzung sowohl mit modernen Kunstströmungen wie mit der proletarischen Literatur der Weimarer Republik weitgehend verhinderte und so mit dazu beitrug, die Entwicklung kritischen, sozialistischen Bewußtseins zu hemmen.

Die kulturpolitische Linie, die nach 1945 in der damaligen SBZ und dann in der DDR dominierend wurde, war 1939 auf der Berner Konferenz beschlossen worden. Bereits 1937 hatte Ulbricht die dort getroffenen kulturpolitischen Entscheidungen so vorweggenommen: "Sollten wir nicht Schillers Ruf nach Gedankenfreiheit, gegen die Tyrannenmacht, also gegen die alten Reaktionäre, gegen den unwürdigen Drill zum jetzigen Hauptinhalt der Propaganda unter der Jugend machen? Manche Genossen, auch unter den Schriftstellern und Journalisten, haben in dieser Frage den Anschluß verpaßt (...) weil sie die große Bedeutung der Verteidigung des freiheitlichen Erbes der klassischen deutschen Literatur und die anfeuernde Wirkung der großen freiheitlichen Gedanken von Goethe und Schiller unterschätzen. Darin spiegelt sich auch Unklarheit in der Frage des Kampfes um die demokratische Republik wider. In einer geschichtlichen Situation, wo der Kampf für die demokratische Republik auf der Tagesordnung steht, werden freiheitliche Dichtungen der deutschen Literatur zu volkstümlichen Aktionslosungen." Eine seltsame Äußerung von einem Marxisten! 1934 hatte sich das noch anders gehört. Auf dem Allunionskongreß in der UdSSR hatte der spätere Kulturminister der DDR, Johannes R. Becher, festgestellt, daß die Arbeiterklasse das klassische Erbe nicht einfach übernehmen könne. Es ginge vielmehr darum, dies Erbe "zu erforschen, umzuarbeiten, zu durchleuchten, den neuen größeren Klassenzielen dienstbar zu machen".

Auf der Berner Konferenz wurden diese kulturpolitischen Positionen revidiert. Dies war Folge einer veränderten politischen Programmatik, die von der Notwendigkeit einer bürgerlich-demokratischen Zwischenetappe zwischen faschistischer Diktatur und einer zu erkämpfenden sozialistischen Gesellschaft ausging. Diese Forderungen der Berner Konferenz finden sich wieder im Aufruf der KPD vom Juni 1945, in dem "der Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk" proklamiert wurde. Von einer Volksfront aus bürgerlichen und proletarischen Parteien sollte die Enteignung des Großgrundbesitzes und des "Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher" und die Entnazifizierung erfolgen. Die Notwendigkeit der Entwicklung von Elementen einer proletarischen Demokratie in dieser Phase wurde nicht erwähnt. Entsprechend spielten die Werke proletarischer Schriftsteller und die in ihnen kristallisierten Erfahrungen in der Weimarer Republik und mit dem Faschismus keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Die antifaschistische bürgerliche Intelligenz wurde zum "Bewahrer der echten deutschen Kultur" erklärt. Das kritische Verhältnis zu den bürgerlich-demokratischen Intellektuellen, das noch in den Äußerungen Bechers von 1934 zum Ausdruck kommt, war aufgegeben.

Kulturelles Erbe und antifaschistische Umerziehung

"Wäre Goethe im deutsche Volke lebendig gewesen, so hätte diese seine lebendige Kraft solch einen überwältigenden Haß gegenüber der Nazibarbarei erzeugt, daß deren Bewegung hätte schon in Ansätzen scheitern müssen. Und wieder hatte das Bürgertum versagt, dessen wunderbare menschliche Erhöhtheit ein Goethe gewesen war." Dieser Ausschnitt aus einer Rede Bechers im Goethe-Jahr 1949 charakterisiert die Bedeutung, die die SED der Vermittlung des klassischen Erbes beimaß. Ziel der SED war, durch Orientierung am klassischen Erbe, die "Steigerung und Entwicklung des allgemeinen Bildungs- und Kulturniveaus unseres Volkes" zu erreichen. Um die Entwicklung des Bewußtseins der Bevölkerung zu fördern, ging es nicht um sozialistische Inhalte, sondern um die Vermittlung der progressiven Ideale des Bürgertums. Der Kulturpolitik kam die Aufgabe zu, die gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Ordnung zu unterstützen. "Es ist notwendig, daß man den Jugendlichen erst einmal etwas über die Rolle des preußischen Militarismus und über die Lügen der Nazis erzählt. Dann muß man anfangen, sie mit deutscher Literatur, mit Heine, Goethe, Schiller usw. vertraut zu machen. Nicht mit Marx und Engels anfangen! Das werden sie nicht verstehen. Aus ihrem Kopf muß erst die Ideologie des Nazismus heraus", so Ulbricht 1945. Daß es hierbei vor allem um die Vermittlung von Werten und Idealen ging, um "geistige Umerziehung", belegt die Einschätzung des Germanisten Geerdts: "Die Herrschaft des Hitlerfaschismus hatte in Deutschland zu einem Tiefstand des geistigen und kulturellen Lebens geführt. Der zersetzende Einfluß der barbarischen Ideologie des Faschismus war in großen Teilen wirksam geworden. Deshalb war die geistige Umerziehung des deutschen Volkes, die antifaschistische Umgestaltung auch auf kulturellem Gebiet, unlöslich mit der Wiedergeburt Deutschlands im Zeichen einer antifaschistischen Ordnung verbunden".

Die klassische Literatur sollte nicht mehr wie in der Vergangenheit "Besitz" einer privilegierten Minderheit sein, sondern in den "Dienst des Volkes" gestellt werden. Begriffe wie "Die gebildete Nation" und die "Literaturgesellschaft" (Becher) waren Ausdruck dieser literaturpolitischen Vorstellungen. Dies zeigte sich besonders in den Lehrplänen für die Schulen. Die Werke der Klassik, insbesondere Lessings "Nathan der Weise" und Goethes "Faust" dominierten im Schulunterricht. Die Gegenwartsliteratur hatte demgegenüber mit nur einem Fünftel einen geringen Anteil - eine Tendenz, die sich Anfang der fünfziger Jahren noch verstärkte. Auch in den Theatern waren es die Dramen der Goethe, Lessing, Schiller, die neben Aufführungen von Stücken Hauptmanns, Sternheims und einiger Stücke aus dem Exil die Spielpläne beherrschten.

Das erhoffte Ziel, die "Volksverbundenheit" der Klassiker zu erreichen, konnte die SED mit ihrer unkritischen Verehrung der Klassiker allerdings kaum realisieren. So wurde z.B. 1950 auf den III. Parteitag festgestellt, daß "die Kulturarbeit (...) noch nicht genügend breite werktätige Massen erfaßt (hat), (...) sich häufig noch immer auf einem exklusiven Kreis von Kulturschaffenden (beschränkt), der nicht genügend eng mit den Massen in den Betrieben und auf dem Lande verbunden ist." Eine Änderung wäre nur möglich gewesen durch die kritische Auseinandersetzung mit dem klassischen Erbe, wie sie z.B. in Brechts und Eislers Klassikerbearbeitungen vorlagen. Die in den folgenden Jahren immer wieder beklagte "Kluft zwischen den Werktätigen und Künstlern, Gelehrten und Wissenschaftlern" war nicht zu beheben durch die Förderung einer Kultur, die sich wesentlich auf die Vermittlung bürgerlicher Ideale beschränkte. Auch mit der Errichtung von Kulturhäusern in den Betrieben, Betriebsbibliotheken und anderen kulturpolitischen Maßnahmen allein konnte die SED ihr Ziel nicht erreichen. Wie in der Politik und der Ökonomie, so bewegte sich die SED auch in der Kulturpolitik in einem von ihr selbst erzeugten Dilemma: Die von ihr durch Massenverbände und Organisationen geförderten Initiativen wurden immer dann, wenn sie den Herrschaftsanspruch der SED in Frage zu stellen drohten, gebremst.

SED-Kulturpolitik und die Intellektuellen

Die seit der Berner Konferenz und dann nach 1945 praktizierten Vorstellungen der SED-Kulturpolitik, insbesondere die Orientierung am klassischen Erbe empfanden viele fortschrittliche Intellektuelle zu Recht als ein Konzept, das ihren Vorstellungen entsprach. Die politischen Maßnahmen wie Bodenreform, Entnazifizierung weckten bei vielen die Hoffnung, daß hier wirklich die Möglichkeit zur Entwicklung einer antifaschistischen Kultur eröffnet wäre und bewog sie, aus dem Exil in die damalige SBZ überzusiedeln.

Die bürgerliche Intelligenz sollte im demokratischen Umerziehungsprozeß die entscheidende Rolle spielen. Als der Chef der sowjetischen Militärverwaltung im Oktober 1945 die erste Universität in Jena eröffnete, sagte er: "Ich wende mich in dieser Stunde an die Herren Professoren der Jenaer Universität und fordere sie auf, Ihr Werk der Umerziehung des deutschen Volkes auf dem Wege zur Demokratie zu vollziehen." Alexander Abusch berief sich auf Lenin, dessen "Prinzipien über das kulturelle Erbe" geholfen hätten, in der Vorbereitung

des "Internationalen Schriftstellerkongresses zur Verteidigung der Kultur" 1934 in Paris, "das Bündnis mit Schriftstellern verschiedener Weltanschauung zu schließen. All dies führte zu einem wesentlichen Anteil von Schriftstellern und Künstlern an der Vorbereitung einer deutschen Volksfront aller Hitlergegner". Daß die Leninsche Bündnispolitik allerdings keineswegs mit kritiklosen Umgang mit den Schriftstellern verbunden war, sondern auch die Notwendigkeit der Umerziehung der Intellektuellen beinhaltete, erwähnte Abusch nicht. Dies hätte dem Vorgehen der SED-Führung in der Kulturpolitik widersprochen, die darauf ausgerichtet war, die Intelligenz durch materielle Privilegien und ideologische Zugeständnisse - unter Berufung auf das "klassische Erbe", die "humanistische Umerziehung" und Verzicht auf jegliche Propagierung sozialistischer Gedanken - zu gewinnen. Die kulturpolitischen Maßnahmen zugunsten der Intelligenz wie "die Schaffung spezieller Bibliotheken und Verlage für Wissenschaft und Kunst, die Verteilung von Nationalpreisen, die Gründung eines speziellen Kulturfonds und einer neuen Deutschen Akademie der Künste" - so in einer Verordnung vom 31.3.1949 - blieben auch hier in ihrer Wirkung begrenzt. Die "kameradschaftliche Zusammenarbeit" von Volk und Intelligenz wurde zwar immer wieder beschworen. Die relativ früh einsetzenden Klagen über "die Kluft zwischen den Werktätigen, Gelehrten und Wissenschaftlern", die "die Entwicklung der Kultur (hemmt)", - so im ND vom Mai 1948 - belegen die letztendliche Begrenztheit dieses Unterfangens.

Ein weiteres Zeugnis hierfür sind die Äußerungen Brechts über den von der SED sehr geförderten Theaterbetrieb - insbesondere die Klassikerinszenierungen. Brecht konstatierte, daß die traditionellen Inszenierungen die alten bürgerlichen Vorstellungen beim Publikum bestätigten. Seine Inszenierungen wurden hingegen von der Presse der SED wenig beachtet oder sogar als "linkssektiererisch" abqualifiziert.

Kontroversen um die Kulturpolitik der SED

Im Mai 1948 begann die SED im Rahmen des Programms zum "nationalen Aufbau aus eigener Kraft" die antifaschistisch-demokratische Programmatik durch die sozialistische zu ersetzen und "marxistische" kulturpolitische Vorstellungen auf administrativem Wege durchzusetzen. Die aus dem Exil zurückgekehrten Schriftsteller, denen nach 1945 große Ehrungen zuteil wurden, mußten sich von Ulbricht anhören, daß es nicht mehr darum gehe, immer noch "Emigrations-" und "KZ-Literatur" zu veröffentlichen. Ulbricht forderte eine Wende im "Kunstschaffen": "Warum kann ein Schriftsteller nicht das Thema wählen, wie der Kampf um den Aufbau eines Betriebes geführt wurde?" Diesen Kampf zu schildern, wäre die vordringliche Aufgabe der Schriftsteller. "Warum gibt es diese Literatur nicht? Der Stoff ist doch da. Aber als der Kampf geführt wurde, waren wir allein. Unsere Genossen Schriftsteller haben in dieser Zeit (gemeint im Exil) Emigrationsromane geschrieben, und so ist ein großer Teil zurückgeblieben. Inzwischen ist der Kampf um eine neue gesellschaftliche Ordnung geführt worden, aber ihr hinkt drei Jahre hinterher und fangt an, jetzt Probleme zu gestalten, die längst gestaltet sein sollten."

Diese Forderungen, die unterschiedslos an alle Kulturschaffenden gestellt wurden, brachten die SED ihrem Ziel nicht näher - im Gegenteil. In einem Brief Bechers an das ZK aus dem Jahre 1957 - im März 1990 erstmals in der Zeitschrift "Sinn und Form" veröffentlicht - beklagte Becher die kulturpolitische Situation, ohne indes die administrative Kulturpolitik der vergangenen Jahre hierfür verantwortlich zu machen. Er beschreibt die Stimmung in Verbänden und Instituten, "die zersetzend wirkt und in der einer gegen den anderen ausgespielt wird." Jüngere Genossen hätten "zu wenig Erfahrung in der Arbeiterbewegung und sind erlebnismäßig zu wenig an ihr beteiligt, um den teilweise komplizierten Verhältnissen, wie wir sie heute vorfinden, gewachsen zu sein." Bei vielen Intellektuellen sei "Überheblichkeit", "Spießertum" und "Rentierpsychologie" vorzufinden, bei älteren Passivität und Resignation: "Ich werde mir in meinem Alter jetzt nicht eine Laus in den Pelz setzen". Viele ältere Genossen seien zudem "müde und abgebraucht". So sei es beispielsweise "widersinnig" gewesen, "von Arnold Zweig etc. zu verlangen, daß er einen Roman des sozialistischen Aufbaus schreiben soll." In dem vorsichtig formulierten Brief wies Becher außerdem daraufhin, daß es "dringend notwendig" wäre, "die führende Rolle der Partei auf kulturellem Gebiet zu konkretisieren": "Eine große Anzahl von Kulturschaffenden vermag sich unter der ‚führenden Rolle der Partei' nichts vorzustellen, denn selbstverständlich kann diese nicht nur darin bestehen, daß ab und zu in den Künstlerverbänden politische Vorträge gehalten werden oder daß Mitarbeiter des Zentralkomitees, die auf den betreffenden Kunstgebieten wenig bewandert sind, über künstlerische Probleme sprechen."

Auch Brecht wies bereits 1950 auf einen zentralen Widerspruch der SED-Kulturpolitik hin. Obwohl, so Brecht, die Akademie der Künste 1950 auf allgemein "fortschrittlicher" Grundlage gegründet wurde, stelle die SED auch an Intellektuelle, die "nur im allgemeinen Sinne fortschrittlich sind", Forderungen, "die man nur an

Marxisten stellen kann". Anstelle einer notwendigen Überzeugungsarbeit würde die SED ihnen die künstlerischen Aufgaben diktieren. Resultat wäre die ablehnende Haltung dieser Künstler gegenüber einer Kulturpolitik, die ihnen sozialistische Positionen aufnötige, den Marxismus wie "saures Bier aufdrängte".

Die ständige Berufung auf das klassische bürgerliche Erbe und die gleichzeitige Forderung nach sozialistisch-realistischen Werken - dieser Widerspruch in der Kulturpolitik der SED wird erklärlich vor dem Hintergrund des politischen Konzepts, das den Weg einer evolutionären Entwicklung zum Sozialismus verfolgte. Ästhetische Modelle - wie etwa die von Brecht und Eisler -, die auf die Mobilisierung der Massen für den Sozialismus abzielten, waren nicht nur unerwünscht, sie gefährdeten die Politik der SED. Die Kanonisierung bestimmter künstlerischer Formen - wie die Berufung auf das klassische Erbe und künstlerische Methoden des kritischen Realismus des 19. Jahrhunderts, die insbesondere Georg Lukacz und Johannes R. Becher in den 30er Jahren durchgesetzt hatten - dienten der Disziplinierung und der Legitimierung eines autoritären Sozialismus stalinistischer Prägung.

Im Zuge des Kampfes für den "nationalen Aufbau" leitete die SED eine Kampagne gegen "Kosmopolitismus, Dekadenz und Formalismus" ein. Dem Kampf gegen den Formalismus in der Kunst entsprach auf der politisch-ideologischen Ebene die Abwehr des "Kosmopolitismus": der restaurativen Entwicklung in der BRD und dem Einfluß des US-Imperialismus. In der Kampagne gegen den Formalismus, beschlossen auf dem V. Plenum des ZK der SED 1951, wurde ein Bezug zwischen "Formalismus" und "Kosmopolitismus" konstruiert: Das "wichtigste Merkmal des Formalismus" sei es, "den völligen Bruch mit dem klassischen Kulturerbe zu vollziehen. Das führt zur Entwurzelung der nationalen Kultur, zur Zerstörung des Nationalbewußtseins, fördert den Kosmopolitismus und bedeutet damit eine direkte Unterstützung des amerikanischen Imperialismus."

Als für alle Schriftsteller verbindliche "künstlerische Schaffensmethode" wurde Anfang der 50er Jahre der "sozialistische Realismus" propagiert, in Verbindung mit der Berufung auf das "klassische Erbe". Damit entschied die SED auch über die Frage der künstlerischen Formen. Indem sie die Künstler auf das traditionelle Kunstverständnis verpflichtete, grenzte sie Strömungen aus, die sich auf proletarisch-revolutionäre Traditionen beriefen oder wie beispielsweise Brecht und Eisler für einen kritischen Umgang mit dem klassischen Erbe plädier- ten. "Das Leben", so Brecht, "das sich allenthalben bei uns, wo die Grundlagen der Gesellschaft umgewälzt werden, in neuen Formen abspielt, kann mit einer Literatur in der alten Form nicht gestaltet oder beeinflußt werden." Eine Position, mit der Brecht zwangsläufig in Opposition zur Kulturpolitik der SED geraten mußte. Daß Brecht keine Chancen hatte, sich mit seiner Auffassung durchzusetzen, liegt letztendlich daran, daß seine Position der politischen Konzeption der evolutionären Entwicklung zum Sozialismus grundlegend widersprach. Brechts Anliegen, die Leser zu sensibilisieren für die Widersprüche des alltäglichen Lebens, nichts als "normal" oder "selbstverständlich" hinzunehmen, war unvereinbar mit der Position der stalinistisch geprägten Ulbricht und Co., die jeder Initiative "von unten" mit Mißtrauen begegneten.

Diese Erfahrungen mußte auch Brecht machen. Sein Stück "Die Tage der Commune" war nicht erwünscht. Die Inszenierung von Gorkis "Mutter" mit der Musik von Hanns Eisler wurde als "Proletkult" abgelehnt, die gemeinsam mit Paul Dessau inszenierte Oper "Das Verhör des Lukull" als "formalistisch" abgetan. Die Attacken der SED richteten sich vor allem gegen den Komponisten Paul Dessau, der mit Strawinsky, einem "Häuptling der formalistischen Schule" verglichen wurde - in der Kritik an Brecht hielt sich die SED zurück.

Der Streit, der 1952/53 um das Textbuch von Hanns Eislers geplanter Oper "Johann Faustus" entbrannte, zeigte, daß die ständige Berufung auf das "klassische Erbe" der SED dazu diente, jeden Versuch, neue künstlerische Ansätze zu entwickeln, zu unterbinden und oppositionelle Strömungen zu bekämpfen. Bei Eislers "Johann Faustus" ging es um die Weiterführung literarischer Ansätze aus den 20er und 30er Jahren, einer Tradition, die im Umkreis der Arbeiterbewegung entstanden war. Eisler stellt die Gestalt des Dr. Faustus - der nicht nur eine Sagengestalt, sondern Zeitgenosse Luthers und Müntzers war - wieder in den historischen Kontext der Klassenkämpfe des frühen 16. Jahrhunderts. Er verknüpft die Figur des Faust mit dem Bauernkrieg. Im Gegensatz zu Goethes "Faust", in dem die SED "das Drama der Menschengattung" sah und den bürgerlichen Humanismus des Dramas zum allgemein Menschlichen verklärte, steht Eislers Figur Dr. Faustus vor der Entscheidung, sich für oder gegen Thomas Müntzer und die von ihm geführten Bauern zu stellen. Eislers Faust verrät die Aufständischen; auch der Pakt mit dem Teufel, der ihm "das schlechte Gewissen", die Erinnerung an den Verrat nehmen soll, kann ihm nicht helfen. Eisler hat die "Moralität des ‚Faustus'" so charakterisiert: "Wer sich gegen sein Volk, gegen die Bewegung seines Volkes, gegen die Revolution stellt, sie verrät, wird vom Teufel geholt."

In einer Debatte, die nur im geschlossenen Kreis innerhalb der Akademie der Künste geführt wurde, wurde Eislers Text schließlich strikt abgelehnt und jede Publikation und Lesung verboten. Eisler wurde die "Verneinung unseres klassischen Kulturerbes" vorgeworfen. Die Angriffe richteten sich aber vornehmlich dagegen, daß Eislers Stück mit der Frage der Parteinahme der Intelligenz im Klassenkampf einen aktuellen Bezug zur Situation in der DDR 1952 herstellte und zumindest indirekt die SED-Bündnispolitik mit der Intelligenz kritisierte. Wilhelm Girnus warf Eisler die "völlig falsche Einschätzung der Rolle der Intellektuellen im Ablauf der Geschichte im allgemeinen und der deutschen Geschichte im besonderen" vor. Auch Ulbricht nahm im Mai 1953 Stellung: "Meines Erachtens ist die Stellung der Intelligenz zu den großen Fragen der Nation klar und eindeutig. Unseren Kampf führen wir nicht nur um die Entwicklung der Wissenschaft, der Technik usw., sondern auch um die Pflege unseres großen deutschen Kulturerbes." In Eislers "Johann Faustus", ebenso wie in Brechts "Urfaust" sah Ulbricht die "formalistische Verunstaltung" von Goethes "Faust". Interessant an Ulbrichts Äußerung ist, daß die "Intelligenz" als unpolitisch hingestellt wird, als eine Schicht von Spezialisten für Wissenschaft und Technik, fern jeder Auseinandersetzung um bürgerliche oder sozialistische Auffassungen.

Auch zu den bürgerlichen Intellektuellen geriet die Politik der SED in Gegensatz. Die materiellen Zugeständnisse gegenüber den Intellektuellen konnten nicht verhindern, daß von der Intelligenz die administrativen Methoden der Kulturpolitik kritisiert wurden. So beispielsweise nach dem 17. Juni 1953, als die Isolierung des Staatsapparates offensichtlich geworden war. Neben der Kritik an der "administrativen Einmischung staatlicher Stellen in die schöpferischen Fragen", wurden beispielsweise in einem am 8.7.1953 veröffentlichten Dokument des Kulturbundes die Forderungen nach "der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre (...) gemäß der Verfassung" erhoben. Forderungen, die etwa auf eine engere Verbindung mit den Werktätigen abzielten, wurden hingegen nicht erhoben. Wenn Stefan Heym verlangte, die Funktion des Schriftstellers als "Gewissen der Menschheit" wiederherzustellen, berief er sich auf die bürgerliche Vorstellungen.

Auch in den folgenden Jahren konnte die SED die Widersprüche mit der Intelligenz nicht lösen. Anstelle der ehemals geforderten und propagierten Wechselbeziehung zwischen Kulturschaffenden und Volk, verstärkte sich vielmehr die Isolierung des Staatsapparates von wesentlichen Teilen des Volkes und von der Intelligenz.

ge., Hamburg

Quellen:

Wolfram Schlenker, Das "Kulturelle Erbe" in der DDR. Gesellschaftliche Entwicklung und Kulturpolitik 1945-1965, Stuttgart 1977 (Metzler)

Frank Trommler, Sozialistische Literatur in Deutschland. Ein historischer Überblick, Stuttgart 1976 (Kröner)

Frank Trommler, Die Kulturpolitik der DDR und die kulturelle Tradition des deutschen Sozialismus, in: Literatur und Literaturtheorie in der DDR. Hrsg. von Peter Uwe Hohendahl und Patricia Herminghouse, Frankfurt 1976 (edition suhrkamp)

Jost Hermand, Das Gute-Neue und das Schlechte-Neue: Wandlungen der Modernismus-Debatte in der DDR seit 1956, in: Literatur und Literaturtheorie in der DDR ...

Johannes R. Becher, Brief vom 10.9.57 an das ZK der SED, in: Sinn und Form, März/April 1990

W.F. Haug, K. Völker, W. Zobl, Der Streit um Hanns Eislers "Faustus" (Argument-Studienhefte SH 8, Berlin 1978)

20. Der Kampf der BRD-Feuilletonisten gegen eine eigenständige DDR-Kulturidentität - Christa Wolfs Erzählung "Was bleibt"

Rubrik: Kultur; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:51

Ein schmaler Band, die neueste Veröffentlichung von Christa Wolf im Juni diesen Jahres, setzte eine Treibjagd gegen die Autorin in Gang. Die Feuilletons von "Welt", "Zeit" und "FAZ" benutzten das Erscheinen der Erzählung "Was bleibt" zu einer Generalabrechnung mit der Autorin und ihrer Mitverantwortung für die "zweite deutsche Katastrophe - nach der nationalsozialistischen, die stalinistische".

"Was bleibt", geschrieben Juni - Juli 1979, überarbeitet im November 1989, so heißt es am Ende des Buches, ist ein altes neues Werk von Christa Wolf, das zehn Jahre in der Schublade lag. Es beschreibt einen Tag im Leben der Schriftstellerin Frau C. im März 1979. Frau C. muß sich mit der Tatsache auseinandersetzen, Objekt staatlicher Verfolgung zu sein. Seit Tagen schon sitzen drei junge Männer in einem weißen Wartburg demonstrativ vor ihrer Wohnung in der Ostberliner Friedrichstraße und geben sich keinerlei Mühe, ihre Anwesenheit zu verbergen. Es ist keine Observation, die Beweismaterial irgendwelcher Art sichern soll, sondern die allein dazu dient einzuschüchtern. Mit Erfolg, Frau C. kann nicht arbeiten, nicht schreiben. Ständig überprüft sie, ob ihre Beobachter noch da sind, beobachtet sie ihrerseits, wie sie in ihrem Auto sitzen, Kaffee trinkend, essend, rauchend.

"Nur keine Angst." So beginnt das Buch, so redet die Protagonistin sich selbst Mut zu, kann die aber immer wieder aufkommende Panik nicht eindämmen. Man hat ihre Wohnung durchsucht und offensichtliche Spuren hinterlassen, am Telefon mag sie kein offenes Wort mehr sprechen, ihre Briefe werden von befugten Stellen mitgelesen. Der Staatssicherheitsdienst ist bis in ihren Bekanntenkreis eingedrungen, menschliche Beziehungen sind zerstört, die Atmosphäre vergiftet.

Minutiös wird der Tagesablauf von Frau C. beschrieben, wie sie sich die Zähne putzt, frühstückt, ein Freund ruft an, sie geht einkaufen. Immer wieder wird diese Beschreibung unterbrochen durch Assoziationen und Reflexionen über ihre eigene Rolle, ihre Suche nach einer neuen Sprache, mit der sie endlich die Lebensverhältnisse ihrer Gesellschaft radikaler kritisieren könnte. Frau C. ist privilegiert. Sie wird nicht abgeholt, eingesperrt, verhört oder zur Ausreise gezwungen, und sie schämt sich dafür. Was Christa Wolf beschreibt, ist ihre eigene Situation drei Jahre nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann, gegen dessen Behandlung sie zusammen mit vielen DDR-KünstlerkollegInnen öffentlich protestierte. Ihre Unterschrift unter den Protestaufruf trug ihr eine "schwere Rüge" der SED-Parteiführung ein, sie wurde jedoch nicht aus der Partei ausgeschlossen. Andere, die ebenfalls unterschrieben, mußten wie Biermann das Land verlassen.

Was bleibt - ein Persilschein?

"Das ist ja ein Ding: Die Staatsdichterin der DDR soll vom Staatssicherheitsdienst der DDR überwacht worden sein." (1) schreibt Ulrich Greiner in der Zeit. Um Christa Wolfs Botschaft zusammenzufassen, legt er ihr den Satz in den Mund: "Seht her, ihr armen von der Stasi um Ansehen und Zukunft gebrachten Mitbürger und ehemaligen Genossen, auch ich war ein Opfer, ich bin keine Staatsdichterin, ich bin eine von Euch." (1) "Hundsmiserable Literatur und ein weinerlicher, opportunistischer Standpunkt" (Weltwoche vom 14.6.90), "Gesamtdeutsche Heulsuse" ... "Immer muß man damit rechnen, daß Christa W. beim Anblick einer zerknüllten Zigarettenschachtel in Tränen ausbricht" (Stern). So und ähnlich ist das Niveau und die Schärfe der Auseinandersetzung mit Christa Wolfs Veröffentlichung. Bereits drei Wochen vor Erscheinen des Buches wurde es in den oben angesprochenen Medien gnadenlos verrissen. Christa Wolf wird vorgeworfen, sich mit dieser Veröffentlichung einen Persilschein ausstellen zu wollen, sich von einer Täterin zu einem Opfer zu machen. Hätte sie das Buch vor fünf oder zehn Jahren veröffentlicht, es wäre ein mutiger Akt gewesen, der der Stasi geschadet hätte. Veröffentlicht nach dem November 1989 sei dieses Buch nur noch ein Dokument der Feigheit. Christa Wolf, Parteimitglied seit 1949, 1963-67 Kandidatin des ZK der SED, ihr Austritt nach 40 Jahren Parteimitgliedschaft im Sommer 1989, ebenfalls nur Ausdruck ihres Opportunismus.

Schärfe und Umfang der Angriffe gegen Christa Wolf lassen sich nicht aus dem Buch selbst ableiten. Den Kritikern geht es um die Generalabrechnung mit all jenen Intellektuellen in der DDR, die bis heute an einer

sozialistischen Utopie festhalten wollen, die aus der Erfahrung des deutschen Faschismus heraus in der DDR eine vom BRD-Imperialismus getrennte eigenständige Entwicklung propagierten.

Christa Wolf begründete ihre Identifikation mit der DDR aus der gründlichen und kompromißlosen Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus, wie er in der Gründungsphase der DDR betrieben wurde, sowie mit der Tatsache, daß die Gründung der DDR von Opfern und Verfolgten des Faschismus betrieben wurde, während sich im westlichen Teil Deutschlands die Kiesingers und Globkes wieder breitmachten. Ihre eigene Rolle und Aufgabe im Literaturbetrieb der DDR beschrieb sie so: "Von einem bestimmten Punkt an, der natürlich nicht mit einer Jahreszahl zu benennen ist, hat die sehr kleine Gruppe von Antifaschisten, die das Land regierte, ihren Anspruch, die Folgen des Naziregimes überwunden zu haben, auf den ganzen Staat und dessen Bevölkerung ausgedehnt; ich glaube, daß der Widerspruch zwischen diesem öffentlichen Anspruch und der Gegenerfahrung in der Familie und im Alltag in den jungen Menschen, die jetzt in der DDR aufwuchsen, Leerstellen, Ratlosigkeit, das Gefühl erzeugt, mit wichtigen Fragen allein gelassen zu werden." (2) Christa Wolf sah es als ihre und die Aufgabe der Literatur in der DDR überhaupt an, diese vagen Leerstellen durch die Schilderung der konkreten Realität auszufüllen. So behandelt Christa Wolfs erster großer Roman "Der geteilte Himmel" etwa das Thema Republikflucht, das Scheitern einer Liebe an der deutschen Teilung. Bei ihrer Arbeit bekam Christa Wolf es "... zunehmend mit jenen Widersprüchen zu tun, die aus unerledigten Problemen in der Geschichte der Kommunistischen Partei und aus der unvermeidlichen Übernahme stalinistischer Strukturen und Denkweisen in diesem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden erwuchsen." (2) Gegen diese Entwicklung mit den Mitteln der Literatur eine Veränderung in Richtung eines demokratischeren Sozialismus einzufordern, sah Christa Wolf als ihre Aufgabe. Das Werk von Christa Wolf ist ausgewiesen durch ein Anschreiben gegen die bürokratische Erstarrung und Enge des realen Sozialismus, durch die Betonung der individuellen Freiheitsrechte und Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen ihres Landes.

"Christa Wolf war die einzige Intellektuelle, die die geistige Souveränität und Selbständigkeit der anderen deutschen Republik zu bezeugen schien." (3) und genau das ist es, was ihre heutigen BRD-Kritiker treffen wollen.

Was Nazi- und SED-Regime gemeinsam haben

Die Wortwahl der Wolf-Kritiker legt dies nahe, sie setzt den deutschen Faschismus mit 40 Jahren DDR gleich, nicht umsonst ist von "Persilschein" von "innerer Immigration" die Rede, wird von Christa Wolf "Vergangenheitsbewältigung" eingeklagt.

"Niemand hört das abgenutze Wort Vergangenheitsbewältigung gern. Aber leider geht es eben darum im Osten wie im Westen. Die Unterschiede im Vergleich zur Naziherrschaft, so wesentlich sie auch sind, erscheinen aus der Perspektive der Opfer unwesentlich." (3) Dem Nazi-Staat sei es gelungen, alle nicht immigrierten Intellektuellen unter den "Begriffen Ordnung, Preußentum und nationale Selbstzucht" dienstzuverpflichten. "Umso erstaunlicher, daß die Dienstverpflichtung der Intellektuellen noch einmal gelang, Sozialismus, Solidarität, schöpferischer Widerspruch, das waren nur andere Worte für Unterwerfungs- und Gleichschaltungsprozesse." (3) Diese perfide Verharmlosung des deutschen Faschismus blieb nicht unwidersprochen. Das Präsidium des PEN-Zentrum stellte sich vor Christa Wolf und verwahrte sich gegen diese "Spielart des postmodernen McCarthyismus". Daß eine bislang im BRD-Feuilleton unbekannte Haß- und "Mach-Nieder" Stimmung transportiert wird, die sonst eher den politischen Leitartiklern oben genannter Blätter oder FJS ("Ratten und Schmeißfliegen") vorbehalten war, hat auch andere Linksintellektuelle in der BRD aufgeschreckt. Günter Grass verteidigte Christa Wolf im Spiegel gegen ihre "Hinrichtung". Walter Jens diagnostizierte "Spruchkammerdenken" und befürchtete, hier seien Leute am Werk, die das französische Schädelscheren des Jahres 1944 wieder hoffähig machen wollten.

Christa Wolf blieb bislang weitgehend sprachlos ob der Angriffe gegen sie. Lediglich anläßlich des Potsdamer Kolloquiums zum Thema "Kulturnation Deutschland" mit prominenter Beteiligung aus Ost und West, an der auch ihre Hauptantagonisten U. Greiner und F. Schirrmacher teilnahmen, sprach sie von einer bewußten und gezielten Demontage ihrer Person und meinte: "Ich bin noch nie, mit zwei Ausnahmen im Neuen Deutschland, einer solchen Hetzkampagne ausgesetzt gewesen." (4)

Was bleibt - ein Buch

Zurück zum Buch - auch Christa Wolf wohlgesonne Kritiker halten "Was bleibt" im Kontext ihres Gesamtwerkes für eine eher weniger bedeutende Erzählung. Durch das Buch ziehen sich Selbstkritik und Selbstzweifel an ihrer eigenen Rolle im DDR-Literaturbetrieb. Christa Wolf schreibt über "Mein beschämendes Bedürfnis, mich mit aller Art von Leuten gutzustellen" ... "Jeden Tag sagte ich mir, ein bevorzugtes Leben wie das meine ließe sich nur durch den Versuch rechtfertigen, hin und wieder die Grenzen des Sagbaren zu überschreiten, eingedenk, daß Grenzverletzungen aller Art geahndet werden." (5) In diese Sätze verbeißt sich die Kritik der BRD-Rezensenten. Sie werden benutzt, um eine dreißigjährige Arbeit einer Schriftstellerin in Bausch und Bogen abzutun und zu prognostizieren, in zehn Jahren werde kein Mensch mehr die Arbeiten dieser "hoffnungslos überschätzten" Schriftstellerin zur Kenntnis nehmen. Es soll nichts bleiben von Christa Wolf, und U. Greiner wünscht sich "Die Toten Seelen des Realsozialismus sollen bleiben wo der Pfeffer wächst." (6) Was in 40 Jahren in der DDR-Kunst, in einem "Unrechtssystem in Unfreiheit" geschrieben und gemalt wurde, verschwindet aus den Auslagen der Buchhandlungen, wandert in die Keller der Museen, wird durch unsere freiheitliche Kulturproduktion ersetzt. Sie ist so obsolet und unverkäuflich wie Joghurt aus der LPG in den Verbrauchermärkten.

Gemeint ist nicht allein das Schicksal der DDR-Kultur. Greiners Kritik zielt auch auf die sozialistische Linke. Falls sie jemals wieder eine Chance in diesem Land haben will, so müsse sie das Scheitern der Utopie Sozialismus grundsätzlich anerkennen. Dazu gehöre "nicht rasch wieder neue Bündnisse zu schließen und die übriggebliebenen Felle am Lagerfeuer rötlicher Hoffnungen zu trocknen. Es müssen die Zelte abgebrochen werden. Gab es je einen freieren Augenblick?" (7) Nach der Rekapitalisierung der DDR, der Umwälzung ihrer ökonomischen Grundlagen wird nun zum Halali gegen den Überbau der DDR-Identität geblasen, soll alles aus dem Weg geräumt werden, was sich der Kapitulation der DDR in den Weg stellen könnte. In der Tat frage ich mich, gab es jemals einen freieren Augenblick, mit der Linken abzurechnen?

mas

Anmerkungen:

1) Ulrich Greiner, Die Zeit, 1.6.90,

2) Christa Wolf, Vortrag beim Symposium der "Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg", TAZ, 2.10.89

3) Frank Schirrmacher, FAZ, 2.6.90

4) zitiert nach ZEIT, 22.6.90

5) Christa Wolf, "Was bleibt", Luchterhand Literatur Verlag, S. 20 und S. 22

6) Ulrich Greiner, Die Zeit, 22.6.90

7) Ulrich Greiner, Die Zeit, 27.7.90

21. Neue Sicht auf DDR-Geschichte, Interview mit Prof. Benser, Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung

Rubrik: Geschichte des Faschismus; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:12

Die vormals führende Institution der DDR-Geschichtswissenschaft, das Institut für Marxismus-Leninismus (ganz früher plus Stalin) (IML) ist zum Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) umgebildet worden. Als Abteilung des Zentralkomitees der SED war das IML eine "Leiteinrichtung" in der DDR. Im Dezember letzten Jahres wurde ein neuer Direktor gewählt. Bis heute mußten zwei Fünftel der ehemals 500 Mitarbeiter gehen.

Wir sprachen am 8. Juli mit Prof. Günter Benser, dem neuen Direktor über die Wandlung des Instituts, die neue Aufgabenstellung und die Schwierigkeiten der Erhaltung bzw. Fortführung der Einrichtungen und Publikationen, darunter an erster Stelle die Marx-Engels-Gesamtausgabe, des Instituts. In einem zweiten Teil des Gesprächs äußert sich Prof. Benser zu den Gründen des Scheiterns des Sozialismus in der DDR.

Das Gespräch führte uh.

ak: Das Institut für Marxismus-Leninismus ist mit Beschluß des Präsidiums des PDS-Parteivorstandes im Januar in Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung umbenannt worden. Wie ist der Prozeß der Umwandlung in inhaltlicher und personeller Hinsicht verlaufen?

Benser: In den Oktobertagen 89 gab es genügend Kräfte an unserem Institut, die sich im Klaren waren, daß wir einen grundlegenden Wandel unserer Arbeit vollziehen müssen, daß wir uns neuen Inhalten zu stellen haben. Wir haben uns damals in einer ADN-Meldung dazu verpflichtet, unseren Beitrag zu leisten, um das ganze Problem Stalinismus mit aufarbeiten zu helfen. Und es gab im Zusammenhang mit der - man kann wohl doch sagen - Rebellion in der SED gegen die Parteiführung in dem Ringen um die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages auch einen Aufruf an unserem Institut. Viele unserer Mitarbeiter haben sich eingeschaltet in die Demonstrationen, die damals vor dem Haus des ZK stattgefunden haben und wo die Parteibasis ihre Forderung erhoben hat. Es hat sich zu dieser Zeit in unserem Institut ein Arbeitsausschuß gebildet, der gewissermaßen die Initiative im Prozeß der Erneuerung ergriffen hat. In Zusammenhang mit Vollversammlungen des Instituts haben einige der früheren Leiter des Instituts die Vertrauensfrage gestellt und es ist ihnen von der Mehrheit der Mitarbeiter das Vertrauen entzogen worden. Zu einem späteren Zeitpunkt, es war am 21. Dezember, hat die Wahl eines Direktors stattgefunden. Die Wahl war auf mich gefallen.

Worauf gründete die Entscheidung für Ihre Person?

Eine wichtige Rolle spielte wohl, daß ich in der Kreisorganisation Prenzlauer Berg, zum Delegierten des außerordentlichen Parteitag gewählt worden war; an der Vorbereitung dieses Parteitages, vor allem an dem Referat zur Vergangenheitsaufarbeitung, mit beteiligt gewesen bin und mich im Rahmen des genannten Arbeitsausschusses bemüht hatte, meine Ideen einzubringen, wie aus einem IML, das eine ganz bestimmte Funktion im früheren System der Wissenschaft und Ideologie gehabt hatte, ein Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung zu entwickeln ist, das in die neue Zeit paßt.

Gab und gibt es im Institut Kontroversen um die Frage der Geschichtsaufarbeitung?

Wir haben eine wesentliche Entscheidung getroffen, die darin bestand, daß wir vor allen Dingen durch die Erschließung authentischen Materials Zugang finden müssen zu den Problemen - und auch für andere gewissermaßen die Möglichkeiten erschließen müssen -, die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Geschichte der DDR neu zu bedenken. Damit sind jetzt Projekte für Editionen in den Vordergrund gerückt. Es geht um die Herausgabe auch für uns bisher nicht zugänglichen Materials. Dem muß nun die Diskussion und die Analyse des Geschehens folgen.

Warum war Material nicht zugänglich?

Vieles befand sich im internen Archiv des Politbüros und ist selbst Historikern und Mitarbeitern unseres Instituts nicht zugänglich gewesen.

Wird auf dieses Material jetzt zugegriffen?

Ja, wir haben zugegriffen z.B. auf Materialien der Zentralen Parteikontrollkommission und Materialien des Sekretariats des ZK der SED. Kürzlich hat von der Akademie der Künste ein Kolloquium zu dem 11. Plenum des Zentralkomitees von 1965 stattgefunden. Das war jenes Plenum, auf dem diese Kahlschlagpolitik in der Kulturlandschaft politisch auf den Weg gebracht worden ist, was zum Verbot von DEFA-Spielfilmen, dem Umgang mit der Beat-Musik und auch zur Ausbürgerung von Biermann geführt hat. Dafür haben wir unser Archiv geöffnet, und es haben nicht nur Mitarbeiter unseres Hauses sondern auch andere Historiker und Kunstwissenschaftler anhand dieses authentischen Materials zwei Tage eine sehr interessante Diskussion über diese Kulturpolitik bzw. Antikulturpolitik geführt. Es ist daran gedacht, die Beiträge dieses Kolloquiums zu publizieren.

Gab es für Sie im Rahmen dieser Diskussion über die Kulturpolitik neue Erkenntnisse?

Frappierend und auch desillusionierend ist für mich gewesen, mit welcher Regie gezielt auf die Kultur und speziell auf das Filmschaffen - als das vielleicht massenwirksamste Medium - eine insgesamt regressive Politik begründet worden ist. Es ist nämlich ein Zusammenhang hergestellt worden zwischen Kriminalitätsentwicklung und bestimmten Vorkommnissen in der Jugend - es hatte da bei Ernteeinsätzen einige Randale gegeben, es hatte in Leipzig wegen einer Unterdrückung von Beat-Musik unter Jugendlichen Proteste gegeben. Das ist auf diesem Plenum in eine Reihe gebracht worden als ob gewissermaßen in diesen Kulturkreisen die Zentrale säße, die sich gegen den Sozialismus, gegen die Parteiführung richte. Die Begründungen für diese Behauptung waren überhaupt nicht stichhaltig.

In der Diskussion um dieses 11. Plenum sind teilweise nur hypothetisch sehr interessante Überlegungen angestellt worden. Es war damals die Zeit des Neuen Ökonomischen Systems, das ja von sowjetischen Politikern nicht unbedingt gutgeheißen worden ist, weil dieses System ihrer Meinung nach zu weitgehend in Richtung Selbstregulierung der Wirtschaft gegangen ist. Auf der Tagung wurde die Vermutung geäußert, daß gerade durch eine solche Kulturpolitik gegenüber der Großmacht Sowjetunion demonstriert werden sollte: Politisch und ideologisch haben wir die Sache fest im Griff.

Aber das konnte nicht aufgehen. Das Neue Ökonomische System setzte auch mehr Pluralität im politischen und im gesellschaftlichen Leben voraus. Und gerade dieser Widerspruch zwischen einem gewissen Ansatz zur Liberalisierung der Wirtschaft und dieser restriktiven Kulturpolitik, Jugendpolitik usw. hat die DDR in schlimme Widersprüche verwickelt und hat vielleicht auch eine Möglichkeit verbaut, eine Gangart einzuschlagen, die uns möglicherweise in gewissen Gleichklang mit dem Prager Frühling 1968 hätte bringen können.

Welche Forschungsschwerpunkte hat sich das Institut nach der Wende gesetzt?

Es gibt jetzt drei Forschungsgruppen: deutsche Sozialdemokratie im Kaiserreich 1871 bis 1918; deutsche und internationale Arbeiterbewegung 1918 bis 1945, wo Komintern-Forschung, Forschung zu den deutschen Arbeiterparteien und auch zu den verschiedenen Strömungen und Minderheiten in der Arbeiterbewegung mit eingeschlossen ist; und drittens die Arbeitsgruppe Arbeiterbewegung nach 1945, die sich insbesondere mit der Aufarbeitung der Erfahrungen auch der krisenhaften Entwicklung in der DDR zu befassen hat. Außerdem hat sich eine Konsultationsstelle "Opfer des Stalinismus" gebildet, die es übernommen hat, Daten zusammenzutragen, über die Auswirkungen von Repressalien, wie sie in den 30er und der ersten Hälfte der 40er Jahre in der Sowjetunion stattgefunden haben, wie es sie dann auch in der sowjetischen Besatzungszone und zum Teil auch in der DDR gegeben hat. Wir sehen es als unsere Aufgabe, an der Rehabilitierung von Opfern des Stalinismus mitzuwirken. Wir wollen solche Menschen beraten wenn sie ihr Recht suchen, obwohl das Rehabilitierungsgesetz noch in Arbeit ist. Wir haben Kontakte zu vielen Personen hergestellt und sind ein echter Ansprechpartner geworden. Bisher haben wir 2.500 Namen von Menschen erfaßt, die Repressalien zum Opfer gefallen sind. In der Woche erreichen uns im Durchschnitt ein Dutzend Briefe. Donnerstags machen wir Sprechtag. Mit Einigen haben wir Kontakte über Wochen und Monate hinweg.

Hier stehen von unserer Seite auch Veröffentlichungen bevor. Vor allem wäre hier zu nennen eine sehr umfängliche Publikation über jene, die in der Sowjetunion Repressalien zum Opfer gefallen sind. Diese Publikation geht weit über das hinaus, was Hermann Weber in seinen "Weißen Flecken" publiziert hat. Sie enthält Kurzbiographien von weit über 1.000 Personen, die vor 1945 inhaftiert, festgehalten oder sogar hingerichtet worden sind. Diese Publikation enthält auch Beschlüsse, aus denen ersichtlich ist, wie die KPD

diese Vorgänge in der Zeit reflektiert hat. Außerdem planen wir eine Publikation, die auch Sozialdemokraten betrifft, vor allem über den Vorgang Mitte der 50er Jahre in der DDR um die Entlassung dieser Leute.

In welcher Weise werden die "Strömungen und Minderheiten" in der Arbeiterbewegung heute in der Arbeit des Instituts berücksichtigt?

Wir sind dabei, beim Dietz-Verlag eine Broschüre mit Programmschriften der Arbeiterbewegung herauszugeben, in der auch die Programmatik der KPD-Opposition und ähnlicher Absplitterungen von der KPD oder neben der KPD stehender kommunistischer Strömungen mit abgedruckt ist, und natürlich auch sozialdemokratische Programme und Programme anderer Oppositionskräfte. In Vorbereitung ist eine Dokumentation über Rosa Luxemburgs Streit mit Bernstein, Kautsky und Lenin. Inzwischen sind im "Neuen Deutschland" auch kleinere Skizzen verschiedener Organisationen wie Kommunistischer Arbeiterpartei, USPD, und ähnliche Organisationen veröffentlicht worden. Nicht alle diese Beiträge stammen aus der Feder von Mitarbeitern unseres Instituts. In Vorbereitung von Mitarbeitern unseres Instituts, gemeinsam mit einem Partner, ist die Herausgabe von Bucharin-Texten. Auch Sammlungen mit Aufsätzen sowjetischer Historiker wurden von uns für den Druck in deutscher Sprache vorbereitet. Geplant ist auch eine Veröffentlichung zum Verhältnis KPD-Kommunistische Internationale, was ja auch das Problem der Aufnahmebedingungen und den Umgang mit der Opposition einschließt.

Welche Überlegungen gibt es in Bezug auf die Marx-Engels-Abteilung?

Die Hauptaufgabe der Marx-Engels-Abteilung war die Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe. Mittlerweile hat sich eine internationale Marx-Engels- Kommission in Amsterdam gebildet. In der Kommission arbeiten das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, das Karl-Marx-Haus Trier, das Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau und die inzwischen bei der Akademie der Wissenschaften der DDR gebildete Marx-Engels-Kommission in Form einer Stiftung zusammen, um den Fortbestand der MEGA zu sichern. Die Hauptarbeit muß natürlich von den in dieser Arbeit erfahrenen Redakteuren und Editoren in Berlin geleistet werden. Wir hoffen in Zusammenklang mit der Marx- Engels-Kommission in Amsterdam, ein Rumpffinanzierungsmodell für diese Arbeit entwickeln zu können.

Wie sieht es mit den anderen Abteilungen des Instituts aus?

Die Lenin-Abteilung ist in alter Form nicht mehr existent, weil an eine neue Gesamtausgabe gegenwärtig nicht real gedacht werden kann und wir keinen Verlag sehen, der sich einer solchen Aufgabe unterziehen würde. Archiv und Bibliothek gilt es natürlich unbedingt zu bewahren. Wir denken dahin, ob nicht ein gemeinnütziger Verein "Archiv und Bibliothek der Geschichte der Arbeiterbewegung" eine Form sein könnte, in dem dieses wichtige Kultur- und Wissenschaftsgut erhalten, bewahrt, gepflegt und für die Forschung erschlossen werden könnte. Aufgelöst hat sich die Abteilung wissenschaftlicher Kommunismus.

Arbeitet das Institut mit den Kräften zusammen, die vor der Wende zur DDR-Opposition gehörten?

Unsere Veranstaltungen wurden zum Teil von solchen Leuten besucht gewesen. Auch sind wir bei verschiedenen Veranstaltungen dabeigewesen, u.a. in der BRD bei einer Tagung zur Geschichte des Trotzkismus, in Westberlin zur Problematik des Stalinismus. Unsere Bemühungen, direkt an die Kräfte heranzutreten, die vor der Wende in der Opposition waren, hatten nicht ganz den Erfolg, den wir uns versprochen hatten. Von den neuen Bewegungen haben wir teils Antworten erhalten, sie seien so mit Politik beschäftigt, daß sie uns noch keine Partner zu benennen vermöchten. Ich kann im Moment auch nicht sagen, auf welche Historiker der Ost-SPD oder der Vereinigten Linken man zugehen müßte. Sicher müssen wir prüfen, ob wir da genügend initiativ sind. Unser Feld reicht jedoch nicht sehr weit über Berlin hinaus.

Welche Veranstaltungen haben Sie seit der Wende durchgeführt?

Unsere erste Veranstaltung mit 80 bis 100 Teilnehmern war Paul Merker gewidmet (bis 1950 Mitglied im SED-Politbüro, Anm. ak), der im Gefolge der Prozesse in Bulgarien, Ungarn und der Tschechoslowakei inhaftiert worden ist. Es ist vor allem das Verdienst standhafter Menschen wie Paul Merker gewesen, daß es nicht zu solchen Schauprozessen in der DDR gekommen ist, weil Merker eben nicht die Rolle des Angeklagten und Bekennenden übernommen hat. Weitere Veranstaltungen von uns waren: Zu den Opfern stalinistischer Repressalien in der Sowjetunion mit 150-200 Teilnehmern, darunter viele Betroffene; eine Veranstaltung zum Verhältnis KPD-KI, die das Institut zusammen mit sowjetischen Historikern durchgeführt hat; eine

Veranstaltung zur Entwicklung der SED zu einer "Partei neuen Typs", was im Grunde das Durchsetzen eines stalinistischen Parteiverständnisses in der Einheitspartei bedeutet hat. Auf dieser gutbesuchten Veranstaltung hat der Mannheimer Historiker Staritz die eine Diskussionsgrundlage gegeben. Eine gemeinsam mit den Gedenkstätten von Buchenwald und Sachsenhausen getragene Veranstaltung griff die Problematik der Internierungslager auf, die auf unserem Territorium nach 1945 existiert haben. Auch zu dieser Veranstaltung erschienen viele Betroffene. Die beiden früheren KZ Sachsenhausen und Buchenwald sind ja später noch auf Jahre hinaus neu belegt worden mit ehemaligen Nazis, aber, wie sich erwiesen hat, auch in vielen Fällen mit unschuldigen Menschen.

Eine wenig besuchte Veranstaltung war die zur Betriebsräteproblematik. Hier wurden u.a. Fragen behandelt wie: warum sind die Betriebsräte 1948 verlorengegangen oder beiseite geschoben worden, was können Betriebsräte heute bewirken und wie dringlich sind sie in der Marktwirtschaft. Da hat ein Westberliner Betriebsrat interessante Gedanken vermittelt.

Welche Möglichkeiten sehen Sie heute, das Institut zu erhalten?

Es ist uns klar, daß ein Institut mit dem Kombinatscharakter des früheren IML so nicht fortexistieren kann und für die PDS so auch nicht finanzierbar ist. Von daher gehen unsere Überlegungen dahin, daß man vor allem Sorge tragen muß für die Bewahrung von Archiv und Bibliothek. Diese sollen großzügig für die Forschung zugänglich gemacht werden. Wir denken, daß da ein gemeinnütziger Verein, der das Institut unter seine Obhut nimmt, hilfreich sein könnte. Wir halten es für vordringlich, daß die Marx-Engels Gesamtausgabe fortgeführt wird. Da haben uns aus aller Welt - von Toronto bis Tokio - Schreiben erreicht mit dem dringlichen Appell, uns für den Erhalt zu engagieren. Es wäre schlimm, wenn wir sagen müßten: die erste Marx-Engels-Gesamtausgabe ist am Stalinismus kaputt gegangen, weil Stalin wertvolle Kader beseitigt hat, den Rest hat dann der deutsche Faschismus erledigt, die zweite Marx-Engels-Gesamtausgabe geht an der Entstalinisierung kaputt. Wir hoffen, daß wir, nicht unbedingt an unserem Institut, aber doch als selbständige Forschungskollektive, ein Potential von Marx-Engels-Forschern erhalten können. Dieses Potential darf aber nicht allzu klein sein, wenn im Laufe der nächsten zwei, drei Jahrzehnte diese Marx-Engels-Gesamtausgabe ihren Abschluß finden soll.

Was unser Institut angeht, so meinen wir, daß für die Erneuerung der PDS und auch im Interesse der deutschen und europäischen Linken ein Umgang mit Geschichte - gestützt auf das Forschungspotential des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung - erhalten bleiben sollte, daß man dafür kämpfen muß. Und ich meine, mit der Bearbeitung der Themen, die ich in diesem Gespräch bereits skizziert habe, hat das Institut seinen Platz, seine Berechtigung, seine Notwendigkeit.

Welche Verantwortung hat die SPD gegenüber dem Institut und der Sicherung seines Archivbestandes?

Wenn die SPD ihren Auftrag und ihr Programm ernst nimmt, dürfte ihr nicht gleichgültig sein, was aus diesem Archiv und aus dieser Bibliothek wird, denn hier sind ja kommunistische wie sozialdemokratische Traditionen überliefert. Ich hoffe, daß sich die SPD auch als fähig erweist, einem solchem Archiv und einer solchen Bibliothek eine eigenständige, durchaus zur SPD sich kooperativ verhaltende Fortexistenz zuzubilligen und gemeinsam mit uns Zugriffe Dritter auf dieses Kulturgut der Arbeiterbewegung abzuwehren. Es scheint mir auch unverzichtbar zu sein, daß Berlin der Standort dieses Archivs und dieser Bibliothek bleiben muß. Es hängt daran auch die Arbeitsfähigkeit von hunderten Gesellschaftswissenschaftlern des Berliner Raums.

Was wäre die schlechteste Lösung für das Institut und das Archiv?

Die schlechteste Lösung wäre eine Aufsplitterung des Bestandes und eine Aufteilung nach irgendwelchen Kriterien, daß verschiedenste Institutionen sich den Kuchen teilen.

Gibt es aus dem Forschungsbereich der Bundesrepublik Unterstützung für Ihr Institut?

Na ja, es gibt Interesse, will ich mal sagen, für das Schicksal unseres Instituts. Ob das in wirksame Unterstützung einmündet, bleibt abzuwarten. Ich hoffe, es wird nicht vergessen, daß auch bundesdeutsche Geschichtsschreibung etwas davon gehabt hat, wenn jemand da war, mit dem man sich reiben konnte. Die Inanspruchname von Stiftungsgeldern in der BRD ist in der Vergangenheit nicht zuletzt damit begründet worden, daß man einem großen DDR-Forschungspotential gegenüberstünde und dem etwas entgegensetzen müsse. Ich glaube, wenn bundesdeutsche Historiker klug sind, sollten sie überlegen, daß die produktive

Kontroverse zwischen den bisher bei uns angesiedelten Forschern und ihren Forschungen eigentlich etwas Positives ist für den Fortgang deutscher Wissenschaftsentwicklung, und daß sie sich vielleicht auch selbst entwerten, wenn es einen Wettbewerb zwischen Schulen und Disziplinen nicht gibt.

Herr Benser, woran ist die DDR gescheitert?

Ich habe offengestanden wirklich meine Schwierigkeiten, das auf den Begriff zu bringen, und ich fürchte mich etwas vor den vorschnellen Antworten, ob das "grobschlächtiger Kommunismus" oder "früher Sozialismus" oder "Staatskapitalismus" oder "Stalinismus" oder etwas anderes war. Ich glaube, das ist alles vielschichtiger. Oft werden Urteile stark aus der Sicht des letzten Jahrfünfts getroffen und das Auf und Ab der gesamten DDR wird nicht hinreichend betrachtet. Es wird oft auch zuwenig davon ausgegangen, daß es eigentlich in ganz Europa nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst dominierende Auffassung war, daß es einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus oder zumindest zwischen Monopolkapital und Faschismus gegeben hat, daß die kapitalistischen Strukturen keine Gewähr geben für dauerhafte Friedenssicherung und daß echte Demokratisierung nötig ist. In diesem Ansatz steht die DDR-Entwicklung, wie ich meine, durchaus und es bedarf für verschiedene Bereiche und verschiedene Zeiten doch differenzierterer Antworten als sie gegenwärtig gegeben werden. Es gilt zu fragen: Was ist hier berechtigt versucht worden? Wo sind falsche Methoden angewandt worden? Wo sind an sich vernünftige Absichten nicht realisierbar gewesen? Wo sind von vorneherein strukturelle Fehler gemacht worden und wo sind systembedingt Fehlentscheidungen vorprogrammiert gewesen? Ich sehe heute, daß die Chancen für Sozialismus nicht so günstig gewesen sind, wie das 1945 nicht nur von Kommunisten sondern auch von Sozialdemokraten bis hin zu Christdemokraten gedacht worden war. Und das, was wir eigentlich bis in die jüngste Vergangenheit hinein immer als die Startschwierigkeiten der DDR bezeichnet haben: unterentwickelter Teil Deutschlands, höherer Zerstörungsgrad, Spaltungsfolgen usw., das hat sich als Dauerkondition erwiesen, die im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution außerordentlich verschärft worden ist. Ich glaube, die allerletzte Ursache ist ökonomischer Natur: in so einem Drittel oder Viertel Deutschlands ist eine wirklich überlegene neue Gesellschaft nicht errichtbar gewesen. Viele politische Fehlentwicklungen und Deformationen hängen mit dem Bestreben zusammen, das, was sich ökonomisch als nicht machbar erwiesen hat, mit dirigistischen, administrativen oder auch diktatorischen Methoden dennoch durchsetzen zu wollen. An diesem Widerspruch hat die DDR seit langem gekrankt. Ich bin zu der Einsicht gelangt, daß die Modernisierung - ich will das mal ein wenig wertfrei formulieren - der Gesellschaft, und die Integrationsprozesse eben nicht von den Ländern ausgegangen sind, die sich das Attribut "sozialistisch" beigefügt haben, sondern von den entwickelten Industriegesellschaften des Westens. Das ist ein Beweis dafür, daß diese Strukturen - sicherlich mit vielen negativen globalen Folgen - die größere Innovationskraft offenbart haben. Über die Hinterhöfe Europas eine sozialistische Alternative zu gestalten, die diesen Ländern den Rang ablaufen könnte, hat sich nicht als praktikabel erwiesen.

Das soll alles keine Entschuldigung sein für die schlimmen Dinge, die alle passiert sind und die auch nicht schlechthin subjektive Fehler sind, sondern die Leute zu verantworten haben, die man auch zur Verantwortung ziehen muß, die Macht mißbraucht und die Macht despotisch ausgeübt haben. Aber ohne diesen ökonomischen Untersatz wird es nicht erklärbar und wir kommen leicht zu einer Dämonisierung von Personen und zu einer Personalisierung von Geschichte, wie sie in dem Maße letztlich der Realität nicht entspricht.

Die KPD in der Sowjetischen Besatzungszone wandelte sich 1945/46 von einer ehemals systemoppositionellen zu einer Staatspartei. Liegt in diesem Selbstverständnis, das dann auch das Selbstverständnis der SED war, nicht auch ein Grund für die mangelnde Reformfähigkeit der SED?

Die für mich persönlich schmerzlichste Erkenntnis ist die, daß das System, das auch ich mit vertreten habe, sich nicht mehr als reformfähig erwiesen hat. Es war die Hoffnung vieler Mitglieder der alten SED und vieler Mitglieder, die heute in der PDS sind, aber auch sicher vieler, die heute nicht in der PDS sind, daß wir von innen heraus mit dem reformerischen Potential, das in dieser Partei vorhanden war, den Ausweg finden. Er sollte die DDR als Alternative zu einem kapitalistischen Deutschland fortentwickeln - eine Alternative, die diesen Namen wirklich verdient, und ein Sozialismus, der akzeptiert wird von der Bevölkerung. Von solchem Grund aus hätte sich ein anderer, stärker an der Zukunft orientierter Weg in die deutsche Einheit finden lassen.

Was sicherlich viele meinesgleichen gehindert hat, offen zu opponieren statt in bescheidenem Maße im Rahmen eingeschliffener Strukturen dieses und jenes korrigieren zu wollen, ist die Voraussicht: Wenn es nicht

gelingt, mit politisch organisierten Kräften ein solches Reformpotential zum Tragen zu bringen, können unbeherrschbare Entwicklungen einsetzen, dann kann es angesichts eines solchen kapitalistischen Gegenübers wie es die BRD darstellt, letztlich nur eine Vereinnahmung der DDR durch die BRD und eine Ausdehnung der NATO bis an die Oder geben. Die Überlegung, daß hinter kritischen Künstlern "nichtsozialistische Kräfte" und hinter "nichtsozialistischen Kräften" schon bundesdeutsche Politiker und hinter bundesdeutschen Politikern schon bundesdeutsches Kapitalinteresse und auch NATO-Politik steht, das ist natürlich eine große Bremse gewesen, wenn man vor der Frage steht, wie positioniert man sich und was kann man mittragen an Protest.

Prof. Günter Benser: Jahrgang 1931; geboren in einer Arbeiterfamilie; 1946 Mitbegründer der FDJ in seiner Heimatstadt; Industriekaufmann; delegiert zur Arbeiter- und Bauernfakultät; Geschichtsstudium; seit Ende der 60er Jahre stellvertretender Leiter der IML-Abteilung "Geschichte nach 1945"; Mitverfasser der Standardwerke "Grundriß der deutschen Geschichte" und "Geschichte der SED. Abriß"; seit Dezember 1989 Direktor des IML/IfGA; Mitglied der Historischen Kommission der PDS

22. Der XXVIII. Parteitag der KPdSU: Die stärkste der Parteien auf dem Weg ins Abseits?

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:37

Der XXVIII. Parteitag der KPdSU war von vielen mit Spannung erwartet worden. Er sollte über das weitere Schicksal von Glasnost, Perestroika und der UdSSR entscheiden. Auch schien die Position Gorbatschows direkt vom Verlauf des Parteitages abzuhängen. Von Neubestimmung der KPdSU, von Erneuerung der Perestroika und von einer grundlegenden Reformierung der Partei war im Vorfeld dieses Ereignisses die Rede. Das Ergebnis bleibt aber hinter diesen Erwartungen zurück. So ist zwar Gorbatschow nach wie vor Generalsekretär und er hat sich auch mit seinen Vorstellungen über die Trennung von Staat und Partei weitgehend durchgesetzt, doch die Erneuerung der Partei blieb aus. Mehr noch: Mit Jelzin, Sobtschak und Popow verließen namhafte Radikalreformer, Mitglieder der demokratischen Plattform, die Partei. Die KPdSU verliert damit weiter an Attraktivität für Reformkräfte. Gleichzeitig aber wird mit der Aufrechterhaltung des Fraktionsverbotes und der Erneuerung des Prinzips des demokratischen Zentralismus den Konservativen das Verbleiben in der Partei ermöglicht.

Der XXVIII. Parteitag der KPdSU sollte Zeichen setzen. Von ihm sollten Initiativen ausgehen, um das Land aus der derzeitigen Krisensituation zu führen. Darüberhinaus wurde sowohl in der sowjetischen als auch der internationalen Öffentlichkeit erwartet, daß sich die Partei nun auch dem Prozeß der Demokratisierung und Liberalisierung öffnet. Es wurde darauf spekuliert, daß etwa das seit dem X. Parteitag 1921 existierende Fraktionsverbot aufgehoben werde. Doch aus alledem wurde nichts. Und das lag nicht nur an der Übermacht der konservativen Delegierten, sondern auch an der zögerlichen Haltung Gorbatschows, der anscheinend um jeden Preis eine Spaltung der Partei verhindern wollte, die nach der Gründung der russischen KP möglich schien.

Die russische KP - ein Hort des Konservatismus?

Eine Woche vor dem XXVIII. Parteitag wurde in Moskau die russische KP gegründet. Um eine weitere Überbetonung der russischen Position innerhalb der Republik zu verhindern, war in den zwanziger Jahren auf die Gründung einer eigenständigen KP, im Gegensatz zu allen anderen Republiken der UdSSR, verzichtet worden. Aber im Zuge der Aufweichung des rigiden Zentralismus und des Aufbegehrens der einzelnen Republiken gegen die Moskauer Zentralregierung wurde auch in Rußland gefordert, eine von der Union unabhängige KP zu gründen. Darüberhinaus wurde auch gefordert, daß die russische Republik eine stärkere eigenständige Position gegenüber der Union einnehmen müsse. Dies liegt derzeit im Trend der innersowjetischen Entwicklung, des Auseinandertreibens und - drängens der Republiken. Doch wenn die russische Republik sich in diesen Prozeß einreiht, liegt der Verdacht nahe, daß es um die Sicherung des russischen Einflusses in der Union geht und nicht um eine Emanzipation von der Zentralgewalt. Nachdem Boris Jelzin zum Präsidenten der RSFSR gewählt worden war, formierten sich die Konservativen in der Partei, um mit einem Parteivorsitzenden der KP Rußlands, der aus ihren Reihen stammen würde, ein Gegengewicht gegen den als zu progressiv eingeschätzten Präsidenten zu haben. Gorbatschow erschien auf diesem Gründungsparteitag und manch Delegierter erwartete, daß er sich zum Präsidenten der KPR wählen lassen wollte. Doch davon konnte keine Rede sein. Der Unionspräsident war vielmehr erschienen, um die gröbsten Auswüchse der Konservativen zu bremsen. Es wurde zwar jemand genau aus diesen Reihen der Partei gewählt, Iwan Poloskow, der aber kam nicht umhin, zumindest ein vordergründiges Bekenntnis zur Politik der Perestroika abzugeben. Ob sich nun Ligatschow darüber beklagte, daß der Präsident ihn nicht mehr anhöre, oder Makaschow, seines Zeichens General, Gorbatschow der ideologischen Kapitulation bezichtigte, alle konservativen Kritiker Gorbatschows und seiner Politik waren sich einig, daß niemand anders als der Kritisierte im Moment die Sowjetunion regieren kann und soll. Zum einen weil es ihnen an einer echten personellen Alternative mangelt und zum anderen, weil niemand aus ihren Reihen so integrierungsfähig ist wie der derzeitige Präsident und Generalsekretär. Da rund 60% der Delegierten des KPdSU-Parteitages aus der russischen KP stammen, war eine ähnliche Debatte auf dem Parteitag zu erwarten.

Erneuerung oder Untergang?

In diese Richtung ging die allgemeine Einschätzung vor dem Parteitag. Es war die Frage, schafft es Gorbatschow, diese Partei stärker als bisher hinter seine Politik zu bekommen. Von Spaltung der Partei und vom möglichen Abstieg in die Bedeutungslosigkeit war die Rede. Und eingetreten ist von allem ein bißchen.

Teile der demokratischen Plattform haben sich von der KPdSU gespalten, andere sind explizit in der Partei geblieben, um weiter für deren Erneuerung zu kämpfen. Prominente Reformer verließen die Partei, allerdings ohne auf die Abspaltung der DP direkt Bezug zu nehmen. Das neugewählte Politbüro wurde mit Leuten besetzt, die außer dem Generalsekretär keine staatlichen Funktionen mehr innehaben. Somit hat dieser Parteitag die Trennung von Partei und Staat zumindest auf der Leitungsebene vollzogen.

Gleichzeitig wurde ein neues Amt innerhalb der Führung der KPdSU installiert. Seit dem Parteitag gibt es einen stellvertretenden Generalsekretär, der Gorbatschow bei der alltäglichen Parteiarbeit entlasten soll. Diese Funktion wurde mit dem ehemaligen ukrainischen Parteichef Iwaschko besetzt, der als enger Gefolgsmann Gorbatschows bekannt ist. Somit scheint dafür gesorgt, daß der Präsident sich weiter auf die politischen Probleme des Landes konzentrieren kann, ohne daß er permanent mit Querschüssen aus den eigenen Reihen rechnen muß. Dies bedeutet aber nicht, daß die Partei jetzt hinter Perestroika und Glasnost steht. Die Partei erweckt eher den Eindruck, daß sie in eine Art Lethargie verfallen ist.

Debatte im Abseits

Wer angesichts der aktuellen Probleme der Sowjetunion erwartet hatte, daß sich auf dem Parteitag heftig um die Lösung dieser Probleme gestritten werde, sah sich enttäuscht. Nicht die Frage der Lösung der drängenden Alltagsprobleme der UdSSR standen auf der Tagesordnung, sondern die Abrechnung mit dem bisherigen Politbüro.

Sicherlich ist es notwendig und richtig, daß Parteileitung und Funktionäre Rechenschaft ablegen, aber dies bewirkt politisch nur dann etwas, wenn die Diskussionen darüber nach vorne weist und nicht vom Gedanken des Vorführens der Einzelnen geprägt ist. Genau dies war aber der Fall auf dem Parteitag. Statt sich mit dem Agieren einzelner Mitglieder des Politbüros, insbesondere derjenigen, die gleichzeitig Staatsämter innehatten, auseinanderzusetzen, sie mit der brutalen Realität der sowjetischen Wirklichkeit zu konfrontieren, wurde seitens der Konservativen Verrat, Verrat gerufen und von den Radikalreformer mehr Markt, mehr Markt.

Die konservativen Kräfte werfen den Leuten um Gorbatschow vor, daß sie mit ihrer Politik den Zerfall des RGW und die Krise des Sozialismus heraufbeschworen hätten. Wäre man bei den Rezepten von Breschnew und Co. geblieben, wäre das Leben weiter gegangen wie bisher, so lautet ihre "Alternative". Zwar sehen sie prinzipiell ein, daß es genau so wie zu Breschnews Zeiten nicht hat weitergehen können, aber nach ihrer Ansicht hätten einige Reförmchen ausgereicht, die Sowjetunion zu besseren Zeiten zu führen. Hintergrund dieser Haltung ist neben den politischen Ansichten der materielle Druck, der seit der Perestroika auf einem großen Teil der Konservativen lastet: Die Perestroika bedroht ihre Arbeitsplätze, ihren Einfluß in der Gesellschaft und das soziale Ansehen. Diese Auffassung eint staatliche wie politische Angestellte von Moskau bis Nowosibirsk. Der drohende Verlust der lange genossenen Privilegien gepaart mit der bevorstehenden Arbeitslosigkeit hat gerade einen großen Teil der Mitglieder der KPdSU zum beharrenden Moment der sowjetischen Gesellschaft werden lassen. Dieses Moment war besonders in den letzten zwei Jahren zu spüren, als fast jeder Erlaß, jede Gesetzesinitiative von Gorbatschow und Ryschkow in den Gängen der Bürokratie versackte.

Diese Haltung äußerte sich deutlich auf dem Parteitag. Wie auf dem Gründungskongreß der russischen KP wurde eine sehr wortradikale, konservative Kritik geübt, sich aber gleichzeitig grundsätzlich zu den Prinzipien der Umgestaltung bekannt. Dagegen wurde selten an den bisherigen Mitgliedern des Politbüros konkrete Kritik geübt, wie etwa an Außenminister Schewardnadse, dessen Politik seitens der Delegierten aus der Armee grundsätzlich verurteilt wurde, weil sie nicht nur den Einfluß der UdSSR in der Welt geschmälert habe, sondern den Sieg über den Faschismus und den sowjetischen cordon sanitaire verspielt hätte. Insbesondere mit der Zustimmung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten sei das Kapital dieses Sieges ohne Not aus den Händen gegeben worden, so auch der Delegierte Ligatschow. Insgesamt aber regierte das allgemeine Beklagen der derzeitigen desolaten Situation in Partei und Gesellschaft aufgrund der Politik von Gorbatschow. Doch außer dem Festhalten an den bisherigen Prinzipien der Lenkung und Leitung der UdSSR war von diesem Teil der Delegierten wenig zu hören.

Die Gruppe der Radikalreformer konnte auf der anderen Seite auch nicht überzeugen. Zwar wußten Jelzin und auch der Bürgermeister von Leningrad ihre Anhänger zu Applaus zu animieren, aber Neues, etwas über die bisherigen Standpunkte hinausgehende war von ihnen nicht zu hören. Von den Delegierten, die sich zur demokratischen Plattform rechnen, wurde immer wieder das mangelhafte Tempo der Erneuerung der Gesellschaft und die zögerliche Einführung marktwirtschaftlicher Elemente kritisiert. Nicht nur, daß ihre Ausführungen recht allgemein blieben, sie stießen bei der Mehrheit der Delegierten auf Desinteresse, was sich zuweilen, insbesondere bei Jelzin in offene und aggressive Unmutsäußerungen steigerte.

Gorbatschow agierte zwischen diesen beiden Polen. So kritisierte er vor dem Plenum die Politik seines Ministerpräsidenten Ryschkow, der als ersten Schritt zur Einführung marktwirtschaftlicher Elemente, die Preise für Grundnahrungsmittel erhöhen wollte, ohne für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Er vermied es aber, sich in dieser Kritik mit den Radikalreformern zu verbünden. Statt dessen konnten sich in dieser Kritik vor allem die konservativen Kräfte wiederfinden, die, in der durch Gorbatschow veranlaßten Rücknahme der Preiserhöhungen, einen Teil ihrer Forderungen nach Beibehaltung des Bestehenden realisiert sahen. Auf der anderen Seite attackierte der amtierende Präsident die Konservativen gerade wegen ihrer Politik der Blockade und Verhinderung seiner Vorgaben. Damit agierte er zwar in Richtung radikale Reformer, ohne jedoch seine Distanz und ablehnende Position zu Jelzin und Co. aufzugeben. Gorbatschow verteilte somit Lob und Tadel in beide Richtungen, so daß sich alle, die sich damit zufrieden geben konnten, in dieser Partei aufgehoben fühlen konnten.

Der Nachteil dieses Agierens liegt allerdings auf der Hand: Es werden weder Positionen geklärt, noch schälen sich bei einer möglichen Trennung der beiden Lager neue, vorwärtsweisende Konstellationen heraus. Durch dieses Vorgehen des Generalsekretärs wurde versucht, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das Auseinanderbrechen der Partei zu verhindern. Doch der Preis hierfür ist enorm.

Eine Partei im Abseits

Die derzeitige Entwicklung der KPdSU ist alarmierend. So hatten allein in diesem Jahr bis zum Beginn des Parteitages 180.000 Menschen der Partei den Rücken gekehrt. Dies oft in aller Stille, vielfach aber auch durch öffentliches Verbrennen der Parteibücher. Aber auch jenseits der Partei herrscht in der Gesellschaft wenig Interesse an dem, was die Partei macht, wie sie weiterhin in die Politik eingreifen will. Die Menschen in der UdSSR haben derzeit nicht nur andere Sorgen und Probleme, sondern sehen in der KPdSU auch nicht die Kraft, die ihnen eine Lösung der derzeitigen Misere anbieten könnte. Die Berichte in der sowjetischen Presse waren für die Menschen nicht von besonderem Interesse, sie wurden eher beiläufig zur Kenntnis genommen. Umgekehrt nahm aber auch der Parteitag nicht besonders von der restlichen Gesellschaft Kenntnis. Den Delegierten stand nur die Prawda zur Verfügung, selbst eine Ausgabe der komsomolskaja prawda, die Zeitung der Parteijugend, wurde aufgrund eines sehr kritischen Beitrages den Delegierten vorenthalten. Begründung hierfür war, daß sich die Teilnehmer des Parteitages auf ihre Arbeit konzentrieren und nicht Zeitung lesen sollten. Sicherlich eine löbliche Absicht, aber auch ein Ausdruck für die Distanz von Partei und Bevölkerung, wenn den Delegierten des Parteitages nur die Parteizeitung Prawda präsentiert, was draußen im Lande los ist. Selbst solche Blätter wie Ogonjok, das ein eindeutiger Vertreter der Gorbatschow-Linie ist, konnten die Delegierten nicht lesen. Dies ist auch ein Punkt, der den XXVIII. Parteitag von seinen Vorgängern unterscheidet. Bei früheren Parteitagen gab es für alle Delegierten immer reichlich Zeitungen aus der gesamten Sowjetunion zu lesen.

Die Bevölkerung zeigte wenig Interesse an dem Parteitag. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß die KPdSU in den letzten Jahren, insbesondere aber in den zurückliegenden Monaten, einen Image- und Bedeutungsverlust in nie gekanntem Ausmaß hinnehmen mußte. Der Präsidentenrat von Gorbatschow ist seit den Sitzungen des Obersten Sowjet das entscheidende Gremium in der Politik und somit interessanter und wichtiger als etwa das Politbüro der Partei. Hinzukommt, was wahrscheinlich ausschlaggebender ist, daß die Bevölkerung von der KPdSU schon längst keine Lösungsvorschläge mehr für die Probleme des Landes erwartet. Die Partei ist in den Augen der Menschen diejenige Kraft, die mit zu den größten Bremsern der Perestroika gehört und gilt als Hort des Konservatismus. Obwohl in der Partei selbst viel über den Führungsanspruch der Partei geredet und gestritten wird, in der Gesellschaft hat sie ihn nicht, auch wenn Gorbatschow den vorher verbrieften Führungsanspruch jetzt per Politik und Attraktivität der Partei zurückgewinnen will. In wie weit die Beschlüsse des Parteitages dazu beitragen werden, diesen Anspruch zu realisieren, ist ungewiß, da sie kaum vorwärtsweisenden Charakter haben.

Zwei Schritte vor - einen zurück

"Zum humanen und demokratischen Sozialismus" lautet die programmatische Erklärung, die vom XXVIII. Parteitag der KPdSU verabschiedet wurde. Sie ist in drei Teile gegliedert, in denen sich den aktuellen Problemen des Landes und der Partei gewidmet wird. Der letzte umfaßt den Bereich der Erneuerung der Partei und stellt den Versuch dar, die Partei nicht nur zu demokratisieren, sondern auch aus ihrer Lethargie zu erwecken.

So übernimmt die Partei die politische und moralische Verantwortung für die aktuelle Lage im Land, aber auch für die Verbrechen des Stalinismus. Der Parteitag verwahrt sich allerdings dagegen, KommunistInnen wegen dieser Vergangenheit pauschal zu verurteilen. Im gleichen Atemzug verzichtet die Partei auf jeden politischen Monopolismus und lehnt den demokratischen Zentralismus in der bisher praktizierten Form ab, hält dagegen an einer "weicheren", stärker an demokratischen Prinzipien orientierten Variante des demokratischen Zentralismus fest. Darüberhinaus sollen die Grundorganisationen, als Fundament der Partei, in ihren Rechten gestärkt werden; ihre Entscheidungen - soweit es sich um Aufgaben innerhalb der Statuten handelt - sollen nicht mehr von übergeordneten Gremien korrigiert werden. Insgesamt sollen die Grundorganisationen der Partei stärkeres Gewicht bei der Ausformulierung der Politik der Partei bekommen. Die Partei soll sich stärker als bisher aus den Betrieben und öffentlichen Einrichtungen zurückziehen, um so auch anderen politischen Gruppen Raum für deren Entfaltung zu geben. Für die Armee wurde dies ausdrücklich abgelehnt. Insgesamt aber erscheint dieser Teil der Entschließung als durchaus den parteieigenen Anstrengungen zur Demokratisierung der KPdSU angemessen.

Der erste und zweite Teil der Plattform umfaßt die Analyse der gegenwärtigen Krise der Gesellschaft und wie die KPdSU darauf reagieren will. Nicht nur daß dieser Teil weitgehend dem Rechenschaftsbericht des ZK entspricht, er beschränkt sich größtenteils auf schon bekannte Allgemeinplätze. So wird konstatiert, daß die Partei in der Vergangenheit Fehler begangen, daß sie nicht rechtzeitig und entschlossen genug die Perestroika in den eigenen Reihen vorangetrieben habe. Zugleich wird in einem "Aktionsprogramm" vorgestellt, wie die KPdSU ihre Politik als "dringende Maßnahmen zur Überwindung der Krise" umsetzen will. Es werden eine Reihe von Stichworten aufgelistet - von der Lösung der Versorgungsfrage bei den Gütern des täglichen Bedarfs über außergewöhnliche Hilfsleistungen für ökologische Notstandsgebiete bis zur dringenden Verabschiedung eines neuen Unionsvertrages, damit die UdSSR endlich zu einer echten föderativen Republik werde -, die allesamt aus den letzten Reden und Ankündigungen der Führungsriege um Gorbatschow und Ryschkow bekannt sind. Das Problem ist, daß aus diesen Ankündigungen bisher keine konkrete, für die Menschen sichtbare, spürbare Politik geworden ist. Das erhöht nicht gerade die Glaubwürdigkeit der Partei im Lande.

Dieser Teil der programmatischen Erklärung erweckt den Anschein, daß er als ausdrückliches Kompromißpapier geschrieben wurde, damit sich alle unterschiedlichen Kräfte der Partei auf dieser Plattform wiederfinden. Aber gerade in dem Versuch, die divergierenden Teile der Partei zusammenzuhalten, ist die inhaltliche Schwäche der Plattform begründet. Gorbatschow kann sich aufgrund seiner Wiederwahl und der Annahme dieser Plattform durch den Parteitag durchaus als Sieger in dieser innerparteilichen Auseinandersetzung fühlen, aber dieser Sieg nutzt ihm politisch nichts. Mit Jelzin, Popov und Sobtschak sind nicht nur prominente Reformer aus der Partei ausgetreten, sondern mit ihnen gehen die Hoffnungen vieler Menschen, für die die KPdSU noch etwas bedeutet hat. Insgesamt sind seit Beginn dieses Jahres bereits 500.000 Menschen aus der Partei ausgetreten. Angeblich sind darunter sowohl die 180.000, die bis zum Parteitag bereits ausgetreten sind, als auch mehrere tausend Ausgeschlossene, wobei allerdings nicht zu erfahren ist, warum diese ausgeschlossen wurden. Auch unabhängig davon erlebt die KPdSU derzeit einen Aderlaß von kaum bekanntem Ausmaß.

Mit rund 18 Millionen Mitgliedern ist die KPdSU rein zahlenmäßig die stärkste der Parteien, aber was ihren realen gesellschaftspolitischen Einfluß anbelangt, ist sie weiter denn je von diesem Anspruch entfernt. Unter rein demokratischen Aspekten ist die Trennung von staatlichen Ämtern und der Mitgliedschaft im Politbüro zu begrüßen, für die KPdSU aber ist es ein Bedeutungs- und Einflußverlust, dem bisher auf der politischen Ebene nichts entgegengesetzt werden konnte. Vielmehr trägt das Lavieren zwischen den Positionen, wie es aktuell von Gorbatschow an der Parteispitze betrieben wird, nicht zu einer Klärung der Positionen innerhalb der Partei bei und dementsprechend konturenlos ist ihr Bild nach außen. So erscheinen alle Positionen, die auf diesem Parteitag als Meinung der Partei festgehalten wurden als Kompromiß in zwei Richtungen: Zum einen wird

konstatiert, daß viele Forderungen der Radikalreformer berechtigt seien und daß die Partei in vielen Bereichen versagt habe, andererseits aber werden dann Rezepte zur Lösung der Probleme skizziert, mit denen sich jeder konservative Parteigänger identifizieren kann. "Der Parteitag stellt fest: Die Zuspitzung der Beziehungen zwischen den Nationalitäten hat die Partei überrascht. Das ZK behielt die Initiative bei der Beilegung von Konflikten oft nicht fest in seiner Hand und gab sich mit Halbheiten im Zentrum und vor Ort zufrieden. Der Abschluß eines neuen Unionsvertrages hat sich hinausgezögert. Die Geschlossenheit, ja die Existenz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als solche sind gefährdet. Der XXVIII. Parteitag der KPdSU verurteilt separatistische Tendenzen, da sie den Interessen der Völker widersprechen." (Dokumente des Parteitages, Agentur Nowosti S. 7) Nicht nur, daß mit derartigen Entschließungen des Parteitages die Brisanz der Auseinandersetzungen zwischen den Nationen der UdSSR verharmlost wird, es wird auch mit keiner Silbe angedeutet, wie sich die Partei die Lösung dieses Problems vorstellt. Gut, der neue Unionsvertrag ist angesprochen, aber wie soll er aussehen, welche Beziehungen zwischen den Staaten der UdSSR wird er zulassen, welches Verhältnis wird zwischen der Moskauer Zentrale und den einzelnen Republiken sein; alles Fragen, auf die die Entschließung des Parteitages keine Antwort gibt. Im Gegenteil. Durch das Nichtäußern einer Position, durch das Offenlassen der Haltung der Partei zur Nationalitätenfrage schadet die Partei im Moment nicht nur sich selbst, mit dieser indifferenten Haltung treibt sie die Nationen der UdSSR weiter auseinander. Weder gibt sie ihrem Generalsekretär, dem Präsidenten der UdSSR, politische Optionen für die Lösung dieser schwierigen Konflikte an die Hand, noch ist in der Entschließung zu lesen, daß die Partei einen höheren Souveränitätsgrad der unterschiedlichen Republiken als bisher überhaupt akzeptieren kann bzw. will. Da liegt aus Sicht der Republiken, die sich stärker von der Zentrale lösen wollen, der Verdacht nahe, daß sich hinter so unklaren Äußerungen der Großrusse versteckt, der an seiner zentralen Macht festhalten will. Dies gilt sicherlich für einen großen Teil der konservativen Delegierten auf dem Parteitag. Ob das auch für die Delegierten der "Demokratischen Plattform" zutreffend ist, darf zumindest angezweifelt werden. Diese jedenfalls kritisieren die Parteitagsentschließung an diesem Punkt ganz entschieden. Aber auch für sie findet sich etwas in dieser Entschließung etwa in der Frage der weiteren Umgestaltung von Staat und Gesellschaft.

Alle Macht den Sowjets!

"Der Parteitag erklärt: Es ist die Pflicht der KPdSU, die politische Reform zum Abschluß zu bringen und die ganze Machtfülle restlos an die Sowjets zu übergeben. Die Parteikomitees sind verpflichtet, ein Zusammenwirken mit den neuen Sowjets anzubahnen, ihre Entwicklung als Organe der realen Macht zu fördern und den Arbeitern und Bauern bei den Wahlen wirksame Unterstützung angedeihen zu lassen. Die konstruktive Haltung der kommunistischen Abgeordneten und der Parteiorganisationen soll den baldigsten Übergang der Sowjets zu einer vollwertigen und normalen Arbeit zu fördern. (Dokumente ... S. 9) Dieser Teil der Entschließung enthält einen hohen politischen Anspruch. Es darf aber bezweifelt werden, ob die Partei ihn tatsächlich in die Praxis umsetzen wird und auch kann. Zwar begrüßen die Reformer dieses Vorhaben, sie sehen sich aber vor Ort mit den Kräften in der KPdSU konfrontiert, die mit ihrem praktischen Verhalten, die Umsetzung eines derartigen Anspruches verunmöglichen. So wurde beispielsweise der Bürgermeister von Leningrad, Sobtschak, vom örtlichen Parteichef in die Zentrale der Leningrader KP bestellt, um dort über anstehende Probleme zu reden. Nur durch die öffentliche Weigerung Sobtschaks - zu diesem Zeitpunkt noch KPdSU-Mitglied - war der KP-Chef bereit, zum Vorsitzenden des Leningrader Sowjet zu gehen. Dieses Beispiel zeigt, wie stark das tradierte Denken und Handeln noch in der Partei und ihren Funktionären verankert ist. Vielerorts werden auch die Anweisungen und politischen Direktiven der neu gewählten Sowjets - oft bestimmt durch die Mehrheit von Anhängern der Demokratischen Plattform - seitens der Parteifunktionäre ignoriert und in den Orten läuft der Kampf zwischen den Sowjets und den Funktionären der Partei, wer im Ort das Sagen hat.

Jenseits dieser "Rivalitäten" ist die Partei nach ihrem Parteitag nicht dazu in der Lage, Initiativen in die Richtung zu geben, daß die lokalen Parteizusammenhänge real ihre Macht an die gewählten Organe abtreten. Zwei Dinge hat sie mehr oder weniger konkret anzubieten, erstens, daß sie ihr Programm radikal erneuern will und zweitens, daß sie den Menschen das oben beschriebe "Aktionsprogramm" empfiehlt. Beides ist so beschaffen, daß sich kaum jemand ernsthaft mit diesen Angeboten beschäftigen wird. So bleibt auch an diesem Punkt festzuhalten, daß die Führung der Partei willens ist, die verknöcherten Strukturen in Partei und Gesellschaft aufzubrechen, aber sie ist nicht dazu in der Lage, diesen Willen innerhalb der Partei durchzusetzen.

Die Partei als Bremser

Auch nach diesem Parteitag ist die KPdSU nicht die Kraft, die in der Sowjetunion die Perestroika vorantreibt. Gorbatschow hat durch seine Wiederwahl und die Annahme der Erklärung "Zum humanen und demokratischen Sozialismus" eine formelle Bestätigung für seine Politik erhalten, eine reale Unterstützung dafür wird er aber auch in Zukunft nicht erhalten. Der größte Teil der konservativen Delegierten des Parteitages kommt aus dem Bereich der Leitung und Verwaltung von Staat und Wirtschaft und sitzt dort auf Positionen, die mitentscheidend sind für die Umsetzung der Politik der Regierung. Zwar hat Gorbatschow schon öfters daran erinnert, daß Bedienstete des Staates diesem und nicht der Partei gegenüber loyal sein müßten. Wie dies verstanden wird, bleibt abzuwarten, da es bislang üblich war, die Loyalität gegenüber Staat und Partei nicht als zwei verschiedene Dinge anzusehen. Mit solchen Appellen versucht der Präsident und Generalsekretär etwas herzustellen, was in bürgerlichen Gesellschaften im Bereich von öffentlicher Verwaltung üblich geworden ist: das generell positive Verhältnis zum Staat unabhängig von der konkreten Regierung. Diese Versuche sind ein Teil davon, die Sowjetunion zu einer pluralistischen Gesellschaft zu machen.

Aber der abgelaufene Parteitag setzte in diese Richtung kaum Akzente. So wußte die Mehrheit des Parteitages zu verhindern, daß die Parteiorganisationen in der Armee abgeschafft werden, die Reformer konnten lediglich einen Passus hineinformulieren, daß dies nur unter der Bedingung geschehen könne, wenn andere Gruppierungen das gleiche Recht hätten auch in der Armee politisch tätig zu werden. Formal besteht dieses Recht, aber weit und breit ist keine Gruppe in Sicht, die diese Aufgabe wahrnehmen will und kann. Auch in anderen Bereichen öffentlicher Verwaltung und staatlicher Leitung ist die KPdSU nachwievor die Kraft, die über den größten Einfluß verfügt. Und diese Mitglieder fühlen sich weitgehend durch die konservativen Delegierten repräsentiert. Sie bilden das Potential, mit dem die Konservativen die Politik von Gorbatschow torpedieren können.

Aus diesem Grund ist der XXVIII. Parteitag kein durchgreifender Erfolg für Gorbatschow und seine Politik. Er stellt vielmehr einen weiteren Schritt auf dem Weg in die gesellschaftliche Isolation der Partei dar. Denn sie ist nur noch dazu in der Lage, Politik zu verhindern, aber nicht mehr, Initiativen zu ergreifen und umzusetzen. Gorbatschow wird auf dem Weg zu einer pluralistischen, demokratischeren Gesellschaft der UdSSR von einer Partei begleitet, die in ihrer Mehrheit diesen Weg nicht gehen will. Sie wird vor die Wahl gestellt, sich an diesem Prozeß zu beteiligen oder auseinanderzufallen. Letzteres würde den laufenden Prozeß des Auseinandertreibens der Nationen der UdSSR beschleunigen und Gorbatschow als den Präsidenten erscheinen lassen unter dem die UdSSR zerfallen ist.

as

23. Wie viele Armeen braucht ein Staat? Gorbatschow fordert Auflösung der bewaffneten Milizen

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:57

Spätestens seit den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Aseries und Armeniern ist bekannt, daß in der UdSSR weite Teile der sog. Volksfronten unter Waffen stehen. Ob in den baltischen Republiken, dem Kaukasus, der Ukraine oder Bjelorußland: Überall haben sich Menschen bewaffnet. Neben der regulären Sowjetarmee, den KGB-Truppen und den Streitkräften des Innenministeriums sind Milizen entstanden, die in vielen Republiken schon offizielle Ordnungsfunktionen wahrnehmen. Dies wollte Gorbatschow mit Hilfe eines Erlasses ändern. Innerhalb von 15 Tagen sollten alle bewaffneten Milizen aufgelöst werden. Doch kaum jemand hat diesen Erlaß befolgt.

Am 26.7. erließ Gorbatschow eine Verfügung, nach der alle Privatmilizen entwaffnet und aufgelöst werden sollten. Innerhalb von 15 Tagen müsse dieser Anweisung Folge geleistet werden und die Waffen bei den Innenministerien der Republiken abgeliefert werden. Sollte dies nicht geschehen, werde Moskau diese Verfügung mit Hilfe der Truppen des Innenministeriums und des KGB durchsetzen. Die Begründung für diesen Erlaß war sehr allgemein gehalten und sprach lediglich davon, daß durch diese Milizen die Sicherheit der Bevölkerung und des Staates gefährdet sei. Hauptadressat dieses Erlasses sind die armenischen Milizen, die in den vergangenen Monaten zunehmend an Einfluß in der Kaukasus-Republik gewonnen hatten.

Innenminister Bakatin, der zusammen mit Verteidigungsminister Jasow und KGB-Chef Krjutschow für die Durchführung verantwortlich ist, schien in ersten Gesprächen nicht besonders erbaut von der Maßnahme seines Chefs. Er deklarierte es als seine Privatmeinung, daß er sowohl die Frist von 15 Tagen für zu kurz halte, als auch, daß er der Maßnahme sehr skeptisch gegenüber stehe, was ihren Erfolg anbelangt. Allerdings sei er Minister und müsse den Erlaß durchführen. Eine gewisse Skepsis äußerte ebenfalls der Oberbefehlshaber der inneren Streitkräfte, Schatalin. Für ihn sei der Erlaß ebenso zu spät gekommen wie die Resolution des Obersten Sowjet vom 5. März, die auch die Entwaffnung der Milizen zum Inhalt hatte, aber bedeutungslos verpufft war. Aber er werde mit seinen Truppen für die Durchsetzung dieser Anordnung sorgen: "Wenn sich jemand weigert, freiwillig seine Waffen abzugeben, haben die inneren Truppen genügend Kraft, um zusammen mit der Armee die illegalen Formationen entschlossen zu entwaffnen, und sie werden aktiv handeln." (FR, 31.7.) Diese Androhung militärischer Gewalt aus dem Munde des Chefs der Truppen des Innern läßt die Bewaffnung der Volksfrontmilizen verständlich erscheinen. Denn es waren die Truppen des Innenministeriums, die in Tblissi eine friedliche Demonstration mit Klappspaten beendeten und die durch ihre gewaltsamen Provokationen mit zur Eskalation der Ereignisse in Baku beigetragen haben. Daß die selben Truppen mit der Entwaffnung der Milizen beauftragt wurden, erhöht nicht gerade deren Bereitschaft, den Erlaß zu befolgen.

Reaktionen der Republiken

Streng betrachtet ist der Vorstoß Gorbatschows zur Entwaffnung der Milizen ein Versuch, die Nationalitätenkonflikte zu entschärfen. Wer keine Waffen hat, kann auch nicht aufeinander schießen. Aber so ist der verfahrenen Situation zwischen den Republiken und der Union nicht beizukommen, ganz zu schweigen von den Konflikten zwischen den unterschiedlichen Republiken.

Die baltischen Republiken erklärten kurzerhand, daß vielleicht dieser Erlaß auch für sie gedacht sei, aber dies sei Moskaus Problem. Für sie hätte dieser Erlaß keinerlei Bedeutung, da er eine innere Angelegenheit der Sowjetunion beträfe. Der Oberste Sowjet der Republik Usbekistan richtete zentrale Sammelstellen für Waffen und Büros zur Durchführung der Auflösung ein. Allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Das Parlament Georgiens bot Gorbatschow an, über die Auflösung der Milizen zu verhandeln, suspendierte allerdings gleichzeitig diesen Erlaß für das Staatsgebiet Georgiens. Auch die Republik Ukraine verweigert die Durchführung dieses Erlasses. In einer Debatte im Parlament wurde gleichsam im Gegenzug ein Antrag an Verteidigungsminister Jasow verabschiedet. Dieser beinhaltet, daß ukrainische Wehrpflichtige nicht mehr außerhalb der Ukraine eingesetzt werden sollen. Nach diesem Beschluß, der mit 282 gegen 31 Stimmen angenommen wurde, sollen Soldaten ukrainischer Nationalität, die in Kirgisien, Aserbaidschan und Armenien Dienst tun, bis zum 1. Oktober in die Ukraine zurückkehren. Alle anderen, die in den übrigen Republiken stationiert sind, sollen bis

zum 1. Dezember in der Ukraine sein. Der Entschließungsantrag wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der Kommunistischen Partei angenommen und die separatistischen Kräfte in der Ukraine sehen sich in ihren Positionen bestärkt. "Ich sehe dies als einen ersten Schritt zur Bildung nationaler Streitkräfte, einer ukrainischen Armee. Unsere Söhne sollten nicht in diese Auseinandersetzungen verwickelt sein." So der Führer der ukrainischen Nationalistenbewegung Ruch, Iwan Drach. (Südt. Ztg. 1.8.) Nicht nur, daß die Anordnung Gorbatschows ignoriert wird, in der Ukraine sieht die Mehrheit des Parlaments unter Einschluß der KP die Sache wie Drach.

In Armenien deutet sich eine ähnliche Entwicklung an, allerdings auf einer gänzlich anderen Grundlage. Zum einen existiert schon eine "armenische Nationalarmee" mit angeblich 140.000 Mitgliedern, gleichzeitig sind mehrere tausend Freiwillige in Milizen unter Waffen. Die Schätzungen schwanken zwischen 10.000 und 40.000 Mann. Die niedrigere Zahl wird vor allem aus Kreisen der sowjetischen Armee genannt, in deren Zeitung Krasnaja Swesda wird die kleinere Zahl genannt. Dies erklärt sich daraus, daß die Armee nur die Waffen zusammenrechnet, die bei Überfällen auf Armeeinrichtungen oder Armeeangehörige erbeutet wurden. Die Zahl dürfte indes um einiges höher sein, denn es ist bekannt, daß sowohl einzelne Soldaten wie ganze Verbände mit ihrem Arsenal Handel treiben, um die marode Versorgungssituation in der Armee aufzubessern. Ob allerdings die Zahl 40.000 aus diesem Umstand zu erklären und ob sie zutreffend ist, muß offen bleiben.

Nach dem Bekanntwerden des Erlasses deutete vieles auf eine bedrohliche Situation in Armenien, aber auch Aserbaidschan hin. In fast allen größeren Städten in Armenien fuhren bewaffnete Kräfte des Innenministeriums auf, um die Durchführung des Erlasses zu überwachen und die Androhung militärischer Gewalt glaubhaft zu untermauern. Aber es geschah nichts. Weder kam es zu Auseinandersetzungen noch wurden irgendwelche Waffen abgegeben. Zwar vermeldete TASS, daß in Armenien umfangreiche Waffenlager entdeckt wurden, aber nach denen wird eh gesucht, unabhängig vom Erlaß aus Moskau. Auch in der Republik Aserbaidschan tat sich in diesem Punkte nichts. Beide Völker/Nationen befürchten, daß der jeweilige Nachbar sie überfällt, wenn die Waffen abgegeben werden. Besonders tief sitzt diese Angst bei den Armeniern, vor allem bei den Bewohnern der Enklave Ngory Karabach, die vollständig von Aserbaidschan eingeschlossen ist.

Besonders in diesen beiden Republiken stellte mensch sich die Frage, was passiert am 9. August, dem Tag, an dem alle Milizen hätten aufgelöst sein müssen. Doch die Sorge war umsonst, Moskau ließ das Ultimatum verstreichen und überlegt nun, wie dieses Problem anders, diplomatisch, zu lösen sei.

Moskau auf dem Rückzug

Obwohl von Seiten der Staats- und Armeeführung immer wieder erklärt wurde, daß Moskau eigene Armeen der Republiken nicht dulden werde, deutet sich genau dieses an. Die baltischen Staaten begreifen ihre Milizen und bewaffneten Volksfrontanhänger als ihre Armee, da sie sich nicht mehr zur Sowjetunion gehörig zählen. Die laufenden Verhandlungen über die Souveränität dieser Ostseerepubliken sind aus deren Sicht nur Modalitätsregelungen. Keine der drei Republiken hat ihre Unabhängigkeitserklärung außer Kraft gesetzt, sondern nur vorübergehend auf Eis gelegt, um die weiteren Verhandlungen zu entkrampfen.

In Armenien veränderte sich die Situation durch die Wahl von Lewon Ter-Petrosjan zum Parlamentspräsidenten. Auf Einladung Gorbatschows, der ihn im letzten Jahr wegen seiner Anführerschaft im Karabach-Komitee noch für ein Jahr in den Knast gesteckt hatte, weilte Ter-Petrosjan in Moskau und verhandelte mit der Unionsführung. Ergebnis war, daß die Armenier ihre Waffen noch nicht abzugegeben brauchen und daß die Auflösung der paramilitärischen Formationen Angelegenheit der Armenier sei. Dies jedenfalls die Interpretation des armenischen Parlamentspräsidenten, der bisher von Moskau noch nicht widersprochen wurde. Somit scheint es derzeit darauf hinauszulaufen, daß die Republiken, in denen bewaffnete Milizen außerhalb der regulären Einheiten bestehen, Nationalarmeen aus diesen Formationen bilden werden. Denn es ist augenscheinlich, daß Moskau nicht dazu in der Lage ist, Erlasse durchzusetzen, wenn sie Souveränitätsinteressen der Republiken direkt berühren. Eine Entwaffnung der Volksfrontkräfte wäre im Augenblick nur durch einen massiven Einsatz der Streitkräfte des Innenministeriums, der KGB-Truppen und der Sowjetarmee möglich. Dies bedeutet aber, daß die Zentralgewalt einen Bürgerkrieg vom Zaune bricht, denn freiwillig werden die meisten Milizen ihre Waffen nicht abgeben. Andererseits verdeutlicht dies, wie weit Gorbatschows innenpolitischer Einfluß schon gesunken ist. Außerdem kommt dieser Erlaß genau wie der neue Unionsvertrag zu spät, denn in den Republiken haben sich bereits neue Strukturen, unabhängig von der Moskauer Zentrale, gebildet. Bedenkt mensch, daß auch in den hier nicht erwähnten Landesteilen bewaffnete

Kräfte existieren, so etwa in den sibirischen Industrieregionen, in Bjelorußland und den diversen Teilrepubliken und autonomen Regionen der russischen Republik, so wird deutlich, daß dieses Problem mit den traditionellen Mitteln Moskauer Politik nicht zu lösen ist. Aber ein anderer Weg, der nicht Zerfall der Sowjetunion heißt, ist aktuell nicht in Sicht. Gorbatschow, Ryschkow, aber auch die Reformkräfte um Jelzin, Sobtschak und Popow werden sich darauf einstellen müssen, daß sie weite Teile ihrer bisherigen Macht an die Republiken abgeben müssen. Und je länger dieses hinausgezögert wird, um so ungünstiger werden die Bedingungen für die Zentrale sein, unter denen diese Abgabe stattfinden wird. Der Versuch, diese Problemlage gleichsam wie den Gordischen Knoten mit Hilfe eines Erlasses zu lösen, darf getrost als gescheitert bezeichnet werden. Ein Umstand, der nicht gerade zur Erhöhung des Ansehens von Präsident Gorbatschow im Lande beiträgt.

as

24. Kambodscha/Afghanistan: Der Krieg hält an

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Afghanistan; Kambodscha · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:07

Vor rund 2 Jahren leiteten die Sowjetunion und die USA Verhandlungen über die Beilegung sogenannter Regionalkonflikte in der Welt ein. Diese Konflikte im südlichen Afrika (Angola, Mozambique), Mittelamerika (Nicaragua) und Asien (Afghanistan, Kambodscha) zeichnen sich u.a. dadurch aus, daß die beiden atomaren Großmächte im unterschiedlichen Ausmaß in diesen Ländern involviert sind. Die inneren Bedingungen und Kräfteverhältnisse haben sich in diesen Ländern seitdem entscheidend verändert und wirken auf die Politik der beiden Großmächte zurück.

So haben die USA ihre Politik gegenüber Kambodscha grundlegend geändert, verlangen die Aberkennung des UN-Status der oppositionellen Dreier-Allianz einschließlich der Roten Khmer und sind bereit, mit Vietnam in einen Dialog über eine friedliche Lösung des Bürgerkriegs in Kambodscha einzutreten. In Afghanistan sind die USA mit ihrer massiven militärischen Unterstützung der opponierenden Mudjaheddin zum Sturz des Nadjibullah-Regimes kläglich gescheitert und offenbar bereit, von ihrer rein militärischen Lösung abzurücken. Ob damit erstens ein Rückzug der beiden Großmächte aus diesen beiden Regionalkonfliktherden verbunden ist und zweitens die Bürgerkriege in diesen Ländern einer friedlichen Lösung zugeführt werden können, soll im folgenden genauer beleuchtet werden.

Kambodscha: Kurswechsel der USA

Ende Juli gab US-Außenminister Baker einen außenpolitischen Kurswechsel gegenüber Kambodscha bekannt. Zum einen erkannten die USA erstmals an, daß sich die vietnamesischen Truppen vollständig aus Kambodscha zurückgezogen haben; zweitens boten die USA der vietnamesischen Regierung Verhandlungen über die Lösung des Kambodscha-Konflikts an, was allerdings nicht mit einer Normalisierung der Beziehungen verbunden sei; drittens erklärte Baker, daß unter allen Umständen eine drohende Herrschaft der Roten Khmer in Kambodscha verhindert werden müsse; und viertens wollen die USA die Aberkennung des UN-Status der "Koalition Demokratisches Kambodscha", bestehend aus den Sihanoukisten, der nationalistisch-antikommunistischen Befreiungsfront und der Roten Khmer, erwirken.

Der außenpolitische Schwenk der US-Administration kam nicht ganz überraschend, denn die Guerilla der Roten Khmer, massiv von der VR China unterstützt, rückte bis auf 60 km vor die Hauptstadt Phnom Penh vor. In 18 der 21 Provinzen kämpfen die Khmer gegen die kambodschanischen Regierungstruppen um die Vorherrschaft. Die Sowjetunion hatte angekündigt, ihre Hilfe an die kambodschanische Regierung zum Ende dieses Jahres einzustellen, so daß der Regierung Hun Sen keine längeren Überlebenschancen eingeräumt werden.

Die USA haben kein Interesse an einer Reetablierung des Pol Pot-Regimes, das zwischen 1975 und 1978 ein barbarisches Regime errichtete und ganze Städte und Dörfer zerstörte. Durch Massenhinrichtungen, Zwangsvertreibungen, Hunger und Krankheit sind zwischen 500.000 und einer Million Menschen ums Leben gekommen.

Friedensverhandlungen gescheitert

Alle zuvor stattgefundenen Friedensverhandlungen über Kambodscha waren gescheitert. Vor zwei Jahren fanden Gespräche zur Beilegung des Konflikts auf Vermittlung der ASEAN-Staaten (1) in Djakarta statt.

An ihnen nahmen der kambodschanische Präsident Hun Sen, Prinz Sihanouk als Chef der Dreier-Widerstandsallianz, die Roten Khmer und die Nationalistische Befreiungsfront unter Son Sann teil. Es kam jedoch zu keiner Einigung über die Frage eines sofortigen und bedingungslosen Abzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und der Zusammensetzung einer möglichen provisorischen Übergangsregierung unter Einbeziehung der Roten Khmer. Beide Forderungen wurden von Hun Sen zurückgewiesen.

Im August 1989 fanden erneute Friedensgespräche in Paris statt. Zu den vier kambodschanischen Konfliktparteien gesellten sich Vietnam, Vertreter der ASEAN-Staaten, die USA, die Sowjetunion, die VR China und die EG (als Beobachter) hinzu. Vietnam sagte zwar einen Abzug ihrer Truppen aus Kambodscha zu,

weigerte sich jedoch strikt, eine Übergangsregierung unter Einschluß der Roten Khmer zu akzeptieren. Auch ein französischer Kompromißvorschlag einer Interimsregierung unter Führung Hun Sens und des Prinzen Sihanouk wurde von Hun Sen abgelehnt.

Ende September zog Vietnam, auch auf Druck der Sowjetunion hin, die Truppen aus Kambodscha vollständig ab, was aber von den USA und der VR China stets bestritten wurde. Die "Allianz Demokratisches Kambodscha" prophezeite daraufhin den raschen Zusammenbruch der Hun Sen-Regierung binnen weniger Monate und forcierte den Bürgerkrieg. Zwar gelang es den Roten Khmer, von Thailand aus die kambodschanische Provinzhauptstadt Pailin zu erobern, ihre weitere militärische Offensive scheiterte jedoch an der wohl unterschätzten kambodschanischen Armee.

Im Januar dieses Jahres wurden die Friedensverhandlungen auf internationaler Ebene fortgesetzt. Australien schlug eine an Namibia angelehnte Lösung vor: Ablösung der Hun Sen-Regierung durch eine UN-Verwaltung bis zu den freien Wahlen. Die Sowjetunion unterstützte diesen Plan, die VR China lehnte ihn kategorisch ab. Sihanouk schlug eine Allparteienkoalition unter Einschluß der Roten Khmer unter UN-Aufsicht bis zu den freien Wahlen vor, was wiederum von Hun Sen abgelehnt wurde.

Unterdessen nutzten die Roten Khmer die Trockenzeit für eine erneute militärische Offensive. Es kam zu schweren Kämpfen um die zweitgrößte Stadt Kambodschas, Battambang. Der Bürgerkrieg dehnte sich auf das ganze Land aus. Die Kräfteverhältnisse sind nach wie vor unübersichtlich. Die Roten Khmer werden vor allem von der VR China unterstützt und rekrutieren sich vornehmlich aus den über 300.000 kambodschanischen Flüchtlingen in Thailand. Rund 30.000 Rote Khmer sollen unter Waffen stehen. Die Nationalistische Befreiungsfront Son Sanns und die Sihanoukisten, militärisch wesentlich unbedeutender, erhalten ihre militärische Unterstützung von einigen ASEAN-Staaten, den USA und Frankreich, während die Regierungstruppen von Vietnam und der Sowjetunion aus Hilfe beziehen.

Die US-Interessen im Kambodscha-Konflikt waren dem Ost-West-Konflikt untergeordnet; es galt, sowohl Vietnam als auch die Sowjetunion so lange wie möglich in diesen Krieg zu involvieren. Dafür nahmen die USA die Unterstützung der Roten Khmer seitens der VR China billigend in Kauf. Die UN-Anerkennung des Widerstands erzwangen die USA Anfang der achtziger Jahre dadurch, daß die Sihanoukisten und Son Sann sich mit den Roten Khmer verständigen mußten, denn eine UN-Anerkennung allein der international verhaßten und diskreditierten Roten Khmer konnten sich die USA aus innen- und außenpolitischen Gründen nicht leisten.

Die Zeichen stehen auf Krieg

Nunmehr tritt der Ost-West-Konflikt völlig in den Hintergrund. Mit dem Kurswechsel der USA, den diese auf der jüngsten ASEAN-Konferenz durchsetzten, ist die ursprüngliche Frontstellung aufgelöst worden. Nunmehr befinden sich die VR China und die Widerstands-Allianz im Widerspruch zu Vietnam, den USA, ASEAN und der Sowjetunion.

Im Westen kommt es zu einer gewissen Arbeitsteilung; die USA boten der Hun Sen-Regierung Hilfe an und wollen das weitere Vordringen der Roten Khmer unter allen Umständen verhindern. Gleichzeitig verhandeln die USA mit Vietnam über eine mögliche Übergangsregierung und hoben so nebenbei das 15jährige Handelsembargo auf.

Thailand und einige andere ASEAN-Staaten unterstützen Prinz Sihanouk, um die Roten Khmer politisch in die Allianz einzubinden und kontrollieren zu können. Gleichzeitig entwickelt Thailand den Handel mit Kambodscha.

Die VR China gerät nach dem US-Kurswechsel zunehmend in die internationale Isolation, nachdem die USA versuchten, die chinesische Regierung von ihrer Unterstützung der Roten Khmer abzubringen. Die VR China hat das bislang strikt abgelehnt, während Sihanouk und die Roten Khmer die Entscheidung nun erst Recht in der Ausweitung im militärischen Kampf gegen die kambodschanische Regierung suchen.

Der außenpolitische Schwenk der USA führt also keineswegs zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts, sondern zu einer weiteren Verschärfung. Das Dilemma der US-Administration ist, daß eine Lösung unter Ausschluß der Roten Khmer, die etwa ein Drittel der kambodschanischen Bevölkerung vor allem in den ländlichen Regionen hinter sich weiß, nahezu ausgeschlossen ist. Die Kampfansage gegen die Roten Khmer schließt eine Verständigung auf dem Verhandlungswege nahezu aus, der von den Khmer am 29.6.90 vorgelegte Friedensplan ist damit obsolet geworden (2).

Die Roten Khmer werden in der Ausweitung ihrer militärischen Kämpfe im Gegenteil nun versuchen, günstigere Ausgangsbedingungen für mögliche Verhandlungen zu erwirken.

Afghanistan und die Verhandlungen in Irkutsk

Anfang August trafen sich die Außenminister der USA und der Sowjetunion in Irkutsk, um u.a. über den Afghanistan-Konflikt zu beraten. Beide waren sich einig in der Durchführung freier Wahlen und erklärten die Absicht, eine Vereinbarung über eine sogenannte "negative Symmetrie", das heißt die Einstellung aller Waffenlieferungen an die jeweiligen kriegführenden Parteien, zu treffen.

Dissens bestand in der Frage einer möglichen Übergangsregierung; die USA bestanden zwar nicht mehr auf den vorherigen Rücktritt des Nadjibullah-Regimes in Kabul; allerdings soll die derzeitige Regierung ihre Machtbefugnisse in den Bereichen Inneres, Verteidigung, Information und Geheimpolizei entzogen werden. Die USA schlugen weiterhin die Bildung einer Übergangsregierung unter Beteiligung der Loya Djirga, einer Art Nationalversammlung mit den Delegierten aus allen Volksgruppen und Provinzen, bei gleichzeitiger Waffenruhe unter UN-Aufsicht vor. Die Sowjetunion lehnte diese Vorschläge ab, weil sie die faktische Ablösung der derzeitigen Regierung nicht akzeptiert. Die in der Achter-Allianz zusammengeschlossenen Gruppierungen der Mudjaheddin lehnen nach wie vor eine Beteiligung der Nadjibullah-Regierung ab.

Daß dennoch Bewegung in die Verhandlungen gekommen ist, hat mit den völlig veränderten Bedingungen in Afghanistan zu tun.

Mudjaheddin gescheitert

Rund 18 Monate nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan sitzt das derzeitige Nadjibullah-Regime fester im Sattel denn je. Dabei hatten es sich die USA ganz anders vorgestellt. Der CIA, der die immensen Waffenlieferungen an die Mudjaheddin über Pakistan organisierte und finanzierte - mindestens eine halbe Milliarde Dollar flossen ihnen allein im letzten Jahr zu - setzte auf eine schnelle militärische Lösung. Man gab dem Nadjibullah-Regime höchstens noch ein halbes Jahr, bis sie von der Widerstands-Allianz militärisch besiegt worden wäre.

Die USA drängten gleich nach dem Abzug der sowjetischen Truppen die damalige Siebener-Allianz zur Einberufung einer Schaura (Rat der Mudjaheddin) und die Bildung einer "repräsentativen" Übergangsregierung im pakistanischen Peshawar. Gleichzeitig war geplant, eine militärische Großoffensive gegen die afghanische Stadt Djalalabad einzuleiten. Nach deren Eroberung sollte sich die "Peshawar-Allianz" dort als einzig legitime und rechtmäßige Regierung etablieren und von den USA anerkannt werden.

Den gesamten Februar und März dauerten die Kämpfe um Djalalabad an; die Stadt wurde pausenlos bombardiert, über 5.000 Menschen kamen bei den Kämpfen ums Leben. Aber sowohl die Militärstrategen in den USA als auch die Verbände der Mudjaheddin hatten die militärische Stärke der Regierungstruppen unterschätzt. Es gelang ihnen nicht, die Stadt einzunehmen.

Nach dieser militärischen Niederlage gaben viele aufständische Mudjaheddin resigniert auf und folgten der "Politik der nationalen Versöhnung" Nadjibullahs, der den Aufgebenden Geld und Ackerland zur Verfügung stellte. Von den acht Widerstandsgruppen kämpft im wesentlichen nur noch die Harakaté Islami (Islamische Bewegung) des Ayatollah Mohseni. Die Achter-Allianz unterhält zwar noch ihre "provisorische Regierung" im pakistanischen Peshawar, existiert ansonsten aber nur noch auf dem Papier. Längst haben sich die acht Gruppen völlig zerstritten und überworfen. Im Juli letzten Jahres geriet der berühmte Kommandant Masud in einen Hinterhalt des engsten Verbündeten der USA, der Islamischen Partei unter Hekmatyar und wurde getötet. Die Masud-Gruppe rächte sich und nahm 300 Hekmatyar-Kämpfer gefangen. Die Islamische Partei trat bald darauf aus der Peshawar-Allianz aus und erklärte, die Schaura nicht als legitime Vertreterin der unterschiedlichen Fraktionen der Mudjaheddin anzuerkennen, sondern sie militärisch zu bekämpfen.

Parallel dazu betrieb Nadjibullah eine geschickte Politik, die darauf abzielt, die Siebener-Allianz völlig zu paralysieren und für eine gemeinsame Politik der "nationalen Versöhnung" zugewinnen. Er verzichtete ausdrücklich auf den alleinigen Machtanspruch der Volksdemokratischen Partei Afghanistans (VdPA) und bot den aufgebenden und überlaufenden Mudjaheddin Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung an. Die USA, die ausschließlich auf die militärische Karte setzten, die sie nun verspielt hatten, starteten einen letzten Versuch zum Sturz der Nadjibullah-Regierung. Am 9. März dieses Jahres putschte Verteidigungsminister

Tanai in Kabul mit Unterstützung von Hekmatyar und in enger Abstimmung mit dem pakistanischen und amerikanischen Geheimdienst.

Tanai gehörte dem Chalq-Flügel, der mehr die ländliche Bevölkerung und die Paschtunen repräsentiert, an und konnte sich auf Teile der Militärs stützen, während der Parcham-Flügel Nadjibullahs sich auf die städtische Bevölkerung und die Intelligenz stützt. Der Parcham-Flügel kontrolliert nahezu vollständig den außerordentlich wichtigen Geheimdienst. Beide Flügel in der VdPA werden nur mühsam in einem Zweckbündnis zusammengehalten, und es kam immer wieder auch zu militärischen Auseinandersetzungen innerhalb dieser Partei.

Doch auch diese Rechnung der USA, mit einem Bündnis aus Chalq-Fraktion und Hekmatyar das Nadjibullah-Regime wegzuputschen, mißlang vollständig. Tanai konnte nach Pakistan fliehen und gab dort die Zusammenarbeit mit dem ursprünglichen Feind zu. Nach diesem erneuten Fehlschlag der USA ging Nadjibullah gestärkt und selbstbewußt aus den Auseinandersetzungen hervor. Im Juni berief er die Loya Djirga (große Nationalversammlung) mit 792 Delegierten in Kabul ein. Man verständigte sich dort auf einen Parteienpluralismus und forderte die noch kämpfenden Mudjaheddin zu Verhandlungen auf. Außerdem sollten die Mudjaheddin auf ihre Exilregierung in Peshawar verzichten.

Ende Juni fand ein Kongreß der VdPA statt, auf dem die Partei in "Watan" (Heimatpartei) umbenannt, das Einparteiensystem beerdigt und der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan Ende 1979 verurteilt wurde. "Watan" setzte sich für freie Wahlen noch Ende dieses Jahres ein.

Im Juli erfolgten dann die US-amerikanisch-sowjetischen Friedensverhandlungen vor dem Hintergrund einer völlig veränderten Lage, denn der Widerstand der Mudjaheddin ist praktisch zusammengebrochen, die Peshawar-Allianz zerstritten. Nur noch 10% der US-Gelder gehen ins Land, der Rest versickert in Peshawar, wo sich die verschiedenen Fraktionen aus dem reichen Geldsegen bedienen.

Den letzten Beweis für das totale Scheitern der militärischen Lösung der USA lieferte der Rebellenkommandant Ahmad und 5.000 Partisanen, die in der Provinz Herat gegen die Regierungstruppen kämpften und nunmehr geschlossen zu Nadjibullah überliefen.

Friedliche Lösung?

Einigung besteht zwischen den USA und der Sowjetunion sowie dem Nadjibullah-Regime in der Frage der Abhaltung freier Wahlen unter internationaler Aufsicht der UN. Der Teufel steckt bekanntlich im Detail; die USA machen den vorherigen Rücktritt der amtierenden Regierung zur Bedingung, während die Sowjetunion auf eine Beteiligung Nadjibullahs setzen.

Die Friedensverhandlungen drohen jedoch aus einem ganz anderen Grunde, zur bloßen Makulatur zuwerden. 80% des Landes werden von den zahlreichen und sehr unterschiedlichen Stämmen und Volksgruppen mit ihren Führern in den verschiedenen Provinzen kontrolliert. Nadjibullah kontrolliert im wesentlichen die Hauptstadt Kabul, und auch die Peshawar-Allianz hat kaum Einfluß auf diese vorhandenen alten Strukturen des Landes. Freie Wahlen nach westlichem Muster können an diesen Strukturen des Landes scheitern, in dem die Zentralgewalt noch nie über die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Stammesfürsten hinwegregieren konnte.

Insofern steht gegenwärtig noch in den Sternen, wie die friedliche Lösung aussehen soll und ob sie gegenüber diesen Strukturen überhaupt durchsetzbar sein wird.

D./Westberlin

Anmerkungen:

(1) Die ASEAN-Staaten sind Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei und die Philippinen.

(2) Der Friedensplan der Roten Khmer vom 29.6.90 sah u.a. die Aufstellung von UN-Friedenstruppen in Kambodscha für mehrere Jahre, die Auflösung aller bewaffneten Verbände und Streitkräfte, die Konfiszierung aller Waffenlager im Land, die Bildung eines Obersten Nationalrates aus allen vier Parteien bis zur Abhaltung freier Wahlen und die Wahlen zur Konstituierung einer Nationalversammlung vor. Der Plan wird von Hun Sen vor allem aus zwei Gründen abgelehnt; zum einen ist die Ausschließung der Roten Khmer für die derzeitige

Regierung und für Vietnam eine unabdingbare Voraussetzung, zum anderen bezieht sich die Entmilitarisierung nur auf Kambodscha, nicht jedoch auf Thailand, der wesentlichen logistischen Basis der Roten Khmer.

25. Interview mit Karl von Holdt Der ANC und der Staatsapparat

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:54

Karl von Holdt ist Mitherausgeber und Redaktionsmitglied des "SOUTH AFRICAN LABOUR BULLETIN", das seit 16 Jahren als Zweimonatsmagazin insbesondere über den Kampf der Gewerkschaften informiert, aber darüberhinaus auch wichtige Beiträge zur politischen Diskussion liefert.

Wir veröffentlichen kurze Ausschnitte eines Gespräches, das im Frühsommer in Johannesburg stattfand. Die Red.

ak: Ist es eine Absicht des ANC, den weißen Staatsapparat abzuschaffen und ihn durch Schwarze zu ersetzen?

Karl von Holdt: Ja, aber das Problem ist, wie das Ganze in die Praxis umsetzen? Nicht nur, daß nicht genug Menschen dafür ausgebildet sind, sondern auch, daß sehr viel schneller, als jeder erwartet hätte, das System tatsächlich seine Positionen verändert hat und Verhandlungen begonnen hat und sieht, daß wir damit begonnen haben, das Ende der Herrschaft der Weißen zu verhandeln. Das konfrontiert uns mit einer Fülle von Fragen, wie z.B. verändern wir den Staatsapparat? Das beinhaltet einen viel längeren Prozeß des Kampfes um die Form des Staatsapparats, die Kontrolle desselben etc.

Andererseits haben wir eine sehr mächtige Massenbewegung auf unserer Seite. In den Städten, in den Schulen, in den Gewerkschaften. Man kann sagen, im zivilen Bereich der Gesellschaft ist die Befreiungsbewegung sehr mächtig.

Wird das wirklich so weitergehen, wenn der ANC in der Regierung sitzt?

(...) Interessant in der gegenwärtigen Situation ist, daß viele Menschen befürchten, daß, wenn Mandela und der ANC nicht mehr gebannt sind, sich viele Menschen zurücklehnen und darauf warten, daß die Führer etwas unternehmen. Tatsächlich sieht man aber überall im Land riesige Massenbewegungen, nicht direkt verbunden mit oder organisiert oder zusammengerufen durch den ANC. Aber überall in den weitentfernten Orten, in den Bantustans, beginnen Menschen den Kampf, ihre Lebensverhältnisse zu verändern. Sie können argumentieren, o.k., die Menschen treten dort den Feinden gegenüber, z.B. der Polizei, den Bantustan-Führern. Das sei immer noch die Ebene der Provokation, könnten Sie sagen. Für mich ist ganz klar, daß eine Gefahr besteht, wenn der ANC an der Regierung ist (...), daß Menschen demobilisiert werden und sich zurücklehnen.

Aber erstens ist der Grad der Organisierung und des politischen Verständnisses der Lage weitgehend genug, daß man sagen kann, wir haben starke Ressourcen in der Massenorganisation. Außerdem würde ich sagen, daß die politische Grundüberzeugung unter vielen Führern, sicher in COSATU und bei vielen der ANC-Führer und der kommunistischen Führer, genau das beinhaltet, daß man weitermachen muß, Menschen zu organisieren und zu mobilisieren, um die Gesellschaft zu verändern.

Wir stehen vor einer Periode des Kampfs, in der wir versuchen, im Sinne eines Kampfes der gesellschaftlichen Kräfte, die Strukturen des Staates auf lokaler, regionaler, nationaler Ebene zu verändern. (...) Wir werden keinen befreiten Staat nach den Verhandlungen haben, aber Bedingungen für den weiteren Kampf.

Ich denke, die Macht des Kapitals und verschiedenster weißer Gruppierungen ist bedeutsamerweise in Zweckverbänden organisiert. Die Machtverhältnisse werden sich gegen sie wenden. Und sie werden Kämpfe verschiedenster Art führen, um ihre Position zu halten. Aber, nicht zuletzt, ist das für uns eine gute Chance, Fortschritte zu erzielen. Aber es ist ein Kampf und es gibt keine Garantie. Und es scheint mir so, als ob das eine einzigartige, noch nie dagewesene Situation in der Welt ist, einen so mächtigen und hochentwickelten Staatsapparat zu haben, der verhandelt um irgendeine Art von Machtveränderung in solch einem industrialisierten Wirtschaftssystem. (...)

Wir groß ist die Gefahr einer Aufspaltung in der schwarzen Bevölkerung? Das Dilemma, vor dem der ANC steht, ist sehr groß.

Das ist ein sehr großes Problem für den ANC. Er wird nicht die Möglichkeit haben, Häuser, Sicherheit und bequeme Lebensverhältnisse bereitstellen zu können, was die Menschen natürlich wollen. (...) Aber ein sehr wichtiges Element dabei ist, daß der ANC fähig ist, schnell und mit großer Tragweite überall Zweigstellen zu errichten. So daß er Menschen in eine politische Debatte einbeziehen kann, daß er den Menschen erklären kann, was zur Wahl steht. (...) So daß Menschen erfahren können, daß sie Gestalter in diesem sehr komplizierten Prozess sind, der versucht die Gesellschaft zu verändern. Und außerdem fängt die Führung nicht an, in großen Häusern herumzusitzen und in einer bequemen Art für sich zu leben, während die Bevölkerung noch immer um Wohnraum, Arbeit etc. kämpft.

Ich denke, es ist eine dringende Aufgabe, den ANC in eine wirkliche Massenstruktur zu verwandeln, in eine demokratische Struktur überall im Land. Und dasselbe gilt für die Gewerkschaften, die Bürgerkomitees, die Zusammenschlüsse der Jugendlichen - sie müssen in Richtung Massenorganisationen entwickelt werden.

Ist es für den ANC in der Post-Apartheid- Phase notwendig, sich in verschiedene Gruppierungen oder Parteien aufzuspalten? In der Phase der Befreiungsbewegung gegen die Kolonisatoren ist es notwendig, eine nationale Befreiungsbewegung aufzubauen. Nach dieser Periode ist es vielleicht notwendig sich zu teilen, um neue Strukturen zu finden, das Beispiel der SWAPO zeigt die Gefahren, auch das Beispiel Zimbabwe.

Erstens denke ich, ein Ein-Parteien-Staat steht nicht auf der Tagesordnung, da es so viele andere politische Kräfte gibt, vor allen Dingen unter den Weißen, den Indern etc. Die DP (Democratic Party) wird sich zu einer nicht-rassistischen, liberalen Partei entwickeln. (...) Die Tatsache, daß wir Verhandlungen führen, eine verfassungsgebende Versammlung haben werden, besagt, daß wir ein Mehrparteien-System haben werden.

Um in Begriffen des ANC zu sprechen scheint es mir so zu sein, daß der ANC letztendlich in verschiedene Parteien auseinanderbrechen muß. Aber gleichzeitig scheint dies ein Langzeit-Prozeß zu sein. (...) Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß der Kampf auf so vielen Ebenen weitergeführt werden muß nach der Errichtung einer nicht-rassistischen Demokratie. Die Notwendigkeit, diese Staatsstruktur weiter zu verändern, braucht noch immer eine starke, nationale Befreiungsbewegung mit breitgefächerter Basis. Vielleicht, das hängt von vielen Faktoren ab, werden wir in fünf oder zehn Jahren eine Situation haben, wo das Sinn macht für Kommunisten und Sozialisten, ihre eigenen Parteien zu gründen. Die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Chauvinisten, die Nationalisten werden ihre eigenen Parteien gründen. Man kann nicht solche Strömungen zusammenhalten unter normalen demokratischen Bedingungen. (...)

26. Aus der Traum vom sanften Kapitalismus - Perus neuer Präsident entpuppt sich als neoliberaler Hardliner

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:45

Ganze zwei Wochen dauerte der Traum vom schönen, sanften Kapitalismus, den der neue Präsident Fujimori im Wahlkampf versprochen hatte. Dann verkündete Alberto Fujimori sein wirtschaftliches Schockprogramm. Dieses übertraf die kühnsten Befürchtungen. Der Benzinpreis wurde um 3100% erhöht, Lebensmittel um 1000% - 3000%. Gleichzeitig wurden u.a. alle Importbeschränkungen aufgehoben und der Dollarkurs freigegeben, ...

"Drakonische Maßnahmen" macht der IWF zur Bedingung für die Rückkehr Perus in die "internationale Finanzgemeinschaft" und für die Gewährung neuer Kredite.

Konnte sich Fujimori im Wahlkampf noch dadurch profilieren, daß er ein wirtschaftliches Schockprogramm ablehnte, wie es die politische Rechte und ihr Präsidentschaftskandidat Vargas Llosa angekündigt hatte, und zusicherte, die Wirtschaft schrittweise zu sanieren ohne die Kosten auf die ärmsten Teile der Bevölkerung abzuwälzen (1), steht er schon nach drei Wochen als neoliberaler Hardliner da, der Vargas Llosa in nichts nachsteht.

Zur Durchsetzung seiner Politik propagierte Fujimori die Concercation (Übereinstimmung), in einer Regierung der nationalen Einheit beteiligte er alle parlamentarischen politischen Kräfte und sicherte sich die Rückendeckung des Militärs, indem er auch sie mit drei Ministern (u.a. mit den wichtigen Posten des Innen-und Verteidigungsministers) an der Regierung beteiligte. Gleichzeitig entmachtete er die Polizei, die von der APRA-Regierung in den letzten fünf Jahren zu ihrer Machtbasis ausgebaut worden war. Über 200 Polizeioffiziere wurden entlassen. Als diese daraufhin mit Streik drohten, sicherte das Militär dem neuen Präsidenten zu, die Ordnung aufrechtzuerhalten und verdeutlichte so seine Loyalität gegenüber dem neuen Präsidenten.

Die Reaktion der Bevölkerung war vielfältig und heftig.

Es kam zu Massendemonstrationen, Straßenschlachten, spontanen Streiks, Plünderungen von Märkten und Supermärkten, Überfällen auf Lebensmitteltransporter etc. Schon am ersten Tag der Proteste wurden über 7000 Menschen festgenommen, mindestens drei wurden erschossen. Die beiden großen linken Gewerkschaftsverbände riefen zu einem 24stündigen Generalstreik auf, während das Militär androhte, alle Streikversuche zu unterbinden und gegen streikende Arbeiter einzuschreiten.

Die Metallarbeitergewerkschaft hat ihre Mitglieder zu einem unbefristeten Streik aufgerufen.

Die Guerilla-Organisation MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru) zündete mehrere Bomben, verteilte geklaute Lebensmittel in den Armenvierteln und rief über zwei besetzte Radiostationen zur Plünderung von Supermärkten auf.

Auch Sendero Luminoso, längere Zeit scheinbar abgetaucht, wurde wieder aktiv, griff u.a. mehrere Dörfer an und lieferte sich in den Anden Gefechte mit dem Militär.

Die Situation in Peru ist explosiv

Gerade die Teile der Bevölkerung (Bewohner der Armenviertel, Händler des informellen Sektors, Kleinst- und Heimproduzenten), die Fujimori zum überraschenden Wahlsieg verholfen haben, sind nun die Hauptbetroffenen des Schockprogramms. Die Auswirkungen für das Drittel der Bevölkerung, das schon vorher unter dem Existenzminimum lebte und über weniger als 30 Dollar monatlich verfügt, sind katastrophal. Das angekündigte Sozialprogramm, das die wirtschaftspolitischen Maßnahmen "abfedern" soll, läßt immer noch auf sich warten.

Noch ist nicht absehbar, wie sich die Situation weiter entwickelt, wie die Produktion, die jetzt zu 70% lahmliegt, und der Handel, der faktisch zum Erliegen gekommen ist, wieder angekurbelt werden können. Auch von Teilen der Unternehmer gab es harsche Kritik an dem Wirtschaftskurs, weil die Maßnahmen konzeptlos seien.

Die politische Entwicklung ist offen. Linke Organisationen und Gewerkschaften sind derzeit in der Offensive und können auch wieder relevante Teile der Bevölkerung mobilisieren. Allerdings scheint das Militär seine Machtposition weiter ausgebaut zu haben.

In den USA wurde schon vor einiger Zeit ein Bericht der "Rand Cooperation" an das Außen- und das Verteidigungsministerium veröffentlicht, wonach ein Militärputsch in Peru unvermeidlich, lediglich der Zeitpunkt noch offen sei (2).

Mit der Regierungsübernahme durch Fujimori ging im Juli auch die fünfjährige Regierungszeit der APRA-Regierung zu Ende. Damit endete der interessante, aber gescheiterte Versuch, einen anderen kapitalistischen Entwicklungsweg, der richtungweisend sein sollte für ganz Lateinamerika, zu beschreiten. (3)

Anmerkungen:

1) vgl. AK 319, 28/5/90

2) Was die zu erwartende Repression angeht, ist der Bericht eindeutig: "Um zu siegen, müßte das Militär alle Mitglieder und Sympathisanten von Sendero Luminoso töten oder inhaftieren" (El Pais Madrid, 1/7/90).

3) Die APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) ist die älteste existierende Partei in Peru und die am besten organisierte Partei Lateinamerikas. Sie wurde 1924 als sozialistische und antiimperialistische Partei (für den gesamten lateinamerikanischen Kontinent) gegründet, entwickelte sich jedoch lediglich in Peru zu einer populistischen und sozialdemokratischen Massenpartei. Von der Bourgeoisie und dem Militär ist sie in ihrer Geschichte immer massiv bekämpft, die Regierungs-/Machtübernahme durch die APRA mehrfach verhindert worden.

27. Das Scheitern des "Modells Garcia" - Ein "sozialdemokratischer Entwicklungsweg" in Lateinamerika

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:15

Im Juli ging in Peru die fünfjährige Regierungszeit der APRA-Regierung (1) zu Ende. Die APRA und ihr Präsident Alan Garcia beriefen sich explizit auf sozialdemokratische Traditionen und wurden (zumindestens bis 1986) massiv von der Sozialistischen Internationalen und der SPD unterstützt. In Peru und international erhielt Alan Garcia viele Vorschußlorbeeren. Die "Welt" zitierte 1985 zwei Insider: "Lateinamerika wartet auf einen nichtmarxistischen Politiker, der demokratische Wege beschreiten will, um die sozialen Probleme zu lösen" "Wenn Alan Garcia Erfolg hat, kann sein Entwicklungsmodell ein Beispiel setzen und Revolutionären wie Castro den Wind aus den Segeln nehmen." (2)

Der Versuch der APRA-Regierung und ihres Präsidenten Garcia, im nationalen Konsens und in enger Zusammenarbeit mit den großen privaten Wirtschaftsgruppen, über Nachfragestimulation und Importsubstituierung eine sich emanzipierende und die Unterentwicklung überwindende kapitalistische Modernisierung einzuleiten, ist gescheitert. Peru steckt in der größten wirtschaftlichen Krise seiner Geschichte.

In Lateinamerika wird derzeit nach "neuen Wegen" aus der politischen Dauerkrise und ökonomischen Unterentwicklung gesucht. Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und nach dem Scheitern der Sandinisten in Nicaragua suchen auch revolutionäre Parteien und Guerillabewegungen nach gangbaren Perspektiven. So wird dann auch über die "Sozialdemokratisierung" bzw. "Parlamentarisierung" ihrer Organisationen nachgedacht. Soziale und politische Veränderungen sollen nicht mehr revolutionär sondern in Verhandlungen durchgesetzt, wirtschaftliche Entwicklung und Emanzipation im nationalen Konsens eingeleitet werden.

Egal wie im Einzelnen entschieden wird, die Analyse von fünf Jahren APRA- Regierung gibt interessante Hinweise darauf, welche internen und externen Faktoren, Abhängigkeiten und politischen Widersprüche es aufzulösen gilt.

Peru vor 1985

1968 putschten in Peru fortschrittliche Militärs und leiteten zum ersten Mal in der peruanischen Geschichte den Versuch ein, Auslandsabhängigkeit und Unterentwicklung zu überwinden. Die nordamerikanischen Bergbauunternehmen und einige ausländische Industriebeteiligungen, sowie die peruanischen Schlüsselbetriebe wurden verstaatlicht. Darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, durch eine Landreform die Agraroligarchie zu zerschlagen. Durch die staatliche Kontrolle der Akkumulationsfonds, Vermarktungsimpulse und den Ausbau der Infrastruktur sollte ein nach innen gerichtetes Wachstum ermöglicht werden, um so sozialen Frieden und Stabilität herzustellen. (3) 1975 kam es zum rechten Gegenputsch, der die eingeleiteten Reformen schrittweise rückgängig machte. Spätestens 1978 war das Militär gescheitert und die politische Macht wurde an die Parteien zurückgegeben. 1980 wurde Fernando Belaunde Terry von der konservativen Acion Popular zum Präsidenten gewählt. Mit ihm wurde ein neoliberaler Wirtschaftskurs eingeschlagen, Importbeschränkungen wurden aufgehoben und ausländisches Kapital wurde ins Land geholt. Peru war wieder fest in den Weltmarkt und die internationale Arbeitsteilung integriert, die Wirtschaftspolitik wurde maßgeblich von IWF und Weltbankberatern bestimmt. (4) Das alles änderte nichts daran, daß sich die Wirtschaftskrise immer weiter ausdehnte, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf den Stand von 1964 fiel und für das Jahr 1983 bereits von der "Jahrhundertkrise" (5) gesprochen wurde. Gleichzeitig erreichte die Welle staatlicher Repression gegen die Bevölkerung einen ersten Höhepunkt.

Vor diesem Hintergrund fanden 1985 die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, bei denen die APRA und ihr Präsidentschaftskandidat Alan Garcia die absolute Mehrheit erlangten. Mit dem eingeleiteten wirtschaftlichen Reformprogramm trug diese neue Regierung nicht nur die Hoffnungen weiter Teile der peruanischen Bevölkerung, sondern auch international gab es die Vision, daß in Peru ein "sozialdemokratisches" und somit nicht revolutionäres Entwicklungsmodell für die "3. Welt" verwirklicht werden könnte. (6)

Das "Modell Garcia"

In zwei Phasen plante die Regierung die Verwirklichung ihres Entwicklungsmodells. In der ersten Phase sollte zunächst "die Inflation gestoppt, der Staatshaushalt saniert, der Produktionsapparat wieder in Gang gesetzt und die schlimmste Not gelindert werden" (7), anschließend wollte die Regierung eine Strukturreform einleiten.

Angelehnt an die Konzepte der Militärdiktatur plante die Regierung den Umbau Perus in einen "modernen, privatwirtschaftlich verfaßten aufgeklärten kapitalistischen Staat mit breiter Produktionsbasis für den Massenkonsum und einer ausgeprägten sozialstaatlichen Komponente". Durch staatliche Lohn- und Beschäftigungspolitik sollte die Binnennachfrage angeregt werden und dadurch "die Produktion für den Grundbedarf breiter Schichten stimuliert werden". Mittelfristig erhoffte sich die Regierung einen "selbsttragenden Wachstumszyklus" und eine "stärkere Vernetzung der Wirtschaftsbereiche". (8) Durch sozioökonomische Reformen, insbesondere auf dem Land sollte darüber hinaus den politischen/sozialen Konflikten die Grundlage und somit der Guerilla die gesellschaftliche Basis entzogen werden.

Allerdings blieb in der Praxis der Plan schon in der ersten Phase stecken und ist in der Folge gescheitert.

Vom Aufschwung ...

Unmittelbar nach der Regierungsübernahme leitete die Regierung ein Paket von Sofortmaßnahmen ein. Zur Inflationsbekämpfung fror sie die staatlichen Preise auf einem bis zu 30% erhöhten Niveau ein, wertete die Währung um 12% ab und führte einen festen Dollarkurs ein. Gleichzeitig schränkte sie den Import von Konsumgütern ein, erklärte Peru gegenüber dem IWF für zahlungsunfähig und kündigte an, zukünftig nur noch 10% seiner Exporterlöse für den Schuldendienst aufzubringen. (9)

Um die Produktion wieder anzukurbeln, ungenutzte Produktionskapazitäten wieder zu aktivieren und den privaten Konsum zu steigern, leitete die Regierung Arbeitsbeschaffungsprogramme ein, erhöhte Löhne und Gehälter, gleichzeitig wurde die Privatwirtschaft subventioniert und es wurden Preiskontrollen durchgeführt. In der Landwirtschaft setzte sie höhere Garantieabnahmepreise fest und erleichterte die Kreditvergabe für Kleinbauern.

Entgegen traditioneller Wirtschaftspolitik ging die Regierung nicht von einer Inflation als Folge eines Nachfrageüberhanges aus, sondern sah die Ursachen auf der Kostenseite. Im Gegensatz zu den Rezepten des IWF senkte sie daher Steuern und Tarife, stabilisierte und subventionierte die staatlich beeinflußbaren Preise, auf der anderen Seite wurde der private Konsum angekurbelt. (10)

Bei der Durchführung dieser Maßnahmen arbeitete die Garcia-Regierung in enger Kooperation mit den sogenannten "zwölf Aposteln", den ca. 20 größten nationalen und ausländischen Finanz- und Wirtschaftskapitalgruppen, zusammen.

Auf den ersten Blick konnten von 1985 bis Mitte 1987 durchaus Erfolge verzeichnet werden, so daß in Peru bereits von einem "Jahrhundertboom" gesprochen wurde. Die Inflation sank 1986 auf für Peru "rekordverdächtige" 77.9%, das Bruttoinlandsprodukt stieg um 10%. Allerdings war dieser Aufschwung lediglich aus dem Staatshaushalt bzw. durch Verminderung der Währungsreserven finanziert. Gleichzeitig entstand durch die Nachfragestützung ein erheblicher Importdruck, insbesondere für Lebensmittel.

Als dann 1987 die Preiskontrollen nicht mehr griffen, das Wirtschaftswachstum nicht weiter angekurbelt werden konnte, daher die Inflation wieder anzog, die Reallöhne fielen und gleichzeitig die Unternehmer sich weigerten, ihre riesigen Gewinne in Peru zu reinvestieren und diese stattdessen ins Ausland transferierten, zerplatzte der wirtschaftliche Boom wie eine Seifenblase.

Allein im Jahr 1986 akkumulierten die "zwölf Apostel" einen Überschuß von ca. vier Mrd. US-Dollar. Die Kapitalflucht betrug 1986 ca. eine halbe Mrd. Dollar und 1987 zwei Mrd. Dollar. (11)

... zum Absturz

Mehrfach hatte die Regierung die Unternehmer aufgefordert, ihre Gewinne in Peru zu reinvestieren. Eine Kommission legte eine Liste von Projekten mit einem Wert von über 500 Mio. Dollar vor. Als auch eine Investitionssteuer keinen Erfolg erzielte, zog die Regierung die Notbremse und kündigte Mitte 1987 die Verstaatlichung der Privatbanken und Versicherungen an, um so den Dollarfluß ins Ausland zu kontrollieren.

Damit war das Bündnis mit den "zwölf Aposteln" zerbrochen und mit der sich verschärfenden Krise gelang es der Bourgeoisie, den Mittelstand erfolgreich gegen die Bankenverstaatlichung zu mobilisieren. (12) Der nationale Konsens, der die APRA-Politik bis dahin getragen hatte, war zerbrochen. Neben dem Protest gegen die Bankenverstaatlichung kam es wegen der steigenden Inflation zu zahlreichen Streiks und zu massiver Spekulation mit den knapper werdenden Lebensmitteln.

Um jetzt der sich rapide verschärfenden wirtschaftliche Krise zu begegnen, fehlten der Regierung die finanziellen Mittel. Nachdem schon der Aufschwung 85-87 durch Verzicht auf Steuereinnahmen, Subventionen und durch finanzielle Anreize aus den Devisen- und Goldreserven finanziert und der Gang zum IWF versperrt war, blieb kein finanzieller Spielraum mehr. (13)

Hinzu kam, daß keine weiteren Produktionskapazitäten mobilisiert werden konnten und im Exportsektor durch den Fall der Terms of Trade (14) die Einnahmen zurückgingen. Das "Modell Garcia" war gescheitert. Die Regierung kehrte zu der "bewährten Krisenbekämpfungspolitik" zurück. Allein im Jahr 1988 wurden drei drastische Sparprogramme durchgeführt. Diese umfaßten alle auch von der IWF-Politik bekannten Maßnahmen wie Preiserhöhungen, Subventionskürzungen, Privatisierung von Staatsbetrieben, Massenentlassungen, etc. Die galoppierende Krise ließ sich jedoch nicht mehr aufhalten. Die Inflation stieg 1989 auf über 2.000%, das Bruttoinlandsprodukt fiel um 17%. Lediglich die Unternehmergewinne stiegen weiter. (15)

Die (nicht)nationale Bourgeoisie

In Peru verfügen "2% der Bevölkerung (...) über 28% des Volkseinkommens (mit transnationalen Konzernen verbundene Kreise, Monopolgruppen im Bereich der Lebensmittelindustrie, die Großindustrie im Bergbau, der Fischerei und im Bauwesen, einige Finanzkreise und dort beschäftigtes Führungspersonal). Die folgenden 8% verfügen über 24% des Volkseinkommens (gehobener Mittelstand, mittlere Industrie, privilegierte Bürokratenkreise in öffentlichen Unternehmen und andere, die mit dem Drogenhandel verbunden sind), während die restlichen 90% der Bevölkerung sich mit nur 48% des Volkseinkommens 'zufrieden geben müssen'". (16)

Das peruanische Monopolkapital ist eng mit ausländischen Interessen verbunden, eine Bourgeoisie, die sich in ein "nationales Projekt einbinden ließe", gibt es nicht. (17) Der Versuch Garcias, trotzdem im Einklang mit den großen Wirtschaftsgruppen zusammenzuarbeiten, funktionierte nur solange, wie außergewöhnliche Profite garantiert waren und diese "ohne Behinderung" ins Ausland transferiert werden konnten. An Investitionen in Peru und einer nationalen Modernisierung haben sie kein Interesse. Auch wenn sie in Peru höhere Gewinne machen könnten, bietet das Land für sie trotzdem langfristig keine politische und soziale Sicherheit, die erwartet wird, um sich zu engagieren. Insbesondere das Vorgehen der multinationalen Konzerne ist in ihre Konzernstrategie eingebunden und nimmt keine Rücksicht auf nationale Notwendigkeiten.

Krise, Spekulation und multinationale Konzerne

Die Dollarspekulation des Handelskapitals, die Interessen der multinationalen Konzerne und die Subventionspolitik der Industrieländer haben zur Verschärfung der Krise beigetragen. Immer wieder werden nach Peru Lebensmittel importiert, die im Land selber ausreichend vorhanden sind, dann aber vernichtet werden müssen bzw. verderben. So lagerten und verdarben im Frühjahr dieses Jahres 60.000 Tonnen Mais und Reis in den Urwaldregionen Perus, auf denen die Bauern sitzen blieben, weil die Regierung nicht für den Transport nach Lima aufkommen will. Gleichzeitig stimmte sie aber dem Import von Reis und Mais zum subventionierten Dollarkurs zu, da die Handelsbourgeoisie eng mit der APRA verbunden ist und ihr so Extraprofite garantiert waren. (18) Zum Teil wurden auch Lebensmittel und andere Importgüter, die zum subventionierten Dollarkurs importiert worden waren, anschließend zum freien Dollarkurs wieder exportiert. (19) Auch die Subventionen, die in den Industrieländern für Agrarexporte ausgegeben werden, schaden unmittelbar der peruanischen Landwirtschaft, weil dadurch z.T. der Lebensmittelexport aus den Metropolen peruanische Produkte verdrängt und die Eßgewohnheiten verändert werden. (20)

Dazu laufen die Interessen der multinationalen Konzerne in Peru den Interessen des Landes entgegen. So wird der Milchhandel in Peru vollständig vom Nestle-Konzern kontrolliert. Anfang der 80er Jahre wurde die Milchproduktion in Peru gedrosselt bzw. produzierte Milch vernichtet, weil Nestle die Milchpulverproduktion aus anderen Ländern (z.B. aus Neuseeland) in Peru absetzen wollte, da dieses höhere Profite versprach. Anfang

dieses Jahres stellten ausländische Pharmakonzerne die "unrentable" Arzneimittelproduktion in Peru ein, gleichzeitig wurden teure Arzneimittel aus dem Ausland nach Peru importiert.

IWF contra Peru

Schon in den Jahren 1983 bis 1985 hatte die konservative Regierung wenige und nur im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Zahlungen an den IWF geleistet. Trotzdem kam sie bis zum Schluß in den Genuß neuer Kredite durch den IWF. Allein die propagandistische Ankündigung der neuen Regierung, nur noch 10% der Exporterlöse an Schuldendienst zu leisten, reichte dann, um sich gegenüber dem IWF zu isolieren. Als der IWF mit der Kreditunwürdigkeitserklärung und mit dem Entzug der Sonderziehungsrechte drohte, überwies Peru weiterhin fast 30% seiner Exporterlöse. An Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank hatte Garcia immer pünktlich gezahlt. Da Peru einen Betrag von 35 Mio. Dollar nicht bezahlte, verlor der Staat 1986 trotzdem die Sonderziehungsrechte und die Kreditwürdigkeit. Dies lag jedoch nicht am mangelnden Willen, sondern an den nicht mehr vorhandenen finanziellen Reserven. (21) Perus Gold-Devisenreserven waren aufgebraucht. Die Exporterlöse sanken ständig und die Terms of Trade fielen im Zeitraum 1985- 1987 um über 25%. Obwohl sich die Regierung um neue Kredite bemühte und freiwillig "IWF-Politik" machte, wurde sie vom IWF links liegen gelassen. Erst 1989, als im Ausland ernsthaft mit einem Sieg der Guerillabewegung "Leuchtender Pfad" gerechnet wurde, erhielt Peru auf Druck der USA neue Kredite vom IWF.

Unterentwicklung

Schon aus den geographischen Strukturen lassen sich einige wichtige Ursachen der Situation Perus herleiten. Peru besteht aus drei voneinander getrennten geographischen Gebieten (Costa, Sierra, Selva). (22) Von einer ansatzweisen Entwicklung der Infrastruktur kann nur an der Costa (23) gesprochen werden. Dazu kommt die Hauptstadt Lima, in der ein Drittel der Bewohner Perus leben. Allein auf die Lima entfallen zwei Drittel der Bruttoproduktion. Dort konzentriert sich auch die industrielle Produktion. 71% der Industriearbeiter leben in Lima. Die landwirtschaftliche Produktion in der Sierra dient hauptsächlich der Subsistenz der dort lebenden Bauern. Die mögliche Ausweitung der Produktion scheitert vor allem an den kaum vorhandenen Vermarktungsmöglichkeiten bzw. den fehlenden Transportwegen an die Küste bzw. nach Lima. Die Selva ist zu 95% unerschlossen, seit der Entdeckung von Erdölvorkommen breiten sich dort die Erdölkonzerne aus.

Der Devisenbedarf Perus wird zu zwei Drittel von zehn mineralischen und pflanzlichen Rohstoffen gedeckt. (24) Dagegen müssen alle Investitionsgüter importiert werden, so daß Peru äußerst anfällig für Weltmarktpreisschwankungen ist.

Durch die schwere Wirtschaftskrise hat sich der "informelle Sektor" zu einem wichtigen Faktor der internen Ökonomie entwickelt. 1988 wurde ermittelt, daß in Peru 45% der ökonomisch aktiven Bevölkerung dort tätig ist und mit 37% zum Bruttosozialprodukt beiträgt. (25) Nicht mehr wegzudenken ist auch der Coca-Anbau, denn ohne die Coca-Dollar wäre die peruanische Wirtschaft längst zusammengebrochen. Schätzungen gehen davon aus, das jährlich ca. 800 Mio. Dollar aus dem Drogengeschäft in die Wirtschaft fließen. (26)

Der Stadt-Land Unterschied wird auch im Bildungsbereich und Gesundheitssektor deutlich. Die an sich schon katastrophale Versorgung ist insbesondere in den Anden- und Urwaldregionen noch wesentlich schlimmer, z.B. leben dort zwei Drittel von offiziell 28% Analphabeten, 40% der Bevölkerung sind von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen. (27)

Rassismus, Bürgerkrieg und Repression

Seit der Eroberung Lateinamerikas durch die Spanier ist der Rassismus der weißen städtischen Elite gegenüber den indianischen Hochlandbewohnern und den Mestizen, die inzwischen auch den Hauptteil der Slumbewohner in Lima ausmachen, ein elementarer Bestandteil der peruanischen Gesellschaft. (28)

In der Armut, der Unterentwicklung, dem Stadt-Land-Gegensatz und dem Rassismus hat auch der Bürgerkrieg in Peru seinen Ursprung. In den vergessenen Regionen der Sierra und Selva und den städtischen Elendsgebieten haben die Guerillaorganisationen eine soziale Basis. (29) Hinter der demokratischen Fassade und unter dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung werden mit massiver Repression die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse aufrecht erhalten. Diese Unterdrückung von Militär, Polizei und staatlichen Todesschwadronen richtet sich gegen alle Bereiche der breit organisierten Linken, gegen Gewerkschaften und Bauernorganisationen, fast 20.000 Peruaner wurden in den letzten zehn Jahren ermordet. (30) Nach offiziellen

Angaben summieren sich die Kosten und Schäden des zehnjährigen Bürgerkrieges inzwischen auf fast 17 Mrd. Dollar. (31)

Lösungsweg Kapitalismus?

In Peru ist der Kapitalismus als gesellschaftliches und wirtschaftliches System gescheitert. Dies hat sich in den letzten Jahren eindrucksvoll bestätigt. So zumindestens ist das Fazit, das revolutionäre Organisationen in Peru in der jetzigen Situation ziehen. (32)

Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, die tiefgreifenden Probleme Perus zu lösen und das Land in die schärfste Krise seiner Geschichte gestürzt. Weder das neo-liberale Wirtschaftskonzept der Rechten, noch die sozialdemokratische Variante der APRA haben auch nur im Ansatz einen möglichen Lösungsweg aus Abhängigkeit und Unterentwicklung aufgezeigt. Um trotzdem die bestehenden Herrschaftsverhältnisse gegen Guerillabewegungen und revolutionäre Volksorganisationen aufrechtzuerhalten, wird zum Mittel des Staatsterrors gegriffen.

Die Bourgeoisie hat nur ihren Profit im Auge, wobei sie geschickt auch aus Krisen und Weltmarktabhängigkeit spekulativ Kapital schlägt. Die weltweite Arbeitsteilung hat Peru den Platz des Rohstofflieferanten zugedacht, deren Exporterlös, wenn er nicht gleich in Form von Kapitalflucht im Ausland bleibt, noch nicht einmal ausreicht, um Perus Schulden zu bezahlen.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Perus verdeutlichen, daß es ein sozialdemokratisches Entwicklungsmodell für unterentwickelte Ländern nicht gibt. Die Schlagworte "sozialdemokratisch" und "Sozialdemokratisierung" verschleiern die Abhängigkeitsverhältnisse und sind völlig ungeeignet, politische Prozesse zu beschreiben. Für die Entwicklung eines auf "Wohlstand basierenden Klassenfriedens", einen "sozial abgefederten Kapitalismus" fehlen alle Voraussetzungen.

Infolge der Unterentwicklung und Abhängigkeit, die diese Länder eigenständig kaum überwinden können, müssen politische Konzepte sich daran messen lassen, ob sie sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und den allen dafür zur Verfügung stehenden Spielraum nutzen oder ob - egal in welcher Form - Kapitalinteressen und die Interessen der Industrieländer vorrangig bedient werden.

Wenn also in Lateinamerika linke Organisationen nach neuen Wegen suchen, zeigt die Analyse der sozialen und ökonomischen Verhältnisse Perus exemplarisch Kriterien auf, an denen sich diese Wege messen lassen müßten. Denn nicht auf neue alte Schlagwörter wie "Sozialdemokratisierung", "Parlamentarisierung" oder "soziale Revolution und bewaffneter Kampf" kommt es an, sondern auf Antworten auf die konkrete Frage, wie mit dem eingeschlagenen politischen Weg eine sich emanzipierende wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingeleitet werden kann und ob Demokratie sich nicht nur auf die Veranstaltung von Wahlen beschränkt, sondern die Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen an Entscheidungen beteiligt und ob zumindestens interne Abhängigkeiten überwunden und politische und ökonomische Machtblöcke zerschlagen werden können.

Das Beispiel Perus liefert dazu interessante (und bekannte), aber derzeit verdrängte Fakten.

cs.

Anmerkungen und Quellen:

1) Die APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) ist die älteste existierende Partei in Peru und die am besten organisierte Partei Lateinamerikas. Sie wurde 1924 als sozialistische und antiimperialistische Partei (für den gesamten lateinamerikanischen Kontinent) gegründet, entwickelte sich jedoch lediglich in Peru zu einer populistischen und sozialdemokratischen Massenpartei. Von der Bourgeoisie und dem Militär ist sie in ihrer Geschichte immer massiv bekämpft, die Regierung/Machtübernahme durch die APRA mehrfach verhindert worden.

2) Die Welt, 30.11.85

3) vgl. Castro, Melacio: Peru - Staat und soziale Klassen, München 1986 S. 137ff

4) vgl. Baumgart, Andreas: Garcias Wirtschaftspolitik, in Blätter des iz3w, Nr.149, 5/88, S. 40

5) vgl. Dirmoser, Dietmar: Charisma contra Währungsfond, in Lateinamerika - Analysen und Berichte 10, Hamburg 1986, S. 259

6) Durch die Unterstützung der APRA in Peru versuchte die Sozialistische Internationale (SI) in Lateinamerika politisch neu Fuß zu fassen, nachdem die traditionell "sozialdemokratischen" Parteien in Venezuela und Mexiko abgewirtschaftet hatten. Die in der SI zusammengeschlossenen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas betreiben in Lateinamerika Machtpolitik, um einerseits dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß der USA etwas entgegen zu setzen und Lateinamerika an Westeuropa zu binden. Andererseits, um nach dem Motto " wer die Evolution ablehnt, fördert die Revolution" (Willy Brandt), revolutionäre Bewegungen zu befrieden (Lateinamerika Nachrichten, Berlin 149/86, S. 31ff). Eine Überwindung von Abhängigkeit und Unterentwicklung können und wollen sie nicht anbieten. Als sich 1986 abzeichnete, daß die APRA scheitern würde und sich somit ihre Interessen nicht verwirklichen ließen, gingen sie deutlich auf Distanz zur APRA-Regierung. Unmittelbarer Anlaß war im Juni 1986 das Massaker des Militärs an über 300 politischen Gefangenen, während die SI, um Alan Garcia den Rücken zu stärken, in Lima ihren ersten Kongreß auf lateinamerikanischen Boden abhielt. Von der APRA wurde dieses Massaker zumindest geduldet und deren Aufklärung verhindert (vgl. AK 272 und 273)

7) Dirmoser, Dietmar: Der unaufhaltsame Abstieg des Alan Garcia, in Lateinamerika - Analysen und Berichte 13, Hamburg 1989, S. 250

8) Dirmoser 1986 a.a.O., S. 267

9) Die Kampfansage Alan Garcias an den IWF war in erster Linie Teil seiner innenpolitischen Strategie. Mit radikalen, populistischen Forderungen suchte er die Unterstützung der Bevölkerung, obwohl seine politische Praxis eine andere war. Diese "Doppelstrategie" gelang jedoch nur solange, wie es wirtschaftlich bergauf ging. Die 10% Quote hat er nie eingehalten.

10) Dirmoser 1989, a.a.O. S. 250 ff.

11) vgl. Simon, Gabriela: "... die Lage ist extrem ernst", in ila Nr. 120, 11/88, Bonn, S. 4 ff., sowie Dirmoser 1986, a.a.O., S. 268 f.

12) Allerdings wurde die Bankenverstaatlichung von der APRA Regierung nur halbherzig durchgeführt. Selbst Teile der eigenen Partei stellten sich gegen diese Politik. Das Verstaatlichungsgesetz wurde mehrfach umgearbeitet und entschärft und von der korrupten Justiz für verfassungswidrig erklärt.

13) vgl. Dirmoser 1989, a.a.O., S. 254 ff.

14) Die terms of trade beschreiben das Verhältnis von Importpreisen zu Exportpreisen eines Landes. Im Falle von Entwicklungsländern ist dies das Austauschverhältnis ihrer traditionellen Primärexportgütern zu den importierten Industriegütern.

15) vgl. Baumgart, a.a.O., S. 42 f. und Dirmoser 1989, a.a.O., S. 256 f.

16) Luna Vargas, Andres: Gewinner sind die zwölf Apostel, in Dritte Welt Zeitschrift, Hamburg 1-2/1989, S. 18). Luna Vargas war bis 1990 Senator der Izquierda Unida, den in der ila abgedruckten Beitrag hielt er auf dem IWF-Gegenkongreß im September 1988 in Berlin.

17) Javier Diez Canseco (Senator der Izquierda Unida) in einem Interview mit der ila, Nr. 120, 11/88, S. 7

18) vgl. Die Tageszeitung 5.6.90, S. 12 und La Republica, Lima 26.3.90, S. 13

19) vgl. Que hacer, Lima, Nr.62, 3/90, S. 15 ff.

20) Die EG, USA und Japan geben jährlich ca. 45. Mrd Dollar aus, um ihre Agrarexporte zu subventionieren (vgl. Luna Vargas, a.a.O). Hauptimportgüter nach Peru sind Weizen, Futtermais, Milchprodukte, Sojaöl.

21) Baumgart a.a.O., S. 42 und Dirmoser 1986, a.a.O., S. 269 f.)

22) Küste, Gebirge, Urwald

23) Obwohl die Costa nur ein über 2400 km langer, schmaler Wüstenstreifen (11% der Fläche Perus) ist, der lediglich an ca. 60 Flußmündungen fruchtbar ist, wir dort ein Großteil der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem für den Export, angebaut.

24) Die wichtigsten peruanische Exporte sind Kupfer (606.7 Mill. US-Dollar; 23% Anteil am Gesamtgüterexport), Fischmehl (364.2; 14%), Zink (260.6; 10%), Blei (202.7; 8%), Erdölprodukte (144.8; 6%), Kaffee (121.0; 5%), Eisenerz (59.6; 2%), Silber (59.6; 2%), Baumwolle (30.0; 1%), Rohöl (21.7; 1%) (FAZ-Informationsdienste, Länderanalysen Lateinamerika, S. 205).

Die Einnahmen aus dem Coca-Anbau werden offiziell natürlich nicht erfaßt, aber mit den geschätzten 800 Mill. US-Dollar wären Cocablätter der wichtigste Exportartikel.

25) vgl. Stelzner, Uli: "... und jeden Tag der gleiche Kampf" - StraßenhändlerInnen in Lima zwischen Repression und Emanzipation, in ila, Nr. 129, 11/88, S.9 ff.

26) Blank, Gunter: Coca, Guerilla, Chaos, in Deutsche Volkszeitung/die tat, Nr.27, 30.6.90

27) vgl. Dritte Welt Lexikon, Reinbeck 1989, S. 544

28) vgl. Lumbreras, Luis: Rassentrennung und Klassengesellschaft, in MASA (Peru - Analysen - Informationen) Nr. 2, Hamburg 1989, S.7 ff.

29) vgl. MASA (Peru - Analysen - Informationen) Nr.4, 5/90, S.7 ff. Die gesamte Ausgabe der MASA beschäftigt sich sehr ausführlich mit den Guerillabewegungen in Peru und der Geschichte des zehn jährigen Bürgerkrieges (zu bestellen bei der Peru-Gruppe Hamburg, Postfach 600 444, 2000 Hamburg 13)

30) Die APRA-Regierung hat die staatlichen Repression geduldet und unterstützt, öffentlich aber die systematische Verletzung von Menschenrechten geleugnet, die Aufklärung von Massakern verhindert (Huhle, Rainer: Menschenrechtsverletzungen in Peru, in Peru-Informationen Nr.14, Essen 11/89)

31) El Pais, Madrid, 12.6.90

32) So zum Beispiel ein Vertreter der Guerilla-Organisation MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru) auf einer Veranstaltung im Mai in Berlin.

28. Dokumentation Programm der Linken Liste/PDS

Rubrik: PDS; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:48

Präambel

Die deutsche Vereinigung rollt. Die Bundesrepublik verleibt sich die DDR ein. Nicht nur denjenigen, die unter der im Westen gefeierten Parole "Wir sind das Volk" diese Entwicklung in Gang setzten, sondern der gesamten Bevölkerung bleibt nur die Statistenrolle. Gegen den nationalen Taumel steht allerdings die Wirklichkeit des "neuen" Deutschland: Die enormen Kosten des Anschlusses werden von Lohn- und GehaltsempfängerInnen durch Einkommensbegrenzungen, Verdichtung/Verlängerung der Arbeitszeiten und durch erzwungene Mobilität aufzubringen sein, während den Unternehmen und Banken für 1991 weitere Steuersenkungen in Aussicht gestellt sind. Millionenfache Erwerbslosigkeit in Ost wie West; Absenkung sozialer und demokratischer Standards in der BRD auf der einen und Konzentration der ökonomischen Macht in Gesamtdeutschland auf der anderen Seite; reaktionäres Roll-Back gegen Fraueninteressen und feministische Ideen; Nato-Mitgliedschaft, AusländerInnenfeindlichkeit und Berufsverbote: das ist das soziale und politische Profil der Adenauer-Ära, nur größer, stärker, mächtiger. Es verbindet sich mit einem auch von anderen Völkern mit Sorge wahrgenommenen Trend zum neuen nationalen Triumphalismus in der deutschen Politik.

Die Übernahme der kapitalistischen Marktwirtschaft in der DDR wird zweifelsohne Reichtum für neue (Ost) und alte (West) UnternehmerInnen bringen. Auch ein Teil der "einfachen Bevölkerung" wird mit einem ho hen Lebensstandard rechnen können. Aber die feierliche Beschwörung des Endes der Nachkriegsordnung kündigt auch an: Die Neu- Durchsetzung und Effektivierung von gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen, die täglich neue Opfer produzieren, ist nicht einfach Begleiterscheinung, sondern Voraussetzung von Verhältnissen, die Menschen zur Arbeit in schädlichen Produktionen zwingen, weil ansonsten das psychische und soziale Elend der Erwerbslosigkeit droht; von einer Ordnung, in der die systematische Vernutzung und Verseuchung der Natur genauso Erfolg verspricht wie die Ausplünderung der "Dritten Welt"; von Strukturen, die Frauen in eine mehrfach aussaugende Arbeitsteilung pressen und Gewaltverhältnisse erneuern. Unabhängig vom (berechtigten) Scheitern des "realen Sozialismus" und entgegen dem Überlegenheitsgerede der westlichen Welt halten wir daran fest: Jeder der oben genannten Gründe ist weiterhin gut genug, gegen Strukturen dieser Gesellschaftsordnung zu opponieren.

Die politische Linke steht vor zwei Aufgaben: Zum einen werden wir mit einem Vernichtungsfeldzug gegen die sozialistischen Ideen konfrontiert sein. Dagegen werden sich alle, die an den Zielen und Idealen einer demokratischen, herrschafts- und ausbeutungsfreien Gesellschaft festhalten wollen, wehren müssen. Zum anderen handelt es sich darum, ein Gegengewicht zum Nationalismus zu bilden. Darum, den von dieser Entwicklung hauptsächlich Betroffenen, den Erwerbslosen, Frauen, AusländerInnen und weiteren, Mut zu machen, Rückhalt zu geben und mit ihnen gemeinsam den politischen und sozialen Protest zu organisieren. Das ist nicht wenig. Aber an diesen Aufgaben erweist sich die Existenzberechtigung der Linken. Wir sind der Meinung, daß dafür ein Zusammenschluß von Teilen der Linken notwendig ist, der diese Opposition auch auf der Ebene eines gesamtdeutschen Parlaments vetreten kann.

Programm

Die Linke Liste/Partei des Demokratischen Sozialismus (Linke Liste/PDS) ist ein Zusammenschluß von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, die mit der PDS und anderen Linken in der Deutschen Demokratischen Republik im entstehenden Gesamtdeutschland gemeinsam eine Politik verwirklichen wollen, eine Politik, die zugleich demokratisch und sozialistisch ist.

Bedingung einer solchen Politik ist: Der Zusammenbruch des "Realsozialismus" und die umfassende Krise jedweder sozialdemokratischer und sozialistischer Politik in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften muß schonungslos und selbstkritisch aufgearbeitet werden.

Der sozialstaatliche Kompromiß, wie er in der Bundesrepublik erkämpft wurde, bildet den Ausgangspunkt unserer Politik. Er hat jedoch nichts Grundsätzliches an den sozialen Antagonismen in der heutigen Gesellschaft geändert. Davon zeugen unter anderem: die Zerstörung der Lebensgrundlagen zukünftiger

Generationen, Massenerwerbslosigkeit, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, Disziplinierung und Demütigung durch staatliche "Wohlfahrtsämter".

Die Linke Liste/PDS verteidigt die bestehenden Freiheiten einer parlamentarischen Demokratie gegenüber jeder Form diktatorischer Herrschaft als unverzichtbaren gesellschaftlichen Fortschritt und setzt sich dafür ein, die individuellen Freiheiten der BürgerInnen in einer Weise auszuweiten, die im Einklang mit den Überlebenserfordernissen der Menschheit, der Natur und einer gerechten Weltordnung stehen.

Die Hoffnung vieler Menschen, das entstehende Gesamtdeutschland zu einem Ausbau der Demokratie zu nutzen, wurde von anderen politischen Parteien bisher zerstört. Solange es keinen demokratisierten Wirtschaftsbereich gibt, bleiben die Rechte von Individuen und Bürgerbewegungen begrenzt und stets gefährdet. Die Linke Liste/PDS fordert daher eine neue Verfassung, in der die Menschen- und Bürgerrechte erweitert werden und auch gesellschaftliche Gruppen, Verbände und Bürgerbewegungen Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte erhalten. In der Verfassug sollen als einklagbare Rechte insbesondere das Recht auf den Schutz der Umwelt, auf qualifizierte Erwerbsarbeit, auf bezahlbare Wohnung sowie das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ebenso verankert werden wie das Aussperrungsverbot und die Pflicht zur Entmilitarisierung und Abrüstung. Wir treten für die Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft ein. Wir wenden uns gegen das diskriminierende und ausgrenzende Ausländergesetz der BRD. Wir wenden uns gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen.

Die rechtlichen, materiellen und städtebaulichen Bedingungen für Menschen mit Behinderungen sind so zu gestalten, daß sie entsprechend ihren Möglichkeiten selbstbestimmt leben können.

Die Linke Liste/PDS tritt für Abrüstung und Entmilitarisierung in allen Bereichen der Gesellschaft ein. Das neu entstehende Gesamtdeutschland darf nicht Mitglied der NATO sein. Wir setzen uns für eine europäische Wirtschafts- und Friedensordnung ein, die jeden Anspruch auf Vorherrschaft ausschließt.

Auch wirtschaftliche Strukturen und Macht können eine Form von Gewalt sein. Die Ausplünderung der unterentwickelt gehaltenen Länder kann nur durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine neue internationale Arbeitsteilung abgeschafft werden. Eine Voraussetzung dafür ist ein Schuldenerlaß für die armen Länder. Wir solidarisieren uns mit allen um ihre ökonomische, soziale, politische und kulturelle Unabhängigkeit kämpfenden Völkern.

Für die Linke Liste/PDS stellen die Forderungen von Frauenbewegungen und Feministinnen eine wesentliche Erneuerung der Politik dar. Sie wendet sich mit allen politischen Mitteln gegen jede Form der Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen. Sie setzt sich für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Frauen ein ; sie fordert die ersatzlose Streichung des § 218, wendet sich gegen jede Zwangsberatung und verlangt soziale und medizinisch akzeptable Bedingungen zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs. Auch innerparteilich bemüht sie sich, die Herrschaftsstrukturen zwischen Männern und Frauen aufzubrechen. Dazu gehört die Durchsetzung der Quotierung.

Das neue politische Denken erstreckt sich für uns auch auf den Bereich von Technologie und Produktivkraftentwicklung. Die staatlichen Wirtschaftswachstumskonzepte sichern keinen Übergang zu einer ökologisch verträglichen Lebensweise; der ökologische Umbau der Industrie, das Energie- und Verkehrssystem, eine ökologische Landwirtschaft erfordern neue technologische und gesellschaftliche Lösungen. Dies schließt den Abbau von umweltschädlichen Produktionsbereichen ein. Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie.

Das entstehende Gesamtdeutschland ist für viele soziale Schichten, nicht nur in der DDR, mit großen ökonomischen und sozialen Problemen verbunden. Nach unserer Auffassung sind aber die Ausgrenzung von ganzen Bevölkerungsgruppen aus dem Arbeitsleben, der Konkurrenzkampf unter den Werktätigen und die krassen Gegensätze in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums kein Naturschicksal, sondern Folge kapitalistischen Wirtschaftens.

Wir treten für eine Wirtschaftsordnung ein, in der jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit und die Bedingungen für eine qualifizierte Erwerbstätigkeit erhält.

Wir setzen uns für weitere Arbeitszeitverkürzungen ohne Erhöhung des Leistungsdrucks in der verbleibenden Arbeitszeit bei gleichzeitiger Humanisierung der Arbeitswelt ein.

Die Linke Liste/PDS tritt für Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Wissenschaft ein. Wissenschaft, Kunst, Kultur und Journalismus sollen politisch und ökonomisch unabhängig sein. Die Informationsfreiheit muß für alle Mitglieder der Gesellschaft gelten und nicht nur für die wirtschaftlich und politisch Mächtigen.

Die Linke Liste/PDS setzt sich kritisch mit jenen Kräften auseinander, die den Vorrang der Gewinnsteuerung bejahen. Wir fordern alle politischen Kräfte zum produktiven Streit über die weitere Demokratisierung aller Lebensbereiche auf. Die Linke Liste/PDS setzt sich für alle Formen einer konstruktiven Zusammenarbeit für die Verwirklichung dieser Ziele ein.

Die Linke Liste/PDS möchte ihre Politik gemeinsam mit Bürgerinnen- und Bürgerbewegungen entwickeln und diese parlamentarisch und außerparlamentarisch umsetzen.

29. Linke Liste/PDS als Bündnisprojekt von Linken aus der BRD und der DDR und der PDS

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/63.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:63

Am 12.8.90 wurde in Hamburg die Linke Liste/PDS gegründet und gleichzeitig beschlossen, zu den gesamtdeutschen Wahlen anzutreten sowie eine Listenverbindung mit der PDS einzugehen. Dem Gründerkreis gehören bisher Personen aus dem linkssozialdemokratischen, sozialistischen, linksgrünen und kommunistischen Spektrum an. Zur Zeit gibt es Bemühungen, diesen Gründerkreis um weitere repräsentative Personen zu erweitern. Damit ist ein Prozeß eingeleitet worden, der die Möglichkeit bietet, unterschiedliche Ansätze der Linken in einen gemeinsamen politischen Ansatz zu bringen.

Als nach den Volkskammerwahlen die Debatte um eine Vorverlegung der Annexion, die schrittweise Verlegung der ersten gesamtdeutschen Wahlen von Ende 1991 auf Frühjahr 1991 und dann auf den 2. Dezember 1990 begann, wurden in der Linken der BRD und der DDR unterschiedliche Optionen diskutiert.

Die PDS behandelte dieses Thema auf einer Klausurtagung des Parteivorstandes Ende Mai, wobei sich drei Optionen herausschälten:

1. Die PDS bleibt eine DDR-Partei. Zu Wahlen tritt sie nur in der DDR an.

2. Die PDS strebt eine Ausweitung auf die BRD an und kandidiert als PDS auch bei gesamtdeutschen Wahlen.

3. Die PDS tritt in Gespräche mit unterschiedlichen linken Kräften der BRD ein, um ein gemeinsames Vorgehen zu den Wahlen zu beraten.

Für die drei Varianten gab es folgende Begründungszusammenhänge:

Zu 1.: Die PDS sei eine aus der DDR gewachsene Partei, deren DDR-spezifischer Charakter sich nicht auf die BRD übertragen lasse. Die PDS könne aber innerhalb des Gebietes der DDR auch auf längere Sicht eine starke regionale Partei bleiben. (Nur im Falle von getrennten Wahlgebieten wäre diese Option bei gesamtdeutschen Wahlen zum Tragen gekommen.)

Zu 2.: Die PDS habe auf längere Sicht nur eine Chance, wenn sie eine Bundespartei würde, da der spezifische Charakter der DDR verlorenginge. Um bei gesamtdeutschen Wahlen dann überhaupt diese Chance wahrnehmen zu können, müsse im gesamten Gebiet kandidiert werden. Diese Option richtete sich wesentlich auf die alte DKP und die neu entstehenden PDS-Initiativen.

Zu 3.: Diese Variante ging ebenfalls davon aus, daß der DDR-spezifische Charakter im Anpassungszwang sehr schnell verlorengehen würde. Im Gegensatz zur Option 2 hatten die Vertreter dieser Option jedoch kein Zutrauen in eine eigenständige Ausweitung der PDS, die reichen würde, um bei den anstehenden Wahlen die 5%-Hürde zu überspringen und und sie standen im politischen Widerspruch zu der Perspektive, eine solche Ausweitung auf der Bündnisschiene mit der DKP zu gestalten.

Auf dieser PDS-Klausurtagung wurde keine der Varianten beschlossen. Es zeigte sich jedoch, daß eine Beschränkung auf die DDR für eine große Mehrheit nicht denkbar war. Vorangetrieben wurden dann zunächst die Vorbereitungen auf eine eigenständige Wahlbeteiligung der PDS auf gesamtdeutschem Gebiet sowie die Einrichtung von Kontaktbüros. Verhalten wurden die Verbindungen zu den in der BRD entstandenen PDS-Initiativen und der DKP angegangen. Diese Verbindungen gab es vor allem auf Länder-, Bezirks- und Kreisebene, großenteils entstanden aus konkreten Unterstützungsaktionen dieser Organisationen im letzten Wahlkampf.

Die dritte Option wurde vor allem von den führenden Persönlichkeiten im Parteipräsidium favorisiert. Diese führten in der Folgezeit mit einer Reihe von Linken in der BRD Gespräche über eine Kooperation.

Gleichzeitig wurden auf der Seite der BRD-Linken ebenfalls unterschiedliche Optionen ins Spiel gebracht. Unabhängig von den Wahlen gab es innerhalb des Sozialistischen Forums (DKP-Erneuerer) und der Zeitschrift der Sozialistischen Studiengruppen, "Sozialismus", Ideen zur "Vernetzung der sozialistischen Linken", teilweise verbunden mit dem Gedanken an eine plurale sozialistische Partei, die der PDS als gleichberechtigter

Partner gegenübertreten sollte. Innerhalb des KB gab es die Überlegung, mit der PDS als Kern einen Neuformierungsprozeß der Linken einzuleiten (siehe hierzu AK 320: "Arbeitsgrundlage des LG zu DDR, PDS und Wahlen"). Innerhalb des übrigen organisierten linken Spektrums (VSP, BWK, DKP, MLPD) herrschte zunächst die Absicht vor, zu den Wahlen ein Organisationsbündnis aller sozialistischen Kräfte herzustellen. Dies drückte sich in der Einladung der DKP zu einem zentralen "Roten Tisch" am 24./25.6. aus, zu dem alle nichtreformistischen Kräfte eingeladen wurden. Es beteiligten sich die DKP, der BWK, die VSP, die MLPD, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, die PDS sowie als Beobachter der KB. DKP, VSP und BWK einigten sich im Kern darauf, mit einer gemeinsamen Plattform der PDS ein Bündnis zu den Wahlen anzubieten.

In Hamburg bildete sich im April/Mai ein Kreis heraus, in dem Mitglieder des Sozialistischen Forums, der "Sozialismus", des KB und linke Grüne vertreten waren. In Hinblick auf die Wahlen kristallisierte sich hier der Standpunkt heraus, daß ein Organisationsbündnis nach altem Muster keine Chance hätte, im Zusammengehen mit der PDS die in der BRD notwendigen Stimmen zu gewinnen. Erstens ergibt sich dies aus der Analyse der Stimmenergebnisse linker Formationen in den letzten 20 Jahren und zweitens als Konsequenz des vorauszusehenden Sympathieverlustes der an einem solchen Projekt beteiligten Organisationen. (Beispielsweise wäre es undenkbar, daß die aus der DKP herausgedrängten Erneuerer ein Projekt unterstützen würden, in dem die DKP den Ton bestimmen kann.) Daraus wurde der Schluß gezogen, daß es notwendig wäre, ein Projekt quer zu den Organisationen aufzubauen, das gleichermaßen Mitglieder von bestehenden Organisationen aber auch freischwebende Linke ansprechen kann - was im übrigen auch dem realen Stand in den Organisationen entsprach, denn in keiner gibt es bis heute die Einigung auf eine gemeinsame Option. Zweitens müßte sich ein solches Projekt auf die PDS als Katalysator im Umgruppierungsprozeß der Linken einlassen. Und drittens müßte ein solches Bündnis die Ausstrahlung des Erneuerungsprozesses der PDS in der BRD umsetzen und damit linkssozialistische Personen ansprechen, die für die verbliebene organisierte Linke von sich heraus nicht erreichbar sind. Das setzt ein gehöriges Maß an Bescheidenheit der Organisationen voraus, nicht in Hinblick auf ihr Wissen und Können, sondern in Hinblick auf ihr Auftreten und ihre Ansprüche. Viertens war sich dieser Kreis darin einig, daß ein solches Bündnis zu den Bundestagswahlen einen pragmatischen Programmansatz zu wählen hätte, was eine sozialistische Plattformkandidatur ausschließt.

Unter diesen Voraussetzungen wurde ein Organisationsbündnis als Start des Unternehmens abgelehnt, da einer solchen Formation aufgrund langjähriger Erfahrungen nicht zugetraut wurde, in kürzester Zeit die beschriebenen Bedingungen zu erfüllen.

Der Kölner Kongreß und die Entscheidung der PDS

Dies war die Ausgangssituation für den Aufruf zur Arbeitskonferenz am 28./29. Juli in Köln. Die Personen des Aufruferkreises setzen sich aus dem oben beschriebenen Spektrum zusammen, namentlich: Joachim Bischoff ("Sozialismus"), Manfred Coppik (ehem. DS, GRÜNE), Prof. Frank Deppe (DKP), Axel Eggebrecht, Helga Genrich, Heinrich Hannover, Bernd Henn (ehm. SPD, Gewerkschaftssekretär), Ulla Jelpke (GAL), Ingrid Kurz, Andrea Lederer (Redakteurin des AK), Christiane Reymann (Sozialistisches Forum), Prof. Herbert Schui (SPD, Memorandumgruppe), Michael Stamm (zu der Zeit noch GAL), Inge Stolten, Prof. Erich Wulff. Im Aufruf wurde als Aufgabe formuliert, "Inhalte linker Politik und Überlegungen für Alternativen in der Wahlfrage (zu) diskutieren."

Eine Woche vor dem Kongreß, am 21.7., unterbreitete eine Delegation der Hamburger Vorbereitungsgruppe der Parteivorstandstagung der PDS den Vorschlag einer Kandidatur als Linke Liste/PDS bzw. PDS/Linke Liste. Ausgangspunkt war die Überlegung, daß von den seinerzeit noch gehandelten Varianten zum Wahlmodus die gewählt würde, die die PDS am sichersten aus dem nächsten Parlament ausschließen würde. Sollte es getrennte Wahlgebiete geben, sollte die PDS nur auf dem Gebiet der DDR antreten, eine Eigenkandidatur im Westen, die dann nicht erfolgreich sein könnte, wurde abgelehnt.

Nach nur kurzer Diskussion schloß sich der Parteivorstand (PV) der PDS diesem Vorschlag an und faßte bei einer Gegenstimme den in diesem AK dokumentierten Beschluß. Das hieß im Prinzip, daß das eigene Agieren vom Ausgang der Kölner Konferenz abhängig gemacht wurde. Auch wenn der fast einstimmig gefaßte Beschluß Einmütigkeit nahelegt, ist genau dies nicht der Fall gewesen. Es gab (und gibt) innerhalb des PV erhebliche Vorbehalte gegen die Westlinke im allgemeinen und das Projekt Linke Liste/PDS im Besonderen.

Die Vorbehalte entstammen aus unterschiedlichen Befürchtungen: die Westlinke wolle die PDS ins radikale Fahrwasser lotsen, die Westlinke verhindere eine Zusammenarbeit mit der SPD, die Zusammenarbeit mit der Linken Liste/PDS störe die gewachsene Zusammenarbeit mit der DKP.

Ein Ausdruck dieser Differenzen war die Tatsache, daß zum Zeitpunkt der PV-Tagung im gleichen Haus die PDS-Initiativen aus der BRD und Westberlin tagten, um über ihre Zusammenarbeit mit der PDS zu diskutieren. Offenbar waren sie im Vorfeld von der PDS in dem Glauben gelassen worden, diese nach außen hin repräsentieren zu können, was bei dieser und späteren Versammlungen viel Unmut bei den dann scheinbar Betrogenen hervorbrachte.

An der Kölner Konferenz nahmen am ersten Tag ca. 350 und am zweiten Tag ca. 550 Menschen teil, mehr als eigentlich in der Urlaubssituation erwartet worden waren. Dies lag vor allem daran, daß in den Wochen und Tagen vor der Konferenz das Tempo des Anschlusses und der Diskussion um die Wahl stark angezogen worden war. Die ursprüngliche Absicht, diese Konferenz solle nur ein Auftakt in der Wahlbündnisfrage sein, wurde dadurch überholt. Von der Richtung her mußte hier eine Entscheidung fallen. Und sie fiel, zwar nicht als Abstimmung im Saal, sondern in allgemeiner Akklamation, als Gregor Gysi am Sonntag dies als die Geburtsstunde der Linken Liste/PDS bezeichnete. Es wurde vereinbart, am 5.8.90 in Berlin zwischen den Initiatoren der Linken Liste/PDS, der PDS und anderen Linken aus der DDR (u.a. aus der Vereinigten Linken) eine gemeinsame Wahlpartei zu gründen.

Diese Konstruktion barg von Beginn an mehrere Problematiken in sich. Die PDS konnte und kann auf ihre eigenständigen Strukturen als Partei nicht verzichten. Andererseits war es auch unmöglich, die gesamte Konstellation unter dem Dach der PDS zu organisieren. Dies hätte sowohl die an einem solchen Projekt beteiligten DDR-Linken als auch die Teile der BRD-Linken ausgeschlossen, die sich keinem Parteiprojekt anschließen wollen. Es sollte deshalb eine Form gefunden werden, in der sich Personen eigenständig beteiligen können, aber auch Mitglieder von Organisationen, ohne ihre bisherigen politischen Zusammenhänge aufgeben zu müssen. Es wäre der Ansatz einer organisierten Bewegung, in der die unterschiedlichen Strömungen als Plattformen/Strömungen hätten weiterarbeiten können. Diese Organisationsform kam am 5.8. nur in der minimalsten Form zustande.

In der Zeit zwischen der Kölner Konferenz und der Berliner Versammlung hatten sich die Regierungen der DDR und der BRD auf ein Wahlverfahren geeinigt. Es ließ die Möglichkeit der Listenverbindung zu, wodurch eine Gesamtpartei für beide Gebiete nicht mehr notwendig war.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in der eigenen Organisation favorisierte die PDS das Projekt einer Listenvereinigung. Die Linke Liste/PDS sollte nur noch für das Gebiet der BRD gegründet werden. Die Initiatoren der Linken Liste/PDS drangen auf ein gemeinsames Projekt, da nur von einem solchen in der BRD die Ausstrahlung ausgehen würde, die notwendig wäre, um die 5%-Hürde zu überspringen.

Beschlossen wurde, einen gemeinsamen Beirat zu bilden (siehe Aufruf), ein gemeinsames Programm (siehe Dokumentation) und ein gemeinsames Wahlprogramm zu diskutieren sowie einen gemeinsamen Wahlkampf mit einer gemeinsamen Wahlkampfleitung zu führen. Die dafür notwendigen Gremien sind inzwischen eingerichtet worden.

Ein Projekt von oben - ein Projekt der Ausgrenzung?

Seit Bekanntwerden des Projekts Linke Liste/PDS werden die Initiatoren von DKP, BWK, VSP und PDS-Initiativen angegriffen, ein undemokratisches Projekt, vorbei an der Basis in neostalinistischer Manier durchgezogen zu haben. Diese Vorwürfe wurden umso heftiger je deutlicher sich herausschälte, daß die PDS eine solche Bündniskonstellation einem Organisationsbündnis vorziehen würde.

Die Angriffe haben eine unbestreitbare Grundlage. Das Projekt ist unter einer Reihe von Personen in geschlossenem Kreis diskutiert worden, ohne öffentlichen Aufruf zu Versammlungen und ohne Einladung an alle Organisationen, Initiativen usw. Diese Einladung erfolgte, hatte, wie oben schon ausgeführt, seinen Grund darin, daß die Initiatoren aufgrund langjähriger Erfahrungen kein Vertrauen darin hatten, daß der Aufruf zu einem breiten Organisationsbündnis dem Zweck, ein wirklich plurales Bündnis zu erreichen, gerecht werden würde. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß ein Bündnis zwischen DKP, BWK, VSP und KB (wenn denn dieser sich auf ein solches Unterfangen einlassen würde), das eine sozialistische Plattform festzurrt, für kaum

jemanden außerhalb dieses Kreises interessant ist. Zweitens galt es, der DKP deutliche Signale zu geben, daß sie keine führende Rolle innerhalb eines solchen Bündnisses beanspruchen dürfte, ohne es gleich der Gefahr einer Zerreißprobe auszusetzen. Immerhin hat diese DKP im Gegensatz zur PDS eine "Erneuerung" abgelehnt, hat die politische Strömung, die der PDS nahesteht, rausgedrängt und dem SED-Regime bis zum Schluß die Treue gehalten. Nicht nur die DKP-Erneuerer, sondern ebenfalls unabhängige Sozialisten wie Theo Bergmann, Eugen Eberle oder Carola Bloch haben zu verstehen gegeben, daß sie für ein Projekt, in dem der bestehende DKP-Vorstand das Sagen hat, nicht zur Verfügung stehen würden. Es kann und muß verlangt werden, daß diese Partei im Interesse der Sache öffentlich - und das nicht nur durch vorgeschobene Lippenbekenntnisse - zurücksteht. Gleichzeitig war ihr deutlich gemacht worden, daß an einer Mitarbeit durchaus bekannter DKP-Mitglieder Interesse besteht, sofern sie den Charakter eines Personenbündnisses akzeptieren.

Die bisherigen Erfahrungen in dem kurzen Prozeß des Aufbau der Linken Liste/ PDS haben alle Vorurteile nur bestätigt. DKP und BWK versuchen flächendeckend in der gesamten BRD die Bildung der Landesverbände unter ihre Kontrolle zu bekommen.

- In Schleswig-Holstein ruft eine der bekanntesten DKP-Funktionärinnen ohne Absprache mit den Initiatoren der Linken Liste/PDS zur Gründung eines Landesverbandes auf. Gespräche mit linken Grünen haben ergeben, daß selbst Interessierte einer solchen Einladung nicht folgen werden. Nicht wegen der Sache, auch nicht wegen der Tatsache der DKP-Mitgliedschaft, sondern wegen der langjährigen Erfahrung mit dieser Person.

- In Baden-Württemberg hatte eine Initiativgruppe aus zwei Noch-DKPlern, Theo Bergmann, Eugen Eberle, Carola Bloch und einer Reihe von Betriebsräten zu einer Versammlung zur Vorbereitung eines Landesverbandes aufgerufen. Eingeladen waren auch Vertreter der "Roten Tische". Diese, allen voran ein anderer Flügel der DKP sowie Vertreter des BWK, hatten nichts anderes im Sinn als auf dieser Versammlung einen von ihnen ausgewählten Kandidaten umgehend bestätigen zu lassen.

- Zwei Tage nach der Kölner Konferenz wurde in Nordrhein-Westfalen von Vertretern der DKP und des BWK zu einer Sitzung des "Roten Tisches NRW" eingeladen, um gemeinsam zu beraten, "wie auf die Bildung der Landeslisten Einfluß genommen werden kann". Diese Einladung erfolgte bevor überhaupt über die Kriterien für die Kandidaten gesprochen worden ist.

- Auf einer Sitzung der Arbeitsgruppen der zentralen Wahlkampfleitung der Linken Liste/PDS und der PDS und der VL erschien Helga Rosenberg vom Sprecherrat der DKP. Auf Nachfrage erklärte sie, sie sei vom DKP-Vorstand beauftragt worden. Der Einwand, diese Arbeitsgruppen würden von den Partner in der DDR und der BRD bestimmt und nicht durch die DKP, konnte sie kaum überzeugen. Der Befürchtung, daß in der nächsten "UZ" zu lesen sei, daß für den Vorstand der DKP die Genossin Helga Rosenberg an der zentralen Wahlkampfleitung teilnehme, widersprach sie heftig. Genau dies ist dann geschehen. In der "UZ" vom 17.8. heißt es: "Den Willen der DKP, im Rahmen des Personenbündnisses Linke Liste/PDS in den gesamtdeutschen Wahlen (...) einzugreifen, machte die 4. außerordentliche Parteivorstandstagung am vergangenen Wochenende in Essen deutlich (...) Für die Wahlkampfleitung im Berliner Wahlbüro wurden vom DKP-Parteivorstand Helga Rosenberg und Friedhelm Kröll bestimmt." In derselben Ausgabe wurde von einem Gespräch mit Dr. Hans Erxleben, dem stellvertretenden Leiter der zentralen Wahlkommission beim PV der PDS, berichtet, der "auf die Notwendigkeit von DKP-Kandidatinnen und - Kandidaten auf den Landeslisten" verwiesen haben soll.

Diese Art der Vereinnahmungspolitik im wirklich uralten Stil wird lediglich noch vom BWK (nach Kenntnis in NRW, Bayern und Baden-Württemberg) unterstützt. Die VSP, die ebenfalls gegen die Ausgrenzung der "Roten Tische" polemisiert, hat sich an diesem Vorgehen nicht beteiligt. Der Vorwurf, daß mit ihnen über das Projekt nicht gesprochen wurde, ist nur teilweise berechtigt. Sie waren über die Vorbereitungen informiert, konnten sich aber selbst für eine klare Haltung nicht entscheiden. Tatsächlich sind sie dann auch nicht eingeladen worden, obwohl sich dies durchaus angeboten hätte. Allerdings war dies auch dem Umstand geschuldet, daß sie bis Mitte Mai voll auf "Radikale Linke" gesetzt haben und einer Zusammenarbeit mit der PDS äußerst ablehnend gegenüberstanden.

Selbstkritisch sollten die InitiatorInnen sich heute fragen, ob man sich nicht viel Reibungsverluste hätte ersparen können, wenn Personen aus dem Spektrum der DKP von vornherein einbezogen worden wären. In taktischer Hinsicht wäre dies sicherlich von Nutzen gewesen; bezweifelt werden kann oder muß jedoch werden, ob dies tatsächlich eine Lösung des Problems gebracht hätte, denn es setzt auf Ruhigstellung der DKP und kalkuliert ihren unnachahmlichen Drang nach Parteiprofilierung nicht ein. Das Vorgehen des DKP-Parteivorstandes hat jedenfalls wieder bewiesen, daß es diesem allein um die Durchsetzung des Parteiimages geht: auf jeder Liste ein von der DKP ausgewählter Kandidat, in jedem Vorstand ein von der DKP ausgewählter Kandidat. Dieses Verfahren ist nicht tragbar, da es sich die DKP nach allen Erfahrungen gefallen lassen muß, daß ihre Bündnispartner ein Wörtchen dabei mitzureden haben, mit wem sie zusammenarbeiten wollen und mit wem nicht. Das Vorgehen des DKP- PV erschwert es nun auch wiederum denjenigen im Initiatorenkreis, die eher bereit gewesen wären, die Frage konstruktiv zu lösen und gibt (scheinbar) denjenigen Recht, die mit Hinweis auf die Erfahrungen eine Änderung der DKP ausschließen.

Diese Auseinandersetzungen sind vom Standpunkt des Zeitverlustes in einem unter absolutem Zeitdruck stehenden Projekt ärgerlich, aber vom Standpunkt, daß in dieser Zeit der Anfang einer Neugruppierung der Linken liegt, unvermeidlich. Man muß aufgrund der anstehenden Aufgabe, innerhalb von Wochen eine Wahlpartei auf die Beine zu stellen, den Hauptaspekt auf die Organisierung des Wahlkampfes legen, aber niemand kann sich ganz frei davon machen, daß hier auch Entscheidungen für das Verhältnis der Linken untereinander fallen.

Auffällig ist, daß sich mittlerweile die gesamte organisierte Linke auf dieses Projekt bezieht. Alle, die bei vorausgegangenen Wahlen die Eigenkandidatur für unabdingbar hielten und dies damit begründeten, nur sie würden das richtige Programm zur Wahl stellen, drängen sich plötzlich danach, auf dem "reformistischen" Programm der Linken Liste/PDS zu kandidieren. Das hätte noch vor einigen Monaten zum herben Vorwurf des Opportunismus gereicht. Wenn der Erkenntnis, daß man mit einer eigenständigen sozialistischen Programmkandidatur keine Blumentöpfe gewinnen kann, auch noch die Erkenntnis folgen würde, daß man als "Kommunist" nicht automatisch einen Anspruch auf Listenplätze oder Plätze in Vorständen hat, kann es sogar noch zu einer - wenn auch nicht gerade fruchtbaren - aber dennoch funktionalen Zusammenarbeit kommen.

Aussichten

Die nächsten Wochen werden davon bestimmt sein, die Landesverbände aufzubauen und Kandidaten für die Linke Liste/PDS zu bestimmen. Dazu müssen Verhältnisse geschaffen werden, die es jeder/m Interessierten ermöglichen, auf den Entscheidungsprozeß Einfluß zu nehmen. Also nicht nur denjenigen, die sich einem neuen Parteiprojekt anschließen wollen, nicht nur denjenigen und vor allem nicht diesen, die ihr altes Parteiprojekt im neuen unterbringen wollen, sondern vor allem denjenigen, die in einem solchen Wahlprojekt die Chance sehen, der mit der Annexionspolitik betriebenen Ausschaltung der linken Opposition ein Stück Widerstand entgegenzusetzen. Deshalb soll es offene Versammlungen geben. Kandidaten sollen nicht nach Parteivertretung, sondern nach Ansehen, Persönlichkeit und Glaubwürdigkeit in der Vertretung des Programms ausgesucht werden.

Noch vor diesem Schritt muß das Bemühen stehen, alles zu unternehmen, die für das Projekt Interessierten zu gewinnen. Also erst gewinnen und dann organisieren. Dies setzt ein hohes Maß an Kompromiß- und Bündnisbereitschaft der Linken voraus. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß innerhalb der SPD ein großer Unmut über den brutalen Kurs der Annexionspolitik besteht. Personen wie Günther Grass, Walter Jens und andere, die in den vergangenen Jahren als Organisatoren von Wählerinitiativen für die SPD agierten, stehen dieser Partei heute distanziert gegenüber. Die Politik der SPD, die sich fast ausschließlich darauf konzentrierte, das Wahlrecht so zu manipulieren, daß es der DDR-Opposition, sowohl der PDS als auch den Gruppen der Bürgerbewegung, unmöglich gemacht werden sollte, ins Parlament einzuziehen, hat sowohl in der Mitgliedschaft als auch in der Anhängerschaft tiefe Widersprüche hervorgerufen. Der SPD wird gerade vorgeworfen, der Annexionspolitik der CDU und des Kapitals nichts entgegenzusetzen, sondern nur nach den eigenen wahltaktischen Vorteilen zu suchen. Für diejenigen Teile der SPD-Anhängerschaft, die ebenso wie die sozialistische Linke gegen das entstehende Großdeutschland mit seiner autoritären inneren Verfassung und der imperialistischen Ausrichtung nach außen eingestellt sind, ist diese Partei nur noch schwer wählbar. Dies gilt ebenso für einen Teil der linken und linkssozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, die die DGB-Führung vor allem wegen des Anhängens an die Annexionspolitik kritisiert. Beiden ist gemeinsam, daß sie eine eigenständige Entwicklung der gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen der DDR befürworten,

was gerade von der CDU, SPD und vom DGB verhindert werden soll. Hieran gilt es für die Linke anzusetzen, das eigene Profil zu stärken und damit dazu beizutragen, dem von vielen befürchteten Rechtstrend entgegenzuwirken. Das bedingt aber für die Linke, nicht nur und nicht in erster Linie auf die Herauskehrung der so eigenen Identität zu pochen, sondern einen Prozeß einer linkspluralen Bewegung einzuleiten. Hierfür bietet dieser Wahlkampf - wie mensch auch immer zur parlamentarischen Demokratie steht - einen wichtigen und entscheidenden Baustein.

he.

30. Dokumentation: Beschluß des DKP-PV vom 11.8.1990 Beschluß des VSP-ZK vom 12.8.1990

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS-Debatte, linke; DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:46

Auf seiner 4. (außerordentlichen) Tagung am 11.8.1990 befaßte sich der Parteivorstand der DKP mit den gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 und faßte dazu den folgenden Beschluß:

"Der Parteivorstand der DKP begrüßt auf seiner 4. (außerordentlichen) Tagung das Zustandekommen der Listenverbindung Linke Liste/PDS und Offene Liste/PDS.

Wir unterstützen das Personenbündnis zu den Wahlen am 2. Dezember. Es bietet die Chance, daß eine linke Kraft im gesamtdeutschen Parlament sein wird. Gleichzeitig sehen wir in dem Bündnis die Möglichkeit, eine neue politische Kultur im Umgang miteinander zu fördern. Dazu gehört u.E. die Gleichberechtigung aller am Bündnis beteiligten Kräfte und Personen.

Die DKP und ihre Mitglieder werden ihre Wahlkampfaktivitäten mit eigenständigem Profil in das Ringen um parlamentarische Positionen der Linken einbringen. Zugleich werden sie den Prozeß der Erneuerung der DKP fortsetzen und einen Beitrag zur Neuformierung der sozialistischen Linken in Deutschland leisten.

Eine Beschlußfassung über Wahlaussagen der DKP und Formen des Eingreifens in den Wahlkampf wird auf der Parteivorstandstagung am 25.8.1990 vorgenommen."

Quelle: DKP-Pressedienst vom 11.8.1990

Beschluß des VSP-ZK vom 12.9.1990

1. Wir wenden uns gegen alle Wahlmanipulationen und Wahlbehinderungen im alten und im geplanten neuen Wahlgesetz, die Kandidaturen treffen sollen, die den Herrschenden nicht passen. Dies gilt insbesondere für die undemokratische 5-Prozent-Klausel und die sogenannte "Huckepackregelung" zugunsten der DSU und gegen die PDS und Teile der Bürgerbewegung der DDR.

2. Wir stellen fest, daß beim gegenwärtigen Stand des Projekts Linke Liste/PDS die Chance für eine breite, sozialistische Kandidatur nicht optimal genutzt wird. Dies gilt vor allem für die programmatische und politische Ebene: Die Linke Liste/PDS

- strebt bisher keine Plattform an, die die Kritik an der DDR-Annexion und die Folgen des Anschlusses in den Mittelpunkt stellt;

- sie beinhaltet keine ernsthafte Auseinandersetzung mit der SED- und DDR-Vergangenheit;

- sie kritisiert nicht die Begrenztheit bürgerlich-parlamentarischer Demokratie;

- und sie vertritt in ihrer Einschätzung des real existierenden Kapitalismus eine völlig illusionäre Position, wenn sie den "sozialstaatlichen Kompromiß, wie er in der Bundesrepublik erkämpft wurde", zum "Ausgangspunkt unserer Politik" machen will (Programm).

Wir bedauern, daß es nicht gelang, mit den linken Kräften in den Bürgerbewegungen der DDR, die einen wesentlichen Beitrag zum Sturz des Honecker-Regimes leisteten, ein Bündnis zustande zu bringen.

3. Die VSP hat sich von Anfang an an den Diskussionen zur Bildung eines linken Bündnisses beteiligt. Auch wenn wir die genannten programmatischen und politischen Rückschritte sehen, auch wenn wir die wenig demokratische Art und Weise, wie linke Gruppen und Positionen ausgegrenzt werden, kritisieren, werden wir uns weiter an entsprechenden Diskussionen beteiligen und in diese und das Projekt Linke Liste unsere politischen Positionen einbringen. Es liegt an den Betreibern des Projekts Linke Liste/PDS, diese Kritik und diese Vorschläge aufzugreifen.

4. Die VSP wird auf ihrer außerordentlichen Delegiertenkonferenz im September ihre endgültige Haltung zur Linken Liste/PDS diskutieren und festlegen.

5. Die Bildung der Linken Liste/PDS kann die notwendigen Diskussions- und Vernetzungsprozesse in der linken und sozialistischen Bewegung nicht vorwegnehmen; ob sie sie begünstigt, bleibt offen. Gerade angesichts des Zusammenbruchs der bürokratischen Diktaturen Osteuropas und des Roll back kapitalistischer Verhältnisse ist eine gründliche, solidarische und selbstbewußte Debatte über sozialistische Zielsetzungen notwendiger denn je. Weder im Rahmen der Radikalen Linken noch im Spektrum von PDS und DKP noch bei den linken Grünen ist ein solcher sozialistischer Neuorientierungsprozeß abgeschlossen, er hat erst vorsichtig begonnen.

Die gemeinsame theoretische Debatte um sozialistische Ziele und Wege die gemeinsamen praktischen Ansätze werden durch organisatorische Vereinnahmungen belastet. Gegenseitige Respektierung verschiedener Ansätze und Strömungen der Linken darf nicht zum propagandistischen Notnagel einer Wahlpartei verkommen, sondern muß in den konkreten Auseinandersetzungen zur Arbeitsgrundlage werden.

6. Ebenfalls unabhängig von unserer konkreten Haltung zur Linken Liste/PDS werden wir unsere konkreten gemeinsamen Aktivitäten und Diskussionen mit anderen Strömungen der sozialistischen Linken weiterführen, unabhängig von ihren Positionen zum Verhalten bei der Reichstagswahl und zum Projekt Linke Liste/PDS. Dies gilt insbesondere für die Mobilisierungen im November gegen den Anschluß. Wir treten dafür ein, daß das Wahlbündnis solche Mobilisierungen mitträgt. Dies gilt insbesondere auch für unsere Mitarbeit in der Radikalen Linken. Weiterhin wird die VSP ihre Bemühungen um möglichst enge Kooperation mit der Vereinigten Linken der DDR fortsetzen und verstärken.

Verabschiedet vom Zentralkomitee der VSP am 12.8.1990

31. Doku: Für eine linke Opposition in Deutschland Aufruf zur Unterstützung der Linken Liste/PDS

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:49

Zur ersten gesamtdeutschen Wahl tritt die Linke Liste / PDS als Oppositionskraft an. Wir wollen denen Rückhalt geben und Mut machen, die von einer rigorosen Anschlußpolitik sozial, kulturell und politisch ins Abseits gedrängt werden. Gegen den herrschenden Trend wollen wir erkämpfte demokratische, soziale, ökologische und frauenrechtliche Standards sichern und ausbauen.

Wir wollen den Protest parlamentarisch und außerparlamentarisch organisieren, damit das Gebiet der ehemaligen DDR nicht zum Armenhaus des neuen Deutschland wird. Wichtig sind uns Programme und Aktionen zur Entmilitarisierung, zur radikalen Abrüstung und zur Verhinderung von Waffenexporten. Wir wehren uns gegen ein Deutschland, vor dessen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Macht die Nachbarn in Europa, die Staaten in Übersee und wir selbst Angst haben müssen. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben. Nicht zuletzt gilt unser Widerstand dem wieder auflebenden Rechtsradikalismus und einem gefährlichen deutschtümelnden Nationalismus.

Wir wollen, daß der Kapitalismus nicht ohne Alternative bleibt. Der real existierende Sozialismus ist zweifellos gescheitert, weil er nicht in der Lage war, die inneren und äußeren Probleme der Gesellschaft demokratisch zu lösen. Jetzt aber sollen auch die vielfältigen sozialistischen Ideen aus der Politik und den Köpfen verschwinden.

Unser Ziel ist eine herrschafts- und ausbeutungsfreie, eine emanzipatorische moderne Gesellschaft.

Bedingung einer solchen Politik ist: der Zusammenbruch des "Realsozialismus" und die umfassende Krise jedweder sozialdemokratischer und sozialistischer Politik in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften muß schonungslos und selbstkritisch aufgearbeitet werden.

Im zukünftigen "Großdeutschland" soll von der DDR offensichtlich nichts bleiben. Wir wenden uns gegen die Annexionspolitik der Regierung der BRD und der etablierten Parteien.

Zwischen bundesdeutschen und DDR-Linken ist ein behutsamer Annäherungsprozeß nötig. Wir wollen die unterschiedliche Identität der Menschen in unseren beiden Staaten nicht verdrängen. Nur dann ist eine Zusammenarbeit möglich zwischen gewerkschaftlichen und sozialistischen, ökologischen und feministischen Linken in der bisherigen BRD und DDR. Trotz der Schwierigkeiten und Risiken dieses Projekts Linke Liste / PDS vertrauen wir darauf, daß sich viele Menschen dafür engagieren werden.

Beirat Linke Liste / PDS: Gregor Gysi (PDS), Hans Modrow (PDS), André Brie (PDS), Rainer Börner (PDS), Hans-Joachim Willerding (PDS), Marlies Deneke (PDS), Helga Adler (PDS), Christel Wietusch (PDS), Katrin Franke (PDS), Rosemarie Hein (PDS), Dagmar Pohle (PDS), Michael Mäde (VL), Jana Wagner (VL), Michael Czollek (Nelken), Andrea Lederer (Linke Liste/PDS), Christiane Reymann (LL/PDS), Joachim Bischoff (LL/PDS), Manfred Coppik (LL/PDS), Michael Stamm (LL/PDS), Bernd Henn (LL/PDS), Heidi Hegen (LL/PDS), Ulla Jelpke (LL/PDS),

32. "Die Grünen/Bündnis 90" gegründet - "...mit uns GRÜNEN Bürgern zu Fuß in die neue Republik Deutschland..."

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Neues Forum / Bündnis 90 · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/66.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:66

Könnte das nicht das Traumbündnis der Grünen werden? Zusammen mit den oppositionellen DemokratInnen aus der DDR, die im Herbst letzten Jahres an vorderster Stelle standen, die weiter zu ihren Idealen stehen und nicht in einer der neuen großen Parteien aus der BRD Karriere machten? Angewiesen sind die Grünen allemal auf Bündnispartner in der DDR, ohne diese wird auch für sie die 5%-Hürde nicht zu schaffen sein. Doch so groß scheint die Begeisterung im grünen Lager nicht zu sein.

Klaus Hartung, Realogrünen-Fürsprecher der taz, machte am 18.6.90 in selbiger Zeitung kurzen Prozeß mit der Wahlplattform der Grünen/Bündnis 90: Der Untergang der DDR werde als Apokalypse gezeichnet, "wie soll eigentlich diese Düsterkeit (in der die Zukunft gemalt wird, d.V.) in der DDR überzeugen, wo die Leute schließlich wissen, daß die Lebenserwartung der DDR-Bürger gegenüber den bundesdeutschen geringer war aufgrund der Kommandowirtschaft"; es fehle jedes Engagement für die Demokratisierung Osteuropas und überhaupt schlage "der klassische Opportunismus der Linken in der Steuerfrage" durch, weil eine höhere Besteuerung der Reichen gefordert werde.

In heftigster Weise zog der Mitarbeiter der Grünen Udo Knapp in der Taz vom 17.8.90 gegen die Hereinnahme der Vereinigten Linken (VL) in das Wahlbündnis zu Felde, weil Mitglieder der VL auch in der Linken Liste/PDS an vorderer Stelle mitarbeiten. Das mag noch unter der üblichen Linkenhatz abzubuchen sein, dennoch fällt auf, daß jede positive Bezugnahme auf "Die Grünen/Bündnis 90" fehlt. Stößt das Bündnis mit den BürgerInnenbewegungen (BB) bei den rechten Grünen auf ernsthafte Vorbehalte?

Über Stock und über Stein

Die Geschichte des nun zustandegekommenen Wahlbündnisses ist einigermaßen wechselvoll. Hatten sich noch Ende letzten Jahres die Grünen damit gebrüstet, als einzige BRD-Partei schon lange freundschaftliche Beziehungen zu den Oppositionellen der DDR, den VorläuferInnen der BB unterhalten zu haben, kühlte dies Verhältnis in dem Maße ab, wie die Grüne Partei sich in der DDR - streng an der ökologischen Frage orientiert - konstituierte und so zum natürlichen Bündnispartner für die Grünen wurde.

Einer gleichzeitig in den Grünen der BRD propagierten Konzentrierung auf ökologische Fragen, wie sie nach dem Hagener Parteitag von Antje Vollmer und Udo Knapp (sic!) vertreten wurde, kam das sehr gelegen. Dort war nach einer relativ harmlosen Abstimmungsniederlage des Realo/Aufbruch-Flügels von seinen prominenten VertreterInnen zum Schulterschluß geblasen worden in einer Situation, in der die Bandbreite des politischen Spektrums in den Grünen nach dem Weggang der ÖkosozialistInnen eh schon zusammengeschmolzen war.

Eine der bestechendsten Antworten der Grünen auf die neue Situation des deutschen Vereinigungsprozesses ist die These vom endgültigen Zusammenbruch des Links-Rechts-Schemas, wofür die BB als Kronzeugen herhalten müssen. Dennoch gelten die rechten Grünen nicht als Betreiber eines Wahlbündnisses mit den BB. Das ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß die offene Struktur der Grünen als nicht mehr zeitgemäß angesehen wird (A. Vollmer) und das Bündnis mit den BB der DDR nicht ohne das Einlassen auf die spezifische Situation und die Politikvorstellungen der BB zu haben ist. Oder doch?

Sind es doch gerade die Linken aus den Grünen, wie Teile der Westberliner AL, die sich vehement für das Zusammengehen mit allen bürgerbewegten Gruppen der DDR ausgesprochen haben, selbstverständlich unter Einschluß der VL und des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV). Es ist ihnen dabei sicher nicht vorzuwerfen, daß sie sich damit eine Stärkung linker Bastionen in den Grünen erhoffen. Wer z.B. die Debatte um die PDS-Distanzierungserklärung miterlebt hat, fragt sich überhaupt, was diese Menschen zueinandertreibt. Der Satz aus der Gründungserklärung "Wir halten die PDS für keine glaubwürdige Opposition" fand so unterschiedliche Begründungen wie, "Die PDS ist doch keine linke Partei und daher keine glaubwürdige Opposition" (Manon Tuckfeld) oder "Die PDS ist unglaubwürdig, weil sie eine linke Partei ist" (H. Fischbeck, Demokratie Jetzt). Überhaupt war die PDS bzw. die Zusammenarbeit mit derselben das bestimmende Thema

des Gründungsprozesses, diskutiert allerdings an der Frage, wie die VL zu beteiligen sei. Konrad Weiß (Demokratie Jetzt) hätte die VL gerne ausgeschlossen, weil sie sich von der PDS nicht ausreichend distanziere. Die Debatte kreiste immer wieder um die Frage, ob die VL mit Namen als unterstützende Organisation aufgeführt werden solle (die Bezeichnung "Linke" im Namen wirke abschreckend), während relativ schnell Einvernehmen darüber erzielt wurde, daß alle beteiligten DDR-Gruppen je einen aussichtsreichen Listenplatz erhalten sollten.

Gretchenfrage PDS

Die VL hatte in ihrem Rostocker Beschluß festgelegt, daß sie als Organisation nicht selber zur Wahl antreten will und daß es Mitgliedern der VL freigestellt sei, in unterschiedlichen Wahlbündnissen mitzuarbeiten. Eine Mehrheit der VL befürwortete die Beteiligung am grünen Bündnis, eine Minderheit wollte einem Oppositionsbündnis mit dem Kristallisationspunkt PDS zum Einzug in das nächste Parlament verhelfen. Der von den Grünen/Bündnis 90 gefaßte Distanzierungsbeschluß zur PDS, "Die Beteiligung am Bündnis ‚Die Grünen/Bündnis 90` setzt eine klare politische Abgrenzung gegenüber der PDS voraus. Den Beweis, daß die PDS eine völlig neue Partei ist und ihre Veranwortung für den ‚real existierenden Sozialismus`, für Repression und Stasi, für einen unergründlichen Sumpf an Korruption und den Niedergang der DDR wirklich aufgearbeitet hat, ist sie bisher schuldig geblieben. Wir halten die PDS für keine glaubwürdige Opposition", stieß bei der VL allerdings auf Empörung. Verfolgt die VL doch eine Politik, die die demokratische Opposition der alten und der neuen DDR (d.h. unter Einschluß der PDS) zusammenführen will. Dazu ist die offensive Auseinandersetzung mit der PDS und in der PDS von Nöten, nicht die inhaltsleere Distanzierung. Mit solcherlei Erklärungen wird die PDS auch nicht in die Verlegenheit gebracht, sich mit den Grünen, die sicher ihr Wunschbündnispartner gewesen sind, auseinanderzusetzen.

Die Wahlplattform des neuen Bündnisses zeugt von erheblichen Schwierigkeiten der Grünen, sich programmatisch auf die veränderten Bedingungen einzulassen. So lautet die zentrale Aussage: "Kohl abwählen - wer den Wechsel will, muß unser Bündnis wählen" mit der Option auf Rot-Grün und dem bewährten Themenkatalog von Öko bis Femi mit ein paar eingebauten Forderungen der BB z.B. zum Volkseigentum. Die Grünen machen weiter wie gehabt, die BB müssen sich integrieren.

Was wollen die Grünen mit den Bürgerbewegungen?

Was veranlaßt nun einen Klaus Hartung in der taz zu Befürchtungen wie dieser, die Grünen könnten sich mit den BB nicht nur Erfahrungen mit Basisdemokratie, sondern auch "Erfahrungen der Staatszerstörung, der Gesellschaftsveränderung" ins Bündnis geholt haben? Welcher Teufel reitet einen Udo Knapp in derselben Zeitung, das schon lange totgesagte Linke Forum in den Grünen erhoffe sich mit den DDR-Linken gute Chancen, "die ökologische Frage vor allem als das Umverteilen des Reichtums des Kapitals von oben nach unten strategisch zu verankern"?

Es ist schon so, die DDR-Opposition kommt den Grünen nicht gelegen. Mensch muß das mal erlebt haben, mit welch betroffenem Augenaufschlag Grüne den Menschen aus den BB ihre Besorgnis mitteilen, daß sie durch die Zusammenarbeit mit ihnen "zurückgeworfen" werden in ihrer ungemein fortschrittlichen Entwicklung. Und auch die harten Verfechter einer reinen Öko-Partei sehen in den BB nicht gerade Parteigänger für ihre Sache. Sollte das ganze Bündnis ein Produkt des reinen Pragmatismus sein? Dann dürfte es weiter spannend bleiben.

Cl.

33. Dokumentation: Beschluß des Parteivorstandes der PDS zu gesamtdeutschen Wahlen vom 9.8.90

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:39

Nach dem Willen der Regierungskoalitionen in Bonn und Berlin sollen noch in diesem Jahr Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament stattfinden.

Obwohl bisher weder Regierungsbeschlüsse noch gesetzliche Regelungen vorliegen, ist es notwendig, daß der Parteivorstand seine Position zu gesamtdeutschen Wahlen näher bestimmt.

I.

In den Regierungsparteien in Ost und West ist der Streit um den Wahlmodus und die Festlegung des Wahlgebietes entbrannt. Die PDS tritt grundsätzlich für Wahlen ohne Sperrklausel ein. Die nach Bundeswahlgesetz vorgeschriebene Fünfprozentklausel und die ausschließliche Ausschreibung für Parteien sind weder demokratisch noch bieten sie Chancengleichheit. Sie richten sich vor allem gegen die gleichberechtigte Teilnahme der Bürgerbewegungen an der parlamentarischen Arbeit. Wir erklären unsere Absicht, unabhängig von den noch zu verabschiedenden Sperrklauseln und Einschränkungen durch die Herrschenden, uns in einem einheitlichen Wahlgebiet im Bündnis mit linken Kräften und Bewegungen aus der BRD und der DDR bzw. als Partei mit offenen Listen an den Wahlen zu beteiligen. (...)

Der Parteivorstand erklärt seine Bereitschaft, den Wahlkampf einer linken Liste oder PDS (BRD) mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen und bietet linken Kräften aus der BRD die Möglichkeit an, auf Landeslisten der PDS in der DDR zu kandidieren. (...)

II.

Der Parteivorstand spricht sich für das Zustandekommen einer "Linken Liste" im Falle eines einheitlichen Wahlgebietes für die Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament aus. (...)

Der Parteivorstand erklärt seine Bereitschaft, mit allen Parteien, Organisationen und Bewegungen ein Bündnis einzugehen, die mit uns in wesentlichen programmatischen Zielstellungen übereinstimmen. Wichtigste Grundsätze eines solchen Programms können nach unserer Auffassung sein:

1. Umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, Ergänzung und Weiterentwicklung parlamentarischer Demokratie durch basisdemokratische und außerparlamentarische Möglichkeiten und eine effektive Wirtschaftsdemokratie, Ausbau gewerkschaftlicher Rechte und der Rechte der Werktätigen auf Mitbestimmung, Verbot der Aussperrung.

2. Soziale Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Wissenschaft, gegen deren Unterordnung unter den kapitalistischen Markt und gegen politische Einschränkungen außer im Falle von Rassismus, Völkerhaß, Friedens- und Menschenfeindlichkeit.

3. Ökologisierung von Produktions- und Lebensweise der gesamten Gesellschaft, vorsorgende Umweltpolitik statt ökologischer Reparaturen, konsequente Anwendung des Verursacherprinzips.

4. Gleichstellung von Frau und Mann, das Durchbrechen patriarchalischer Strukturen sowie Quotierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

5. Durchsetzung des Prinzips der Freiheit zu Informationen und des demokratischen Umgangs mit ihnen sowie der Demokratisierung der Medien.

6. Gerechte Verteilung der Arbeit, Verringerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Humanisierung der Arbeitswelt, soziale Gerechtigkeit, womit die freie Entwicklung des Einzelnen in solidarischer Entwicklung mit allen möglich wird.

7. Demokratische Kontrolle und Steuerung der Wirtschaft auf der Grundlage einer staatlichen und regionalen Rahmenplanung, insbesondere durch aktive Beschäftigungs-, Struktur- und Investitionspolitik sowie eine regionale Entwicklungs- und Förderungspolitik.

8. Emanzipation und Integration politischer, sozialer, kultureller und ethnischer Minderheiten.

9. Konsequente Politik zur Lösung der globalen Probleme - Entmilitarisierung, eine gerechte und solidarische Weltwirtschaftsordnung, gesamtgesellschaftlicher und globaler ökologischer Umbau.

Um für die Diskussionen in der Partei und in der deutschen Linken auch den entsprechenden organisatorischen Rahmen zu schaffen, wird beim Parteivorstand ein gesamtdeutsches Koordinierungsbüro geschaffen mit folgenden Aufgaben: (...)

III.

Mit der Beteiligung an den Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament (in einem oder in zwei getrennten Wahlgebieten) verbinden wir zwei entscheidende Ziele:

Erstens den Einzug in das gesamtdeutsche Parlament,

zweitens die Nutzung der Wahlen für die Formierung einer linken/sozialistischen Partei/Bewegung in ganz Deutschland.

Der Parteivorstand läßt sich in seinen Entscheidungen über die Art und Weise der Wahlbeteiligung und des Wahlkampfes auf dem Gebiet der bisherigen BRD deshalb zuerst davon leiten, was der Zukunft einer linken/sozialistischen Partei/Bewegung in Gesamtdeutschland am meisten dient. Wir wenden uns an alle PDS-Initiativen und -Freundeskreise, alle Sympathisanten unserer Partei in der BRD. Wir ermutigen sie, sich zusammenzuschließen und zu organisieren. Die historische Entwicklung hat die Frage einer gesamtdeutschen Partei des Demokratischen Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt. Das Ziel, den Einzug in ein gesamtdeutsches Parlament zu sichern, ist realistisch. Dabei richtet die PDS bei einem einheitlichen Wahlgebiet mit möglicher Fünfprozentsperrklausel alle ihre Kraft darauf, in einigen PDS-Hochburgen im Norden der DDR mindestens drei Direktmandate mit den Erststimmen der Wähler zu erhalten. (Bei Erreichen von drei Direktmandaten entfällt die Fünfprozentsperrklausel, die entsprechende Partei erhält anteilmäßig so viele Mandate, wie sie Zweitstimmen auf den Landeslisten erhalten hat.)

IV.

Der Wahlkampf zum gesamtdeutschen Parlament erfordert von der PDS, die Interessen der Werktätigen beider deutscher Staaten zu berücksichtigen. Zum einen ist die PDS bestrebt, konsequenter Interessenvertreter all der DDR-Bürger zu sein, die mit aufrechtem Gang in die deutsche Einheit gehen wollen oder die Benachteiligten des übereilten Zusammennagelns der beiden deutschen Staaten sind. Zum anderen wendet sie sich entschieden dagegen, die Interessen der Werktätigen der beiden deutschen Staaten gegeneinander auszuspielen, und wird sich bemühen, das linkskritische und sozialistische Wählerpotential der BRD zu gewinnen. Beide Orientierungen dieser Wahlstrategie müssen sich nicht widersprechen, sondern können einander bedingen, wenn der Wahlkampf (schon bei den Landtagswahlen) immer mit dem Blick auf die Neuformierung der Linken in Gesamtdeutschland geführt wird. Diese Neuformierung erfordert vor allem, für folgende Forderungen gemeinsam einzutreten:

- Ringen um neue gesellschaftliche Prioritäten, die nicht am Maß des kapitalistischen Profits, sondern an der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, an der Einheit von Mensch und Natur, der ganzheitlichen Betrachtung und Behandlung der Welt und der Bewahrung des Friedens orientiert sind.

- Interessenvertretung aller Werktätigen durch ihre Selbstorganisation und Organisierung des sozialen Widerstandes in den Gewerkschaften, Betriebsräten, den Ökologie-, Mieter-, Arbeitslosen- und Frauenbewegungen sowie anderen Organisationen.

- Kritische Kontrolle darüber, daß und wie das neue, größere und stärkere Deutschland eine besondere Verantwortung für die globalen Menschheitsfragen übernimmt. Das gilt vor allem für eine Europäisierung und Entmilitarisierung Deutschlands als Voraussetzung für die Schaffung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen und die Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag. Einem neuen Nationalismus und Rassismus sind Solidarität und internationale Verantwortung entgegenzusetzen.

Beschluß des Parteivorstandes zu gesamtdeutschen Wahlen

Auf seiner außerordentlichen Tagung am 9. August 1990 hat der Parteivorstand der PDS nachfolgenden Beschluß gefaßt:

1. Der Parteivorstand der PDS stimmt einer Listenverbindung der PDS mit der Linken Liste/PDS in der BRD für den Fall gesamtdeutscher Wahlen zu.

2. Die PDS ruft alle MitgliederInnen, SympathisantInnen, die WählerInnen der PDS auf, diese Listenverbindung in der Deutschen Demokratischen Republik, in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin aktiv zu unterstützen.

3. Der Parteivorstand erklärt seine Bereitschaft, mit allen Parteien, Bewegungen und Kräften, die den Wahlrechtskonsens von Christ-, Liberal- und Sozialdemokraten und die rein nationale Art und Weise der Vereinigung nicht mittragen, zusammenzuarbeiten.

Er fordert von den Regierungen beider deutschen Staaten, ein Wahlrecht zu vereinbaren, das nicht grundgesetzwidrig ist, sondern Chancengleichheit für alle gewährt.

34. Offener Brief des KB an die Volkskammerfraktion der PDS Betr.: RAF/STASI/DDR

Offener Brief des KB an die Volkskammerfraktion der PDS Dokumentation:

Rubrik: RAF; KB und AK; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:34

Liebe Mitglieder der PDS-Volkskammerfraktion,

"Ungeheuerlich - RAF-Terroristen in DDR" schreibt Ihr in Eurer Erklärung zu der Tatsache, daß ehemalige RAF-Angehörige in den letzten Jahren in der DDR gelebt haben.

Ungeheuerlich finden wir es, wie jetzt (wieder) eine Menschenjagd ausgelöst worden ist nach den vermeintlich "gefährlichsten Top-Terroristen Europas", die in der DDR-Gesellschaft ein normales bürgerliches Leben führten wie der allergrößte Teil der DDR-Bevölkerung auch. Ungeheuerlich finden wir auch, was diese Menschen als Gefangene in BRD-Gefängnissen erwartet, welchen Vorwürfen, Verleumdungen, welcher Hetze sie ausgesetzt sind. Ungeheuerlich finden wir ebenso die Konstruktion einer "teuflischen Verbindung zwischen Stasi und RAF", die jetzt schon bei Belieben bis auf die PDS ausgedehnt wird.

Wir haben daher kein Verständnis für Eure Stellungnahme, mit der Ihr in den Chor der vereinheitlichten Staats- und Medienmeinung der Aburteilung einstimmt, ohne Prüfung der Tatsachen und der Vorwürfe. Im Stil entspricht Eure Erklärung ganz der alten SED-Manier der allwissenden Selbstgerechtigkeit, mit der über wahr und falsch entschieden wurde. Dabei müssen wir heute - entgegen unseren früheren Vorurteilen - feststellen, daß zumindest die Praxis der alten SED nicht ihren öffentlichen Äußerungen entsprach, sondern daß die DDR diesen Menschen ein Asyl angeboten hat, das ein menschenwürdiges Leben als Mitglied der Gesellschaft ermöglichte. Im Ergebnis ist das einer der sympathischsten Züge der alten DDR, auch wenn wir wissen, daß die Gründe für dieses Handeln vielfältig waren.

Umso bedauerlicher ist es, wenn Ihr Euch nun die "öffentliche Meinung" der BRD in Eurer Erklärung zueigen macht, als ob es in dem Vorläufer Eurer Partei - der SED - nicht auch einige Erkenntnisse über die BRD gegeben hätte, die keinesfalls auf den Müllhaufen der Geschichte gehören. Dazu gehört z.B. die Skepsis gegenüber der Rechtstaatlichkeit und der Einhaltung demokratischer Grundrechte in der Bundesrepublik. Und wenn in der BRD Terroristenjagd angesagt ist, ist diese Skepsis allemal angebracht.

Habt Ihr eine Vorstellung davon, was in der Bundesrepublik "gerechte Verurteilung und Bestrafung", wie Ihr sie fordert, bedeutet? Habt Ihr die Vorwürfe geprüft, die auch Euch zu der Titulierung "Terroristen" geführt haben? Seid Ihr in Euren Recherchen nicht auch darauf gestoßen, daß die Festgenommenen zum Teil jahrelang für Taten gesucht wurden, die sie wegen ihres Lebens in der DDR gar nicht begangen haben können? Der Haftbefehl für Eckehard von Seckendorff-Gudent z.B. beruht auf der angeblichen Beteiligung an einer Schießerei in Würzburg im Jahr 1984, für die er ein eindeutiges Alibi mit seiner Beschäftigung als Arzt vorweisen kann. Im Rechtssystem der BRD gibt es Konstruktionen wie den Paragraphen 129a - Mitgliedschaft, bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung -, die es erlauben, Menschen bis zu fünf Jahre einzuknasten, ohne daß sie auch nur jemandem ein Haar gekrümmt hätten. Die Haftbedingungen für politische Gefangene in der BRD sind derart, daß sie international z.B. durch die Menschenrechtskommission der UNO kritisiert werden. Überlange Dauer von Untersuchungshaft, Kontaktsperre, Psychiatrisierung, Nichtfreilassung haftunfähiger Gefangener, Isolation und überdurchschnittliche Haftdauer (in der Regel werden Häftlinge nach Ableisten von zweidrittel der Haftstrafe entlassen, nicht so politische Gefangene) gelten international als Menschenrechtsverletzungen. Einige politische Gefangene sind unter dubiosen und qualvollen Bedingungen in der Haft gestorben; die sogenannten Selbstmorde von Stammheim wurden nie aufgeklärt. Darüber hinaus verlangt der Sicherheits-und Justizapparat der BRD von den erjagten StaatsgegnerInnen, daß sie von ihrer Vergangenheit abschwören (ähnlich wie es derzeit von den DDR-BürgerInnen, insbesondere aber von der PDS verlangt wird), daß sie ein Bekenntnis ihrer Reue und Umkehr ableisten und daß sie ihre FreundInnen und GenossInnen verraten. Einzig die völlige Unterwerfung - d.h. das Abschwören nicht nur vom Handeln, sondern auch vom Denken, von der politischen Identität - gibt den Angeklagten und Gefangenen die Chance, einen annähernd rechtsstaatlichen Prozeß, eine annähernd menschenwürdige Behandlung in der Haft zu erlangen. Unter solchen Bedingungen entsprach das Asyl in der DDR nicht nur dem "Empfinden von Moral und Rechtsstaatlichkeit", sondern war auch ein Gebot der Menschlichkeit.

Die hier beschriebene Realität ist Bestandteil des Rechtssystems, das nun auch der DDR übergestülpt wird. Wir sind verwundert, daß Ihr dazu schweigt; wir können nicht glauben, daß Ihr das unter "gerechter Verurteilung" versteht. Selbst nach den Kriterien der BRD-Lehrbücher über die Aufgaben des Strafvollzugs, die nicht Rache oder Sühne, sondern Resozialisierung und Schutz der Allgemeinheit fordern, ist die Auslieferung an die BRD-Sicherheitsorgane absurd. Wie anders als Resozialisierung - Wiedereingliederung in die Gesellschaft - sind die Existenzen der ehemaligen RAF-Mitglieder in der DDR zu charakterisieren?

Die RAF ist gescheitert, so wie viele Versuche der Linken in der BRD gescheitert sind, emanzipatorische Veränderungen in Staat und Gesellschaft herbeizuführen. Die RAF war in der BRD-Linken immer umstritten. Aber es wird kaum jemand in der ganzen Breite der Linken zu finden sein, der/die nicht für die anfänglichen Beweggründe ein gewisses Maß an Verständnis aufgebracht hätte, das z.B. auch über die Achtung vor der Integrität einer Persönlichkeit wie Ulrike Meinhof vermittelt war und darüber hinausging. Auch aus unserer heutigen Debatte um eine linke Strategie sind die Erfahrungen des bewaffneten Kampfes in der BRD und seine Folgen, so wie alle anderen Auseinandersetzungen mit einem modernen imperialistischen Staat wie der BRD, nicht auszuschließen. Dazu gehört ebenso die offene und deutliche Kritik an der RAF wie der Schutz der Gefangenen (und der Entkommenen) vor dem Zugriff der Sicherheitsorgane, die natürlich an einer solchen Debatte gar kein Interesse haben, sondern mit äußerstem Distanzierungsdruck einerseits und massiver Repression andrerseits die Spaltung der Linken betreiben.

Ihr fordert in Eurer Erklärung die Regierung der DDR auf, "die Hintergründe und Umstände dieses ungeheuerlichen Tuns aufzudecken und die daran Beteiligten zur Verantwortung zu ziehen". Ahnt Ihr nicht, daß Ihr selbst damit gemeint seid? Die Geschichte der Terroristenhatz ist die Geschichte der erbarmungslosen Verfolgung von KritikerInnen "des besten Staates, den wir je hatten auf deutschem Boden". Die derzeitige Regierung der DDR mit ihrem Innenminister an vorderster Front verdient sich gegenwärtig die Eintrittskarten, um auch im zukünftigen Großdeutschland ganz vorne stehen zu dürfen. Euch wird das kaum gelingen. Mit keiner noch so monströsen Distanzierungserklärung werdet Ihr Euch vor den Herrschenden der BRD reinwaschen können.

Der Sinn der gezielten und planmäßigen "Fahndungserfolge" zielt auch auf Euch als Nachfolgeorganisation der alten Regierungspartei und gibt einen Vorgeschmack darauf, welcher Wind der Partei, der die Rolle der stärksten Oppositionskraft gegen den Anschluß an den BRD- Staat zufällt, entgegenwehen wird. Eure Stärke als Oppositionskraft wird unter anderem davon abhängen, wie Ihr mit solchen Angriffen umgeht und wie Ihr die solidarisch kritische Auseinandersetzung mit anderen Linken führt.

In diesem Sinne wünschen wir uns, daß sich die PDS - insbesondere auch über die "Tribüne" Volkskammer - gegen die Auslieferung der Festgenommenen Monika Helbing, Inge Viett, Susanne Albrecht, Werner Lotze, Eckehard von Seckendorff-Gudent, Henning Beer, Silke Meier-Witt und Sigrid Sternebeck und für ihre Freilassung einsetzt. Wünschenswert wäre auch die Forderung an die DDR-Regierung, wenigstens ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit walten zu lassen, und die Festgenommenen nicht mit fadenscheinigen Haftbefehlen festzuhalten oder ohne rechtliche Grundlage auszuliefern, bzw. ihrer Staatsangehörigkeit zu entledigen.

Gerne würden wir gemeinsam auch mit der PDS über die Möglichkeit einer Kampagne für die Amnestierung politischer Gefangener nachdenken. Schließlich verfügt Ihr als Nachfolgerin der alten DDR-Regierungspartei in der Amnestierung von Gefangenen über Erfahrungen, die in der BRD bislang nicht möglich waren.

Gegen die Angriffe des Staatsschutzes und gegen die Medienhetze könnt Ihr unserer Solidarität versichert sein, ebenso unserer Bereitschaft zur Diskussion darüber, wie diese Angriffe zurückzuweisen sind, denn sie treffen nicht nur Euch, sondern zielen auf die gesamte Linke.

In diesem Sinne bitten wir Euch um eine Stellungnahme.

Mit solidarischen Grüßen

Kommunistischer Bund (KB), im Juli 1990

35. Unvereinbarkeitsbeschluß in der PDS?

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/69.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:69

Von der Radikalen Linken in der PDS (im folgenden RL/PDS) ist uns zur Zeit nur deren Plattform bekannt. Über die Verfasser und den Grad ihrer Verankerungen in der PDS hoffen wir im nächsten AK berichten zu können. Das vorgelegte Grundlagenpapier ist nicht nur lesenswert, weil es die aktuelle PDS-Politik in zentralen Punkten (Wiedervereinigung, Kapitalismusanalyse) von links kritisiert. Von Bedeutung ist es insbesondere als ein Präzedenzfall für den innerparteilichen Pluralismus der PDS. Die RL/PDS-Erklärung hat in den Spitzengremien der PDS einigen Wirbel ausgelöst. Deren Reaktionen hat inzwischen die Kommunistische Plattform in der PDS zu einer uneingeschränkten Solidaritätserklärung mit den Autoren der RL/PDS-Plattform veranlaßt, auch wenn sie deren Positionen in mehreren Punkten ablehnt. Es ist zu erwarten, daß der Umgang des Parteipräsidiums mit der RL/PDS auch auf dem Erneuerungskongreß der Partei am 8./9. September zur Sprache kommen wird. Die Kontroverse hatte den folgenden Verlauf genommen:

Die Auseinandersetzung begann mit einem Beschluß des Präsidiums der PDS vom 30.7.90, in dem festgestellt wird, daß das Grundlagenpapier der RL/PDS gegen Programm und Statut der PDS verstoße. Demnach müsse der Gruppe das Recht abgesprochen werden, sich AG "in der PDS" zu nennen. Sollten sich PDS-Mitglieder in der RL/PDS befinden, sollte die Schiedskommission eingeschaltet und Gespräche mit den Betreffenden geführt werden. - Auf die Ankündigung einer Distanzierungserklärung im "Neuen Deutschland" (ND) reagierte die RL/PDS mit einer Presseerklärung vom 2.8.90. Das Grundlagenpapier wurde damit öffentlich gemacht, da die Parteiöffentlichkeit mit einer Distanzierung von einem Papier konfrontiert werde, "dessen Veröffentlichung von der Partei und dem ‚Neuen Deutschland` bisher systematisch verhindert wurde."

- Eine Stellungnahme der PDS-Initiative-Westberlin folgte am 3.8. Das Grundlagenpapier sei trotz Einwänden dagegen und gegen die Politik der Radikalen Linken in der BRD "mit großem Interesse zur Kenntnis genommen" worden. Es seien dort Fragen (geringe Profilierung der PDS gegenüber Grünen und sozialdemokratischen Positionen, antipatriarchale Politik) angesprochen, die auch die Diskussion im Westen bewegten und man habe weder von Form noch Inhalt Grund zur Ausgrenzung dieser Plattform.

"Parteidisziplinarische Schritte" gegen die AG "statt inhaltlicher Auseinandersetzung" würde man "als Rückfall in stalinistische Verhältnisse begreifen." Abschließend wurde die PDS aufgefordert, die Plattform der RL/PDS im ND zu veröffentlichen und zur kritischen Debatte zu stellen.

- Die Kommunistische Plattform in der PDS erhob am 7.8. in einem Offenen Brief gegen das Parteipräsidium den Vorwurf, seine Stellungnahme verletze das Statut der Partei und sei ein Versuch, "die politische und weltanschauliche Breite der Partei nach links zu begrenzen". Für eine Statutswidrigkeit des RL-Papieres wiederum sieht die Kommunistische Plattform ihrerseits keine Grundlage, da offiziell festgestellt sei, daß das Parteiprogramm überholt sei. "Oder sollte etwa die massive Kritik an den Positionen des Genossen Andre Brie das Statutswidrige sein?" Die Bildung "selbsternannter" Arbeitsgemeinschaften dürfe nicht von oben in Frage gestellt werden, da sie im Parteistatut als Recht der Mitgliedschaft und nicht der höchsten Parteiorgane festgehalten sei. Da auch die Kommunistische Plattform "selbsternannt" sei und mit dem Programm der PDS bei weitem nicht in allen Punkten übereinstimme, sehe sie sich mit dieser Erklärung des Parteipräsidiums indirekt mit angegriffen und erklärten sich "solidarisch mit den Genossen der AG Radikale Linke".

- Das Vorgehen des Parteipräsidiums wird offenbar auch von Gregor Gysi unterstützt. Auf einer erweiterten Vorstandssitzung der PDS, auf der auch westdeutsche Gründungsmitglieder der Linken Liste anwesend waren, hatte er die Forderung der kommunistischen Plattform, sich der RL-Diskussion in öffentlicher Diskussion zu stellen, abgelehnt, da nicht derartige Fragen den Wahlkampf bzw. den PDS-Erneuerungskongress bestimmen sollten. Zurückgewiesen wurde auch die Forderung der Kommunistischen Plattform, die RL/PDS-Entscheidung des Präsidiums durch die innerparteiliche Schiedskommission überprüfen zu lassen. In diesem Punkt sei eine sofortige Entscheidung des Parteivorstands erforderlich, da sonst dem Präsidium jede Möglichkeit geraubt werde, künftig überhaupt noch eine Stellungnahme abzugeben.

Soweit die uns zugänglichen Informationen von einer Kontroverse, die noch anhält. Aktuell kann man das Vorgehen des Parteivorstandes möglicherweise als Testballon, als Präzedenzfall einer Ausgrenzung nach

links interpretieren, die nach der RL/PDS weitere kritische Kräfte treffen könnte. Für die in oder am Projekt PDS/Linke Liste agierende westdeutsche Linke wird die Kontroverse nicht zuletzt deshalb Bedeutung haben, als sie die Bandbreite an Toleranz und die Grenzen für fortschrittliche Politik in einer Partei aufzeigt, die ihre Türen nach rechts bekanntlich weit offenhält.

sab.

36. Doku: Grundlagenpapier "Radikale Linke in der PDS" Sozialismus oder Barbarei

Rubrik: Radikale Linke; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:04

Dokumentation

Grundlagenpapier "Radikale Linke in der PDS"

Sozialismus oder Barbarei

1. Unsere Partei bezeichnet sich als Partei des demokratischen Sozialismus. Sie hat aber bisher nicht zu erkennen gegeben, worin sie sich konzeptionell und organisatorisch von einer Partei des (etwas) demokratisch(er)en Kapitalismus (und damit der Sozialdemokratie) unterscheidet.

Stattdessen ist sie leidenschaftlich darum bemüht, nachzuweisen, daß der Kapitalismus nicht mehr er selbst sei. Für das Patriarchat wird dieser Versuch bisher noch nicht gemacht, weil die umfassende gesellschaftliche Herrschaft der Männer über die Frauen von den meinungsbildenden Teilen der Partei noch gar nicht als Grundwiderspruch begriffen worden ist, aus dem herauszustehlen sich lohnt.

2. Es stimmt, daß Kapitalismus und Patriarchat ihr Antlitz stark verändert haben. Der Imperialismus der hochindustrialisierten Gesellschaften ist heute nicht einmal mehr primär auf Rohstoffplünderung und die Sicherung und Erweiterung von Absatzmärkten orientiert. Heute dient er vor allem dazu, soziale, gesellschaftliche und ökologische Krisenerscheinungen und Widersprüche aus den Metropolen in die Länder der drei Kontinente Asien, Afrika, Lateinamerika (Trikont) auszulagern und sich unbezahlte weibliche Arbeit grenzenlos anzueignen (vgl. A. Brie). Damit gelingt in den Metropolen eine Entlastung, die Klassengegensätze, Ausbeutung und Unterdrückung weniger klar greifbar werden läßt, die Werktätigen bewußt differenziert und spaltet und Vereinzelung vorantreibt. Wo die Menschen von den menschheitsbedrohenden Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise und bürgerlich-patriarchalischen Herrschaftsausübung noch etwas spüren, sollen sie dies ausschließlich als persönliches Versagen erleben, das schon den unmittelbar Nächsten als gemeinsames Erleben und damit als politische Kategorie nicht mehr vermittelbar ist.

3. Der Kapitalismus hat sich als stabiler und wandlungsfähiger erwiesen, als zur Zeit der Oktoberrevolution angenommen, insbesondere seit Ende des Zweiten Weltkrieges gelingt ihm durch die Einbindung fast der gesamten inneren Kritik und Opposition eine andauernde Modernisierung. Die so (wieder)gewonnene Stärke, die auch (eine) Grundlage seines Sieges in der Systemauseinandersetzung ist, hat seine zerstörerischen Auswirkungen noch vervielfacht.

Daß daraus die Notwendigkeit folgt, die Bedingungen und Möglichkeiten unseres Kampfes gegen den Kapitalismus neu zu bestimmen, ist banal. Zur Altlast unserer Partei gehört ja gerade auch der Umgang der Partei mit den eigenen "Klassikerinnen", also deren Aussagen in Teilbereichen ihrer Analyse kapitalistischer Produktionsweise und des gesellschaftlichen Überbaus noch zu folgen, die von ihnen formulierten Grundlagen und Voraussetzungen ihrer spezifischen dialektischen Weltsicht und eigenen Standortbestimmung aber nicht mehr wahrzunehmen. Weil wir letzteres bis heute nicht tun, erfahren wir nun auch (in den Thesen zur Erneuerungskonferenz), daß die KlassikerInnen uns angeblich gedanklich einengen.

4. Daß aus der Modernisierung des Kapitalismus auch die Notwendigkeit folgt, die Bedingungen und Möglichkeiten unseres Kampfes aus der Analyse des unmittelbaren Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Patriarchat neu zu bestimmen, ist in der PDS leider noch lange keine Banalität. Nachdem wir den Marxismus in den Rang völliger Beliebigkeit befördert haben, sollen wir nach Gemeinsamkeiten von marxistischer und feministischer Bewegung suchen, so die Thesen zur Erneuerung. Das macht offenbar, daß gegenwärtig die Konsensfindung in der PDS weder vom "modernen" Kapitalismus noch vom Patriarchat Nennenswertes begriffen hat.

5. Vom Gesagten ausgehend, wäre zunächst "nur" Unkenntnis zu unterstellen. Daß aber die "moderne" kapitalistische Gesellschaft keine kapitalistische, sondern nur eine "kapitaldominierte" (A. Brie), und demnach auch keine patriarchale, sondern nur eine "patriarchalisch dominierte" (Thesen zur Erneuerung) sein soll,

offenbart, daß es um etwas ganz anderes geht. Es geht um eine bewußt betriebene "Selbsttäuschung", die verdecken soll, daß sozialistische Politik, die nur in grundsätzlicher Gegnerschaft zum bevorstehenden Großdeutschland stehen kann, von der PDS also zur Zeit nicht betrieben wird. Teilen der Parteibasis ist dabei zuzugestehen, daß sie einfach noch nicht begreifen können, daß die PDS als Nachfolgerin der ehemals "allmächtigen Staatspartei" in der parlamentarischen Demokratie absolut gar nichts mehr zu bestimmen hat. Die Schuld hieran trägt das Bildungs- und Schulungsverständnis der SED, und jene vermehren diese Schuld, die den Menschen in den Basisorganisationen auch heute noch ein Recht auf gedankliche Fremdbestimmung durch die Leitungsorgane der Partei zusprechen.

6. Diejenigen Menschen aber in der PDS, die in den Vorständen, im Apparat und in den Volksvertretungen arbeiten, erleben tagtäglich, welche Rolle das System der bürgerlichen Gesellschaft sozialistischer und kommunistischer Politik einräumt. Ihnen geht es eindeutig um die Sicherung ihrer Positionen und tradierten Politikformen um fast jeden Preis, weshalb sie sich immerhin noch um eine theoretisch begründete Selbsttäuschung bemühen.

7. Um sich diese Möglichkeiten nicht nehmen zu lassen, wird der Prozeß der Erneuerung unserer Partei von der Spitze her bewußt gesteuert, besser: behindert und hintertrieben. Die Vorbereitung der Erneuerungskonferenz ist dafür das beste Beispiel. Es wäre wirklich lohnenswert, einmal zu erheben, wieviele von den unzähligen Menschen und Gruppierungen, die an der Erarbeitung der jetzt vorgelegten Thesen beteiligt waren, darin von ihrer Arbeit irgend etwas wiederfinden - nicht einmal von ihren Positionen, sondern einfach von den Fragestellungen, die sie für wichtig gehalten haben. Und ebenso interessant wird es werden zu sehen, wieviele Menschen und Gruppierungen von dem auf der Konferenz wiederfinden werden, was sie in den nächsten Monaten leidenschaftlich und mit viel Arbeit diskutieren, schreiben und erarbeiten werden. Während die für den Anschein innerparteilichen Pluralismus so unverzichtbaren Plattformen, Interessens- und Arbeitsgemeinschaften kaltgestellt werden, wird gleichzeitig ganz bewußt darauf verzichtet, in den traditionellen Basisorganisationen neue Formen der Arbeit, Bildung und Mobilisierung zu diskutieren und zu erproben. Damit beuten die Vorstände bewußt die Bereitschaft weiter Teile der Basis aus, nun ebenso unhinterfragt das genaue Gegenteil von dem einfach zu glauben, was die SED ihnen die letzten 40 Jahre eintrichterte. Anstatt diese aufzuarbeiten, machen sich die Leitungsebenen die verheerenden Fehler der alten Schulungsarbeit zur Durchsetzung ihrer Interessen erneut nutzbar.

8. Die listige Differenzierung und Herausarbeitung einer von der Ökonomie unabhängigen und aus lauter (plötzlich vom Himmel gefallenen) Humanismus entstandenen bürgerlichen Demokratie zeigt den Bezugspunkt, der gegenwärtig zumindest von den Vorständen und Volksvertreterinnen gewollt wird, deutlich auf. Die Frage, was in westlichen Systemen neben Kapitalismus und Patriarchat an politischen Freiräumen und Handlungsperspektiven besteht, wäre ja ganz einfach zu beantworten. Sie führt auf Geschichte und Gegenwart eines breit und vielfältig gefächerten Widerstands in den westlichen Ländern gegen Kapitalismus und Patriarchat. Doch über die Menschen und Gruppen, die diesen Widerstand getragen und gestaltet haben, und weiter tragen und entwickeln, ihre Perspektiven und Erfahrungen geht die PDS mit unglaublicher Ignoranz und Arroganz einfach hinweg. Damit beantwortet die PDS die Frage ihrer Bündnisfähigkeit programmatisch, ehe sie sie praktisch überhaupt gestellt hat.

9. Demnach handelt es sich bei dem Begriff "mitgestalten" auch nicht um eine ungeschickte oder mißverständliche Formulierung, sondern sie ist zutiefst wahrhaftig. Kapitalismus- und Patriarchatsanalyse wie auch die Bündnisfrage können nur darauf führen zu überlegen, wie die realen Lebensbedingungen der Werktätigen in den Metropolen und im Trikont mitbeeinflußt werden können, wo die PDS ihren Beitrag zur Entwicklung gesellschaftlichen Drucks und einer Gegenmacht leisten kann, um Politik gegen Kapitalismus und Patriarchat zu gestalten. Die Mitgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft und des imperialistischen Großdeutschlands aber setzt tatsächlich voraus, die Grundwidersprüche der Gesellschaft zu zerreden und auszublenden und als perspektivischen Bezugspunkt die Hoffnung bzw. die Behauptung zu setzen, Kapitalismus und Patriarchat hätten aus sich selbst heraus ein Interesse, sich in Wohlgefallen aufzulösen.

10. Wenn dieses Vorhaben tatsächlich Ausdruck der Konsensfindung innerhalb der ganzen Partei ist, sind die Thesen zur Erneuerungskonferenz und das Grundsatzreferat des Genossen Andre Brie folgerichtig und zur umfunktionierenden Stabilisierung der Partei nach sozialdemokratischem Muster geeignet. Mit Erneuerung hat das allerdings nichts mehr zu tun. Denn die Sozialdemokratisierung und Integration einer ehemals

sozialistischen Partei ist nichts Neuartiges, sondern geschichtlicher Normalfall. Darauf hat sogar der Genosse Brie in seinem Referat ausführlich hingewiesen.

11. Als Radikale Linke in der PDS müssen wir uns dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegenstellen. Dafür scheint uns die Grundvoraussetzung zu sein, daß es in der Partei zu einer offenen Auseinandersetzung und Polarisierung kommt, und ein Umgang mit den traditionellen Basisorganisationen entwickelt und vorangetrieben wird, der eine innerparteiliche Positionsbestimmung und Meinungsfindung überhaupt erst ermöglicht, damit unmittelbar verknüpft ist die intensive Auseinandersetzung mit den linken Kräften in der BRD und Westberlin. Ein entscheidender Versuch zur Neuformierung linker Kräfte im Angesicht der Wiederbelebung Großdeutschlands ist die Radikale Linke, ein loses Forum verschiedener Spektren - linken GewerkschafterInnen, Autonomen, (ehemaligen) Angehörigen von DKP/SEW und Grünen, (ehemaligen) Gefangenen aus RAF und Widerstand etc.

Ohne mit diesen Kräften und der ganzen Partei eine umfassende und ernsthafte Auseinandersetzung zu führen, wird sich keine Legitimation für den Fortbestand der PDS erarbeiten und vertreten lassen.

12. Es gibt tatsächlich auf dieser Erde viel zu wenig sozialistische Politik, das wird auch in Großdeutschland so sein. Ob ausgerechnet die PDS daraus noch weniger - oder mehr macht, ist die Entscheidungsfrage, an der wir jetzt stehen. Als Radikale Linke in der PDS sind wir es der Radikalen Linken außerhalb der PDS - und uns selbst - schuldig, Antworten auf diese Fragen zu fordern und voranzutreiben. Auch wenn das erheblich mehr Arbeit ist, als sich von der Macht und Versuchung bürgerlicher Integration treiben zu lassen.

Kontaktadresse:

Radikale Linke in der PDS

Oberwasserstr. 12, 1020 Berlin

37. Keine Zeit zum Träumen - Warum sich radikale Linke an der Linken Liste/PDS beteiligen

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:42

Die Beteiligung an einem Wahlbündnis ist zum heutigen Zeitpunkt nicht zu begründen mit den Erfahrungen der Grünen, nicht mit der Geschichte der Linken in den letzten Jahren, nicht aus der Stärke der Linken oder etwa der außerparlamentarischen Bewegungen, nicht mit neuen theoretischen Erkenntnissen, nicht aus der Situation der BRD und auch nicht mit Zukunftsaussichten auf ein neues sozialistisches Projekt oder auch nur Chancen auf ein gutes Abschneiden von Linken bei Parlamentswahlen.

Die Begründung für ein Wahlbündnis ergibt sich aus der ganz konkreten historischen Situation des entstehenden Großdeutschlands.

Mag mensch es Einverleibung, Annexion, Anschluß oder Unterwerfung nennen, die Konturen des Vereinigungsprozesses sind allemal die:

Die DDR wird der BRD auf den Leib geschneidert von den politischen Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen über die Produktionsweisen, den Justizapparat, die Medien, die gesellschaftliche Verfaßtheit bis in all die Bereiche des menschlichen Zusammenlebens, die der Kapitalismus so unnachahmlich prägt wie Kunst und Kultur, Konsum und Kommunikation, Sexualität und Liebe.

Kapitalismus bedeutet ja eben mehr als nur etwas Markt, und das Prinzip des Marktes bedeutet wiederum etwas anderes als die Steuerung der Produktion nach sich urwüchsig ergebenden gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern bedeutet z. B Konkurrenz am Arbeitsplatz, in der Schule und im Zusammenleben, den Druck auf die Individuen, sich bestmöglich verkaufen zu müssen; bedeutet Existenzangst den Arbeitsplatz, die Wohnung, die Sozialhilfe zu verlieren, bedeutet Streß, Arbeitshetze und Ausplünderung der Lebenskraft.

Mit all dem werden die Menschen in der DDR neu konfrontiert, und daß sie das ein Stück weit gewollt haben, macht es nicht leichter für sie. Das persönliche Glück und ein erfülltes Leben, von dem die Werbung verspricht, daß es im Konsum zu finden ist, das ist auch mit der DM versprochen worden und von den WählerInnen am 18. März 90 und am 6. Mai 90 so gewünscht worden. Der Umbruch bewirkt die Entwurzelung jedes/r Einzelnen aus den gewohnten Lebensverhältnissen der alten Geborgenheit einer verhältnismäßig homogenen Gesellschaft in eine neue plurale Gesellschaft nach dem BRD-Muster, die nicht nur die oben aufgeführten Merkmale aufweist, sondern auch ungleich komplizierter strukturiert ist, deren Wesen es gerade ist, den Menschen unbegrenzte Entfaltungsmöglichkeiten vorzugaukeln, die in der Lage ist, unterschiedliche Kulturen zu integrieren (natürlich nur bis zu einem bestimmten Grad, aber ungleich mehr, als es die alte DDR zugelassen hat). Was zur Zeit passiert, führt den Betroffenen im Grunde tagtäglich ihre eigene Ohnmacht vor, mit den neuen Verhältnissen klarzukommen. Sie werden nicht nach ihren Vorstellungen gefragt und gleichzeitig dafür gefeiert, daß sie sich "vom Joch des Sozialismus befreit" haben. Sie werden ihrer Identität beraubt und gleichzeitig wird ihnen gesagt, daß es ihre eigene Entscheidung gewesen ist. Ist das eine Situation guter Bedingungen für linke Politik?

Es ist jedenfalls keine Situation, in der die Gesellschaft polarisiert ist in dem Sinne, daß sich um eine Idee, eine Utopie oder auch nur den politischen Willen, eine bestimmte Aufgabe zu bewältigen, eine Bewegung schart. Es ist auch keine Situation, in der die Linke glaubwürdig ein anderes Konzept bieten oder eine andere Gesellschaft propagieren kann. Es ist eher so, daß jedes politische Bewußtsein eigener Kraft und Identität, soweit es sich oppositionell äußert, restlos zerstört und als altes Denken nach SED-Art diskreditiert wird, während das "neue" Denken des aufgebrachten Kleinbürgers, des Chauvinismus und des Nationalismus sich Raum bricht. Die Gefahr einer gewaltigen Rechtsentwicklung - zumindest auf den Gebiet der DDR - die jegliches emanzipatorische Gedankengut aus dem öffentlichen Leben verbannt, schlummert in dem Bedürfnis nach einer starken Identität, die die bürgerlichen Medien - klassisch in Form der "Bild", aber die anderen stehen da gar nicht nach - frei Haus liefern. Die DDR droht zu dem Teil Deutschlands zu werden, in dem es noch spießiger, prüder, engstirniger und fremdenfeindlicher zugeht, in dem Linke noch viel mehr unter Beschuß stehen und in dem mit den sozialistischen Ideen endgültig aufgeräumt wird, als es in der BRD schon der Fall ist. Die Attraktivität rechtsextremer Gruppierungen und die entsprechend massive Präsenz von Skins in der Öffentlichkeit ist nur ein Beispiel.

DDR-Opposition: An die Wand gedrückt

Die Situation der DDR-Opposition ist prekär. Die Bürgerbewegungen - dereinst Hoffnungsträger für eine Demokratisierung der Gesellschaft - wurden schon mit dem Wahlergebnis vom 18. März in die politische Bedeutungslosigkeit verwiesen. Sie hätten für eine erneuerte DDR-Identität, für gesellschaftliche Emanzipation stehen können, während die PDS noch in Regierungsverantwortung und gleichzeitig in ihrer größten Existenzkrise steckte. Daß die Bürgerbewegungen, bzw. ihre parlamentarischen Vertretungen nicht mehr wurden, als das demokratische Feigenblatt in der neu gewählten Volkskammer, war schon Ergebnis der Dominanz des von der BRD-Regierung verfolgten Annexionsvorganges, der keine Luft zum Atmen, keinen Raum für Formulierung eigener Interessen und überhaupt keinen anderen Weg, als den eingeschlagenen zuließ. Damit war den Bürgerbewegungen sehr schnell der Boden entzogen, auf dem ihre Experimente demokratischer Beteiligung wie z.B. die Runden Tische wuchsen; entsprechend verfügen sie heute über keine politische Strategie mehr, sondern verharren in der Stagnation zwischen Distanzierung von der PDS einerseits und der Kritik an der herrschenden Politik andrerseits, die sie immer wieder an die Seite der PDS treibt.

Bis heute ist auch noch nicht so etwas wie eine außerparlamentarische Bewegung entstanden. Bisherige Proteste wie die der Bauern und Bäuerinnen, der StudentInnen und der MüllarbeiterInnen stehen relativ isoliert. In den Betrieben bewirken die westlichen Gewerkschaften Einzelabschlüsse, die jeweils das Schlimmste dämpfen; mangels Alternative und mit dem gesellschaftlichen Konsens, daß die DDR-Wirtschaft nun einmal zu 90% Schrott war und ist, kann sich kaum ein kämpferisches Bewußtsein entwickeln , das selbstbewußt Forderungen stellt. Die Individualisierung, daß ein jedeR mit der neuen Situation selber fertig werden muß, scheint zu klappen. Bislang gab es einen Versuch seit der Währungsunion am 1. Juli, gemeinsam mit Bürgerbewegungen und PDS, dem gesamten Spektrum der Opposition, öffentlich zu protestieren, als staatsstreichartig der vorgezogene Wahltermin präsentiert wurde. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Linken sein, jeden Protest und Widerspruch gegen den Anschlußkurs zu unterstützen; dies unter anderem hat das vom Frauenbündnis vorgeschlagene Demoprojekt im Herbst zum Anliegen.

PDS auf dem Weg in die Opposition

Die PDS hat sich eine Aufgabe aufgebürdet, an der sie möglicherweise zerbrechen wird und dennoch hat sie keine andere Wahl. In kürzester Zeit mußte sie von einer Staatspartei zur Oppositionspartei - und zwar zur absolut diskreditiertesten Oppositionspartei werden, sie mußte einen Diskussionsprozeß in der eigenen Partei anzetteln über ihre Vergangenheit, sie muß mit der internationalen Linken diese Diskussion führen, sie muß die Demokratisierung in der Partei vorantreiben und sie muß ein Konzept sozialistischer Politik entwickeln. Die vielleicht schwerste Bürde aber ist die Verantwortung, in der die Partei gegenüber ihrer Mitgliedschaft und Wählerschaft steht, die ihr einen gesellschaftlichen Einfluß zuschreibt in einer Situation, wie sie oben als Entpolitisierung und Rechtsentwicklung gekennzeichnet wurde. Und da sollte etwas anderes als Sozialdemokratisierung bei rauskommen?

Möglich.

Die PDS hat null Erfahrung mit Arbeitskämpfen, statt dessen setzt sie auf die Kräfte des Marktes. Die PDS hat keine Vorstellungen von der integrierenden Kraft der bürgerlichen Gesellschaft und versucht sich in der Gesellschaft Liebkind zu machen. Die PDS weiß nichts von den Mühlen des Parlamentarismus, der alle Ansätze von Basisdemokratie knebelt. Und vor allem kennt sich die PDS nicht aus mit den Polit-Kriterien der BRD-Linken, an denen sie als Partei heute gemessen wird, z.B. die Gewaltfrage, die Ablehnung der Atomanlagen und der NATO, das Verhältnis zu den politischen Gefangenen, der Feminismus, die Gegnerschaft zu Vaterland und Sozialdemokratie und was da mehr in der Geschichte der Linken herausgearbeitet wurde und heute zu den identitätsstiftenden Essentials gehört. Mensch kann das der PDS vorwerfen, z.B. daß sie über die wissenschaftlichen Kapazitäten und Erkenntnisse verfügte, sich das Wissen über das Wirken der kapitalistischen Produktionsweise, die parlamentarische Demokratie und das Wesen des bürgerlichen Staates anzueignen. (Obwohl auch mal reflektiert werden könnte, daß niemand aus der BRD-Linken angefangen hat, oppositionelle Politik zu machen mit Bücherwissen, sondern aus der konkreten Erfahrung mit der Unzulänglichkeit des herrschenden Systems, das mit Hilfe des angeeigneten Wissens als so und nicht anders analysiert wurde.) All diese Unzulänglichkeiten ändern nichts an der objektiven Rolle der PDS in der aktuellen Situation und es wird hier ein Ansatz verfochten, der von dieser Rolle ausgehend sowohl die guten Absichten als auch die Unzulänglichkeiten berücksichtigend, eigene Aufgaben formuliert.

Die PDS stellt sich derzeit als die Oppositionspartei dar und wird auch allgemein so verstanden. Sie steht sowohl für den gescheiterten Realsozialismus als auch für die emanzipative Kraft der sozialistischen Ideen, denen sie sich als einzige Partei verpflichtet fühlt. Das unterscheidet sie etwa von den Grünen, die sich selbst gar nicht als Bestandteil der Linken oder auch der linken Geschichte verstehen, die im Gegenteil für viele Linke das Umkleidezimmer zur bürgerlichen Existenz wurden. Die Geschichte des realen Sozialismus von der Oktoberrevolution bis heute ist für die Grünen nur insofern ein Bezugspunkt, als für sie der Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus gescheitert ist und auf den Müllhaufen der Geschichte gehört. Diejenigen, die heute den Begriff Sozialismus noch im Munde führen, kommen nicht umhin - so sehr sie auch KritikerInnen des real existierenden waren - , das Scheitern dieses Experiments zu analysieren und sich in ihrer Theorie und Praxis auf diese Geschichte zu beziehen. Die PDS macht das z.T. ganz pragmatisch, indem sie aus dem Scheitern der "Kommandowirtschaft" auf die Notwendigkeit von mehr Markt schließt oder aus der umweltzerstörerischen DDR-Technik auf die Überlegenheit des Kapitalismus. Dergleichen Fehlströmungen sind bei der BRD-Linken natürlich schnell entlarvt - allerdings ohne daß wir hier Antworten parat hätten, aber hier ist die Linke auch schon seit Jahren nicht mehr gefragt worden.

Wir haben also eine Situation, in der Menschen in der DDR fragen "Wie soll der Sozialismus denn nun besser funktionieren" - was an sich ja eine sympathische Frage ist. Wir könnten darauf antworten "Liebe Leute, diese Frage wird sich auf Jahre nicht mehr stellen" was korrekt ist und wir könnten sagen, daß wir ein ausgefeiltes Wissen über das Funktionieren des Kapitalismus haben. Aber wir können diese Frage derzeit auch nicht beantworten. Es wird allerdings eine theoretische Frage bleiben, die wir mit allen daran Interessierten klären müssen. Die PDS hat vielleicht aus unserer Sicht voreilige Schlüsse gezogen, aber sie ist an einer ernsthaften Diskussion interessiert.

Die PDS steht aber auch für den alten Apparat, für die alte SED, sie hat die alten Mitglieder (bei über 40% RentnerInnen kann sich jedeR selber ausrechnen, wer gegangen, wer geblieben ist). Sie hat an ihrer Spitze eine Crew von ErneuererInnen, die weit links von ihrer Parteibasis stehen. Die PDS steht unter dem Druck, eine ganz neue Politik zu entwickeln und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte droht dabei ins Hintertreffen zu geraten. Programmatisch und ideologisch steht sie dabei mitten in der Diskussion; Ausfälle wie die Präsidiumserklärung gegen die AG Radikale Linke in der PDS einerseits und die recht mutige Entscheidung für das Wahlbündnis mit der Linken Liste/PDS andrerseits sprechen für eine Bandbreite von Meinungen und unterschiedlich gewichtetem Erneuerungswillen. Wem daran gelegen ist, daß die Auseinandersetzung mit der SED-Geschichte nicht per individuellem Austritt oder Abschied aus der Politik, sondern als kollektiver Lernprozeß vonstatten geht, mische sich gerade in diese Debatte ein. An der aktuellen Politik der PDS wird sich auch erweisen, mit welcher Ernsthaftigkeit sie einen neuen Weg einschlägt, der sich auf ihre Geschichte bezieht.

Die PDS ist derzeit den Herrschenden so ein Dorn im Auge, daß sie alles daran setzen, ihr die parlamentarische Repräsentanz zu verunmöglichen - wohlwissend, daß das sowohl für die PDS als auch für die Opposition der DDR eine kaum wieder gut zu machende Niederlage wäre. Das Klassenziel der restlosen Einverleibung der DDR ist natürlich nur geglückt, wenn das Vier-, besser noch Drei-Parteiensystem eingeführt ist, wenn sich außer den Berufsjugendlichen der SPD niemand mehr sozialistisch nennt. Daß dieses Mittel erfolgversprechend ist, zeigt die Situation der BRD-Linken, die in der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit agiert, ohne jeglichen Masseneinfluß und die weitgehend schon aufgegeben hat politisch zu intervenieren, die sich allerdings auch vor niemandem außer vor sich selbst verantworten muß. Bei der Noch-Verankerung der PDS in der Gesellschaft der DDR, bei ihrem Anspruch, ein "Anwalt der Schwachen" zu sein, was einer Selbstverpflichtung auf eine reformerische Politik gleichkommt, bei der gebrochenen Identität der Menschen in der DDR steht die PDS geradezu in der Pflicht, den Menschen so etwas wie ein Rückgrat zu sein. Und eben dies macht einen Teil ihrer Ausstrahlung in die BRD aus.

BRD-Linke im Wahlbündnis mit der PDS

Linke aus der BRD gehen mit der PDS nicht aus der Logik der BRD ein Wahlbündnis ein. Es gibt viele schlechte Erfahrungen mit der SPD und den Grünen, die noch lange nicht produktiv aufgearbeitet sind. In den Gründungsprozeß der Grünen Partei wurde seinerzeit erheblich kritischer gegangen, mensch denke nur an die Debatten um Rotation, Apparat, Gehälter und die Versuche, auch eine andere Kultur in und an den Parlamenten zu praktizieren. Die PDS weiß um ihre Defizite in der Parlamentsarbeit und hat just aus diesem Grund Linke aus der BRD gebeten, ihre Erfahrungen in einem Wahlbündnis zur Verfügung zu stellen. (Die

Grünen haben als Wunschpartner der PDS dieses Anliegen zurückgewiesen.) Unsere Antwort könnte sein, daß wir der PDS den einen oder anderen Tip, die eine oder andere Warnung mit auf den Weg geben, daß wir uns etwa als kritische Begleitung anbieten oder sie womöglich auf ein paar linke Grüne verweisen, die eine neue politische Heimat suchen. Diejenigen, die in der Linken Liste/PDS mitarbeiten, haben sich für mehr entschieden.

Es hat einerseits etwas mit der Vernunft der Solidarität zu tun, daß Linke sich über gute Ratschläge hinaus in einem Wahlbündnis mit der PDS engagieren. Der Ernst der Lage in der DDR und in dem sich formierenden Großdeutschland hat einen Teil der radikalen Linken (aus der BRD) dazu veranlaßt, in der Kraft der Negation die eigene Identität vor dem großdeutschen Roll-Back zu bewahren, wissend um die Gefahren der Integration und Repression in Zeiten, wo mensch als LinkeR mit dem Rücken zur Wand steht. Es erscheint logisch, nicht gerade im größten Sturm vor die Tür zu gehen. Hier. In der DDR stellt sich die Frage nicht so, weil - um im Bild zu bleiben - keine ausreichende Hütte da ist für die etwas zahlreichere Opposition. Es bedarf schon eines größeren Einsatzes, um zu widerstehen. Es kann niemandem gleichgültig sein, ob die DDR als völlig gebrochenes Land angeschlossen wird oder ob noch ein Rest von Widerspruchsgeist mit importiert wird. Damit werden ganz konkret Bedingungen für linke Politik bestimmt, und wenn es so wichtig ist, daß Anschluß nicht gleich Ausschluß jeglicher Opposition bedeutet, dann muß auch einiges dafür investiert werden. Wer bemängelt, daß radikale Linke sich nun dafür hergeben, ersatzweise für SozialdemokratInnen oder Grüne der PDS auf die Sprünge zu helfen, verkennt, daß SozialdemokratInnen und Grüne eben alles daran setzen, der PDS den Garaus zu machen, daß umgekehrt zu den vielleicht harmlosen Absichten der PDS die Herrschenden von ihr offenbar das Schlimmste befürchten - und das scheint heutzutage für die DDR schon eine anständig reformerische Politik zu sein (die nicht gerade linksradikal, aber vielleicht unabdingbar notwendig ist in der DDR).

Eine neues sozialistisches Projekt?

Die Entscheidung für ein Wahlbündnis mit der PDS ist keine prinzipielle Entscheidung für die Politik der PDS, sondern aus der konkreten historischen Situation getroffen. Sie ist vielleicht insofern prinzipiell, als sie nicht den subjektiven Willen, sondern die objektive Rolle der PDS zum Ausgangspunkt der Politik macht.

Es hat aber auch was mit der Solidarität des Herzens zu tun, und das ist vielleicht heikler, weil da die Illusionen entstehen und die kühle Distanz zu dem, was derzeit möglich ist, verschwindet. Eine sozialistische Partei mit Masseneinfluß ist für die BRD-Linke, die bislang über so etwas nicht verfügt hat, ein Gebilde, an das allerhöchste Ansprüche, Wünsche und Hoffnungen gestellt werden - bei gleichzeitiger Unkenntnis davon, wie heute sozialistische Politik auf Massenbasis praktisch aussehen kann. Das ist schon ein wunder Punkt in der Beredtheit der BRD-Linken gegenüber der PDS, die sich da nicht allzu große Hoffnungen auf ihre Ratgeber machen darf. Der Gedanke, daß die Ideen des Sozialismus nicht hinweggefegt werden sollen, der Oppositionsgeist, das Widerstehen gegen den Strom gehören zu einer linken Kultur, die für den Alltag von Linken, aber auch einfach von Menschen, die ihren eigenen Kopf gebrauchen, Vorstellungen von einer anderen Welt haben und Utopien nicht ad acta gelegt haben, wichtig ist, um eben im Alltag ihren aufrechten Gang zu bewahren. Darin besteht die Ausstrahlung der PDS in die BRD. Und genau dies zu zerbrechen, darauf ist die Strategie der Herrschenden angelegt.

Die Attraktivität der PDS ist groß für alle, die über feststehende Programme verfügen, die nur mal an einer Massenpartei exerziert werden müßten. Sie ist vielleicht noch größer für diejenigen, die die neuen Bedingungen des wiedervereinigten Deutschlands zum Ausgangspunkt nehmen und sich einlassen auf die Situation der DDR-Opposition, speziell der PDS, weil sie in einen gemeinsamen Lernprozeß kommen wollen.

Die Frage, ob die PDS nun die sozialistische Partei ist, ohne die - wie wir alle wissen - wir keinen Schritt weiterkommen, ist aus der Diskussion um das Wahlbündnis sicher nicht auszuklammern. Aber eigentlich liegen die Dinge so, daß keine Zeit und wenig Anlaß für solche Träume bleibt. Chancen, Hoffnungen und Wünsche an eine neue Diskussion von Sozialismus-Vorstellungen mögen das Projekt Linke Liste/PDS beflügeln. Kühler Pragmatismus ist derzeit sicher hilfreicher.

Cl.

38. Take it Gysi?

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:59

Die Hoffnung, gemeinsam mit der PDS in den Reichstag einziehen zu können, beflügelt bei einem Teil der gebeutelten Linken die Phantasie: Eröffnet uns die Wiedervereinigung nicht eine Chance, endlich mit einer sozialistischen Fraktion im kommenden Parlament vertreten zu sein? Könnte mit dem Überspringen der 5% die sozialistische Fraktion von PDS und Linker Liste nicht zum Kristallisationspunkt einer sozialistischen gesamtdeutschen Massenpartei werden? Bietet sich nach all den entnervenden Jahren der Marginalität nun endlich die Gelegenheit, das Ghetto zu verlassen? Müssen wir nicht rein in die Linke Liste/PDS um "für eine feministische USPD mit revolutionärem Flügel" die Voraussetzungen zu schaffen, wie es die linksunabhängige Zeitschrift PROWO ihren LeserInnen empfiehlt?

Auch wenn es in der Regel schwerfällt, dem Verdurstenden die Fata Morgana aus dem Kopf zu schlagen: Wir raten hiervon ab. Wir halten jenes Wahlfieber, das hier und da ausgebrochen zu sein scheint, jenen Run auf die Landesliste, um den Zug in Richtung Sozialismus nur nicht zu verpassen, jene neue Besoffenheit in den Farben der DDR, zumindest dann für Phantasterei, wenn es mit einer Hoffnung auf Erneuerung von radikal linker und revolutionärer Politik in Verbindung gebracht wird.

Um in der neuen westdeutschen Wahlpartei eine sozialdemokratische Ausrichtung und das Ausgrenzen radikalerer Positionen zu verhindern, wie es PROWO empfiehlt, ist es bereits zu spät. Die Gründung und programmatische Rahmensetzung erfolgte nicht "von unten", wie es Heinrich Eckhoff im Hamburger Rundbrief der "Erneuerer" einst forderte, sondern von oben, streng konspirativ und - wie sollte es anders sein - nach den Kautelen der PDS. Die sozialdemokratische Ausrichtung ist festgeschrieben und der Trend zur Ausgrenzung radikalerer Positionen nicht zu übersehen.

Beginnen wir mit dem linken Aushängeschild jener Formation, Gregor Gysi, und seinem Verständnis von parlamentarischer Demokratie. "Sie wissen," damit wandte sich Gysi am 8. August in der Volkskammer an die bürgerlichen Parteien, "je größer die Hürde für eine Gruppe von Menschen ist, parlamentarisch vertreten zu sein, desto größer ist die Gefahr, daß diese den Parlamentarismus überhaupt ablehnen und sich in andere Richtungen entwickeln." (ND, 9.8.90) Verweilen wir einen Moment bei dieser Aussage.

Auf dem Boden der FDGO ...

Sie wissen, sagt Gysi und beruft sich damit auf eine offenkundig gemeinsame Staatsräson, auch in einem imperialistischen Großdeutschland die Dinge parlamentarisch im Griff behalten zu wollen. Dann redet er von Gefahr. Worin liegt jene Gefahr? Ganz offenkundig nicht in der imperialistischen Politik, sondern darin, daß jene Politik auf eine Gegenwehr stößt, die sich von den Integrationsmechanismen bürgerlicher Politik befreit. Nichts gegen die außerparlamentarische Mobilisierung! Aber sie sollte sich doch bitteschön in Anbindung und unter der Kontrolle einer Parlamentspartei vollziehen. Drittens appelliert Gysi mit jener Aussage an die Staatsmacht, der PDS wenigstens eine Gelegenheit zu geben, ihre Nützlichkeit für das Gesamtwohl unter Beweis stellen zu dürfen. Viertens widerlegt er damit den Vorwurf, aus den Erfahrungen grüner Parlamentsarbeit nichts gelernt zu haben. Man hat im Gegenteil recht schnell gelernt, daß der bürgerliche Staat zuweilen ein gewisses Interesse an einer Opposition haben könnte, die radikale Opposition verhindert. Tun wir Gysi Unrecht? War jener Ausruf im Kampf gegen den skandalösen Wahlvertrag nur eine Finesse? Selbst wenn es so sein sollte: Besser kann man das Selbstverständnis, eine bürgerliche Partei zu sein, gar nicht verankern. Werfen wir nun den Blick zurück auf das Kölner Arbeitstreffen der Linken Liste, wo zehn Tage zuvor die gefällige Rede des Gysi-Superstar noch frenetisch gefeiert wurde. "Ich bestreite nicht", so der Parteichef in seiner selbstkritisch-entwaffnenden Art, "daß wir ein bißchen in den Parlamentarismus verliebt waren" und ihn "möglicherweise überbewertet haben. Die Volkskammer ist aber auch hier ein guter Lehrmeister und bringt uns schnell die Grenzen dieses Parlamentarismus bei." Man stelle sich nur einmal die Volkskammer-Aussage in Köln und die Kölner Rede in Berlin- Hauptstadt vor. Ein kluger Politiker vermeidet den Skandal. Für den einen Ort hat man diese, für den anderen jene Melodie. Auch Beliebigkeit ist Methode: Take it Gysi! Daß im Ernstfall die Volkskammer-Version zählt und nicht die Kölner Kokette, ist kaum zu bestreiten. "Die Partei", heißt es in den jüngsten Thesen zur PDS-Erneuerung, "bestimmt ihr Verhältnis zu linken Parteien und Bewegungen in Deutschland, ausgehend von ihren Positionen ... zur Überwindung kapitalistischer Strukturen mit demokratischen, rechtsstaatlichen Mitteln." (PDS-Rundbrief Nr.28, 19.7.90) Und

eben dies ist gemeint und zugleich durchgesetzt, wenn nun auch im Programm der westdeutschen Linken Liste/PDS die Begrenztheit bürgerlich-parlamentarische Demokratie nicht kritisiert, sondern stattdessen festgeschrieben wird, daß unser neuer sozialistischer Hoffnungsträger "die bestehenden Freiheiten einer parlamentarischen Demokratie gegenüber jeder Form diktatorischer Herrschaft als unverzichtbaren gesellschaftlichen Fortschritt" verteidigen wird (siehe Dokumentation in diesem AK). Berechtigt sind nicht die vollmundigen Beschwichtigungen unserer westdeutschen PDS-Freunde, sondern jene trockene Frage eines PDS-Mitglieds aus dem Neuen Deutschland: "Worin unterscheiden sich, bis auf einige, die Gegenwart und die nächste Zukunft kaum tangierenden Ausnahmen tatsächlich die Mittel und Methoden zur Erreichung der in den Programmen aufgestellten Ziele" (von PDS und SPD - Anm. Verf.)? (ND, 11.8.90)

Jene Mittel und Methoden sind uns nicht unbekannt. Abgrenzung nach links bei denkbar großer Offenheit nach rechts - auch dies gehört zur PDS. Nur daß bei Gysi niemand protestiert. Sein Ausgrenzungskriterium von Köln blieb auffällig vage: "Nicht jede Wahlplattform kann alle erfassen, auch nicht alle, die sich links nennen. Und aufgrund unserer Erfahrungen sage ich: Mit Stalinisten und Sektierern nicht wieder!" (Beifall)

... gegen die Sektierer!

War der giftige Beschluß der PDS-Volkskammerfraktion gegen die RAF-Aussteiger (s. "Offener Brief des KB" in diesem AK) ein Ausrutscher? Keineswegs! Sonst würde eine PDS-Gesetzesvorlage den Herrschenden kaum den grandiosen Vorschlag unterbreiten, die Bestrafung nicht nur der faschistischen, sondern auch der "terroristische(n) Tätigkeit in jeglicher Form" in den Verfassungsrang zu heben. (ND, 25.7.90) Da erscheint es beinahe konsequent, daß in Berlin eine CDU-Beschlußvorlage "zur Einleitung notwendiger Maßnahmen gegen den Radikalismus im Bezirk Berlin-Lichtenberg", auch von der PDS unterstützt wurde. Wird darin doch der Stadtrat für Inneres ersucht, "Ermittlungen gegen die Organisation einzuleiten, die sich hinter der Bezeichnung `Antifa-Info-Telefon 2292912' verbirgt, die mit einer Flugblattaktion die Verantwortung für die Ausschreitungen vom 23. Juni 1990 übernommen hat und zu weiteren terroristischen Aktionen aufruft." (Gemeint sind die militanten Auseinandersetzungen im Rahmen der Antifa- Demonstration gegen das Neonazi-Zentrum in der Weitlingstraße). Im übrigen wurde auch ein Antrag, die Veranstalter jener Antifa-Demonstration auf 80.000 DM Schadensersatz zu verklagen, von jenem munteren CDU/SPD/PDS-Gespann unterstützt. (PROWO Sondernummer, August 1990) Soviel zum "Terrorismus". Doch wo beginnt für die PDS das Sektierertum? Einen Anhaltspunkt liefert das in diesem AK dokumentierte Papier einer AG Radikale Linke in der PDS, gegen dessen Inhalt das aufgeschreckte Präsidium unverzüglich einen Unvereinbarkeitsbeschluß herbeizuführen für notwendig hielt. Vor diesem Hintergrund erscheinen Vorschläge, die PDS mit einem revolutionären Flügel ausstatten oder sie per kollektiver radikal-linker Intervention revolutionieren zu wollen, als reine Phantasterei. Akuter dürfte die Frage sein, wann auch der "Kommunistischen Plattform" in der PDS das Stalinisten&Sektierer- Etikett aufgeklebt wird.

Ist dies zu schwarz gemalt? Belegt nicht die maßgebliche Aufbauarbeit führender KB-FunktionärInnen für den westdeutschen PDS-Ableger das Gegenteil? Die Annahme dürfte realitätstüchtig sein, daß auch jene KB-Gruppe bei Gysi nicht allzuviel hätte bestellen können, wenn man auf den grünen Wunschpartner hätte zurückgreifen können. Da man für den Aufbau des BRD-Ablegers auf die DKP- Infrastruktur aus naheliegenden Gründen verzichten wollte, fungieren nun schon seit einiger Zeit (keineswegs zur Freude der KB-Minderheit) die Redaktionsräume dieser Zeitung als das "Gesamtdeutsche Koordinierungsbüro" (PDS-Jargon) für den Aufbau der Linken Liste/PDS. Und wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat ...? Wir werden sehen.

Haben wir bisher dem Parlamentarismus- und Sektiererverständnis der PDS reinen zu großen Raum eingeräumt? Kommt es nicht vorrangig auf die Ziele jener Partei an? So etwa auf die Feststellung, "daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen" und deshalb "eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft" nötig sei? Oder das Postulat vom "Demokratische(n) Sozialismus als Aufgabe, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch Demokratisierung der Gesellschaft verwirklichen zu wollen"? Nein!

Zugegeben, wir haben geflunkert. Hat jemand gemerkt, daß alle letztgenannten Zitate dem neuen Grundsatzprogramm der SPD entnommen sind? Zeigt dies nicht zu Genüge, was die Phrase im Zweifelsfall gilt?

"Chance" und "Schuld"

In der Geschichte der Bundesrepublik hat sich immer wieder gezeigt, daß nicht die Parteiprogrammatik, sondern der Regelverstoß und die Emanzipation von der bürgerlichen Politik gesellschaftliche Bewegung bewirkt hatten. Die verbotene Bauplatzbesetzung in Wyhl - hatte sie nicht weit mehr Widerstandsgeist befördert, als das "Ausstiegsprogramm" der SPD? Die APO-Militanz gegen Springer - hat sie nicht 1000mal mehr bewirkt, als die Wahlprogramme der SPD? Auch für die PDS wird letztlich ihr Staatsverständnis und ihr Verhältnis zum gesellschaftlichen Widerstand darüber Auskunft geben, ob sie ein Teil der Lösung ist oder ein Teil des Problems. Sich hierüber keine Rechenschaft abzulegen, sondern stattdessen mit glänzenden Augen das Etikett von der Sozialistischen Partei und die Phrase von den neuen Chancen der Linken für bare Münze zu nehmen, ist verantwortwortungslos. Doch gerade in jener Moral-Rhetorik hat sich Gysi bisher als unschlagbar erwiesen. Auf der Kölner Linke Liste-Konferenz sprach er von dem Versuch, ein politisches Gegengewicht gegen die einseitige Vereinnahmung der DDR zu schaffen. "Und da frage ich mich", fuhr er fort, "ob es eine solche Chance noch gibt. Und wenn es sie gibt, ob wir überhaupt das historische Recht haben, sie ungenutzt zu lassen. Und ich glaube eben, daß wir dieses Recht historisch nicht haben."

Ja, was denn nun? Gibt es jene Chance oder gibt es sie nicht? Wenn ja, worin besteht sie und was ist gemeint? Geht es um den Sprung über die 5%-Klausel? Aber warum war es dann den 8%-Grünen ebensowenig gelungen, ein Gegengewicht zu schaffen, wie der Regierungspartei bzw. 16%-Opposition PDS? Man kann es drehen und wenden wie man will: Der Pathos bleibt hohl. Man müsse wenigstens den Versuch machen, sich "unserer historischen Aufgabe" zu stellen, erläuterte der Kölner Prophet und fuhr fort:

"Sollten wir scheitern, so wäre das verhängnisvoll. Aber sollten wir deshalb scheitern, weil wir es gar nicht versucht haben, laden wir eine Schuld auf uns, die wir nicht abtragen können."

Suggestiv-Verknüpfungen, die einem Billy Graham zur Ehre gereichen würden. Wer verpasst schon gerne eine Chance, lädt schon gerne Schuld auf sich? Wie "unschuldig" ist denn ein Modrow, der den Schlüssel zur Wiedervereinigung gefeilt haben will und Kohl diese "Ehre" streitig macht? (Zeit, 20.4.90) Und wie erhaben über jede Kritik PDS-Chefideologe Michael Brie, der noch im Juli 1990 über den DDR-Anschluß an die Bundesrepublik erklärte, er sei "in mancher Hinsicht ein häßlich Ding. Kolonialisierung und Fremdbestimmung sind unvermeidlich. Dies ist die Kröte, die wir schlucken müssen. Aber dieser Anschluß ist ein Fortschritt ... Der Anschluß an die BRD ist ein Wandel von einer halbierten Modernisierung zur modernen Gesellschaft. Damit wird uns überhaupt erst das Feld geöffnet, von dem aus ein Wandel zur Lösung der globalen Probleme möglich ist." (zit. nach "Sozialismus" 8/90)

Es ist offenkundig, daß Gysi über den vollständigen Bankrott der PDS-These, die Wiedervereinigung biete auch Chancen, nicht reden will. Selbst der BRD-Ableger der PDS weigert sich in seinem Programm, der Hoffnung auf eine positive Folge der Wiedervereinigung entgegenzutreten. "Bisher", heißt es dort, sei diese Hoffnung von anderen politischen Parteien zerstört worden. Müssen da nur die Richtigen ran?

Es ist offenkundig, daß in der Trief-Rhetorik des PDS-Vorsitzenden als "schuldig" gilt, wer nicht im Mitmachen seine Chancen sieht, sondern im Verweigern. Gysi selbst liebt es, in Veranstaltungen und Interviews mit einem Gestus, um den ihn ein Joschka Fischer beneiden wird, den anonymen Rollstuhlfahrer als seinen Kronzeugen anzurufen:

"Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn mir in einer Koalition nicht mehr gelingt, als das durchzusetzen, was sonst nicht durchgesetzt worden wäre, z.B. daß tatsächlich die Straßen Berlins für Rollstuhlfahrer passierbar gestaltet werden, dann habe ich schon nicht mehr das Recht zu sagen, das genügt mir nicht, dafür würde ich es nicht tun." (vgl. AK 320)

Zum einen ist es recht unverfroren, ausgerechnet eine als besonders hilflos angesehene Bevölkerungsgruppe anzurufen, wohl in der Annahme, sie könnte ihrem spezifischen Eigeninteresse mehr Gewicht beimessen als der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Zum anderen wird daran ein Anspruch deutlich, um jeden Preis "mitmachen" zu wollen. Was zählen das AKW, der Waffenexport und die Ausbeutung, wenn wenigstens die deutschen Rollstuhlfahrer von der Regierungsbeteiligung profitieren. Gab es in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht für jedes Arrangement mit den Herrschenden auch jenen "humanistischen" Gewissensbalsam, um eine Politik des Burgfriedens, der Kriegsbeteiligung, des Godesberger Programms oder der "Teilnahme an einer offensiven Gestaltung eines neuen Deutschland in Europa" (A. Brie) zu bemänteln?

Begriffe wie "Schuld", "Verantwortung" oder "Recht" sind jedenfalls Floskeln, mit denen jede Politik gerechtfertigt werden kann.

Was bedeutet das Gesagte für unsere Haltung zur PDS? Kann uns ihr Schicksal gleichgültig sein? Ist es Jacke wie Hose, ob sie im Reichstag vertreten ist oder nicht? Dies nun auch wieder nicht.

Eine bürgerliche Linkspartei

Für die fortschrittlichen Teile in der Bevölkerung der DDR wäre ein Scheitern der PDS an der 5%-Hürde kein Ende aller Opposition, die ohnehin nur als außerparlamentarische dem Gegner etwas abzuzwingen vermag. Gleichwohl würde dies das Klima des Antikommunismus und eine allgemeine Rechtsentwicklung in der DDR forcieren.

Im Kontext bürgerlicher Politik können wir nur begrüßen, wenn zukünftig eine Juso-Partei im Vorhof der alten Tante SPD herumwildert, Widersprüche virulent macht und Ablöseprozesse erleichtert. In einem IV. Deutschen Reich wird es sich eine radikale Linke noch weniger als bisher erlauben können, Ausdifferenzierungen dieser Art geringschätzig oder ignorant zu behandeln.

Zweifellos wird eine Vertretung der PDS im Parlament auch dem Aufbau der gesamtdeutschen Jusopartei zugute kommen und ihr zugleich die Richtung weisen. Auf absehbare Zeit wird diese Partei gar keine andere sein können als eine links-sozialdemokratische, will sie ihren Massencharakter nicht verlieren. Einen Fortschritt gegenüber der jetzt vorhandenen grünen Parteistruktur könnte dies dann bedeuten, wenn eine Offenheit für radikale Kapitalismuskritik erhalten bliebe, was derzeit aber noch in den Sternen steht. Ein illusionsloses linkes Engagement mit dieser Zielsetzung ist sicher begrüßenswert. Im antikapitalistisch/kapitalismuskritischen Lager wird sie für uns immer ein Konkurrent, ein Streit- und ein Bündnispartner sein, niemals aber ein Fix- oder hauptsächlicher Bezugspunkt.

Doch eben diese Frage ist leider umstritten. In der durch Wiedervereinigung und RgW-Zusammenbruch verunsicherten Rest-Linken hat sich die PDS schon heute als Katalysator für eine neue Rechtsverschiebung erwiesen.

Es gehört zu den bislang unerklärten Phänomenen unserer Zeit, daß im Moment der imperialistischen Expansion in der Linken beider deutscher Staaten nicht Unversöhnlichkeit, sondern Arrangement, nicht Widerstand, sondern Anpassung, nicht fundamentaler Antikapitalismus sondern Marktöffnung grassieren. Liegt dies am Zusammenbruch des RGW? Wohl kaum! Zwar ist es notwendig, um Schlußfolgerungen für eine zukünftige Sozialismuskonzeption zu ziehen, auch die Markt/plankontroverse aufzuwerfen. Real wird diese Diskussion jedoch zur Rechtfertigung bestehender Verhältnisse geführt. Das eigentliche Problem scheint darin zu liegen, daß man sich nach dem Motto: Wer gewinnt, an dem muß auch etwas dransein, mit dem siegreichen BRD-Modell - mit kritischer Fußnote, versteht sich - identifiziert. In der PDS ist diese Haltung, die ihre Spuren unverkennbar auch im Programm der Linken Liste/PDS hinterlassen hat, dominant. So unhinterfragt bis vor kurzem die Prämissen des Realen Sozialismus verteidigt wurden, so unkritisch werden heute die Prämissen des BRD-Imperialismus ("sozialstaatlicher Kompromiß" und "parlamentarische Demokratie" - beides Elemente, die sich widerlicher als im Prozeß der DDR-Annexion gar nicht darstellen können) übernommen. Wer sich diese Logik im Zuge der Entwicklung der Linken Liste/PDS zueigen macht, dürfte für eine künftige radikale Systemkritik verloren sein: Take it, Gysi!

Ist diese Entwicklungslogik der PDS- AktivistInnen im KB bereits vorgezeichnet? Wird sich die Tragödie der Z, einen kommunistischen fraktionellen Ansatz in den Grünen schon frühzeitig aufgegeben zu haben, nunmehr als Farce des KB wiederholen? Seit Monaten rödelt jene KB-Gruppe mit größtem Einsatz für die PDS. Mit einer eigenständigen, ausgearbeiteten Politik? Mitnichten, bis heute gibt es hierzu jedenfalls kein einziges analytisches Wort. "Die Koordinaten haben sich verschoben", hieß es stattdessen im letzten AK, "dementsprechend müssen wir auch unseren Standpunkt neu bestimmen, um uns nicht jegliche Chance zu nehmen, die Prozesse zu beeinflussen." (AK 320, S.41) Kann mensch das Wesen des Opportunismus besser auf den Punkt bringen?

Ersatzweise wird die kritische Auseinandersetzung mit der Massenpartei PDS als Anmaßung und Arroganz denunziert und damit das einzige in den Wind geschrieben, was uns auch in Zeiten der Verunsicherung als Pluspunkt bleibt: Fähigkeit zur eigenständigen Analyse und Reflexion.

Es bleibt die Frage eines Wahl/nicht/ aufrufs. Auf die Logik "links wählt uns sowieso", dürfe man sich nicht einlassen, schrieb Heinrich Eckhoff noch anläßlich der letzten Bundestagswahl, "da so auch noch der letzte Einfluß, der über eine Stimmabgabe zu nehmen ist, verschenkt wird". (AK 278, S.30) Vielleicht sollten wir dies beherzigen. Gehört nicht zum Wesen der kommenden Reichstagswahl, etwas zu legitimieren, was zu keinem Zeitpunkt vorher zur Abstimmung stand? Können wir 1990 eine Partei zur Wahl empfehlen, die nicht einmal gegen die Wiedervereinigung ein Nein zu formulieren imstande ist? Auch darüber wird die KB-Minderheit auf ihrem bundesweiten Treffen am 25./26. August in Köln beraten.

max. & sab.

39. Linke Liste/PDS: Über Ängste und Vorbehalte

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:41

Gegen das Wahlprojekt "Linke Liste/PDS" bestehen in Teilen der Linken erhebliche Vorbehalte, die sich zum Teil aus den negativen Erfahrungsschätzen mit den Grünen speisen.

Vor allem zwei Argumente werden vorgebracht. Einem gesamtdeutschen linken Wahlprojekt würde in der BRD jegliche soziale Basis fehlen, zum anderen laufe die "Linke Liste/PDS" tendenziell auf eine bloße Wiederholung der Entwicklung der Grünen zu einer systemkonformen Partei hinaus. "Vom Regen in die Traufe" - wie Thomas Ebermann beispielsweise seine kritische Distanz vor dem neuen Unternehmen begründete.

Eine gründliche Aufarbeitung des gescheiterten grünen Parteiprojekts wird seitens der Skeptiker eingeklagt, denn sie befürchten, daß sich die Fehlentwicklungen der Grünen bei einem unreflektierten Herangehen an das neue Projekt wiederholen könnten.

Dabei verweisen die KritikerInnen auf die politische Trägerschaft des neuen Wahlprojekts wie etwa der PDS oder den "Sozialistischen Studiengruppen" (SoSt) und GenossInnen aus dem DKP-Umfeld, die im wesentlichen linkssozialdemokratische Positionen vertreten würden. Die "neuen Realos" sitzen also bereits in den Startlöchern, um mit den Grünen um alternative Gestaltungskonzepte zu konkurrieren...

Kurzum: die Gefahr einer weiteren systemintegrativen Kraft neben den Grünen sei evident und blockiert letztlich die Neuformierung und Herausbildung einer starken Radikalen Linken in dieser Gesellschaft. Interessanterweise bedienen sich die meisten KritikerInnen linksgrüner Argumentationsmuster, um ihre Skepsis bis Ablehnung an dem neuen Wahlprojekt zu begründen.

Diese Ansichten sind relativ weit verbreitet und werden bis in den KB hinein, etwa von der "Minderheit", vertreten, so daß sich mit ihnen ernsthaft auseinandergesetzt werden muß.

Die "soziale Basis" und linke Umgruppierungen

Unbestritten ist die fehlende gesellschaftliche Basis für die "Linke Liste/PDS" auf dem Territorium der BRD und die parlamentarische Existenzberechtigung der PDS in einem gesamtdeutschen Bundestag aufgrund ihrer vorhandenen Basis in der DDR. Daher auch die leidenschaftslose Bereitschaft der KB-Minderheit, zwar die PDS zu wählen - mehr aber auch nicht.

Dabei wird einfach ignoriert, daß für ein Wahlprojekt nicht nur die objektiven Faktoren, günstigstenfalls das Vorhandensein einer Massenbewegung, ausschlaggebend sind, sondern eben auch der "subjektive Faktor", sprich: die TrägerInnen eines solchen Projekts. Sowohl hinsichtlich der Herausbildung der grünen Partei vor rund 10 Jahren, als auch heute waren und sind die Wahlprojekte, bei allen sonstigen zum Teil gravierenden Unterschieden, mit Neu- bzw. Umgruppierungsprozessen innerhalb der Linken verbunden gewesen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Die viel zitierte "soziale Basis" war in den Gründerjahren der Grünen nicht gerade berauschend. Die Grünen bildeten sich auf lokaler Ebene mit sehr unterschiedlicher politischer Provenienz heraus. Die Hamburger "Bunte Liste" oder die Westberliner "Alternative Liste" erzielten Ende der siebziger Jahre um die 3,5% bei den Bürgerschafts- bzw. Abgeordnetenhauswahlen. Bei den ersten Bundestagswahlen erreichten die Grünen im Jahre 1980 lediglich 1,5% der Stimmen.

Der Verweis auf die fehlenden sozialen Massenbewegungen wäre zu hinterfragen. Jedenfalls gründeten sich die Grünen und bunt-alternativen Listen nicht auf dem Höhepunkt der Massenbewegungen, sondern im Auslaufen und Abebben etwa der Anti-AKW-Bewegung. Und die Friedensbewegung setzte erst 1981 ein und versorgte die Grünen dann mit einem erheblichen Wachstumsschub.

Die KritikerInnen bedienen sich relativ einfacher Strickmuster, wenn sie die Existenzberechtigung einer parlamentarischen Partei an das Vorhandensein einer außerparlamentarischen Bewegung koppeln. Da liegen die Dinge doch etwas komplizierter.

Dennoch: die Grünen befanden sich im allgemeinen gesellschaftlichen Aufwärtstrend vor dem Hintergrund der Friedensbewegung (Nato-"Nach"rüstung) und durch einen tendenziellen "Wertewandel" in Teilen der Gesellschaft vor allem hinsichtlich der sogenannten globalen Probleme (Stichwort: Ökologie).

Die "Linke Liste/PDS" verfügt weder über eine Massenbewegung auf dem Gebiet der BRD, noch über die gesellschaftlichen Themen, die sie gewissermaßen nur mit den bloßen Händen aufgreifen bräuchte. Wir haben es allerdings objektiv mit immensen Veränderungen zu tun: Zusammenbruch des "realen Sozialismus", Ende einer bipolaren Nachkriegsordnung, der Aufstieg der BRD zu einer imperialistischen Weltmacht. Innenpolitisch: eine Restauration kapitalistischer Verhältnisse, die beim Schlußstrich-Ziehen unter die deutsche Geschichte anfängt, sich in einer Zunahme des Rassismus und großdeutschen "Wir-Gefühls" fortsetzt und im Zurückdrängen alles Fortschrittlichen, auch nur Reformerischen endet.

Hinzu kommt, daß bereits die unmittelbaren künftigen Entwicklungen - national wie im Weltmaßstab - kaum realistisch einzuschätzen sind.

Offenkundig ist nur, daß die sozialen, gesellschaftlichen Fragen und Auseinandersetzungen die Themen der 70er Jahre verdrängen, ohne daß eines der globalen Probleme auch nur annähernd gelöst wurde - im Gegenteil.

An den Grünen scheinen die atemberaubenden Veränderungen vorbeigerauscht zu sein; sie klammern sich an ihre "alten Werte" und haben sich nicht nur bezüglich der Anschlußpolitik als unfähig erwiesen. Anpassen und Mitgestalten heißt ihre Devise. Nun machen sich einige ihrer Wortführer bereits daran, die Weltmachtrolle der BRD - natürlich positiv - ausfüllen zu wollen - siehe die kläglichen Gedankenspielereien über die Rolle der BRD im Irak-Konflikt (1).

Damit ist nur angedeutet, daß es eigentlich reichlich Themen gibt, die von links her zu besetzen wären. An erster Stelle zu nennen wäre eine wirksame Opposition gegen das großdeutsche Projekt mit all seinen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Folgen.

Ebenso wie der grüne Parteibildungsprozeß ist die Gründung der "Linken Liste/PDS" mit einer Umgruppierung der Linken verbunden. Die grüne Bewegung umfaßte bekanntlich ein politisches Spektrum, das von den sich in die Grünen auflösenden ML-Parteien bis zu Anthroposophen des "Achberger Kreises" und stockkonservativen Lebensschützern aus der CDU und rechts davon reichte.

Es war damals keineswegs ausgemacht, ob etwa der KB dem damaligen "Sog in die Grünen" folgen würde, zumal die Linken aus den Grünen ausgegrenzt werden sollten. Diese Linke nahm in jenen Gründerjahren auch zähneknirschend hin, daß ihr bundesweites bunt-alternatives Listenmodell scheiterte. Die Gruppe "Z" löste sich im Jahre 1981 faktisch auf und kam damit dem Drängen der rechteren Grünen nach.

Politisch und ideologisch stand die Umgruppierung der Linken vor etwa 10 bis 12 Jahren unter dem Motto der "Krise des Marxismus" (Luis Althusser); marxistische Kritik galt als verpönt und bei vielen ML-Wendehälsen als überholt; die Ökologie wurde zum neuen Leitbild auserkoren.

Dies machte sich fest an dem Streit grüner Kritik am "Wachstum des Industriesystems" versus antikapitalistischer Gesellschaftskritik. Beide Positionen standen sich koexistierend im Sindelfinger Grundsatzprogramm gegenüber. Bei einem großen Teil der Grünen folgte aus ihrer generellen Wachstumskritik auch eine Absage an sozialistische Utopien und die Propagierung eines nicht näher beschriebenen "Dritten Weges".

Vergleicht man also die Gründungsgeschichte der Grünen mit den gegenwärtigen Neuformierungsansätzen, so hatten es die Linken in den Grünen mit einem weitaus konservativeren Potential à la Herbert Gruhl oder Baldur Springmann und einer weitgehenden Abkehr von sozialistischen Utopien zu tun.

Dieser Hinweis ist insofern nötig, wenn einige KritikerInnen heute mit dem Vorwurf des "Sozialdemokratismus" gegen das neue Wahlprojekt operieren und die Startschwierigkeiten der Linken in den Grünen übersehen.

Die gegenwärtige Umgruppierung der Linken findet unter gänzlich anderen Voraussetzungen und Bedingungen statt. Parallelitäten gibt es nur an dem Punkt, daß die anstehenden Wahlen gewissermaßen als Katalysator fungieren, um die sich Teile der Linken gruppieren.

Und wiederum ist die Neuformierung zum Teil mit einer Auflösung linker Strukturen und Zusammenhänge verbunden. So wie damals der KBW und die KPD das praktische Ende ihres Modells "ML-Partei" erreicht hatten und schlicht an inneren Widersprüchen zerfielen, so fördern heute die Auflösung der DKP, aber auch die schwere innere Krise des KB das Einlassen auf die neue Entwicklung. Im Zentrum der heutigen Umgruppierung steht zweifellos die PDS in der DDR.

Für die PDS geht es dabei nur vordergründig um den Einzug in den gesamtdeutschen Bundestag; viel wesentlicher ist, daß eine DDR-spezifische Partei vor dem Hintergrund der radikalen gesellschaftlichen Umwälzungen in der DDR, in der alles, aber auch alles getilgt werden soll, was an diesen Staat erinnert, keine Zukunft hat. In einem Wettlauf mit der Zeit stellt sich für die PDS nicht nur das Problem der Aufarbeitung ihrer Geschichte, sondern die Transformation und damit radikale Veränderung in eine antikapitalistische Partei im künftigen Großdeutschland.

Die Überlebensperspektive der PDS ist also vom Grad ihrer radikalen Veränderung abhängig.

Die PDS ist dabei in einem großen Maße auf die Erfahrungen der westdeutschen Linken angewiesen, mit ihrer Hilfe und kritisch-solidarischen Auseinandersetzung ihren politischen Klärungsprozeß zu beschleunigen. Die kommenden gesamtdeutschen Wahlen werden die PDS schneller und härter mit den Bedingungen eines imperialistischen Landes vertraut machen als ihr vielleicht lieb ist.

Ein Wahlprojekt wie die "Linke Liste/PDS" ist also nicht nur aus quantitativen Gründen der Stimmenzuführung aus der BRD notwendig, sondern aufgrund der Neuformierung einer gesamtdeutschen Linken, in der die PDS ihren Platz erst noch herausarbeiten muß. Ohne die Wahlen, die eine nicht zu unterschätzende Katalysatorenfunktion ausüben, wäre die Gefahr des Zerfalls der PDS und des Auseinanderdriftens der westdeutschen Linken ungleich größer. Bereits jetzt ist ja festzustellen, daß sich die Diskussionsprozesse zwischen der PDS und Teilen der westdeutschen Linken beschleunigt haben - und zwar nicht auf irgendwelchen Theoriekongressen, sondern vor ganz praktischen, konkreten gesellschaftlichen Fragestellungen (2).

Zweitens spielt sich diese Umgruppierung und Neuorientierung nicht nur innerhalb der PDS sowie zwischen ihr und Teilen der westdeutschen Linken ab, sondern auch im Rahmen der westdeutschen Linken. Der KB oder jedenfalls diejenigen, die sich aktiv in dieses Projekt einmischen, sind da vielfach mit Linken konfrontiert, die in der Vergangenheit eher eine untergeordnete Rolle spielten; gemeint ist das Spektrum der DKP bzw. ihrer ausgetretenen "Neuerer".

PDS, GenossInnen aus dem DKP-Spektrum, die SoSt usw. ließen sich nach Art der "Minderheit" mit einer Fliegenklatsche ideologisch als sozialdemokratisch "erledigen", um sich Projekten jenseits der "Linken Liste/PDS" zuzuwenden. Die tendenziell "rot-grüne" Orientierung von Teilen der DKP-Neuerer oder der Abschied vom "konfrontativen Denken" eines André Brie (PDS) lieferten anschauliches Material dafür.

Zweifellos müssen die Auseinadersetzungen beispielsweise um die Thesen der PDS zur Nato, zu Europa, den zivilisatorischen "Errungenschaften" eines "modernen" Kapitalismus usw. geführt werden. Das war bei den Grünen ja nicht viel anders.

Damit sind wir bereits beim zweiten gewichtigen Einwand, der da lautet: "Nichts gelernt aus dem Scheitern des linksgrünen Parlamentsexperiments?" (3).

Gescheitert sind die Linken - nicht die Grünen

Die KB-Minderheit fordert von der "PDS-orientierten" Mehrheit eine kritische Reflexion über das Scheitern linksgrüner Politik in den Grünen und erteilt einem neuen parlamentarischen Abenteuer mit dem Verweis auf die "Herrschaftsvariante des Parlamentarismus" und die fehlenden außerparlamentarischen Bewegungen eine klare Absage.

Thomas Ebermann pflegt in diesem Zusammenhang immer Agnolis "Transformation der Demokratie" (ProKla 62, März 1986) zu zitieren, in dem er die herrschenden Integrationsmechanismen beschreibt, die die grünen Akteure auch unabhängig von ihrem Willen zu systemkonformen Politikern formt.

Warum sollte es einem Gysi, einem Hans Modrow oder einer Christa Luft anders ergehen als einem Joschka Fischer? Es ist interessant, daß die KritikerInnen immer auf die Verparlamentarisierung der Grünen verweisen, anstatt sich dem eigentlichen Problem wirklich zu stellen: dem Scheitern der Linken in den Grünen.

Denn viele grüne Fundis und ÖkosozialistInnen haben ja den Nachweis angetreten, daß sie sich nicht haben integrieren und verparlamentarisieren lassen.

Ein Punkt, der kritisch reflektiert werden müßte, ist die Aufgabe aller linken strömungspolitischen oder "fraktionellen" Ansätze in den Grünen, die sich zugunsten der Aktivitäten im Sinne der Gesamtpartei aufgelöst haben. Die Auflösung der vom KB abgespaltenen Gruppe "Z", mit eben diesem Vorsatz eines kollektiven Agierens in den Grünen ist dafür ebenso beispielhaft wie die der Gruppe um die Zeitschrift "Horizonte" mehrere Jahre später.

Die Linken haben sich zwar nicht in das herrschende System integrieren lassen, aber in die grüne Partei. Alle kollektiven Ansätze wurden letztlich den "Sachzwängen" des grünen Parteilebens untergeordnet. Damit soll gar nicht bestritten werden, daß es immer wieder einmal zu gemeinsamen linksgrünen Interventionen und Kampagnen gekommen ist. Aber dies war nie durchgängig, sondern zumeist punktuell, auf einige Themenbereiche beschränkt.

Die Opferung linksgrüner, strömungspolitischer Ansätze zugunsten der grünen Gesamtpartei wurde dadurch begünstigt, daß die Linken in großen Teilen der Grünen dominierten. Sie besaßen Anfang der achtziger Jahre in vielen Bereichen, von den Landes- und Kreisverbänden angefangen über die Bundesarbeitsgemeinschaften und Parlamentsfraktionen bis hin zu den grünen Parteitagen und dem Bundesvorstand, Mehrheiten für ihre Politik.

In ihrem Buch "Die Zukunft der Grünen" erfolgte dann auch noch eine theoretische Untermauerung durch die Behauptung der These einer weiteren Linksentwicklung der Grünen. Es wurde versucht, alle noch außen vor stehenden Linken für das grüne Projekt zu gewinnen. Einigen, nicht allen linken Grünen ist vorzuwerfen, daß sie die grüne Partei wider besseres Wissen mystifiziert haben.

Ein in einem Parteileben vergleichsweise harmloses Ereignis, die Abwahl des links-grünen Bundesvorstands vor zwei Jahren, legte die völlige Desolatheit der Linken in den Grünen bloß. Erst dieser Anlaß riß viele linke Grüne aus den Träumen sicher geglaubter linker Bastionen. Bezeichnend dafür waren die Auseinandersetzungen über die Frage einer "strukturell konservativen Mehrheit" in den Grünen, die lange Zeit von vielen Linken bestritten wurde.

Die Abwahl des "BuVo" und wenig später die rot-grüne Koalition in Westberlin mit einer als "links" geltenden Alternativen Liste legten den paralysierten und desolaten Zustand der linken Grünen bloß. Einige wie die Radikalökologen um Jutta Dithfurt machten weiter. Bei allen sonstigen bestehenden Differenzen haben sie zumindest an einem strömungspolitischen Ansatz festgehalten. Andere Linke zogen sich mehr oder weniger individuell aus den Grünen zurück und traten aus der Partei aus.

Die linken Grünen haben die Tendenzen der "Verparlamentarisierung" großer Teile der Grünen zwar durchaus erkannt, wohl aber in ihrer Bedeutung unterschätzt. Die systemintegrativen "Tiefenwirkungen" gesellschaftlicher und parlamentarischer "Sachzwänge" waren prägender für die Bewußtseinsentwicklungen grüner Akteure als radikalere Gesellschaftskritik. Letztere entsprach eher einer bestimmten Gemütsverfassung, die dann und wann auf grünen Parteitagen zu Abstimmungserfolgen der Linken führte.

Hinzu kam ferner, daß die "linken Mehrheiten" in den Grünen ihrer eigenen, auf rot-grün fixierten WählerInnenbasis widersprachen, was sich auf Dauer nicht durchhalten ließ. Das Zustandekommen einer rot-grünen Koalition in Westberlin und später in Niedersachsen entsprach viel mehr der Bewußtseinslage des Gros der Mitglieder und der gesellschaftlichen Basis als eine Verhinderung derselben.

Die kurz beschriebenen Defizite und Fehler linker Politikansätze in den Grünen wirkte sich verhängnisvoll aus, weil sich die Linksgrünen nie ernsthaft die Frage stellten, inwieweit ein Agieren in den Grünen von einer minoritären Position aus sinnvoll gewesen wäre.

Wieso sollten denn eigentlich die Kräfteverhältnisse zwischen reformerisch/reformistischen Strömungen und radikaleren Linken ausgerechnet in einer grünen Parlamentspartei andere sein als in den vielbeschworenen

außerparlamentarischen Bewegungen? In letzteren sind die radikalen und revolutionären Linken zumeist in der Minderheitsposition. Erinnert sei nur an den linken Anti-Nato-Flügel in der Friedensbewegung gegen die vorherrschenden linkssozialdemokratischen und teilweise "vaterländischen" Strömungen.

Verweisen könnte man auch auf die Anti-AKW-Bewegung und die Auseinandersetzungen um die Formen des Protestes unter dem Postulat der "Gewaltfreiheit", der Anpassung der Widerstandsformen an herrschende Spielregeln versus andere, auch militantere Protestformen.

In den außerparlamentarischen Auseinandersetzungen haben die radikalen Teile der Linken immer um Mehrheiten oder zumindest Akzeptanz ihrer Positionen gerungen, sind Kompromisse eingegangen usw.

Bei den Grünen waren diese Fragen stark unterbelichtet, wie unter Umständen eine Politik aus einer bewußt akzeptierten Minderheitenposition in den Grünen zu bewerkstelligen wäre. Daher auch das völlige Desaster nach der legendären Abwahl des linken Bundesvorstands.

Zweifellos sind die radikalen Linken beim Projekt "Linke Liste/PDS" vor ähnliche Probleme gestellt und befinden sich von vornherein gegenüber der tendenziell linkssozialdemokratischen Dominanz in einer Minderheitenposition, die auch als eine solche angenommen werden sollte.

Sollten Lehren aus den Erfahrungen mit dem grünen Parlamentsexperiment für das neue Projekt gezogen werden, dann vor allem die folgenden:

Erstens. Es wird eine Grundverständigung darüber erzielt, daß die parlamentarische Existenz eines linkssozialdemokratischen/sozialistischen "Sprachrohrs" im gesamtdeutschen Parlament die Spielräume für radikalere Politik in dieser Gesellschaft erweitern kann, aber nicht muß. Ob dieser Fall tatsächlich eintritt, hängt auch und nicht unwesentlich vom Agieren der Linken in diesem Formierungsprozeß ab.

Zweitens. Eine conditio sine qua non ist die Notwendigkeit eines kollektiven Eingreifens der radikaleren Linken bei unbedingter Aufrechterhaltung ihrer kollektiven Ansätze und Strukturen in diesen Teil des Umgruppierungsprozesses.

Es wäre wichtig, daß sich diese Sektoren der Linken auf gemeinsame Interventionspunkte einigen würden. Die politische Bandbreite der Forderungen umfaßt eine Absage an jedwedes Herumgestalten und positiven Bezug zur deutschen Einheit, an "alternative" Nato-Konzeptionen usw.

Drittens. Die Notwendigkeit eines kollektiven Agierens der minoritären radikalen Linken in dem Projekt "Linke Liste/PDS" bedingt umgekehrt eine Offenheit und Akzeptanz seitens der eher "reformistischen" Kräfte, die überhaupt erst gewisse Spielräume für linke Politik eröffnen würde. Das heißt, die "radikalen Sozialisten" müßten eine von der Mehrheit der neuen Formation tolerierte Plattform mit allen Rechten der Publikation und Organisierung bilden können. Daher sollte eine klare Absage an politische Ausgrenzungen erfolgen und positiv an jene Vorstellungen der PDS angeknüpft werden, die ihre Absicht am Zustandekommen eines gemeinsamen gesamtdeutschen linkssozialistischen Projekts mehr als einmal deutlich bekundet haben.

Es wäre dabei also durchaus auf radikaldemokratische Ansätze in den Anfängen der Grünen zurückzugreifen, in denen diese Spielräume vorhanden waren.

Viertens. Zu unterstreichen wäre, die unmittelbaren Auseinandersetzungen um die bevorstehenden Reichstagswahlen ein gutes Stück weit von den innerlinken politischen Klärungsprozessen zu trennen. Tatsächlich besteht die Gefahr, daß unter den neuen "Sachzwängen" und Aufgabenstellungen einer parlamentarischen Kraft etwa die selbstkritische Aufarbeitung der Geschichte des "realen Sozialismus" seitens der PDS und der einst hiesigen Nachbeter genau so unter den Tisch fällt wie Fragen der Neubegründung einer sozialistischen Utopie, um nur ein markantes Beispiel zu nennen.

Es wäre gerade eine der Aufgaben der radikalen Linken, über die bloßen Wahlen hinaus die sogenannten strategischen Fragen der Linken im Blick zu behalten und in den Neuformierungsprozeß einzubringen.

Es sollte sich übrigens auf den Fall der Fälle schon heute eingestellt werden, daß eine "Linke Liste/PDS" an der 5%-Hürde scheitert. Für die PDS hätte dies sehr nachhaltige und gravierende Auswirkungen, denen vorzubeugen wäre, indem die längerfristigen Fragen gemeinsamer sozialistischer Oppositionspolitik in einem solidarischen Prozeß gemeinsamer Diskussionen anzupacken wären.

D./Westberlin

Anmerkungen:

(1) vergl. die "taz"- Kommentare vom 11.8.90 von Udo Knapp und Bernd Ullrich.

(2) Nur vorgeschoben ist das Argument der "Minderheits"autoren hr. & max., wonach eine "übers Knie gebrochene gemeinsame Reichstagskandidatur" einer "langfristig engen Kooperation" zwischen DDR- und BRD-Linken "mehr Schaden zufügen" (ak 320, S. 39/40) könne.

(3) Zwischenüberschrift aus einem Beitrag der KB-Minderheit "Hoffnungsträger gesamtdeutsche Reichstagswahl?" in: ak 320, S. 39/40.

40. Bedenkliches - Beitrag zur Kölner Konferenz der Linken Liste/PDS, von Detlef zum Winkel

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:55

Wenn es auf dieser Veranstaltung um die Frage einer linken Wahlbeteiligung im Dezember geht, so ist die Entscheidung dafür leider schon getroffen und uns über die Presse mitgeteilt worden. Man macht einen Kongreß, berät, lädt freundlicherweise andere Linke ein - wofür ich mich bedanke -, aber de facto sind die Würfel gefallen. Eine basisdemokratische Diskussion und Entscheidung gibt es nicht, und kann es auch nicht geben aufgrund des Zeitdrucks, wie er inzwischen existiert. So bleibt meine Rolle darauf beschränkt, euch einige Punkte zu bedenken zu geben. Diese Rolle ist mir von den Gründungsprozessen der Grünen und später der Demokratischen Sozialisten (DS) bereits vertraut.

Die Wahlen, die wir im Dezember haben werden, sind ein Unglück. Sie sind es erstens, weil die deutsche Wiedervereinigung ein Unglück ist. Sicher muß ich hier nicht alles nochmal ausführen, was auf der Frankfurter Demonstration Nie wieder Deutschland thematisiert worden ist: Die Radikalen Linken waren von Anfang an der Meinung, die Wiedervereinigung könne sich nur als nationalistischer Prozeß vollziehen; sie werde alle reaktionären Tendenzen stärken, aus dem ohnehin schon schlimmen bundesdeutschen Imperialismus die führende imperialistische Macht Europas machen und alle bösen Geister der Vergangenheit reaktivieren, da sich die Bundesrepublik niemals einer wirklichen Aufarbeitung des Faschismus unterzogen hat. Als neuen Beleg zitiere ich nur die Titelseite des letzten "Spiegel", wo es anläßlich von Kohls erfolgreicher Mission in Moskau tatsächlich heißt, "der Krieg ist zuende". Es steht dort nicht, der Kalte Krieg sei zuende, sondern der Krieg. Die Garde alter und nicht ganz so alter Männer, die heute über die Geschicke der Bundesrepublik und morgen des vereinigten Deutschlands bestimmt, lebt also eingestandenermaßen in dem Geist, den Krieg, den sie am 8. Mai 1945 verloren hat, weiterzuführen, bis seine für sie schmerzlichsten Ergebnisse revidiert sind. Dieses Gefühl verbindet die herrschende Meinung - denn die herrschende Meinung ist in der Regel die Meinung der Herrschenden - mit der Wiedervereinigung, und das ist die denkbar schlechteste Ausgangssituation für die Zukunft, die kurzfristig, mittelfristig, hoffentlich nicht langfristig auf uns zukommt. Die Wahl im Dezember, die die Wiedervereinigung ratifizieren soll, ist also ein Unglück, weil die Wiedervereinigung ein Unglück ist.

Zweitens ist sie aus demokratischen Gesichtspunkten ein Unglück. Wenn wir formal argumentieren - demokratisch sein heißt immer auch formal sein -, so muß aus der Sicht der Bundesrepublik nach vier Jahren ein neuer Bundestag gewählt werden und nichts anderes als ein neuer Bundestag. Es ist die simpelste Selbstverständlichkeit, daß sich das parlamentarische Gremium, dessen Mandat abgelaufen ist, einer Wahl stellt. Inakzeptabel ist es, wenn stattdessen eine andere, nämlich gesamtdeutsche Wahl angeboten wird. Dies macht es unmöglich, daß die Wählerinnen und Wähler über die Regierung, die sie vier Jahre lang ertragen mußten, urteilen und gegebenenfalls versuchen, eine neue zu bestellen - so belanglos ihr Urteil für die bürgerliche Realpolitik auch sein mag. Inhaltlich gesehen raubt die Veranstaltung einer gesamtdeutschen Wahl der BRD-Bevölkerung die einzige Gelegenheit, für oder gegen die Wiedervereinigung abzustimmen. Sie wird erklärtermaßen nicht gefragt, weil es die nationalistische, revanchistische und christliche Präambel des Grundgesetzes gibt, die aber ebensowenig wie das ganze GG jemals legitimiert worden ist. Mithin sind die Dezember-Wahlen eine eklatante Manipulation, im Grunde genommen sogar ein Putsch auf kaltem Wege, weil ein Rechenschaftszeitraum ohne Entlastung zuende geht. Da sich die Bundesregierung darüber bewußt ist, versucht sie uns eine Art von Zwitter zu verkaufen, eine immer komplizierter und undurchschaubarer werdende Konstruktion von DDR-Beitritt und einheitlicher, aber doch irgendwie noch getrennter Wahl usw.

Wenn man das Bekenntnis ernst nimmt, das die Veranstalter dieses Treffens zur Demokratie ablegen, dann müßte die Linke Liste/PDS gegen jede Wahl, die keine Bundestagswahl ist, alles unternehmen, was von einer Minderheitenposition aus zu unternehmen ist, bis hin zur Verfassungsklage. Damit meine ich nicht den von Gregor Gysi angekündigten Gang nach Karlsruhe, bei dem es lediglich um die Modalitäten der Wahl am 2.12. gehen soll, um die 5%-Klausel, die verabredete Form von Listenverbindungen o.ä. Sondern man müßte sich auf den Standpunkt stellen, daß in der BRD jede gesamtdeutsche Wahl ungültig ist, bevor nicht eine ganz normale Bundestagswahl unter den heute wahlberechtigten Bundesbürgern abgehalten worden ist. Zur Situation in der DDR kann ich kaum etwa sagen. Von dort wird immer das Argument in den Westen kolportiert,

der DDR-Bevölkerung gehe es nicht schnell genug mit der Wiedervereinigung. Leider wird das von den DDR-Parteien kaum dementiert. Demokratie braucht jedoch Zeit, sie ist schwerfällig, umständlich, und wenn Deutschnationale das als lästig empfinden, stellen sie ihrer demokratischen Zuverlässigkeit - selbst nach bürgerlichen Maßstäben - ein beredtes Zeugnis aus.

Die sogenannten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember sind also auch aus demokratischen Gesichtspunkten ein großes Unglück, eine große Manipulation der politischen Willensbildung und eine Manipulation eines politischen Mandats.

Drittens sind diese Wahlen ein Unglück speziell für diejenigen Linken, die eine Beteiligung daran diskutieren, so wie ihr sie heute diskutiert (ähnliches gilt für die Bürgerbewegungen in der DDR oder für die Grünen). Denn ihr seid gezwungen, unter enormem Zeitdruck eine Kandidatur auf die Beine zu stellen. Ihr seid gezwungen, den Wahlgesetzen Genüge zu tun, Unterschriften zu sammeln, Landesverbände, Kreisverbände zu gründen, Schatzmeister zu benennen, stellvertretende Ortsvorsteher, Schiedskommissionen. Dieser Prozeß erstickt sogar dann, wenn er mit ziemlichen selbstquälerischen Zweifeln verbunden ist, wie sie die Grünen anfangs hatten, die Basisdemokratie - das hat der Verlauf des alternativen Parteiexperiments gezeigt. Er produziert einen Apparat, eine Politklasse von Funktionären und Abgeordneten, die sich von ihrer Basis löst, auch wenn sie alles ganz anders machen wollte.

Ihr jedoch seid gezwungen, die ganze Prozedur der Tücken und Fallen des bürgerlichen Parlamentarismus mindestens zehn mal so schnell wie die Grünen zu durchlaufen. Die sogenannten liebenswürdigen Spinnereien, die bei deren Parteibildungsprozeß immerhin noch vorhanden waren, könnt ihr euch gar nicht leisten, wie ja schon der zentrale Streit, ob überhaupt eine Partei gegründet werden soll oder z.B. eine sonstige politische Vereinigung, was die Alternativen anfangs als Kompromiß zwischen Partei und "Antipartei" praktizierten, vorab zugunsten professioneller Parteipolitik entschieden ist. Wie sollen eure Strukturen aussehen, was waren die positiven, nachahmenswerten Elemente bei den Ur-Grünen, wollt ihr so etwas wie Rotation, wollt ihr Reißverschlußlisten und ja, wie könnt ihr gewährleisten, daß dieselben Experimente nicht einen ähnlich negativen Ausgang nehmen wie bei den Grünen? Diese Fragen werden mit wohlklingenden, aber wenig durchdachten Bekenntnissen beantwortet, d.h. sie werden auf der sozialistischen Bank abgelegt, und es ist folglich zu befürchten, daß es damit auch seinen sozialistischen Gang geht.

Ihr müßt ein Programm im Schnellverfahren verabschieden, Kandidatenlisten aufstellen, einen Wahlkampf organisieren und Plakate kleben statt einen Beitrag zur Krise der Linken zu erarbeiten und euch beispielsweise auch zu fragen, was ihr in einem gesamtdeutschen Parlament eigentlich erreichen wollt, für wen ihr das wollt und mit wem zusammen - und mit wem ihr es euch auf der anderen Seite verderben werdet, wenn ihr das wollt. Möglicherweise trefft ihr in zehn Tagen Entscheidungen für zehn Jahre: Könnt ihr das verantworten? Und wie macht ihr diese Entscheidungen für Außenstehende transparent? Auch unter diesem Gesichtspunkt sind die gesamtdeutschen Wahlen ein Unglück, und gerade diejenigen Linken, die in Grünen oder Alternativen Listen Erfahrungen gesammelt haben, sollten vor diesem Prozeß warnen, anstatt ihn kritiklos zu wiederholen, d.h. gerade die begangenen Fehler nochmals zu wiederholen.

Viertens sind die gesamtdeutschen Wahlen ein Unglück, weil es leider keine Partei oder Liste gibt, die die Wiedervereinigung ablehnt. Bei aller Skepsis, die ich dieser Wahlbeteiligung sowieso entgegenbringe, erschiene mir immerhin eine Liste als wählbar, die zur Wiedervereinigung grundsätzlich Nein sagt, um vor dem Ausland oder vor der Geschichte oder auch vor dem eigenen Gewissen zu demonstrieren, daß es eine Opposition gegen den deutschen Nationalstaat gibt. So schwer ist es übrigens gar nicht, die adäquate Antwort auf den historischen Einschnitt, von dem hier die Rede war, zu finden, so schwer wäre es für die Abgeordneten der SPD 1914 gar nicht gewesen: sie hätten nur die Hand an der richtigen Stelle heben und Nein sagen müssen, und das wäre es auch, was ich als Minimum von einer linken Liste zu den Dezember-Wahlen erwarten würde.

Aber das ist nicht gewährleistet, weil es bei allen hier vertretenen Gruppen, sowohl bei den westlichen, als auch bei der PDS, so ein Hin und Her, so ein Gewurschtel und Vor und Zurück und Seitwärts um diese Frage gibt. Um es bei zwei Beispielen zu belassen: In den Papieren von André Brie, PDS, die sich auf die Linke Liste beziehen, ist zu lesen, daß man einerseits aus einer Art Sachzwang kandidieren müsse, aber andererseits eben auch diese gesamtdeutschen Wahlen als Chance begreifen solle: um von der SED-Vergangenheit loszukommen und in einer wirklich neuen Partei aufzugehen. Zusammen ins vereinte Deutschland, textet das

"Neue Deutschland" und sieht rosige Perspektiven am Horizont. Das soll also das Trostpflästerchen für uns Linke in dieser doch ziemlich katastrophalen Wiedervereinigung werden. In diesem ganzen nationalistischen, ausländerfeindlichen, großmachtchauvinistischen Prozeß dürfen wir uns freuen, weil die Linke einen Anlauf zur Vereinigung unternimmt. Ist das adäquat? Ist das konsequent?

Meiner Meinung nach ist es das nicht, und hier richten sich kritische Fragen an Gregor Gysi, an Hans Modrow und die PDS, insbesondere wie es geschehen konnte, daß Modrow während seiner Regierungszeit mit einem eigenen Deutschlandplan aufgetreten ist und sogar einen törichten Streit mit Kohl geführt hat, bei wem der Schlüssel zur deutschen Einheit liege. Was eben verrät, daß Modrow gerne als jemand in die Geschichte einginge, der eine entscheidende konstruktive Rolle bei der Wiedervereinigung gespielt hat. Jetzt kann man natürlich sagen, solche Fehler sind nun mal passiert, heute ist das sowieso nicht mehr relevant, reden wir nicht groß darüber, schauen wir nicht immer zurück, sondern richten wir den Blick auf die Zukunft. Aber das ist ein Felsbrocken, der der PDS um den Hals hängt, der euch behindern wird und wo ihr das Prinzip der Kritik - Selbstkritik, der offenen Debatte solcher Schwächen in eurer Politik frühzeitig praktizieren müßt und nicht erst in zwei, drei Jahren, wenn ihr merkt, daß ihr einen schlechten Start gehabt habt. Offenbar steckt dahinter, was André Brie in einem Artikel für den "Freibeuter" als politische Vernunft bezeichnet - wenn auch mit leicht selbstironischem Unterton -, nämlich nicht den Kontakt zur Basis zu verlieren, selbst wenn diese Basis zunehmend nationalistisch gestimmt ist. Mir scheint Anpassung das bessere Wort dafür zu sein.

Als zweites Beispiel sei auf die Thesen verwiesen, die Joachim Bischof (SOST) für diese Tagung geschrieben hat. Dort heißt es gleich im ersten Absatz, die Beteiligung an dieser Wahl sei zur Zeit die wichtigste Frage, die sich der ost- und westdeutschen Linken stellt. Angesichts des nicht gerade niedrigen Bergs ungelöster Fragen, der sich SozialistInnen und KommunistInnen heute in den Weg stellt, ist das für mich nicht mehr nachvollziehbar. Verstehen kann ich noch, daß es aus der Sicht der PDS - aus der Sicht ihrer Wähler und Anhänger - als dringend erscheint, in einem gesamtdeutschen Parlament vertreten zu sein. Aber ist das nicht auch eine sehr kurze Sicht? Man versucht sich zu etablieren, etwas darzustellen und nicht ausgegrenzt zu werden, man will die Medienöffentlichkeit und die parlamentarischen Auftritte nutzen, aber man wird auf der anderen Seite eingebunden in den reaktionären Prozeß des neuen Deutschlands. Man wird mit in die Pflicht genommen, man gehört dazu und einer Menge DDR-Bürgern wird gesagt werden, was wollt ihr noch, selbst eure alte Staatspartei beteiligt sich an der Vereinigung und bewirbt sich um ein gesamtdeutsches Mandat. Das ist die negative Seite der Wahlbeteiligung. Sie wird bisher überhaupt nicht kritisch reflektiert.

Warum ist das so? Warum stößt man hier bei nahezu allen DDR-Linken auf ein Tabu? Ich schließe mit einem Zitat von Konrad Weiß, der zwar nicht der PDS, sondern dem Bündnis '90 angehört, dessen Worte mir aber als typisch für ein in der DDR-Linken verbreitetes Denken zu sein scheinen. Dieser so sympathisch wirkende Mensch sagte dem "Spiegel", er könnte sich nichts schöneres und ehrenvolleres vorstellen, als im ersten gesamtdeutschen Parlament nach '45 Abgeordneter zu werden. Er dachte dabei an so etwas wie die Paulskirche. Liebe Genossinnen und Genossen DDR-Linke, ihr müßtet doch wissen, wie fromm, also falsch dieser Glaube ist, wenn es um einen deutschen Reichstag geht. Es wäre immer noch besser, die DDR würde sich nicht selbst aufgeben und das gesamtdeutsche Parlament würde gar nicht erst zusammentreten.

41. "Menschen, die sich weigern, den Kampf zu beenden (...) " Erklärung der RAF zu Neusel

Erklärung der RAF zum Anschlag auf Staatssekretär Neusel

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:01

Dokumentation:

"Menschen, die sich weigern den Kampf zu beenden (...) "

Erklärung der RAF zum Anschlag auf Staatssekretär Neusel

josé manuel sevillano ist tot. er wurde im mai nach 177 tagen hungerstreik von der spanischen regierung ermordet.

die gefangenen genossinnen und genossen aus grapo und pce (r) kämpfen seit acht monaten mit einem harten und langen streik für ihre wiederzusammenlegung.

sie müssen mit ihrer forderung durchkommen, und sie brauchen dafür die solidarität und initiative von allen, denen es ernst ist mit radikaler veränderung und dem kampf für eine menschliche gesellschaft.

der spanische staat setzt bisher gegen die gefangenen die harte haltung und folter durch. bei ihm liegt die verantwortung und entscheidung, aber die richtlinien dafür werden in westeuropäischen- und nato-gremien festgelegt, und deshalb ist die brd als führende europäische macht genauso für den tod von josé manuel sevillano verantwortlich.

am 27.7.90 haben wir mit dem "kommando josé manuel sevillano" den aufstandsbekämpfungs-experten hans neusel, staatssekretär im bonner innenministerium, angegriffen.

wir haben das militärische ziel der aktion verfehlt - die explosion sollte seinen sicheren tod aber auch den hundertprozentigen schutz unbeteiligter gewährleisten. in dieser spanne haben wir die sprengstoffmenge zu niedrig berechnet.

wir wollten neusel für seine verbrechen zur verantwortung ziehen. er organisiert und führt den krieg gegen alle, die für befreiung, selbstbestimmung und ein menschenwürdiges leben und gegen die zerstörung, die von diesem system ausgeht, kämpfen.

neusel ist seit 85 treibende kraft bei vielen trevi-treffen, von ihm gingen zahlreiche initiativen zur intensivierung und vereinheitlichung der westeuropäischen aufstandsbekämpfung und menschenverachtenden flüchtlingsbekämpfung aus. daß sich seit 87 'terrorismus-experten' der weltwirtschafts-gipfel-staaten regelmäßig treffen, geht auf die initiative neusels und des französischen innenministers zurück.

in allen krisenstäben, die mit widerstandsbekämpfung zu tun haben (ob wegen der entführung von managern deutscher multis im libanon, koordinierung der fahndung nach aktionen von uns ...) und den geheimdienstausschüssen der regierung ist neusel entweder mitglied, oft auch vorsitzender.

im frühjahr 89, als die gefangenen hier im hungerstreik waren, um ihre zusammenlegung zu erkämpfen, war neusel (vor der ernennung von schäuble zum innenminister) faktisch chef des ministeriums - zimmermann hatte sich schon lange vorher inoffiziell aus dieser funktion verabschiedet.

in dieser zeit puschte das innenministerium offensiv die parole: "der staat darf sich nicht von diesen gefangenen erpressen lassen".

bei treffen von vertretern der länder-justizministerien war neusel dabei, um dort die linie des innenministeriums zu vertreten.

im zusammenhang mit dem hungerstreik hier, war von anfang an klar:

solange die harte haltung der regierung nicht durch den kampf der gefangenen und all derer, die die durchsetzung der forderung nach zusammenlegung zu ihrer eigenen sache gemacht hatten, gebrochen ist, solange ist neusel teil der fraktion, die über die leichen unserer genossinnen und genossen gehen will. diese

eisenharte nato-linie vertritt neusel für die bundesregierung aktuell in dem angriff der westeuropäischen bestie gegen die gefangenen revolutionäre in spanien.

neusel verkörpert - wenn auch indirekt - die personelle kontinuität des deutschen faschismus vom 3. reich zum 'großdeutschland', das auf das 4. reich zusteuert. er hat seine politische karriere über viele jahre an der seite von alt-nazi und ex-bundespräsident carstens gemacht, und formuliert auch öffentlich seine faschistischen gedanken und ideen ohne jeden versuch einer schein-demokratischen ummäntelung. als es 87 um die aufnahme von 14 chilenischen gefangenen revolutionären ging, die von dem faschistischen militärregime zum tode verurteilt worden waren, verlangte neusel zuvor von ihnen die "entkräftung der gegen sie erhobenen vorwürfe" - was nichts anderes hieß, als daß er ihre hinrichtung forderte.

neusel hat die entscheidung über den einsatz der gsg 9 und ist beteiligt an der entscheidung darüber, wer von dieser killertruppe ausgebildet wird, wie z.b. türkische spezialeinheiten, die heute in kurdistan das volk niedermetzeln.

die offensive gegen die gefangenen in spanien, mit der sich die sozialistische regierung unter gonzales endgültig - gerade in hinblick auf 'europa 92' - als zuverlässiges mitglied der kernstaaten des europäischen machtblocks profilieren will, läuft mit voller rückendeckung der übrigen westeuropäischen staaten. dieser block mit der brd an der spitze hat sich heute zur weltmacht aufgeschwungen und muß gegen die sich ständig verschärfenden widersprüche, die sich schon lange nicht mehr befrieden lassen, die innere stabilität durchsetzen. vor diesem hintergrund läuft aktuell quer durch alle westeuropäischen länder der versuch, jeden gedanken an widerstand und selbstbestimmung im eisernen würgegriff und der permanenten demonstration der totalität ihrer macht,zu ersticken.

und in diesem zusammenhang hat die frage, ob die gefangenen in spanien mit ihrem kampf durchkommen, für die gesamte nächste phase, dem neuaufbau revolutionärer praxis in westeuropa, große bedeutung.

so wie der brd-staat 77 versucht hat, über unsere niederlage ein für allemal mit dem problem der guerilla schluß zu machen und gleichzeitig die gesamte linke hier in tiefe resignation und ohnmacht zu stürzen, so zielt der angriff auf die gefangenen aus grapo und pce(r) zugleich auf die gesamte revolutionäre bewegung und alle fortschrittlichen kräfte in westeuropa.

die zerschlagung der gefangenenkollektive und die isolierung der genossinnen und genossen soll einen umschlag in der entwicklung der letzten jahre einleiten und das genau an der frage, wo die einheit und das bewußtsein über die notwendigkeit gemeinsamen handelns quer durch westeuropa in den revolutionären bewegungen und bei vielen, denen es um radikale veränderungen geht, am weitesten entwickelt ist.

der versuch diesen umschlag jetzt umzusetzen, kommt aus der internationalen entwicklung: der imperialismus hat den kalten krieg gewonnen. die auflösung des sozialistischen blocks und damit auch seiner historischen funktion für die befreiungsprozesse im trikont hat zu einer neuen stabilisierung des imperialistischen machtblocks geführt.

die rasende entwicklung der letzten monate und die einverleibung der ddr hat die brd innerhalb westeuropas zu uneingeschränkter vormacht und den ganzen westeuropäischen block zur weltmacht gebracht.

aus dieser neuen machtposition versuchen sie heute an jedem punkt terrain gegen alle revolutionären kämpfe und kämpfe um lebensbedingungen zurückzugewinnen und da, wo von unten schon ziele durchgesetzt wurden, die entwicklung wieder zurückzudrehen.

seit anfang/mitte der 80er jahre, als der befreiungsprozeß weltweit an grenzen gestoßen war, mußten die kämpfenden überall anfangen, nach neuen wegen zu suchen.

das hieß in vielen ländern im trikont, daß zu den revolutionären befreiungsbewegungen basisbewegungen entstanden sind, die für die veränderung der unmenschlichen und unwürdigen lebensbedingungen kämpfen und angefangen haben, ihren alltag selbst zu organisieren.

so hat sich in verschiedenen ländern (die intifada in palästina und kurdistan oder die befreiungsbewegungen in el salvador oder den philippinen) eine macht von unten herausgebildet, die neben der reaktionären staatsmacht existiert.

diese entwicklung hat ihren ausdruck auch in den metropolen. die kämpfe, die sich in den letzten jahren hier entwickelt haben, und in denen unterschiedliche menschen zusammengekommen sind, sind kämpfe für veränderungen hier und sofort.

zum einen richten sie sich gegen zerstörerische imperialistische projekte. zum anderen sind aus der erfahrung vieler, daß der kapitalistische alltag mit konkurrenz, der beziehungslosigkeit der menschen untereinander, dem leben in der isolation zerstörerisch ist, kämpfe für selbstbestimmte lebenszusammenhänge entstanden. das ist der kern davon, daß in ganz westeuropa z.b. hausbesetzerbewegungen entstanden. da wo sich menschen selbstbestimmte räume erkämpft haben, sind neue möglichkeiten und bezugspunkte für die herausbildung einer revolutionären bewegung entstanden.

diese entwicklung wollen sie zurückdrehen und umkehren. die aktuellen projekte der konterrevolution: zerschlagung der gefangenenkollektive in spanien, die niederschlagung von gefangenen-revolten in mehreren ländern, die brutale räumung seit jahren besetzter häuser und knaststrafen in groningen (nl), dänemark, die razzien und hetze gegen die hafenstraße stehen da in einer reihe.

sie zielen gegen alle ansätze, die wie z.b. der hafen hier dafür stehen, daß es möglich ist, gegen ihren machtapparat eigene ziele durchzusetzen, daß gegen den kapitalistischen 24-stunden-alltag eine von den menschen bestimmte wirklichkeit existieren kann.

gegenüber der internationalen entwicklung, aber gerade auch gegenüber dem faschistischen durchmarsch und aufschwingen der brd zur neuen großdeutschen weltmacht, sagen viele genossen und andere menschen, die gegen dieses system der unterdrückung und unmenschlichkeit aufgestanden sind, daß wir keine chance haben durchzukommen, weil der feind übermächtig sei und die kräfte für die umwälzung zu schwach.

und das ist die andere seite: diese resignation und zum teil auch lähmung verhindert viele initiativen, die schritte im neuaufbau einer starken revolutionären bewegung sein könnten.

die entscheidung gegen das imperialistische system und für eine welt, in der die menschen selbstbestimmt und frei leben können, zu kämpfen, kann nicht davon abhängig sein, ob die eigene seite oder der feind in einer bestimmten phase stark ist, also ob der sieg in greifbarer nähe liegt oder in einem langen kampf durchgefochten werden muß.

die entscheidung für den revolutionären kampf kann nur aus der eigenen erfahrung im system und seiner brutalität und zerstörung kommen und aus den eigenen zielen und vorstellungen - eben wie man leben will.

wir denken, daß ein wichtiger schlüssel für viele, aber auch für die nächsten schritte im aufbau von revolutionärer gegenmacht darin liegt, sich diese erfahrung, denn die ist bei jedem mensch die wurzel für den eigenen aufbruch, bewußt zu machen.

die erfahrung der zerstörung durch das system kann zur bewußten und endgültigen entscheidung für die umwälzung der herrschenden realität und für ein selbstbestimmtes und -organisiertes leben gebracht werden.

wir alle müssen es jetzt anpacken zur gemeinsamen kraft zu werden. die entscheidung, die aktion gegen neusel jetzt und im zusammenhang mit dem streik in spanien zu machen, ist für uns ein neuer schritt auf dem weg, zusammen gegenmacht aufzubauen im gemeinsamen kampf für die durchsetzung einer forderung, die brennpunkt in der gesamten auseinandersetzung ist.

wir hatten nicht von anfang an vor, in die entwicklung des hungerstreiks der spanischen genossen und genossinnen zu intervenieren. erst nachdem klar war, daß selbst nach dem mord an josé manuel sevillano und den sich daran verschärfenden widersprüchen in spanien selbst und den vielen und vielfältigen initiativen in anderen westeuropäischen ländern für die durchsetzung der forderung, die gonzales-regierung an ihrer harten haltung festhalten will - und eben der einschätzung, daß der westeuropäische block an der zerschlagung der gefangenenkollektive in spanien und der liquidierung der genossen dort, die ganze entwicklung und bedingungen für alle kämpfe zurückdrehen und umkehren will - haben wir uns zur bewaffneten intervention entschlossen. nur eine bewaffnete aktion konnte diese festgefressene situation wieder offen machen.

sie kann alle initiativen, die zum streik bis jetzt gelaufen sind, zu neuer schärfe bringen, und sie macht vor allem einen neuen anlauf möglich, weil sie politischen raum dafür aufmacht. jede initiative, die jetzt kommt, zählt!

es ist heute so und wird aus den unterschiedlichen bedingungen in den einzelnen ländern und der verschiedenen schwerpunkte, die die kämpfenden in diesen ländern für sich bestimmen, weiter so sein, daß sich die antiimperialistische front in westeuropa aus einer vielfalt von kämpfen zusammensetzt.

wir denken, daß es jetzt möglich ist und ein erster gemeinsamer schritt im neuaufbau einer starken revolutionären bewegung sein kann, daß wir uns über die brennpunkte in der konfrontation imperialismus/befreiung zu verständigen, um daran zur gemeinsamen intervention zu kommen.

so soll unser angriff jetzt in zwei richtungen wirken, die eine, konkret zur durchsetzung der forderung der gefangenen und im aufbau revolutionärer gegenmacht in westeuropa, und die andere, als einleitung einer langen kampfphase gegen die neuentstandene großdeutsche/ westeuropäische weltmacht.

die brd und neuen machteliten der ddr verfolgen mit dem schritt zum großdeutschland dieselben ziele und imperialen pläne wie der nazi-faschismus.

der dritte überfall, den das deutsche kapital in diesem jahrhundert auf die völker europas führt, wird nicht mit militärischen mitteln, sondern mit den mitteln der wirtschaft und politik geführt. die unterwerfung von millionen menschen unter die prinzipien von markt, profit und warenstruktur bringt neues leid und elend für die völker. es werden diesmal nicht millionen tote und ausgelöschte dörfer sein, sondern millionen entwürdigte und unterdrückte menschen, die an der zerstörung ihrer lebenstrukturen und menschlichen beziehungen verzweifeln und innerlich - in ihrer seele - zu grunde gehen sollen.

und auf der basis der neuen macht, die das brd-kapital an der spitze westeuropas aus dieser entwicklung zieht, wollen sie zu einer neuen runde in der unterwerfung und ausplünderung der völker im trikont ausholen.

wir stellen uns mit aller kraft gegen diese entwicklung, weil es unsere aufgabe im internationalen klassenkrieg ist, sie mit diesen plänen nicht durchkommen zu lassen.

gegen den sprung der westeuropäischen bestie

unseren sprung im aufbau revolutionärer gegenmacht!

die wiederzusammenlegung der gefangenen von grapo und pce(r) gemeinsam durchsetzen - die zusammenlegung aller revolutionären gefangenen und damit die perspektive für ihre freiheit erkämpfen!

krieg der weltmacht brd/westeuropa!

den bewaffneten kampf organisieren!

zusammen kämpfen und wir werden siegen!

rote armee fraktion

29.7.90

42. Was passiert mit den RAF-AussteigerInnen?

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:58

Nachdem am 8.6.90 in der Presse die Festnahme von Susanne Albrecht bekanntgegeben wurde, überschlugen sich die Festnahmenachrichten. Am 14.6. meldeten die Medien die Festnahme von Inge Viett. Am 16.6. jubelte man außer über die Festnahmen von Ekkehard Seckendorff, Monika Helbing, Werner Lotze und Christine Dümlein auch noch über das Ergreifen von Barbara und Ludwig Meyer und Elke Callsen. Bei den zuletzt genannten drei handelte es sich in Wirklichkeit um völlig unbeteiligte DDR-BürgerInnen, die sofort wieder frei gelassen werden mußten. Die RAF-Hysterie war inzwischen auch bei den ehemals realsozialistischen und nun neu gewendeten Terroristenjägern in der DDR ausgebrochen. Unterstützt wurden sie von BKA-Beamten, die sich nach Aussagen von DDR-Anwälten ohne jede rechtliche Grundlage nicht nur beratend, sondern auch aktiv an der flächendeckenden Fahndung beteiligten. Innerhalb eines kurzen Zeitraumes wurden dann Sigrid Sternebeck, Silke Meier-Witt, Henning Beer und Baptist Ralf Friedrich inhaftiert.

Inzwischen mußten Christine Dümlein, Baptist Ralf Friedrich und Ekkehard Seckendorff wieder freigelassen werden. Der gegen sie erhobene Vorwurf der Mitgliedschaft in der RAF ist verjährt. Die anderen Straftaten aus dem Zeitraum nach ihrer Einbürgerung in die DDR, die ihnen von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen wurden, konnten trotz intensiven Bemühens der bundesdeutschen Behörden nicht aufrecht erhalten werden.

Außer Monika Helbing sind alle Festgenommenen inzwischen in die BRD "zugeliefert" bzw. "überstellt" worden und sitzen in BRD-Knästen.

Die Vermutungen und Gerüchte darüber, wie es zu den Festnahmen kommen konnte, haben eine ziemliche Spannbreite. Einerseits wird die Vermutung laut, daß führende Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) der DDR mit dem Verrat der RAF-AussteigerInnen für sich und andere Stasi-Mitarbeiter Amnestie und ggf. Übernahme in den zukünftigen gesamtdeutschen Staatsdienst ausgedealt haben. Andere Stimmen wollen wissen, daß die Informationen von den BRD-Behörden gut bezahlt worden seien. Gut genug jedenfalls, um sich damit im Westen eine neue Existenz aufzubauen. In diesem Fall bliebe fragwürdig, ob irgendein Mitarbeiter der Stasi alle diese Informationen zur Verfügung hatte. Besonders gut verkaufen läßt sich dagegen die Version, bei der Plünderung der ehemaligen Stasi-Gebäude sei man auf Akten gestoßen, die darüber Hinweise enthalten hätten: Damit hätten die neuen demokratischen Bürgerbewegungen den Fahndungserfolg erbracht. Last not least bleibt festzustellen, daß der DDR-Innenminister Diestel von den Festnahmen zweifellos den größten Nutzen hatte, stand er doch unter starkem Beschuß, die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter decken zu wollen, die Stasi-Auflösung nicht ordentlich betrieben zu haben, die alten Stasi-Mitarbeiter alle in den neuen Staatsdienst übernehmen zu wollen. Da fanden die Festnahmen genau zum richtigen Zeitpunkt statt, um seinen angeschlagenen Ruf wieder herzustellen. Das Lob für den Fahndungserfolg stabilisierte seinen Ministersessel. Ob wir deshalb die damit verknüpfte Geschichte über die Aktiv-BürgerInnen aus der DDR glauben müssen, ist eine andere Sache. Diese Geschichte besagt nämlich, daß es Hinweise und Anzeigen bei den Polizeibehörden gegeben habe, weil die ehemaligen RAFlerInnen wiedererkannt worden seien. Wiedererkannt aufgrund der kurze Zeit vorher in der DDR an zentralen Stellen ausgehängten Fahndungsplakate mit den zehn Jahre alten Fahndungsfotos. Schwer zu glauben, wenn man sich die alten und neuen Fotos nebeneinander ansieht.

Zur Aufklärung, wie es sich wirklich zugetragen hat, könnten diejenigen, die Einsicht in die Ermittlungsakten haben, wesentlich beitragen.

Absprachen zwischen BND und Stasi?

Mit großer Wahrscheinlichkeit ließen sich aus der richtigen Variante über das Ermittlungs- und Festnahmegeschehen Rückschlüsse auf die Rolle des BND bei der Einbürgerung der AussteigerInnen ziehen.

Mittlerweile völlig unstrittig ist die Tatsache, daß aufgrund von Aussagen von BesucherInnen und ÜbersiedlerInnen aus der DDR der BND mindestens seit 1986 über die Aufenthaltsorte eines Teils der RAF-AussteigerInnen informiert war. Bekannt ist auch, daß sich daraufhin nichts tat. Keine Auslieferungsanträge, keine Beschuldigungen des DDR-Regimes als Terroristenhelfer. Keine offiziellen Verlautbarungen an die Presse, damit sich die Medien austoben können.

Das läßt zumindest Spekulationen zu. Waren die ausgestiegenen RAFler, die man passiv im Realsozialismus wußte, politisch bequemer als die RAF-Gefangenen in den Isolationstrakten der BRD- Knäste? Daß solche Überlegungen zumindest eine Rolle gespielt haben, läßt sich aus den letzten Vorschlägen von Lochte schließen. Darin fordert er zum wiederholten Male die Zusammenlegung der RAF-Gefangenen, weil er überzeugt ist, daß das der einfachste Weg sei, die RAF zu zerschlagen. Einerseits würden die zusammengelegten Gefangenen sich über kurz oder lang ideologisch zerstreiten. Andererseits würde den Unterstützergruppen draußen die Legitimation für ihre Aktionen genommen, da diese sich bisher aus den Sonderhaftbedingungen speiste. Eine eigenständige Politik sei bei der jetzigen Generation der RAF nicht mehr zu finden. Einen ähnlichen Streit gab es zwischen Verfassungsschutzinteressen (vorbeugend verhindern) und Staatsinteressen (Flagge zeigen) auch schon Ende der siebziger Jahre. Schließlich hat sich seit 1972 gerade aus den Unterstützergruppen der politischen Gefangenen ein großer Teil zu militanter Unterstützung entschlossen, um die Gefangenen irgendwie rauszuholen.

Wenn solche Überlegungen eine Rolle gespielt haben, dann stellt sich die Frage, ob es einen Grund für eine Einbeziehung des BND oder ähnlicher Stellen in die Einbürgerungspläne gab. Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre hatte die RAF Kontakte zur PLO, die ihr in verschiedenen Fällen Hilfe gewährte. Konkret waren die RAF-Aktivisten den PLOlern wohl eher hinderlich als nützlich. Wenn man diesen Faden etwas weiter spinnt, kommt man schnell auf eine mögliche Situation, in der die RAF sich an die PLO wendet wegen einer Unterbringung der Aussteiger. Was heißt das für PLO-Kämpfer? In ihrem Heimatland würden weiße WesteuropäerInnen auffallen wie bunte Hunde. Sie beherrschen außerdem die Sprache nicht und wollen ja auch nicht weiterkämpfen, sondern aussteigen. Die PLO hat wiederum gute Kontakte in die DDR. Hier stellt sich das Problem des Auffallens nicht, dafür aber die Gefahr des Erkanntwerdens, immerhin gibt es Reisende zwischen BRD und DDR. Das heißt, es muß zur Absicherung ein o.k. der BRD dazu geben. Vielleicht konnte die PLO Angebote über den Stop von weiteren Anschlägen gegen westdeutsche Einrichtungen anbieten (seit 1980 gibt es tatsächlich keine mehr). Vielleicht konnten andere Vereinbarungen getroffen werden, die die BRD zustimmen ließen. Unterstellt man, daß die heutige Lochte-Argumentation damals in ähnlicher Form diskutiert wurde, gab es ja auch ein eigenständiges Interesse der BRD, die Aussteiger so befriedet wie möglich zu halten. Wer in diesem Szenario nun letztlich das o.k. gab, ob Schmidt persönlich oder die Führung des BND, ist eine Sache, die sich möglicherweise im Zusammenhang mit den anstehenden Strafverfahren gegen die AussteigerInnen klären läßt. Bei der regen Spionagetätigkeit seitens der BRD in der DDR scheint es zumindest sehr unwahrscheinlich, daß zu keinem der zehn Festgenommenen in der Zwischenzeit irgendein Hinweis gekommen wäre. Nur darüber, daß die Behörden in der BRD Bescheid wußten, erklärt sich auch, daß sie 1986 aufgrund der konkreten Aussagen zu Aufenthaltsorten von gesuchten Top- Terroristen nur müde gelächelt haben.

DDR: Juristisches Hoheitsgebiet der BRD?

Die Bundesanwaltschaft (BAW) forderte die sofortige Überstellung aller Festgenommenen. Kurze Zeit wurde mit dem Gedanken gespielt, ein Ermittlungsverfahren nach §129a gegen Mielke, Wolf und Honecker einzuleiten. Die Presse schäumte über die "Stasi-RAF-Connection". Ein gefundenes Fressen, die alte DDR-Regierung als Terroristenhelfer zu diffamieren. Über Wochen wurde versucht, ein Bild zu zeichnen, daß es gar nicht anders gewesen sein konnte, als daß Honecker, Wolf und Mielke persönlich Absprachen mit den aufgenommenen RAFlern trafen und deren Einsätze in der BRD anordneten. Die Stasi hatte dabei den logistischen Teil für die RAF übernommen. In der "BILD" fand sich diese "Erkenntnis" dann mit folgender Hauptschlagzeile auf Seite eins wieder: "Honecker schickte uns die Mörder".

Während Susanne Albrecht den Druck von Bundesanwaltschaft, Presse und Familie nicht aushielt und schon sehr bald auf eigenen Wunsch überstellt wurde, nachdem sie sich entschieden hatte, als Kronzeugin gegen ihre früheren GenossInnen aufzutreten, gab es bei den anderen ein zähes Ringen um die Überstellung. Während die BAW selbstverständlich davon ausging, daß eine Auslieferung stattfindet, sah die DDR-Justiz die Sachlage etwas anders. Einerseits waren die Festgenommenen mittlerweile DDR- Bürger, da ein Widerruf der Staatsbürgerschaft nur innerhalb von fünf Jahren zulässig ist. Dieser Widerruf war nicht erfolgt. Artikel 23 Absatz 2 der DDR-Verfassung besagt außerdem, daß kein Bürger der DDR an eine auswärtige Macht ausgeliefert werden darf. Ein Auslieferungsabkommen gibt es nicht. Andererseits waren die Haftbefehle so dürftig, daß auch bei gutwilliger Beurteilung kein ausreichender Grund für eine Auslieferung gegeben war. Der stereotype Vorwurf der Mitgliedschaft in der RAF war inzwischen verjährt. Die BAW flog per Hubschrauber

weitere "Beweise" ein. Die Festgenommenen sollten so ziemlich gemacht haben oder zumindest irgendwie daran beteiligt gewesen sein, was sich in den letzten 15 - 20 Jahren an nicht aufgeklärten Fällen im Stapel "RAF" auf dem Schreibtisch der Bundesanwaltschaft angesammelt hatte. Neben diversen nicht aufgeklärten Banküberfällen war die gesamte "RAF-Geschichte" Gegenstand der Vorwürfe, mit denen die BAW via bundesdeutsche Medien die ehemaligen RAFlerInnen immer wieder in Zusammenhang brachte: Ponto, Buback, Schleyer, Zimmermann, Pimenthal, Beckurts, Braunmühl, Herrhausen und natürlich die verschiedenen Anschläge auf Einrichtungen. Die Haftrichter in der DDR prüften also erneut. Haftbefehle wurden von einem Richter aufgehoben, vom eiligst herbeigerufenen anderen Richter wieder in Kraft gesetzt. Am Ende wurde Inge Viett gegen ihren Willen überstellt. Henning Beer, Silke Meier-Witt, Sigrid Sternebeck und Werner Lotze kamen "auf eigenen Wunsch".

Bundesanwaltschaft hofft auf neue Erkenntnisse

Von Susanne Albrecht erhofft sich die BAW Aufklärung mindestens im Ponto-Fall. Obwohl die Vernehmungen nicht öffentlich sind, weiß die Presse zu berichten, daß aufgrund ihrer Aussagen die alten Ermittlungsergebnisse bis ins Detail bestätigt werden. Außerdem wird behauptet, sie hätte Brigitte Mohnhaupt als Ponto-Schützin genannt. Welche Ermittlungen der BAW denn nun bestätigt werden, bleibt im Unklaren. Verurteilungen von RAF-Gefangenen haben sich bisher immer auf das Konstrukt des §129a gestützt, die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, die ausreicht, um ohne konkreten Nachweis einer Tatbeteiligung zu verurteilen. Denn den Beweis einer konkreten Beteiligung ist die BAW in der Regel schuldig geblieben. Das war für die Verurteilung zu - teilweise mehrfach - lebenslangen Haftstrafen kein Hindernis.

Sigrid Sternebeck schreibt für den "Spiegel" ihre "Lebensbeichte" - andere setzen fort. Bisher hat sie in dieser öffentlichen Form ihrer "Aussage" keine Beschuldigungen gegen andere erhoben. Was sie zum Besten gibt, sind Allgemeinplätze ihrer persönlichen politischen Entwicklung, schlechte Tagebuchaufzeichnungen, mit denen sie nun das Scheitern der RAF-Politik begründen will. Eine ernsthafte Auseinandersetzung ist das bisher nicht. Daß nun gerade der "Spiegel" das geeignete Medium dafür ist, eine Diskussion um die gescheiterte Politik des bewaffneten Kampfes mit denen, die es betrifft, anzufangen, ist doch sehr unwahrscheinlich.

Absolut fragwürdig ist die juristische Beratung, die offensichtlich Werner Lotze bekommt. Nach Pressemeldungen hat er in seinen Aussagen einen Polizistenmord zugegeben, mit dem er bisher überhaupt nicht in Verbindung gebracht worden ist.

Aussagen bei Vernehmungen machen, wenn man der Presse Glauben schenken kann, auch Henning Beer und Silke Meier-Witt. Über Inge Viett wurde bisher nichts gemeldet.

Lebensbeichten beim Staatsschutz?

Einfach nur Verrat zu schreien, wird dem Problem nicht gerecht. Daß es Ende der siebziger Jahre in der RAF Widersprüche gegeben hat, war in der Linken bekannt. Durchaus auch bekannt war, daß zumindest ein Teil aussteigen wollte und auch ausgestiegen ist. Vermutet hat man sie - zumindest bis Mitte der achtziger Jahre - sicherlich nicht unbedingt im Realsozialismus der DDR. Der Ausstieg der GenossInnen hat keine Diskussion über den Ansatz RAF zur Folge gehabt. Die Aussteiger wurden solidarisch behandelt, es wurde von den Aktiven eine Möglichkeit zum Ausstieg gesucht und gefunden, der ihnen formal ein "normales bürgerliches Leben" erlaubte, obwohl die mögliche Enttarnung die ganze Zeit über nicht ausgeschlossen war. Mit der neuen Identität und aus der DDR heraus war es den Ehemaligen völlig unmöglich eine Auseinandersetzung um das - wie sie heute sagen - Scheitern der RAF-Politik zu führen. Es bedarf nicht viel menschlichen Einfühlungsvermögens, um nachvollziehen zu können, daß sie reden wollen. Eigentlich müßte die verbliebene westdeutsche Linke sagen: absolut notwendig, daß sie endlich reden. Die Gesprächspartner und die Medien, die sie sich ausgesucht haben, Staatsschutz und "Spiegel", werden das Aufkommen einer ernsthaften Auseinandersetzung über die Frage des bewaffneten Kampfes, über die RAF-Politik im konkreten, vermutlich gar nicht erst aufkommen lassen.

Eigentlich gehört die Auseinandersetzung mit den AussteigerInnen von 1980 genauso zu einer offenen Debatte, wie die Briefe aus den Knästen, wie Erklärungen der aktuell aktiven RAF-GenossInnen und eine Beteiligung der gesamten oppositionellen, radikalen Linken. Wenn wir mit unserer politischen Vergangenheit ernsthaft umgehen wollen, dann gehört dazu auch, daß wir uns überlegen, wie wir die ehemaligen

RAF-AussteigerInnen dazu bewegen können, mit uns und nicht mit dem Staatsschutz in die Auseinandersetzung zu gehen.

Sicherlich hat sich von vorne herein Susanne Albrecht mit ihrer Entscheidung, als Kronzeugin zu agieren, aus einer solidarischen Auseinandersetzung selbst herauskatapultiert. Bei allen anderen sind die AnwältInnen dringend aufgefordert, endlich in Form von Presseerklärungen, öffentlichen Veranstaltungen oder zumindest Gesprächsangeboten an linke Presse das Schweigen um die Gefangenen zu durchbrechen. Da es von den AnwältInnen oder ihren MandantInnen keinerlei Erklärungen, Stellungnahmen o.ä. gibt, kann sich jedes beliebige Gerücht ausbreiten. Das nützt erfahrungsgemäß nur dem Staat und schafft Entsolidarisierung.

ga., antirep

43. Unnachgiebige Haltung der Regierung führt zum ersten Toten im Hungerstreik der GRAPO

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:13

Seit dem 30. November 1989, seit über 250 Tagen also, befinden sich etwa 40 Gefangene der GRAPO und der PCE(r) in spanischen Knästen im Hungerstreik. Sie kämpfen für ihre Wiederzusammenlegung in zwei große Kollektive, die sie 1981 mit einem Hungerstreik durchgesetzt hatten (s. AK 317). Am 25. Mai, dem 177. Tag des Hungerstreiks, starb Jose Manuel Sevillano. Alle am Hungerstreik Beteiligten haben bereits irreparable gesundheitliche Schäden und werden nur noch durch Zwangsernährung - ähnlich der bundesdeutschen Komaregelung - am Leben erhalten. Sie werden weiterhin ständig verlegt und in Isolation gehalten. Nachdem einige Ärzte sich geweigert haben, Zwangsernährung durchzuführen und u.a. Menschenrechtsorganisationen, Medizinerverbände und Journalisten gegen die Zwangsernährung protestierten und sogar einzelne Richter Bedenken anmeldeten, hat nun der Oberste Gerichtshof entschieden, daß Zwangsernäh- rung durchgeführt werden kann, auch bevor die Gefangenen im Koma liegen.

Die PSOE-Regierung bleibt bei ihrem harten Kurs, versucht den Hungerstreik auszusitzen und nimmt Tote dabei billigend in Kauf. Alle Angebote von Menschen aus Kirchen und Menschenrechtsorganisationen zu vermitteln werden ausgeschlagen. Das einzige Angebot an die Gefangenen: Anwendung der gesetzlichen Möglichkeit einer vorzeitigen Haftentlassung bei guter Führung, wenn der/die Betreffende politisch abschwört. Auch die über 600 baskischen politischen Gefangenen bleiben über den ganzen Staat verstreut.

Die Solidarität in Spanien bleibt dabei weiterhin recht verhalten. Nach dem Tod von Sevillano demonstrierten 350 Menschen in Madrid. Lediglich in Euskadi ist die Mobilisierung etwas größer, in Bilbo (span.: Bilbao) und Irunea (span.: Pamplona) kam es zu Straßenschlachten, in Renteria wurden vier Bahnwaggons abgefackelt.

Daß sich die Gefangenen mit dem Hungerstreik bisher - anders als 1981 - nicht durchsetzen konnten, liegt nicht allein an der Schwäche der Solidaritätsbewegung. Die war damals, nach Angaben der Angehörigen der Gefangenen, schwächer als heute; die politischen Rahmenbedingungen haben sich jedoch geändert.

1981, als die Zusammenlegung in Knastkollektive durchgesetzt wurde, war der Prozeß der Umwandlung Spaniens von einer faschistischen Diktatur in eine bürgerliche Demokratie noch nicht abgeschlossen: Das Militär versuchte, mit einem Putsch Stärke zu demonstrieren, die Regierung ihrerseits demonstrierte relative Liberalität gegenüber den politischen Gefangenen.

Heute stellt sich die Lage anders dar: Der spanische Staat ist gefestigt, Teil der Europäischen Gemeinschaft und der NATO, die spezialdemokratische Strategie der Befriedung sozialer Kämpfe hat gegriffen. Die "demokratische" Normalität kehrt ein: Isolationsfolter, Zwangsernährung, Ignorieren der Forderungen der Gefangenen. Daß diese Normalität in EG-weiten Abkommen vereinheitlicht und festgeschrieben wird, befördert diesen Vorgang noch einmal. So wird die Dreistigkeit der PSOE-Regierung erklärbar, mit der sie - ihrer Macht sicher - nach der Wahl ihre zuvor öffentlich gemachten Zugeständnisse an die Gefangenen annulliert.

olaf, KB-Hamburg

Quellen:

Euskadi Information aug./sep., radikal 140

Mahnwachen in Hamburg vor dem spanischen Generalkonsulat, Mittelweg 37, jeden Donnerstag von 10 bis 12 Uhr.

44. PKK-Prozeß in Düsseldorf Bundesanwaltschaft unterschlägt Entlastungsmaterial

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:35

In dem seit rund zehn Monaten andauernden Prozeß gegen KurdInnen vor dem OLG Düsseldorf stellte sich nach der Sommerpause heraus, daß die Bundesanwaltschaft seit Beginn des Prozesses entlastendes Beweismaterial zurückhält. Nur durch Zufall wurde bekannt, daß ein angeblich nicht auffindbarer Zeuge, auf dessen Aussagen sich der Mordvorwurf stützt, bereits im November 1989 vom BKA verhört worden war und dabei auf ihm vorgelegten Fotos keinen der Angeschuldigten identifiziert hatte. Dennoch hielt die BAW den Mordvorwurf (auf den sich u.a. ein Haftbefehl stützt) bis jetzt aufrecht und informierte weder das Gericht noch die Verteidigung über die (entlastende) Vernehmung. Das Gericht jedoch lehnte den Antrag der Verteidung auf Ablösung des für die Aktenunterdrückung verantwortlichen Bundesanwalts Senge ab.

Die "Qualität" der verbliebenen Zeugen der Anklage läßt sich daran ablesen, daß außer dem Kronzeugen A. Cetiner (s. AK 316) ein weiterer Hauptbelastungszeuge - N. Arslan - bereits seit zweieinhalb Jahren(!) vom BKA finanziell unterhalten, verpflegt, bekleidet und kontrolliert wird.

Wir dokumentieren im folgenden die Presseerklärung der Verteidigung vom 7. August, in der sie eine Zwischenbilanz nach drei Monaten Beweisaufnahme und den ersten fünf vernommenen Zeugen vornimmt.

Presseerklärung der Verteidigung im sog. "Kurden-Verfahren" vor dem OLG Düsseldorf

Zwischenbilanz nach drei Monaten Beweisaufnahme und den ersten fünf vernommenen Zeugen:

Auch nach dem Abbau des "Kurden-Käfigs" und der Haftentlassung von sieben der verbliebenen sechzehn Angeklagten im Februar 1990 hat die Bundesanwaltschaft ihr wesentliches Ziel, die Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung PKK, nicht aufgegeben, und der 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf hat bisher alles getan, die Durchsetzung des Anklagekonstrukts nicht zu gefährden. Dabei setzt die Bundesanwaltschaft ihre, seit Beginn des PKK-Verfahrens bekannte rechtspolitische Linie fort, neue strafprozessuale - den Beschuldigtenrechten feindliche - Prinzipien durchzusetzen. Nach Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, Einführung der Kronzeugenregelung und der Trennscheibe im Verhandlungssaal ist die bisherige Beweisaufnahme im wesentlichen gekennzeichnet durch die Bemühungen der Ermittlungsbehörden, den polizeilich vorgestellten Sachverhalt der Beweisaufnahme in öffentlicher Hauptverhandlung zu entziehen.

- Die Aussagegenehmigungen der polizeilichen Zeugen wurden derart beschränkt, daß der Gang der Ermittlungen und die Zusammenarbeit der beteiligten Stellen nicht mehr nachvollziehbar sind. Eine Taktik, der sich der Senat bisher untergeordnet hat.

- Bereits der erste vernommene Polizeibeamte aus Köln legte den Eid auf eine objektive Falschaussage ab. Trotz ausführlicher Befragung durch die Verteidigung verschwieg er bis zur Beendigung seiner Aussage einen wesentlichen Vorgang.

- Der erste erschienene Hauptbelastungszeuge, dessen umfängliche Aussagen vor den Ermittlungsbehörden 1988 zur Verhaftung von acht Angeklagten geführt hatten, berief sich unter Hinweis auf ein gegen ihn geführtes Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen § 129a StGB auf ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht gem. § 55 StPO.

Während die Bundesanwaltschaft in anderen § 129a-Verfahren üblicherweise mit Zwangsmitteln bis zur Beugehaft gegen Personen reagiert, die von ihrem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch machen wollen, machte sie hier das Gegenteil: Sie machte sich zum Anwalt des Belastungszeugen und schlug ihm vor, im Hinblick auf sein eigenes Verfahren umfassend die Auskunft zu verweigern. Das Ermittlungsverfahren gegen den Zeugen ist nach einem Vermerk der BAW seit Sommer 1989 einstellungsreif. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß der plötzliche "Sinneswandel" der BAW zum Umfang des Auskunftsverweigerungsrechts dazu dient, zu verhindern, daß die Verteidigung durch Befragung dieses Belastungszeugen dessen Glaubwürdigkeit überprüfen kann.

Da der Senat sich der interessengeleiteten Auslegung des § 55 StPO angeschlossen hat, bedeutet dies: Die Beweisaufnahme wird auf eine schlichte Reproduktion polizeilich zusammengestellter Akten reduziert, ohne jegliche Überprüfungsmöglichkeit durch die Verteidigung.

- Die Zeugenschutzstelle des BKA betreut und versorgt einzelne Hauptbelastungszeugen zum Teil seit mehr als zwei Jahren. So bezieht der für die Anklage wesentliche Zeuge N. Arslan alias H. Pehlivan seit Februar 1988 Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und Geld als "Schutzmaßnahme" vom BKA. Unter dem Deckmantel des Zeugenschutzes wird so ein umfassendes Abhängigkeitsverhältnis des Zeugen zu den Ermittlungsbehörden aufgebaut. Gleichzeitig ist ein ständiger Zugriff der Ermittlungsbehörden auf den Zeugen gewährleistet.

- Entlastendes Beweismaterial wird durch die BAW unterdrückt. So wurde zufällig bei der Befragung eines Zeugen bekannt, daß entgegen dem Akteninhalt das angeblich nicht erreichbare Opfer eines angeklagten versuchten Mordes sich im November 1989 unter dem Schutz einer Polizeibehörde im Bundesgebiet aufhielt. Die Vermutung der Verteidigung, daß dies zu einer Vernehmung und Lichtbildvorlage genutzt wurde, wies die BAW als "typisches Hirngespinst" der Verteidigung zurück. Auf einen Beweisantrag der Verteidigung mußte die BAW nunmehr einräumen, daß beides tatsächlich erfolgt war und der Zeuge die als Täter angeklagten Personen nicht identifiziert hatte, in einem Fall vielmehr ausdrücklich erklärt habe, die entsprechende Person sei ihm völlig unbekannt. Dennoch weigert sich die BAW weiterhin, die entsprechenden Aktenteile vorzulegen.

Dieser Taktik der Ermittlungsbehörden zur Verhinderung einer vollständigen Aufklärung des Sachverhalts hat sich der Senat bisher weitgehend untergeordnet. Dieser Umstand stimmt insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Vernehmung der beiden weiteren Hauptbelastungszeugen bedenklich. Einer dieser beiden hat seinen Kronzeugenbonus bereits kassiert, hinsichtlich des anderen hat die BAW angedeutet, daß er unter Umständen für eine Vernehmung nicht mehr zur Verfügung stehe, obgleich er sich in Obhut des BKA befindet. Beides würde dazu führen, daß der Verteidigung eine Überprüfung der Richtigkeit der Aussagen verunmöglicht wird.

Neben der Vernehmung der Hauptbelastungszeugen bereitet der Senat die Einführung von Urkunden im "Selbstleseverfahren" vor. Sollte der Senat sich hiermit durchsetzen, so würde ein erheblicher Teil der Beweisaufnahme unter faktischem Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen. Dies ist umso bedeutsamer, als nach der Anklage die Existenz der angeblichen "terroristischen Vereinigung" wesentlich durch Urkunden bewiesen werden soll.

Die Kriminalisierung der PKK wird vor dem OLG Düsseldorf und höchstwahrscheinlich ab Herbst 1990 auch vor dem OLG Celle vorangetrieben, während in Kurdistan der Ausnahmezustand herrscht und das kurdische Volk sich zunehmend gegen die türkische Vorherrschaft organisiert und kämpft (kurdische Intifada). Der bewaffnete Kampf der nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans gegen das türkische Militär hat ein Ausmaß erreicht, daß von offizieller türkischer Seite eine Kriegssituation angenommen wird - einhergehend mit zunehmenden Verhaftungen, Folterungen und Überfällen auf kurdische Dörfer durch die türkischen Spezialtruppen. Strenge Zensur und krasse Menschenrechtsverletzungen kennzeichnen den dortigen Alltag. Die Brandmarkung einer nationalen Befreiungsbewegung als terroristisch ist die unmittelbare Unterstützung des türkischen Regimes in dessen Politik kolonialer Unterdrückung und Vernichtung.

RA Rainer Ahues, Dortmund; RA Elard Biskamp, Frankfurt; RA Joachim Bremer, Frankfurt; RA Berthold Fresenius, Frankfurt; RAin Ulrike Halm, Gießen; RA Martin Heiming, Hirschhorn; RA Franz Hess, Köln; RA Carl-Wolfgang Heydenreich, Bonn; RA Lothar Hinz, Witten; RA Gerd Klusmeyer, Hannover; RAin Edith Lunnebach, Köln; RA Dietmar Müller, Köln; RA Bernd Pradel, Mannheim; RA Ernst Ronte, Frankfurt; RA Dirk Schoenian, Hannover; RA Eberhard Schultz, Bremen; RAin Waltraud Verleih, Frankfurt

45. Das Zuchthaus lebt - Aufstände von Gefangenen weisen auf die unhaltbaren Zustände im Knast hin

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:50

Ausgehend von "Santa Fu", dem weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannten Hamburger Gefängnis, ging in den vergangenen Wochen eine Welle von Aufständen durch die bundesrepublikanischen "Justizvollzugsanstalten". In den bürgerlichen Medien wurden die Erhebungen als "Meutereien Schwerstkrimineller" oder "Aufstände aus Langeweile" dargestellt, über Gründe und Ursachen der Gefangenenrevolten war wenig zu erfahren.

"Santa Fu" von innen, das ist wie eine Zeitreise zurück zur Jahrhundertwende, als dieses Gefängnis konzipiert wurde. Ein düsterer Sternbau, in dem, unabhängig von den Licht- und Wetterverhältnissen draußen, das immergleiche Zwielicht herrscht. "Es gibt 'ne Menge Typen, die siehst du nie auf'm Hof, die hocken schon seit Jahren in ihren Hütten. Manchmal glaub' ich, daß die nicht sehen wollen, wie sich die Dinge rundherum langsam ändern, das können sie einfach nicht verkraften." Die schleichende Verelendung vieler Langzeitgefangener erschließt sich nicht auf den ersten Blick, dafür verläuft der Prozeß zu langsam und subtil. "Ich hab' alle Namen aus meiner Besucherkartei austragen lassen. Die Besuche waren zuletzt der reine Horror. Die von draußen kamen und haben von einer Welt und einem Leben erzählt, das ich nicht mehr kapiert hab'. Naja, und wenn ich dann von hier drinnen berichtet hab', hab' ich deutlich gespürt, daß das für die Meldungen vom Mars waren. Es gab einfach nix Neues mehr, was man gemeinsamerlebt hat und nur von irgendeiner fernen Vergangenheit kann keine Beziehung auf Dauer existieren." Nicht nur in diesem Punkt stehen die Nöte der Gefangenen in "Santa Fu" stellvertretend für das Elend in allen deutschen Knästen.

Reform auf dem Papier

Bereits 1972 machte "Santa Fu" Schlagzeilen. Der erste große Aufstand in dem damals noch als "Zuchthaus" firmierenden Gefängnis setzte eine breite Diskussion über Sinn und Unsinn des Strafvollzugs in Gang, an deren vorläufigem Ende 1977 die Reform des Strafvollzugsgesetzes stand. Fortan sollte hinter den Knastmauern nicht mehr nur verwahrt und weggesperrt werden, vielmehr wurde angestrebt, die Gefangenen im Rahmen eines "behandlungsorientierten Strafvollzugs" zu resozialisieren und in die Gesellschaft zu reintegrieren.

Wer schon einmal im bis heute gültigen Strafvollzugsgesetz geblättert hat, kann den Eindruck gewinnen, daß 1977 die ernsthafte politische Absicht bestand, wegzukommen vom dumpfen"Schuldund-Sühne-Vollzug". Jedoch, kaum wahrgenommen von der breiten Öffentlichkeit, wurde das neue Strafvollzugsgesetz schon bei der Verabschiedung amputiert. Der Kern des neuen Gesetzes, die Angleichung des Gefangenenentgelts an die in Freiheit üblichen Löhne und die Einbeziehung der Inhaftierten in die Alters-, Sozial- und Krankenversicherung, wurde zwar verabschiedet, aber durch einen Zusatzpassus auf unbestimmte Zeit verschoben. Dabei ist es bis heute geblieben. Jahr um Jahr wiederholt sich seither das Abstimmungsritual, mit dem die Länderjustizminister die kostenträchtige Gleichstellung der Gefangenenlöhne ein weiteres Mal aussetzen. Aber auch wenn man davon absieht, daß wesentliche Teile des Strafvollzugsgesetzes nur auf dem Papier stehen, selbst die Umsetzung der übrigen Paragraphen wurde vom Moment der Verabschiedung an von den für den Strafvollzug verantwortlichen Ländern nach Kräften hintertrieben. So soll laut Strafvollzugsgesetz der "offene Vollzug" der "Regelvollzug" sein. Im "offenen Vollzug" kann der Gefangene in Betrieben außerhalb des Gefängnisses arbeiten und hat ein Anrecht auf Ausgang und Urlaub. Die Realität sieht dreizehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes anders aus. Seit Mitte der achtziger Jahre steigt der Anteil der Haftplätze im "geschlossenen Vollzug" wieder an. Dazu paßt, daß der bundesdeutsche Strafvollzug in der vom Europaparlament in Straßburg geführten Statistik bei der Höhe der ausgesprochenen Strafen wie auch bei der Anzahl der verhängten Freiheitsstrafen seit Jahren auf den vordersten Plätzen zu finden ist.

"Also, ich hocke schon über zwanzig Jahre in Fu. War nur zweimal kurz draußen, einmal ist es vier Monate gut gegangen, das zweite Mal hab' ich's 'n dreiviertel Jahr ausgehalten. Ich glaub' nicht, daß ich draußen noch klar komm', war einfach zu lang im Bau." Der Gefangene, der sich selbst diese aussichtslose Diagnose stellt, hat mit seinen Serieneinbrüchen einen Gesamtschaden von unter 60.000 DM verursacht. Sein Weg vom Kinder-über das Erziehungsheim und das Jugendgefängnis bis hierher nach "Santa Fu" klingt nach Klischee,

entspricht aber bis heute dem Werdegang der Mehrheit der hier Untergebrachten. Die Ausgrenzung ins soziale Abseits beginnt noch immer mit zerrütteten Familienverhältnissen, mit Suff und Schlägen. Bei seiner letzten Verurteilung wurde über den Gefangenen die Sicherungsverwahrung verhängt, eine Strafe auf unbestimmte Zeit. Diese Form der Vernichtungshaft wurde eingeführt von den Nazis, um sogenannte "asoziale Elemente, Berufskriminelle und Rückfalltäter" nach Belieben einsperren zu können. In einer Zeit, in der Bonner Parteivorsitzende Steuern in Millionenhöhe hinterziehen, und dennoch nie ein Gefängnis von innen kennenlernen, wird bei den Sicherungsverwahrten deutlich, daß der Begriff Klassenjustiz kein Anachronismus ist.

Drehtür-Strafvollzug

Aus Sicht der Gefangenen läßt sich das Dilemma des Strafvollzugs in einem Satz zusammenfassen: Resozialisieren durch Entsozialisieren in einer asozialen Umgebung, wie soll das gehen? Wer durch den jahrelangen, manchmal sogar jahrzehntelangen Entzug von Freiheit, Selbständigkeit und sozialer Umgebung lebensuntüchtig gemacht wird, kann nicht Fuß fassen in einer sich immer schneller verändernden Gesellschaft. Der heute praktizierte Verwahrvollzug produziert bis zu "80% Rückfälle". Gefangene, ins gleiche soziale Abseits entlassen, das in den meisten Fällen die Ursache ihrer Straffälligkeit war, werden zur Dauerklientel des "Drehtür-Strafvollzugs".

"Zwölf Jahre hab' ich malocht, hab' jeden Scheiß gemacht, Tüten gefaltet, Fahrradventile zusammengesteckt, Karten für Weihnachten und Ostern mit Glitzerkram bestreut, lauter so stumpfsinnigen Mist. Dann haben sie mich mit 800 DM Entlassungsgeld rausgelassen. Was kriegste denn heutzutage noch für 800 Mäuse, 'n Zimmer jedenfalls nicht. Die Kohle hab' ich in zwei Tagen weggesoffen, dann fing alles wieder von vorn an. Is' doch Scheiße, die sollen uns richtig bezahlen, dann können wir auch unsere Schulden abtragen und unsere Leute draußen unterstützen!" Heinz ist 36 Jahre alt und nun zum zweiten Mal in "Santa Fu" inhaftiert. Theoretisch hätte er während der Zeit seiner ersten Inhaftierung eine Lehre machen können. Aber die knastinterne Vergütung für Auszubildende liegt mit rund 100 DM noch unter dem sonst üblichen Knastmonatslohn von durchschnittlich 140 DM, Grund genug für viele Knackis, lieber in einem der Fertigungsbetriebe auf dem Knastgelände stupide Hilfsarbeitertätigkeiten zu verrichten.

Derweil kolportieren die Blätter mit den großen Balkenüberschriften und den auf Analphabeten zugeschnittenen Minimaltexten weiter das Stammtischklischee vom viel zu liberalen "Hotelvollzug". Kein Satz darüber, daß der deutsche Durchschnittsgefange laut Bundesjustizministerium mit einem Schuldenberg von 45.000 DM in die Arbeitslosigkeit entlassen wird. Statt dessen Berichte über angebliche Sex- und Rauschgiftskandale, über Mord und Totschlag hinter Gittern.

Suchtproblem hinter den Mauern

Die triste Wirklichkeit hinter den Schlagzeilen sieht anders aus. Natürlich hört die Sucht nicht auf, wenn ein Abhängiger zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Da sich weder die Politiker der sozialliberalen Ära noch die Justizminister der CDU/CSU/FDP-Koalition entscheiden mochten, ob ein Süchtiger nun als Kranker oder als Krimineller anzusehen ist, wurde das Suchtproblem hinter die Mauern der Knäste abgeschoben. Dabei liegt auf der Hand, daß die Monotonie des Knastalltags, das allmähliche Zusammenbrechen der sozialen Bindungen und die fortgesetzte Kriminalisierung der Süchtigen auch hinter Gittern nicht gerade zur Abstinenz animieren. So infizieren sich weiterhin süchtige Gefangene durch das gemeinsame Benutzen der wenigen eingeschmuggelten Spritzen mit Aids oder sie verrecken hinter Gittern am mit obskuren Zusätzen gestreckten Knast-Heroin.

"Seit ich in Untersuchungshaft genommen wurde, hab' ich mich um 'ne Therapie bemüht. Aber als Knacki stehst du ganz hinten auf der Liste, du bist ja erstmal weg vom Fenster, gibt also keinen Grund für die Justiz, sich wegen so 'nem Fixer ein Bein zu brechen. Letzte Woche haben sie mir nun eröffnet, daß es mit offenem Vollzug und Zweidrittel-Entlassung nichts wird, weil ich ja noch immer ein Suchtgefährdeter sei. Kafka ist kalter Kaffee gegen das, was du hier erlebst, ehrlich."

Der Gefangene, der diesen Ablauf schilderte, ist inzwischen verstorben. Er wurde morgens auf seiner Pritsche sitzend gefunden, die aus einer Kugelschreibermine selbstgebaute Spritze noch im Arm. Keiner kann genau sagen, ob sein Tod Ergebnis einer ungewollten Überdosis war oder bewußt begangener Selbstmord.

So wenig wie die Berichte über angebliche Rauschgiftexzesse der Realität entsprechen, so wenig reflektieren die sensationsgeilen Meldungen von der Einrichtung von "Sex-Zellen" die Beziehungsprobleme der Inhaftierten. Über die Hälfte der in "Santa Fu" einsitzenden Gefangenen haben keinerlei Kontakte mehr nach draußen, bekommen weder Post noch Besuch. Es gibt kaum Ehen oder Freundschaften, die bei Besuchszeiten zwischen einer bis sechs Stunden pro Monat Strafzeitlängen von 5, 10 oder gar 15 Jahren überstehen. Auch die Sonderbesuchsräume, in denen in vielen Gefängnissen inzwischen unüberwachte Besuche erlaubt werden, lassen zärtlichen Austausch, Vertrautheit und das gemeinsame Erleben von Sexualität kaum zu. Wer einmal den Bezug nach draußen verloren hat, hat während der Haftzeit so gut wie keine Möglichkeiten, neue Beziehungen anzuknüpfen.

Wie schon in der Vergangenheit, scheinen die Justizbehörden der Länder nur ein Mittel zu kennen, um die von ihnen mitproduzierte Stagnation und Frustration in den Knästen in den Griff zu bekommen, nämlich mehr Repression. Verpackt wird der Rückfall zum "Law-andOrder-Ansatz" mit soziologisch verbrämten, angeblich neuen Vollzugskonzepten. Zur Zeit wird das "differenzierte Wohngruppenvollzugskonzept" als Lösung der Probleme im Strafvollzug verkauft. Dieses Konzept sieht vor, die Gefangenen nach psychologischen Kriterien in Kleingruppen aufzuteilen, die untereinander nur eingeschränkt und überwacht Kontakt haben dürfen. Diese Kleingruppenisolation soll die "subkulturellen Strukturen" zerstören, also die letzten Reste eigener Identität und eigenständigen Handelns unter Kontrolle bringen. Abgeschafft werden also nicht die Ursachen, die Protest und Revolte provozierten, abgeschafft werden vielmehr die Zusammenhänge der Gefangenen untereinander, um die Organisation von Widerstand unmöglich zu machen.

Organisation und Konzept

Ein seit zwei Jahrzehnten in "Santa Fu" Inhaftierter faßt seine beim Knastaufstand mit der Institution gemachten Erfahrungen zusammen: "Es war schon ein tolles Feeling. Vor der Revolte hätte ich keine fünf Mark drauf gewettet, daß hier noch so was wie Solidarität und Uneigennützigkeit möglich ist. Ich hab' echt gedacht, daß die Mehrheit durch Rund-um-die- Uhr-Farb-TV korrumpiert ist. Ich glaub', daß wir paradoxerweise an dem gescheitert sind, was eigentlich die Stärke der Aktion war, nämlich ihre Spontaneität. Wir hatten kein Konzept, anfangs nicht mal klare Forderungen. Curilla und seine Amtsverweser wußten dagegen ganz genau, was sie wolte. Die haben von Anfang an auf Härte gesetzt und die günstige Gelegenheit gleich noch genutzt, um die Reste des nach innen offenen Vollzugs kaputt zu machen. Wenn wir da noch was bewegen wollen, dann nur mit Hilfe von draußen und 'ner eigenen Organisation, die ein Konzept hat und in der Lage ist, das medienmäßig rüberzubringen."

Gefangene, die etwas über die Mauern ihrer Knäste hinausschauen, sehen in den mit großer Eile durchgedrückten neuen Vollzugskonzepten ein System, das inhaltlich bereits auf die Bekämpfung der sozialen Unruhen der Zukunft ausgerichtet ist. Gefangene, die vor den Knastmauern erfahren haben, daß es möglich ist, Widerstand zu organisieren, werden auseinander "differenziert" und in Kleingruppen isoliert, damit organisatorische Strukturen erst gar nicht entstehen können. Die Frage, ob die momentanen Unruhen in den deutschen Gefängnissen diese Entwicklung bremsen oder gar verhindern können, wird aber kaum in den Knästen entschieden. Wie bei allen "Bewegungen von unten" wird auch bei der Gefangenenbewegung entscheidend sein, wieviel Resonanz und Solidarität die Aktionen der Inhaftierten erfahren.

ul. Hamburg

46. eine weitere antwort auf den text von "einigen menschen aus der hafenstr."(AK 318)

Rubrik: Autonome; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:16

wie ungenau drüber weg

wir gegeneinander sind

das ist eine sache der

angst

ich bin vierunddreißig jahre alt. früher soll ich zu jung zum mitreden gewesen sein, jetzt bin ich wohl schon wieder zu alt. wenn christian geissler nämlich zu alt sein soll, um gehört zu werden von "hinterm deich", dann werde ich`s wohl auch sein.

zuerst dachte ich: unverschämt sind leute, die c. geissler mal eben so `ne überflug-perspektive unterstellen in sachen wahrnehmung und dagegen dem derbsten konkretismus frönen - wir machen und tun in der hafenstraße und vielfältig und durchaus selbsterkannt widersprüchlich. da soll man keiner von auswärts dranstinken, ist nämlich bloß gerede für`n paar hafenstraßler/innen, weil die ja da leben und der nun mal woanders. "so hinterm deich, in dieser fernen dorfidylle - die zwanziger jahre lassen grüßen",rufen die hafenstraßenmenschen diskussionsbereit und abwinkend dem c. g. über`n deich zu. dort soll letzterer vor sich hingekritzelt haben und des ortes wegen "notwendig" weit vom knall sein (sein und bewußtsein, ach ja). so. nee. so nicht. denke ich. und meine: saublöd, so ein reinfallen auf die eigene ideologie in den metropolen, und nur in den städten ginge es widersprüchlich ab wie nur was und viel und heavy und draußen auf`m dorf sei idylle, alles hinterm mond, kurz: abgehängt vom geschichten machen à la hafenstraße.

mit solchem spruch blasen sich hier (in frankfurt am main) die Yuppies widersprüchlich auf, bloß anders gewendet: am puls des zeitgeists zu sein per wohnort und grad der lifestyle-hektik. jemandem den wohnort, den produktions- und reproduktionsort reinzuzwiebeln als beschränktheitsgrundlage, dazu noch mit dem anwurf, dieser jemand sei in den zwanziger jahren irgendwie (denn genau sagt ihr`s ja nicht) steckengeblieben, das ist einfach übel, ihr menschen von der hafenstraße. (nebenbei: was impliziert für euch der verweis auf die 20er jahre? und: der c. g. war 1930 grad mal zwei jahre jung ...).

lest ihr noch? dann weiter: ich spring durch euren text und beschränke mich arg, weil dieser hier sonst zu lang und nicht gedruckt wird.

ihr zitiert c. g.: "wir draußen hier sind nämlich gar nicht unten, sondern mittendrin in der scheiße." daraus entnehmt ihr eine "wir-sitzen-alle-im-gleichen-boot-mentalität" und paddelt schnell weg vom boot c. g.`s: der sitzt dort und "wir sind woanders". ich verstehe den c. g. völlig anders als ihr, wenn der "wir" sagt, dann meint er die verschieden sich im, gegen und aus dem dreck heraus bewegenden menschen - das ist die - nicht zynisch mißverstehen - unausgesuchte gemeinsamkeit des wir. von den verschiedenen bewegungen, qualitativ und effektiv unterschiedlich, davon schreibt doch gerade der c. g. sehr genau. lest ihr nach dem von euch angebrachten zitat noch etwas weiter, dann steht anschließend da: "und wir sind auch gar nicht ein rest, sondern nur mit uns allen schwierig und nur schwierig mit uns allen zusammen geht`s weiter." wer ist in so gefaßtem prozeß mit wem gleichgesetzt, wie ihr unterstellt? was ihr zur ungleichheit in eurem text dann schreibt, finde ich gut - bloß: ich kann nicht finden, daß das c. g. aus seinen erfahrungen heraus ungenauer oder weniger differenziert tut als ihr. mindestens erheblich materialreicher tut er`s allerdings (und "kamalatta" lesen).

ihr schreibt: "ach ja, das ist schon zum kotzen, wenn da einer kommt und schon alles weiß, da kennt einer das leben, die menschen, die geschichte. 20 jahre bewaffneter kampf, sich selbst, den malermeister, die hafenstraße ... und weiß doch ganz viel überhaupt nicht und will es so genau auch gar nicht wissen." erstens: wenn der von sich meinen würde, alles schon zu wissen - warum sucht der dann öffentlich die diskussion? da könnte der doch - besser und alles wissend - gefällige labertexte eines altgedienten kämpfers und kenners der scene schreiben und/oder nette, gern gelesene bestätigungsliteratur für die bewegten (und dabei ebenso nett

absahnen, von der mageren selbstreflexion der aktiven profitieren)? macht er nicht. arbeitet an der differenz: am genauen erfassen dessen, was hier wirklich los und fest ist, auch zwischen uns ist.

zweitens: kann es sein, daß einige spätergeborene ihm seine lebenserfahrung, die sie selbst nicht haben können, verübeln - eine art unbearbeitete und darum projektive autoritätsfixierung dem "objekt" reinziehen? da wäre drüber zu reden.

auch darüber, daß 'ne zeitlang so ein textarbeiten wie das von c. g. großteils unter der hand nicht wenigen von uns zu einer orientierung wurde/wird. und den arbeitsanregungen von c. g. nicht bloß sprachliches plagiat folgte mangels eigener politischer bewegungs- und denksubstanz (macht das mal nicht zu bloß meinem problem, weil ich`s anspreche!).

drittens: c. g. will so einiges ganz genau wissen, kann aber nichts dafür, wenn leute ihn nicht so genau lesen wollen. vielleicht macht das lesen seiner texte nicht gerade leicht, daß die darin enthaltene, sich öffnende arbeit an sich, dem dreck in sich und um uns als gebot gemeint ist, nicht als angebot. eben mal reintun und dann weiterwurschteln ist hier nicht. wie, wenn "abschrecksliteratur", wir ihr`s nennt, die genaue und nichts hintertreibende rede von dem was ist wäre? ohne strategische, von vorneherein positiv angelegte formen und gehalte und voller widersprüche, die aus dem genauen hinarbeiten entwickelt würden? dann wäre alle sich solcherart der geschichte und geschichten stellende denk- und schreibbewegung "abschiedsliteratur" - ohne rezepte, ohne verlogenes licht am satzende (auch ohne modische verdüsterung), die doch bloß der falschen tröstung und stärkung der kämpfer/innen dienen würde. und etwas eine perspektive andichten, was keine hat: die verwechslung von widersprüchen mit einander in bloßem zwist stehendem; verschiedenen meinungen, erkenntnissen, erfahrungen.

c. g. schreibt: "die vernünftige erklärung, eure unsere (...) aus langer arbeit am neuen klassenverhältnis (...) WIR die neue entscheidung jetzt ohne waffen. erklärt das öffentlich vorwärts ohne zu kippen (...)."

befürchtung von mir: wer über 90 seiten harte arbeit, auseinandersetzung mit `ner menge fragen auf eine "konsequenz" bloß zusausen sieht, die und der möchte auch eindimensional verstehen, was da steht. ihr zieht aus dem c. g.-zitat einen satz nur, ihr zitiert zuvor aus den "dissonanzen" auf s. 64 ebenfalls ein bruchstück: "und wenn ihr aber also auch in zukunft euren schritt in den klassenkämpfen auf tod und leben ohne was entscheidet dann seid ihr entschieden ohne uns." weiter geht es bei c. g. so: "auf tod und leben weil ihr es wollt. wollt das nicht! auch eure nachricht vom 2 - 12 will es nicht. von der ermutigt schreibe ich weiter frage ich weiter." und das tut er dann. und "diktiert" nicht, wie ihr`s versteht, "kommunikationsgrundlage" - woraus denn, wozu denn? - solcher diskussion.

ich sehe das nicht so wie c. g. ob, wann und wie gekämpft wird und mit welcher wirkung ist nur von allen am kampf unterschiedlich beteiligten zu analysieren und praktisch zu bestimmen. das geht nicht, allein einem teil der kämpfenden bedingungen zu nennen unter denen dieser in die gesamtheit der kämpfenden aufgenommen, unter denen mit diesem teil diskutiert wird. da spalten wir uns mal wieder selber. ich stimme euch zu, daß nicht distanzierung von sich selbst im knast oder eure vom barrikadenbau, wenn einige das meinen, grundlage von auseinandersetzung und zusammen weiter sein darf. eine diskussion beginnt wirklich an einem punkt, wo alle beteiligten verschieden und offen, ohne "vorleistungen", dabei sein können und wollen.

wir haben solche diskussionsbasis bis jetzt nur teilweise erarbeitet und erkämpft, wir dürfen deshalb nicht einige von uns zu "hemmfaktoren" stempeln.

daneben: ich verstehe c. g. so, daß er "jetzt" - und dieses wort beinhaltet sehr viel, nahezu die ganze textarbeit c. g.`s zuvor - die bewaffnete kommandoaktion in den klassenkämpfen hier als isolierte wahrnimmt. sie verdeutlicht weder gesellschaftliche widersprüche so, daß anders kämpfende sie verschärft aufgreifen können noch vermittelt sie genauer als andere kampfformen, was hier los ist und getan werden kann und muß. darüber müssen wir reden, dazu können raf und andere was sagen - darum unter anderem, ist der text, denke ich, geschrieben und veröffentlicht worden.

bislang umschweigen wir zu ausdauernd, was politisch effektiver kampf jetzt sei und woran der zu messen wäre; welche reale bedeutung bestimmte kampfformen und -inhalte für gesellschaftliche veränderung jetzt und hier haben.

ein solidarischer gruß von hk aus ffm

47. Aufruf zur Beobachtung des zweiten 129a-Verfahrens gegen Luitgard Hornstein in Stuttgart-Stammheim

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:29

Spendenaufruf: Unsere Öffentlichkeitsarbeit ist sehr teuer. Außerdem müssen wir jetzt sogar beide Vertrauensverteidiger Luiti's finanzieren. Für die bereits eingegangenen Spenden bedanken wir uns herzlich! Es reicht aber noch lange nicht.

Konten: Bunte Hilfe Stuttgart, Postgiroamt Stuttgart, BLZ60010070, Kto.-Nr.: 37742-702

Rechtshilfekonto Düsseldorf, Wüstenrot Bank AG, BLZ 604 200 00, Kto.-Nr.: 960 007 4706, Stichwort (wichtig!): LUITI

Prozeßgruppe Düsseldorf, c/o Infoladen, Kiefernstr. 15, 4000 Düsseldorf. In unserem Prozeßinfo 8 sind die Aussagen von Chris und Rico wiedergegeben (als Reportage - nicht wörtlich). Außerdem haben wir weiteres Hintergrundmaterial. Zu Veranstaltungen kommen wir weiterhin gern in eure Städte. Organisiert welche!

Prozeßgruppe Stuttgart, c/o Infoladen, Mörikestr. 69, 7000 Stuttgart. Bei uns könnt ihr Flugblätter bestellen. Am Abend eines jeden Verhandlungstages treffen wir uns gegen 19 Uhr öffentlich im Ritterstüble, Ritterstraße, Stuttgart-Heßlach.

Veranstaltung: Stammheim - uns reicht`s! In diesem Tenor wird am 7. September in Stuttgart im DGB-Haus eine große Protest- und Diskussionsveranstaltung gegen diesen Prozeß und gegen den § 129a stattfinden. Es bestehen dort Informationsmöglichkeiten an Info-Tischen und in Gesprächen mit MitarbeiterInnen verschiedener Prozeßgruppen, durchsetzt mit linker Kultur. Nach Erfahrungsberichten von § 129a-Geschädigten (u. a. Ingrid Strobl) wollen wir über weitere Initiativen zur Durchsetzung unserer Forderungen diskutieren. Die Veranstaltung soll eine Kundgebung unseres Willens werden, der vereinigten Staatsschutzmaschine aus Kriminalämtern, Bundesanwaltschaft und den politischen Senaten hoher Gerichte Paroli zu bieten.

Eine weitere Veranstaltung findet in Düsseldorf am 9.9. um 17Uhr im ZAKK in der Fichtenstraße statt.

48. Diskussionen um Auschwitz Wissenschaftliche Debatte oder Geschichtsrevision

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:53

Anfang Juli ging durch die Presse, daß im KZ Auschwitz weit weniger Menschen umgebracht worden seien als bisher angenommen. Mit Sicherheit seien es - so wird der Leiter der Gedenkstätte Piper zitiert - etwas mehr als eine Million, und nicht - wie bisher angenommen - etwa vier Millionen. Verbunden mit dieser Verlautbarung war die Demontage der Gedenktafel an der berüchtigten Rampe von Auschwitz, auf der die Zahl von vier Millionen - angebracht kurz nach Kriegsende - verzeichnet war. Was an die Stelle der demontierten Tafel treten soll, blieb unklar.

Das KZ Auschwitz ist weltweit das Symbol für den Faschismus, für die Shoah, für den planmäßigen Massenmord. Jede Debatte um diese historische Stätte ist deshalb nicht eine Debatte wie irgendeine andere auch, sondern immer besonders zu prüfen auf Fallstricke hin, die gerade hier zu Dutzenden bereit liegen. Nur drei Beispiele:

So produzierte im November letzten Jahres Regierungssprecher Klein anläßlich der Polenreise Kohls die geradezu freudsche Fehlleistung vom "Judentum", das die Terminplanung der Polenreise durcheinander gebracht hätte. Wahrscheinlich hat der Mann in der Tat nicht gewußt, daß mit einem Vertreter der jüdischen Gemeinde in Westberlin, Galinski, am Sabbat kein offizieller Auftritt zu machen sei; wahrscheinlich wird er noch heute empört die Braue heben, wenn ihm das als Antisemitismus ausgelegt wird.

Ebenfalls im letzten November verbreitete der polnische Kardinal Glemp anläßlich der Auseinandersetzung um das Karmeliterinnen-Kloster vor dem KZ-Gelände (genauer: in dem Gebäude, in dem das Zyklon B gelagert wurde, bevor es in die Gaskammern geschüttet wurde) seine antisemitischen Ausfälle: "Die Juden sollten nicht überheblich auf Polen herabsehen und unannehmbare Bedingungen stellen" und - das Opfer ist immer der Täter - "Gäbe es keine antipolnische Propaganda, gäbe es in unserem Land auch keinen Antisemitismus". Die "unannehmbare Bedingung" war die Verlegung des Karmeliterinnen-Klosters, die nach zweijährigen Verhandlungen 1987 mit einer Durchführungsfrist von zwei Jahren zwischen Vertretern jüdischer Gemeinden und den katholischen Kirchen Belgiens, Frankreichs und Polens vereinbart worden war, weil das Auftreten der Karmeliterinnen und ihrer Financiers als direkte Aufforderung an Juden zum Konvertieren verstanden wurde. Das Karmeliterinnen-Kloster existiert nach wie vor.

Eli Wiesel erinnerte in einem "Stern"-Interview daran, daß auf dem KZ-Gelände in Auschwitz eine Kirche steht, die Edith Stein geweiht ist, die als Jüdin zum katholischen Glauben konvertiert ist; ein Synagoge existiert in Auschwitz nicht (und sollte dort auch nicht stehen - so Eli Wiesel - genauso wenig wie diese Kirche).

Und nun also die Demontage der Gedenktafel - angeblich der historischen Wahrheit wegen.

Nun ist aber diese historische Wahrheit so neu gar nicht, wie es in den Pressemeldungen Anfang Juli vorgegaukelt wird. Die wissenschaftliche Erforschung der tatsächlichen Anzahl der Opfer von Auschwitz nennt als einen Extremwert die Zahl von vier Millionen, während als anderer Extremwert die Zahlen des Herrn Piper (etwas mehr als eine Million, davon 960.000 Juden) genannt werden. Anfang 1991 soll, so Götz Aly in der "TAZ" vom 13.8.90, zwischen der polnischen Auschwitz-Gedenkstätte und der israelischen Gedenkstätte Yad Vaschem ein "endgültige Bericht" über die Auschwitzforschung und die Zahl der mutmaßlichen Opfer vorgelegt werden.

Wenn es den Verantwortlichen für die Demontageaktion um die Korrektur der falschen Zahlenangabe gegangen wäre, so wäre die Vorlage dieses gemeinsamen Abschlußberichtes vielleicht eine Gelegenheit gewesen, gemeinsam mit den Opfern eine Formulierung zu finden, die von allen Beteiligten getragen würde. Dies ist leider nicht geschehen. Die ursprüngliche Angabe von vier Millionen stammt vom Kriegsende und entsprach dem damaligen Kenntnisstand (s.u.). Wenn heute gesagt wird, der Irrtum (die Angabe: vier Millionen) sei "auch das Werk anderer Mörder, die daran ein Interesse hatten, die Schuld ihrer Konkurrenten auf dem Gebiet des Völkermords noch grausiger darzustellen, als sie tatsächlich war" (so der polnische

Publizist Ernest Skalski im "Spiegel"), so ist das antisowjetische und geschichtsrevisionistische Interesse solcher Äußerungen offensichtlich.

Daß durch diese Diskussion die Neonazis sich bestätigt fühlen, ist dabei nicht einmal die schlimmste Folge dieser Aktion. Auf Dauer verhängnisvoller könnte sich erweisen, daß zunehmend der Völkermord am europäischen Judentum relativiert wird, daß der Faschismus in der Erinnerung verharmlost wird (bzw. von den Sowjets dramatisiert und zur Ablenkung von den eigenen Verbrechen hochgespielt wird).

Die Zahl der Opfer

Die Zahl der in Auschwitz umgebrachten Opfer des Faschismus läßt sich genau nie mehr ermitteln; jede in der Öffentlichkeit genannte Zahl ist notgedrungen eine Schätzung, die aus unvollständigen Unterlagen abgeleitet werden muß. Tatsächlich bestand lt. Aussage des Auschwitz-Kommandanten Höss ein Befehl des Reichsführers SS, Himmler, alle Unterlagen über Transporte zu vernichten; lediglich Eichmanns Judenreferat sollte den Überblick behalten. Doch auch hier bestanden keine vollständigen Unterlagen, so daß noch 1944 von den Nazis ein Statistiker beauftragt wurde, die Zahl der ermordeten Juden zu ermitteln. Wie Eichmann in seinem Prozeß aussagte, beliefen sich in diesem Bericht die Zahlen auf etwa vier Millionen in Vernichtungslagern und zwei Millionen durch Einsatzgruppen etc. ermordeten Juden. Die Zahl von sechs Millionen ermordeten Juden insgesamt wird in der Fachliteratur heute nicht angezweifelt. So kommt der Historiker Hilberg auf knapp über fünf Millionen, der Historiker Gilbert auf 5,7 Millionen. Alle diese Zahlen müssen ungenau sein, allein schon deshalb, weil eine unbekannte Zahl von Gemeinden und Städten in Polen und der UdSSR von den Nazi-Armeen dem Erdboden gleichgemacht wurde und hier nicht einmal Akten über die ehemalige Bevölkerung existieren.

Diese sechs Millionen jüdischer Opfer müssen ergänzt werden durch die übrigen Opfer der Nazis, Polen, Sowjetbürger, Roma und Sinti etc., die nicht durch Kriegshandlungen umgekommen sind, und die in etwa noch einmal die gleiche Anzahl ausmachen.

Auschwitz

Bezogen auf die Opfer in Auschwitz kursierten unmittelbar nach Kriegsende unterschiedliche Zahlen. So schwanken die Aussagen von Höss, dem Kommandanten von Auschwitz, zwischen 1,5 Millionen, an die er sich selbst erinnere (Aussage in Nürnberg), 2,4 Millionen (dies habe Eichmann ihm genannt als Zahl der Deportierten nach Auschwitz), und vier Millionen (die Höss nach Darstellung Eichmanns allein an Juden umgebracht haben will). Tatsächlich konnte unmittelbar nach Kriegsende die Zahl von vier Millionen - nicht allein jüdischer - Toter in Auschwitz als eine Möglichkeit angenommen werden und stützte sich sowohl auf Aussagen überlebender Opfer wie auch auf Aussagen der Täter. Unmittelbar nach Kriegsende wurde von offiziellen Kommissionen sogar in Einzelfällen von sieben bis acht Millionen Toten ausgegangen. In der Zwischenzeit (und dies heißt ab Mitte der 50er Jahre - also seit 35 Jahren) hat die historische Forschung allerdings neuere Ergebnisse erbracht: So kommt der Historiker Hilberg auf etwa eine Million jüdischer Opfer in Auschwitz (macht aber keine Angaben zu den nicht-jüdischen Opfern); andere werden mit Schätzungen zwischen 1,5 und 3,5 Millionen insgesamt zitiert; diese letzte Zahl stammt u.a. von Gideon Hausner, dem Chefankläger im Eichmann-Prozeß in Jerusalem. E. Denant, dessen Interviews mit den Tätern zu den schrecklichsten Dokumenten gehören, spricht von zwei bis vier Millionen.

Die jetzt durch die Verwaltung der KZ-Gedenkstätte Auschwitz ins Gespräch gebrachte Anzahl von ein bis anderthalb Millionen ermordeter Menschen scheint dabei allerdings die unterste Grenze zu sein. So kommt der Pariser Forscher Georges Wellers auf insgesamt 1.610.455 nach Auschwitz Deportierte, von denen 1.471.505 ums Leben gekommen seien, davon 1.352.980 Juden (nach Spiegel, 30/1990). Diese von Wellers in seinem "Essai de Determination du Nombre de Morts au Camp d'Auschwitz" (in "Le Monde Juif") bereits 1983 publizierten Zahlen werden von Yehuda Bauer, dem Leiter des israelischen International Center for the Study of Antisemitism, als die bisher relativ genausten Angaben gewertet (The Jerusalem Post, israelische Ausgabe, 22.9.1989).

Es muß an dieser Stelle unbedingt auf die Gefahr solcher "abschließender" Zahlen hingewiesen werden, zumal wenn sie auch noch mit der Autorität einer "amtlichem" Angabe versehen werden, wie es von Götz Aly für die jüngsten polnischen Zahlen von 1,1 Millionen getan wird. So wichtig es ist, jedes einzelne Opfer der Nazis wieder mit einem Namen zu versehen, sein Schicksal zu rekonstruieren und diese Menschen

wenigstens in der Erinnerung der anonymen Vernichtungsfabrik zu entreißen, so wichtig ist es auch festzuhalten, daß es einen "Abschlußbericht Auschwitz" im Wortsinne nicht geben kann. Jede konkrete Zahl, die in diesem Zusammenhang genannt wird, darf nur mit dieser Einschränkung gebraucht werden.

Welche Demütigung der Opfer eine solche Betrachtungsweise beinhaltet, die im Extrem nur noch die Dokumente der Nazis für Beweise der Existenz von Opfern heranzieht, macht Dr. Lili Segal in einem Leserbrief in der "TAZ" deutlich: Ihre eintätowierte Häftlingsnummer von Auschwitz erscheint in der Nazi-Buchhaltung nicht mehr. Diese endet zwei Nummern vor Segal.

Nazi-Propaganda

Vorläufige Nutznießer der Beseitigung der Gedenktafel und des Aufkommens vorgeblich neuer Zahlen sind die Antisemiten und Rechtsradikalen, die ja die Revision der Nazi-Verbrechen seit jeher betreiben. Insbesondere die Deutsche Volksunion (DVU) des Gerhard Frey greift in ihrer "Deutschen Wochenzeitung" und dem "Deutschen Anzeiger" diesen Vorfall begierig auf. So zitiert die DWZ vom 27.7.90 einen "Militärhistoriker" Miksche, der die Gesamtzahl der jüdischen Opfer (nicht nur in Auschwitz!) auf ein bis anderthalb Millionen beziffert, weil "gar nicht mehr für Hitler und Himmler greifbar" gewesen seien. Auch der französische Ex-Sozialist und (verstorbene) ehemalige Buchenwald-Häftling Rassinier, der schon immer den offensten Nazis als "Kronzeuge" gedient hat, darf unter den Quellen der DWZ nicht fehlen. Besonders perfide wird die Berufung der DWZ auf Raul Hilberg, der zudem falsch zitiert wird: Während Hilberg die Zahl der in Auschwitz ermordeten Juden auf eine Million beziffert (und insgesamt von 5,1 Millionen ermordeter Juden ausgeht), wird er in der DWZ als Beleg für insgesamt eine Million Auschwitzopfer aller Völker angeführt (eine derartige Angabe fehlt bei Hilberg völlig).

Und damit niemand der "DWZ" den Vorwurf des Antisemitismus machen kann, distanziert sich dieses Hetzblatt auch noch von der Zahl von 74.000 Toten, die das Internationale Komitee vom Roten Kreuz genannt hatte, als es 46 Sterbebücher von Auschwitz in Moskau hatte einsehen können. Dies seien "mit Sicherheit" keine "vollständigen" Zahlen, wobei suggeriert wird, die Sterbebücher - wenn denn vollständig - seien eine verläßliche Quelle für die Auschwitz-Toten. Dabei handelt es sich um die im Arbeitslager Auschwitz umgekommenen Menschen - auch diese unvollständig - und nicht um die nicht in Sterbebüchern erfaßten Opfer des Vernichtungslagers Birkenau. Die Tendenz der Berichterstattung ist eindeutig: Auschwitz war gar nicht so schlimm.

E., Antifa-Kommission

KB Hamburg

Quellen:

E. Denant (Hg): Auschwitz - Direkt von der Rampe weg; Hamburg. Rowohlt 1979

Martin Gilbert: Endlösung, Die Vertreibung und Vernichtung der Juden - Ein Atlas. Hamburg: Rowohlt 1982

G.M. Gilbert: Nürnberger Tagebuch; Gespräche der Angeklagten mit dem Gerichtspsychologen. Frankfurt: Fischer 1962

Gideon Hausner: Die Vernichtung der Juden; das größte Verbrechen der Geschichte. München 1979 (OA Jerusalem 1966)

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Berlin: Olle & Wolter, 1982; (Lizenzausgabe für die Büchergilde Gutenberg)

Jochen von Lang: Das Eichmann-Protokoll, Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre. Berlin 1982

DWZ vom 27.7.90, Taz vom 18.7.90 und 26.7.90; Spiegel 30/1990; dvz vom 8.9.89 und div. Ausgaben TAZ vom November 89 (Polenreise Kohls)

49. Jüdische Gräber in Stuttgart und Tübingen geschändet

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:28

Unbekannte verwüsteten Mitte Juli das Gräberfeld X auf dem Tübinger Stadtfriedhof, auf dem unbekannte Opfer des Nationalsozialismus liegen. Fünf Tage zuvor waren hier die verbliebenen Körperteile von Opfern des Nationalsozialismus beerdigt worden, Opfern, deren Leiber dem Anatomischen Institut der Universität Tübingen für Präparate zur Verfügung gestellt worden waren und bis vor kurzem in diesem Institut zur Ausbildung von StudentInnen benutzt wurden.

Das Gräberfeld X ist ein sogenanntes Anatomiegrab. Es wurde zwar schon 1849 eingerichtet und in ihm wurde bestattet, wessen Leib der anatomischen Forschung gedient hatte und auch durch "ordentliche" Schwurgerichte zum Tode Verurteilte. Zwei Drittel aber, nämlich 429 der 623 Toten, sind Opfer aus der Zeit des Nationalsozialismus, darunter etwa die Hälfte AusländerInnen: russische und polnische Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen. Diese Opfer des Faschismus wurden nicht in Konzentrationslagern umgebracht, sondern sie starben an Unterernährung, Krankheiten, medizinischen Versuchen, wurden "auf der Flucht erschossen" oder erschlagen, 99 enthauptet, 44 erhängt, sechs durch Erschießen exekutiert. Von vielen ist nicht einmal mehr der Name bekannt. Nach ihrer Ermordung wurden sie dem Anatomischen Institut der Universität Tübingen zur Verfügung gestellt und die verbliebenen Teile ihres Körpers anschließend auf dem Gräberfeld X des Stadtfriedhofs begraben.

Das Anatomische Institut war jedoch nicht nur eine Endstation der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, sondern die Gewebeteile mancher Opfer dienten bis vor etwa einem Jahr noch als Präparate für die Ausbildung der Student- Innen. Erst aufgrund von Recherchen der StudentInnen, einer Vorlesungsreihe der Fachschaft zu "Medizin im Nationalsozialismus" und öffentlicher Proteste fand diese Praxis ein Ende.

Am 4. Juli diesen Jahres endlich brachte die Universität es zustande, die letzten sterblichen Überreste dieser Opfer auf dem Gräberfeld X zu bestatten und mit einer Trauerfeier in der Universität ihrer zu gedenken. In der halbherzigen Gedenkrede, in der - anders als auf dem Gedenkstein - die Täterschaft der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft benannt, die Rolle der Universität und besonders des Anatomischen Instituts in diesem Gefüge jedoch weitgehend ausgespart wurde, gipfelte in der Feststellung: "Der Wert wissenschaftlicher Erkenntnis, der aus den mikroskopischen Präparaten gezogen werden konnte oder könnte, ist für uns nachrangig. Den höheren Wert sehen wir in dem Respekt, den wir den Opfern einer unmenschlichen Ideologie bezeugen möchten." (SWP, 9.7.90)

Der Grabstein trägt die Aufschrift:

"Verschleppt, geknechtet, geschunden,/Opfer der Willkür oder verblendeten Rechts,/fanden Menschen Ruhe erst hier./Von ihrem Leib noch/forderte Nutzen eine Wissenschaft,/die Rechte und Würde des Menschen nicht achtete."

Schändung des Gräberfeldes X in Tübingen

Nur wenige Tage später schändeten offensichtlich neonazistische Täter das Gräberfeld X. Sie verwüsteten einen Gedenkstein und die Kupferplatte, die an die hier bestatteten Opfer des Nationalsozialismus erinnert und besprühten mehrere Grabsteine mit Hakenkreuzen und "Jude raus". Die neu angebrachte Tafel, die an diejenigen Opfer gemahnt, deren Leiber als Unterrichtsmaterial am Anatomischen Institut benutzt worden waren, wurde von den Tätern zertrümmert und vor den Eingang der fortschrittlich-bürgerlichen Lokalpresse (Südwestpresse - Schwäbisches Tageblatt), die über den Anatomieskandal ausführlich und parteiergreifend berichtet hatte, gekippt. An der Wand neben dem Eingang wurden der Graffito "Hafen bleibt unser" und ein fünfzackiger Stern mit "Rotfront verrecke" und dem Hakenkreuz übersprüht.

Aufgerufen von einem Bündnis von Antifa-Gruppen, Autonomen, DKP, Fachschaften, Frauengruppen, Grünen, KB und VSP protestierten am darauffolgenden Samstag 800 Menschen mit einer Schweigedemonstration gegen die Gräberschändung. Zehn Geschäfte, insbesondere Buchläden, bekundeten ihre Bestürzung und

Solidarität, indem sie zu dieser Zeit schlossen und so ihren Beschäftigten die Möglichkeit gaben, am Schweigemarsch teilzunehmen.

Schändung des alten Wankheimer jüdischen Friedhofs

Gedacht wurde bei der anschließenden Kundgebung auch der Verwüstungen auf dem alten Wankheimer jüdischen Friedhof zur Jahreswende 1989/90. Dieser alte Friedhof liegt weit abseits jeder Ortschaft an einer Schnellstraße, ungeschützt von Nachbarn, die Untaten sehen oder hören könnten. Zum Jahreswechsel 1989/90 wurde dieser Friedhof unbemerkt und ungehindert geschändet. Am Friedhofseingang wurden die Parolen "Der Ewige Jude" und "Israel muß sterben" gesprüht, 15 Grabsteine wurden mit "PLO" besprüht, andere umgeschmissen und aus einer Gedenktafel der Davidstern herausgebrochen: Die vermutlich rechtsextremen Täter wurden nicht gefasst.

Verwüstung des jüdischen Friedhofs in Stuttgart

Die Gräberschändungen in Tübingen stehen nicht allein: zwei Wochen nach der Verwüstung des Gräberfeldes X wurden Anfang August auf dem Stuttgart - Bad Cannstatter jüdischen Friedhof 80 Gräber mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen wie "Juden raus", "Es gab nie Vergasung" und "6 Millionen Lügen" beschmiert. An manchen Grabsteinen meißelten die Täter die Namen von Toten und Davidsternen weg.

Von der Stadt Stuttgart wurde zu einem Schweigemarsch aufgerufen. Im Rathaus lag ein Solidaritätsbuch aus unter dem Titel "Unseren jüdischen Mitbürgern wurde schwerer Schmerz zugefügt - Wir zeigen ihnen unsere Solidarität", in das sich VertreterInnen der Stadt, der beiden christlichen Kirchen, der Grünen und der SPD sowie viele BürgerInnen eintrugen. 2.000 Menschen nahmen an einem Schweigemarsch teil, zu dem der 1. Bürgermeister der Stadt Stuttgart aufgerufen hatte.

Dem Antisemitismus entgegentreten

Beängstigend ist das nun wieder offene Zutagetreten des alten Antisemitismus. In diesem Land, in dem so viele Jüdinnen und Juden, planmäßig und systematisch organisiert, ermordet wurden, sind solche hasserfüllten antisemitischen Taten zutiefst bedrohlich. Die Toten werden damit erneut verächtlich gemacht und gedemütigt, für die Lebenden bedeutet dies eine unmißverständliche Drohung.

Der Anschlag auf das Gräberfeld X wiegt umso schwerer, als es sich um die letzte Ruhestätte und das Andenken gequälter Menschen handelt, Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, die nun im Tode noch einmal erniedrigt werden. Erniedrigt von den Nachfahren und Nacheiferern der faschistischen Täter, die unter der gleichen Ideologie und den gleichen antisemitischen, rassistischen Hetzparolen auftreten.

Zudem haben die Täter dadurch, daß sie die Reste der zerschlagenen Gedenktafel vor das Verlagshaus des "Schwäbischen Tagblatts" kippten und an der Mauer daneben die Parole "Hafen bleibt unser" mit "Rotfront verrecke" übersprühten, gezeigt, daß sie auch alle diejenigen angreifen, die sich als AntifaschistInnen verstehen und sich gegenüber der deutschen Vergangenheit und für Erinnerung und Mahnung verantwortlich fühlen; diejenigen, die eine gleiche oder ähnliche Wiederholung oder Weiterführung der faschistisch-deutschen Vergangenheit verhindern wollen (1).

Zum großdeutsch-nationalen Geist gehört es auch, mit der deutschen Vergangenheit, der Schuld der deutschen Vergangenheit endlich aufzuräumen. Immer häufiger ist zu hören, aus rechten, aber auch aus rechtslastig-wissenschaftlichen Kreisen, daß mit der Vergangenheit und der sogenannten Vergangenheitsbewältigung Schluß gemacht werden müsse. Dabei stören wohl die jüdischen Gräber und Gedenksteine und Gedenkstätten an die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, die ja eng mit der national-völkisch-deutschen Ideologie, der arischen Volks- und Rassentheorie und dem Großmachtstreben, insbesondere gegen Osten, verbunden war.

Schändung und Verwüstung jüdischer Gräber erfüllen uns mit Trauer, weil es entwürdigend und barbarisch ist, daß die Toten in diesem blutgetränkten deutschen Boden nicht in Frieden ruhen können.

Sie erfüllen uns auch mit Entsetzen und Wut, weil diese Aggressionen die beängstigende Drohung an die in diesem Lande lebenden Juden enthält, die nicht vollständig ausgeführten Pläne der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu Ende zu bringen. Es ist absolut notwendig, diese durch den Anschluß der DDR und den

nationalistischen Aufschwung verstärkte Gefahr aufmerksam zu verfolgen und alles in unserer Macht stehende zu tun, um dieser Bedrohung entgegenzutreten.

gam, KB-Frauengruppe Tübingen

Anmerkung:

1) Angesichts dieser Umstände ist es äußerst verwunderlich, daß die "taz" nichts besseres zu tun hatte, als mehr oder minder wortwörtlich eine Pressemitteilung des leitenden Tübinger Staatsanwaltes Hackemann wiederzukäuen, der lang und breit in Umlauf bringt, daß es sich auch um linke Täter handeln könnte, die damit auf Neonazis einen Verdacht lenken wollten. Der Anatomieskandal, die Fakten und die bezeichnenden antisemitischen und antikommunistischen Sprüche wurden von der "taz" leider nicht recherchiert. (taz, 17.07.90)

50. Antifaschismus ist...? - Auseinandersetzung mit Fülberths Kritik antifaschistischer Begriffsverwirrung

Rubrik: Republikaner; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:10

Die Probleme, mit denen sich die Antifa-Szene/der antifaschistische Kampf zur Zeit konfrontiert sieht, sind vielfältig: Wie sind die REP einzuschätzen? Welche Umgruppierungen im faschistischen Lager vollziehen sich? Welche Auswirkungen hat der Anschluß der DDR? Wie wird die Tatsache verarbeitet, daß die "nationale Frage" bei den bürgerlichen Parteien/bei Kohl, Lafontaine und taz-Hartung zur Zeit bestens aufgehoben ist? Wie können Antifaschismus und Antirassismus / Antisexismus / Anti-Neoeugenik so miteinander verbunden werden, daß es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt? Kurz: welches ist die geeignete antifaschistische Strategie für die 90er?

Einige interessante Ansätze zur Neubestimmung antifaschistischer Positionen sind im Umfeld des Kongresses Radikale Linke veröffentlicht worden. Wir wollen sie im folgenden darstellen und einer etwas genaueren Betrachtung unterziehen. (1)

E.F.G.: REP als Deutscher Komparativ

Ende November 89, die Mauer war schon offen, die volle Bedeutung dieses Ereignisses hatte sich jedoch in den meisten Köpfen noch nicht festgesetzt, veröffentlichten Ebermann, Fülberth und Gremliza in KONKRET ein Papier zur Kritik an einigen Positionen, die sie als konstituierend für den gegenwärtigen Stand der Antifa-Bewegung (bzw. der Linken in dieser Frage) ausgemacht hatten. Ihre damalige Argumentation gipfelte in dem Satz "Wer die REP treffen will, darf nicht am Modell Weizsäcker vorbeizielen".

Es ging ihnen hauptsächlich darum, mit der Kritik sowohl der Parolen "Wehret den Anfängen" und "Gemeinsam gegen Rechts" als auch der These "Rechtsradikale Parteien sind normal", darauf hinzuweisen, wie eminent wichtig der Grundbestand nationalistischer, rassistischer und un-(anti-)demokratischer Argumentations- und Politikmuster in den bürgerlichen Parteien für das Entstehen und Gedeihen der Republikaner ist: "Zur real existierenden BRD passen die REP wie der Arsch auf den Eimer. Bei ihnen tritt in Reinheit hervor, was bei den anderen Parteien unterm Gilb steckt." Der Unterschied zwischen diesen anderen und den REP sei ein "gradueller", "es ist dies jener Unterschied, den ein Komparativ eben bedeutet".

Die REP seien auch keine Ewiggestrigen, bayrisch-dumpfe Biertischstrategen, sondern "höchst zeitgemäß. Sie bringen ein Gemeinwesen auf den Begriff, daß sich anschickt, im vom Kommunismus gereinigten Europa endgültig Vormacht zu werden." Genauso wenig sei der Erfolg dieser Partei aus Protestverhalten zu erklären: "Der Aufstieg dieser Formation hat seine Ursache in der sozialdarwinistischen Radikalisierung der `Marktwirtschaft' in den führenden Ländern der EG." Das in diesem Zusammenhang entstehende hierarchische Sozialbild finde seine positive Bewertung in der Ideologie des Rechtsextremismus, so E.F.G.

Aus ihrem Verständnis der REP ziehen sie zwei Schlüsse: 1. "Der Faschismus hat somit eine neue Aktualität gewonnen: nicht als Herrschaftsform, wohl aber als eine regulative Idee, die das praktische Handeln politisch relevanter Kräfte beeinflußt." 2. Antifaschistische Hauptaufgabe sei es, antikapitalistisch aufzuklären: "Wer heute die 'Republikaner bekämpfen will, muß auch den Konsens der Volksgemeinschaft angreifen. Wer ihnen aufs Maul hauen will, darf nicht an Rühe, Lafontaine, Lambsdorff und Weizsäcker vorbeizielen." (2)

Exklusivität und "Wissen wir ja alles"?

Auf dem Kongreß Radikale Linke stellte Fülberth fest, daß der erhoffte Streit um diese Thesen ausgefallen sei. Das ist insofern richtig, als die im AK veröffentlichten Beiträge von Jürgen/Stuttgart (3) und Ursel Döhmann / Fantifa Bonn (4) nur punktuelle Interventionen waren und blieben.

Dabei hätte es sich auch für Fülberth gelohnt, sich bei der Weiterentwicklung seiner Gedanken damit auseinanderzusetzen.

Jürgens Haupteinwände (neben einer prinzipiellen Zustimmung) seien hier noch einmal kurz zusammengefaßt: Unterschätzung der Bedeutung der REP für die Bedingungen der Rechtsentwicklung; Linke Wendung der

"Normalisierungs- These"; statt eine radikale Position gegen die vielfach zu beobachtende Sozialdemokratisierung des Antifaschismus zu formulieren, gefielen sich E.F.G. in Exklusivität.

Ursel Döhmanns Ansatzpunkt ist die Kritik der Radikalen Linken als Männerbund, die sie festmacht an der Art und Weise, wie E.F.G. ihr Antifa-Papier unter die Leute bringen: vor allem aber macht sie bei der Kritik von E.F.G. alte Hüte aus, "die in der Antifa-Szene schon bis zum Überdruß durchgekaut" seien: "Doch all diese Kritik trifft nicht den linken, den aktiven Antifaschismus. Der nämlich setzt schon immer praktisch um, was von der RL als neues Konzept ausgegeben wird, der weiß, ohne daß er dazu als Schneiderlein mit der Fliegenklatsche auftreten müßte: Wer den Reps aufs Maul hauen will, darf nicht an Rühe, Lafontaine (usw., AK) vorbeizielen." Darüberhinaus setzt sie ähnlich an wie Jürgen: sie verweist auf den - bei aller ideologischen Übereinstimmung - wesentlichen Unterschied in den den von bürgerlichen und Faschisten angestrebten Herrschaftsformen (5).

Antifaschismus ist nicht: ...

In Köln hatte es Fülberth zunächst auch unterlassen, auf diese Kritik einzugehen. (6) Stattdessen stellte er fest, daß zwar nicht die Partei, wohl aber die Sache der REP vorzüglich darsteht, was er als Bestätigung der Thesen begriff.

Er beschäftigte sich dann im Hauptteil seines Beitrages damit, "Vorschläge zur Aufhellung pseudoantifaschistischer Begriffs-Finsternis" zu machen, die wir hier in einigen kurzen Stichworten/Zitaten wiedergeben wollen:

1. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist eine Begriffsbestimmung von "Faschismus", bei der er sich zwar nicht explizit, jedoch inhaltlich auf Dimitroff bezieht. Er konfrontiert diese Analyse mit den Verhältnissen bürgerlicher/imperialistischer Gesellschaften und stellt fest: "In den höchstentwickelten imperialistischen Staaten herrscht niemals Freiheit, wohl aber häufig repressive Toleranz." Auf die heutige BRD bezogen schließt er: "Womit wir es heute zu tun haben, ist nicht Faschismus, sondern jenes materielle und ideologische Gewaltverhältnis, welches Herbert Marcuse einst als `repressive Toleranz' bezeichnete."

2. Direkt anschließend kommt er zum Kern seiner Überlegungen: "Weil das so ist, müssen wir aufpassen, daß `Antifaschismus' nicht eine Symbolhandlung wird, welche verbirgt, daß wir kein Konzept haben, um die tatsächlich aktuellen Gefahren des Kapitalismus zu bekämpfen."

3. Wer, so Fülberth weiter, Antifaschismus sagt, damit aber genauso auch Antikapitalismus, Antiimperialismus, Antirassismus, Antisexismus, Antineoeugenik, Antirepression meint, richtet Wortsalat an und übersieht, daß all diese Gegenstände der Kritik typisch sowohl für faschistische wie nicht-faschistische Staaten sind, ja, noch nicht einmal nur auf den Kapitalismus beschränkt (wie am Beispiel von Rassismus und Eugenik, aber auch Sexismus in real-sozialistischen Staaten zu zeigen ist).

4. Dementsprechend sei der "Kampf gegen Sexismus, Rassismus und Neoeugenik hier und heute nicht unmittelbar antifaschistisch"; vielmehr solle er unter zwei ethischen Postulaten geführt werden: gesinnungsethisch (womit gemeint ist, daß die Vorbedingung für die Freiheit des einzelnen Menschen die Freiheit aller Menschen ist - Zitat aus dem Kommunistischen Manifest) und widerspruchsethisch, worunter wir die unmittelbare Gegenwehr von Menschen zu verstehen haben, die von Gewaltverhältnissen direkt betroffen sind.

5. Auf zum Teil heftige Kritiken des Plenums, aber auch von Theresia Degener, die aus der Sicht der Menschen/Gruppen argumentierte, die gegen Neo-Eugenik und Ausmerzepolitik kämpfen und auf deren ungebrochen faschistische Tradition verweisen, nahm Fülberth schließlich noch einige Modifikationen vor: es sei richtig, daß seine Position arg ökonomistische Züge habe. Darüberhinaus sei es unverzichtbar, auf die faschistische Prägung des BRD-Kapitalismus hinzuweisen, die mitnichten überwunden sei, wie Genscher und Habermas glauben machen wollen.

Diese Prägung sei jedoch nur eine unter anderen, wie das Beispiel der Religion zeige. Sein Referat hatte einen offenen Schluß, der - nebenbei gesagt - in fast schon penetrant pädagogischer Weise geeignet ist, die Diskussion zu eröffnen: "Dieses Beispiel (Religion, AK) hat vielleicht einen doppelten argumentativen Wert: es warnt - erstens - davor, fast jede Form moderner Anti-Humanität als `Faschismus' zu versimpeln, und - zweitens - : mein anfänglicher Ökonomismus greift hier nicht."

Negative Kritik: Chance ...

Wichtig bei Fülberths Kritik am derzeitigen antifaschistischen Gedankengut erscheint uns sein Insistieren auf eine Erklärung des (historischen) Faschismus aus der Ökonomie, als eine offen terroristische Herrschaftsform des Kapitals. Denn so banal das auch klingen mag, so notwendig ist die Feststellung doch trotzdem, daß jeder Antifaschismus unvollständig bleibt, wenn er den Kapitalismus ausblendet.

Zuzustimmen ist Fülberth vor allem bei folgenden Gedanken: weder steht bei Wahlerfolgen der REP (oder Aufmärschen der Faschisten wie z.B. in Wunsiedel) ein neuer Faschismus vor der Tür, noch allerdings besteht bei entsprechenden Mißerfolgen oder Ruhe auf den Straßen irgendein Grund zur Beruhigung. Auch ist dieser Staat nicht faschistisch, wenn ein paar Bullen Funktionäre der REP sind oder in Wehrsportgruppen mitmischen. Wohl aber gilt es (weiterhin), den Blick für die "Braunzone" zu schärfen, nicht, um pompös zu entlarven (und es damit belassen!), welcher CDU- oder SPD-Politiker bei einer Burschenschaft mit einem Nazi zusammen aufgetreten ist/welcher Wissenschaftler aus einem Nazi-Lehrbuch zitiert, sondern weil hier vielleicht am schärfsten deutlich wird, bei welchen Themen/auf welchen Politikfeldern faschistische Traditionen wieder diskussionsfähig und weiterentwickelt werden.

Gleichzeitig ist Fülberths Hinweis durchaus notwendig, daß nicht jede Rechtsentwicklung im bürgerlichen Staat (auch nicht in einem deutschen) automatisch auf eine beginnende (wahlweise zunehmende) Faschisierung hindeutet und unter diesem Etikett bekämpft werden kann, sondern daß es gerade auch darauf ankommt, existierende Gewaltverhältnisse als Teil dieses Systems - nicht als seine Auswüchse, sondern als kapitalistische "Normalität" - zu begreifen und radikal dagegen anzugehen.

... und Risiko

Trotzdem bleiben bei ihm eine Reihe von Leerstellen, die seine Kritik am "Pseudo-Antifaschismus" für neue Positionsbestimmungen eines linken, radikalen Antifaschismus wenig konstruktiv machen: zunächst mit seiner Beschreibung des heutigen gesellschaftlichen Zustands als "repressive Toleranz". Zwar hat er auf dem Kongreß gesagt, er sei nicht in einem begriffsbildenden Seminar (7), sondern wolle Neuansätze für linksradikale Politik mitentwickeln. Wäre es dann aber nicht umso notwendiger gewesen, die Berechtigung dieses Terminus von Herbert Marcuse wieder neu nachzuweisen, als sich darauf zu beschränken, die innenpolitische Herrschaft als ähnlich und den außenpolitischen Hegemonietyp als vergleichbar zu charakterisieren? Ohne an dieser Stelle in eine Marcuse-Diskussion einerseits oder in eine Staatsdiskussion andererseits einsteigen zu wollen: müßte nicht (wenigstens in Frageform) untersucht werden, inwiefern sich die gesellschaftliche Realität der BRD des Jahres 1990 von der in den USA 1965 unterscheidet? Immerhin kann man feststellen, daß die Formen sowohl der Gewalt (Beispiel Rassismus) als auch der Integration (Stichwort Massenkonsum; oder auch Meinungspluralismus) verschieden sind bzw. waren. In die Überlegungen einzubeziehen ist auch die Tatsache, daß sich die kapitalistischen Gesellschaften verändert haben, daß z.B. die Formen von Integration und Repression mittlerweile einerseits viel differenzierter geworden sind, als sie es noch Ende der 60er waren und andererseits die Trennung zwischen den gesellschaftlichen Bereichen, die integriert bzw. der Repression unterworfen werden, sich gewandelt hat (8). Und nicht zuletzt bliebe zu bestimmen, welchen Unterschied es für die Institutionen, die über die Beibehaltung des status quo wachen, ausmacht, daß es in den USA eben keinen Faschismus gegeben hat, während in der BRD die strukturellen (wie auch personellen) Kontinuitäten des Nazismus nie wirklich aufge- oder gar unterbrochen wurden. (9)

Um beim Problem der deutschen Geschichte zu bleiben: zwar spricht Fülberth von der faschistischen Prägung, die die BRD nicht mehr los wird, es wird jedoch nicht deutlich, welchen Stellenwert diese Tatsache für seine Kritik am Antifa-Allerlei hat - oder anders gesagt: was hat es für antifaschistische Politik zu bedeuten, daß (nicht neuerdings, aber besonders) seit dem 9.11.89 landauf, landab das Ende der Nachkriegszeit beschworen wird? Immerhin das Ende eines Staates, der nicht nur den größten Krieg aller Zeiten angefangen hat, sondern der auch Auschwitz zu verantworten hat ...

Unklar ist nicht zuletzt auch, welchen politischen Wert für ihn die Bekämpfung rechtsradikaler, faschistischer Gruppen hat. Er spricht zwar, wie auch die VerfasserInnen des Grundlagenpapiers für die Radikale Linke, vom "aufs Maul hauen"; was aber ist damit gemeint, wenn er den Hinweis gibt, Lafontaine nicht zu vergessen: sollen wir jetzt auch zur Verhinderung von Parteitagen aller bürgerlichen Parteien einschließlich der GRÜNEN

mobilisieren - oder sollen AntifaschistInnen kräftezehrenden Demos gegen die Ansammlung von Nazis bleiben lassen, weil diese eh' nur der Komparativ sind? Oder sollen sie, wenn sie sich an der Störung eines Kongresses z.B. mit tödlichen Philosophen wie Singer beteiligen, nicht mehr explizit als Antifas bezeichnen?

Wir stellen diese Fragen, weil bei Fülberths Ansätzen zur Diskussion - so fruchtbar sie auch bei der Auseinandersetzung mit der vielerorts zu beobachtenden Beliebigkeit antifaschistische Aktivitäten sind - eines aus dem Blickfeld gerät: nämlich die (Aufgaben)-Bestimmung dessen, was Antifaschismus in der derzeitigen Situation bedeuten soll, wo die Aufgaben für radikalen linken Antifaschismus liegen: angesichts einer rasanten Bedeutungszunahme neurechter Theorie gerade nicht nur in der rechtsradikalen und Nazi-Szene und - ganz handfest - des massenhaften Zulaufs, den faschistische Gruppen aller Sorten vor allem auch in der DDR haben sowie eines verstärkten (und auch modernisierten) Nationalismus und großdeutschen Chauvinismus, der jetzt, wie Fülberth sagt, die Früchte des Nationalsozialismus erntet.

Wir wollen deswegen zum Schluß den Fülberthschen Gedanken von der "Prägung" noch einmal aufgreifen und ihn zuspitzen: gerade weil wir ihn für bedeutsam halten, sind wir der Meinung, daß es darauf ankäme, nicht nur Faschismus und kapitalistische Normalität sauber analytisch voneinander zu trennen - um dann anzufügen, daß jedoch der BRD-Kapitalismus postfaschistisch ist. Beläßt man es bei dieser Feststellung, gerät man in die Gefahr, es sich zu einfach zu machen. Notwendig ist es, genau diesem Einfluß auf die bundesdeutsche Gesellschaft in jeder ihrer Erscheinungen nachzuspüren, zu bestimmen, was die spezifisch bundesdeutsche Ausprägung von "Normalität" nach Auschwitz ist - und sie unter diesem Vorzeichen zu bekämpfen.

kla/bs Antifa-AG Hamburg

Anmerkungen:

(1) In das weitere Umfeld dieser Fragestellung gehört sicherlich auch die Studie "Wege zur inneren Einheit. Der autoritätsgebundene Charakter BRD 1990", die zur Zeit in KONKRET in Teilen vorabgedruckt wird. Eine Auseinandersetzung würde aber den Rahmen diese Artikels sprengen.

(2) alle Zitate aus KONKRET 12/89, S. 20ff.

(3) AK 313, 11.12.89, S. 35

(4) AK 319, 28.5.90, S. 42

(5) ähnlich wie Jürgen, der berechtigterweise anmerkt: "Kann der Weg von der regulativen Idee zur Herrschaftsform nicht verdammt kurz sein?"

(6) Sein Referat zum Thema ist in gestraffter und leicht überarbeiteter Form nachzulesen in KONKRET 8/90, S. 17ff. Dort verweist er in einer Fußnote auch darauf, daß er u.a. aus diesen, aber z.B. auch Theresia Degeners, Kritiken gelernt habe. Wir haben zusätzlich einen Tonbandmitschnitt vom Kölner Kongreß benutzt.

(7) immerhin hat Fülberth dem Plenum in Köln mitgeteilt und in dem Aufsatz in KONKRET wiederholt, daß dieser Begriff von Herbert Marcuse stammt, nachzulesen in dem Essay "Repressive Toleranz", erschienen 1965, auf deutsch zuerst in R. Paul Wolff (Hg.): "Kritik der reinen Toleranz", Frankfurt/M. 1966

(8) Es ist nicht unser Ansinnen, zu behaupten heute sei alles viel schlimmer als früher. Wir sind jedoch der Meinung, daß es anders (schlimm) ist, und daß mensch sich darüber Gedanken machen sollte, was diese Veränderung ausmacht.

(9) Außerdem, so scheint es uns, hat die Marcusesche Hypothese von der "repressiven Toleranz" auch politisch-praktische Implikationen (Stichwort "ziviler Ungehorsam", "Widerstandsrecht bis zum Umsturz"), die bei Fülberth nicht erwähnt sind und über die wir also auch nicht spekulieren können.

51. Die Reps auf der Suche nach einem neuen Profil

Rubrik: Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:20

Das "They never come back" gilt offensichtlich doch nur für Boxer. Die Auguren lagen durchweg alle falsch. Selbst die Kennerin des bundesdeutschen Neofaschismus Franziska Hundseder hatte gründlich daneben gelegen. Unter der Überschrift "Die Zeiten des Stars sind längst vorbei" hatte sie den Rücktritt Schönhubers folgendermaßen kommentiert: "Stehend dargebrachte Ovationen, eine Traube von Fans, die unablässig Autogramme fordern, Blitzlichthagel und ein Tross von Journalisten, das sind jetzt Bilder aus vergangenen Tagen." (blick nach rechts, 4.6.1990) Vermochte sie auch in Schönhuber nur noch einen "abgehalfterten Ex-TV-Star" zu sehen, so mußte der gleiche Pressedienst am 16.7.1990 melden: "Franz Schönhuber ist wieder da." Totgesagte leben länger ...

Diese Fehleinschätzungen sind allerdings auch verständlich und sollen hier nicht mit Häme bedacht werden. Das öffentliche Erscheinungsbild der REP seit Schönhubers Rücktritt im Mai ließ darauf schließen, daß der Star der REP innerparteilich verblaßte und seine Konkurrenten eindeutig im Vorteil waren. Nahezu alle bekannteren Funktionäre und Mandatsträger hatten sich gegen den ehemaligen Parteivorsitzenden gestellt. Zudem hatte es die Fronde der Schönhuber-Gegner geschickt verstanden, die der Partei nahestehenden und gehörenden Medien für ihre Ziele einzuspannen. Sie hatten die Rechnung ohne den Wirt, ohne das Parteivolk, gemacht.

Diese mangelnde Berücksichtigung der Stimmung an der Basis rächte sich beim Parteitag am 7./8. Juli in Ruhsdorf. Nur mit Schönhuber an der Spitze mochten die Delegierten noch eine Perspektive für die durch die rasante deutschlandpolitische Entwicklung in die Krise geratene Partei zu sehen. Nur Schönhuber schien in der Lage zu sein, den auch bisher durch seine Person repräsentierten programmatischen Kompromiß zwischen konservativen Dissidenten der Unionsparteien und dem neofaschistischen Führungspersonal der Partei aufrechterhalten zu können. Nur der hemmungslose Opportunist Schönhuber schien ihnen ausgebufft genug zu sein, die Partei inhaltlich den veränderten Erfordernissen anzupassen und den REP in ihrem Stammland Bayern doch noch zum gefährdet erscheinenden Einzug in den Landtag zu verhelfen.

Wir wollen im folgenden kurz die innerparteilichen Auseinandersetzungen der REP seit Schönhubers Rücktritt bis zum bayerischen Landesparteitag nachzeichnen, die Ursachen des Streites zwischen "König" und "Kronprinz" analysieren, das Erscheinungsbild, das die REP zukünftig der Öffentlichkeit vermitteln wollen, darstellen, und wir wollen schließlich die wahrscheinliche inhaltliche Ausrichtung dieser gegenwärtig wichtigsten neofaschistischen Gruppierung in der nahen Zukunft skizzieren. Wir gehen zwar davon aus, daß die politische Großwetterlage ein weiteres Anwachsen des neofaschistischen Potentials zur Folge haben wird, doch wagen wir keine Prognose darüber, ob diese Entwicklung den REP zugute kommen wird, ob eine neue neofaschistische Gruppierung davon profitieren kann, oder ob diese Klientel zunächst noch von den Unions-Parteien bzw. dem verstärkt rechtspopulistisch agierenden SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine, der mehr und mehr an den jungen Mussolini erinnert, eingebunden werden kann. Wir halten dies auch für ein Sekundärproblem. Wichtiger erscheint uns die Tatsache, daß der Anschluß der DDR und seine Folgen - vor allem im sozialen Bereich - den gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck beschleunigen werden wird.

"Schönhuber auf dem Weg ins türkische Asyl"?

Als Tatsache sah dies bereits Helmut Kellershohn in seiner Analyse "Out of Rosenheim" (Der rechte Rand, Nr. 7, S. 9-11). Kellershohn sah den Rücktritt Schönhubers in direktem Zusammenhang mit den "vernichtenden Niederlagen bei den letzten drei Landtagswahlen". Zwar ist unbestritten, daß die Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen im Saarland, in Niedersachsen und NRW mehr als unbefriedigend waren, doch waren es sicher keine vernichtenden Niederlagen. Bei einer realistischen Betrachtungsweise war in keinem der drei Bundesländer ein besseres Ergebnis zu erwarten gewesen. Auch der vollmundige Schönhuber wird dies trotz seiner großsprecherischen Ankündigungen nicht anders gesehen haben. Die drei Wahlergebnisse sind nicht Ursache der Krise der REP, sie haben diese Krise lediglich verschärft. Die Krisenursache muß vielmehr in einer Entwicklung gesehen werden, die die REP selbst gefordert und vehement begrüßt haben: Im Anschluß der DDR. Hatten sich die REP bisher als die nationale Partei zu profilieren gesucht, so mußten sie jetzt hilflos zusehen, daß andere den Rahm der deutschlandpolitischen Entwicklung abschöpften.

Der Rücktritt Schönhubers am 25. Mai muß nachträglich als der geglückte Versuch angesehen werden, die Notbremse zu ziehen, um dadurch den Weg für eine notwendige Imageänderung der Partei zu bahnen. Dies war ja bereits mit dem in Rosenheim verabschiedeten neuen Parteiprogramm beabsichtigt gewesen. Ein Versuch mit zu geringer Wirkung für Schönhuber. In der Öffentlichkeit hatte sich weiter das Bild der REP als neofaschistisch durchsetzter Partei gefestigt und mehrere Verfassungsschutzämter kündigten die Beobachtung der REP an. Denkbar schlechte Voraussetzungen also, reputierlich und koalitionsfähig zu erscheinen. Der Streit um das mißglückte Projekt einer Theoriezeitschrift, "Credo", hatte ein übriges zum schlechten Erscheinungsbild beigetragen. Die Auseinandersetzungen um "Credo" hatten auch den bisherigen "politischen Ziehsohn Schönhubers" (SZ, 16.5.90), Harald Neubauer, erstmals in direkten Gegensatz zum REP-Führer gebracht. Die Einigkeit an der Spitze war zerstört, die Eskalation des Konflikts vorprogrammiert.

Ein Brief Schönhubers an den Bundesvorstand vom 19.2.90 verdeutlicht das Dilemma, in dem er sich trotz des relativ erfolgreichen Parteitages in Rosenheim und der scheinbar gelungenen Konsolidierung des niedersächsischen Landesverbandes nach deren Braunschweiger Parteitag befand. Schönhuber schreibt dort: "1. Ich lasse mich nicht weiter persönlich beschädigen und meinen Ruf ruinieren. 2. Meine Schmerzgrenze ist nicht nur erreicht; sie ist überschritten. (...) Ich habe mich stets voll vor die Herren Neubauer und Glasauer gestellt, meistens zu Lasten meiner Person. Ich verleugne gewiß nicht die Verdienste, die sich beide Parteifreunde um die Partei erworben haben, aber dieser Vorgang (das Anbieten von NS-Videos in "Credo", AK) muß rückhaltlos aufgeklärt werden." (zitiert nach Michael Schomers, Deutschland ganz rechts, Köln 1990, o.p.) Aus den Parteifreunden sollten schnell erbitterte Feinde werden. Bereits vor dem Rosenheimer Parteitag im Januar hatte die TAZ Gerüchte kolportiert, Neubauer versuche den Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, den ehemaligen CDU-Funktionär Prof. Dr. Emil Schlee, zum Kandidaten gegen Schönhuber um den Bundesvorsitz aufzubauen. Was damals noch wenig glaubhaft schien, ein Zerwürfnis zwischen dem Führungsduo der REP, wurde schnell drastisch bestätigt.

Die Aufregung Schönhubers um die angebotenen Videos aus der NS-Zeit in der niveaulosen Theoriezeitschrift "Credo", die von Neubauer verantwortet wurde, erscheint jedoch wenig glaubhaft. Schließlich waren die gleichen Videofilme bereits im Parteiorgan "Der Republikaner" angeboten worden. Wahrscheinlicher ist also, daß Schönhuber seine bisher unbestrittene Führungsrolle in der Partei erstmals ernsthaft gefährdet sah und deshalb sofort den notwendigen Konter vorbereitete. Schließlich war Neubauer kein Nobody, sondern hatte sich vielmehr zum zweiten Starredner und Zugpferd neben Schönhuber entwickelt. Er schien als einziger in der Lage zu sein, die Kritiker Schönhubers zu vereinheitlichen. Gleichzeitig war er allerdings durch seine Vergangenheit in der NPD, die er verlassen hatte, weil sie ihm "zu links" geworden war, und seine Redakteurstätigkeit bei dem NS-Nostalgiker Gerhard Frey besonders angreifbar. Schönhuber wäre nicht Schönhuber, wenn er eine solche Chance ungenutzt gelassen hätte.

Die Verwundbarkeit Neubauers durch seine Vergangenheit in anderen neofaschistischen Organisationen, die in der Öffentlichkeit im Unterschied zu den REP bereits eindeutig stigmatisiert waren, paßte zudem hervorragend zu der von Schönhuber beabsichtigten Fassadenrenovierung. Die Partei sollte keine neuen Kleider anlegen, sie sollte vielmehr die alten aus dem Schrank holen. Als CSU-Abspaltung waren die REP 1983 entstanden, als konservatives Korrektiv zu den Unionsparteien sollten sie sich jetzt wiederum darstellen. Die Erfolge des vergangenen Jahres ließen die Möglichkeit realistisch erscheinen, in Bayern die absolute Mehrheit zu brechen und so eventuell koalitionsfähig zu werden. Das Gelingen dieses Vorhabens hätte zugleich eine Signalwirkung für die Bundestagswahlen am 2. Dezember gehabt. Seriosität war also angesagt. Ein Krawall-Neofaschismus, wie er besonders durch den mit Neubauer be- freundeten Bezirksvorsitzenden Franz Glasauer repräsentiert wurde, mußte dabei schaden. Sollte also das konservative Profil, das durch das neue Parteiprogramm geschaffen werden sollte, glaubhaft sein, dann mußten zumindest einige in der Öffentlichkeit besonders ins Kreuzfeuer geratene Funktionäre, eben Neubauer und Glasauer, geopfert werden. Die Hitler-Videos waren dazu der willkommene Anlaß.

Flucht nach vorn

Schönhubers Ankündigung Mitte Mai, er werde sich um den Posten des Landesvorsitzenden in Bayern bewerben, konnte deshalb eigentlich nicht mehr überraschen. Als seine Gegner bezeichnete er, ohne Namen zu nennen, Mitglieder, "die sich von ihrer früheren NPD-Ideologie nicht gelöst haben und versuchen, die Republikaner zu unterwandern." (SZ, 16.5.90) Er fügte hinzu, rassistischen Äußerungen in seiner Partei müsse Einhalt geboten werden. Nun erscheint zwar gerade Schönhuber als Antirassist wenig glaubhaft, und die von

ihm angestrebte Machtfülle als Sprecher der Gruppe im EG-Parlament, Bundesvorsitzender und Chef des mitgliederstärksten Landesverbandes zeugt ebenfalls nicht von einem ausgeprägten demokratischen Bewußtsein, doch hatte er es in der Vergangenheit geschickt verstanden, um sich eine Gruppe "unverdächtiger" Funktionäre mit konservativer Vergangenheit zu scharen, die allemal vorzeigbarer schienen als Neubauer, Glasauer oder der ehemalige JN-Bundesvorsitzende Rainer Vogel (Köln), der im nationalistischen Freudentaumel geäußert hatte: "Wenn wir erst an der Oder stehen, dann sehen wir, was wir den Polen noch klauen können. Dann lassen wir mal eben zwei oder drei Panzerarmeen Salut schießen und dann sehen wir weiter." (SZ, 3.7.90) Unbrauchbar geworden war inzwischen auch der bayerische Landessekretär Reinhold Rade, der in einem vertraulichen Verfassungsschutz-Dossier über "Rechtsextremistische Tendenzen bei den Republikanern" ausführlich behandelt worden war. Dort war dargestellt worden, er habe 1982 "zwei zur Festnahme ausgeschriebenen Neonazis" zur Flucht nach Österreich verholfen und sei 1983 Mitglied der neonazistischen "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene" im Umfeld der FAP gewesen. Ob Schönhuber auch die frühere Äußerung seines Intimus Neubauer, man dürfe den Kommunisten "nur soviel Freiheit lassen wie zwischen Hals und Strick" persönlich genommen hat, schließlich war er in seiner fernen Vergangenheit einmal Mitarbeiter einer kommunistischen Zeitung gewesen, entzieht sich unserer Kenntnis, dürfte aber auch unerheblich sein.

Der der angekündigten Kandidatur folgende Rücktritt brachte Schönhuber zunächst jedoch innerparteilich in die Defensive. Dem Parteivolk war mit dem Rücktritt allerdings auch deutlich signalisiert, daß es Schönhuber bitter ernst war. Die kommende Auseinandersetzung beim für Anfang Juli zunächst im hessischen Taunusstein geplanten Bundesparteitag (der später nach Ruhsdorf verlegt wurde) würde auf jeden Fall richtungweisend sein. Das wußten auch Schönhubers Gegner genau. Sie reagierten prompt. Die Bundesgeschäftsführerin Centa Hirsch, deren Loyalität zu Schönhuber nur zu bekannt war, wurde beurlaubt. Nicht besser erging es dem erst zu Jahresbeginn angeheuerten Chefredakteur des Parteiorgans, dem ehemaligen "Welt"-Journalisten Ralph Lorenz. Er habe die Zeitung zum Verlautbarungsorgan Schönhubers verkommen lassen, so der Vorwurf. Stattdessen übernahm Karl Richter, aus der nationalrevolutionären Münchner Burschenschaft "Danubia" stammend und auf Neubauers Seite stehend, die Leitung des Parteiblattes. Alle EG-Abgeordneten der REP (Neubauer, Grund, Schlee, Köhler und Schodruch) distanzierten sich von ihrem bisherigen Chef. Der hessische Landesvorsitzende Fuchs ergriff ebenso die Partei der Rebellen. Er verwies darauf, daß ihm in der CDU, für die er jahrelang als Kommunalpolitiker tätig gewesen sei, im Gegensatz zu den REP nie ein Vorwurf aus seiner NPD-Vergangenheit gemacht worden sei. Ein anderer alter Gegner Schönhubers sah die Zeit der Rache gekommen. Ekkehard Voigt, Landesvorsitzender in NRW, der von der CSU zu den REP gekommen war und sich ihnen im vergangenen Jahr nach einer Zwischenstation bei der FDP wieder angeschlossen hatte, wollte sich für seine Entmachtung durch Schönhuber im Jahr 1985 revanchieren. Er sollte gegen Schönhuber um den Parteivorsitz kandidieren.

Die verordnete Schlammschlacht

Es kam, was kommen mußte. Die REP lieferten reichlich Material für die antifaschistischen Archive. Eine Schlammschlacht ohne gleichen begann. Juristischen Schritten der einen Seite folgte der rechtliche Konter der anderen. Denunzierte Schönhuber seine Kontrahenten als unverbesserliche Neonazis, so konterten diese mit dem Vorwurf, er sei altersschwach und ebenso wie sein Umfeld nur auf persönliche Bereicherung aus. Den Vogel bei diesem munteren Kesseltreiben schoß eindeutig der "Credo"-Nachfolger "Nation" ab. Zwar heißt es dort richtig: "Es ging nicht um Programmatik, sondern um Personen.", doch folgt dann eine Breitseite der anderen. In der Ausgabe 6-7/90 des Blattes heißt es unter anderem: "Franz Schönhuber arbeitet offen mit dem Verfassungsschutz zusammen." (S. 5), "Schönhuber himself schiebt ca. DM 15.000,- jeden Monat an Straßburger Talern ein, leistet sich auf Parteikosten für DM 250.000,- einen gepanzerten BMW (...) Allein der Berlin-Aufenthalt seiner Leibwächter soll DM 30.000,- verschlungen haben." (S. 18) Für diejenigen bisherigen Schönhuber-Getreuen, denen dies alles noch nicht verwerflich genug war, folgte ein geradezu unverzeihlicher Vorwurf: die geplante Zusammenarbeit mit den italienischen Neofaschisten, die bisher für alle bundesdeutschen Neofaschisten Partei non grata wegen ihres Anspruch auf Südtirol waren. Auf Südtirol zu verzichten aber heißt urdeutsche Interessen zu verraten. Der schlimmste Vorwurf, der dem Führer einer nationalen Partei gemacht werden kann.

Auch die mangelnde Qualität der Argumente seiner Gegner dürfte dazu geführt haben, daß Schönhuber seine "Wiederauferstehung unterm blauen Baldachin" (SZ, 9.7.90) feiern konnte. Der Parteitag in Ruhsdorf am 7./8.

Juli brachte einen überaus deutlichen Sieg Schönhubers. Sein ursprünglicher Kontrahent, Ekkehard Voigt, hatte das Unheil wohl schon geahnt und seine Kandidatur eine Woche vor dem Parteitag wieder zurückgenommen. Emil Schlee opferte sich und sprang in die Bresche. Der charismaarme Schlee hatte wohl selbst nicht mit seiner Wahl gerechnet. Schönhubers Erfolg war spätestens seit der Entscheidung des Bundesschiedsgerichtes absehbar, das ihn wenige Tage vor dem Parteitag wieder in den Besitz seiner - kurzfristig aberkannten - Mitgliedsrechte gebracht hatte. Mit einer deutlichen Zwei-Drittel-Mehrheit triumphierte der alte und neue Parteivorsitzende gegen seinen Widersacher. Auch Neubauer, der Mann hinter Schlee, sah bald die Sinnlosigkeit der Bemühungen, die Ergebnisse des Parteitages juristisch korrigieren zu lassen. Zu deutlich war die Stimmung für Schönhuber in der Parteibasis. Die angekündigten einstweiligen Verfügungen wurden nicht weiter verfolgt. Zum bayerischen Landesparteitag zwei Wochen später erschien Neubauer erst gar nicht. Er zog es vor, in den Bergen zu kraxeln.

Showdown in Bayern

Dieser Parteitag des mitgliederstärksten Landesverbandes mußte als die letztendliche Nagelprobe auf die Bemühungen Schönhubers bewertet werden, nach seinem Sieg beim Bundesparteitag die Partei geschlossen hinter sich zu vereinigen. Schließlich war gemutmaßt worden, daß die Opposition gegen ihn hier am ausgeprägtesten und stärksten verankert war. Speziell der Landesvorstand hatte eindeutig hinter dem oppositionellen Trio Neubauer/Glasauer/Rade gestanden, jedoch ein vorsichtiges Umschwenken nach dem Bundesparteitag angedeutet. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Hans Dorn, ein langjähriger CSU-Funktionär auf Neubauers Seite, war dort nicht wiedergewählt worden. Die Angst vor der Rache des Alten war also begründet. Den Gegnern Schönhubers gelang es allerdings, mit Rolf Übelacker einen vorzeigbaren eigenen Kandidaten um den Landesvorsitz zu präsentieren. Übelacker, der von der CSU zu den REP gekommen war, ist stellvertretender Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bayern und Bundesvorsitzender des völkischen "Witiko-Bundes". Dieser Direktor bei der Bayerischen Landeszentralbank schien hinreichend profiliert genug, den Wunschkandidaten Schönhubers, den Augsburger Stadtrat Hüttl, zu distanzieren. Das Rennen erschien bis kurz vor dem Ende des Landesparteitags offen. Allerdings rechneten wohl auch die verbliebenen Feinde Schönhubers bereits mit einer möglichen Niederlage. Im Kampfblatt der Opposition, der "Nation", hieß es: "Gruß- und Solidaritätsadressen bekam er schon von den Vorständen der Bezirksverbände Unterfranken und Oberpfalz. Die Niederbayern sind gespalten. In Schwaben gilt der BV-Chef Hüttl als Mann Schönhubers. Wie die Basis zum einstigen Zugpferd des REP-Wagens steht, weiß noch keiner." (6- 7/90, S. 22) Nach dem Parteitag war es deutlich: Hüttl hatte 15 Stimmen mehr erhalten als der bekanntere Übelacker. Viel Arbeit also noch für Schönhuber in Bayern.

Die Phalanx der Getreuen

Es ist zu erwarten, daß der größte Teil der bisherigen Opposition gegen Schönhuber zu Kreuze kriechen wird. Zu deutlich ist, daß die Basis einen Kurs gegen ihn gegenwärtig nicht honoriert. Außerdem hat Schönhuber taktisch klug signalisiert, daß er beim Bundesparteitag in zwei Jahren nicht nochmals kandidieren wird. Er kündigte an, er beabsichtige "das Steuer der Jugend zu übergeben". Sein Wunschkandidat ist Rolf Schlierer (35), Arzt und Jurist, ehemaliger Chefredakteur der burschenschaftlichen Zeitung "student" und ehemaliges Kuratoriumsmitglied des ultrakonservativen think tanks "Studienzentrum Weikersheim". "Mut"-Autor Schlierer steht auch mit seiner Person für die immer noch nicht aufgegebene "Intellektualisierung" der REP. Für das konservative Mäntelchen passend sind auch die neu- en stellvertretenden Bundesvorsitzenden Gerd Feldmeier (Frankfurt) und Dr. Möbius, selbst wenn letzterer in Opposition zu Schönhuber steht. Der stellvertretende hessische Landesvorsitzende ist von der CDU zu den REP gestoßen. Als Staatsanwalt ist er auch reputierlich und vorzeigbar. Zudem ist er auch zur Knüpfung neuer Bündniskontakte denkbar geeignet, ist er doch zugleich Landesvorsitzender der eng mit dem südafrikanischen Rassistenregime verbundenen "Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft". Möbius dagegen, inzwischen bereits wieder zurückgetreten, war als einziger der Oppositionskandidaten gewählt worden. Auch an seinem Beispiel ist deutlich zu sehen, daß die Scheidelinie nicht zwischen Neofaschisten auf der einen und Konservativen auf der anderen Seite verläuft. Möbius ist Amtsrichter und für die Ausbildung des juristischen Nachwuchses, der Referendare, zuständig. Das Recht ist wahrlich in den "rechten" Händen.

Carl-Schurz-Stiftung

Nach dem Scheitern des Versuchsballons der Intellektualisierung, des Republikanischen Hochschulverbandes, der sich inzwischen nach nicht einmal einjähriger Existenz aufgelöst hat, damit zugleich die wachsende Skepsis gegenüber der weiteren Erfolgsträchtigkeit des Modells Republikaner im denkenden Teil des Neofaschismus verdeutlichend, soll jetzt offensichtlich die parteinahe "Carl-Schurz- Stiftung" für die nach wie vor notwendige politische Qualifizierung der Funktionärskader dienen. Hunderttausend Mark aus dem Parteivermögen sind dafür aufgebracht worden. Logischerweise steht ein Getreuer Schönhubers an der Spitze. Der Unternehmensberater Dr. Hans Hausberger ist, wie einige andere Mitglieder des Kuratoriums, zugleich in der Braunzonenorganisation "Neuer Deutscher Nationalverein" tätig. Dies gilt z.B. auch für den stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Ulrich Wlecke, beschäftigt bei der Westdeutschen Landesbank, der auf eine Karriere beim revanchistischen "Gesamtdeutschen Studentenverband" zurückblicken kann. Die neuen Vizechefs Feldmeier und Schlierer gehören ebenso zur Führungsmannschaft wie der Schatzmeister Pahl und Schönhuber-Gattin Ingrid. Daneben findet sich aber auch hochkarätige wissenschaftliche Prominenz. Der eigentliche Verursacher des "Historikerstreits", der Erlanger Geschichtsrevisionist Prof. Helmut Diwald trifft sich im Kuratorium mit Dr. Armin Mohler, der von der Beschäftigung mit der "Konservativen Revolution" ebenfalls zur Geschichtsrevision gefunden hat. Der Heidelberger Ordinarius Prof. Dr. Hans-Joachim Arndt ist in trauter Runde mit dem ehemaligen Kommandanten der NATO-Verteidigungsakademie in Rom Generalmajor a.D. Dr. Franz Uhle-Wettler und dem Richter am bayerischen Sozialgericht Dr. Heinz Friedrich Kremzow zu finden.

Akzentverschiebung: Soziales neu im Angebot

Wie Franz Schönhuber mit dieser Mannschaft den beim Parteitag verkündeten Anspruch verwirklichen will, in der Sozialpolitik links zu stehen (blick nach rechts, 16.6.90) wird sein Geheimnis bleiben. Als Repräsentanten der Interessen der Unterprivilegierten kann diese Riege wahrlich nicht gelten. Ansonsten soll zukünftig die bisherige Programmatik moderater an das Wählervolk gebracht werden. Schönhuber selbst schüttete Asche auf sein Haupt und gab zu, der "Presse gegenüber zu harte Töne angeschlagen" zu haben. (a.a.O.) Der Medienmensch Schönhuber weiß genau, daß er die von ihm in der Vergangenheit so oft gescholtenen Medien zur Vermittlung des von ihm gewünschten Parteibildes zukünftig dringend brauchen wird. Die Zeiten sind halt härter geworden für ihn in einer Phase, da zur offiziellen Regierungs- und auch Oppositionspolitik der mühsam der deutschlandpolitischen Entwicklung hinterherhinkenden SPD und Grünen inzwischen Töne gehören, die noch im vergangenen Jahr als "rechtsextrem" stigmatisiert waren. Berechtigterweise verweist der inzwischen geschaßte Sprecher der bayerischen REP, Karl Richter, darauf, daß die von Schönhuber beabsichtigte Kurskorrektur lediglich eine stärkere Akzentuierung bisheriger Schwerpunkte sei: "Manches von dem, was die Republikaner seit Anbeginn ihres Bestehens fordern, hat inzwischen Eingang gefunden in die Programme etablierter Parteien. Die Republikaner waren bislang der Stachel im Fleisch der westdeutschen Zweidrittelgesellschaft, und nichts spricht dafür, daß sie dieser Aufgabe enthoben wären." (Der Republikaner, Juli 1990)

Trotzdem sind neue Töne bei Schönhuber nicht zu überhören. Noch vor nicht allzu langer Zeit scheute er allein das Wort "links" wie der Teufel das Weihwasser. Nun gebärdet er sich gar linkspopulistisch: "Um den Armen helfen zu können, müssen wir es von den Reichen nehmen." (TAZ, vom 9.7.90) So radikale Töne wagt die SPD schon lange nicht mehr anzuschlagen, denn ihre Klientel könnte sie ja tatsächlich beim Wort nehmen. "Hohe soziale und ökologische Verantwortung" reklamiert Schönhuber für seine Partei. Er kennzeichnete sie nach dem Parteitag zwar nach der gängigen Selbstdefinition als konservativ, wollte aber eigentlich sogar Liberalität beanspruchen, verzichtete letztlich aber darauf, weil dieses Wort durch die FDP "so fatal" besetzt sei. (FR, 9.7.90) Der unterlegene Neubauer warf ihm ob dieses gerüttelt Maß an sozialer Demagogie schlicht und ergreifend Etikettenschwindel vor. Die von Schönhuber vorgestellte Programmatik sei nichts anderes als "bewährter republikanischer Kurs". (TAZ, 9.7.90) Recht hat er, der Herr Neubauer, aber nützen tut es ihm nichts.

Schönhuber könnte durchaus wieder einmal richtig spekulieren. Schließlich hatte er ja auch bereits vor dem Parteitag die Entwicklung richtig vorhergesehen. Er erwies sich dabei als weitsichtiger als seine Anhänger. In seiner ersten Rede nach seinem Rücktritt vom Bundesvorsitz im bayerischen Stammland der REP prophezeite er, "er werde in zwei Wochen, nach dem Bundesparteitag, wieder Bundesvorsitzender sein und die REP bekämen die Wahlzulassung in der DDR." (blick nach rechts, 2.7.90) Beides hat sich inzwischen als richtig herausgestellt.

Perspektiven durch Großdeutschland?

Besonders die Wahlzulassung in der DDR dürfte auch der Grund für die beabsichtigte Verlagerung der Propagandaschwerpunkte sein. In der DDR werden bis zum Jahresende bis zu vier Millionen Arbeitslose erwartet ("Deutschland erwache", ARD, 8.8.90). Es ist abzusehen, daß dieses Heer von Arbeitslosen in der dann ehemaligen DDR unabsehbare soziale Probleme mit sich bringen wird. Da alle etablierten Parteien diese Entwicklung durch ihre Regierungsverantwortung in der BRD und/oder DDR mitzuverantworten haben, die PDS als relevanteste Oppositionspartei der DDR immer wieder als der ursächlich Schuldige gebrandmarkt werden wird und die Grünen zu sozialen Problemen ohnehin noch nie viel zu sagen hatten, rechnet sich Schönhuber für seine Republikaner mit dieser Thematik gute Profilierungschancen aus. Wenn den Menschen der Weg zur Linken durch die Vergangenheit versperrt ist, dann kann ihnen ja vielleicht der Marsch zur Rechten schmackhaft gemacht werden. So jedenfalls das Kalkül des Herrn Schönhuber. Schließlich hatte schon einmal ein Parteiführer mit diesem Konzept Erfolg.

Wenn Schönhuber nicht dazu gezwungen werden will, seine Ankündigung, den Reichen zu nehmen und den Armen zu geben, als moderner Robin Hood wahr machen will, dann muß er einen anderen Sündenbock bieten. Auch hier ist das historische Vorbild nicht weit. Rassistische Propaganda hat sich noch in den meisten Fällen als wirkungsvolle Ablenkung von den Verursachern sozialer Mißstände erwiesen. Das wäre ja auch noch schöner: Gerade haben wir den Sozialismus glücklich erledigt, da beginnen die Leute am frisch gewonnenen Kapitalismus zu zweifeln! Schönhubers Mannen werden mit ihrer rassistischen Propaganda in der ehemaligen DDR offene Türen einrennen. Sie brauchen nur noch zu ernten, was dort längst gesät ist. Rassistisch motivierte Übergriffe gehören in der DDR bereits zum Alltag. Die Angst um den Arbeitsplatz und die Sorge um die Zukunft haben den einmal erlernten proletarischen Internationalismus schnell vergessen lassen. Die Sündenbockmethode dürfte also voraussichtlich auf fruchtbaren Boden fallen. Noch gehen die Republikaner mit dieser Methode unbefangener und hemmungsloser um als die etablierten Parteien. Eine gute Chance also, wenigstens in der DDR etwas Rahm abzuschöpfen.

Zwar ist den REP mit der deutschlandpolitischen Entwicklung vorübergehend ihr Hauptthema geklaut worden, zwar konnten sie sich nicht mehr unbestritten als die "Wiedervereinigungspartei" darstellen, doch heißt dies nicht, daß das ewig junge Thema "Deutschland" damit für die REP zukünftig an Zugkraft verloren hätte. Nur wird es wohl auch in diesem Themenkomplex zu einer Akzentverschiebung kommen. Die Revanchistenverbände sehen ihre Felle davonschwimmen. Hier besteht noch eine Möglichkeit, sich zu profilieren. Schließlich scheint sich sonst momentan niemand des Sudetenlands und der anderen "Ostgebiete" anzunehmen, die bereits 1937 Bestandteil des Deutschen Reiches waren. Auch die dort lebenden Deutschstämmigen haben gefälligst "Heim ins Reich" zu wollen. Auch der Bundeskanzler hat schließlich betont, daß Deutschland dort sei, wo Deutsche leben. Und Deutsche leben auf der ganzen Welt. Denn heute gehört uns Deutschland? Nun, so plump und direkt würde es Herr Schönhuber bestimmt nicht ausdrücken. Der konservative Anstrich könnte schließlich verschmieren. Doch kleinere Vorstöße sind durchaus gestattet, wie zum Beispiel die durch und durch positive Haltung zur Initiative von Hartmut Koschyk (Generalsekretär des BdV) und Otto von Habsburg, auf dem Staatsgebiet Polens (im ehemaligen Oberschlesien) eine Volksabstimmung über die Zukunft der polnischen Westgrenze durchzuführen ...

Business as usual ...

Eigentlich bleibt alles beim alten. Schönhuber bleibt Parteivorsitzender, Kohl bleibt Bundeskanzler, die Themen der Rechten die gleichen. Die Probleme der Arbeitslosen werden sich ebenfalls nicht ändern, nur deren Zahl wird steigen. Die Wahlergebnisse der REP in sozialen Brennpunktgebieten signalisieren, daß sie nicht zu Unrecht dort gute Erfolgschancen vermuten können. Dies, die moderateren Töne, ein "entnazifiertes" Führungspersonal in Verbindung mit einer wachsenden und sich radikalisierenden Braunzone, die bewährte Leitfigur Schönhuber und die Fähigkeit der REP, stets ein Stück konsequenter und radikaler als die etablierten bürgerlichen Parteien zu erscheinen, dürften der Garant dafür sein, daß sie als politischer Faktor nicht aus der Öffentlichkeit verschwinden dürften. Anders als bei der NPD 1969 wird wohl auch das Mißlingen des Einzugs in den Reichstag, ehemals Bundestag, nicht zum Zerbrechen oder Verschwinden der Partei führen. Keinesfalls aber wird das Potential problemlos integrierbar sein. Arno Klönne hält es gar "für relativ wahrscheinlich, daß nicht nur ein bißchen rechtsextreme Nörgelei an der liberalen Gesellschaft, sondern in der Tat ein ernstzunehmender faschistischer Gegenentwurf zur liberalen Gesellschaft anwachsen wird." (TAZ, 23.5.90)

Antifa-Kommission KB Altötting

52. Nazi-Terror: Mit Äxten gegen AntifaschistInnen Rund um den FAP-Parteitag Niedersachsen

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:06

Wieder einmal macht die FAP und mit ihr der bekannte FAPler Karl Polaczek Schlagzeilen. Doch nicht einer der üblichen Schlägertrupps war es, der sie diesmal ins Gespräch brachte, sondern FAP- Multifunktionär Polaczek selbst, der mit der Axt Antifaschistinnen jagte und dabei eine von ihnen - glücklicherweise nicht schwer - am Kopf verletzte.

Vorgeschichte: Wirren um den Landesparteitag

Wie durch den Fund interner Schreiben der FAP "Gau Niedersachsen" bekannt geworden war, sollte im 30-km-Umkreis von Mackenrode, einem Dorf bei Göttingen, am 7. oder am 14. Juli ein FAP-Landesparteitag stattfinden. Die zwei Daten ergeben sich daraus, daß - wie aus Polizeikreisen bekannt wurde - von der FAP zwei Schreiben - eins echt, eins falsch - in Umlauf gebracht worden waren. Das richtige Datum war der 7. Juli, Gerüchte um ein Vorbereitungstreffen ließen allerdings auch den 14. Juli plausibel erscheinen. So wurde an beiden Tagen von AntifaschistInnen Streife gefahren - sowohl um am (herauszufindenden) Ort des Parteitages eine Gegen-Demonstration zu veranstalten wie auch um etwaigen "Überraschungen" seitens der Nazis - zum Beispiel unter Tagesordnungspunkt 16: "Spontandemo in der Stadt. Motto: Nieder mit der Fremdherrschaft!!!" - vorzubeugen. Nicht umsonst waren in der Einladung als "Ausrüstung ‚legale Waffen`, Funkgeräte, Ferngläser und Signalgeräte" gefordert. Schon zu oft war das Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) Ziel faschistischer Aktionen, der letzte größere Vorfall war eine von Polaczek und dem wahrscheinlich in der DDR untergetauchten Skin-Führer und stellvertretenden FAP-Kreisvorsitzenden Thorsten Heise organisierter Aufmarsch von ca. 100 FAPlern am 9.12.89, der unter den Augen der Polizei das Juzi angriff (siehe Berichterstattung im AK 314). Daß der Parteitag unter Obhut der Polizei bereits am 7. stattfand, wurde jedoch erst im Laufe des 14. Juli bekannt.

Der Axthieb

Am 14. Juli fuhren Antifas u.a. nach Mackenrode, dem Wohnort Polaczeks, um herauszufinden, ob und wo sich die Faschisten treffen würden. Dort stieß eine Frauenstreife auf den anscheinend nach GegendemonstrantInnen spähenden Polaczek. Dieser beschimpfte die an einer Bushaltestelle sitzenden Antifaschistinnen als "Huren" und "rote Brut". Das daraus entstehende Wortgefecht beendeten Polaczek und der mit ihm "Patrouille" fahrende FAP-Skin Oliver Simon mit Signalmunition-Schüssen und dem Angriff mit der Axt. Zwei Frauen wurden verletzt, die eine durch Polaczeks Axt am Kopf, die Wunde mußte im Krankenhaus genäht werden.

Polaczek und Simon wurden von der Polizei festgenommen, Simon bald wieder freigelassen. Gegen Polaczek wurde Anzeige wegen versuchten Totschlags erstattet. Doch auch er kam wenige Stunden später wieder auf freien Fuß.

Polaczek

Der Haftbefehl gegen Polaczek wurde "gegen Auflagen" ausgesetzt, Polaczek nach einer vierstündigen Vernehmung bereits am Samstag abend freigelassen. Montags bezahlte er seine 5.000,- DM Kaution. Daß die in einem der Göttinger Anzeigenblätter geforderte Ausweisung des Österreichers oder auch die von Staatsanwalt Heimgärtner eingeklagte Wiederaufnahme des Haftbefehls letztendlich Theaterdonner waren, hat Polaczek sich wahrscheinlich an allen zehn Fingern ausrechnen können, zuviel hatten er und seine "Kameraden" sich schon ungestraft erlauben können.

Der 55jährige Karl Polaczek kam im Frühjahr 1981 nach Göttingen. 1983 trat er in die NPD ein und wurde stellvertretender Kreisleiter. Ab März 1984 führte er einen Fascho-Buchladen in Duderstadt. Im Europawahlkampf 1984 für die NPD, den er fast ausschließlich mit seinem Sohn Rüdiger bestritt, schlug er beim Plakatieren einen interessierten Beobachter nieder und wurde deshalb 1985 zu einer Geldstrafe von 1.000,- DM verurteilt. Im Herbst 1985 gründete Polaczek schließlich den Kreisverband der FAP, wurde Schriftsteller und später "Gau-Kassierer". Immer wieder taucht der Name Polaczek im Zusammenhang mit

Sonnenwendfeiern, Wehrsportübungen, Hakenkreuzschmierereien, Skin- Überfällen und als presserechtlich Verantwortlicher von FAP-Publikationen auf. Über eine Mackenroder Mailbox wurden faschistische Computerspiele wie "Arier- Test" vertrieben, bis sie durch antifaschistische Hacker unbrauchbar gemacht wurde. Polaczeks Haus ist - wie ein gegen die FAP ermittelnder Göttinger Polizeibeamter bereits 1987 zu berichten wußte - eines der vier bundesweiten Zentren der FAP. Wie FAP'ler gegenüber Fernsehreportern aussagten, ist die Zusammenarbeit mit der Polizei gut.

Das zu beobachten, fällt nicht schwer. So bei der erwähnten FAP-"Demo" zum Juzi, bei der die Polizei in "engem Kontakt" (taz, 17.7.90) mit Polaczek stand, so bei der Durchführung des Landesparteitages am 7. Juli, für den die Polizei, wie sie auf Anfrage erklärte, "den FAP-Funktionären absoluten Schutz zugesagt hätte" (Göttinger Woche, 13.7.90). "Die Polizei gab an, während der ganzen Aktion eine direkte Leitung zwischen Einsatzleiter Knoke und FAP unterhalten zu haben (...)" (ebda.) Zusammen mit den Faschisten sorgte sie, wie sie später stolz kundtat, für "einen friedlichen und reibungslosen Ablauf" (ebda.) - angefangen mit den zwei Einladungsschreiben der FAP über die als Verwirrspiel arrangierte Anreise, um etwaige Verfolger abzuschütteln, bis hin zum Schutz des Parteitages, auf dem Prof. Dr. Erich L. Kerck über "ODAL - Rune für Blut und Boden!" und Ing. Ferdinand Schober über "Rassenhygiene und Blutschande!" referieren sollten und auf dem Polaczek zum Landesvorsitzenden gewählt worden sein soll. Auch in der kurzen Haft konnte Polaczek sein Anwesen in besten Händen wissen.

"Das war hier wie im Krieg"

Zwei Stunden nach dem Angriff auf die Antifaschistinnen am 14. Juli sammelten sich in Mackenrode ca. 300 Menschen, um gegen die faschistischen Gewalttätigkeiten zu demonstrieren. Auf dem Weg zu Polaczeks Haus wurde der Zug von einer Polizeikette gestoppt. Die Polizei erklärte kurzerhand, sie stehe im Steinhagel und trieb die Demonstration mit Tränengasgranaten auseinander. Erst als von Betroffenen fünf Strafanzeigen wegen "Körperverletzung im Amt" gestellt wurden und sich die Staatsanwaltschaft einschaltete, gab der stellvertretende Leiter der Polizeiinspektion Göttingen, Grote, zu, daß die Gewalt von Seiten der Polizei ausging. Sie habe das Haus Polaczeks schützen wollen.

Nach diesen allzu offensichtlichen Lügen paßte das beliebte Schema "Bandenkrieg/Einzeltäter" anscheinend selbst dem konservativen Göttinger Tageblatt, das sonst gern die Polizeiberichte nachdruckt, nicht mehr; am 18.7. stellte es anhand eines Berichts eines FAPlers, der diese Vorfälle zum Anlaß nahm, auszusteigen, dar, was an jenem Samstag in Polaczeks Haus vor sich ging: "Die Rechtsextremisten haben das eiserne Eingangstor zum Grundstück mit Holzscheiten und -Paletten verbarrikadiert und hofften, daß sich Autonome über die Sperren bewegen, um sie dann ‚umzubringen' (...). Ein geladenes Luftgewehr steht am Hauseingang, Molotowcocktails liegen im Wohnzimmer (...) Einer sagt: ‚Ich stand hier mit einem Luftgewehr. Der Bulle sagt, hey, hauen Sie mit dem Luftgewehr ab (...), wenn hier einer mit dem Luftgewehr rumballert, und irgendeiner von den Autonomen eine Verletzung hat, dann ist der Teufel los. Ich sagte, gibt's nicht. Wenn die Autonomen ballern, dann gleich 'nen paar zwischen die Augen, so nah wie möglich.' (...) Ein Skinhead: ‚Wenn die Autonomen ins Haus kommen, dann haben wir wenigstens Grund, einen (Autonomen) aufzuschlitzen. Auf der Straße kann ich bei einer Straßenschlacht schlecht einen umbringen (...)'. ‚Einen Bullen hat es erwischt, der brauchte hier noch eine Feldflasche Wasser. Haben wir dann auch rübergeworfen (...) das war wie im Krieg.'"

"Krieg" - das scheint zu sein, wozu Polaczek seine "Männer" erzieht. Am Abend des selben Tages griffen fünf Skins eine Gruppe von Jugendlichen vor einem Gemeindezentrum in einem Göttinger Ortsteil mit Stahlruten, Knüppeln und Leuchtmunition an. Ein Junge mußte mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus. Der "Grund": eine Woche vorher war einer der Skins aus dem Gemeindezentrum geflogen. Wenige Nächte später warfen Faschisten eine Rauchbombe in eine Wohnung. Durch Zufall von einem vorbeifahrenden Rettungswagen mit Sirene geweckt, konnten die BewohnerInnen die Rauchbombe noch rechtzeitig ersticken.

Es kann weitergehen: Strafanzeigen, Proteste, antifaschistische Demonstrationen oder Selbstschutz bleiben wirkungslos, werden niedergeknüppelt oder ihrerseits kriminalisiert - der Nazi-Terror bleibt unbehelligt. Und Göttingen ist kein Einzelfall.

Kl., Antifa-Kommission

KB-Gruppe Göttingen

53. Großdemonstration am 3.11. in Westberlin Gegen das Feiern! Gegen das Vergessen!

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:24

"Am Jahrestag der `Reichskristallnacht' wollen die Herrschenden das `einig' Vaterland" zelebrieren. Die Erinnerung, wozu faschistischer und imperialistischer Nationalismus in Deutschland fähig ist, soll ausgelöscht werden". Dieser Kernsatz aus dem Aufrufentwurf umreist den Hauptanlaß der zentralen Demonstration, die am 3.11. in Westberlin stattfinden wird. Der andere Schwerpunkt: die klaren GegnerInnenschaft zum Projekt deutsche Wiedervereinigung mit seinen unvermeidlich reaktionären Folgen erneut auf die Straße zu tragen.

Als im Mai in Frankfurt 15.000 sich als Opposition "Nie wieder Deutschland!" formierten, glaubten noch viele GegnerInnen jener Parole, daß die - unvermeidliche - Wiedervereinigung in erträgliche, ja fortschrittliche Bahnen gelenkt werden könne. Heute zeigt sich, daß auf allen Gebieten mit der Restauration eines deutschen Reiches politische Reaktion einhergeht. "Lafontaine schönhubert", heißt es im neuen Demo-Aufrufentwurf über die Angriffe auf das Asylrecht, "Vertreibung ist angesagt: Die Pogromstimmung im saarländischen Asyllager Lebach symbolisiert und forciert das Bündnis zwischen Elite und Mob - ein Bündnis, das sich seit dem 9. November 1938 immer öfter herstellt."

"Der Krieg ist zuende", titelte der Spiegel, und meinte damit: weil nachträglich gewonnen. Der neue Konsens zu verschärftem Rassismus stellt sich nicht zuletzt im Ansinnen her, sich mittels eines Schlußstrichs von der nazistischen Vergangenheit abzuschließen. "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland", dieses Zitat aus Paul Celans "Todesfuge" setzt der Aufruftext, der am 26.8. in endgültiger Form verabschiedet werden soll, als Hauptmotto gegen das Verdrängen. Anknüpfungspunkt sind die Pogrome des 9. November 1938, die Auftakt waren für die systematische Ausrottung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und in Europa. Dabei werden auch große Teile der deutschen Bevölkerung als Handlungsträger des rassistischen Wahns begriffen, eine Mehrheit, die "von den Verbrechen wußte, vielfach passiv billigend oder aktiv daran teilnahm." Keine Selbstverständlichkeit in linker Debatte, die diese Komponente faschistischer Herrschaftsmechanismen bis heute oft unterschätzt.

Zugleich geht es um die reaktionäre Welle seit Öffnung der Mauer: Die Analyse aktueller Tendenzen zeigt überall Rechtsentwicklungen: Nicht mehr Liberalität, sondern schärferer Rassismus gegen Nicht-Volksdeutsche; nicht mehr Friedensfähigkeit, sondern mehr NATO und völkische Ansprüche gen Osten; nicht mehr Demokratie, sondern Abbau selbst an ihren parlamentarischen Formen; "mit dem Stasi-Konstrukt wird eine reichsweite 129a-Fahndung legitimiert, gegen linke Künstler wie Stefan Heym und Christa Wolf wird ein McCarthy-Klima angeheizt" (Aufruf).

Einige Gedanken im vorgelegten Text versuchen, zu einer dafür unerläßlichen Neuorientierung der Linken beizutragen. Dazu zählt die scharfe Auseinandersetzung mit rassistischen Elementen der alten SED-Politik. Dazu zählt vor allem der Versuch, Internationalismus antinational zu definieren: "Dieser Internationalismus ist sich der besonderen Gefährlichkeit des Nationalismus der Deutschen bewußt, wir lehnen ihn aber auch bei anderen ab. Unsere Utopie wollen wir nicht durch nationalstaatliche Vorstellungen deformieren."

Von Leipzig nach Berlin

Die Demo am 3.11. in Berlin geht zurück auf die Initiative und den Beschluß des Radikalen Linken Kongresses im Juni in Köln. Dort war ein Vorschlag vorgetragen worden, der Rechten am 9. oder 10. in Leipzig das Feiern des "einig Vaterland" zu vergällen. Der Fall der Mauer als Umschlagspunkt zu deutschnationalem Taumel sollte am Ursprung des Umschlags, in der "Heldenstadt" begangen, und so die Straße der Erinnerung an den 9. November '38 zurückerobert werden. Bewußt setzte dieser Vorschlag darauf, auch gegen nationalistische Stimmungen "im Volk" ein klares Kontra zu setzen. Von vornherein war klar, daß dies auch in der Linken zunächst umstritten sein würde, - was die Initiatoren wenig anfocht: "Die beachtliche Erregung, die dieser Vorschlag bereits unter Linken provoziert, ist ein milder Vorgeschmack auf die öffentliche Empörung, die der Aktion zuteil werden wird, wenn es erst an die Realisierung geht. Eben das ist bezweckt. Es ist nicht Aufgabe radikaler Linker, eine Wiedervereinigung mit artigen Protesten und klug ausgedachten Forderungen kritisch zu begleiten. Im November dieses Jahres wird sich herausstellen, ob das postfaschistische Unternehmen `Schlußstrich unter die Geschichte' gesiegt oder verloren hat. Wenn es verlieren soll, müssen wir einen

Höllenlärm veranstalten." (Zitiert nach der überarbeiteten Veröffentlichung des auf dem Radikale Linke-Kongreß vorgetragenen "Was machen wir jetzt?", in: Konkret 7/90).

Der Vorschlag ist gescheitert. Dies liegt vor allem liegt daran, daß das Projekt in der DDR-Linken ohne das notwendige Echo geblieben ist. Denn immer war es als gemeinsame Aktivität mit jener, niemals als "Strafaktion" gedacht. Vielleicht ist auch in der westdeutschen Linken die Bereitschaft, den Protest gegen die Wiedervereinigung weiter zuzuspitzen, eher gesunken.

Vom 10. zum 3. November

Die Vorverlegung des Datums auf den 3. ist heftigen Debatten in der bundesrepublikanischen Linken geschuldet. Vor allem das Auschwitz-Komitee in der BRD, die VVN und andere Kräfte, die in Hamburg am 9. November einen regionalen Schweigemarsch durchführen werden, wandten sich gegen eine zentrale Großaktion am selben Wochenende. Auch das Auschwitz-Komitee wertete in einem Brief das Absingen der Nationalhymne im Bundestag am 9.11.89 als "traumatische Demonstration des Vergessens". Es behauptete aber, eine Demonstration "Nie wieder Deutschland" am 10.11. sitze einem "nationalistischen Trubel von links auf". Massiv wurde das Bedenken eingebracht, eine solche Aktion instrumentalisiere "das Bedürfnis einiger Menschen, an diesem Tag die Trauer und dem Gedenken öffentlich Ausdruck zu verleihen". Ein weiterer Hintergrund für die Intervention dürfte im Interesse liegen, traditionelle Bündnisse in sozialdemokratische Kreise zum 9.11. nicht zugunsten einer Initiative mit Radikalen Linken aufs Spiel setzen zu wollen.

Auf zentralen und regionalen Bündnistreffen teilten insgesamt sehr wenige die Kritik des Auschwitz-Komitees. Im Gegenteil wurde die Notwendigkeit, "Feiern" und Verdrängen" als zwei Seiten desselben Nationalismus im unmittelbaren Kontext des 9. November zu bekämpfen, von sehr vielen geteilt. Dennoch wurde der Termin der Demonstration auf den 3. vorverlegt, um sie nicht durch einen Affront gegen Verbände nazistisch Verfolgter zu belasten.

Chancen der Aktion

Die Chance, ein "neues Kapitel außerparlamentarischer Politik aufzuschlagen", wie noch der ursprüngliche Vorschlag erhoffte, besteht bei der jetzigen Konzeption wohl kaum. Vom Erfolgsrezept der Frankfurter Demonstration, die Kritik an Großdeutschland zuzuspitzen, ist in der Anlage nicht mehr sehr viel zu erkennen. Dennoch sollte durch die gesamte Linke der Versuch einer eindrucksvollen Mobilisierung gegen die Wiedervereinigung und das Verdrängen unternommen werden. Ein zentraler Auftakt mit Ausstrahlungskraft könnte auf folgende Veranstaltungen und regionale Aktivitäten zum 9. November einen Akzent setzen. Die Grundlage dafür müßte gelegt sein, daß nun auch Kritiker des ursprünglich geplanten Termins die Chance nutzen, gemeinsam dem reaktionären Trend des Vergessens Paroli zu bieten.

In verschiedenen Städten fanden bereits Treffen der Radikalen Linken oder von Demo-Bündniskreisen statt. Beteiligt sind verschiedene linke Gruppen wie VSP, der KB - vorerst nur als Minderheitenströmung -, ÖkosozialistInnen, "Vaterlandslose GesellInnen", Antifa-Gruppen, Asten und verschiedenste politische Initiativen. Die DKP hat sich zunächst einmal vom Bündnis faktisch verabschiedet. Dafür ist das Autonome und Antiimperialistische Spektrum diesmal von Anfang an mit von der Partie. Dort scheint es dieselben Widersprüche um antinationale Politik zu geben, wie in der gesamten Linken: Wollen die einen eine Ablehnung des bürgerlichen Nationalstaatsgedankens nicht akzeptieren, fordern die anderen gar die Verschärfung der Parolen zum "Nieder mit Deutschland". Auch verschiedene Kräfte aus der DDR, u.a. VL, PDS und FDJ, beteiligen sich an der Debatte, ließen aber bislang noch nicht erkennen, ob auch eine Mobilisierung aus der DDR erfolgen wird.

In Westberlin fanden bisher zwei Treffen mit 80 bzw. 60 VertreterInnen statt, u.a. unter Beteiligung verschiedener Frauenbündnisse, und von VertreterInnen des "Schabbes-Kreises". Dort wurde eine "Demonstration der Gegnerinnen und Gegner Deutschlands" am 3.11. begrüßt und getragen. Ob sich dabei schon alle möglichen internen Konfliktlinien erschöpft haben, wird ein weiteres Treffen am 26.8. zeigen.

Konkurrenzen

Ein mögliches Problem harrt allerdings noch der Klärung: Für den Herbst wird durch ein Frauenbündnis eine Demonstration gegen die Folgen der Annexion geplant. Noch ist ungeklärt, ob diese durch die Wahl eines ungünstigen Zeitpunktes zu einem Konkurrenzprojekt zur Demonstration "Gegen das Feiern. Gegen das

Vergessen" wird. Das "Anti-Annexionsprojekt" macht weitgehende inhaltliche Abstriche, um die für möglich gehaltene Breite herzustellen. Es geht nicht nur darum, daß darauf verzichtet wird, die Wiedervereinigung grundsätzlich abzulehnen, um auch den Anhängern ihrer "alternativen" Formen, z.B. der PDS, die Unterstützung zu erleichtern. Es ist bisher keinerlei Bemühen erkennbar, den positiven "alternativen" Bezug auf Wiedervereinigung als Kundgebungsinhalt auszuschließen. Werden frauenspezifische, feministische Inhalte mehr als kurze Erwähnung finden? Werden die Themen Nationalismus, Rassismus lediglich als Halbsatz- und Spiegelstrichpunkte behandelt? Wird Lafontaine mit seinem Angriff auf das Asylrecht geschont, SPD-Kräften im Bündnis zu Gefallen? Werden zur Atomkraft die klaren Aussagen getroffen, die in der westdeutschen Linken hierzu seit bald 15 Jahren selbstverständlich sind? Von solchen Problemen wird in der Praxis mit abhängen, inwieweit radikale Linke sich von solch einem Demo-Projekt angesprochen fühlen könnten - mit kleinem oder großem R. Bisher, sei skeptisch vermerkt, sieht es wenig hoffnungsvoll aus.

So oder so handelt es sich bei beiden Demo-Planungen um grundlegend verschiedene, damit nebeneinander bestehende Projekte. Um ein beiden Projekten schädliches Gegeneinander zu vermeiden, wandte sich nun der Trägerkreis der 3.11.-Demo mit der Bitte an das Frauenbündnis und die tragenden politischen Kräfte, darunter die Mehrheitsströmung des KB, ihr Projekt entweder Anfang Oktober, oder Ende November stattfinden zu lassen.

Be

54. Demonstrationsplanunge: Gegen die Einverleibung der DDR

Rubrik: Wiedervereinigung; Aktionen / Veranstaltungen; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:33

Am 3.11. wird ein Bündnis um die Radikale Linke in Westberlin eine zentrale Aktion "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. Gegen das Feiern. Gegen das Vergessen." im Bezug auf den 9.11. durchführen. Vermutlich schon im Oktober (der genaue Termin steht noch nicht fest) ruft ein Frauenbündnis aus bundesweiter § 218-Koordination, dem Bündnis "Frauen begehren Selbstbestimmung" und dem Unabhängige Frauenverband aus der DDR zu einer Demonstration "Gegen die Einverleibung der DDR und ihre Folgen" auf.

Die beiden Demonstrationen verfolgen unterschiedliche politische Konzeptionen.

Die Großdemonstration am 3.11. will die GegnerInnen der Wiedervereinigung zusammenführen, und daran erinnern, wozu faschistischer und imperialistischer Nationalismus in Deutschland fähig ist.

Das Frauenbündnis will alle Oppositionskräfte, sowohl die GegnerInnen der Wiedervereinigung, als auch diejenigen, die ihre Folgen kritisieren, zusammenfassen, wobei diesmal die Frauen (die natürlich keinesfalls alleine protestieren wollen) sich vorgenommen haben, an zentraler Stelle die Demonstration organisieren und prägen zu wollen.

Beide Aktionsbündnisse wollen sich (parallel) zu endgültigen Beratungen in Berlin West bzw. Berlin Ost treffen.

Im KB sind einmal mehr die Meinungen dazu geteilt. Aus gegebenem Anlaß stellen wir hier beide Demonstrationen - jeweils aus der Sicht eines Mitstreiters für diese Projekte - nebeneinander vor.

HH, Be

Gegen die Einverleibung der DDR

Am 1. Juli begrüßten die Teilnehmer eines deutsch-deutschen Oppositionsseminars die dort vorgetragene Idee, für eine Groß-Demonstration im Herbst gegen die Annexion der DDR und ihre Folgen in Berlin zu demonstrieren. Auf diesem Seminar waren aus der BRD VertreterInnen verschiedener linker Gruppen und Organisationen bis hin zum grünen Bundesvorstand und von DDR-Seite alle größeren DDR-Oppositionsgruppen beteiligt.

Vorgetragen wurde dort auch von Frauen die Idee, diese Demonstration an zentraler Stelle allein von Frauen zu organisieren und zu gestalten. Eine Woche später rief ein Frauenbündnis zu einer solchen Demonstrationsplanung auf (s. nebenstehend den Beschluß). Auf BRD-Seite war das Spektrum vertreten, das die Demonstration gegen den § 218 in Bonn organisiert hatte und aus der DDR Frauen aus dem Unabhängigen Frauenverband und einiger anderer Gruppierungen.

Innerhalb weniger Wochen hatte sich für eine solche Demonstrationsplanung ein breites Bündnis zusammengefunden. Auf BRD-Seite reichte das Bündnis von autonomen, linken Frauen über die Grünen bis hinein in Kreise der Jusos, gewerkschaftlicher Frauen oder aus der SPD. Auf der DDR-Seite haben alle größeren Oppositionsgruppen eine Unterstützung zugesagt.

Denjenigen, die vom KB diese Demonstration mit angestoßen hatten, ging es um folgende Ziele:

Seit fast einem Jahr rollt der Zug immer schneller in Richtung Anschluß der DDR. Fortschrittliche und eigenständige Ansätze der DDR werden dabei überrollt. Die Organisierung des gemeinsamen Protestes hinkt absolut hinterher. Bisweilen sind dafür nicht nur die realen Schwierigkeiten verantwortlich, bisweilen wird bei BRD-Linken dieser Mißzustand mit der Parole, man wolle den Anschluß nicht vorwegnehmen, geistig und moralisch gepflegt. Der Versuch, vor dem Anschluß eine größere gemeinsame Protestaktion zustandezubringen, ist mehr als überfällig.

Im letzten Jahr wurde eine breite politische Bewegung in der DDR von der Position getragen, die eine neue, demokratische und eigenständige DDR wollte. In unseren Augen sollte der Vorschlag für eine breite Protestaktion jetzt ein Anstoß sein, diejenigen Kräfte, die dann eingetretene Entwicklung so nicht gewollt

haben, wieder - und diesmal mit der BRD-Linken gemeinsam - auf die Straße zu bringen. Alle größeren DDR-Gruppen haben für die geplante Demonstration ihre Unterstützung zugesagt. Es ist aber bisher nicht erkennbar, daß sie die gemeinsame Mobilisierung aller Oppositionskräfte als einen zentralen politischen Schwerpunkt ihrer Anstrengungen betrachten. Man könne in ein, zwei Wochen (auch jetzt noch?) eine solche Mobilisierung durchführen, war dort vielfach zu hören. Allerdings muß aus der Sicht der BRD hinzugefügt werden, daß sie auch damit die Mobilisierungsfähigkeit der BRD-Linken noch bei weitem übertreffen dürften.

Auch in der BRD-Linken gibt es einen breiteren Unterstützerkreis, wie er auch bei anderen größeren Aktionen zustandekommen ist. Wir können hier nicht über die Ergebnisse der Beratung am 26.8. spekulieren. Als zentraler und erstmaliger Versuch, eine größere Protestaktion gegen die "Einverleibung der DDR" zustande zu bringen, verdient diese Aktion unsere zentrale Unterstützung.

Abgrenzungen

Die Demonstration stößt in der BRD-Linken allerdings keineswegs überall auf Zustimmung oder Begeisterung. Speziell innerhalb des KB, wo zwei zentrale Projekte nebeneinander und teilweise gegeneinander verfolgt werden, ist die Situation eher schwierig.

Je dramatischer man die Entstehung eines Großdeutschlands mit dem Hervortreten neuer nationaler und nationalistischer Größe einschätzt, umso mehr tritt man für eine breite Aktionseinheit ein, sollte man denken. Bei einer Reihe von Linken und speziell in der Diskussion innerhalb der "Radikalen Linken" ist aber vielfach eher das Gegenteil zu verzeichnen.

Der Gedanke, die "Radikale Linke" könnte ihre Anliegen vielleicht ebensogut als Block oder mit eigenen Aussagen im Rahmen einer größeren Aktion vortragen, ist unseres Wissens nur im Unterstützerkreis in Westberlin vorgetragen worden. In der Einladung zu ihrer zentralen Aktionsberatung hatte es noch geheißen: "meiner Meinung nach ist die jetzt beschlossene Demo im Herbst keine Konkurrenz mehr, sondern ein zweites, sinnvolles Projekt. (...) Wir Frauen der Radikalen Linken und des Bündnisses sollten uns in die Demoplanung einmischen". (Autorin S. Frieß) Bei der Aktionsberatung der "Radikalen Linken" herrschten dann aber ganz andere Töne vor. Da läuft dann nicht nur wegen der "MitgestalterInnen" in der DDR manchem der Schauer über den Rücken, da wird aus dem noch jüngst gefeierten Frauenbündnis (bei ihrer Demonstration gegen den § 218 in Bonn in diesem Jahr) eine sozialdemokratisch beherrschte Aktionseinheit. Und hinter Lafontaines Nationalismus wolle frau/man nun nicht hinterlaufen. Tja, wer will das schon?

Auch wenn innerhalb der "Radikalen Linken" sich kaum jemand dagegen äußern mag, soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, daß dies dort allgemeine Meinung ist. In aller Regel werden solch scharf geführte Auseinandersetzungen, wie man sie bei Aktionsberatungen ansonsten eher von Autonomen her kennt, in der Praxis dann so heiß nicht gegessen. Aber nicht einmal zur Prüfung, ob man vielleicht auch dieses Frauenaktionsbündnis gemeinsam unterstützen könnte, mochte man sich durchringen. Es bleibt derzeit beim Wunsch der "Radikalen Linken", das Frauenbündnis möge ihre Demo zeitlich nicht in direkte Konkurrenz zu ihrer Planung legen.

Die heftige Abgrenzung rührt aber nicht einfach daher, daß es ja immer tatsächlich ein Problem ist, ob und wie in einem breiteren Bündnis extremere Positionen ihren Platz finden können und nicht herausgedrängt werden. Das läßt sich aber nicht durch Betrachtungen aus der Ferne klären. Es geht auch nicht nur um die Frage, ob derzeit konsequente GegnerInnen der Wiedervereinigung lieber allein, statt als Teil in Aktionseinheiten agieren sollten oder vielleicht sogar beides. Es geht auch um den Wunsch einer Neuorientierung der Linken, wie es in dem Beitrag in diesem AK heißt. Innerhalb des KB haben wir eine solche Debatte um die "Neu"-Orientierung des Antifaschismus, bzw. jetzt auch Anti-Nationalismus schon seit einigen Jahren. Der Versuch, solche Neuorientierungen innerhalb von Aktionsbündnissen - sei es im größeren Rahmen oder sei auch nur im Rahmen der radikalen Linken - voranzutreiben, muß natürlich in der Konsequenz zu einem zähen Ringen um Demonstrationsorientierungen führen. Denn bei Aktionseinheiten geht es eigentlich immer auch um ein gemeinsames Agieren trotz unterschiedlicher Positionen.

HH

55. Aufgeblättert: Broschüren-Vorstellung

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:44

Politische Gefangene in den USA

Zur Kampagne für den zum Tode verurteilten ehemaligen Black Panther Mumia Abu-Jamal und die politischen Gefangenen in den USA hat die Amerika-Gegeninformationspresse eine umfängliche Sondernummer herausgegeben. Neben der Vermittlung grundlegender Informationen zur Todesstrafe in den USA und über die bisherige Entwicklung der Kampagne soll die Zeitschrift eine Diskussion in Gang bringen, die über die Aktionswoche im Juli hinausweist und sowohl dem nach Kampagnen üblichen Nachlassen des Interesses entgegenwirken wie auch vermeiden helfen soll, daß der Protest zu sehr auf den Einzelfall - hier die Verurteilung Abu-Jamals - beschränkt wird und im moralischen Appell steckenbleibt.

Bestelladresse: AGIPA-PRESS, c/o Jürgen Heiser, Eichenberger Str. 53, 2600 Bremen 1. Preis: 3 DM (incl. 1 DM Spende) plus DM 1.30 Versand.

Palästinensische Erziehung

Das "Jerusalem Media and Communication Centre" (Ostjerusalem) hat 1989 die erste Studie über die Bildungssituation in Westbank und Gasastreifen seit Beginn der Intifada herausgegeben. 1988/89 - und die Situation hat sich seither nicht grundlegend geändert - gab es in den von Israel besetzten Gebieten keine einzige Bildungseinrichtung, die nicht zumindest zeitlich befristet von den israelischen Militärbehörden geschlossen worden war. Im Untertitel der hier angezeigten Broschüre fragen die Herausgeber dann auch "Palästinensische Erziehung - eine Bedrohung für die Sicherheit Israels?" Eine leicht gekürzte Übersetzung der Studie ist jetzt im Sonderheft 20 der Zeitschrift "israel & palästina" erschienen.

Bestelladresse: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben. Preis: DM 3.- plus Versandkosten.

Irische Gefangene in der BRD

Am 16.8. beginnt in der BRD der Prozeß gegen die Iren Gerry Hanratty und Gerray McGeough, die vor zwei Jahren an der bundeutsch-niederländische Grenze festgenommen worden waren. Die Bundesanwaltschaft warf ihnen pauschal vor, in den Niederlanden, Belgien und in der BRD an IRA-Aktionen beteiligt gewesen zu sein. Sechs westdeutsche Irland-Gruppen haben eine Broschüre zu dem Prozeß herausgegeben, die neben einer Chronologie und einem Pressespiegel Artikel zur Einschätzung und zur Zusammenarbeit der britischen und BRD-Geheimdienste sowie Beiträge der beiden Inhaftierten enthält.

Bestelladresse: Irland Solidarität Westberlin c/o Asta FU, Kiebitzweg 23, 1000 Westberlin 33. Preis: 4 DM plus Porto, ab fünf Stück 3.50 DM plus Porto (nur gegen Vorauszahlung in bar oder V-Scheck).

Lateinamerika-Bibliografie

Der Andere Buchladen (Köln) und die Informationsstelle Lateinamerika (Bonn) haben auf 140 Seiten mit 400 Kurzrezensionen die aktuelle Ergänzung der ersten Ausgabe der "Bücher zu Lateinamerika" publiziert. Zusammen mit dem vor zwei Jahren erschienenen ersten Band liegen damit auf insgesamt 378 Seiten Kurzrezensionen aller bis Ende Oktober 1989 erschienenen, lieferbaren deutschsprachigen Bücher über Lateinamerika (Sachliteratur wie Belletristik) vor - für einen jeden an Lateinamerika Interessierten eine unentbehrliche Informationsquelle.

Bestelladressen: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41 - oder ila, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1. Preis: 2 DM plus 2 DM Porto, ab 10 Ex. portofrei; zusammen mit Band 1: 9 DM. (Nur gegen Vorauszahlung mit Scheck oder in Briefmarken.)

§ 218

Das "Frauen-Begehren-Selbstbestimmung" hat eine reichhaltig illustrierte Broschüre über die Protestaktionen am 16. Juni 1990 gegen den 218 herausgegeben. Dokumentiert sind in der Publikation neben dem Aufruf die Reden der Kundgebung, Solidaritätsschreiben, Flugblätter und ein Pressespiegel. Bestelladresse: Barbara

Ritter, Wespinstr. 13, 6800 Mannheim. Preis: 3 DM plus Porto (Überweisung auf das Postgirokonto Nr. 229103-674, B. Ritter-Sonderkonto, Stichwort: Doku, PSchA Ludwigshafen, BLZ 54510067)

EMMA-Register

Zehn Jahre "Emma" auf einen Blick und damit auch einen Ausschnitt aus zehn Jahren Frauenleben und Frauenkampf bietet das "EMMA-Register 1977-1986". Mithilfe der insgesamt 17.344 Verweise auf Namen, Sachgebiete und Autorinnen können die "Emma"-Ausgaben der ersten zehn Jahre in jeder denkbaren Weise erschlossen und auch für die gegenwärtige Arbeit zum Thema nutzbar gemacht werden.

Bestelladresse: EMMA-Verlag, Kolpingplatz 1a, 5000 Köln 1. Preis: 19.80 DM inkl. Versand. (Zusendung gegen Scheck oder auf Rechnung.)

Repression in der Provinz

Mitte der 80er Jahre hatten antifaschistische Kräfte in Konstanz begonnen, dem faschistischen Formierungsprozeß entgegenzutreten. Dieser Widerstand war von Anbeginn staatlicher Repression ausgesetzt. Das "Antifaschistische Komitee Konstanz" und das "Bündnis gegen Gesinnungsjustiz und Isolationsfolter" dokumentieren und analysieren die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands in der Region Konstanz.

Bestelladresse: Antifa-Komitee, Postfach 1314, 7750 Konstanz. Preis: 3.60 einschl. Versand (Vorauszahlung in Briefmarken).

"Andere" Archive

Der "Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID) bzw. dessen Nachfolger, das "Zentrum für alternative Medien" hat im Rahmen des "Projekt Gedächtnis" das größte Alternativzeitschriften-Archiv der BRD aufgebaut (s. das vom ID hg. "Verzeichnis der alternativen Medien. Ausgabe 1989. 240 S., 25 DM). Da die Arbeitsbedingungen in der BRD immer unzureichender geworden waren, ist das ID-Archiv 1988 in die Niederlande emigriert und dort beim Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte, einer der weltweit bedeutendsten Einrichtungen im Bereich der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Anarchismus, untergekommen.

In Amsterdam erarbeitet worden ist nun der "Reader der ‚anderen' Archive", der auf 340 Seiten 279 Selbstdarstellungen "anderer" Archive, Bibliotheken und Geschichtswerkstätten in Österreich, Schweiz, BRD, DDR, Griechenland und Niederlande enthält. Dargestellt werden jeweils die Themenschwerpunkte und die Nutzungsmöglichkeiten (bis hin zu Angaben über Öffnungszeiten, Benutzungsgebühren etc.). Wer künftighin wissen will, was wo in welcher Weise zu den verschiedensten (und im weiteren Sinne ausgelegten) Alternativbewegungen gesammelt worden ist, hat mit diesem Reader den Schlüssel in der Hand.

Die gleiche Zielsetzung wie der "Archiv-Reader", sonst schwer zugängliche Informationen aus dem Alternativbereich greifbar zu machen, hat das ebenfalls vom ID-Archiv herausgegebene "Verzeichnis der lieferbaren Broschüren 1990". Aufgenommen wurden Publikationen aus dem linken, alternativen und feministischen Spektrum, die in der Regel über die normalen Vertriebsstrukturen des Buchhandels nicht lieferbar sind und daher auch der Aufmerksamkeit des interessierten Publikums leicht entgehen können. Das 112 Seiten starke Verzeichnis ist nach Sachbereichen (von Arbeit über Gesundheit und Landwirtschaft bis zu Verkehr) gegliedert.

Bestelladresse: Über den Buchhandel oder direkt bei der Edition ID-Archiv, c/o AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Westberlin 19. Der "Archiv-Reader" kostet 38 DM, das Broschürenverzeichnis 12 DM.

56. Aufbruch oder Untergang (Leserbriefe)

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:40

Gratwanderung

In Zeiten, da sich Teile der westdeutschen Linken in einem wortradikalen Wettbewerb um die deftigsten Beschimpfungen gegen die Deutschen schlechthin und in geringschätzigen Bemerkungen über die DDR-Linke ergehen, hat der Autor versucht, die Politik der PDS zunächst einmal aus den konkreten Bedingungen der DDR heraus zu erklären und zu verstehen. Solches Herangehen unterscheidet sich wohltuend von anderen Beiträgen aus Zeitschriften der Westlinken, die einem DDR-Bewohner eher die Schuhe ausziehen als das Hirn erfrischen. Das Ergebnis der Kommunalwahlen hat bestätigt, daß die PDS die mit Abstand stärkste linke Kraft in der DDR und darüber hinaus im kommenden Gesamtdeutschland ist, die mit dem "Neuen Deutschland" übrigens über die einzige sozialistische Massenzeitung in Deutschland verfügt. Links von der PDS gibt es keine auf massenpolitischer Ebene relevante linke Kraft. Das ist gerade auch mit Blick auf die Entwicklung der PDS bedauerlich, weil auch die PDS Druck von links gelegentlich vertragen könnte, aber es ist eine Tatsache, die zur Kenntnis zu nehmen ist. Die PDS stützt sich vor allem auf erhebliche Teile der Intelligenz der DDR und damit auf jene Schichten, die das "überschüssige Bewußtsein" hervorgebracht haben, über das Rudolf Bahro in seiner "Alternative" in den siebziger Jahren schrieb. Dieses Potential konnte sich in der SED nicht entfalten, weil die Parteibürokratie mit fragwürdigen Methoden für einen 58%igen Arbeiteranteil in der Mitgliedschaft sorgte, der in vielen Fällen weniger sozialistische Überzeugung als autoritäre Gesinnung und Antiintellektualismus manifestierte.

In diesem Sinne ist das von Gregor Gysi favorisierte Konzept einer auf die Interessen des werktätigen Volkes orientierten Partei von Intellektuellen nicht der billige Versuch, Anschluß an die SPD zu finden, sondern das Ergebnis einer realistischen Lageeinschätzung. Das Konzept der "marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse" nach dem Vorbild der KPD vor 1933 ist heute ein toter Ast, auf den sich niemand mehr ohne politische Lebensgefahr setzen kann. Darüber gründlich zu diskutieren, wäre vermutlich auch für eine kommunistische Organisation im Westen wie den KB fruchtbar. Die DKP unter Heinz Stehr hat nach einem Gespräch mit Gregor Gysi in der UZ Widerspruch gegen die Einschätzung von der Bedeutung der Intellektuellen für die Partei angemeldet und wird möglicherweise ihr traditionelles Konzept in Abgrenzung von der PDS fortsetzen, vermutlich erfolglos. Der hohe Intellektuellen-Anteil bei Wählern, Mitgliedern und Abgeordneten der PDS bietet Chancen, birgt auch aber auch Gefahren in sich, die in Knut Mellenthins Artikel zu kurz kommen.

Ein Teil der PDS-Mitglieder und Sympathisanten gehört zu denjenigen, die bei der kapitalistischen Zwangsvereinigung nichts zu ernten haben. Frauen, Studenten gesellschaftswissenschaftlicher Fakultäten, arbeitlose "kleine" Parteifunktionäre der früheren SED wären hier zu nennen. Daneben aber gibt es viele, die zwar erhebliche Kritik an einzelnen Zügen der aus der BRD importierten Ordnung haben, insgesamt aber in diesem System ganz passabel unterkommen werden. Das betrifft einen erheblichen Teil der Staatsangestellten von Volkspolizisten bis zu Ministeriumsmitarbeitern und Professoren, die zwar dank der geheimen Wahlen noch heimlich PDS wählen, die Mitgliedskarte aber lieber nicht annehmen wollen.

Absehbar ist, daß insbesondere in den Reihen der Parlamentarier der PDS die Neigung zunehmen wird, sich als pragmatisch und konstruktiv zu erweisen. Eine Kostprobe für diesen Trend lieferte der PDS-Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters von Berlin (DDR), Dr. Peter Zotl, auf einer Wahlveranstaltung. Auf die Frage, was er gegen den anwachsenden Rechtsradikalismus tun werde, entgegnete Zotl treuherzig, er wende sich gegen jede Art von Radikalismus, von rechts und links, dagegen brauche die Demokratie vor allem eine gut ausgerüstete Polizei ... Politische Trottel wie Zotl jedenfalls werden den Linken in der PDS noch zu schaffen machen. Knut Mellenthins Argument, der "Sozialdemokratisierung" der PDS seien durch antikommunistische Ressentiments harte Grenzen gesetzt ist nur bedingt richtig. Gregor Gysi und etwa die AG Junger GenossInnen vertreten zwar eindeutig eine Haltung, die PDS als "sozialistische Partei im Kapitalismus", als Opposition links von der SPD zu profilieren. Andererseits ist absehbar, daß die PDS sich mit der Auflösung der DDR einem Druck ausgesetzt sieht, sich als "grundgesetzkonform" und damit staatsloyal im Sinne der BRD zu erweisen. Tendenzen, auf diesen Druck mit Anpassung zu reagieren, sind damit vorprogrammiert.

Diese Konflikte sind jedoch logische und unvermeidliche Begleiter einer Politik, die soziale Interessen der Bevölkerung und damit Massenpolitik zu ihrem Ausgangspunkt macht. Das mag ein mühseliger Weg und oftmals auch eine Gratwanderung sein. Die scheinbare Alternative einer "antideutsch" motivierten Abstinenz gegenüber der realen Bewegung, die sich in der PDS ausdrückt, führt mit Sicherheit ins politische Aus.

U.K., Berlin (DDR)

Löst das LG auf!

Mit 12:4 - so war im ak 320 zu lesen - hat das Leitende Gremium des KB beschlossen, eine "parlamentarische Repräsentanz" in der PDS zu suchen. Hat die Mehrheit nichts aus der Spaltung 1980 gelernt? Die Orientierung auf das Gewicht der "nach hunderttausenden zählenden Basis" der PDS in gesamtdeutschen Wahlen erscheint angesichts der marginalen Situation der Linken - nach K.-H. Roth ein "Dilemma" - einfach grotesk: omnipotente Verkennung des eigenen Einflusses.

Scharfe inhaltliche Debatten werden oft genug von persönlichen und strukturellen Auseinandersetzungen überlagert. Von daher erscheint mir die Frage, ob hier nicht Machtstrukturen in linken (und alternativen) Zusammenhängen - also speziell innerhalb des KB als Organisation und seiner ak-Redaktion - hervorbrechen, essentiell für eure weitere Existenz. Ich hoffte, die Diskussion darum hätte bereits nach der letzten LG-"Erklärung zur deutschen Frage" begonnen.

Bernd, Karlsruhe

Stasi und "Terrorismus"

In Sachen "Terroristen" ist es mit der vielgepriesenen Rechtsstaatlichkeit der BRD bekanntlich vorbei: Fahndung realisiert sich zu einem beträchtlichen Teil als Liquidierung; Verhandlungen finden nach dem Grundsatz "in dubio contra reum" statt, wobei Tatsachenmaterial gefälscht und die Öffentlichkeit massiv irregeführt wird; die Isolationshaftbedingungen sind menschenunwürdig, teilweise im Wortsinn mörderisch.

Auch der Regierung von Herrn de Marionette kann dieser Tatbestand nicht unbekannt gewesen sein. Dennoch oder gerade deshalb hat sie den Herren des Morgengrauens freie Bahn bei deren terroristischer "Bekämpfung des Terrorismus" gegeben. Für die Verhafteten bedeutet das, entweder sich zum propagandistisch verwertbaren Abschwörer/Kronzeugen machen zu lassen, oder der Brutalität des stammheimatlichen Rechts-Staats anheimzufallen.

Mit diesem remake von polizeilich-publizistischer Menschenjagd, mit dieser Mißachtung des Prinzips des politischen Asyls, zeigt die "Wende", jene als "demokratisch" apostrophierte Anti-Revolution, einmal mehr ihr häßliches Gesicht.

Nun könnte es auch den HeldInnen der Fa. Neues Forum & Co. KG allmählich dämmern, daß die seit Monaten ununterbrochen laufende Anti-Stasi-Kampagne nicht im geringsten emanzipatorisch-staatskritisch ist, sondern lediglich die Funktion hat, die Macht des "richtigen" Staates, des "richtigen" Staatsschutzes noch mehr zu erhöhen. Die taz aber glaubt nach wie vor, Sonderschichten bei der Stasi-Bekämpfung fahren zu müssen, mit einem geradezu gespenstischen Eifer.

Otfried, Heidelberg

Betr.: PDS und KB-Mehrheit

Selbstverständlich brauchen wir hier, auch zu den sog. gesamtdeutschen Wahlen (im Herbst) eine vereinigte, linke sozialist.-revolut. Gruppierung, aber nicht die sozialdemok. verkommene PDS etc. unter dem Herrn Gysi. Wer auf solche Partei(en) baut, macht sich nur zum Helfer der SPD-Verräter und unterstützt den herrschenden Kapitalismus (auch, wenn er "sozialist. Marktwirtschaft" "benannt" wird).

Hansjörg, Appetshofen

Aufbruch oder Untergang?

Zur Beurteilung des "Kongreß Radikale Linke" sowie der Kritik an der Intervention der Gruppe Linkswende möchten wir kurz Stellung beziehen.

Laut "Arbeiterkampf" war der Kongreß geprägt von "vielen Ansätzen neuer linker Überlegungen", "Sachkompetenz" und einem "Aufbruchscharakter". In unseren Augen sind solche Bewertungen nichts anderes als der Versuch, den desolaten Zustand der offiziellen Linken - "von linken Grünen, VSP, KB, DKP, Sozialistisches Forum, ... bis hin zu Autonomen" - zu beschönigen. Nicht nur die Vertreter der Linkswende, sondern auch die Mehrheit der "Unorganisierten" und "Jungen", nahmen einen gänzlich anderen Eindruck von Köln mit nach Hause. Anstelle eines Aufbruchscharakters herrschte mehr die Weltuntergangsstimmung nach dem Motto, daß mit der Wiedervereinigung sowieso alles gelaufen, die Linke zur "Sektenexistenz" verdammt ist. Anstelle "neuer Ansätze" wurden auf Grund der vorherrschenden Konzeptionslosigkeit in erster Linie "alte Kamellen" aufpoliert und als neue Erkenntnisse vorgestellt. Ob Marcuses Konzept der "repressiven Toleranz", oder die alles durchdringende Fixierung auf den facettenreichen Antifaschismus - Konzepte, die in den vergangenen 40 Jahren ihre schlichte Falschheit eigentlich zu Genüge bewiesen haben, standen wieder mal im Rampenlicht.

So wurde auch weniger über politische Inhalte diskutiert, sondern Schuldzuweisungen und Dampfablassen über die scheinbar aussichtslose Situation prägten den Kongreß.

Entsprechend nichtssagend liest sich der "5-Punkte-Vorschlag" zur Weiterarbeit: Das Projekt "Radikale Linke" wird fortgesetzt und außerdem gibt es noch den zukunftsweisenden und geradezu vom Hocker reißenden Vorschlag von Detlef zum Winkel, am 9. November mal wieder eine Demo zu machen.

In Anbetracht der Diskussionen, die in den vergangenen Monaten auf der westdeutschen Linken stattfanden, haben wir vom Kongreß selbst kaum anderes erwartet. Auf welcher Grundlage sollen politische Schritte diskutiert werden, wenn nicht einmal Klarheit darüber besteht, wer eigentlich der Ansprechpartner der zu formulierenden Standpunkte sein soll. Die Linke in der BRD besitzt seit vielen Jahren keine Mission mehr. Bereits Ende der siebziger Jahre wurde mit der Auflösung der "Marxistisch-Leninistischen Bewegung" in die Nischen der grünen Alternativkultur, die Aufgabe der Linken zu den Akten gelegt: die Formulierung antikapitalistischer Positionen, mit dem Ziel der Schaffung eines Bewußtseins in der arbeitenden Bevölkerung. In den Augen der Linkswende ist auch heute die Arbeiterklasse die einzige Kraft, die den Imperialismus bekämpfen kann - davon konnte uns auch kein "prominenter" Linker in Köln abbringen.

Was wohl einige "radikale Linke" in Köln am Auftreten der Linkswende gestört hat, ist, daß wir im Gegensatz zu anderen Gruppen klare und zukunftsweisende Perspektiven und Positionen haben. Von daher wirkt der Vorwurf, wir hätten den "Kongreß immer wieder als Forum" für uns zu nutzen versucht, als plattes Argument, unsere Inhalte zu übergehen, anstatt sich ihnen zu stellen. Davon abgesehen ist es bezeichnend, daß die Kritik gerade in diese Richtung geht. Natürlich sind wir nach Köln gefahren, um den Kongreß für die Vorstellung unserer Politik zu nutzen - aus welch anderem Grund hätten wir ansonsten hinfahren sollen? Mit Sicherheit nicht, um uns in das farblose und emotional argumentierende Heer der "Opfer, Gegnerinnen und Gegner Deutschlands" einzureihen. Unser Ziel ist es, eine antikapitalistische Bewegung in der Arbeiterklasse aufzubauen. Angesichts des Niedergangs des Stalinismus und der Wiedervereinigung gibt es dafür nicht nur eine dringende Notwendigkeit, sondern massig Ansatzpunkte und Chancen. Das Ziel des "Projekt Radikale Linke" muß wohl erst noch gefunden werden - bis zum 9. November ist noch viel Zeit. Vielleicht läßt sich der Titel der Demo noch ändern von der etwas antiquarischen Formulierung in eine aktuellere. Beispielsweise das Propagieren der politischen Einheit der Arbeiterklasse wäre angesichts der erwarteten sozialen Mißstände in der DDR angebracht.

Thomas Fischer,

für die Gruppe Linkswende

57. Schwarz-Rot-Gold

Rubrik: Deutsche Debatte; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak321/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:22

War es ein ausgeklügeltes politisches Projekt? Jedenfalls hat der WM-Sieg der Beckenbauer-Elf in der BRD mehr zu Rehabilisierung und Mobilisierung deutsch- nationaler Emotionen beigetragen, als die Öffnung der Mauer und die folgende Einverleibung der DDR. Wurde in der DDR schon wenige Wochen nach dem 9.November das Geier-Fähnchen geschwenkt, so eroberte es hierzulande die Straße erst endgültig nach Brehmes Elfmeter. Trotzdem läßt sich das eine kaum vom anderen trennen. Der WM-Sieg setzte nur etwas frei, was sich in den Köpfen der Leute seit dem 9. November, wenn auch oftmals widersprüchlich, so aber nichtsdestotrotz kontinuierlich entwickelt hatte. Möglicherweise manifestierte es sich in der Nacht zum 9. Juli auch deshalb in so geballter Form, weil der WM-Sieg dazu einlud, die Widersprüchlichkeit beiseite zu räumen,um sich dem nationalen endlich ungehemmt hinzugeben. Tatsache ist, daß kein deutscher WM-Sieg so bejubelt wurde wie der Dritte. "Da ist mehreres zusammengekommen: die Ost-West-Entwicklung, die Währungsunion und jetzt die Fußballweltmeisterschaft" (Jürgen Klinsmann).

Das erschütternste Erlebnis bei dieser WM, daß das spielerische Desaster noch bei weitem übertraf, war für mich, wie das "linksliberale Lager" mit jedem deutschen WM-Sieg mehr unter die Geier- Fahne zog. Da wurde in man in seinem eigenen persönlichen und politischen Umfeld als Spielverderber gebrandmarkt, weil bei unsereins die rechte Freude halt nicht aufkommen wollte. Daß man für die Iren fieberte, wurde als Spinnerei toleriert, wenn gleich mit bösem Unterton: Als Deutscher habe man ja eigentlich die eigene Mannschaft anzufeuern. Mit Nationalismus habe das im übrigen - sollten meine Probleme hier liegen - überhaupt nichts zu tun. Und wenn doch, dann sei dies reiner Fußball-Nationalismus, mehr nicht. Aus der belächelten Spinnerei wurde bitterer Ernst, als die Deutschen im Halbfinale auf England trafen. Da die Iren eine Runde vorher ausgeschieden waren, verlieh ich meine Sympathien an die nächsten "Inselaffen". Das war nun völlig unmöglich, denn schließlich handelte es sich bei diesen um direkte Kontrahenten der Deutschen. Folglich wurde ein kollektives Glotzegucken ausgeschlossen. Die fanatischsten Fußballfans hatten auf einmal an diesem Abend "schon was anderes vor" oder waren "müde" und wollten folglich "ganz schnell ins Bett". Scheinbar links hieß es dann noch: "Also, das mit den Iren, das konnte ich ja noch verstehen, aber mit den Engländern ... Nachdem, was die alles den Iren angetan haben ..." Niemand kam auf den Gedanken, zu fragen, wie man denn die deutsche Elf guten Gewissens unterstützen könnte, nachdem was die Deutschen den Juden, den Russen, den Polen, den Franzosen, den Holländern, den Norwegern etc. alles angetan haben. Und: Was hat man eigentlich als linksliberaler Deutscher davon, wenn eine Truppe den WM-Sieg davonträgt, die als Werbeagentur in Sachen Schwarz- Rot-Gold fungiert und zu 80% eine CDU-Truppe ist? Selbst ein SPD-Wähler kann daraus keinen persönlichen und politischen Profit ziehen.

Doch zurück zu den "Inselaffen": Die diesbezügliche Verwirrung ist leicht aufzulösen. Zum einen wollte ich einfach nicht, daß die Deutschen gewinnen, da dies nur nationale Aggression und Überheblichkeitsgefühle freisetzen konnte. Wiedervereinigung und Weltmeisterschaft in einem Jahr, so meine Meinung, das war eindeutig zu viel des Schlechten, das konnten die Deutschen nicht verkraften, und sie taten es auch nicht, wie die Ausschreitungen nach dem Finale zeigten. Wenn schon ein "W" sein mußte, dann bitte die Weltmeisterschaft, aber da die Wiedervereinigung schon so gut wie gelaufen war, hatte sich die Beckenbauer-Elf zu blamieren.

Hinzu kam aber auch, daß die englischen Spieler einfach sympathischer waren (Terry Butcher ausgenommen...) als die deutschen "Sympathieträger". Während meiner Zeit in Nordirland hatte ich genügend Gelegenheit gehabt, die Barnes, Waddles und Gascoignes per TV und Sportzeitung kennenzulernen. Womit wir zu der bewegenden Frage kommen, wie man als Linker seine Sympathien in Sachen Fußball bestimmen und verteilen sollte. Auf keinen Fall nach biologistischen Kriterien: "Weil ich ein Deutscher bin, sympathisiere ich mit der deutschen Elf. Auch wenn ich links bin, während diese und die sie unterstützenden Kräfte im Lager meiner politischen Gegner anzusiedeln sind."

Wenn meine Sympathien den Iren galten, dann schlicht und einfach deshalb: 1. Die Iren haben in ihrer Geschichte niemals andere Völker überfallen, sondern waren stets selber ein unterdrücktes Volk. Von daher ist die Gefahr, daß Fußballsiege im irischen Volk falsche Emotionen mobilisieren, äußerst gering. Von der BRD läßt sich dies nicht sagen. 2. Die irische Mannschaft und ihr Trainer sind nicht nur persönlich sympathischer,

sie stehen mir auch politisch näher. Immerhin gilt der Bergarbeitersohn Jackie Charlton - by the way ein Engländer - als ein Anhänger des linken Labour-Flügels. Auch von einigen der Spieler sind vernünftige Ansichten bekannt. Die Rückkehr nach Dublin wurde verschoben, um nicht mit einem Auftritt von Nelson Mandela zu kollidieren. Einigen der Spieler wird gar nachgesagt, sie hegten gewisse Pro-IRA-Sympathien. Auf jeden Fall gestaltet sich das gesamte Auftreten der Mannschaft erheblich lockerer und sympathischer als das der Beckenbauer-Zöglinge. 3. Die irischen Fans zählen zu den "besten Fans" überhaupt. Sie gelten zwar als äußerst trinkfreudig (und sind es auch), sind aber niemals in Schlägereien mit den Fans gegnerischer Mannschaften verwickelt und gelten zudem als ausgesprochen unchauvinistisch. Von den deutschen Fans läßt sich dies nicht sagen. Bezeichenderweise waren es - jeden falls laut der offiziellen WM-Statistik - die deutschen "hooligans" (und nicht die englischen, wie vorher angenommen), die während der WM für die meisten Zwischenfälle sorgten. Selbst von einem nur linksliberalen Standpunkt aus betrachtet, gab es also eine Reihe von guten Gründen, andere Mannschaften als die des DFB zu unterstützen. Oder andersherum: Es gab nur einen Grund, als Linksliberaler für die DFB-Elf zu fiebern: deutsche Zwangssolidarität. Mit entsprechender Ausschließlichkeit wurde diese Position dann auch verfochten. Diese Ausschließlichkeit ist und bleibt das Unangenehme am deutschen Nationalismus, weshalb es auch barer Unfug war, den Taumel auf Deutschlands Straßen mit südländischer Begeisterung gleichzusetzen.

Es bleibt die Frage, warum die Begeisterung für die deutsche Elf dieses Mal - anders als 1982 und 1986 - nicht auf das konservative Spektrum beschränkt blieb. Sicherlich spielte diesbezüglich der offizielle nationale Druck eine erhebliche Rolle. Nachdem man in den letzten Monaten mehr oder weniger nur herumgemäkelt hatte, wollte man endlich dabei sein. Von zumindest genauso entscheidender Bedeutung war das gewandelte Auftreten der deutschen Kicker, auf wie außerhalb des Spielfelds, sportlich wie sozial. Oder sagen wir es so: Das gewandelte Auftreten hat das Dabeisein ganz entscheidend erleichtert - die deutsche Nationalmannschaft als Eintrittskarte zum Mitmachen beim Projekt "Deutschland". Das war nicht mehr jene tumbe Truppe, die 1982 und 1986 von einem Fettnäpfchen ins nächste stolperte. Über die Vizeweltmeister von Spanien und Mexico war leicht lästern. Sie wurden eben nur "Vize" und dies auch noch völlig unverdient. Da fiel es keinem Linksliberalen schwer, sich von der Truppe zu distanzieren. Die Beckenbauer-Elf von 1990 vermied jedes Fettnäpfchen tunlichst, präsentierte sich aufgeschlossen und modern. Man darf davon ausgehen, daß das neue Image hinter den Kulissen intensivst geprobt wurde. In Italien präsentierte sich (jedenfalls vordergründig) kein mit Minderwertigkeitskomplexen und Neid beladener Nationalismus eines Zukurzgekommenen, sondern der souveräne Nationalismus eines Siegers, der weiß, daß ihm die ganze Welt ehrfurchtsvoll zu Füßen liegt, und daß er nur noch zugreifen muß. "Es tut mir leid für den Rest der Welt, aber für die nächsten Jahre ist Deutschland von niemandem zu besiegen" (Franz Beckenbauer). Von einem solchen, erfolgreichen, weniger tumb agierenden Nationalismus ist sich offensichtlich wesentlich schwieriger zu distanzieren. Dazu kommt noch das veränderte soziale Antlitz der DFB-Truppe, das der Welt des "neuen Mittelklässlers" wesentlich näher kommt als das des traditionellen Kickers. Der "neue" Kicker ist zur Formulierung ganzer Sätze imstande (auch wenn sie ständig mit "Na gut ..." beginnen), versiert im Umgang mit Medien und Öffentlichkeit, gibt sich weltmännisch (ist deswegen aber keineswegs weniger deutsch, was auch gar nicht sein muß, da Europa und die Welt ja selbst zusehends deutscher werden) uns ist weniger total auf den Ball abonniert. Seine Zukunft liegt im Bereich des Management, des Showgeschäfts oder des Journalismus, aber ganz sicherlich nicht in der Übernahme einer Tankstelle oder eines Lotto-Toto- Ladens mit angeschlossenem Zeitschriftenhandel. Die "Igittigitt"-Haltung , mit der große Teile der Mittelklassen den Fußball in der Vergangenheit begeleiteten, befindet sich in Auflösung. Da große Teile der Linksliberalen dort klassenmäßig zu kategorisieren sind, betrifft dies auch sie.

Daß der häßliche Deutsche damit keineswegs der Vergangenheit angehört, zeigte sich spätestens nach dem Finale, als in diversen Städten zur Hatz auf alles "Undeutsche" geblasen wurde. Aber auch beim Spiel gegen Holland wurde die Maske fallen gelassen: Faßbenders rüde Kommentare, die Ausschreitungen entlang der deutsch-niederländischen Grenze etc. Aber ein Sieger muß sich damit nicht lange aufhalten, kann geflissentlich darüber hinweg gehen. Die Linksliberalen, die einen am Vorabend noch dafür angemacht hatten, daß man sich an der nationalen Bierseeligkeit nicht beteiligen wollte, senkten ein wenig die Köpfe, aber das war es dann aber auch. Auch in dieser Hinsicht war der deutsche Sieg eine Katastrophe.

Dietrich Schultze-Marmeling

58. Der Rassismus einer Volkspartei

SPD mobilisiert gegen Roma und Asylrecht

CD-Datei: daten/aksuche/ak321/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:26

Einig im Kampf gegen das Recht auf Asyl waren sich SPD, FDP und CDU/CSU seit langem - eine maßlose Kette von Verschärfungen, Einschränkungen und Behinderungen haben in den vergangenen zehn Jahren aus der lapidaren, aber für den gesunden Menschenverstand doch recht deutlichen Formulierung "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" ein Musterbeispiel abgegeben für die Wertlosigkeit der im Grundgesetz verankerten Rechte.

Seit langem wird vor allem aus den Reihen von CDU/CSU gefordert, das Grundgesetz durch Änderung/Abschaffung des Asylrechtsparagraphen an die oben skizzierte Praxis anzupassen.

Es blieb Oskar Lafontaine vorbehalten, das Startsignal für die seit 1986 in Wahlkämpfen traditionelle Hetze gegen Flüchtlinge zu geben. Daß Oskar Lafontaine mit seinem Riecher fürs Populistische es aber zum ersten gesamtdeutschen Wahlkampf schaffen würde, den rechten Einpeitschern an dieser Frage den Schneid abzukaufen, kommt überaschend.

Die dringend notwendige Bürgerrechtsbewegung gegen diese Entwicklung oder die Selbstorganisation der Flüchtlinge und ImmigrantInnen sind leider nicht in Sicht, harte Zeiten für Flüchtlinge allemal.

In Lebach, einem Ort im Saarland, kocht seit einigen Wochen die Volksseele. Das Freibad ist mit Stacheldraht gegen unliebsame Besucher gesichert. In der Stadt patrouilliert Polizei, bewacht Geschäfte, begleitet dunkle Gestalten, die zum Einkaufen gehen. Überall stehen Polizeifahrzeuge und signalisieren so, daß Gefahr droht. Grund für die Aufregung ist das Sammellager für Asylsuchende, und hier vor allem die etwa 1.000 Roma aus Rumänien. Diese müssen sich zwangsweise hier aufhalten, bevor sie, wie es die Asylgesetzgebung vorschreibt, auf verschiedene Gemeinden des Saarlandes bzw. andere Bundesländer verteilt werden. Gelten die afrikanischen Flüchtlinge bei den Lebacher Bürgern noch als freundlich und arbeitsam, weil sie sich in den Hotels und Gaststätten vermarkten lassen, sieht die Mehrheit der Lebacher Bevölkerung ihre heile Welt durch die Roma bedroht. Aus Protest gegen das "Zigeunerlager" organisierten sie eine Demonstration, zahlreiche Versammlungen. Banken, Sparkassen und andere Geschäfte blieben am 1. August geschlossen. Am gleichen Tag beschloß der CDU-Stadtrat mit den Stimmen von SPD und FDP folgende Resolution: "Das asoziale, unzivilisierte und kriminelle Verhalten einer auf weit mehr als 1.000 Personen angewachsenen Gruppe von Zigeunern rumänischer Herkunft ist nicht länger hinzunehmen."

Bürger und Politiker machen mobil gegen Roma

Aber auch in anderen Städten kommt es zu Versammlungen deutscher Kleinbürger, die sich durch die Anwesenheit rumänischer oder auch anderer Roma "gestört fühlen". In Bad Salzuflen versammeln sich über 1.200 Leute, darunter einige Skins, in einer Kirche und diskutieren unter anderem die Bildung einer Bürgerwehr. In Essen überlassen die braven Bürger das schmutzige Geschäft lieber anderen. Sie zahlen DM 5.000,- an Skins, damit diese ein Flüchtlingslager überfallen. In Recklinghausen gründet sich eine Bürgerinitiative, mit dem Ziel, für eine schnelle Abschiebung der Roma zu sorgen. Falls die Polizei mit der "Bedrohung", die die Roma in ihren Augen darstellen, nicht fertig werde, müsse man sich notfalls "selbst zur Wehr setzen", so ein Sprecher der Initiative. Gleichzeitig erwägt man die Initiierung einer bundesweiten Anti-Roma-Kampagne. Unterstützung wurde dabei von den Recklinghausener Landtagsabgeordneten Marmulla (SPD) sowie Hegemann (CDU) zugesichert. Doch auch der SPD-Bürgermeister ist nicht untätig. Während die Roma kurzerhand an den Stadtrand verfrachtet werden, kritisiert er die seiner Meinung nach viel zu liberale Roma-Politik seines Parteikollegen und nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor. Einfach in einen Bus gesetzt wurden gleich etwa 50 Rumänen, die meisten von ihnen Roma, die in Hagen Asyl beantragen wollten. Der Bus sollte sie zurück nach Rumänien bringen, wurde aber an der Grenze von ungarischen Behörden gestoppt und mit den Asylsuchenden zurückgeschickt.

Im Saarland gab die Landesregierung unter Lafontaine Anweisung, die Sozialhilfe an Flüchtlinge in Naturalien auszugeben (wie bereits in verschiedenen CDU-regierten Bundesländern praktiziert). Erklärtes Ziel dabei ist, die Roma zur Rückkehr nach Rumänien zu bewegen, was in einigen Fällen auch gelang. Viele verließen auch

das Lager, um in anderen Bundesländern Zuflucht zu suchen. Sicher vor Abschiebung und menschenunwürdiger Behandlung sind sie auch hier nicht. Der SPD-Senat in Bremen versucht gerade - trotz breiter Proteste bis hin zum Bremerhavener DGB-Chef - 150 Roma nach Jugoslawien abzuschieben. Ein Teil von ihnen besetzte in Hamburg kurzfristig das niederländische Konsulat, wurde hier aber nach kurzer Zeit von der Polizei geräumt. Im Hamburger Hauptbahnhof haben sich bis zu hundert Roma niedergelassen, denen die Hansestadt Hamburg eine Unterkunft verweigert. Man bemühe sich um eine Beschleunigung der Asylverfahren, so die Sozial- und Innenbehörde, um dann "konsequent abzuschieben".

Unterstrichen werden muß, daß sich die Mehrheit der hier aufgezählten Fälle in SPD-regierten Städten bzw. Bundesländern ereignete. Allen voran steht der neue Volkstribun Lafontaine, der auf der Woge des Volkszorns gegen Nichtdeutsche und Zigeuner gleich noch zum Schlag gegen das Asylrecht ausholte. Dies ist insofern bemerkenswert, als die SPD sich in der Vergangenheit zwar eifrigst an einer Einschränkung und Aushöhlung des Asylrechts beteiligt hatte, den entsprechenden Grundgesetzartikel aber bislang gegen Änderungsvorhaben der CDU verteidigt hatte. Noch auf dem SPD-Parteitag in Münster 1988 hatte die Partei einmütig beschlossen, das Asylrecht im Grundgesetz dürfe nicht angetastet werden. Dies soll jetzt nach dem Willen von Lafontaine für Menschen aus bestimmten Staaten, in denen "nach allgemeiner Auffassung" Demokratie herrsche, nicht mehr gelten. Exemplarisch führt Lafontaine hier immer wieder die Polen an, wobei er offensichtlich darauf spekuliert, anknüpfend an antipolnische Ressentiments u.a. in Teilen der DDR-Bevölkerung Wählerstimmen zu gewinnen.

Anerkennendes Schulterklopfen gab es für Lafontaine vom bayrischen Innenminister Stoiber und dessen baden-württembergischen Amtskollegen, sowie natürlich anderen führenden CDU-Politikern. Aus den Reihen der CDU wurde auch gleich die Liste der Länder, die dann per Bundestagsbeschluß aus dem Asylrecht ausgenommen sein würden, verlängert: Iran, Türkei, Sri Lanka, Libanon usw. Im Grunde die Hauptherkunftsländer, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen, und in die sie z.T. aus "humanitären Gründen" nicht abgeschoben werden. Minderheiten wie Roma oder auch Tamilen aus Sri Lanka würden bei einer solchen Länderregelung vermutlich völlig unter den Tisch fallen.

Die saarländische SPD hat sich sofort die Position ihres Ministerpräsidenten zu eigen gemacht. Die Kritik von Rau an Lafontaine ist eher taktischer Natur. Er sieht in einer Grundgesetzänderung nicht das adäquate Mittel, Flüchtlingen den Zugang zum Bundesgebiet zu verbauen. Als Problem sieht Rau aktuell eher die unmotivierten Grenztruppen der DDR, die nicht mehr handlungswillig und -fähig seien, den Zuzug besonders rumänischer Roma zu stoppen. Sein Vorschlag: Verstärkung der DDR-Grenztruppen durch Einheiten des BGS.

Raus Arbeits- und Sozialminister Heinemann ließ dieser Tage verlauten, daß auch die Landesregierung in NRW inzwischen für eine härtere Gangart gegenüber Asylsuchenden eintritt und kündigte an, auch dort künftig die Sozialhilfe als Sachleistung an die Flüchtlinge auszugeben.

Proteste inhaltlicher Natur gab es bisher aus den Reihen der SPD kaum. Die Bundestagsfraktion ist weitgehend auf seinen Kurs eingeschwenkt. Wie die einzelnen Bundesländer sich zu dem Vorschlag ihres Kanzlerkandidaten verhalten werden, wird vielleicht schon am 24. August deutlicher werden. Hier findet eine Innenministerkonferenz statt, auf der u.a. eine mögliche Änderung des Asylrechts diskutiert wird. Was auch immer dabei herauskommen mag: Unter dem Strich steht auf jeden Fall eine Verschlechterung der Situation der Flüchtlinge ins Haus. Deutlich wird daran, daß auch unter einer SPD-geführten Regierung in Gesamtdeutschland der Platz für Flüchtlinge und andere Minderheiten enger würde.

AG Rassismus

59. "... Einleitung einer langen Kampfphase ..."

CD-Datei: daten/aksuche/ak321/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:32

Schon am Tag danach war das Interesse der Medien an dem Anschlag am 27.7.90 auf den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Neusel, auf Kurzmeldungen geschrumpft. Auch nachdem ein paar Tage nach dem Anschlag der Bekennerbrief (siehe Dokumentation) an die Presse verschickt wurde, war die öffentliche Reaktion kaum der Rede wert. Die RAF-Hysterie mit begleitendem Fahndungsterror scheint den Herrschenden zur Zeit nicht opportun zu sein. Vielleicht meinen sie, ihr "Festnahmeerfolg" in der DDR genüge ihrem guten Ruf, vielleicht meinen sie aber auch, zuviel sichtbarer Sicherheitsstaat schade ihrem Vereinigungsbestreben, zumal die Großdeutschlandpolitik von der RAF als eine Begründung des Anschlages genannt wird.

In der Erklärung selber wird im Gegensatz zu vielen anderen Erklärungen, die regelmäßig aus antiimperialistischen Globaleinschätzungen bestanden haben, versucht, eine differenzierte Begründung für den Anschlag zu geben. Einerseits werden angeführt die Funktionen und die Rolle Neusels als Hardliner beim Durchsetzen der bundesdeutschen Linie zur Aufstandsbekämpfung als europäischen Standard; andererseits soll dieser Anschlag als "Einleitung einer langen Kampfphase gegen die neuentstandene Großdeutsche/Westeuropäische Weltmacht" begriffen werden.

Was die Erklärung allerdings offen läßt, ist die Diskussion um die Frage des bewaffneten Kampfes in der BRD. Der - nicht sehr erfolgreiche - Versuch, nach dem Abbruch des letzten Hungerstreikes eine Auseinandersetzung in der Linken um Strategien des Kampfes in der BRD zu führen und gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, ist inzwischen öffentlich fast völlig abgebrochen. Gerade die großdeutschen Pläne (und Erfolge) der Herrschenden machen jedoch eine solche Auseinandersetzung notwendiger denn je und können nicht durch Anschläge ersetzt werden.

ga

60. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak321/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:43

Nachbereitungstreffen Widerstandsmeeting

Am 7./8. Juni fand in Gütersloh das Jugendwiderstandsmeeting unter dem Motto: "Grenzenlos undeutsch, bleifrei, ..." statt. 250 Teilnehmer diskutierten miteinander und es kam die Frage auf, ob es nicht angesichts der recht großen Zahl unorganisierter Jugendlicher an einem Ort sinnvoll sei, sich vielleicht zu "vernetzen". Darüber soll auf diesem Nachbereitungstreffen geredet werden.

25.8., 14.00 Uhr, Evangelische StudentInnengemeinde Mainz, Am Gonsenheimer Spieß 1 (das ist in der Nähe des Hauptbahnhofs).

Weitere Kontakte über: Harry Heine, Tel.: 06241/16543. Vom Widerstandsmeeting gibt es einen Reader. Erhältlich über: Piranha, c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36. Kosten: 3,-DM in Briefmarken.

Stammheim - uns reicht's!

Protest- und Diskussionsveranstaltung gegen die laufenden § 129a Verfahren, insbesondere gegen den Prozeß gegen Luitgard Hornstein. Mit Ingrid Strobl und anderen Betroffenen derartiger Verfahren soll über diese Verfahren informiert und darüber gestritten werden, wie öffentlichkeitswirksam dagegen gearbeitet werden kann.

Freitag, 31. August, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Stuttgart.

Welturaufführung der Halabja Symphonie opus 26 2. September, Alte Oper Frankfurt

Bei dieser Premiere wird zum ersten Mal in der westlichen Musikgeschichte eine kurdische Symphonie in europäischer Orchestrierung aufgeführt. Diese Symphonie wurde von Eghbal Hajabi zum Gedenken an die Opfer des Giftgasangriffes auf die Stadt gleichen Namens komponierte. Ebenso zur Erinnerung an die fortgesetzte Zerstörung und Unterdrückung kurdischer Kultur. Zum Preis von DM 22,- sind Karten ab sofort unter der Telefonnummer 069/1340400 erhältlich.

Migration und Rassismus in Europa Kongreß 27. bis 30.9., Hamburg

"Die Europäische Integration steht vor der Tür: Grenzen werden durchlässiger, manche verschwinden ganz - für wen?" heißt es in dem Aufruf, der Einladung zu diesem Kongreß. Auf diesem soll an vier Tagen über die aktuelle Entwicklung innerhalb Europas und deren Auswirkungen auf die Einwanderer in diesen Staaten geführt werden. Über Rassismus als Bestandteil westeuropäischer Gesellschaften soll ebenso debattiert werden wie den Alltag von Einwanderern. Chauvinistische Angriffe nicht nur von Seiten der Neuen Rechten, sondern gerade die Verankerung von Fremdenhaß im Alltag und dessen Durchbrechung sollen einen breiten Raum in den Veranstaltungen einnehmen. Der Kongreß wird am 26.8., 20.00 Uhr eröffnet mit einer Veranstaltung von Wolf Biermann und Fuat Saka und abgeschlossen mit einer Podiumsdiskussion zum Thema: Perspektiven für Migranten und Antirasssismus bei der europäischen Integration.

Genauere Informationen über: Institut für Migrationsforschung, Rutschbahn 38, 2000 Hamburg 13.

61. Aus für den "Gegendruck"

CD-Datei: daten/aksuche/ak321/gegen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:gegen

Nach acht Jahren und 97 monatlichen Ausgaben haben die Herausgeber des "Gegendruck" die Einstellung dieser ältesten Stadtzeitung Karlsruhes beschlossen. Entstanden in einer Hoch- Zeit der politischen Bewegungen stützte sich diese Zeitung auf das Engagement der zunächst zahlreichen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und blieb seinen Ansprüchen weitgehend treu:

- Nachrichten zu verbreiten und Zustände zu enthüllen, die die etablierten Medien verschweigen;

- für alle emanzipatorischen Bewegungen einen Beitrag zur Diskussion und zum gegenseitigen Bezug zu leisten. (Aus dem Reaktionsstatut)

Doch wie viele andere linke Projekte aus dieser Zeit stieß der "Gegendruck" an die Grenzen der ehrenamtlichen Arbeit. Zunächst wurde ein Redakteur fest angestellt, die Zeitung verblieb dennoch - was die verkaufte Auflage anging - in einer eher randständigen Situation, so daß sie zuletzt nur noch mit Spenden notdürftig zu halten war.

Bald nach einem Neubeginn mit drei hauptamtlichen RedakteurInnen im März stellte sich heraus, daß diese sehr unterschiedliche Auffassungen von Arbeitsstil und -weise hatten. Diese Differenzen konnten nicht gelöst werden, sondern spitzten sich derart zu, daß eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr möglich war.

In dieser Situation wäre ein erneuter und verstärkter Einsatz des (ehrenamtlichen) Herausgeberkreises notwendig gewesen, um noch einmal ein Redaktionsmitglied einzustellen, einzuarbeiten und die Redaktion bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Bis auf ganz wenige Personen war dazu jedoch niemand mehr bereit.

Bernd Zelt, Karlsruhe

62. NATO AUF KRIEGSKURS

CD-Datei: daten/aksuche/ak321/irak.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:irak

"Es klingt zwar sehr häßlich, aber die Waffenhersteller wissen, daß es stimmt: "Ein kleiner Krieg kann das Geschäft beleben", prophezeit das "Wall Street Journal". Allein, es ist kein "kleiner Krieg", der hier vorbereitet wird: Noch in diesem Monat wollen die USA 80.000 Soldaten, z.T. direkt aus Panama, in die Golfregion eingeflogen haben; von 250.000 insgesamt ist die Rede. Erstmals werden amerikanische Zivilflugzeuge für das Militär requiriert, erstmals seit dem Vietnamkrieg werden auch die Reservisten wieder eingezogen. Alle Zeichen stehen auf Sturm. Henry Kissinger, Träger des Friedensnobelpreises, fordert den sofortigen Angriff der USA auf den Irak und sieht die Bush-Administration "vor einer Art Wegscheide". Soll heißen: Das wie unzureichend auch immer durch die ehemalige Existenz des realsozialistischen Lagers gegebene Gegengewicht ist dahin - die USA können und sollen ihre Rolle als Sieger voll ausreizen.

Kann das neue Deutschland da im Abseits bleiben? Die ersten Schiffe der Bundesmarine - nach offizieller Verlautbarung "die modernsten Boote der Minenabwehr aller NATO-Staaten" - sind zur Stützung der US-Aktion mit Ziel ins östliche Mittelmeer unterwegs. Der Befehlshaber der Flotte, Vizeadmiral Braun, will die Möglichkeit von Gefechtshandlungen nicht ausschließen. Kanzler Kohl und seine Partei sind erklärtermaßen bereit, die entsandte Flotte auch außerhalb des NATO-Gebiets in Einsatz zu bringen: Germans to the Front!

Ist es für die CDU selbstverständlich, dem neu erstandenen Deutschland erneut auch eine Rolle als Weltpolizei verschaffen zu wollen, erschreckt es denn doch, daß ein "alternativer" Vordenker wie Udo Knapp, Fraktionsmitarbeiter der Grünen, die verfassungsrechtlichen Bedenken einer FDP glatt ignorierend dafür wirbt, sich "der neuen Weltfriedensverantwortung Deutschlands" zu stellen. Ein nationales Eingreifen in Kriegshandlungen sei zwar abzulehnen. Im internationalen Rahmen dürfen "die logistische Unterstützung allerdings und andere praktische Hilfsmaßnahmen nicht ausgeschlossen sein".

Faktisch befindet sich die BRD mit der Entsendung von Kriegsschiffen zur Stützung der US-Aktion schon jetzt im Kriegszustand. Die Losung kann deshalb nur lauten: Kriegsdienstverweigerung und Widerstand. Es ist notwendig, diese Orientierung bei den Demonstrationen zum Antikriegstag am 1. September an die erste Stelle zu setzen. Seite 22

63. Linke Liste/PDS

CD-Datei: daten/aksuche/ak321/ll.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:321:ll

Ist nun alles klar?

Listen sind gegründet, Wahltermin und Wahlmodus scheinen endlich festzustehen. Hinter uns liegt ein wochenlanges Tauziehen um eine Konstruktion, die nur das eine zum Ziel hat, die Chancen für PDS und Bürgerbewegungen, ins nächste Parlament einzuziehen, möglichst niedrig zu halten. Erfolgreich agierte dabei - oh Wunder - die SPD, die exakt das zweite Mal im Einigungsprozeß gewillt war, ihre Forderungen durchzusetzen: Das erste Mal erreichte sie im ersten Staatsvertrag die Finanzkontrolle über die PDS, jetzt war sie erfolgreich bei der Beibehaltung Fünf- Prozent-Hürde. Ein historischer Auftrag!

Trotz aller Konfusion haben sich zwei Wahlbündnisse zwischen Ost- und West-Opposition gegründet: Die Linke Liste/PDS (BRD) wird mit der PDS, Menschen aus der Vereinigten Linken und den Nelken zusammen in den Wahlkampf ziehen; die Grünen der BRD haben sich mit den Bürgerbewegungen und der Grünen Partei der DDR geeinigt.

Innerhalb der Linken - wie auch im KB - scheiden sich insbesondere bei der Beurteilung der PDS die Geister. Hat sie die Ausstrahlung einer Oppositionspartei, die im allerorten konstatierten Umgruppierungsprozeß der Linken als Kristallisationspunkt wirkt? Ist nur eine Neuauflage grüner Realpolitik zu befürchten, oder steht die Gefahr einer weiteren Sozialdemokratisierung der Linken auf der Tagesordnung?

Oder geht es nicht auch um ein Stück Solidarität oder auch nur Sorge dafür, daß im kommenden Bundestag eine Partei vertreten ist, die gegen die vollständige Eliminierung der DDR-Identität steht, gegen die Entwurzelung einer ganzen Gesellschaft und für den Protest gegen die Einverleibung?

Wir berichten über Zustandekommen und Absichten des Projektes Linke Liste/PDS, über Zustimmung, Widersprüche und Ablehnung und setzen die Diskussion um die Beteiligung daran fort. Wir dokumentieren u.a. die Beschlußlage der PDS, Programm und Aufruf der Linken Liste/PDS, die Plattform einer "Radikalen Linken" in der PDS sowie die Beschlüsse von VSP und DKP. Ab Seite 26